

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1965 · TEIL II

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN
ARBEITSSTELLE WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

UNTER BERATENDER MITARBEIT VON

H. Aptheker (USA), G. Bondi (DDR), E. Hobsbawm (England), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (Polen), H. Mottek (DDR), S. P. Pach (Ungarn), A. Pesenti (Italien), T. Prager (Österreich), J. Purš (Tschechoslowakei), S. I. Tjulpanow (Sowjetunion)

REDAKTION

Wolfgang Jonas (Chefredakteur), Horst Handke, Karl Lärmer, Elli Mohrmann, Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Hermann Roth, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann,
Roswitha Czollek (Redaktionssekretär)

Verantwortlich für Bibliographie: Renate Günther

1965 · TEIL II

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

Mit Supplement



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1965

Redaktionsschluß: 1. 10. 1964

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, 108 Berlin, Leipziger Straße 3-4

Copyright 1965 by Akademie-Verlag GmbH

Lizenznummer: 202 · 100/147/65

Gesamtherstellung: IV/2/14 · VEB Werkdruck 445 Gräfenhainichen · 2432

Bestellnummer: 2103/65/2 · ES 5 B 2 · 14 D · Preis: MDN 20. —

Zu diesem Band 7

MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

G. BONDI	Die Weltwirtschaftskrise im Spiegel westdeutscher Geschichtsschreibung	11
H. WAGNER	Die zyklischen Überproduktionskrisen der Industrie- produktion in den USA in den ersten beiden Etappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus (1914 bis 1958) (Schluß)	26
J. PURŠ	Struktur und Dynamik der industriellen Entwicklung in Böhmen im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts (Schluß)	103

DISKUSSIONEN

I. T. BEREND/ G. RÁNKI	Zur Geschichte der Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft in Ungarn	126
---------------------------	---	-----

GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE

L. S. GAPONENKO	Stand und Aufgaben der Betriebsgeschichtsforschung in der Sowjetunion	166
JU. A. POLJAKOW	Betriebsgeschichtsforschung und kommunistische Erziehung	174

QUELLEN UND MATERIALIEN

Löhne und Preise in Deutschland, 1750 bis 1850 (Fortsetzung)		
W. SCHULZE	Löhne und Preise 1750 bis 1800 nach den Akten und Rechnungsbelegen des Stadtarchivs Quedlinburg . .	185

LITERATURKRITIK

H.-H. MÜLLER/ H. KUBITSCHKEK	Reformen und industrielle Revolution. Einige Bemerkungen zu Hans Mottek: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 2: Von der Zeit der Französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichsgründung	193
Grundprobleme der Wirtschaftsgeschichte. Eine Auseinandersetzung mit dem Stichwort „Wirtschaftsgeschichte“ im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften		
G. BONDI	Zu einigen grundsätzlichen Fragen der Historiographie auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte	205
R. SONNEMANN	Zur Darstellung der allgemeinen Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit durch Michael Postan und Robert Mandrou	224
S. RICHTER	Friedrich Lütges Abhandlung der deutschen Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit	232
Zur Problematik der deutschen Agrargeschichte. Betrachtungen zu der in Stuttgart erscheinenden Reihe „Deutsche Agrargeschichte“		
R. BERTHOLD	Agrargeschichte oder Landwirtschaftsgeschichte? . .	243
J. ŠOŠTA	Technische oder kapitalistische Landwirtschaft? . .	261
Sozialökonomische Verhältnisse im Alten Orient und im Klassischen Altertum (Tagungsbericht der Sektion Alte Geschichte der Deutschen Historikergesellschaft) (<i>H. Wilsdorf</i>)		
Autorenverzeichnis		294

Zu diesem Band

Zwei Themenkomplexe stehen im Vordergrund dieses Teiles.

Einmal sind es Probleme der Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus. Wir bringen eine Studie von den durch ihre Arbeiten zur Geschichte der sozialistischen Entwicklung Ungarns bekannten Wirtschaftshistorikern I. T. Berend und G. Ránki. Ihre Forschungen lösten in Ungarn eine breite und fruchtbare Diskussion aus. Wir freuen uns, unsere Leser durch den Beitrag dieser beiden Autoren über die Probleme dieser Diskussion informieren zu können und hoffen, daß dadurch noch mehr Wirtschaftshistoriker unserer Republik und aller sozialistischen Länder angeregt werden, sich der Erforschung dieser so überaus wichtigen Periode der Geschichte unserer Völker zu widmen.

Zum anderen ist dieser Band überwiegend der Analyse prononcierter Anschauungen der gegenwärtigen Wirtschaftshistoriographie gewidmet. Bis auf den Artikel von G. Bondi über die Wirtschaftskrise im Spiegel westdeutscher Geschichtsschreibung in der Abteilung Monographien finden wir diese Studien in der umfangreichen Abteilung Literaturkritik. Die besondere Aufmerksamkeit sei auch auf die ausführlichen Auseinandersetzungen mit den beiden Bänden von W. Abel und H. Haushofer zur deutschen Agrargeschichte gelenkt. Die Betriebsgeschichtsforscher machen wir durch Beiträge von L. S. Gaponenko und Ju. A. Poljakow mit der Situation der Betriebsgeschichtsschreibung in der Sowjetunion bekannt. Wir hoffen, daß dieser internationale Erfahrungsaustausch, den wir in einem der nächsten Bände mit einem Bericht aus der ČSSR fortsetzen werden, der Betriebsgeschichtsforschung in den sozialistischen Ländern weitere Impulse verlieh.

In der Abteilung Monographien bringen wir in diesem Band nun die Schlußteile der beiden umfangreichen Studien von H. Wagner und J. Purš.

Juni 1965

Monographien,
Studien und Referate

Diskussionen

Geschichte
der Fabriken und Werke

Die Weltwirtschaftskrise im Spiegel westdeutscher Geschichtsschreibung

VON GERHARD BONDI

Es ist eine zunächst sonderbar anmutende Erscheinung, daß die Periode von 1929 bis 1933, die Zeit der Weltwirtschaftskrise und damit die bis dahin tiefste Erschütterung des deutschen Kapitalismus, in den Arbeiten deutscher Wirtschaftshistoriker relativ geringe Beachtung erfahren hat. Was die DDR anbetrifft, so ist es mittlerweile klar geworden, daß hier eine Lücke vorhanden ist, die zu schließen eine der wichtigsten Aufgaben unserer Historiographie ist, und dies schon deswegen, weil eine solche Untersuchung die Grundlage und der Ausgangspunkt für die politische Geschichte dieser Zeit ist, weil nur so die politische Krise der Weimarer Republik und die Errichtung der Nazidiktatur ihre historisch-materialistische Erklärung finden.

Die westdeutsche wirtschaftshistorische Literatur weist nur zwei umfangreiche Werke auf¹, die der Behandlung bestimmter Aspekte der Weltwirtschaftskrise in Deutschland gewidmet sind, und überläßt es im übrigen der ökonomischen Theorie, das Phänomen der Weltwirtschaftskrise zu interpretieren. Eine zusammenfassende Untersuchung ist nicht unternommen worden, was in einem auffälligen Gegensatz zu der Vielzahl von Publikationen zur politischen Geschichte der Weimarer Republik und ihrer letzten Phase steht.² Das hängt unter anderem offensichtlich mit der durchgehend zu konstatierenden Tendenz zusammen, den zyklisch auftretenden Krisen, die das kapitalistische System begleiten, nicht mehr als die unumgänglich notwendige Bedeutung beizumessen, sie zu bagatellisieren und aus dem Vokabular des Ökonomen und Historikers dieses peinlich empfundene Wort überhaupt zu eliminieren und es durch sprachliche Konstruktionen, wie „Wechselagen“, „Konjunkturabschwünge“ oder auch „Rezessionen“ zu er-

1 *Grotkopp, Wilhelm*, Die Große Krise, Düsseldorf 1954; *Kroll, Gerhard*, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958.

2 *Der Weg in die Diktatur 1918 bis 1933* (Sammelwerk), München 1962; *Bracher, Karl Dietrich*, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, 3., verb. u. erg. Aufl., Villingen 1960; *Eyck, Erich*, Geschichte der Weimarer Republik, 2 Bde, 1954–1956; *Erdmann, Karl Dietrich*, Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3/1955.

setzen.³ Mit einer eingehenden Analyse einer Periode, in der die Existenz des kapitalistischen Systems in Deutschland auf Grund der von ihm selbst entwickelten Gesetzmäßigkeiten in Frage gestellt war, ist propagandistisch nicht viel Staat zu machen, und daher verzichtet man lieber auf die Untersuchung dieser in ihrer wirtschaftlichen und politischen Auswirkung so überaus bedeutsamen Phase unseres Jahrhunderts. Dies um so mehr, als eine nur bestimmte Aspekte berücksichtigende Darstellung unter Verzicht auf eine komplexe Untersuchung ungeahnte Möglichkeiten apologetischer Auslegungen und prophetischer Voraussagen einer glücklichen Zukunft in sich birgt.

Apologetik und ungedeckte Wechsel auf die Zukunft vereinen sich dabei zwanglos. Wenn es gelingt, auch die wirtschaftliche Entwicklung zwischen 1929 und 1933 so darzustellen und zu interpretieren, daß die Errichtung der faschistischen Diktatur nicht als der Ausweg des Monopolkapitals aus der für den Bestand des kapitalistischen Systems bedrohlichen Situation, sondern als das Spiel des Zufalls, schlimmstenfalls der Hintertreppenintrige Einzelner zu erklären ist, so wird nicht nur der deutsche Imperialismus exkulpiert, sondern es entfällt auch für das deutsche Volk jede Mitverantwortung für die Tragödie der Jahre 1933 bis 1945. Die Geschichte hat ihn hintergangen, indem sie ohne Notwendigkeit und wider Willen seiner führenden Kreise die Nazis zur Macht brachte, so die anderen Möglichkeiten der Lösung der politischen Krise, die bereitlagen, durchkreuzend. Kann eine solche These auch noch damit verbunden werden, daß Hitler der zyklischen Krise Herr geworden sei mit Hilfe von Rezepturen, die, von der Monopolbourgeoisie entwickelt, ihm in die Hände gefallen sind, so ergibt sich zwanglos der Schluß, daß die Heilmittel gegen Wirtschaftskrisen in den Händen des Monopolkapitals sind, daß damit die schwerste Krankheit, von der die kapitalistische Ordnung in der Vergangenheit periodisch befallen wurde, in Zukunft einen wesentlich harmlosen Verlauf nehmen wird. Ehrenrettung der deutschen Monopolbourgeoisie, was die Vergangenheit anbetrifft, und eine gesicherte Zukunft reichen sich so die Hand.

Als im Herbst 1929 das Sturmzeichen der Krise, der Krach an der Börse von New York, unübersehbar geworden war, gab es in den Reihen der Bourgeoisie und ihrer Wirtschaftsexperten nicht einmal eine Vorahnung davon, daß dies den Beginn der tiefsten, umfassendsten und längsten zyklischen Wirtschaftskrise darstellte, die das kapitalistische System jemals getroffen hat.⁴ Wenn-

3 Besonders bezeichnend für diesen apologetisch orientierten Wandel der Terminologie ist die Tatsache, daß die letzte Vorkriegsausgabe des „Handwörterbuchs der Staatswissenschaften“ unter dem Stichwort „Krisen“ den weithin bekannten Artikel Spiethoffs brachte, in dem dieser seine Krisentheorie entwickelte. „Im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften“, dem Nachkriegs-Sprößling des Vorgenannten, findet sich ein solches Stichwort aber nicht mehr, es wurde ersetzt durch „Konjunktur“.

4 Vgl. dazu *Kuczynski, Jürgen*, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd 15: Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1918–1945, Berlin 1963, bes. S. 92 u. 136.

gleich der Kriseneinbruch in die Prosperitätsträume der Finanzbourgeoisie völlig unvermittelt und jäh erfolgte, war das für ihre Konjunkturfachleute kein Anlaß, ihn als mehr zu behandeln als eine der in etwa acht- bis zehnjährigen Intervallen aufeinanderfolgenden zyklischen Wirtschaftskrisen. Von dieser Grundhaltung ausgehend, vermochte auch der Verlauf der Krise in Deutschland und in der Welt für mindestens zwei Jahre diesen Glauben nicht zu erschüttern. Während des Jahres 1930 hielt sich der Rückgang, gemessen an den wesentlichsten wirtschaftlichen Kennziffern, im Rahmen des Ausmaßes, das auch während früherer Krisen zu registrieren gewesen war. Zwar hatte die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt des Jahres 1930 mit 3,076 Millionen bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen einen Rekordstand erreicht, aber auch in dem bis dahin besten Nachkriegsjahr des deutschen Kapitalismus, 1927, hatte die entsprechende Zahl 1,353 Millionen gelautet. Die Produktion war im gleichen Jahr gegenüber 1928 um 13 Prozent gefallen, ein Rückgang, der in seinem Ausmaß nicht außergewöhnlich während einer zyklischen Krise war. Auch die Großhandelspreise waren bis dahin keineswegs alarmierend tief gesunken, sie waren gegenüber 1928 um 11 Prozent zurückgegangen und hatten damit sozusagen „normales Krisenniveau“⁵. Oberflächlich betrachtet, deutete also nichts darauf hin, daß diese Krise einen außergewöhnlichen Verlauf nehmen und die Existenz des kapitalistischen Systems in einer Reihe von Ländern in Frage stellen würde. Erst mit dem Bankrott der deutschen Monopolbanken im Juli 1931 begann sich die Haltung des Monopolkapitals zu ändern, angesichts der nun rasch heranreifenden politischen Krise und – möglicherweise – der akut revolutionären Situation.

Mit dieser Einschätzung des Krisenverlaufs steht die von den Monopolverbänden diktierte Wirtschaftspolitik der Reichsregierung im Einklang. Setzte man in den Grundzügen den üblichen Krisenverlauf voraus, so war es logisch, daß man darauf mit der üblichen Krisenpolitik reagierte. Deren Inhalt läßt sich grundsätzlich in einen Satz fassen: Abwälzung der Krisenlasten auf die Schultern der arbeitenden Klassen und der monopolistisch nicht gebundenen Gruppen der Bourgeoisie. Die wirtschafts-, lohn- und preispolitischen Diktaturmaßnahmen der Regierung Brüning sind die sprechende Illustration dafür, und es erübrigt sich, Einzelheiten anzuführen.

Jedoch zeigten sich bereits in diesem Zeitabschnitt die Veränderungen, die mit der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus eingetreten waren. Während sich in früheren Krisenperioden die Wirtschaftspolitik des Staates auf einige, den Krisenverlauf wenig beeinflussende Maßnahmen beschränkt hatte, wurde der Staat nunmehr in unmittelbarer und offensichtlicher Weise als Exekutor des Willens der Monopole eingesetzt. Früher hatte die Bourgeoisie die Reduzierung der Löhne ohne Eingriffe des Staates, unter Ausnutzung der Lage auf dem Arbeitsmarkt, herbeigeführt. In der neuen Etappe, gekennzeichnet durch die allgemeine Krise des Kapitalismus und das seit dem

5 Zahlen nach: *Konjunkturstatistisches Handbuch 1935*, Berlin 1936.

Weltkrieg vor sich gegangene Wachstum der staatsmonopolistischen Tendenzen, wurde die krisenbedingte Senkung der Löhne wirkungsvoll ergänzt durch das Lohndiktat der Regierung. Was hier für die Lohnpolitik festgestellt werden kann, trifft in gleicher Weise für die anderen Teile des „Krisenprogramms“ des Monopolkapitals zu. In der Steuer- und Haushaltspolitik, wie auch in der Finanzpolitik insgesamt, wird der Staat brutal zum Vollstrecker der Forderungen der Monopole und gibt damit jeden Schein der Neutralität früherer Zeiten auf.

War in dieser Hinsicht die Verstärkung des staatsmonopolistischen Charakters vom Beginn der Krise an sichtbar, so treten andere seiner Merkmale erst später deutlich in Erscheinung. Zwei von ihnen seien hier kurz angeführt: einmal die Übernahme der Schulden bankrotter Monopolunternehmungen durch den Staat und zum anderen der Aufbau staatlicher Organisationen mit Behördencharakter zur Durchsetzung der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung, die von Beauftragten der Monopole oder deren Interessenvertretern geleitet werden. Als Beispiele für die erste Form genügt es, auf die von Kuczynski angeführten Fälle zu verweisen, die durch zahllose andere erweitert werden könnten.⁶ Was das zweite Merkmal anbetrifft, so ist es allgemein bekannt, daß jener Aufbau von Reichskommissariaten und Überwachungs- und Kontrollstellen, der im Nazireich dann enorme Dimensionen annahm, schon in der Weimarer Republik seinen Anfang fand und auch da bereits seine Aufgaben im Dienst der Monopole zu lösen versuchte.

Seit Ausbruch der Krise drückte sich also das seit dem ersten Weltkrieg fortschreitende Wachstum der staatsmonopolistischen Tendenzen des deutschen Kapitalismus deutlich in der Krisenpolitik des Staates aus, entsprechend der ihm durch das Monopolkapital gegebenen Aufgabenstellung. Es gibt in dieser Hinsicht keine prinzipielle Verschiedenheit zwischen der Politik etwa der Kabinette Brüning und Schleicher, sondern nur graduelle Unterschiede, bedingt vor allem durch die jeweilige Etappe der Krise. Der Staat wurde vom Beginn der zyklischen Krise an offen und brutal zur Durchsetzung der Politik der Monopole eingesetzt, wobei sich Formen und Methoden dieses Einsatzes im Verlauf der Krise in dem Maße wandelten, in dem sich die Politik der monopolistischen Bourgeoisie veränderte.

Die pointierte Gegenüberstellung der Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning und der ihrer Nachfolger, wie sie westdeutsche Wirtschaftshistoriker versuchten, ist nicht nur eine falsche Interpretation, sondern insgesamt nicht vertretbar. Halten wir uns an die Ausführungen Krolls.⁷ „Brüning war durchaus entschlossen, die Staatsgewalt zur Anwendung zu bringen. . . . Der Fehler lag anderswo. Brüning blieb . . . dem liberalen Denken schärfer verhaftet, als er es selber ahnte. So blieb er vor allem in allen währungspolitischen Fragen

6 *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., Bd 16: Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus 1918 bis 1945, Berlin 1963, S. 105 ff.

7 *Kroll, Gerhard*, a. a. O., S. 363.

der hoffnungslose Gefangene sowohl seiner eigenen Inflationserfahrungen wie der seines Volkes und zeigte für die wirkliche Problematik des Geldes wenig Verständnis. . . . Seine Vorstellungen entsprachen auf diesem Gebiet genau den orthodox-liberalen Vorstellungen einer völligen Autonomie der Wirtschaft und der Währung im besonderen. . . . Die Aufgabe der staatlichen Finanzpolitik bestand für ihn darum auch in erster Linie in eiserner Sparsamkeit.“

Der erste Satz der hier zitierten Stellungnahme steht durchaus im Einklang mit unserer These, daß der Staat als Instrument monopolkapitalistischer Krisenpolitik unter der Regierung Brüning ebenso eingesetzt wurde wie unter den nachfolgenden Reichsregierungen. Zum Unterschied von diesen jedoch – wir kommen darauf später zurück – sei Brüning so in „orthodox-liberalen Vorstellungen“ befangen gewesen, daß seine Finanz- und Währungspolitik von dem Grundsatz äußerster Sparsamkeit beherrscht wurde, und dieser Fehler habe ihn verhindert, eine wirklich aktive Krisenpolitik zu betreiben, wie sie erst unter Papen und Schleicher aufgenommen worden sei.

Die Erklärung für bestimmte Grundzüge der Wirtschaftspolitik des Reiches in den Jahren 1931 und 1932 findet sich damit im Kopf Brünings. Es ist dies eine ebenso simple wie unbefriedigende Erklärung, die einer idealistischen Geschichtsauffassung naivster Prägung kaum zu genügen vermag. Ein Reichskanzler, der noch nicht einmal über eine parlamentarische Mehrheit verfügt und im Reichstag von der Hand in den Mund lebt, vermag seine antiquierten wirtschaftstheoretischen Vorstellungen in einer für den deutschen Kapitalismus äußerst schwierigen und gefährvollen Periode zur Grundlage einer falschen Wirtschaftspolitik zu machen, ohne daß ihm daraus ernste politische Schwierigkeiten erwachsen. Und eine Korrektur dieser falschen Wirtschaftspolitik erfolgt dann eben erst mit dem Personenwechsel, mit der Ablösung Brünings durch Papen, der wirtschaftstheoretisch nicht viel anders dachte, aber wirtschaftspolitisch anders handelte.⁸

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Nicht die wirtschaftstheoretischen Vorstellungen Brünings, sondern die der führenden Kreise des deutschen Monopolkapitals bestimmten zusammen mit deren praktisch-politischen Forderungen die Politik der Reichsregierung. Diese änderte sich in dem Maße, in dem sich sowohl die theoretische Einsicht als auch die Politik der Monopolbourgeoisie wandelten, wobei schließlich ein Wechsel der Personen wünschenswert wurde. Solange sich die Krisenpolitik des Monopolkapitals in der Überwälzung der Krisenlasten auf die anderen Klassen und Schichten des deutschen Volkes mittels staatsmonopolistischer Methoden erschöpfte, entsprach die Wirtschaftspolitik der Regierung Brünings durchaus seinen Forderungen, wobei es höchstens Differenzen über zweitrangige Fragen gab. Erst als Dauer, Tiefe und Umfang die Existenz des kapitalistischen Systems in Deutschland bedrohten, wurden mit dem sich durchsetzenden Wandel der theoretischen Auffassungen neue Forderungen in das Programm der deutschen Monopolbourgeoisie auf-

8 Ebenda, S. 409.

genommen, zu deren Durchsetzung ein Personenwechsel zwar nicht absolut notwendig, aber doch ratsam war.

Unmittelbar nach dem Ausbruch der Krise erklärte nach Grotkopp⁹ Silverberg, einer der maßgeblichen Sprecher des Monopolkapitals, auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie am 12. Dezember 1929: „Die Privatwirtschaft kann nicht mit Erfolg betrieben werden, wenn der Staat eine sozialistisch-kollektivistische Wirtschaft und insbesondere eine sozialistisch-kollektivistische Steuer- und Finanzwirtschaft betreibt. An diesem inneren Widerspruch leidet aber die deutsche Wirtschaftsführung, und dieser Widerspruch hat zu der heutigen Lage geführt, und an diesem Widerstreit gehen Staat und Privatwirtschaft zugrunde.“ Diese Fanfare gegen die „sozialistisch-kollektivistische Steuer- und Finanzwirtschaft“ des Staates ist der Ruf nach Einschränkung der Sozialausgaben und -leistungen, nach Abbau der vom Staat gezahlten Gehälter und nach einer Steuerpolitik, die den Profit unangetastet läßt. Derselbe Autor faßt die Haltung der Großbourgeoisie zu einer „aktiven“ Krisenpolitik des Staates im wesentlichen richtig zusammen: „Aus dieser Erkenntnis forderten ab 1931 einige wenige Industrielle . . ., daß der Staat eingreifen sollte, um wieder eine Basis für rentables Arbeiten zu schaffen. Der gegebene Weg sei die Erteilung und Finanzierung von Großaufträgen. Sie waren aber Außenseiter. Die Mehrheit lehnte solche Erwägungen ab, wollte warten, bis die klassische Medizin ihre Wirkung getan habe und sich dank der Selbstheilungskräfte der Wirtschaft automatisch neue Möglichkeiten bieten würden.“¹⁰

Die Wirtschaftspolitik Brünings entsprach also ziemlich genau der Haltung des überwiegenden Teiles der Monopolbourgeoisie, der bis Ende 1931 von einer Krisenbekämpfung durch Arbeitsbeschaffung und Kreditausweitung nichts wissen wollte. Der Umbruch in der Haltung des Monopolkapitals zu einer aktiven Krisenpolitik setzt erst zu diesem Zeitpunkt ein und führt schließlich zu einem Frontwechsel, der sich in den konjunkturpolitischen Maßnahmen der Regierungen Papen und Schleicher niederschlägt. Die Begründung für Brünings Wirtschaftspolitik in seiner theoretischen Verböhrtheit zu suchen, heißt die Dinge auch deswegen auf den Kopf stellen, weil die behauptete „orthodox-liberale“ Auffassung des Reichskanzlers ihn doch keineswegs gehindert hat, Wege zu gehen, die mit einer liberalen Auffassung unverträglich sind. Weder seine Notverordnungen zur umfassenden Lohnsenkung noch die Stützung bankrotter Großbanken durch Mittel des Reiches sind mit liberalen, geschweige denn „orthodox-liberalen“ Ansichten vereinbar. Daß Brüning seine den Wünschen und Einsichten des Monopolkapitals entsprechende Wirtschaftspolitik oftmals mit Argumenten der älteren bürgerlichen politischen Ökonomie stützte, ist beinahe selbstverständlich, sagt aber nichts über deren wirkliche Motive aus. Seine Haltung kommt klar und unverhüllt am Ende seiner Kanzlerschaft

⁹ Grotkopp, Wilhelm, a. a. O., S. 50.

¹⁰ Ebenda, S. 24f.

zum Ausdruck, als er in seiner Reichstagsrede vom 11. Mai 1932 sagte: „Ich habe die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Strasser außerordentlich interessiert angehört, weil sie sich zu einem ganz großen Teil auch decken mit den Maßnahmen, die die Reichsregierung in Vorbereitung hat. Die Geister scheiden sich allerdings in der Finanzierungsfrage. Ich für meine Person werde es unter allen Umständen ablehnen, und zwar aus innen- und außenpolitischen Gründen, irgend etwas zu tun, was vorübergehend eine kleine Erleichterung bringen und populär sein könnte, aber die Währung in schwerste Gefahr bringen könnte.“¹¹ Nicht liberale Grundsätze sind es hier, die er gegen Nazi-Strasser ins Feld führt – er konstatiert im Gegenteil weitgehende Übereinstimmung in bezug auf die einzuschlagende Politik –, sondern währungspolitische Bedenken lassen ihn zögern. Das waren aber auch genau die Überlegungen, die damals in den Kreisen der monopolistischen Unternehmer angestellt wurden, aber schließlich doch darauf hinausliefen, daß das Risiko einer Kreditausweitung angesichts der wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung und der damit heranreifenden innenpolitischen Gefahren eingegangen werden müsse.

Denn seit dem deutschen Bankenkrach vom Sommer 1931 hatte sich die Krise in einem Ausmaß entfaltet und zugespitzt, das nicht mehr viel Raum ließ für die These von einer normalen zyklischen Krise. Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen überstieg im Januar 1932 erstmalig die Sechs-Millionen-Grenze¹², die Indexziffer für „Produktionsgüter“, die während der zweiten Hälfte des Jahres 1930 im wesentlichen stabil geblieben war, fiel von Mitte 1931 bis zum Ende des Jahres um etwa 30 Prozent, und auch die Großhandelspreise fielen allein während dieses halben Jahres abermals um ungefähr 8 Prozent.¹³ Das Tempo der Krisenentwicklung hatte sich damit beschleunigt, und nach zwei Jahren waren nicht nur keine Kräfte der Selbstheilung fühlbar geworden, sondern das Rad schien im Gegenteil in noch rascherem Lauf dem Abgrund zuzurollen. Kein Wunder, daß es für die Monopolbourgeoisie notwendig wurde, ihre bisherige Krisenstrategie zu überprüfen und sie entsprechend der veränderten Situation zu korrigieren bzw. zu ergänzen.

Mit der weiteren Entfaltung der Krise waren, vereinzelt zuerst, dann in steigender Zahl, von den verschiedensten Seiten Vorschläge gemacht worden, die auf eine Belebung der Konjunktur durch die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsmöglichkeiten abzielten. Alle diese Vorschläge aber waren zunächst in den Kreisen der Monopolbourgeoisie und damit auch bei der Regierung auf Ablehnung gestoßen, weil sie nur mit Hilfe einer Ausweitung des Kredits durchgeführt werden konnten und so möglicherweise mit einer Gefährdung der Stabilität der Währung verbunden waren. Ein solches Risiko – mit all seinen politischen Folgen – einzugehen, waren die Spitzen der Finanzbourgeoisie so lange nicht bereit, solange noch die Hoffnung auf einen „normalen“

11 Zit. nach: *Grotkopp, Wilhelm*, a. a. O., S. 20.

12 Zahlen nach: *Konjunkturstatistisches Handbuch 1935*, a. a. O., S. 12.

13 Ebenda, S. 46 u. 99.

Krisenverlauf und damit auf einen bald einsetzenden Konjunkturanstieg aus den inneren Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems blieb. Hinzu kam, daß gewichtige Bedenken theoretischer und praktischer Art erhoben wurden, die es zweifelhaft machten, ob sich ein Erfolg einstellen werde, selbst wenn es gelingen sollte, das Problem der Finanzierung ohne Erschütterungen zu lösen. Als dann im ersten Halbjahr 1932 die allgemeine Abwärtsbewegung sich in unvermindertem Tempo weiter fortsetzte, als die politische Kräfteverschiebung in Deutschland immer deutlicher das Anwachsen der antikapitalistischen Kräfte und der Massenaktionen gegen das Krisenelend zeigte, mehrten sich die Stimmen im Lager der Bourgeoisie, die praktische Maßnahmen zu einer Eindämmung der Zahl der Arbeitslosen und für eine Ankurbelung der Produktion befürworteten. Zwar blieb das Risiko in der Geld- und Kreditsphäre, aber das der Passivität war noch größer. Ob die vorgeschlagenen Maßnahmen eine Wende der Konjunktur herbeizuführen geeignet waren, blieb weiterhin umstritten, aber wenigstens konnten Monopolbourgeoisie und Regierung nicht mehr des tatenlosen Zuschauens bezichtigt werden, sondern hatten das Alibi einer aktiven Krisenbekämpfung, aus dem sich bei einiger Geschicklichkeit propagandistisch eine Menge machen ließ. Diese Überlegungen deuten sich auch in der oben angeführten Äußerung Brünings im Reichstag an, und sie wurden Grundlage der offiziellen Wirtschaftspolitik mit der Bildung des Kabinetts Papen.

Dieser Wandel in der Wirtschaftspolitik des Monopolkapitals drückt sich auch in der Politik der um die Aufrechterhaltung kapitalistischer Verhältnisse in Deutschland besorgten Führung politischer Parteien und Gruppen aus. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nahm am 13. April 1932 durch einen Beschluß des Gewerkschaftskongresses den sogenannten WTB-Plan an, einen von Woytinsky, Tarnow und Baade am 26. Januar 1932 veröffentlichten und nach den Anfangsbuchstaben der Namen seiner Verfasser benannten Plan, der Arbeitsbeschaffung durch Arbeitsvorhaben der öffentlichen Hand, einschließlich öffentlicher Unternehmungen, für eine Million Arbeitslose bei gleichzeitiger Kreditausweitung in Höhe von zwei Milliarden RM vorsah. Nach Meinung der Befürworter des Plans war eine Arbeitsbeschaffung solchen Ausmaßes geeignet, eine allgemeine wirtschaftliche Belebung herbeizuführen, gleichzeitig aber kredit- und währungspolitisch ungefährlich. Dem Plan liegt die reformistische Theorie des „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ zugrunde, was auch in folgender Äußerung Woytinskys zum Ausdruck kommt: „Die Arbeiterbewegung muß sich von der Auffassung freimachen, daß die Krisen unter dem Kapitalismus unvermeidlich sind und nur mit dem kapitalistischen System verschwinden werden. Die Einlullung der Arbeiterschaft mit der sozialistischen Zukunftsmusik muß durch eine Wirtschaftspolitik abgelöst werden, die sich die Regulierung der Wirtschaft, Bekämpfung der Depressionskräfte, Vorbeugung der Krise zum Ziel setzt und auf diese Weise den Übergang der Wirtschaft zu einer höheren Form findet.“¹⁴ Anders ausgedrückt:

Wenn es überhaupt eine sozialistische Zukunft gibt, dann führt der Weg dahin über die Gesundung des kapitalistischen Systems; die letztere bleibt so das aktuelle und dringliche Anliegen der Arbeiterschaft.

Das Gegenstück zum WTB-Plan war auf dem rechten Flügel der Bourgeois-Parteien der von Gregor Strasser propagierte Arbeitsbeschaffungsplan, der Mitte 1932 zum offiziellen wirtschaftspolitischen Programm der Nazi-Partei avancierte. In seinem ganzen Zuschnitt unbestimmter und Festlegungen nach Möglichkeit vermeidend, baut er auf den gleichen Gedankengängen wie der WTB-Plan auf.

Wenn wir die schon erwähnte Zustimmung Brünings zu der von Gregor Strasser im Mai 1932 vorgeschlagenen Arbeitsbeschaffungspolitik hier noch mit einbeziehen, so ergibt sich das Bild einer weitgehenden Übereinstimmung in wirtschaftspolitischen Fragen von den Nazis bis zu den rechten Führern der Gewerkschaften und der SPD. Die letzteren sahen auch noch Ende 1932 in dieser wirtschaftspolitischen Gemeinsamkeit die Grundlage für eine Koalitionsregierung Schleicher–Leipart–Strasser, die nach ihrer Meinung die einzige – der „Rettung der Demokratie“ dienende – Alternative zu einer Nazidiktatur darstellte. Noch nach den Erfahrungen der faschistischen Diktatur und des zweiten Weltkrieges brachte es Noske, der Henker der deutschen Revolution von 1918, fertig, in seinen Memoiren über diese Koalitionspläne zu schreiben: „In einer Verranntheit, wie sie in der Geschichte aller Parteien mir sonst nicht bekannt geworden ist, widersetzten sich Leute, die sich einbildeten, Führer zu sein; der letzten Möglichkeit, sich und ihre Einrichtungen vor der drohenden Vernichtung zu bewahren.“¹⁵

Die auf Brüning folgende Regierung Papen hat dann diese Politik der Krisenbekämpfung, auf die sich das Monopolkapital unter den erbarmungslosen Schlägen der Krise mittlerweile orientiert hatte und die im Prinzip auch von starken Kräften in allen politischen Parteien, ausgenommen die KPD, unterstützt wurde – wenngleich diese Unterstützung aus wahltaktischen und parteipolitischen Gründen nicht lautstark in Erscheinung trat –, in die Tat umgesetzt und in Form der Steuergutscheine¹⁶ Kredite bis zur Höhe von zwei Milliarden RM bewilligt. Davon waren, beginnend im Oktober 1932, bis zum Ende Januar 1933 ganze 325,7 Millionen RM ausgegeben.¹⁷ Später von der

15 Noske, *Gustav*, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947, S. 311.

16 Die Steuergutscheine waren ein Kreditpapier, lautend auf den Inhaber, das in den Jahren 1934/39 bei den Steuerkassen des Reiches für fällige Reichsteuern in Zahlung gegeben werden konnte. Die Gutscheine wurden für entrichtete Steuern der kapitalistischen Betriebe, die zwischen dem 1. Oktober 1932 und dem 1. Oktober 1933 fällig waren, ausgegeben, konnten gehandelt werden und waren mit einem Agio von 4% bei Einlösung ausgestattet. Sie waren ein reines Geschenk an die Unternehmer und als Kreditausweitung mit inflationistischer Tendenz zu werten.

17 *Konjunkturstatistisches Handbuch 1935*, a. a. O., S. 173.

Regierung Schleicher für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bewilligte 500 Millionen RM wurden dann im Jahre 1933 von der Hitlerregierung verwendet. Die dieser hier skizzierten Entwicklung zugrundeliegenden Geschehnisse werden auch von westdeutschen Historikern nicht bestritten und finden sich in den Werken westdeutscher Autoren, die sich mit dieser Thematik befassen. Wir haben uns bis jetzt mit der naiven Auffassung auseinandergesetzt, daß es die theoretischen Auffassungen Brüning's waren, die eine „aktive Konjunkturpolitik“ zu einem früheren Zeitpunkt verhindert haben, und ihre Unvereinbarkeit mit den Tatsachen zu zeigen versucht. Das ist aber nur eine von vielen Legendenbildungen und apologetischen Interpretationen, die sich an diese Vorgänge knüpfen und dazu benutzt werden, dem Bundesbürger solche Lehren der Geschichte zu vermitteln, die entweder das deutsche Monopolkapital von seiner Verantwortung für die zwölf Jahre deutscher Geschichte von 1933 bis 1945 entlasten oder aber das Vertrauen in die Politik und die Fähigkeiten des Bonner Regimes festigen.

Zu der letzten Gattung gehört die weitverbreitete These, die unter Papen einsetzende, von Schleicher und Hitler weitergeführte Politik der Krisenbekämpfung durch die Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierung habe den deutschen Kapitalismus aus den Klauen der Krise gerissen und die Aufwärtsbewegung der Konjunktur eingeleitet, die dann in dem Wirtschaftswunder des Dritten Reiches gipfelte. Diese Legende findet unter der älteren Generation um so bereitwilliger Aufnahme, als sie dem unmittelbaren persönlichen Erleben insofern entspricht, als erst nach der Aufrichtung der faschistischen Diktatur eine fühlbare Reduktion der Arbeitslosigkeit und eine Belebung des Geschäftsganges einsetzten. Diese Entwicklung erscheint als der große Erfolg der faschistischen Wirtschaftspolitik (wir sehen hier zunächst ab von ihren Vorläufern Papen und Schleicher), der es gelang, den Konjunkturverlauf derart nachhaltig und andauernd zu beeinflussen, daß sich die Abwärtsbewegung der Krise in einen konjunkturellen Aufstieg verwandelte.

Tatsächlich hatte die zyklische Krise bis tief in das Jahr 1932 zu einer fortlaufenden Einschränkung des Produktions- und Reproduktionsprozesses des Kapitals in Deutschland geführt, begleitet von entsprechenden Erscheinungen, wie Ansteigen der Arbeitslosenzahlen, Preisverfall, sinkende Auslastung industrieller Kapazitäten. Aber dieser Prozeß kam sowohl international wie auch in Deutschland im Spätsommer 1932 zum Stillstand und machte einer Besserung Platz. Das zeigt sich am eindeutigsten in den Ziffern der industriellen Produktion. Im August 1932 erreichte der Index der Industrieproduktion¹⁸ mit 50,8 (1928 = 100) den während der Krise erreichten tiefsten Stand, um dann bis Dezember 1932 auf 55,8 zu steigen. Ein Vergleich mit den entsprechenden Monaten des Jahres 1931 ergibt, daß der Index im gleichen Zeitraum von 69,8 auf 58,4 zurückging. Während also die deutsche Produktion vom Hochsommer 1931 bis zum Jahresende um 16 Prozent fiel, stieg sie in der korre-

¹⁸ Ebenda, S. 52.

spondierenden Zeit des Jahres 1932 um 10 Prozent. Eine solche Entwicklung der Produktion zwischen der Sommerspitze und dem Jahresende war seit vielen Jahren nicht mehr dagewesen und zeigt eindeutig den Konjunkturumschwung an.

Einen ähnlichen Verlauf nimmt die Arbeitslosigkeit.¹⁹ Sie hatte im Juli 1932 einen Stand von 5,392 Millionen offiziell registrierter Personen erreicht, während sie im November des gleichen Jahres 5,355 Millionen betrug, also im wesentlichen unverändert blieb. Dies kontrastiert scharf mit der Entwicklung der gleichen Periode des Vorjahres, in der die Zahl der Arbeitslosen von 3,990 auf 5,060 Millionen, das heißt um 27 Prozent anstieg. Auch der saisonbedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit im Dezember war 1931 um etwas weniger als die Hälfte größer als ein Jahr später.

Wenn man dem noch die Entwicklung der Preise hinzufügt, so muß man auch hier die gleiche Tendenz feststellen. Die Preise industrieller Rohstoffe und Halbwaren stiegen von Juli bis Dezember 1932 zwar nur geringfügig, um weniger als ein Prozent, aber es war das erste Mal, daß sie in den vergleichbaren Zeitabschnitten seit 1928 nicht mehr gesunken waren.²⁰ Wenngleich die Preise industrieller Konsumgüter noch weiter nachgegeben hatten, tritt dies für die konjunkturelle Entwicklung an Bedeutung zurück hinter der Tatsache, daß die Abwärtsbewegung der Preise industrieller Rohstoffe und Halbfabrikate, im wesentlichen aber auch der Fertigwaren, ihr Ende erreicht hatte.²¹

Die Anführung weiterer, für die Entwicklung der Krise kennzeichnender Zahlen würde insgesamt das Bild zwar ergänzen, aber nicht verändern. Die Entwicklung war zwar keineswegs einheitlich – was auch nicht zu erwarten war, da der Übergang von der Krise sich nicht in einer gleichzeitigen und gleichmäßigen Veränderung der Tendenz auf allen Gebieten zeigt –, aber es ist unverkennbar, daß der Tiefpunkt der Krise im Hochsommer 1932 erreicht war und von diesem Zeitpunkt an eine Aufwärtsentwicklung einsetzte.

Soweit die westdeutsche Wirtschaftshistoriographie diesen Umbruch im Krisenverlauf überhaupt zur Kenntnis nimmt, bagatellisiert sie ihn.²² Es ist aber bei einer oberflächlichen Untersuchung – ob bewußt oder unbewußt oberflächlich, sei dahingestellt – ohne allzu große Schwierigkeiten möglich, ihn überhaupt verschwinden zu lassen, indem man nämlich das Jahr 1932 als ganzes dem Jahr 1931 gegenüberstellt, wobei dann die differente Entwicklung der zweiten Jahreshälfte in den Gesamtjahreszahlen untergeht und es scheint, als ob sich lediglich das Tempo des krisenhaften Verfalls verlangsamt hat.²³

19 Ebenda, S. 16.

20 Ebenda, S. 101.

21 Ebenda, S. 101 u. 104.

22 *Grotkopp* nimmt dazu überhaupt nicht Stellung. *Kroll* (a. a. O., S. 415) stellt den Umbruch als bedeutungslos dar.

23 So z. B. *Lütge, Friedrich*, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1960, S. 486.

Bei einem solchen Vorgehen ergibt sich dann gewissermaßen automatisch der Schluß, daß die Verringerung der Arbeitslosigkeit, der Anstieg der Produktion und das Ende des Preisverfalls das Ergebnis deutscher staatlicher Wirtschaftspolitik gewesen ist, beginnend unter dem Kabinett Papen und sich fortsetzend unter Schleicher und Hitler. Sie werden die Retter aus wirtschaftlicher Not, und die Nazidiktatur behält weiterhin – mit Einschränkungen zwar, die wir noch sehen werden – die Gloriole der Rettung der deutschen Wirtschaft aus der Krise, mit der sie sich selbst umwoben hat.

Dabei werden die Tatsachen rücksichtslos vergewaltigt. So heißt es bei Kroll: „Gerade die leichte Besserung in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 ist unverkennbar die Folge staatlicher Maßnahmen, insbesondere der Steuergutscheinaktion des Kabinetts Papen, und es spricht alles dafür, daß im Falle weiterer Passivität des Staates die Wirtschaftskrise noch sehr lange Zeit auf ihrem Tiefpunkt verharrt hätte bzw. daß eine weitere Schrumpfung erfolgt wäre.“ Und wenig später: „Uns kam es jedoch darauf an, zu zeigen, daß auch die erfolgte geringe Aufwärtsbewegung der zweiten Hälfte des Jahres 1932 nicht ohne staatlichen Eingriff erfolgt ist . . .“²⁴ Der Gesamtbetrag an ausgegebenen Steuergutscheinen, deren Ausgabe im Oktober 1932 begann, betrug im Oktober 2,9, im November 42,8 Millionen RM.²⁵ Die seit August anhaltende Aufwärtsbewegung der Produktion mit der Ausgabe von 40 Millionen RM Steuergutscheinen im November begründen zu wollen, heißt die Gutgläubigkeit eines einigermaßen gründlichen Lesers in ungewöhnlichem Maße strapazieren, und man kann die Erklärung tatsächlich nur in der Bemerkung des Autors finden, daß es ihm darauf ankam, „die geringe Aufwärtsbewegung“ auf staatliche Maßnahmen und nicht auf den Krisenverlauf selbst zurückzuführen. Wir möchten hinzufügen: Es kam ihm sogar um jeden Preis darauf an.

An dieser Stelle möchten wir, Mißverständnissen vorbeugend, betonen, daß die Möglichkeit der Beeinflussung des Konjunkturablaufs durch staatsmonopolistische Maßnahmen in keiner Weise bestritten wird. Die Überwindung des Tiefpunktes der Krise im Jahre 1932 aber als ein Ergebnis solcher Maßnahmen darzustellen, steht zu dem tatsächlichen Verlauf, wie gezeigt, in einem eklatanten Gegensatz.

Die Schlußfolgerung, die aus dem so mühsam aufgebauten Kartenhaus gezogen werden kann und auch wird, hat nicht nur eine historische Bedeutung, sondern ist auch zutiefst tröstlich für das imperialistische System der Gegenwart im allgemeinen, im besonderen aber für die wirtschaftliche und politische Entwicklung des westdeutschen Staates. In der bisher tiefsten Krise ist es der deutschen bürgerlichen Wissenschaft und der Regierung gelungen, die deren Ratschläge schließlich akzeptierte, Deutschland aus dem Strudel der Krise zu ziehen mit Hilfe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die so ihre Bewährungsprobe bestanden haben. Sollte die Drohung einer ähnlichen Katastrophe

²⁴ Kroll, Gerhard, a. a. O., S. 417.

²⁵ Konjunkturstatistisches Handbuch 1935, a. a. O., S. 173.

wiederum über Westdeutschland hängen, so stehen heute alle Mittel zur Verfügung, eine parallele Entwicklung abzuwenden und einen Konjunkturschwung herbeizuführen, ähnlich wie das 1932 leider auf Grund der „orthodox-liberalen“ Besessenheit Brünings etwas spät gelungen sei. Kroll entwirft dabei ein gedämpft optimistisches Bild. „Das wichtigste Ergebnis der Krisenerfahrungen stellt zweifellos die Einsicht dar, daß auch in der Wirtschaft, wie in allen übrigen Kulturbereichen *der Mensch* und nicht ein imaginäres System von Gesetzen oder Automatismen die entscheidende Wirkursache alles Geschehens ist . . . In Wirklichkeit hat sich die Wirtschaft, entgegen der herkömmlichen Auffassung in einem eminenten Sinne als lenkbar erwiesen, ja sie bedurfte zur Überwindung der großen Krise der Staatshilfe in einem Ausmaße, wie es bis dahin schlechterdings für unvorstellbar gehalten wurde.“²⁶

In summa, der Staat, der über die richtigen Erkenntnisse verfügt und ihnen entsprechend handelt, ist in der Lage, den Ablauf der Konjunktur so zu beeinflussen, daß das Abgleiten in eine tiefe Krise vermieden werden kann, eine „Einsicht“, die das Ergebnis der Jahre 1929–1933 ist. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch Grotkopp, der hervorhebt, „wie in Deutschland und in den USA eine schwere Depression . . . dank einer Politik der Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung überwunden wurde“²⁷, und an anderer Stelle daraus die Schlußfolgerung für die Gegenwart zieht: „Ein konjunkturtwirtschaftlicher Rückschlag würde wohl alle Staaten, auch Deutschland und sicher auch die USA, zu einer Anwendung des erprobten Instrumentariums einer autonomen Konjunkturpolitik zwingen.“²⁸ Und damit das Duett zu einem Trio werde, gesellt sich zum Historiker der Theoretiker. Im „Handwörterbuch der Sozialwissenschaften“ findet sich aus der Feder Andreas Predöhl's folgende, von Zweckoptimismus sichtbar getragene Einschätzung: „Kernproblem aber bleibt die Frage, ob die systematische Konjunkturpolitik, die 1931 an die Stelle des automatischen Konjunkturablaufs . . . getreten ist, ihr Ziel eines mehr oder minder stetigen Wachstums mit Vollbeschäftigung auf Dauer erreicht . . . Es finden sich viele Anzeichen und keine Gegenbeweise für die These, daß die aktive Konjunkturpolitik sich durchgesetzt und . . . die Weltwirtschaftskrise zu überwinden begonnen hat.“²⁹ Ausgehend von der falschen Prämisse, daß die Überwindung der Weltwirtschaftskrise das Ergebnis einer aktiven Konjunkturpolitik ist, erscheint so eine neue zyklische Krise vermeidbar und damit eine der größten Gefahren für den Fortbestand des kapitalistischen Systems beseitigt.

Bei einer solchen Interpretation des Krisenverlaufs der Jahre 1929 bis 1933 erhebt sich natürlich die Frage, warum die Regierungen Papen und Schleicher,

26 Kroll, Gerhard, a. a. O., S. 710/711.

27 Grotkopp, Wilhelm, a. a. O., S. 311.

28 Ebenda. S. 346.

29 Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S. 122.

die beide die Bekämpfung der Krise so erfolgreich begonnen hatten, durch eine Naziregierung abgelöst werden mußten, die wirtschaftlich nichts anderes tat, als die schon begonnene Politik weiterzuführen. Darauf aber gibt es nur eine in ihrer Naivität und Hilflosigkeit geradezu überraschende Antwort: Kurzsichtigkeit oder aber Intrigen und persönliche Antipathien haben Hitler an die Macht geführt, obwohl, vom Verlauf der Krise aus gesehen, keine Veranlassung mehr dazu bestand. „Eine von Schleicher angestrebte breit fundierte Regierung Schleicher-Strasser-Leipart mit Wagemann in einer wirtschaftspolitischen Schlüsselstellung – wie es zeitweilig geplant war – hätte wahrscheinlich in wenigen Jahren mit den Maßnahmen der Kreditausweitung, Kreditreform und Arbeitsbeschaffung die Zahl der Arbeitslosen auf ein tragbares Maß reduziert. Der wirtschaftlichen und sozialen Konsolidierung wäre die politische und militärische gefolgt. Der Niedergang des Nationalsozialismus hätte sich beschleunigt. Alles dies erschien noch um den 20. Januar gesichert. Dann geschah der politische Irrtum derer, die mit dem Sturz Schleichers die Verantwortung für die Ereignisse nach dem 20. Januar 1933 tragen.“³⁰ Wenn hier die faschistische Diktatur zum Ergebnis eines politischen Irrtums wird, so dient bei Kroll die Hintertreppentrategie als Steigbügel zur Macht: „Der Sturz Schleichers am 28. Januar 1933, der im wesentlichen auf eine Intrige Papens zurückging, welcher sich inzwischen mit Hitler verbündet hatte, um sich an Schleicher zu rächen, und der Hindenburg gegen Schleicher einzunehmen mußte, indem er Schleichers Siedlungspläne als ähnlich gefährlich“ wie die Brünings „hinstellte, beendete jäh eine Entwicklung, die ganz ohne Zweifel ebenso zu einem neuen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft, wie zur Überwindung der nationalsozialistischen Gefahr geführt hätte, nachdem der Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise offensichtlich überwunden war.“³¹ So erscheint der 30. Januar 1933 nun nicht mehr als Schlußpunkt einer jahrelangen Entwicklung, sondern als eine unlogische und boshafte Wendung der Geschichte, für die der Irrtum oder der schlechte Charakter einzelner die Verantwortung trägt, die aber kaum jemand wollte und dem deutschen Finanzkapital als Kuckucksei ins Nest gelegt wurde. Mit einer solchen Geschichtsdeutung wird ein historischer Freispruch nicht nur für die einzelnen Gönner und Förderer des zur Macht strebenden Nazismus, sondern auch für die deutsche Monopolbourgeoisie als Klasse gefällt.

In Wahrheit jedoch war die Nazidiktatur keineswegs das Ergebnis machiavellistischer Winkelzüge oder kurzsichtiger Irrtümer, sondern das Resultat einer zielbewußten Politik der deutschen Monopolbourgeoisie, die sich in Hitler und seiner Partei das brauchbare Instrument des deutschen Imperialismus für dessen Herrschaftspläne geschaffen hatte. Brüning, Papen und Schleicher konnten zwar die erste Phase der neuen Krisenpolitik bewältigen, sie konnten die Herrschaft der offenen faschistischen Diktatur vorbereiten, vollenden aber konnte sie nur Hitler mit seiner Massenpartei, die sich auf die Unterstützung

30 Grotkopp, Wilhelm, a. a. O., S. 79/80.

31 Kroll, Gerhard, a. a. O., S. 420.

beträchtlicher Teile der Bevölkerung stützen konnte, die der faschistischen Demagogie erlegen waren. Den Verlauf der Geschichte mit dem Mangel an Urteilsvermögen und schlechten Charaktereigenschaften erklären zu wollen, bedeutet nicht nur eine Huldigung für die primitivsten Varianten einer subjektiven Geschichtsauffassung, sondern schlägt im vorliegenden Fall auch allen historischen Tatsachen ins Gesicht.

Wenn wir so die Versuche einer Auslegung der Ereignisse in den Jahren 1929 bis 1933 im Sinne einer Rechtfertigung und Ehrenrettung des deutschen Finanzkapitals nicht nur als apologetische Interpretation des historischen Ablaufs charakterisieren, sondern darin auch einen nur kümmerlichen Versuch der Entstellung und Unterdrückung bekannter und belegter Tatsachen sehen müssen, so ist es andererseits erfreulich, abschließend wenigstens in einem Punkt Übereinstimmung konstatieren zu können. Grotkopp, eine Rehabilitierung Schachts anstrebind, kommt beim Vergleich des „Deutschen Finanzwunders“, das die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung ermöglichte, mit dem bundesdeutschen „Wirtschaftswunder“ zu folgender Feststellung: „Falsch ist es aber, die beiden ‚Wunder‘ als feindliche Brüder gegenüberzustellen, denn die Grundzüge der Schachtschen und der Erhardschen Politik sind dieselben . . . Die Unterschiede betreffen nur die Mittel und Methoden.“³² Seitdem diese Worte im Jahre 1954 geschrieben wurden, hat sich ihre Richtigkeit in mehr als einer Hinsicht bestätigt. Es sind nicht nur die gleiche Politik der schleichenden Inflation, wovon die Bewegung selbst der offiziellen Preisindizes Zeugnis ablegen, sondern auch dieselben Prinzipien der Lohnpolitik und, last but not least, eine Konjunkturpolitik, deren Hauptstütze wiederum die Rüstungsproduktion ist. Daß die „Mittel und Methoden“ geändert wurden – was nicht vermeidbar nach der totalen Niederlage und der Zerschlagung des Nazismus war –, kann nicht über die fundamentale Gleichheit hinwegtäuschen, die nicht, wie Grotkopp meint, darin besteht, daß beides „Marktwirtschaft“ ist. Schachts Wirtschaftspolitik war notwendige Bedingung der revanchelüsteren, aggressiven und zum Kriege führenden Politik des vom Monopolkapital ausgehaltenen deutschen Faschismus, ebenso wie sich diese Wirtschaftspolitik nur in einem solchen Rahmen voll entwickeln konnte. Wenn die Erhardsche Wirtschaftspolitik nicht die Begleitmusik zu einem ähnlichen Ende wird, so nur deswegen, weil das Verhältnis der in der internationalen Politik entscheidenden Kräfte sich grundlegend verändert hat. Die westdeutsche Historiographie wird sich aber nicht rühmen können, durch ihre Interpretation der Geschehnisse von 1929 bis 1933 einen Beitrag geleistet zu haben, der es dem deutschen Volk ermöglicht, die richtigen und für seine Zukunft so wichtigen Schlußfolgerungen aus diesem Abschnitt jüngster deutscher Geschichte zu ziehen.

³² Grotkopp, *Wilhelm*, a. a. O., S. 319.

Die zyklischen Überproduktionskrisen der Industrieproduktion in den USA in den ersten beiden Etappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus (1914 bis 1958)

(Schluß)*

VON HANS WAGNER

Inhalt

3. Analyse der Kriegskonjunktur des zweiten Weltkrieges und des Nachkriegszyklus in den USA von 1939 bis 1958
 - 3.1. Die Kriegskonjunktur des zweiten Weltkrieges in den USA
 - 3.1.1. Der Beginn der Kriegskonjunktur und ihre Etappen
 - 3.1.2. Die erste Etappe der Kriegskonjunktur
 - 3.1.3. Die zweite Etappe der Kriegskonjunktur und die Hypertrophierung der Rüstungsproduktion
 - 3.2. Die kriegsinflationistische Krise 1944/45 bis 1946/47
 - 3.2.1. Beginn und Charakter der kriegsinflationistischen Krise
 - 3.2.2. Analyse der kriegsinflationistischen Krise
 - 3.2.3. Belebung und Aufschwung aus der kriegsinflationistischen Krise
 - 3.3. Die Nachkriegskrise 1948/49
 - 3.4. Die Kriegskonjunktur 1951 bis 1953 und ihre Rolle
 - 3.5. Die Krise 1957/58
4. Bilanz
5. Anhang
 - 5.3. Anhang zu 3. bis 4.
 - 5.4. Verzeichnis der Tabellen und grafischen Darstellungen

* Teil 1 der Studie (1. bis 2.1.; 5.1.) erschien in Band IV/1964, Teil 2 (2.2. bis 2.4.; 5.2.) in Band I/1965.

3. ANALYSE DER KRIEGSKONJUNKTUR DES ZWEITEN WELTKRIEGES UND DES NACHKRIEGSZYKLUS IN DEN USA VON 1939 BIS 1958

3.1. *Die Kriegskonjunktur des zweiten Weltkrieges in den USA*

3.1.1. Der Beginn der Kriegskonjunktur und ihre Etappen

Bereits bei der Betrachtung des widerspruchsvollen Verlaufes des Reproduktionsprozesses des Industriekapitals im Abschnitt 2. stießen wir auf die entscheidende Rolle der Weltkriege für den Charakter der folgenden Krisen und Zyklen. Die Weltkriege und ihre Auswirkungen bestimmen maßgeblich das Bild der Konjunktur bis weit in die Nachkriegsperioden hinein. Das Problem „Krise und Krieg“ dominiert also in dem behandelten Zeitraum eindeutig, wenn man von dem Problem der großen Krise 1929/32 absieht. Doch selbst diese Krise dürfte in ihren Besonderheiten noch von den Kriegsauswirkungen des ersten Weltkrieges beeinflußt sein. Wir betonten bereits, daß es uns bei der Frage „Krise und Krieg“ nicht einfach um das Problem der allgemeinen Kriegsauswirkungen auf den Reproduktionsprozeß geht, sondern um die *Rolle der staatsmonopolistischen Umverteilung des Nationaleinkommens* zugunsten der Kriegs- und Rüstungsproduktion der Monopole. In den USA *fehlen* gerade jene typischen Kriegsauswirkungen wie die Zerstörung von Produktionsanlagen, Verkehrseinrichtungen usw., die in Europa den Hauptteil des Problems Krise und Krieg ausmachen. Gerade diese Tatsache jedoch ermöglicht es uns, Bedeutung und Grenzen einer staatsmonopolistischen Regulierung der Wirtschaft zu untersuchen, die These von der Möglichkeit einer planmäßigen Sicherung der Konjunktur und der „Vollbeschäftigung“ durch Kriegsrüstung zu beurteilen, soweit es überhaupt noch einer theoretischen Beurteilung bedarf. In den USA hat ja die Entwicklung besonders seit dem Amtsantritt der Kennedy-Regierung selbst hartgesottenen Bourgeois „Dialektik eingepaukt“, um mit Engels zu sprechen.

Die staatsmonopolistische Regulierung der Wirtschaft, in erster Linie die staatsmonopolistische Umverteilung des Nationaleinkommens, ist heute die entscheidende besondere Bedingungen für die Durchsetzung des Krisengesetzes. Nicht nur, daß sich alle inneren Bedingungen des Krisengesetzes über den staatsmonopolistischen Kapitalismus durchsetzen, auch die Einwirkung der äußeren Faktoren, des Wettbewerbs mit dem sozialistischen Weltsystem, des Zerfalls des Kolonialsystems usw. wirken im wesentlichen vermittelt durch den staatsmonopolistischen Kapitalismus. Ein tieferes Eindringen in den Wirkungsmechanismus des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist also eine Vor-

aussetzung für die Klärung der Bedeutung auch der anderen wichtigen historischen Bedingungen für die Verwirklichung des Krisengesetzes.

Beginnen wir mit der Analyse der Kriegskonjunktur des zweiten Weltkrieges in den USA. Dazu geben wir eine Reihe von Tabellen. Zunächst die Entwicklung der zivilen Produktion und der Kriegsproduktion von 1939 bis 1958.⁵⁶ Danach die Entwicklung der Gruppen A und B der Industrieproduktion unter Zuordnung der Rüstungsproduktion zur Gruppe B, wohin sie konsequenterweise gehört.

Tabelle 42⁵⁷

Entwicklung der Industrieproduktion der USA nach Kriegsproduktion und ziviler Produktion,
jährlich von 1939 bis 1958

Punkte des Indexes der Gesamtproduktion 1940 = 100

Jahr	Industrieproduktion der USA			Anteil der Kriegsproduktion an der Gesamtproduktion in Prozent
	Total*	davon		
		Kriegsproduktion	Zivile Produktion	
1939	87	2	85	2
1940	100	3	97	3
1941	130	22	108	17
1942	158 (159)	74	84	47
1943	190 (191)	114	76	60
1944	187 (188)	116	71	62
1945	160 (162)	91	69	57
1946	134 (137)	20	114	15
1947	149 (150)	12	137	8
1948	155 (156)	14	141	9
1949	145	17	128	12
1950	167	15	152	9
1951	179	28	151	16
1952	185	39	146	21
1953	200	42	158	21
1954	187	33	154	17
1955	208	31	177	15
1956	213 (214)	30	183	14
1957	213 (214)	31	182	15
1958	200	31	169	15

* Von 1942 bis 1947 stimmen die Jahreszahlen nicht vollständig mit den früher gegebenen (siehe Tabelle 7 in Abschnitt 2.1.1., in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964, T. 4, Berlin 1964, S. 29f.) überein, da hier der FRB-Index (Originalbasis 1947/49 = 100) benutzt werden mußte. Doch sind die Differenzen, wie die Zahlen in Klammern beweisen, völlig belanglos.

Tabelle 43⁵⁸*Entwicklung der Industrieproduktion der USA*

nach Gruppe B (incl. Rüstung) und Gruppe A sowie der Produktion von Rüstungsgütern und Konsumgütern, jährlich von 1939 bis 1958

Punkte des Indexes der Gesamtproduktion 1940 = 100

Jahr	Industrieproduktion der USA				
	Total	davon			Gruppe A
		Gruppe B		Gruppe A	
		insgesamt	davon		
	Konsumgüter	Rüstung			
1939	87	33	32	1	54
1940	100	36	34	2	64
1941	130	52	40	12	78
1942	158	77	38	39	81
1943	190	100	40	60	90
1944	187	101	39	62	86
1945	160	85	38	47	75
1946	134	53	43	10	81
1947	149	53	47	6	96
1948	155	57	49	8	98
1949	145	58	48	10	87
1950	167	62	54	8	105
1951	179	66	51	15	113
1952	185	71	50	21	114
1953	200	76	54	22	124
1954	187	69	52	17	118
1955	208	73	57	16	135
1956	213	73	57	16	140
1957	213	73	57	16	140
1958	200	72	56	16	128

In der Zeit von 1939 bis 1958 haben wir zwei Perioden, die wir als Zeiten ausgesprochener Kriegskonjunktur bezeichnen müssen: die Zeit des zweiten Weltkrieges und die Periode des Koreakrieges. Die Periode nach dem Koreakrieg (ab 1954) zeichnet sich durch eine für Friedenszeiten außerordentlich hohe, jedoch anteilmäßig etwa gleichbleibende Rüstungsproduktion aus. (Ihr Anteil an der gesamten Industrieproduktion bewegt sich in diesem Zeitraum in Wirklichkeit unter 10 Prozent, doch tut dies hier nichts zur Sache.)

Zunächst kann man ganz allgemein feststellen, daß die sichtbare zyklische Bewegung während der Kriegskonjunktur des zweiten Weltkrieges völlig ausgeschaltet erscheint, während das für die Kriegskonjunktur des Koreakrieges und vor allem für die Zeit von 1954 bis zur Gegenwart keinesfalls der Fall ist.

Des weiteren steht fest, daß die Intensität der Kriegskonjunktur während des zweiten Weltkrieges wesentlich höher war als während des Koreakrieges. Beginnen wir mit der Analyse der Kriegskonjunktur des zweiten Weltkrieges. Wann ist der *Beginn der Kriegskonjunktur* anzusetzen? Alle Kurven und Zahlen deuten darauf hin, daß die Kriegskonjunktur im Jahre 1941 begann. Vorher läßt sich keine merkbar ins Gewicht fallende Rüstungs- und Kriegsproduktion beobachten. Im Juni 1940 verkündete Präsident Roosevelt das Kriegsrüstungsprogramm der USA-Monopole. Doch ist dieses Programm zweifellos erst im Laufe des Jahres 1941 in der Produktion in ernsterem Maße angelaufen. Erst 1942, als die USA selbst am Kriege teilnahmen, begann die Hypertrophierung der Rüstungsproduktion.

Nun kann man natürlich auf dem Standpunkt stehen, daß die direkte Rüstungsproduktion nicht unbedingt ein Charakteristikum der Kriegskonjunktur sein muß, wenigstens nicht in ihrer Anfangsetappe. Daran ist zweifellos etwas Wahres. Bereits die *Aussicht* auf Krieg, Rüstungsaufträge und eine entsprechende Steigerung der Preise, Profite usw. kann die Monopole veranlassen, sich durch Investitionen unter anderem auf diese Rüstungskonjunktur vorzubereiten. Zweifelsohne gibt das gewisse Möglichkeiten zusätzlicher Beschäftigung, zusätzlicher Nachfrage nach Materialien, Ausrüstungen usw., „zusätzlich“ zu den normalen Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung.

Wir stehen jedoch auf dem Standpunkt, daß eine solche bloße „Aussicht auf Profite“ niemals eine auch nur einigermaßen ernsthafte Veränderung der bestehenden wirtschaftlichen Situation bewirken kann. Kommt diese „Aussicht“ in der Krise, dann sind sowieso freie Kapazitäten vorhanden, die eine sofortige Ausnutzung der Rüstungskonjunktur gestatten würden. Investitionen sind nur in geringem Umfange notwendig. Kommt diese „Aussicht“ in der Konjunktur, dann trifft sie auf eine vorhandene Tendenz der ansteigenden Investitionen, die im günstigsten Falle beschleunigt werden kann. Für die Beurteilung, wie solche Aussichten auf künftigen Profit und künftige Steigerung der Nachfrage wirken, ziehen wir unsere Analyse des „New Deal Boom“ aus dem Jahre 1933 hinzu (vergleiche Abschnitt 2.1.5.). Die Wirkung eines solchen „subjektiven Faktors“, den viele bürgerliche Ökonomen als allein verantwortlich für den Krisenzyklus darstellen, ist lediglich auf die gesetzmäßig herrschende Wirtschaftslage *aufgesetzt* und kann – wenigstens im Falle des „New Deal Boom“ – nicht einmal zu einer sichtbaren Verstärkung der Belegungstendenz führen.

So sehr daher der Kriegsausbruch in Europa die Erwartungen der USA-Monopole auf größere Profite gestärkt haben mag – eine grundlegende Beschleunigung der Belegungstendenz aus der Krise 1937/38 heraus hat er *keinesfalls* gebracht. Eine Beschleunigung des Aufschwungstempos läßt sich lediglich bei der chemischen, erdöl- und kohleverarbeitenden Industrie nachweisen, jedoch nur einen einzigen Monat lang (Oktober 1939). Alle anderen Produktionszweige setzen ihre Entwicklungstendenz gleichmäßig fort. Sofern sie in den Monaten vor und nach Kriegsausbruch stark steigen, wie die Metallurgie, machen sie Anfang 1940 einen entsprechenden Rückschlag durch. Es kann also keine Rede

davon sein, daß der Kriegsausbruch in Europa über den subjektiven Faktor der Beeinflussung der USA-Monopole eine nachweisbare Wirkung auf die Belebungsphase nach der Zwischenkrise 1937/38 ausgeübt hat. Die zyklische Belebungsphase ging im Laufe des Jahres 1940 in die Aufschwungphase über. Und erst während dieses Aufschwungs begann die Kriegskonjunktur, die sich dann im Laufe des Jahres 1941 (in der zweiten Hälfte) voll durchsetzt.

Wenn wir den Stand der Industrieproduktion in den jeweils 6 Monaten mit der höchsten Produktion vor der Krise 1929/32, vor der Krise 1937/38 und um die Jahreswende 1939/40 vergleichen, so ergibt sich folgender Stand:

Tabelle 44⁵⁹

1929 = 100		
Jahr	Stand	Stand der Industrieproduktion der USA
1929	100	1929, 1937 und 1939/40 (jeweils Durchschnitt der 6 Monate mit der höchsten Produktion)
1937	106	
1939/40	107 $\frac{1}{4}$	

Damit ist klar, daß der *eigentliche* Aufschwung des Zyklus, der 1933 begann, erst 1939/40 einsetzte. (Es ändert nichts an den Fakten, wenn man die Krise von 1937/38 als echte zyklische Krise betrachtet und den Beginn des neuen Zyklus auf das Jahr 1938 legt.)

Daß dieser *Aufschwung* so steil verläuft und von einer außerordentlich rapiden Steigerung der Investitionen begleitet wird, nimmt nicht wunder. (Die Investitionen übersteigen Ende 1940 den Höchststand von 1929.) Während der großen Krise waren die Investitionen in der Industrie auf einem bis dato kaum gekannten Tiefstand angelangt. Die Zwischenkrise 1937/38 brachte erneut einen Einbruch in die Investitionstätigkeit. Daher mußte sich jetzt ein Aufschwung anbahnen, der sehr wesentlich durch eine Steigerung der Investitionen gekennzeichnet war. Gegen die Charakterisierung der Entwicklung als Aufschwung ist es auch kein Argument, daß zu diesem Zeitpunkt noch große, nicht ausgelastete Kapazitäten vorhanden waren sowie eine enorme Reservearmee an Arbeitskräften. Nach einer Periode der jahrelangen faktischen Stagnation der Arbeitsleistung ist die Modernisierung des Produktionsapparates notwendig, wenn wir zum Beispiel an den moralischen und physischen Verschleiß der Maschinerie denken.

Der Aufschwung in den Jahren 1940/41 war also durch einige Besonderheiten beeinflusst:

1. Durch das niedrige Niveau der Investitionen in den vorangegangenen 9 bis 10 Jahren (siehe Tabelle 30a und 30b aus Abschnitt 2.2.1.).
2. Durch verhältnismäßig hohe nichtausgelastete Kapazitäten. Da Kapazitätsberechnungen immer problematisch sind (zumal in den USA in vielen Industriezweigen theoretisch die Möglichkeit bestand, durch eine zweite bzw. dritte Schicht die Kapazitäten sprunghaft zu erhöhen), verzichten wir auf entsprechende Zahlenangaben und begnügen uns mit der Feststellung,

3. Durch das Bestehen einer außerordentlich großen Arbeitslosenarmee. Nach offiziellen Angaben, die bestimmt nicht die Tendenz zur Übertreibung der Arbeitslosenziffer haben, sieht die Entwicklung der Lage auf dem Arbeitskräftemarkt folgendermaßen aus:

Tabelle 45⁶⁰

Entwicklung der aktiven Arbeitslosenarmee und der latenten Übervölkerung sowie der Streitkräfte in den USA, jährlich von 1938 bis 1958

in Millionen Personen

Jahr	Arbeitslose		Streitkräfte in Millionen Personen	Nichtarbeitend incl. latente Übervölkerung in Millionen Personen	
	in Millionen Personen	in Prozent d. Arbeitskräfte insges.*		absolut	Veränderungen zum Vorjahr
1938	10,4	19	0,3		
1939	9,5	17	0,4		
1940	8,1	15	0,5	44,2	
1941	5,6	10	1,6	44,0	- 0,2
1942	2,7	4	4,0	42,2	- 1,8
1943	1,1	2	9,0	39,1	- 2,1
1944	0,7	1	11,4	38,6	- 0,5
1945	1,0	2	11,4	40,2	+ 1,6
1946	2,3	4	3,5	45,6	+ 5,4
1947	2,1	4	1,6	45,9	+ 0,3
1948	2,1	3	1,5	45,7	- 0,2
1949	3,4	6	1,6	46,1	+ 0,4
1950	3,1	5	1,7	46,2	+ 0,1
1951	1,9	3	3,1	46,1	- 0,1
1952	1,7	3	3,6	46,7	+ 0,6
1953	1,6	3	3,5	47,7	+ 0,1
1954	3,2	5	3,4	48,4	+ 0,7
1955	2,7	4	3,0	48,5	+ 0,1
1956	2,6	4	2,9	48,3	- 0,2
1957	2,9	4	2,8	49,7	+ 1,4
1958	4,7	7	2,6	50,7	+ 1,0

* Beschäftigte, Arbeitslose und Angehörige der Streitkräfte.

Noch 1940 gab es also in den USA mehr als 8 Millionen offizielle Arbeitslose, und selbst 1941 waren es noch rund 6 Millionen. Erst 1942 folgte hier die Wandlung, doch darüber später. Die ersten beiden Jahre des Aufschwunges, die im wesentlichen ohne Kriegskonjunktur und ohne riesige Vergrößerung der Armee

vergingen, konnten also das Problem der Arbeitslosigkeit noch nicht lösen, doch brachten sie eine Tendenz zur Erleichterung.

In diese Situation fiel der Anfang der *Kriegskonjunktur* im Jahre 1941.

Die Kriegskonjunktur, das heißt die staatsmonopolistische Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten des Krieges, begann dabei zunächst noch nicht mit riesigen Rüstungsaufträgen, sondern vor allem mit dem Bau neuer Rüstungsbetriebe. Während auf dem Gebiet der zivilen Produktion und damit des Maschinenbaus, der Grundstoffproduktion und anderer Zweige große Kapazitätsreserven vorhanden waren (ganz abgesehen von umfangreichen Vorräten in der Volkswirtschaft) bzw. mit noch relativ geringen Investitionen geschaffen werden konnten, erforderte die Notwendigkeit der Rüstungsproduktion den Aufbau spezieller Betriebe für die Kriegsmaterialproduktion, denn auf diesem Gebiet war außer einigen Vorarbeiten und teilweisen Investitionen aus dem New-Deal-Programm (zum Beispiel das Tennessee-Projekt, Stickstoff- und Aluminiumindustrie) ein ausgesprochener Mangel an speziellen Kapazitäten. Natürlich wurde ein Teil der privaten Investitionen ebenfalls zur Umstellung der Betriebe auf Rüstungswaren verwandt. Doch dürfte im allgemeinen die Charakteristik zutreffen, daß die privaten Investitionen der Jahre 1940 und 1941 (wo sie bekanntlich am höchsten waren) im wesentlichen die gleichzeitig Zivil- und Kriegszwecken dienende Produktion erweiterten, während die speziellen Rüstungskapazitäten wesentlich durch die Regierung, also durch den Staatshaushalt, finanziert wurden. (Nach dem Kriege wurden diese Betriebe billig an die Monopole verkauft.)

Insgesamt finden wir bis 1942 eine außerordentlich umfangreiche Investitionstätigkeit, welche diejenige des ersten Weltkrieges (bis dahin Spitze!) bei weitem übertraf.

Geben wir dazu eine Tabelle der Entwicklung der Industriebauten, gegliedert nach privaten Industriebauten und öffentlichen Industriebauten. Alle von uns geschilderten Umstände werden hier ganz deutlich. (Siehe Tabelle 46.)

Die privaten Investitionen erreichten 1941 ihren Höhepunkt, danach sanken sie rapide ab. Die öffentlichen Investitionen dagegen erreichten erst 1942 ihren Höhepunkt. Dabei sind der Umfang und der Charakter der Investitionen in der privaten Wirtschaft völlig andere als in der öffentlichen. Bei den privaten Investitionen ist der Anteil der Bautätigkeit an den gesamten Investitionen bedeutend *geringer* als bei den öffentlichen Investitionen. Das bestätigt unsere These, daß die private Industrie sich auf die Modernisierung und die Umstellung ihrer Betriebe konzentrierte, während die Regierung aus dem Haushalt die reinen Rüstungsneubauten finanzierte. Dabei war der Umfang der öffentlichen Investitionen während des Krieges bedeutend größer als der der privaten.⁶²

Die privaten Investitionen erreichen 1941 den Höhepunkt der Investitionen aus dem Jahre 1929 (absolut gesehen; natürlich nicht, wenn man die entsprechend höhere Industrieproduktion in Rechnung stellt). Zusammen mit den öffentlichen Investitionen wird dieser Höhepunkt 1941 bereits *wesentlich* über-

Tabelle 46⁶¹

Entwicklung des Industriebaus der USA nach öffentlichen und privaten Industriebauten, jährlich von 1939 bis 1958

Punkte des Indexes der gesamten Industriebautätigkeit 1940 = 100

Jahr	Industriebau der USA		
	Insgesamt	davon	
		öffentlich	privat
1939	46	4	42
1940	100	27	73
1941	321	198	123
1942	514	466	48
1943	241	223	18
1944	162	139	23
1945	156	84	72
1946	185	12	173
1947	154	8	146
1948	123	15	108
1949	88	14	74
1950	97	17	80
1951	213	67	146
1952	271	114	157
1953	264	117	147
1954	231	98	133
1955	197	46	151
1956	210	27	183
1957	227	27	200
1958	156	23	133

schritten (selbst wenn man die höhere Industrieproduktion in Rechnung stellt). 1942 werden die Gesamtinvestitionen nochmals wesentlich gesteigert, um dann rasch abzusinken. Dabei ist bemerkenswert, daß die privaten Investitionen – ihren Charakter haben wir ja bereits geschildert – bereits ab 1944 wieder ansteigen und 1945 den Stand von 1941 wieder erreicht haben, 1946 und 1947 neuen Höhepunkten zustreben, jedoch die Spitze der Gesamtinvestitionen während des Krieges nicht erreichen.

Allerdings bewegt sich auch die Industrieproduktion auf einem entsprechend niedrigeren Stand. Die Analyse der Tabellen 42, 43, 45 und 46 ergibt im Zusammenhang mit den im Abschnitt 2. gewonnenen Erkenntnissen eindeutig, daß wir es während des zweiten Weltkrieges mit einer Kriegskonjunktur zu tun haben, die in drei Etappen abläuft.

Übersicht 47⁶³*Etappen der Kriegskonjunktur des zweiten Weltkrieges in den USA*

1. Etappe von 1939/40 bis 1942
2. Etappe von 1942 bis 1944
3. Etappe von 1944/45 bis 1946/47 (kriegsinflationistische Krise)

In der ersten Etappe entwickelt sich ein zyklischer Aufschwung der Industrieproduktion. In diesen Aufschwung hinein fällt der Beginn der Kriegskonjunktur. Auf Grund der Besonderheiten des zyklischen Aufschwunges und der Tatsache, daß die Kriegskonjunktur mit einer wesentlichen Steigerung der Rüstungsinvestitionen einherging, forciert die Kriegskonjunktur in dieser Etappe den zyklischen Aufschwung.

Die direkte Rüstungsproduktion ist bis einschließlich 1941 dem absoluten Umfange nach noch gering, vor allem wenn man sie mit dem Umfang in der Nachkriegszeit vergleicht. Der Prozentsatz ist niedriger oder gleich dem der Nachkriegszeit, mit Ausnahme der Kriegskonjunktur des Koreakrieges.⁶⁴ Was die Wirkung der Rüstungsproduktion in dieser Zeit dennoch von der Periode ab 1955 unterscheidet, ist ihre rasch wachsende absolute Zunahme.

Finden wir 1940 in der Industrie der USA noch einen im wesentlichen von zyklischen Faktoren bestimmten Aufschwung, so wird der Charakter des Aufschwunges im Laufe des Jahres 1941 immer mehr von der Kriegskonjunktur bestimmt, um 1942 völlig umzuschlagen. Ab 1942 ist die zyklische Bewegung völlig in den Hintergrund gedrängt, praktisch nicht mehr sichtbar. Der Zyklus ist unterbrochen.

3.1.2. Die erste Etappe der Kriegskonjunktur

Tatsächlich ging folgendes vor sich: Die staatsmonopolistische Regierung begann einen großen Teil des gesellschaftlichen Nationaleinkommens zu erfassen und „lenkte“ seine Anwendung *einerseits* in große Investitionen in die Produktion der Gruppe B (Aufbau der Rüstungsindustrie). Diese Investitionen mußten natürlich materiell von der Gruppe A der Industrieproduktion (Produktionsmittel) erzeugt werden. Diese Art der Verausgabung des staatsmonopolistisch zentralisierten Nationaleinkommens ergab faktisch eine „Erhöhung“ des für die Akkumulation bestimmten Mehrwertes.⁶⁵ Dabei setzen wir „Erhöhung“ in Anführungszeichen, weil es in Wirklichkeit schwierig ist, im wörtlichen Sinne davon zu sprechen, denn dann müßte man feststellen, was ohne die staatsmonopolistische Zentralisation mit diesem Mehrwert geschehen wäre. Wir nehmen allerdings an, daß durch die Rüstungsinvestitionen der für die Akkumulation bestimmte Teil des Mehrwertes real erweitert worden ist; unter Umständen wurde hier sogar Mehrwert akkumuliert, der bis dato brachgelegen hat. Bereits in dieser Periode wurden jedoch Mittel des Staatshaushaltes, die für kulturelle Zwecke, für Gesundheitswesen, Wohnungsbau bestimmt waren,

in den Aufbau der Rüstungsindustrie gelenkt. Damit wird der Lebensmittelfonds der Arbeiterklasse indirekt gekürzt, die Entwicklung des Reallohns zugunsten der Aufrüstung beschnitten. Inflationistische Tendenzen und gewaltsame Einschränkung der Konsumgüterproduktion spielen dagegen am Beginn der Kriegskonjunktur noch keine entscheidende Rolle für die Entwicklung der Reallöhne.

Andererseits wurde natürlich von Anfang an das staatsmonopolistisch zentralisierte Nationaleinkommen zu einem gewissen Teil für den Ankauf von Rüstungsmaterialien verwandt. Durch diesen Prozeß wurde die Produktion der Gruppe B der Industrieproduktion erweitert.

Da sich jedoch die Verausgabung des Nationaleinkommens für den Ankauf von Produkten der Gruppe B der Industrieproduktion noch in recht mäßigen Grenzen hielt, was seine Gesamtmasse betraf, wurden dadurch weder die Akkumulation noch die individuelle Konsumtion gehemmt. Im Gegenteil, die allgemeine Richtung der Verausgabung des zentralisierten Teiles des Nationaleinkommens entsprach genau den Tendenzen des zyklischen Aufschwunges. Und dementsprechend waren auch seine Wirkungen.

Wenn man 1923 als Basisjahr nimmt, lag von 1931 bis 1936 der Investitionsindex der Gruppe A bedeutend *niedriger* als der Investitionsindex der Gruppe B. 1937, als sich ein neuer Aufschwung anbahnte, lag der Investitionsindex von A *höher*, 1938 und auch noch im Belebungsjahr 1939 sank er wieder auf das Niveau des Indexes der Gruppe B. Im Jahre 1940 stiegen die Investitionen (wohl-gemerkt, nur die privaten Investitionen; die staatlichen, die im wesentlichen die neuen Rüstungsinvestitionen darstellten, sind hier nicht mit erfaßt!) der Gruppe B um 9 Prozent, die der Gruppe A jedoch um 47 Prozent. (1929 stieg B um 3 Prozent, A um 28 Prozent.) Erst 1940 wird also in den USA die jahrelange „Depression besonderer Art“ überwunden, ein neuer zyklischer Aufschwung ist in Gang gekommen, der jedoch von 1940 an den Stempel der Kriegskonjunktur trägt.

Die rasche Ausdehnung der Produktion der Gruppe A reißt die gesamte Industrieproduktion mit nach oben. Die Steigerung der Beschäftigtenzahl, die Steigerung der Löhne erhöht die Kaufkraft der Massen und steigert die Nachfrage nach Konsumgütern. Daher nimmt auch die Gruppe B (Konsumgüter)⁶⁶ an dem Aufschwung in ganz bedeutendem Maße teil. Der Aufschwung von 1940 bringt auch die Preise wieder zum Steigen, die seit 1937 erneut erheblich gefallen waren und weit unter dem Niveau der zwanziger Jahre lagen.

Die Umverteilung des staatsmonopolistisch zentralisierten Nationaleinkommens steigerte also im Jahre 1941 die Investitionen in die Gruppe B (inclusive Rüstung) der Industrieproduktion und beschleunigte damit auch den Aufschwung der Produktion in der Gruppe A. Gleichzeitig begann – allerdings erst langsamer – der Ausweitungsprozeß der Produktion der Gruppe B, soweit er die Produktion von Rüstungsmitteln, also Mitteln des parasitären Konsums, betrifft. Damit beschleunigt die Umverteilung des Nationaleinkommens auch die Entwicklung der Gruppe B (obgleich bis zu einem gewissen, allerdings noch

geringen Grade diese Ausdehnung von B einfach eine Umstellung oder gar nur Umlenkung der Produktion von Betrieben der Gruppe A auf Rüstung, also Gruppe B, ist) und forciert somit die „normalen Tendenzen“ des Aufschwunges, forciert damit zunächst auch die Entwicklung der Widersprüche des Krisengesetzes, vor allem des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt. Die Gegenteilstendenzen, die zum Beispiel in Richtung einer Verringerung der Disproportionen zwischen B und A durch Forcierung der Rüstungsproduktion wirken, sind in dieser Phase der Kriegskonjunktur viel zu schwach, um sich bemerkbar zu machen.

Daher konnte es bereits Mitte 1941 zu einer plötzlichen Stagnation bzw. zu einem plötzlichen Rückgang der Entwicklung der Gruppe B der Industrieproduktion kommen, soweit sie die Produktion von Konsumgütern betrifft. Betrachtet man die Entwicklung der einzelnen Zweige, so sieht man, daß hier die Zweige Furniture, Paper and Printing, Textiles und später auch Manufactured Food nicht mehr anwachsen bzw. sogar absinken. Die Entwicklung der gesamten Gruppe B dürfte jedoch gerade in dieser Zeit (Ende 1941, Anfang 1942) *beschleunigt* worden sein durch den massenhaften Beginn der Rüstungsproduktion. (Im Dezember 1941 traten die USA bekanntlich aktiv in den Krieg ein.) Daher wird die Entwicklung der Disproportionalität zwischen den beiden Gruppen der Industrieproduktion in dieser Phase *verhindert*. Die fällige Krise oder Zwischenkrise *kann nicht* ausbrechen. Zu diesem Zeitpunkt (1941/42) ist also die direkte Rüstungsproduktion bereits so stark im Anwachsen, daß die zyklische Bewegung deformiert und wenig später unterbrochen wird.

Forcierte also am Anfang die staatsmonopolistische Umverteilung des National Einkommens den zyklischen Aufschwung, weil sie in erster Linie auf die Investitionen für die Kriegsproduktion gerichtet war, und *beschleunigte* sie dadurch die Entwicklung der Widersprüche zwischen Produktion und Markt sowie der Disproportionen zwischen A und B (soweit es sich bei B um Konsumgüter handelt), so *verhindert* sie jetzt (1941/42) die rasche Verschärfung und den Ausbruch der Widersprüche in einer Krise, weil eine bedeutend raschere Forcierung der direkten Rüstungsproduktion eintrat. Damit beginnt faktisch der umgekehrte Prozeß: die Entstehung *umgekehrter Disproportionen* zwischen der Gruppe A und der Gruppe B der Industrieproduktion.⁶⁷

Bis zu diesem Zeitpunkt sind die Wirkungen der Widersprüche des Krisengesetzes noch nachweisbar; die zyklische Bewegung ist modifiziert, aber noch nicht vollständig unterbrochen. Der Umschlag steht jedoch kurz bevor.

Wir finden bei diesem konkreten Beispiel also die Wirkung der Kriegskonjunktur in folgender Weise: Sie *beschleunigt* das Heranreifen der Widersprüche, die zur Krise führen, jedoch im entsprechenden Moment verhindert sie den Ausbruch der Krise (besser gesagt: sie verzögert ihn, schiebt ihn hinaus). Es ist klar, daß aus dieser Art der Einwirkung der Rüstungsproduktion zweierlei resultiert: Erstens eine Modifizierung der Herausbildung der Widersprüche des Krisengesetzes. Ihre „normale“ Entwicklung wird behindert, sie entfalten sich, insgesamt gesehen, überhastet, rascher, daher sicher auch mit entsprechend

größeren bzw. kleineren Disproportionen zwischen einzelnen Zweigen usw. Zweitens eine Modifizierung der temporären Lösung der Widersprüche des Krisengesetzes in und durch die Krise, indem die beschleunigt fällige Krise nicht zum Ausbruch kommen kann.

Die staatsmonopolistische Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Rüstungsindustrie hemmt also den Bewegungsmechanismus des Krisengesetzes und führt in dieser Phase der Kriegskonjunktur zur Modifizierung des Bewegungsablaufes der Widersprüche des Krisengesetzes. Der Zyklus wird modifiziert, deformiert.

3.1.3. Die zweite Etappe der Kriegskonjunktur und die Hypertrophierung der Rüstungsproduktion

In der zweiten Etappe der kriegsinflationistischen Konjunktur (1942 bis 1944) wird der Mechanismus der Krisengesetze völlig gestört. 1942 erreichen die Investitionen in die Rüstungsindustrie ihren absoluten Höhepunkt, und gleichzeitig beginnt jene Hypertrophierung der Rüstungsproduktion selbst, die erst 1944 ihren Höhepunkt findet und die neue schwerwiegende Widersprüche und Disproportionen zeugt.

Die im Staatshaushalt konzentrierte Masse des Nationaleinkommens wächst bedeutend an. Dabei versucht der Staat, um eine Entwertung dieses in Geldform angehäuften Wertes zu verhindern, mit allen Machtmitteln die an und für sich auf Grund der Kriegswirtschaft notwendig produzierten inflationistischen Preissteigerungen zu unterdrücken.

Während des ersten Weltkrieges stiegen die Preise außerordentlich. Hier zeigte sich, daß die Kriegskonjunktur eine hypertrophierte Nachfrage schafft, die auf Basis der Monopole maßlose Preistreiberien der Industrie und auf Basis des steigenden Geldeinkommens der Werkstätigen, bei sinkender (oder zumindest relativ sinkender) Produktion von Konsumgütern für den zivilen Bedarf, maßlose Preissteigerungen auch in der Konsumgüterindustrie begünstigt. Das ist ein spezifisches Merkmal der Kriegsinflation. Daher finden wir nach dem ersten Weltkrieg, faktisch bis Ende der dreißiger Jahre, auch einen sinkenden Trend der Preisentwicklung als Ausgleich zu der Preisüberhöhung während des Weltkrieges. Zweifelsohne ist das ein wichtiger Faktor für die Beurteilung der Besonderheiten der Krisen der Zwischenkriegsperiode, denn die Preissenkungen setzten sich natürlicherweise gerade in den großen Krisen durch (1920/21, 1929/32) und waren eines der Momente, die diese Krisen besonders tief gestalteten. Genau umgekehrt jedoch ist die Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg, wo sich die Preissteigerungen der Kriegszeit (bzw. der unmittelbaren Nachkriegszeit) nicht wieder durch einen sinkenden Preistrend ausglich, sondern im Gegenteil durch einen noch weiter steigenden Trend fortsetzten. Zweifelsohne ist die Tatsache, daß die Preissenkungen in den Krisen besonders schwach bzw. überhaupt nicht zur Geltung kamen, eines derjenigen Momente,

die eine weitere Vertiefung der Krisen durch eine rasche Entwertung des Kapitals hemmten und damit auch eine vollständige momentane „Lösung“ der Widersprüche verhinderten.

Während des zweiten Weltkrieges gelang es dem monopolkapitalistischen Staat, die offenen Preistreibereien weitgehend zu unterbinden. Natürlich spiegelt der Index besonders in dieser Periode nicht die wirkliche Preisbewegung wider. Erstens erfaßt er nicht die Preisbewegung auf dem sogenannten schwarzen Markt. Zweitens kann er die indirekten Verteuerungen der Waren nicht erfassen (Zahlungsziele, Frachtkostenübernahmen usw.), und drittens erfaßt er natürlich nicht die Preise der Rüstungswaren, die zweifelsohne stärker gestiegen sind als der Durchschnittsindex, haben sich doch die Monopole sozusagen selber die Aufträge zugeteilt und die Preise dafür bestimmt. Trotzdem steht fest, insbesondere im Vergleich zum ersten Weltkrieg, daß hier die Preissteigerungen in „erträglichen Grenzen“ gehalten wurden. Dadurch konnte der Staat verhindern, daß die in seinen Händen konzentrierten Geldmittel rasch entwerteten.

Das hat eine große Bedeutung. Während des zweiten Weltkrieges gelang es dem monopolistischen Staat, eine bedeutend größere Masse des Nationaleinkommens zu erfassen bzw. in den „Händen zu behalten“, und dementsprechend waren auch die Auswirkungen dieser staatsmonopolistischen Umverteilung stärker. Die Preissteigerungen, wie sie während des ersten Weltkrieges auftraten, sind eine „natürliche“ Reaktion auf die Hypertrophierung der Rüstung. Ihre Funktion (abgesehen von monopolistischen Preistreibereien, die diesen Prozeß stören) besteht darin, durch unterschiedliches Steigen Angebot und Nachfrage in Übereinstimmung zu halten und dadurch ein gewisses Gleichgewicht zwischen der Hypertrophierung der Produktion der Gruppe B und der Produktion der Gruppe A u. a. zu halten. Während des zweiten Weltkrieges wurde dieser „Ausgleich“ auf staatsmonopolistischem Wege gehemmt. Die Verkleinerung des für die Rüstung zur Verfügung stehenden, in den Händen des Staates befindlichen Teiles des Nationaleinkommens wurde verhindert. Gerade dadurch jedoch ermöglichten sich die USA-Monopole eine solche Ausdehnung der Produktion der Rüstungsindustrien, daß diese Ausdehnung in hohem Maße auf Kosten der Produktion der Konsumgüterindustrie und auf Kosten des Ersatzes des fixen Kapitals in weiten Bereichen der zivilen Industrie erfolgen mußte.⁶⁸

Auch hier zeigt sich, daß dieser staatsmonopolistische Eingriff in die „natürliche“ Entwicklung seine Reaktion auf einer anderen Ebene findet. Das ist in den meisten Fällen so. Wenn der staatsmonopolistische Kapitalismus an einem Ende ein Loch zustopft, um die Profite für die Monopole zu erhöhen, so wird häufig am anderen Ende ein Loch aufgerissen, das die Entwicklung von Disproportionen vergrößert, die Widersprüche verschärft.

Das war im ersten Weltkrieg in weit geringerem Maße der Fall. Daher war hier auch bereits 1916 der Höhepunkt der Produktion erreicht, lange bevor die USA aktiv in den ersten Weltkrieg eintraten. Die Hypertrophierung der Gruppe

B nahm hier bedeutend geringere Ausmaße an. Daher zeigten sich auch die Auswirkungen in der kriegsinflationistischen Krise wesentlich schwächer.

1942 beginnt also die zweite Etappe der Kriegskonjunktur. Die gesamte Industrieproduktion weitet sich erheblich aus. Die Beschäftigung steigt bedeutend an, zum ersten Male seit 1929 sinkt die Arbeitslosenzahl für die USA auf ein unter kapitalistischen Verhältnissen „normales“ Maß (2,7 Millionen). Dabei ist zu berücksichtigen, daß in dieser Zahl Saisonarbeiter enthalten sind und daß vor allem die Fluktuation in diesen Jahren der Umstellung sehr groß war, so daß ein Teil der als arbeitslos Gezählten nur deshalb zu den Arbeitslosen gerechnet wurde, weil er gerade den Arbeitsplatz wechselte.

Da gleichzeitig die Armee um 2,4 Millionen Mann erweitert wird (1942 gegenüber 1940), werden fast 2 Millionen Arbeitskräfte aus der latenten Reservearmee in den Arbeitsprozeß einbezogen. Die Preise steigen relativ schwach, doch haben wir die Ursachen dafür bereits behandelt (vom Jahresdurchschnitt 1941 zum Jahresdurchschnitt 1942 zwar um 10 Prozent, vom Januar bis zum Dezember 1942 jedoch nur um 4 Prozent).

Bei oberflächlicher Betrachtung könnte man also sagen, daß sich 1942 der zyklische Aufschwung noch fortsetzt, trotz der rückläufigen oder stagnierenden Tendenz der Konsumgüterproduktion, die wir im vorigen Abschnitt für 1941/42 festgestellt haben. Das ist jedoch nicht mehr so. 1942 überwiegen die Faktoren der Kriegskonjunktur und *bestimmen* den Verlauf der Produktions- und Wirtschaftsentwicklung.

Der Anteil der Kriegsproduktion an der gesamten Industrieproduktion steigt auf fast 50 Prozent. Daher wird die Produktion für zivile Zwecke – obgleich die Gesamtproduktion um über 20 Prozent steigt – um über 20 Prozent *gesenkt*. Diese Senkung spiegelt vor allem auch einen Rückgang der privaten Investitionen wider, die ebenfalls um über 20 Prozent (23 Prozent) zurückgehen. Gleichzeitig wird hier die Produktion von Konsumgütern *eingeschränkt*. Wir haben gesehen, daß diese Einschränkung offenbar zunächst noch zyklisch beeinflusst ist, jedoch spätestens in der ersten Hälfte 1942 ist sie bereits das Ergebnis des Abzuges von Arbeitskräften, Materialien, überhaupt von Kapital aus diesen Produktionszweigen für die Kriegsindustrie. Die Produktion von PKWs zum Beispiel wird in der ersten Hälfte von 1942 fast völlig eingestellt, nicht etwa, weil sie nicht mehr abgesetzt werden könnten, sondern weil sich die Automobilgesellschaften auf das lukrativere Kriegsgeschäft stürzten. Trotz umfangreicher Kriegsaufträge zur Herstellung der notwendigen Bekleidung für die Armee kann die Textilindustrie ihre Produktion im Laufe des Jahres 1942 nicht mehr ausweiten, und sie sinkt in der Folgezeit. Die Produktion von Möbeln und ähnlichen Waren hat sinkende Tendenz. Die Produktion des Zweiges Papier und Druck sinkt erheblich ab usw.

Vergleicht man die Produktionsentwicklung der Gruppe B (inclusive Rüstung) mit der Gruppe A der Industrieproduktion, so sieht man, daß ab 1942 jene Hypertrophierung der Produktion der Gruppe B beginnt, welche die für die Kriegskonjunktur charakteristischen umgekehrten Disproportionen schafft.

1943 erreicht diese Entwicklung ihren Höhepunkt. 1944 beginnt sie bereits in die kriegsinflationistische Krise überzugehen.

Die von der staatsmonopolistischen Umverteilung des Nationaleinkommens erzeugten umgekehrten Disproportionen können in wachsendem Maße nur auf Kosten der individuellen Konsumtion und des Kapitals in den nichtkriegswichtigen Betrieben gelöst werden.

Betrachten wir die Entwicklung anhand der Tabelle 43 genauer, so zeigen sich interessante Tatsachen.

1943 ist der absolute Umfang der Produktion der Gruppe B *größer* als der der Gruppe A. Die Hypertrophierung der Produktion der Gruppe B ist also bereits sehr weit fortgeschritten. Ab 1943 (bis 1944) setzt sich dieser Prozeß jedoch in noch rascherem Tempo fort. Die Produktion der Gruppe B steigt weiter, während die Produktion der Gruppe A um 5 Prozent zurückgeht. Die Produktion von Rüstungswaren steigt, während die Produktion von Produktionsmitteln für die Industrie zurückgeht. Eine solche Entwicklung kann nur auf Kosten der Produktion von Konsumgütern, auf Kosten der Investitionen in der zivilen Industrie gehen, ja, zu diesem Zeitpunkt gehen in der USA-Industrie auch die Investitionen für die Rüstungsindustrie zurück.

Das bedeutet, daß wir 1943/44 an einem kritischen Punkt der wirtschaftlichen Entwicklung der USA stehen. Jeder weitere Versuch, die Rüstungsproduktion in gleichen Proportionen zu steigern wie bis dahin, hätte über kurz oder lang eine Katastrophe über die Versorgung der Bevölkerung gebracht. Das gleiche gilt für die entsprechenden Betriebe der zivilen Industrien. Es sei hier nur am Rande vermerkt, daß die europäischen kriegführenden Länder dieses Stadium viel früher erreichten, da die Versorgung ihrer Wirtschaft mit Arbeitskräften und Rohstoffen bedeutend schlechter funktionierte als die der amerikanischen. Das trifft auch für Deutschland zu, obwohl die Lage für die Faschisten „günstiger“ war, da sie halb Europa für die Versorgung ihrer Kriegswirtschaft mit Arbeitskräften und Rohstoffen ausplünderten.

In dieser Phase kommt der Mechanismus des Krisengesetzes überhaupt nicht mehr zur Wirkung. Die gewaltsame Konzentration eines großen Teiles des Mehrwertes bzw. des Nationaleinkommens der Gesellschaft in Händen des monopolistischen Staates entzieht diesen der Verfügungsgewalt der einzelnen Kapitalisten, ja, im ökonomischen Sinne sogar der einzelnen Monopole. Damit wird der privaten Disposition dieser Monopole und Kapitalisten ein Riegel vorgeschoben und diese Disposition in eine Richtung gezwungen, die dem gemeinsamen Zweck des großen Monopolkapitals dient, der Kriegführung oder der Vorbereitung des kalten Krieges usw.

Das sich – wenigstens im Kapitalismus der freien Konkurrenz – selbst regulierende Spiel von Angebot und Nachfrage, von Akkumulation nach den Profitergebnissen wird *gewaltsam* behindert. Akkumuliert wird auch jetzt noch nach Profitinteressen, aber nach den Profitinteressen der großen Monopole, die den Krieg führen und die an ihm verdienen, die aber vor allem auch nach dem Krieg an ihm verdienen wollen. Der Mechanismus der freien Konkurrenz,

bereits im Monopolkapitalismus weitgehend eingeschränkt, im staatsmonopolistischen Kapitalismus weiter gehemmt, wird im staatsmonopolistischen Kriegskapitalismus restlos gestört. Hier wird „planmäßig“ den großen Monopolen auf Kosten aller anderen der Löwenanteil des „nationalen“ Profits gesichert bzw. „planmäßig“ ihr gemeinsames „Geschäft“ finanziert.

Theoretisch wäre mit der Ausdehnung und Hypertrophierung der Rüstungsproduktion in dem Moment Schluß, wo aller Mehrwert in der Rüstungsproduktion verpulvert wird. Tatsächlich ist für große Teile der kapitalistischen Industrie dieser Fakt weitgehend gegeben. Ganze Industriezweige müssen die Produktion einschränken. Ganze Industriezweige erhalten für ihren vielleicht noch in Geldform vorhandenen Mehrwert weniger materielle Mittel zur Akkumulation (und vielleicht auch weniger Luxuswaren zur Konsumtion). Sie müssen diesen also für bessere Zeiten brachliegen lassen bzw. ihn direkt oder indirekt der Rüstungsindustrie zur Verfügung stellen.

Wenn sie ihn zunächst in Geldform in der Hand behalten, müßte er dennoch unaufhörlich den Kreislauf des Kapitals erweitern und mehr Profit, mehr Mehrwert hecken. Das kann er nicht. Selbst wenn man annimmt, daß es sich hier nur um eine zeitweilige Unterbrechung handelt, daß der in Geldform aufgehäufte Mehrwert sich nach dem Kriege realisieren kann, so zeigt sich eben „nach dem Kriege“, daß der Mehrwert nur noch die Hälfte wert ist. Die kriegsinflationistischen Preissteigerungen schon während des Krieges oder nach Kriegsende sind nur der reale Ausdruck dafür, daß er während des Krieges faktisch in die Luft gejagt wurde.

Die einzigen, die bei diesem Geschäft gewinnen, sind die großen Monopole, die die Masse der Kriegsaufträge erhalten. Sie sind die einzigen, die ihren Profit in der Kriegskonjunktur erhöhen können, obgleich, gesellschaftlich gesehen, ein immer größerer Teil des Mehrwertes zur parasitären gesellschaftlichen Konsumtion verwandt, das heißt zerstört wird. Dabei könnten sie Verluste noch am ehesten hinnehmen, denn ihre Haupterwartungen richten sich ja auf die Zeit nach dem „siegreichen Ende“ des Krieges.

Das gleiche geschieht übrigens mit den Geldmitteln der Arbeiterklasse und der übrigen Bevölkerung. Da während der Kriegskonjunktur die Beschäftigung steigt, sogar ein ausgesprochener Mangel an Arbeitskräften entsteht, steigt das Geldeinkommen der Arbeiterklasse und der Bevölkerung. Aber die Hypertrophierung der Rüstungsindustrie bedingt auch eine Ausdehnung des gesellschaftlichen Mehrwertes auf Kosten des Lebensmittelfonds der Arbeiterklasse.

Die gewaltsame Umverteilung des Nationaleinkommens erfolgt ja im Interesse der großen Monopole, die im Kriegsfall – alles natürlich in der zweiten Phase der Kriegskonjunktur – keine Rücksicht auf die zivile Produktion nehmen. Der Lebensmittelfonds der Arbeiterklasse wird eingeschränkt, obgleich die Beschäftigung und der Geldlohn steigen können. Der ökonomische Ausweg ist ein entsprechendes Steigen der Preise, also eine Senkung des Reallohnes. Wenn es dem staatsmonopolistischen Kapitalismus gelingt, eine rapide

Preissteigerung zu unterdrücken, so bleiben (abgesehen vom blühenden schwarzen Markt) entsprechende Geldmittel der Arbeiterklasse brachliegen, die Reproduktion der Arbeitskraft ist genauso gefährdet wie beim sofortigen Steigen der Preise. Der Vorteil liegt für die Monopole darin, daß diese freien Mittel in ihren Sparkassen, Banken und Lebensversicherungen angelegt werden und somit *direkt* für die Rüstung verbraucht werden können, anstatt erst den Konsumtionsmittel erzeugenden Kapitalisten als leichtverdienter Profit in die Tasche zu fließen, aus der sie ja dann doch wieder herausgezogen werden. Am Kriegsende, wenn der Arbeiter seine während des Krieges gemachten „Ersparnisse“ realisieren will, zeigen die Preissteigerungen um hundert und mehr Prozent, daß es eben keine „Ersparnisse“ waren, sondern daß hier der Mehrwert auf raffinierte Art und Weise auf Kosten des variablen Kapitals erhöht und verpulvert wurde.

So betrachtet, zeigt sich, daß die enorme Hypertrophierung der Rüstungsproduktion in der zweiten Etappe der Kriegskonjunktur zu einer Frage des Klassenkampfes wird: Kann sich die monopolistische Bourgeoisie mit Hilfe ihres Staatsapparates durchsetzen und sowohl der Arbeiterklasse den Lohn weit unter den Wert der Arbeitskraft als auch der nichtmonopolisierten Bourgeoisie den Mehrwert weit unter ihren üblichen Profit kürzen? Sie hat bewiesen, daß sie das in Kriegszeiten kann, also in einer kurzen Zeit der allgemeinen Anspannung, und zwar nur mit Hilfe der Errichtung einer offenen, brutalen, militaristischen Diktatur gegen die gesamte Nation.

Die Ausdehnung der Kriegskonjunktur, die Hypertrophierung der Kriegsproduktion in einem solchen Maße, daß sie die zyklische Bewegung *vollständig* ausschaltet und damit *zyklische* Überproduktionskrisen unmöglich macht, ist nur für eine sehr kurze Dauer möglich. Es ist eine Frage des Klassenkampfes zwischen der Mehrheit der Bevölkerung und der staatsmonopolistischen Großbourgeoisie und nicht zuletzt eine Frage des Konkurrenzkampfes zwischen verschiedenen Gruppen und Schichten der Bourgeoisie, ob das Ziel erreicht wird.

Nur von dieser Sicht aus kann man die tatsächlichen Vorgänge im Kampf um die Ausweitung oder Einschränkung des Rüstungsbudgets der USA, zum Beispiel auch die Bemerkung im Briefe Rockefellers an Eisenhower über die Staatsschuld, verstehen. Nur von diesen Gesichtspunkten aus ist die Frage zu beantworten, inwieweit der staatsmonopolistischen Bourgeoisie eine Übertragung *dieser* Phase der Kriegskonjunktur mit ihrer Ausschaltung der zyklischen Bewegung des Krisengesetzes auf Friedenszeiten möglich ist. Im übrigen ist es in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, daß die Proteste der kleinen Kriegsproduzenten gegen die Übervorteilung durch die Monopole große Untersuchungen von Kongreßkommissionen zur Folge hatten.

Für die Gegenwart ist es richtig, die Frage zu stellen, ob durch eine bestimmte Konstellation der Klassenkräfte der staatsmonopolistische Kapitalismus gezwungen werden kann, seine Instrumente auf eine Ausbalancierung der widerstreitenden Tendenzen einzustellen. Doch ist das eine Frage, die weit über den

Rahmen dieser Arbeit hinausgeht. Es ist die Frage nach der Möglichkeit, den staatsmonopolistischen Kapitalismus in der dritten Etappe seiner allgemeinen Krise zu zwingen, Schritte in Richtung einer echten Planung zu unternehmen.

3.2. Die kriegsinflationistische Krise 1944/45 bis 1946/47

3.2.1. Beginn und Charakter der kriegsinflationistischen Krise

Die dritte Etappe der Kriegskonjunktur dauert von 1944/45 bis 1946/47. Es ist die Zeit der kriegsinflationistischen Krise. Zwei Abschnitte sind dabei interessant. Bereits 1944, als die Rüstungsproduktion ihren Höhepunkt erst erreichte, zeigen sich Ansätze (allerdings nicht mehr als das) der krisenhaften Auswirkungen der Hypertrophierung der Gruppe B der Industrieproduktion, das heißt der Entwicklung von umgekehrten Disproportionen, die auf eine Lösung drängen. 1945 erfolgten dann mit dem Kriegsende die rapide Einschränkung der Rüstungsindustrie und der Zusammenbruch der Kriegswirtschaft. Die kriegsinflationistische Krise ist keine zyklische Überproduktionskrise. Sie ist jedoch auch nicht einfach einer Einschränkung der Rüstungsproduktion geschuldet oder einer „Umstellung der Wirtschaft“ auf Friedensproportionen. Sie ist der notwendige Ausbruch der während der Kriegskonjunktur produzierten Widersprüche, der staatsmonopolistischen Umverteilung des Nationaleinkommens, der übermäßigen Entwicklung der Rüstungsproduktion, der zwangsweisen „Regulierung“ der Wirtschaft für die Kriegs- und Profitinteressen der mit dem Staat verschmolzenen großen Monopole.

Die kriegsinflationistische Krise hat daher eine ökonomische Funktion. Sie muß *erstens* die in der Kriegszeit entstandenen Disproportionen zwischen den einzelnen Zweigen und Gruppen der Industrieproduktion lösen, denn sie ist vor allem Ausdruck der Hypertrophierung der Gruppe B gegenüber der Unterentwicklung der Gruppe A während der zweiten Stufe der Kriegskonjunktur sowie der gewaltsamen Einschränkung der Produktion von Konsumgütern.

Sie muß *zweitens* die bedeutende Senkung der Rüstungsproduktion, die entsprechende Einschränkung der staatsmonopolistischen Umverteilung des Nationaleinkommens usw. zum Ausdruck bringen und die gesamte Wirtschaft an die damit entstehenden neuen Bedingungen anpassen.

Sie muß *drittens* – wie übrigens jede Krise – die kaufkräftige Nachfrage in Übereinstimmung mit dem Angebot bringen, allerdings herrscht bei ihr auf weiten Gebieten eine ausgesprochene Unterproduktion.

Der Charakter der kriegsinflationistischen Krise wird daher geprägt durch die während der Kriegskonjunktur infolge der staatsmonopolistischen Umverteilung des Mehrwertes bzw. des Nationaleinkommens entstandenen Disproportionen, durch die rasche Einschränkung der Rüstungsproduktion und durch die rasche Ausdehnung der Kapazitäten und der Produktion auf dem zivilen Sektor. Die Krise ist die Explosion dieser Widersprüche und muß durch deren

momentanen Ausgleich die Voraussetzungen für einen zyklischen Aufschwung schaffen. Wie wenig sie das kann, werden wir noch untersuchen. In dieser Hinsicht sind ihre Funktionen jedoch denen einer zyklischen Krise analog, was allerdings nicht dazu verleiten darf, die völlig andere Art der Disproportionen und Widersprüche zu vergessen, die ihr zugrunde liegen.

Die kriegsinflationistischen Krisen in den USA nach den beiden Weltkriegen werden von bürgerlichen Ökonomen lediglich als Folgen der Rüstungsumstellung auf Friedensproduktion angesehen. Als Stütze für dieses Argument wird auf die Tatsache verwiesen, daß auch in der sozialistischen Sowjetunion am Kriegsende die Gesamtproduktion absank, was zweifellos ein Ausdruck für die Umstellung und Umorganisierung der Produktion auf die Bedürfnisse des friedlichen Aufbaus war.

Auch in den USA fand eine Umstellung am Kriegsende statt. Aber erstens war sie, wie wir gesehen haben, nicht der einzige und nicht einmal der ausschlaggebende materielle Prozeß, der der kriegsinflationistischen Krise zugrunde lag, und zweitens, selbst wenn er es gewesen wäre, gäbe es keinerlei Berechtigung anzunehmen, daß er in den USA keine Krise beinhaltet habe. Es ist zum Beispiel nicht die Tatsache, daß die Produktivkräfte entwickelt werden, die im Kapitalismus zur Krise führt, sondern es ist die Entwicklung dieser Produktivkräfte unter den *gesellschaftlichen Bedingungen* des Kapitalismus. Niemand würde auf die Idee kommen, daß unter sozialistischen Bedingungen die Entwicklung der Produktivkräfte zu einer Krise führen könne. Unter sozialistischen Bedingungen ist die Umstellung eben das, was sie ist. Sie erfolgt planmäßig und rasch, unter Einbeziehung aller der Gesellschaft verfügbaren Arbeitskräfte und Ressourcen. Daher ist auch ihre Wirkung, die zeitweilige Produktionssenkung, relativ gering und vor allem rasch überwunden.

Anders unter kapitalistischen Bedingungen. Die Umstellung der Produktion von Kriegs- auf Friedenszwecke erfordert in vielen Fällen die Umsetzung von Arbeitskräften in andere Zweige und eine längere Periode, in der die Betriebe umgebaut werden, neue, andere Maschinen für die Friedensproduktion an Stelle der Maschinen für die Kriegsproduktion eingebaut werden usw. Da der Kapitalismus jedoch die Arbeitskräfte nicht beschäftigen kann, wenn keine Produktionsmöglichkeit vorhanden ist, bedeutet das in jedem dieser Fälle Entlassungen von Arbeitern, Rückgang von Kaufkraft. Das heißt, es bestätigt sich erneut der von Marx geführte Nachweis, daß unter den antagonistischen, kapitalistischen Bedingungen die Übertragung von Kapital von einem Zweig auf den anderen (von einer Produktion auf die andere) nur gewaltsam, das heißt auf dem Wege der Krise vor sich gehen kann. Völlig anders der gleiche Vorgang im Sozialismus, wo die planmäßige Umstellung der Produktion in keinem Falle mit einer Herausbildung von Arbeitslosigkeit verbunden sein kann. Daher sinkt in den USA die Industrieproduktion nach Jahreszahlen, gemessen vom Kriegshöhepunkt zur kriegsinflationistischen Krise, um fast 30 Prozent, das heißt um fast das Doppelte der Produktionssenkung am Kriegsende in der Sowjetunion. Erst 1955 (!) wurde in den USA der Kriegs-

höhepunkt endgültig überschritten. Der Umschlag der Kriegskonjunktur in die kriegsinflationistische Krise *begann* bereits 1944. Ursache war also nicht etwa die Einschränkung der Rüstungsproduktion am Kriegsende. Im Gegenteil, die Rüstungsproduktion wurde 1944 noch weiter ausgedehnt, und damit natürlich auch die gesamte Kriegsproduktion, die einen Anteil von über 60 Prozent an der Industrieproduktion erreichte.

Die Hypertrophierung der Rüstungsproduktion war im Jahre 1943 so weit gegangen, daß der Rückschlag kommen mußte: Eine im gleichen Tempo weitergeführte Rüstungssteigerung hätte entweder materielle Mittel (Investitionen) erfordert, die von der Industrie bei Aufrechterhaltung der Proportionen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden konnten, oder aber eine ganz radikale Einschränkung des individuellen Konsums und der zivilen Produktion.

1944 gelang es, diesem Dilemma auf Kosten der zivilen Produktion *und* der Neuinvestitionen der Rüstungsindustrie auszuweichen. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß bei Fortdauer des Krieges ernste kriegsinflationistische Krisenerscheinungen aufgetreten wären. Wenn der Sieg der sowjatischen Truppen bei Stalingrad die USA-Monopolisten aus militärisch-politischen Erwägungen nicht zu einer Reduzierung ihrer Rüstungsausdehnungen veranlaßt hätte, wäre ihnen die Proklamierung des „totalen Krieges“ à la Goebbels nicht erspart geblieben, wobei das deutsche Beispiel (mit wievielen Vorbehalten man den Vergleich auch auffassen mag) zeigt, daß trotz totalster Mobilmachung aller auffindbaren Reserven für den Krieg und die Kriegsproduktion, trotz Senkung des zivilen Konsums für die Massen auf eine unter dem Existenzminimum liegende Lebensmittelration das Tempo der Rüstungsausdehnung nicht den Erwartungen entsprach. Die Entwicklung dieser Krise in den USA hätte die Problematik der staatsmonopolistischen Diktatur und der damit verbundenen Umverteilung des Mehrwertes bzw. Nationaleinkommens zum Inhalt gehabt. Die „Lösung“ dieser Krise hätte nur die auf die Spitze getriebene Verwandlung des Landes in ein Militärzuchthaus für die Arbeiter, für alle werktätigen Schichten sein können; eine enorme Verschärfung der Klassenwidersprüche und -gegensätze.

Es wäre also eine Krise mit spezifischem Klasseninhalt gewesen. Sie mußte nicht einmal unbedingt in einem Rückgang der Produktion zum Ausdruck kommen, obgleich das wahrscheinlich gewesen wäre. Es wäre eine Krise der staatsmonopolistischen Umverteilung des Volkseinkommens gewesen.

Wie sehr die Widersprüche 1944 auf eine Lösung drängten, zeigt sich daran, daß zum ersten Male seit 1941 die privaten Investitionen wieder stiegen, das heißt die Investitionen in die Gruppe A. (Es erscheint ausgeschlossen, daß 1944 wesentliche Investitionen in die Konsumgüterindustrie getätigt wurden.) Während also die gesamten Investitionen (staatliche und private) stark zurückgingen, stiegen die privaten Investitionen in die Gruppe A, obgleich die Produktion von A insgesamt sank. Das eben ist ein Ausdruck dafür, daß mit der bisherigen Umverteilung des Mehrwertes bzw. mit dem Umfang der Umverteilung nicht mehr weiterproduziert werden konnte, sondern daß jetzt die

Notwendigkeit einer mehr oder weniger gewaltsamen Lösung herangereift war. Natürlich waren das alles lediglich erste Anzeichen. Die weitere Entwicklung wurde jedoch nicht durch diesen Konflikt bestimmt, sondern durch das infolge der Siege der Sowjetarmee herannahende Ende des Krieges in Europa.

Die im Jahre 1945 erfolgte Einschränkung der Rüstungsproduktion (ab März bzw. April sank die Produktion beider Gruppen der Industrieproduktion) und der damit beginnende Prozeß der Umwandlung der Kriegs- in die Friedensproportionen bestimmen jetzt das Bild der Produktionsentwicklung. Und trotzdem ist es von außerordentlicher Wichtigkeit, den Doppelcharakter dieser kriegsinflationistischen Krise zu sehen: Sie war einerseits eine Krise, die durch die unter kapitalistischen Bedingungen durchgeführte Umstellung der Kriegsproduktion auf zivile Produktion charakterisiert wird. Sie war aber andererseits eine Krise, die durch die diktatorische Umverteilung des Nationaleinkommens entstand, eine Krise dieser Umverteilung, eine Krise dieser umgekehrten Disproportionen, eine Krise mit einem spezifischen, staatsmonopolistischen Charakter. Auf den ersten Blick mag das eine, mit dem anderen verglichen, vielleicht dasselbe sein. Sicher hängen die beiden Prozesse auf das engste miteinander zusammen, da natürlich die Einschränkung der Rüstungsproduktion und damit der Gruppe B zur Beseitigung des hypertrophierten Widerspruches zwischen den beiden Gruppen der Industrieproduktion beiträgt. Aber der Charakter der Krise kommt eben nicht nur in der *Einschränkung* der Rüstungsproduktion bzw. in der *Umstellung* auf zivile Produktion zum Ausdruck! Der Charakter der Krise ist gleichzeitig gewaltsame Korrektur des widerspruchsvollen Prozesses der staatsmonopolistischen Erfassung des Mehrwertes bzw. Nationaleinkommens und seiner auf die Spitze getriebenen Umverteilung im Interesse der großen Monopole. Anders wäre die Krise am Kriegsende nie so tief geworden, und vor allem hätte eine viel raschere Erholung der Industrieproduktion nach Kriegsende erfolgen können, als es geschah. Die Krise mußte also die während des Krieges hervorgerufenen spezifischen Widersprüche momentan ausgleichen. Das waren Widersprüche, wie sie kein zyklischer Aufschwung erzeugen kann; nicht nur dem Charakter nach – da waren sie im allgemeinen den Disproportionen genau entgegengesetzt, die ein Aufschwung verursacht – auch dem Umfang und der Art nach. Die kriegsinflationistische Krise ist also im besonderen Maße nicht rein ökonomisch, sondern klassenmäßig zu sehen. Diese zweifachen Prozesse prägen nicht nur den Charakter der kriegsinflationistischen Krise, sondern auch den Charakter der nachfolgenden Belebung, des nachfolgenden Aufschwunges und weitgehend auch den der ersten Nachkriegskrise von 1948/49. Sie wirken noch jahrelang nach und beeinflussen den Verlauf der folgenden Krise.

Die kriegsinflationistische Krise brachte einen bedeutenden Rückgang der Industrieproduktion. Die gesamte Produktion sank vom absoluten Kriegshöhepunkt bis zum Tiefpunkt um 39 Prozent. Mißt man die Produktionsenkung nach Jahreszahlen, so sank die Produktion immer noch um 29 Prozent.⁶⁹

Der Produktionssenkung nach handelte es sich also um eine außerordentlich starke Krise (nur von 1929/32 übertroffen). Das zeigt sich auch im Rückgang der Beschäftigtenzahl der Industriearbeiter. Er betrug 31 Prozent vom absoluten Höhepunkt der Kriegskonjunktur bis zum Tiefpunkt während der Krise. Nach Jahreszahlen berechnet, betrug der Rückgang der Beschäftigtenzahl immer noch 15 Prozent.

Demgegenüber ist – im Unterschied zu allen anderen zyklischen Krisen – ein außerordentlich starkes Steigen der privaten Investitionen während dieser Periode festzustellen. Die staatlichen Investitionen weisen seit ihrem Höhepunkt im Jahre 1942 einen kontinuierlichen, starken Rückgang auf. Das entspricht etwa der Bewegung der Investitionen in die Rüstungsindustrie. Die privaten Investitionen beginnen 1944 zu steigen und überschreiten bereits Ende 1945/Anfang 1946 alle bis dahin erreichten Höhepunkte (1920, 1929, 1941).

Ebenfalls im Unterschied zu fast allen zyklischen Krisen finden wir hier eine stark steigende Tendenz der Preisentwicklung, die 1946 in einen bis dato nur während des ersten Weltkrieges erlebten inflationistischen Preisboom ausartet.

3.2.2. Analyse der kriegsinflationistischen Krise

Untersuchen wir den Charakter der kriegsinflationistischen Krise nunmehr im einzelnen. Wieweit vermag diese Krise die bedeutenden Widersprüche aus der Kriegszeit auszugleichen und die Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung zu schaffen? Sehen wir uns dazu Tabelle 48 an.

Das Ansteigen der Produktion der Gruppe A mußte das Sinken der Produktion der Gruppe B auffangen. Das ist natürlicherweise unter kapitalistischen Bedingungen nicht in vollem Maße möglich, da in dem Moment, wo B sinkt, auch die Nachfrage nach entsprechenden Waren der Gruppe A nachläßt. Die Gruppe B dagegen muß sinken, weil die rapide Einschränkung der Rüstungsproduktion niemals ausgeglichen werden kann durch die Ausdehnung der Konsumgüterproduktion. Hier wirkt die unter kapitalistischen Bedingungen unvermeidliche Enge des Marktes für Konsumgüter in der kriegsinflationistischen Krise. Erstens wird dieser Markt eingeeengt durch die Entlassungen von Arbeitern in der Krise. Zweitens entwerten die rapiden Preissteigerungen die laufende und die während des Krieges aufgestaute, weil nicht realisierbare Kaufkraft.

Hier ist der Punkt, an dem der „normale“ Mechanismus des Krisengesetzes wieder sichtbar wird. Die Unterbrechung des Zyklus in der Zeit der Hypertrophierung der Produktion der Gruppe B der Industrie (inclusive Rüstung) während des zweiten Stadiums der kriegsinflationistischen Konjunktur geht zu Ende.

Insgesamt gesehen, zeigte sich das Resultat dieser Entwicklung an dem Wachstumsverhältnis der zivilen und der Kriegsproduktion: Die Kriegsproduktion

Tabelle 48⁷⁰

Zu- bzw. Abnahme der Industrieproduktion der USA gegenüber dem Vorjahr nach Gruppen und Untergruppen der Industrieproduktion von 1944 bis 1949

in Prozent und in Punkten des Indexes der Gesamtproduktion 1940 = 100

Jahr	Gruppe A		Gruppe B		davon				Kriegsproduktion		Zivile Produktion	
	Prozent	Punkte	Prozent	Punkte	Konsumgüter		Rüstung		Prozent	Punkte	Prozent	Punkte
					Prozent	Punkte	Prozent	Punkte				
1944	- 4	- 4	+ 1	+ 1	± 0	- 1	+ 2	+ 2	+ 2	- 7	- 5	
1945	- 12	- 11	- 15	- 16	- 3	- 1	- 22	- 15	- 22	- 2	- 2	
1946	+ 11	+ 6	- 36	- 32	+ 13	+ 5	- 78	- 37	- 78	+ 65	+ 45	
1947	+ 14	+ 15	- 1	± 0	+ 8	+ 4	- 40	- 4	- 40	+ 20	+ 23	
1948	+ 2	+ 2	+ 4	+ 4	+ 3	+ 2	+ 20	+ 2	+ 20	+ 3	+ 4	
1949	- 11	- 11	+ 2	+ 1	- 1	- 1	+ 21	+ 2	+ 21	- 23	- 13	

ging stark zurück – aber die zivile Produktion konnte infolge der Wirkungen des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt und anderer Widersprüche nicht rasch den entsprechenden Ausgleich schaffen. Natürlich besteht dieser Widerspruch während der gesamten Kriegszeit, aber hier, in der kriegsinflationistischen Krise, zeigt sich seine Existenz. Die kriegsinflationistische Krise bestätigt, daß die Kriegskonjunktur nicht etwa die Widersprüche des Krisengesetzes beseitigt. Solange Kapitalismus besteht, sind diese Widersprüche existent und wirken auch. Aber der Mechanismus ihrer Wirkung, der den zyklischen Verlauf des Reproduktionsprozesses bestimmt, wird gestört. Der zyklische Verlauf wird deformiert und schließlich unterbrochen. Erst die kriegsinflationistische Krise schuf wieder Möglichkeiten für das teilweise Funktionieren dieses Mechanismus. Daher ist seitdem auch die zyklische Bewegung wieder sichtbar, wenn auch mehr oder weniger deformiert und behindert. Während 1944 die Kriegsproduktion noch stieg, sank die zivile Produktion. Darin zeigte sich – wie wir gesehen haben – diejenige

Tabelle 48⁷⁰

Zu- bzw. Abnahme der Industrieproduktion der USA gegenüber dem Vorjahr
nach Gruppen und Untergruppen der Industrieproduktion von 1944 bis 1949

in Prozent und in Punkten des Indexes der Gesamtproduktion 1940 = 100

Jahr	Gruppe A		Gruppe B						Kriegsproduktion		Zivile Produktion	
			Insgesamt		davon							
	Konsumgüter				Rüstung		Prozent	Punkte	Prozent	Punkte		
	Prozent	Punkte	Prozent	Punkte	Prozent	Punkte					Prozent	Punkte
1944	- 4	- 4	+ 1	+ 1	+ 0	- 1	+ 2	+ 2	+ 2	+ 2	- 7	- 5
1945	- 12	- 11	- 15	- 16	- 3	- 1	- 22	- 15	- 22	- 25	- 2	- 2
1946	+ 11	+ 6	- 36	- 32	+ 13	+ 5	- 78	- 37	- 78	- 71	+ 65	+ 45
1947	+ 14	+ 15	- 1	+ 0	+ 8	+ 4	- 40	- 4	- 40	- 8	+ 20	+ 23
1948	+ 2	+ 2	+ 4	+ 4	+ 3	+ 2	+ 20	+ 2	+ 20	+ 2	+ 3	+ 4
1949	- 11	- 11	+ 2	+ 1	- 1	- 1	+ 21	+ 2	+ 21	+ 3	- 23	- 13

ging stark zurück — aber die zivile Produktion konnte infolge der Wirkungen des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt und anderer Widersprüche nicht rasch den entsprechenden Ausgleich schaffen. Natürlich besteht dieser Widerspruch während der gesamten Kriegszeit, aber hier, in der kriegsinflationistischen Krise, zeigt sich seine Existenz. Die kriegsinflationistische Krise bestätigt, daß die Kriegskonjunktur nicht etwa die Widersprüche des Kriegsgesetzes beseitigt. Solange Kapitalismus besteht, sind diese Widersprüche existent und wirksam auch. Aber der Mechanismus ihrer Wirkung, der den zyklischen Verlauf des Reproduktionsprozesses bestimmt, wird gestört. Der zyklische Verlauf wird deformiert und schließlich unterbrochen. Erst die kriegsinflationistische Krisenschwefel wieder Möglichkeiten für das teilweise Funktionieren dieses Mechanismus. Daher ist seitdem auch die zyklische Bewegung wieder sichtbar, wenn auch mehr oder weniger deformiert und behindert.

Während 1944 die Kriegsproduktion noch stieg, sank die zivile Produktion. Darin zeigen sich — wie wir gesehen haben — diejenige

Phase der kriegsinflationistischen Konjunktur, in der die Ausdehnung der Rüstungsproduktion und der Produktion für Kriegszwecke nur noch durch eine (bedeutend stärkere) Senkung der Produktion für zivile Zwecke erreicht werden kann. 1945 brachte die Einschränkung der Rüstungsproduktion die Krise zum offenen Ausbruch. Auch die Produktion für zivile Zwecke ging leicht zurück oder stagnierte zumindest, trotz der durch die Einschränkungen der Rüstung beginnenden Entspannung. 1946 (eigentlich bereits ab 1945 – hier ist eine statistische Täuschung durch die Jahreszahlen in Kauf zu nehmen) sanken die Rüstungsproduktion und damit die gesamte Produktion für Kriegszwecke um 78 Prozent, in der Tabelle 48 sind das 71 Punkte der Gesamtproduktion 1940 = 100. Die zivile Produktion dagegen stieg nur um 65 Prozent, das sind 45 Punkte der Gesamtproduktion 1940 = 100. Die Einstellung der Rüstungsproduktion konnte also nicht durch eine entsprechende Ausdehnung der zivilen Produktion wettgemacht werden. Erst 1947 änderte sich das Verhältnis; die Kriegsproduktion sank um 8 Punkte, während die zivile Produktion um 23 Punkte der Gesamtproduktion 1940 = 100 stieg (in Wirklichkeit begann dieser Prozeß ebenfalls früher, nämlich im Jahre 1946). Die kriegsinflationistische Krise führt also zu einer bedeutenden Einengung des potenziellen Marktes für die zivile Produktion. Auch das zeigt, daß wir es mit einer Krise zu tun haben, wenn auch keiner zyklischen. Das hat natürlich seine ökonomischen Wurzeln.

Zunächst wollen wir die Entwicklung nach Gruppe B und Gruppe A betrachten (vgl. Tabellen 42 und 43). Bei dem Vergleich der Kriegsproduktion und der zivilen Produktion handelt es sich nicht in jedem Falle um eine echte Veränderung ökonomischer Beziehungen. Zu einem Teil spiegeln diese Zahlen nur einen unterschiedlichen Verwendungszweck der einzelnen Produkte wider (Stahl für Panzer und jetzt für Autos, Uniformen und Anzüge usw.). Zeigt uns der Vergleich der Kriegsproduktion und der zivilen Produktion daher, daß die Einschränkung der Rüstung nicht durch eine entsprechende Ausdehnung des zivilen Bedarfes wettgemacht werden konnte, so müssen wir, um ein reales Bild von der Verschiebung der ökonomischen Verhältnisse zu erhalten, die Entwicklung der Gruppen A und B betrachten. Dabei wird die Überhöhung der Senkungs- bzw. Steigerungsprozentsätze durch Verwendungswechsel der Produkte ausgeschaltet. Was an Produkten der Gruppe A früher für die Rüstungsproduktion, jetzt für zivile Zwecke verwandt wurde, erscheint als Produktion in beiden Fällen innerhalb der Gruppe A. Das gleiche trifft sinngemäß für die Konsumgüterproduktion zu.

Nachdem bereits 1945 durch das unterschiedlich starke Absinken der beiden Gruppen (sowohl prozentual als auch absolut) eine Änderung im Verhältnis der Gruppen zugunsten der Gruppe A erfolgte, wurde 1946 zum entscheidenden Jahr des Ausgleiches der umgekehrten Disproportionen. Die Gruppe A (inclusive Rüstung) sank um 36 Prozent oder 32 Punkte des Gesamtindex 1940 = 100, die Gruppe B stieg um 11 Prozent oder 6 Punkte des Gesamtindex 1940 = 100. Auch 1947 haben wir noch den gleichen Prozeß, nur nicht mehr so kraß. Untergliedern wir die Produktion der Gruppe B in die Produktion von

Konsumgütern und die Produktion von Rüstungswaren, so erhalten wir Einblick in die entscheidenden Vorgänge dieser Phase der Produktionsentwicklung. Die Produktion von Konsumgütern für den individuellen Bedarf stieg 1946 bedeutend an, um 13 Prozent oder 5 Punkte, und diese Tendenz hielt bis 1948 an. Die Rüstungsproduktion dagegen sank 1946 um 78 Prozent oder 37 Punkte, und die sinkende Tendenz hielt bis 1947 an.⁷¹

Die Steigerung der Produktion der individuellen Konsumgüter kommt also nicht im entferntesten an die Senkung der Produktion der Rüstungsgüter heran. Das ist bis zu einem gewissen Grade notwendig. Ganz abgesehen von dem Charakter der Rüstungsbetriebe, deren eigentliche „normale“ Produktion meistens zur Gruppe A gehört, ist der Rückgang der Produktion der Gruppe B *insgesamt* notwendig als Reaktion auf ihre Hypertrophierung. Dieser Prozeß der momentanen Lösung der Widersprüche war die Voraussetzung dafür, daß die Gruppe A 1946 und vor allem 1947 wieder steigen konnte, um die Bedürfnisse der gesamten Industrieproduktion an Produktionsmitteln zu befriedigen. Wir haben also folgende Erscheinung: Die Hypertrophierung der Entwicklung der Gruppe B durch die staatsmonopolistische Zentralisation und Umverteilung eines größeren Teiles des Nationaleinkommens zugunsten der großen Monopole und ihres Krieges wird in der kriegsinflationistischen Krise gegen und nach Kriegsende beseitigt. Dieser Prozeß war nicht einfach ein Prozeß der „Umstellung“ der Wirtschaft auf zivile Bedürfnisse. Er bringt eine Einengung der Märkte gegenüber der Kriegszeit und führt vor allem dazu, daß die Produktion von Konsumgütern nicht so rasch ausgedehnt werden kann, wie das erforderlich wäre, um der gesamten Gruppe A einen größeren Aufschwung zu verleihen, der den Rückgang der Rüstungsproduktion weitestgehend auffangen könnte.

Unter diesen Bedingungen – der relativ zum Rückgang der Rüstungsproduktion um 56 Punkte des Gesamtindex 1940 = 100 mit 8 Punkten nur geringen Zunahme der Produktion von Konsumgütern – erscheint es sogar verwunderlich, daß die Gruppe A überhaupt noch um 10 Punkte im gleichen Zeitraum steigen konnte.

Wir stoßen damit auf eine weitere Besonderheit der kriegsinflationistischen Krise: die jahrelangen Unterinvestitionen in weiten Bereichen der zivilen Produktionszweige, die eine rasche Ausdehnung der Konsumgüterindustrie und auch verschiedener Produktionsmittelindustrien ohne umfangreiche Investitionen in das fixe Kapital nicht möglich machten. Aus diesen Gründen finden wir am Ende des Krieges in den USA nicht nur Überproduktion an Rüstungswaren, sondern gleichzeitig auch eine Unterproduktion an verschiedenen Konsumgütern *und* an Investitionswaren für die zivile Produktion.

Geben wir dazu eine Tabelle der Investitionsentwicklung. Wir bemerken nochmals ausdrücklich, daß hier die Entwicklung der Investitionen in der Kriegszeit dem absoluten Umfange nach nicht richtig wiedergegeben wird, da nur die privaten Investitionen erfaßt sind. Vor 1941 und nach 1944 sind diese Investitionen jedoch in ihrer Entwicklung repräsentativ, da mit Ausnahme der Jahre

1951 bis 1953 die staatlichen Investitionen ohne größeren Einfluß auf die Entwicklungstendenz sind.⁷²

Tabelle 49⁷³

Entwicklung der privaten Investitionen in das fixe Industriekapital der USA nach Gruppe B (Konsumgüterindustrie) und Gruppe A (Produktionsmittelindustrie), jährlich von 1939 bis 1958, preisbereinigt

Punkte des Gesamtindex der privaten Investitionen 1940 = 100

Jahr	Investitionen			Anteil der Investitionen in Gruppe A an den Gesamt- investitionen in Prozent
	Total	davon		
		Gruppe B	Gruppe A	
1939	72	16	56	78
1940	100	17	83	83
1941	129	.	.	.
1942	99	.	.	.
1943	84	.	.	.
1944	97	.	.	.
1945	123	28	95	77
1946	181	41	140	77
1947	203	43	160	79
1948	199	39	160	81
1949	151	30	121	80
1950	150	29	121	81
1951	198	34	164	83
1952	208	32	176	84
1953	211	34	177	84
1954	194	36	158	81
1955	193	32	161	84
1956	237	40	197	83
1957	239	31	208	87
1958	169	24	145	86

Setzt man die Investitionen des Jahres 1940 (die im letzten Quartal nur noch von der Investitionsspitze im Jahre 1920 übertroffen wurden) gleich 100, so steigen die gesamten Investitionen bis 1957 auf 205, die Investitionen der Gruppe B dabei auf 252, die der Gruppe A „nur“ auf 196. Auch wenn wir die Anteile der Investitionen in die Gruppe A in den jeweiligen Jahren berechnen, so finden wir, daß ihre Anteile in den Jahren 1945 bis 1950 die *niedrigsten* Anteile der gesamten Entwicklung seit 1940 sind. (Das Belebungsjahr 1939 kann man hier nicht rechnen, da in der Belegung im allgemeinen die Entwicklung der Investitionen in die Gruppe B noch stärker ist als in die Gruppe A. Das ändert sich erst mit dem Übergang in den wirklichen Aufschwung, wenn die Produktionskapazitäten insgesamt erweitert werden müssen.)

Man könnte einfach annehmen, daß es sich hier um eine Krise handelt, wenn auch keine zyklische, und daher die Anteile der Investitionen in die Gruppe B höher sind als in die Gruppe A, ähnlich wie 1939. Dem steht jedoch gegenüber, daß wir es mit einer ausgesprochenen Investitions-, „konjunktur“ zu tun haben, während der die privaten Investitionen in einem stürmischen Anwachsen begriffen sind. Hier zeigt sich, daß die während des Krieges vernachlässigten Zweige das Versäumte nachholen müssen, um der Nachfrage nach zivilen Waren gerecht zu werden. Die Investitionen in die Gruppe B (Konsumgüter) sind während des Krieges ganz besonders vernachlässigt worden und müssen nun schneller aufholen, um die entstandenen Disproportionen zu beseitigen.

Das wird besonders deutlich, wenn wir uns eine Tabelle der Veränderungen der Investitionen von 1939 bis 1945 und 1945 bis 1947 für die einzelnen Zweige der Industrieproduktion ansehen. (Für 1940 sind leider keine Zahlen des Investitionsvolumens in den einzelnen Zweigen vorhanden, die mit den späteren Zahlen vergleichbar wären, daher nehmen wir die von 1939). Wir wollen mit diesen Zahlen natürlich keine absolute Aussage machen, jedoch unsere Feststellung untermauern, daß es eine Aufgabe der kriegsinflationistischen Krise ist, die im Kriege entstandenen Disproportionen auszugleichen, so weit das bei dem antagonistischen Charakter und der Schwere dieser Disproportionen überhaupt möglich ist.

Tabelle 50⁷⁴

Veränderung des Investitionsniveaus einzelner Zweige der USA-Industrie von 1939 zu 1945 und 1945 zu 1957

in Prozent

Zweig	1939-1945	1945-1957	1945-1957 höher (+) oder niedriger (-) als 1939-1945
Rubber products	+ 211	- 8	-
Metalfabricating	+ 108	+ 42	-
Chemicals and petroleum products	+ 93	+ 69	-
Other durables*	+ 105	+ 33	-
Primary metals	+ 48	+ 148	+
Stone, clay and glass products	+ 13	+ 146	+
Mining	+ 5	+ 37	+
Paper and allied products	+ 54	+ 142	+
Textile mill products	+ 37	+ 85	+
Food and beverages	+ 59	+ 65	+
Other nondurables**	+ 87	+ 54	-

* Fabricated metal products, lumber products, furniture, instruments, ordnance and miscellaneous manufactures.

** Apparel and related pr., tobacco, leather and leather products, printing and publishing.

Trotz des ungünstigen Zeitpunktes 1939 und 1945 und trotz vieler Einwände im Hinblick auf die Unmöglichkeit, die staatlichen Investitionen in den einzelnen Zweigen zu erfassen, ist das Ergebnis doch frappierend.

In denjenigen Zweigen, in denen die Investitionen von 1939 bis 1945 am meisten stiegen, stiegen sie von 1945 bis 1947 am wenigsten und umgekehrt. Dieses Bild stimmt auch mit den Produktionssteigerungen der einzelnen Zweige während des Krieges überein, Gummiwarenproduktion, Metallverarbeitung und chemische und petroleumverarbeitende Industrie stiegen während der Kriegskonjunktur am höchsten und weisen auch bis 1945 die höchste Investitionssteigerung auf. Metallurgie, Stein-, Ton- und Glasprodukte (Baumaterialienindustrie) und Bergbau zeitigen die geringsten Produktionssteigerungen während der Kriegskonjunktur und haben auch die geringsten Investitionssteigerungen. Genau umgekehrt ist die Entwicklung von 1945 bis 1947/48.

Es waren also in erster Linie die metallurgische Industrie, die Baumaterialindustrie (und das Bauwesen überhaupt) und der Bergbau, die innerhalb der Gruppe A der Industrieproduktion einen starken Nachholebedarf an Investitionen hatten. Innerhalb der Gruppe B, die, wie bereits dargelegt, insgesamt einen stärkeren Nachholebedarf hatte, sind es in erster Linie die Papierproduktion und die Textilindustrie, auch noch die Nahrungsmittelindustrie, die einen bedeutenden Nachholebedarf hatten.

An diesen Tatsachen finden wir eine entscheidende Besonderheit der kriegsinflationistischen Krise. Sie wird nicht – wie die zyklische Krise – durch eine allgemeine Überproduktion gekennzeichnet, sondern durch eine Überproduktion auf der einen, und eine Unterproduktion auf der anderen Seite. In dieser Krise wird also nicht nur Kapital vernichtet, sondern auf der anderen Seite auch Kapital neu gebildet, sowohl real als auch – durch die enormen Preissteigerungen – wertmäßig.

3.2.3. Belebung und Aufschwung aus der kriegsinflationistischen Krise

Der Doppelcharakter der kriegsinflationistischen Krise führte bereits 1947 zur Veränderung des Krisenbildes.

Die Tendenz der Ausdehnung der zivilen Produktion setzt sich durch. Die Krise hatte einen gewissen Ausgleich der Widersprüche herbeigeführt. Die Reduzierung der übermäßigen Zentralisation des Mehrwertes bzw. Nationaleinkommens in Händen des staatsmonopolistischen Kapitalismus der gewisse Ausgleich der Widersprüche dieser Zentralisation und Umverteilung, schafft die Möglichkeiten für ein Funktionieren des Mechanismus des Krisengesetzes und für einen Wiederbeginn der zyklischen Bewegung. Allerdings wird der Verlauf des Zyklus bedeutend deformiert und beeinflusst durch die Kriegskonjunktur und die kriegsinflationistische Krise. Die kriegsinflationistische Krise schuf jedoch trotz ihrer Tiefe und Schärfe nicht die Grundlage für einen kontinuierlichen, starken Aufschwung – im Gegenteil.

Die Triebkräfte des zyklischen Aufschwunges begannen nicht *nach* einer Periode der Entspannung oder zeitweiligen „Lösung“ der Widersprüche, sondern noch *während* die kriegsinflationistische Krise als Ausbruch dieser Widersprüche wirkte. Sie begannen des weiteren nicht nach einer Periode der Entwertung des Kapitals, sondern während einer Periode der Aufwertung des Kapitals durch enorme Preissteigerungen. Sie begannen nicht nach einer Periode der Erschöpfung durch die Krise, einer Periode der Verringerung des gesellschaftlich produzierten Mehrwertes, sondern nach einer Periode der Erhöhung des Mehrwertes in der Kriegskonjunktur. Sie begannen schließlich nicht nach einer Krise, die den Schlußpunkt hoher Investitionen bildete, sondern nach einer Kriegskonjunktur, die in verschiedenen Gebieten der Wirtschaft Unterinvestitionen brachte. Sie begannen nicht nach einer Periode, in der die Bevölkerung den größten Teil ihres Einkommens direkt verlor, sondern sie begannen in einer Periode, in der sie Ersparnisse hatte, die sie jetzt realisieren mußte, um die Entbehrungen der Kriegszeit auszugleichen. All das muß den Charakter der beginnenden zyklischen Bewegung stärkstens modifizieren.

Zunächst bemerken wir ein außerordentlich rasches Ansteigen der Produktion von Konsumgütern, um 21 Prozent in zwei Jahren (von 1945 bis 1947) oder um fast 25 Prozent in drei Jahren (von 1945 bis 1948). Nimmt man an, daß etwa 1941 der vorhergegangene Höhepunkt der Konsumgüterproduktion erreicht war, so bedeutet das, daß die Produktion von Konsumgütern hier fast restlos durch eine Erweiterung der vorhandenen Kapazitäten erfolgte. Eine solche Entwicklung hatte es in der Wirtschaftsgeschichte der USA zumindest seit dem ersten Weltkrieg nicht gegeben. Unter diesen Umständen wirkt demgegenüber die Produktionssteigerung der Gruppe A der Industrieproduktion in der gleichen Zeit um 27 Prozent bzw. 30 Prozent als außerordentlich schwach. Wir haben jedoch bereits bemerkt, daß diese Zahlen die zurückgehende Rüstungsproduktion verdecken. Könnte man die Produktion von Produktionsmitteln für die Rüstungsproduktion aus der Entwicklung der Gruppe A ausklammern, so würde sich ein wesentlich höheres Wachstum ergeben. Es würde sich dann unbedingt zeigen, daß die Widersprüche des Krisengesetzes in dieser Periode sofort und sogar in großem Maße die für den Krisenzyklus typischen Disproportionen und Widersprüche produzieren. Von dem Moment an, wo der Mechanismus wieder wirken kann, erzeugt er auch die Voraussetzungen für zyklische Überproduktionskrisen, wenn auch deformiert, mit vielen Besonderheiten.

Dem raschen Wachstum der Produktion vom Krisentiefpunkt aus entsprachen auch das rasche Wachstum des Investitionsvolumens, das wir bereits untersucht haben, und die Zunahme der Beschäftigung, die in der Konsumgüterindustrie weit über den letzten Beschäftigungshöhepunkt während des Krieges hinausging. Dabei ist wichtig, daß in den Jahren 1947 und 1948 die Beschäftigung von Industriearbeitern stagnierte, während die Industrieproduktion noch stieg. Ein Zeichen, daß die gesellschaftliche Arbeitsleistung in dieser Periode gestiegen war. Dabei stieg sie in der Gruppe B der Industrieproduktion we-

niger rasch als in der Gruppe A, während sie gegenüber dem Stand in der Kriegszeit insgesamt *niedriger* lag.⁷⁵

Veranschaulichen wir uns das anhand der Tabellen 51 und 52.

Tabelle 51⁷⁶

Punkte des Gesamtindex 1940 = 100

Jahr	Beschäftigung der Industriearbeiter		
	Total	davon	
		Gruppe B	Gruppe A
1939	93	40	53
1940	100	40	60
1941	119	44	75
1942	139	46	93
1943	161	50	111
1944	156	49	107
1945	138	47	91
1946	131	50	81
1947	138	52	86
1948	138	52	86
1949	126	50	76
1950	133	52	81
1951	141	52	89
1952	139	51	87
1953	147	54	93
1954	135	50	85
1955	139	52	87
1956	141	52	89
1957	139	51	88
1958	125	48	77

Entwicklung der Beschäftigung der Industriearbeiter der USA nach Gruppe B (Konsumgüterindustrie) und Gruppe A (Produktionsmittelindustrie), jährlich von 1939 bis 1958

Der steigenden Industrieproduktion entspricht auch das steigende Preisniveau. Jedoch sind auch hier Besonderheiten zu beachten, die diesen Prozeß der Preissteigerung grundsätzlich von dem nach einer zyklischen Krise unterscheiden.

Nach einer zyklischen Krise beginnt mit der Belebung im allgemeinen auch eine Belebung des in der Krise stark abgesunkenen Preisniveaus. Dabei hat die Krise jedoch die Aufgabe, das Preisniveau der neuen gesellschaftlichen durchschnittlichen Arbeitsproduktivität anzupassen, und zwar unterschiedlich entsprechend dem veränderten relativen Werte der Waren.

Ganz anders jedoch während und nach der kriegsinflationistischen Krise (1945 bis 1948). Wir haben bereits weiter oben untersucht, wie und warum sich das Preisniveau während des Krieges nach oben bewegte.

Tabelle 52⁷⁷

in Prozent

Jahr	Industrie- produktion	Beschäftigung	gesellschaftliche Arbeitsleistung
1939	21	8	12
1940	16	7	8
1941	30	19	9
1942	22	17	4
1943	20	15	4
1944	- 2	- 3	1
1945	-14	-12	- 3
1946	-16	- 5	-11
1947	11	6	4
1948	4	0	4
1949	- 7	- 9	2
1950	15	5	10
1951	7	6	1
1952	3	- 1	4
1953	8	6	2
1954	- 7	- 8	1
1955	11	3	7
1956	3	1	2
1957	0	- 2	2
1958	- 6	-10	4

*Zu- bzw. Abnahme der Industrie-
produktion, der Beschäftigung und
der gesellschaftlichen Arbeitsleistung
gegenüber dem Vorjahr*

von 1939 bis 1958

Mit der Beendigung der staatsmonopolistischen Umverteilung des Mehrwertes bzw. Nationaleinkommens, mit der dadurch eintretenden Entspannung hoben die Monopole auch die Preiskontrolle auf, um aus der jetzt zu erwartenden starken Nachfrage nach zivilen Waren entsprechende Profite herauszuholen. Dabei muß man jedoch bemerken, daß diese Preislawine eine doppelte Ursache hatte. Sie war einerseits rein inflationistisch, eine Reaktion auf die während der Kriegszeit durch die Aufblähung des Geldumlaufes verursachte Entwertung des Geldes. Die Tendenz zum Ausbruch dieser Inflation ist nach der Einschränkung der Industrieproduktion während der kriegsinflationistischen Krise besonders groß, da die Diskrepanz zwischen der Masse der Zirkulationsmittel und der Preissumme der zirkulierenden Waren besonders rasch wächst. Andererseits ist jedoch diese Preislawine durch das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bedingt. Zunächst zur Nachfrage nach Konsumgütern. Während des Krieges konnte die zahlungsfähige Nachfrage der gesamten Bevölkerung, also der Werktätigen sowie der Bourgeoisie, nach Konsumgütern auf Grund der Einschränkung der Konsumgüterproduktion zugunsten der Kriegs- und Rüstungsproduktion nicht voll befriedigt werden. Dadurch, daß die Preise für Konsumgüter während des zweiten Weltkrieges infolge der staatsmonopolistischen Maßnahmen relativ langsam stiegen (1942

befanden sie sich etwa wieder auf dem Niveau von 1928, dem Höchststand unmittelbar vor der Krise 1929/32, während sie immer noch um 32 Prozent unter dem Höchststand von 1920 lagen), konnte auch die Notwendigkeit, bestimmten Bedarf auf dem „schwarzen Markt“ zu decken, die überhängige Kaufkraft für Konsumgüter nicht völlig auffangen.

Materiell gesehen wurde diese nichtausgenutzte zahlungsfähige Nachfrage natürlich im Kriege verpulvert. Sie stand jedoch zu Buch in Banken, in Versicherungsanstalten usw. Diese Nachfrage mag bei den Werktätigen am Kriegsende auf den einzelnen umgerechnet nicht mehr allzu groß gewesen sein; insgesamt war es sicher eine bedeutende Summe. Sie genügte jedenfalls, um eine Lawine der Ratenkäufe in Gang zu bringen, mit der die Bevölkerung versuchte, ihren Nachholebedarf zu befriedigen, ganz abgesehen von der nicht unbedeutenden Nachfrage der Bourgeoisie nach Luxuswaren.

Diese hier so stoßartig aufgetretene Nachfrage konnte natürlich auf dem Gebiet der Konsumgüter nicht sofort mit einem Schlage befriedigt werden. Die materiellen Gegenmittel für diese Nachfrage blieben nach wie vor im Kriege verpulvert. Die Kapazitäten der Konsumgüterindustrie waren seit Jahren kaum mehr erweitert, im Gegenteil, eher durch Abnutzung infolge der Kriegsproduktion eingeschränkt worden.

Ähnlich lagen die Verhältnisse für die Nachfrage nach Produktionsmitteln. Die Gruppe B (Konsumgüter) entwickelte eine große Nachfrage nach zum Teil spezifischen Produktionsmitteln für die Produktion von Konsumgütern, sowohl Maschinen als auch Materialien, Halbfabrikate und anderes; auch diese waren nicht vorhanden, zum Teil mußten auch erst die Kapazitäten wieder eingerichtet werden. Innerhalb der Gruppe A der Industrieproduktion hinterließ die Kriegskonjunktur das Erbe ungewöhnlich großer und außergewöhnlicher Disproportionen, die von den entsprechenden Betrieben und Monopolen beseitigt werden mußten, um die beginnende Konjunktur ausnutzen zu können. Mit den in weiten Teilen der Industrie brachliegenden, nur in Geldform akkumulierten Mitteln war natürlich das gleiche passiert wie mit den nicht ausnutzbaren Mitteln für Konsumgüter. Sie waren in ihrer materiellen Form längst vernichtet. Sie standen faktisch bei den Banken nur noch auf dem Papier. Die materiellen Gegenwerte mußten neu produziert werden.

Diese Situation ließ unter monopolkapitalistischen Bedingungen einen Preisboom unvermeidlich werden, und die Monopole haben unter der Regierung Truman diese Situation weidlich ausgenutzt.

Geben wir zunächst die Tabelle der Preisentwicklung seit 1939.

Tabelle 53⁷⁸*Entwicklung der Großhandelspreise der Industriewaren in den USA*

nach Gruppe B (Konsumtionsmittel) und Gruppe A (Produktionsmittel), jährlich von 1939 bis 1958

Punkte des Gesamtindex 1940 = 100 und Index 1940 = 100

Jahr	Großhandelspreise der Industriewaren in Punkten des Gesamtindex 1940 = 100			Anteil von Gruppe B an der Preisindexbildung	Großhandelspreise der In- dustriewaren 1940 = 100	
	Total	davon			in Prozent	Gruppe B
		Gruppe B	Gruppe A			
1939	98	34	64	35	97	99
1940	100	35	65	35	100	100
1941	109	39	70	36	113	107
1942	119	45	74	38	131	113
1943	121	47	74	39	136	113
1944	123	47	76	38	135	116
1945	124	48	76	39	137	117
1946	140	57	83	41	163	128
1947	179	70	109	39	203	167
1948	195	75	120	38	215	183
1949	187	71	116	38	205	178
1950	195	73	122	37	210	187
1951	216	80	136	37	230	209
1952	211	79	132	37	226	203
1953	211	78	133	37	223	204
1954	212	79	133	37	225	205
1955	215	78	137	36	222	211
1956	223	78	145	35	226	222
1957	230	81	149	35	232	229
1958	232	83	149	36	239	228

Stieg das gesamte Preisniveau von 1940 bis 1945, das heißt in fünf Jahren, um rund 24 Prozent, so stieg es von 1945 bis 1948, also in drei Jahren, um rund 57 Prozent. Dabei zeigt sich interessanterweise auch bei der Betrachtung der Preisentwicklung, daß in den Jahren 1945, 1946 und 1947 der Anteil der Warenpreise der Gruppe B (Konsumgüter) der Industrieproduktion am Preisindex aller Warenpreise der Industrieproduktion am höchsten lag. Das bedeutet, daß der Stand der Warenpreise beider Gruppen der Industrieproduktion hier deutlich für die Gruppe B einen höheren Stand aufweist.

Nun besagt das zunächst noch gar nichts, da auf die Preisentwicklung außerordentlich viele Faktoren einwirken, so daß allein aus der Betrachtung der Preisentwicklung keine gültigen Schlußfolgerungen gezogen werden können. Jedoch im Zusammenhang mit der Behandlung der übrigen volkswirtschaftlichen Reihen finden wir auch hier eine Bestätigung dafür, daß der zyklische

Aufschwung in erster Linie in der Entwicklung der Gruppe B der Industrieproduktion seine Stütze hatte. Die Feststellung dieser Tatsache ist von außerordentlicher Bedeutung für die Beurteilung vieler Besonderheiten der ersten Nachkriegskrise 1948/49.

Die Analyse der Kriegskonjunktur und der kriegsinflationistischen Krise des zweiten Weltkrieges gilt im Prinzip auch für die Kriegskonjunktur und die kriegsinflationistische Krise des ersten Weltkrieges. Daher können wir bestimmte Gemeinsamkeiten der Entfaltung des Krisengesetzes nach den Weltkriegen auch aus den gleichen Bedingungen erklären.

3.3. *Die Nachkriegskrise 1948/49*

Die hohen Preissteigerungen während der kriegsinflationistischen Krise 1944/45 bis 1946/47 brachten eine bedeutende Entwertung der während des Krieges nichtausgenutzten Kaufkraft für Konsumgüter und Investitionsgüter, während sie den Monopolen hohe Profite eintrug. Wenn man die Preissteigerungen vom Niveau 1942/43 bis 1947/48 mit rund 60 Prozent annimmt, so bedeutet das, daß diese hier aufgestaute Nachfrage um fast 40 Prozent entwertet wurde. Oder mit anderen Worten, ohne Preissteigerungen wäre die aufgehäufte Kaufkraft am Kriegsende um rund 60 Prozent höher gewesen. Die Preislawine während der kriegsinflationistischen Krise ist einer der wichtigsten Faktoren, die den Nachkriegsmarkt für die Gesamtwirtschaft der USA bedeutend einengten und einen wirklichen Aufschwung bis wenigstens annähernd an das Niveau der Industrieproduktion von 1943 verhinderten.

Die Entwicklung der USA-Industrieproduktion in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg begann also sowohl mit Triebkräften, welche einem zyklischen Aufschwung zugrunde liegen, als auch mit Widersprüchen, welche einer Krise zugrunde liegen – und zwar mit beiden Wirkungen gleichzeitig. Diejenigen Widersprüche und Triebkräfte, welche unmittelbar nach dem Kriege in Richtung eines zyklischen Aufschwunges wirken, lassen daher in ihrer Intensität rasch nach. (Nach dem ersten Weltkrieg finden wir die gleiche Entwicklung, nur bedeutend intensiver, daher auch zeitlich zusammengedrängt.)

Tabelle 54⁷⁹

in Prozent

Jahr	Konsumgüter	Produktionsmittel
1946	+ 13	+ 11
1947	+ 8	+ 14
1948	+ 3	+ 2

Entwicklung des jährlichen Zuwachses der Industrieproduktion der USA nach Produktion von Konsumgütern und Produktionsmitteln von 1946 bis 1948

Bereits 1948 brach eine Überproduktionskrise aus, die zwar typische Merkmale einer zyklischen Überproduktionskrise zeigt, deren Charakter aber weitgehend von den Nachwirkungen der Kriegskonjunktur und der kriegsinflationistischen Krise geprägt wird. Die Industrieproduktion lag bei Ausbruch der Krise 1948/49 (nach Jahreszahlen gemessen) um 19 Prozent unter dem Höchststand während des Krieges.⁸⁰

Die kriegsinflationistische Krise sicherte also nicht einen allgemeinen zyklischen Aufschwung der Industrieproduktion. Sie schuf im Gegenteil *selbst* die Widersprüche und Voraussetzungen für eine erneute Krise. Erst diese – die Krise von 1948/49 – ist als eine echte, „zyklische“ Überproduktionskrise anzusehen. Sie ist insofern „zyklisch“, als sie den eigentlichen Ausgangspunkt des Nachkriegszyklus bildet. Allerdings bringt auch diese Krise nicht eine gesicherte „normale“ zyklische Aufwärtsentwicklung wie etwa die Krisen im vormonopolistischen Kapitalismus. Aber das kann überhaupt keine Krise mehr im Zeitalter der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Aus Abschnitt 2.1. wissen wir, daß, oberflächlich gesehen, zwischen der Entwicklung unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg und unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg bedeutende Unterschiede bestehen. Auch die beiden Nachkriegskrisen 1920/21 und 1948/49 scheinen völlig unterschiedlichen Charakters zu sein. Die kriegsinflationistische Krise war nach dem ersten Weltkrieg bedeutend weniger tief als nach dem zweiten; die zyklischen Kräfte, die den Aufschwung bestimmten, begannen schneller zu wirken und wirkten intensiver; das höchste Kriegsniveau der Industrieproduktion war bereits 1920 fast wieder erreicht. Bei näherem Zusehen jedoch zeigt sich, daß diese ins Auge fallenden Unterschiede alle quantitativer Art sind, daß sich entscheidende qualitative Charakteristika der unmittelbaren Nachkriegsentwicklung und der Nachkriegskrisen gleichen. Die quantitativen Unterschiede beider Zeiträume und beider Nachkriegskrisen kann man auf quantitative unterschiedliche ökonomische Veränderungen während des ersten und während des zweiten Weltkrieges zurückführen. Wir dürfen mit Recht annehmen, daß die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus während des ersten Weltkrieges bei weitem noch keine solche Intensität erreicht hat wie während des zweiten. Wir sind auf diese Fragen bereits eingegangen.⁸¹

Die qualitative Seite der Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg entspricht jedoch weitgehend der Entwicklung nach dem ersten. So auch eine der wichtigsten Besonderheiten der beiden Nachkriegskrisen 1920/21 und 1948/49, die wir bereits im zweiten Kapitel festgestellt haben: Beide Krisen beginnen in der Gruppe B der Industrieproduktion, und zwar mit deutlichem Vorsprung.

Bei der Krise 1920/21 ist dies im Bild der Entwicklung der beiden Hauptgruppen ohne Schwierigkeiten zu erkennen. Bei der Krise 1948/49 ist diese Entwicklung unter einer weiteren Besonderheit dieser Krise verdeckt: unter der ganz bedeutenden Krisenphasenverschiebung der einzelnen Zweige der Gruppe B der Industrieproduktion zwischen 1947 und 1948.

Alle diese Besonderheiten, die ja im wesentlichen zunächst die Entwicklung der Gruppe B (Konsumgüter) der Industrieproduktion betreffen, sind unbestritten ein Ausdruck der Auswirkungen der Kriegskonjunktur. Die Konsumgüterproduktion wurde während des Krieges vernachlässigt. Nach dem Kriege mußten diese Zweige besonders rasch aufholen, um der aufgestauten, speziell durch die Ratenzahlung forcierten Nachfrage gerecht zu werden. Die Ausdehnung dieser Zweige führte zweifelsohne auch zu einer Ausdehnung der Produktion in denjenigen Zweigen, die Produktionsmittel für die Gruppe B (Konsumgüter) herstellen; aber insgesamt gesehen konnte diese rasche Ausdehnung der Gruppe B (Konsumgüter) nicht zu einer entsprechenden, noch stärkeren Ausdehnung der Gruppe A führen, da die Einschränkung der Rüstungsproduktion und die Tatsache, daß während des Krieges in die Betriebe der Gruppe A bedeutend mehr investiert wurde, die Ausdehnung der Gruppe A behinderten.

Aus diesem Grunde mußte sich auch der Aufschwung der Zweige der Gruppe B rasch erschöpfen, ohne daß es zu einer besonders krassen Herausbildung von Disproportionen zwischen den beiden Gruppen der Industrieproduktion gekommen wäre, wie das in einem „normalen“ zyklischen Aufschwung notwendigerweise geschieht (nach dem ersten Weltkrieg ist das etwas anders). Im zyklischen Aufschwung ist es die Eigenbewegung innerhalb der Gruppe A, welche die Gesamtentwicklung bestimmt. Im Nachkriegs„aufschwung“ ist es die Bewegung der Gruppe B, die den „Aufschwung“ weitgehend bestimmt. Auch bei einem zyklischen Aufschwung beginnt im allgemeinen die Belebung mit einer Belebung der Gruppe B der Industrieproduktion. Aber die Notwendigkeit der erweiterten Produktion von Produktionsmitteln für B, erfordert dann auch die Erweiterung der Kapazitäten in der Gruppe A, und so wird die Notwendigkeit der Erweiterung der Kapazitäten innerhalb der Gruppe A zum bestimmenden Faktor des gesamten Aufschwunges. Die Gruppe A zieht die gesamte Wirtschaft in die Konjunktur hinein, die „Produktion um der Produktion“ willen feiert ihre Triumphe, weil sich die Gruppe A eine „gewisse Zeitlang“ (Lenin) unabhängig von der Konsumtion entwickeln kann. Nach der „gewissen Zeit“ jedoch, wenn die Widersprüche zum Eklat treiben, reißt der Zusammenbruch der Gruppe A auch die gesamte übrige Wirtschaft in die Krise hinein. Die Gruppe A der Industrieproduktion, insbesondere die Schwerindustrie, bestimmt den Ablauf des Zyklus.

Da die Disproportionen zwischen den beiden Gruppen der Industrieproduktion 1947/48 noch nicht so weit herausgebildet sein konnten wie vor einer echten zyklischen Krise, war es auch *möglich*, daß die einzelnen Zweige der Gruppe B zu völlig unterschiedlichen Zeitpunkten von der Krise betroffen wurden, je nachdem, wann für die einzelnen Konsumgüter die stoßartige Nachfrage gedeckt war. Einzelne Rückschläge mußten einsetzen, *ohne* daß die gesamte Industrieproduktion, in erster Linie also hier die Gruppe A, in die Krise hineingezogen wurde. Wir werten diese Tatsache als einen Ausdruck der außerordentlich raschen Erschöpfung des Marktes für Konsumgüter infolge der rela-

tiven Konsumbeschränktheit der Masse der Bevölkerung. Erst als die Krisen in den einzelnen Zweigen der Gruppe B eine ganze Zeitlang die Investitionstätigkeit eingeschränkt hatten und ihre Nachfrage nach Produktionsmitteln nicht mehr ausdehnten, kam schließlich auch die Krise in der Gruppe A zum Ausbruch. Dort mußte sie dann relativ einheitlich verlaufen (Ende 1948), da innerhalb der Gruppe A eine enge Verflechtung der Zweige besteht.

Dabei unterliegt es keinem Zweifel, daß die völlig uneinheitliche oder asynchrone Entwicklung der Krise innerhalb der Gruppe B der Industrieproduktion ein Ausdruck der noch nicht überwundenen Disproportionen *innerhalb* der Gruppe B im Verhältnis zur zweckbestimmten Nachfrage auf dem Konsumgütermarkt ist. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg von der nach dem ersten. Gerade diese Entwicklung der Krise dürfte jedoch wesentlich dazu beigetragen haben, daß die gesamte Krise 1948/49 als eine relativ „milde“ Krise in die Geschichte der USA eingegangen ist. Trotzdem ist eine Produktionssenkung von 13 Prozent (bei Ausschaltung der Phasenverschiebung) schon von Bedeutung. Bei tatsächlich einheitlichem Absinken der Gruppe B wäre die Krise insgesamt sicher noch tiefer geworden.

Die unvollständige Herausbildung der Widersprüche durch die Hemmung des Aufschwunges, wie oben beschrieben, ist natürlich ein weiteres Moment, das den „milden“ Verlauf der Krise mitbestimmte. Wenn man all diese Tatsachen berücksichtigt und bedenkt, daß im Jahresdurchschnitt 1949 die Industrieproduktion immerhin um 24 Prozent unter dem Jahresdurchschnitt 1943 lag (nach Monatszahlen sogar um 29 Prozent), so erscheint die Krise gar nicht so „milde“, wie sie oft hingestellt wird. Daß der Rückgang der Beschäftigung sich nicht noch stärker auf die Zunahme der Arbeitslosigkeit auswirkte, mag einerseits an der Statistik liegen. Andererseits gibt es jedoch einige Faktoren (zum Beispiel der starke Rückgang der gesellschaftlichen Arbeitsleistung 1945/46 infolge der Strukturveränderungen der Produktion, die Beibehaltung einer relativ großen Armee und die Zunahme der Beschäftigung in den unproduktiven Zweigen), die der Tendenz zur Entwicklung einer umfangreichen Massenarbeitslosigkeit entgegenwirkten. Im übrigen sind natürlich im Juli 1949 die in der offiziellen Statistik angegebenen 4,1 Millionen Arbeitslose keine Kleinigkeit.

Vergleicht man die Krise 1948/49 mit der Krise von 1920/21, so erscheint sie jedoch tatsächlich als „milde“. Für die Nachkriegsjahre des ersten Weltkrieges kann man zweifelsohne nicht von einer besonders geringen Herausbildung der Widersprüche zwischen den beiden Gruppen der Industrieproduktion sprechen. Wir finden auch eine bedeutend intensivere Entwicklung der Gruppe A, und die Industrieproduktion insgesamt bewegt sich auf einem viel höheren Niveau als während des Krieges. (Es dürften also relativ weniger freie Kapazitäten aus der Kriegszeit vorhanden gewesen sein.) Zwei Gründe sind hier von Bedeutung: die weniger stark ausgeprägten Hemmungen der Herausbildung zyklischer Widersprüche nach der kriegsinflationistischen Krise

1918/19 und die ausgesprochen starken Preissenkungen als Folge der bis 1920 wirkenden Kriegsinflation, die ja bedeutend stärker war als nach dem zweiten Weltkrieg.⁸² Daß trotzdem qualitative Gemeinsamkeiten auftreten, ist ein Zeichen für die Gesetzmäßigkeiten der Modifikationen, die infolge der staatsmonopolistischen Kriegskonjunktur eintreten.

Für uns ist nun die Frage wichtig, inwieweit die Krise von 1948/49 die noch aus der Kriegszeit herrührenden Widersprüche überwinden und die Grundlagen für einen neuen Krisenzyklus in den USA legen konnte.

Nach der Krise von 1920/21 erfolgte eine relativ steile Belebung, die bereits nach kurzer Zeit (zumindest im Verhältnis zur Tiefe der Krise) den Vorkrisenhöhepunkt und auch den Kriegshöhepunkt überschritt. Nach einer Zwischenkrise ging sie endgültig in die Phase des zyklischen Aufschwungs über. Die Krise von 1920/21 hat also offensichtlich ihre Aufgabe weitgehend erfüllt, die durch die Kriegskonjunktur und die kriegsinflationistische Krise 1918/19 erzeugten bzw. die durch die kriegsinflationistische Krise nicht völlig gelösten Widersprüche auszugleichen, das Gleichgewicht der Kräfte in der Wirtschaft für den Augenblick wieder herzustellen. Die Krise von 1920/21 war der Ausgangspunkt des Zyklus 1921/32 und führte zu einem regulären Aufschwung, der unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus natürlich nicht einem „klassischen“ Aufschwung der freien Konkurrenz gleichkam. Die Auswirkungen des Weltkrieges modifizieren noch lange den Verlauf der Krisen und Zyklen. Wir denken nur an den notwendigerweise in den Krisen und Zwischenkrisen der zwanziger Jahre erfolgenden Ausgleich der Preistreibereien des ersten Weltkrieges.

Sinngemäß gilt für die Krise 1948/49 das gleiche. Erst die Krise von 1948/49 setzte unter die Kriegskonjunktur einen gewissen Schlußstrich, was nicht bedeutet, daß bereits alle tiefgreifenden Veränderungen der Proportionalität, die der Krieg in der Wirtschaft und der Industrie vollbrachte, damit beseitigt wären. Die Tatsache, daß die Industrieproduktion sich immer noch wesentlich unter dem Niveau des Kriegshöhepunktes bewegte, drückte der kommenden Belebung und dem kommenden Aufschwung zweifelsohne ihren Stempel auf, ganz abgesehen von den Störungen in der periodischen Reproduktion des fixen Kapitals, den Preissteigerungen, der Militarisierung der Wirtschaft usw. Die Krise von 1948/49 konnte also in geringerem Maße als die von 1920/21 als „Vehicel“ der kapitalistischen Produktion wirken. Die Umstände, welche die Erfüllung ihrer Funktion stärker erschwerten, lagen einmal in der Intensität der staatsmonopolistischen Kriegskonjunktur, zum anderen in den verschärften Widersprüchen der Nachkriegszeit, der zweiten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Zunächst begann Ende 1949/Anfang 1950 ein ziemlich steiler Boom – allgemein als „Korea-Boom“ bezeichnet, obgleich er in den USA mit dem Koreakrieg direkt nichts zu tun hat. Eine geringe Erweiterung der Rüstungsproduktion nach der Einschränkung bis 1947 erfolgte 1948 und 1949. Man könnte also mit einem gewissen Recht annehmen, daß die Rüstung in dieser Zeit eine

leicht hinausschiebende, verzögernde Wirkung auf den Krisenausbruch in der Gruppe A der Industrieproduktion (nach dem monatlichen Index, in dem die Rüstungsproduktion vorwiegend bei A erfaßt ist) ausübte und die Tiefe der Krise geringfügig verringerte. Keinesfalls kann man daraus ableiten, daß die Tiefe der Krise durch erhöhte Rüstungsproduktion „aufgefangen“ wurde. Dazu sind der absolute Umfang der Rüstungsproduktionssteigerung in diesen beiden Jahren und der absolute Umfang der Rüstungsproduktion überhaupt nicht hoch genug. Der Zuwachs der Kriegsproduktion macht dem absoluten Umfang nach etwa je anderthalb Prozent der Jahresproduktion 1948 bzw. 1949 aus. Dabei ist die dadurch auch erfolgte Erhöhung des Verbrauchs an Produktionsmitteln für die Rüstung bereits mit berücksichtigt.⁸³

1950 dagegen erfolgte keine Steigerung der Rüstungsproduktion, sondern eine Senkung. Das herrschende Monopolkapital der USA glaubte in typisch imperialistischer Überheblichkeit, daß es den Koreakrieg im Sinne eines „Blitzkrieges“ nach dem Vorbild Hitlers in Polen und anderen Ländern mit einigen Instruktoren durch die Li Syng Man-Söldner führen lassen könne. Erst als die Armee der Koreanischen Volksdemokratischen Republik dem südkoreanischen Adenauer eine gebührende Abfuhr erteilte und mit Unterstützung des ganzen koreanischen Volkes den amerikanischen Quisling an den Rand der Niederlage brachte, begriffen die USA-Monopole, daß im Zeitalter der Existenz des sozialistischen Lagers und einer weltweiten, starken Friedensbewegung räuberische „Spaziergänge“ von der Art Hitlers gegen die Tschechoslowakei, Österreich oder Polen ein für allemal vorbei sind, und sie bemühten sich, mit bedeutender Überlegenheit an Material das koreanische Volk zu versklaven. Erst gegen Ende 1950 bzw. 1951 begann ihre Rüstungsproduktion wieder in größerem Maße zu steigen. Erst ab 1951 haben wir demnach eine neue Kriegskonjunktur.

Der Boom als solcher hat also mit Rüstungsmaßnahmen des Staates nichts zu tun. Er ist ein Ausdruck für zwei Tatsachen. Erstens dafür, daß die Krise von 1948/49 die Widersprüche der Kriegskonjunktur der Jahre 1942 bis 1944 und die Widersprüche aus dem Aufschwung aus der kriegsinflationistischen Krise 1944/45 bis 1946/47 zeitweilig zu lösen in der Lage war und relativ freie Bahn für eine neuerliche Entfaltung der zyklischen Widersprüche schuf. Sie war damit ein gewisser Schlußpunkt hinter der Unterbrechung und Modifizierung des Mechanismus des Krisengesetzes durch die Kriegskonjunktur und der Ausgangspunkt für einen neuen Zyklus der Industrieproduktion in den USA unter den Bedingungen des staatsmanopolistischen Kapitalismus und der zweiten Etappe der allgemeinen Krise.

Zweitens ist dieser Boom selbst jedoch ein Ausdruck der Nachwirkungen der Kriegskonjunktur und der kriegsinflationistischen Krise. Der Boom brachte eine Steigerung der Industrieproduktion der Gruppe B (Konsumgüter) weit über alle bisherigen Höhepunkte hinaus, nach Monatszahlen um 17 Prozent. Die Gruppe A der Industrieproduktion (inklusive Rüstung) stieg nach Monatszahlen um ebenfalls 17 Prozent über ihren Höhepunkt vor der Krise 1948/49 an. Der Boom war im September/Oktober 1950 beendet.⁸⁴

Nun ist ein steiler Produktionsanstieg in der Phase der Belebung nach einer Krise in dem von uns betrachteten Zeitraum durchaus keine Besonderheit. Die Vorstellung, daß sich vom Krisentiefpunkt die Produktion mühsam Punkt für Punkt wieder langsam belebt, entspricht in keiner der von uns behandelten Krisen den Tatsachen. Was hier, nach der Krise 1948/49, besonders auffällt, sind das Tempo dieses Wiederanstieges und die Fortsetzung dieses Tempos bis zu einem Niveau von 17 Prozent über den vorhergegangenen Höhepunkt. Ein solches rasantes Tempo des Ansteigens der Produktion ist theoretisch nur möglich, wenn entsprechende freie Kapazitäten vorhanden sind, die mit einem Schlage sofort in Betrieb genommen werden können und die keine Zeit zu ihrem Aufbau brauchen. Der sich nach der Krise 1948/49 entwickelnde Boom zeigt also daß die Kapazitäten der Gruppe B der Industrieproduktion (Konsumgüter) durch die bis 1949 (seit 1945) außerordentlich hohen Investitionen Bedeutend ausgeweitet worden waren.⁸⁵

bei der Gruppe A ist die Sache ähnlich, doch darf hier angenommen werden, daß ein Teil der freien Kapazitäten bereits in der ersten Etappe der Kriegskonjunktur geschaffen wurde. Da sowohl diese als auch die unmittelbar während oder nach der kriegsinflationistischen Krise getätigten Investitionen direkt oder indirekt ein Ergebnis der Kriegskonjunktur waren, kann man insoweit feststellen, daß dieser Boom eine Nachwirkung der Kriegskonjunktur war. Das zeigt uns, wie die Schaffung von riesigen Überkapazitäten unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus den Verlauf der Überproduktionskrisen bzw. der Krisenzyklen modifiziert.

Bestätigt werden diese Ausführungen durch den relativ niedrigen Stand der Investitionen 1950, die gegenüber 1949 im Jahresdurchschnitt sogar noch weiter absanken. (Nach der Krise 1920/21 dagegen stiegen die Investitionen bedeutend, einmal vielleicht weil sie auch gegenüber dem Vorkriegsniveau entsprechend tiefer abgesunken waren, zum anderen weil bedeutend weniger nicht-ausgelastete Kapazitäten vorhanden waren.)

Eine ähnliche Entwicklung finden wir nach der Krise 1920/21, wo die Industrieproduktion ebenfalls sehr rasch den Vorkrisenhöhepunkt wieder überschritt und sogar über den Kriegshöhepunkt hinaus boomartig anwuchs, wenn auch nicht um 17 Prozent wie die Gruppe B. Die prinzipielle Gleichheit der Entwicklung nach 1920/21 und nach 1948/49 ist ein Zeichen der prinzipiellen Gleichheit der wirkenden Triebkräfte und Bedingungen.

Natürlich ist eine solche Entwicklung nicht „normal“, selbst für kapitalistische Bedingungen. Ein solch rasanter Boom, der sich selbst übersteigert, kann nur mit einem entsprechenden Rückschlag, mit einer Zwischenkrise enden, die die Übersteigerungen beseitigt und den Ausgangspunkt für den Beginn der eigentlichen Aufschwungphase des Zyklus bildet. Eine solche Entwicklung finden wir auch in der Zwischenkrise 1923/24. Sie wird zwar von Kuczynski lediglich als eine Schwankung bezeichnet, aber eine Analyse dieser Krise, besonders auch unter dem oben entwickelten Gesichtspunkt, zeigt, daß eine solche Betrachtung nicht haltbar ist. Diese Krise muß die durch den weit übersteigerten Boom

entstandenen Disproportionen und Widersprüche zunächst lösen, um dem eigentlichen Aufschwung Platz zu machen. (Wir verweisen dazu auf die entsprechenden Ausführungen im Abschnitt 2.1.4.)

1950/51 verlief die Entwicklung dagegen anders.

3.4. Die Kriegskonjunktur 1951 bis 1953 und ihre Rolle

Für die Gruppe B (Konsumgüter) der Industrieproduktion trat die Reaktion auf den Boom genauso in Erscheinung wie 1923/24, nur entsprechend schärfer. Ab August 1950 bzw. ab Februar 1951 sank die Produktion der Gruppe B (Konsumgüter) bis Oktober 1951 um fast 16 Prozent. Die Beschäftigung der Gruppe B ging in diesem Zeitraum um über 7 Prozent zurück. Selbst die Investitionen, die im letzten Quartal 1950 bereits um 19 Prozent unter dem Höchststand im letzten Quartal 1947 lagen, sanken um 23 Prozent. Nur die Preise stiegen bis Anfang 1950 noch an und hatten dann einen leicht sinkenden Trend.⁸⁶

Die Gruppe A (einschließlich Rüstungsproduktion) dagegen setzte den Anstieg der Produktion 1951 fort, wenn auch mit vermindertem Tempo. Darin zeigt sich die beginnende Wirkung einer Kriegskonjunktur. Betrachten wir dazu unsere Tabellen 42, 43 und 46.

Die Rüstungsproduktion steigt von 1950 bis 1951 um 7 Punkte an (Punkte des Indexes der Gesamtproduktion 1940 = 100). Das sind dem absoluten Zuwachs nach rund 70 Prozent des Zuwachses der Rüstung von 1940 bis 1941, wobei die Rüstungsproduktion 1951 ihrem absoluten Umfang nach bereits größer ist als 1941. Berücksichtigt man die seit 1941 um rund 70 Prozent gestiegene gesamte Industrieproduktion, so ergibt sich 1951 ein nur unbedeutend niedrigerer Anteil der Rüstung an der Gesamtproduktion. Der absolute Zuwachs der Rüstung im Verhältnis zum Umfang der Gesamtproduktion im Ausgangsjahr ist 1950/51 niedriger als 1940/41. Trotzdem reicht dieser Zuwachs aus, der Gruppe B (einschließlich der Rüstungsproduktion) anstelle eines sinkenden einen bedeutend ansteigenden Trend zu geben. Dementsprechend wundert es nicht, daß auch die Gruppe A (ohne Rüstungsproduktion) ansteigt.

Vergleichen wir die Entwicklung der Jahre 1950/51 mit der Entwicklung von 1940/41, so ist zu sehen, daß die Wirkung der Kriegskonjunktur in ihrer ersten Phase genau die gleiche ist, nur daß die Bedingungen 1950/51 eben *andere* sind und daher die Auswirkungen *andere*. 1941 führt die beginnende Kriegskonjunktur zu einer *Verstärkung* der zyklischen Aufschwungphase. 1951 führt die Kriegskonjunktur zu einer zeitweiligen Verhinderung einer Zwischenkrise und wandelt diese in eine Teilkrise um. In ihrer ersten Phase vermag die Kriegskonjunktur jedoch nicht, den Mechanismus des Zyklus in seiner Wirkung völlig zu beseitigen und damit den Zyklus zu unterbrechen. Sie kann ihn lediglich modifizieren.

Das zeigt sich bei weiteren Vergleichen. 1951 war der Anteil der Rüstungsproduktion etwa gleich dem Anteil 1941 (8 bis 9 Prozent der Industrieproduktion). Trotzdem steigt 1941 die Produktion der Gruppe A um 22 Prozent an, während sie 1951 nur um 8 Prozent ansteigt.⁸⁷ Selbst wenn man berücksichtigt, daß der absolute Zuwachs der Rüstungsproduktion 1951 geringer ist als 1941, so ist dieser bedeutend geringere Zuwachs der Gruppe A nicht allein daraus zu erklären. Es handelt sich weiter um die Auswirkung der Teilkrise der Konsumgüterproduktion und um die Tatsache, daß 1941 die Kapazitäten für die Rüstungsproduktion erst geschaffen werden mußten, während sie 1951 zum großen Teil aus der Kriegszeit und auch aus der Nachkriegszeit vorhanden und in Takt waren. Versuchen wir das nachzuweisen. Setzt man die öffentliche industrielle Bautätigkeit 1940 = 100, so ergibt sich folgende Entwicklung:

Tabelle 55⁸⁸

1940 = 100

1940	100	1950	63	<i>Entwicklung der öffentlichen industriellen Bautätigkeit der USA</i>
1941	735	1951	248	
1942	1730	1952	422	

1940 bis 1942 und 1950 bis 1952

Die Steigerung der Rüstungsproduktion im Jahre 1951 und 1952 konnte also nicht über eine zusätzliche Belegung der Investitionsgüterindustrien eine steigernde Wirkung auf die Gesamtwirtschaft, auf eine Zunahme der Beschäftigung, der Kaufkraft der Massen und damit auch eine steigernde bzw. krisenhemmende Wirkung auf die Produktion der Gruppe B (Konsumgüter) ausüben. Sie konnte daher – im Gegensatz zur Entfaltung der Kriegskonjunktur zu Beginn des zweiten Weltkrieges – auch die Entwicklung der Produktion der Gruppe B (Konsumgüter) kaum wesentlich beeinflussen. *Daher* ging in der Gruppe der Konsumgüterproduktion die zyklische Entwicklung den ihr vorgezeigten Weg. Die Kriegskonjunktur modifizierte jedoch die Entwicklung in der Gruppe A der Industrieproduktion und verhinderte dort (zunächst) die Zwischenkrise.

Zugrunde liegt wieder die Tatsache, daß die Rüstungsproduktion die Einschränkung der Industrieproduktion der Gruppe B (insgesamt) verhindert, ja im Gegenteil, die Produktion der Gruppe B im Jahre 1951 sogar ausweitet. Sie modifiziert also hier das Verhältnis zwischen den beiden Gruppen der Industrieproduktion. Aber sie kann zumindest unter den konkreten Bedingungen von 1950/51 den zur Krise führenden Widerspruch zwischen Produktion und Markt nicht ausgleichen, das heißt den Widerspruch zwischen der Tendenz, die Produktion schrankenlos auszudehnen, und der Konsumtionsbeschränktheit der Massen.⁸⁹

Wenn wir davon ausgehen, daß die staatsmonopolistische Umverteilung eines Teiles des Mehrwertes bzw. Nationaleinkommens zugunsten der Rüstungsproduktion das Verhältnis zwischen Akkumulation und Konsumtion des Mehrwertes zugunsten der Konsumtion beeinflußt, setzen wir voraus, daß ohne

diese Umverteilung ein entsprechender Teil des Mehrwertes akkumuliert wird und dadurch eine Nachfrage nach Waren der Gruppe A erzeugt. In diesem Falle würde die Umlenkung dieses Mehrwertteiles zwar in den Betrieben der Gruppe A der Industrieproduktion die Nachfrage ebenfalls erhöhen, jedoch ökonomisch gesehen gehört das Produkt zur Gruppe B (da Rüstung vorwiegend in Betrieben der Gruppe A erzeugt wird). Es fände eine echte Einschränkung der Möglichkeiten zur Akkumulation statt, die Proportionen zwischen den beiden Gruppen der Industrieproduktion würden beeinflußt zugunsten von B.

Das Problem ist dabei, ob man wirklich immer voraussetzen kann, daß der gesamte Mehrwert der Gesellschaft verbraucht wird (oder unter welchen Bedingungen man das voraussetzen kann). Denn einige andere Aspekte erhält die Frage, sobald man annimmt, daß durch die staatsmonopolistische Zentralisation eines Teiles des Mehrwertes bzw. Nationaleinkommens sonst brachliegendes Kapital in fungierendes verwandelt wird bzw. — was hier dasselbe ist — daß dieser Teil des Mehrwertes ohne staatsmonopolistische Umverteilung brachgelegen hätte. Auch in diesem Falle wird natürlich das Verhältnis zwischen den beiden Gruppen der Industrieproduktion modifiziert. Die Gruppe B dehnt sich aus, allerdings in diesem Falle nicht auf Kosten von A. Das Verhältnis zwischen Akkumulation und Konsumtion wird dadurch nur insofern verändert, als konsumiert wird, was sonst brachgelegen hätte, aber es wird eben nicht auf Kosten der Akkumulation konsumiert.

Der Unterschied zwischen beiden Möglichkeiten liegt darin, daß im ersten Falle die bestehende Tendenz zur Überproduktion und Überakkumulation eingeschränkt wird, jedoch keine neuen Stimuli für eine zusätzliche Beschäftigung und Ausweitung der Produktion auftreten. Im zweiten Falle dagegen verläuft die Akkumulation wie „vorgesehen“, jedoch werden durch die Verwandlung dieses Teiles des Mehrwertes in Kapital zusätzliche Möglichkeiten zur Beschäftigung, zur sich daraus ergebenden Erweiterung der gesamten Produktion über die „normale“ Entwicklung hinaus geschaffen, weil eine profitbringende Anlage gesichert ist.

Zweifelsohne spielt der letztere Gesichtspunkt besonders in der zweiten Etappe der allgemeinen Krise nach dem zweiten Weltkrieg eine gewisse Rolle. Das bedeutet keineswegs, daß wir die Positionen jener verlogenen Kriegstreiber unterstützen, die in der Rüstungsproduktion das Allheilmittel zur Sicherung einer Vollbeschäftigung und krisenlosen Entwicklung propagieren.

Wir haben es hier nur mit der Tatsache zu tun, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus in den hochentwickelten imperialistischen Staaten in der gegenwärtigen Etappe zu einem integrierenden Bestandteil der Ökonomik dieser Länder geworden ist. Die ungeheuer verschärften Widersprüche des Kapitalismus verlangen mit aller Macht die Anerkennung des gesellschaftlichen Charakters der Produktion durch die gesellschaftliche Aneignung. Kennzeichnet Lenin bereits den Monopolismus als eine Vergesellschaftung der Produktion unter kapitalistischem Vorzeichen, so betrachtete er den staatsmonopolistischen Kapitalismus als die unmittelbare materielle Vorstufe des Sozialismus.

Dabei ist diese Tendenz der „Vergesellschaftung der Produktion“ unter kapitalistischem Vorzeichen, das heißt die rasche Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, nach dem zweiten Weltkrieg keine zufällige Erscheinung, sondern hängt mit dem wachsenden gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der wachsenden Unsicherheit der Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie, der Verschärfung der Widersprüche unmittelbar zusammen. Ökonomisch gesehen treiben die Widersprüche der kapitalistischen Produktion zu Formen, in denen sie sich bewegen können. Es gibt keine ökonomisch ausweglose Situation im Kapitalismus, an der er automatisch zugrundegehen bzw. ökonomisch zusammenbrechen müßte. Die staatsmonopolistische Zentralisation eines Teiles des Nationaleinkommens ist eine solche kapitalistische Form, ohne die eine Bewegung der Widersprüche, das Lebensgesetz jeder Gesellschaftsordnung, unter den gegenwärtigen Bedingungen in den hochentwickelten imperialistischen Ländern nicht möglich ist. Sie bedeutet jedoch nicht einfach eine Lösung, sondern im Grunde eine Verschärfung der Widersprüche und Gegensätze, weil sie die private Macht und Verfügungsgewalt über gesellschaftliche Kräfte verstärkt, die Gegensätze zwischen der monopolistischen Bourgeoisie und allen anderen Schichten des Volkes einschließlich der nichtmonopolistischen Bourgeoisie verschärft. Wir haben das an anderer Stelle als einen Prozeß der „Verlagerung der Widersprüche“ gekennzeichnet.

Theoretisch gesehen wird also von den Marxisten der staatsmonopolistische Kapitalismus durchaus als ein gesetzmäßiges, den Widersprüchen der imperialistischen Gesellschaft in der Periode der allgemeinen Krise entspringendes Element betrachtet. Das bedeutet aber keineswegs, daß er sich unbedingt in der Rüstungsindustrie praktizieren muß. Im Zusammenhang mit den Abrüstungsvorschlägen der Sowjetunion vor der UN und an anderen Stellen, Vorschlägen, die einen begeisterten Widerhall bei allen friedliebenden Menschen fanden, haben viele Ökonomen aus aller Welt mehr als einmal nachgewiesen, welche praktische Verwendung die heutzutage in der Rüstungsindustrie alle vom gesamtgesellschaftlichen Standpunkt „ins Meer“ geschütteten Mittel finden können. Offenbar ist jedoch die Stellung der großen Monopole der USA und der übrigen imperialistischen Staaten vorläufig noch zu stark, um sie zu zwingen, auf die Rüstung als integrierenden Bestandteil ihrer Profite zugunsten anderer Projekte zu verzichten. Aber prinzipiell ist die staatsmonopolistische Umverteilung des Mehrwertes natürlich nicht an die Rüstungsproduktion gebunden. Es ist eine Frage der Kräfte des Friedens, die Monopole zu zwingen, dem Willen der Völker nach totaler Abrüstung zu entsprechen.

Die Zentralisation eines Teiles des Mehrwertes bzw. Nationaleinkommens und seine Umverteilung durch den Staat der großen Monopole können also die Grundlagen und Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion nicht beseitigen oder aufheben. Also können sie auch nicht das Gesetz der Krisen einfach beseitigen oder aufheben. Unter bestimmten Bedingungen können sie aber die Wirkung dieser Gesetze modifizieren, zeitweise, wie in der zweiten Etappe der Kriegskonjunktur, den Mechanismus dieser Gesetze sogar unterbrechen.

Deshalb steht auch hier nicht zur Diskussion, daß die Rüstungskonjunktur 1951 die Krise in der Gruppe A der Industrieproduktion „verhindert“ hat und somit zumindest teilweise krisenverhindernde Wirkung ausübte.

Zunächst muß man feststellen, daß es sich keineswegs um eine zyklische Krise gehandelt hat, sondern um eine Zwischenkrise, die wahrscheinlich alle wesentlichen Zweige auch der Gruppe A der Industrieproduktion erfaßt hätte. Diese Zwischenkrise wurde modifiziert, und es blieb eine tiefe Teilkrise der Gruppe B (Konsumgüter) der Industrieproduktion.

Des weiteren muß man feststellen, daß es sich dabei um eine Periode der forcierten *Steigerung* der Rüstungsproduktion handelt, und nicht um die einfache Beibehaltung eines bestimmten Niveaus der Rüstungsproduktion. Es ist jedoch nicht denkbar, daß die Rüstungsproduktion in diesem Tempo ständig weiter gestiegen wäre, um entsprechende Wirkungen auszuüben. Die Steigerung des Anteiles der Rüstungsproduktion bis zur zweiten Etappe der Rüstungskonjunktur ist zwar theoretisch jederzeit möglich, jedoch bedeutet das noch lange nicht eine krisenfreie Entwicklung. Das zeigen zum Beispiel die kriegsinflationistische Krise und ihr großes Ausmaß zu Ende des zweiten Weltkrieges, wenn man auch die kriegsinflationistische Krise nicht als eine zyklische Krise bezeichnen kann, weil sie nicht durch zyklische Faktoren verursacht wurde.

Praktisch jedoch dürfte es für die Rüstungsmonopole unmöglich sein, eine derartige Hypertrophierung der Gruppe B der Industrieproduktion, wie sie die zweite Etappe der Kriegskonjunktur kennzeichnet, in Friedenszeiten und auf längere Zeit zu erreichen. Erstens ist das, wie wir gesehen haben, eine Frage des Kräfteverhältnisses, inwieweit es der Diktatur der monopolistischen Bourgeoisie gelingt, mit den Mitteln der brutalen Gewalt den Reallohn der Arbeiterklasse zu senken und den nichtmonopolisierten Zweigen der kapitalistischen Wirtschaft den Verzicht auf Teile ihres Profits aufzuzwingen. Eine solche Politik ist – abgesehen von der ökonomischen Unmöglichkeit, sie eine längere Periode durchzuhalten, auf die wir gerade hinwiesen – unter den heutigen internationalen Kräfteverhältnissen und Bedingungen nicht zu realisieren, ohne den Bestand des Systems ernsthaft zu gefährden. Zweitens ist diese Hypertrophierung ein Problem der Verwendung der produzierten Rüstungsmittel in Friedenszeiten. Letzten Endes ist der Konsumtionszweck der Rüstungsmittel der Krieg. Und seitdem die Friedenskräfte die Geschicke der Welt immer stärker bestimmen und die Möglichkeiten, den Krieg zu verhindern, immer realer werden, verringern sich für die Rüstungsmonopole auch die Möglichkeiten, die zweite Etappe der Kriegskonjunktur zu erreichen.

Die Rüstungsproduktion ist also niemals in der Lage, Krisen zu verhindern, dauernde Vollbeschäftigung zu sichern oder überhaupt einen stabilisierenden Einfluß auf die zyklische Entwicklung auszuüben.

Theoretisch ist es natürlich möglich, mit Hilfe eines entwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus und unter Ausnutzung der Umverteilung des Nationaleinkommens eine Politik des Gleichgewichtes der sich entwickelnden ökonomischen Kräfte durchzuführen. Aber das wäre gleichbedeutend mit

Planung im volkswirtschaftlichen Rahmen und Ausschaltung des Strebens jedes einzelnen Monopols nach Maximalprofit durch Überwindung der Konkurrenz. Und dafür gibt es bis heute nur kümmerliche Versuche. Die Kriegsproduktion und ihre Entwicklung sind auf jeden Fall ganz anderen Faktoren unterworfen als Gesichtspunkten des Ausgleichs von Widersprüchen und ihren Folgen.

Das zeigte sich praktisch 1953/54 in der Zwischenkrise. Nach einem vorübergehenden Ansteigen aus der Teilkrise 1950/51 begann im zweiten Quartal 1953 die Produktion von Konsumgütern erneut stark in die Krise abzusinken. Kurze Zeit später folgten die Zweige der Gruppe A. Es ist von einigen Ökonomen angenommen worden, daß die Zwischenkrise 1953/54 ein Ergebnis der Einschränkung der Rüstungsproduktion zu Ende des Koreakrieges war.

Das ist keineswegs der Fall. Die Krise 1953/54 begann mit dem Absinken der Produktion von Konsumgütern. Der Waffenstillstand in Korea wurde Ende Juli 1953 unter dem Druck des Kampfes der Weltfriedensbewegung geschlossen. Die Produktion der einzelnen Zweige der Konsumgüterindustrie hatte ihren Höhepunkt im Mai 1953. Die wichtigsten Zweige der Gruppe A (incl. Rüstung) begannen demgegenüber im Juli bzw. August von der Krise betroffen zu werden. Da die Jahresgesamtproduktion 1953 an Rüstungsgütern jedoch noch *höher* lag als 1952, ist nicht anzunehmen, daß bereits im Juli oder August eine wesentliche Einschränkung der Rüstungsproduktion stattgefunden hat. Die Krise brach also eindeutig aus zyklischen Gründen aus, nicht aus Gründen der Rüstungseinstellung. Zweifelsohne hat die Einschränkung der Rüstungsproduktion 1954 ihren Teil zur Verlängerung der Krise in der Gruppe A (incl. Rüstung) beigetragen. Während der Tiefpunkt der Produktion der Konsumgüter im Dezember 1953 lag und danach einen steigenden Trend aufwies, lag der Produktionstiefpunkt der Gruppe A (incl. Rüstung) im Juli 1954. Abgesehen jedoch davon, daß hier wahrscheinlich die Krise durch die Einschränkung der Rüstung leicht verstärkt wurde, ist die Feststellung wichtig, daß die Rüstungsproduktion 1953 den Ausbruch der Zwischenkrise nicht verhindert hat und auch nicht verhindern konnte.

Eine tatsächlich krisenmildernde und stabilisierende Wirkung könnte von den staatsmonopolistischen Regulatoren nur dann ausgehen, wenn es im Verlaufe der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus gelänge, die Volkskräfte so zu stärken, daß die staatsmonopolistische Bourgeoisie gezwungen wird, im Interesse der Erhaltung des Systems von der Profitmaximierung abzugehen und einen Ausgleich der widerstreitenden Tendenzen zu schaffen. Das ist nicht unmöglich, wenn die sozialistischen Länder im ökonomischen Wettbewerb das absolute Übergewicht erkämpfen und die Friedenskräfte in der ganzen Welt so stärken, daß die kriegslüsternten ultrarechten Kräfte gebändigt werden, der Imperialismus zurückgedrängt und die Abrüstung erkämpft wird.

3.5. *Die Krise 1957/58*

Nach der Zwischenkrise 1953/54 ist die Entwicklung dadurch charakterisiert, daß die Rüstungsproduktion einen relativ hohen, jedoch gleichbleibenden Anteil an der Industrieproduktion besaß. (Nach unserer Statistik zwischen 7,5 und 8,0 Prozent.⁹⁰)

Es ist natürlich keinesfalls so, daß die Tatsache einer gleichbleibenden Rüstungsproduktion keinerlei Einfluß auf die Durchsetzung der ökonomischen Gesetze, das heißt auf den Verlauf des Krisenzyklus, hat. Doch ist der Einfluß zweifelsohne geringer, als wenn ein Anwachsen oder eine Einschränkung der Rüstungsproduktion vor sich geht. Der Aufschwung in den Jahren 1955 bis 1957 hat zweifelsohne keinerlei Anzeichen einer Verstärkung durch kriegswirtschaftliche Einflüsse. Die Gesamtproduktion der Gruppe A (incl. Rüstung) überstieg in dieser Zeit zum ersten Male (wenn auch geringfügig) den Höchststand der Produktion während des Weltkrieges, obgleich die Rüstungsproduktion nur rund 7,5 Prozent Anteil hatte, gegenüber rund 30 Prozent im Jahre 1943.⁹¹

Die gesamte Industrieproduktion überstieg den Höchststand während des Krieges um rund 13 Prozent. Die Produktion der gesamten Gruppe B lag um 18 Prozent niedriger als während des Krieges, dabei die Rüstungsproduktion um rund 75 Prozent niedriger, die Konsumgüterproduktion um rund 42 Prozent höher. Die Produktion der Gruppe A lag um rund 55 Prozent höher als während des Krieges.

Schon hieraus geht unter anderem hervor, daß sich Disproportionen zwischen der Gruppe B und der Gruppe A der Industrieproduktion herausgebildet haben.

Der Charakter der Krise von 1957/58 ist schwierig einzuschätzen. Die Krise setzte einerseits mit größerer Wucht ein als die von 1953/54 oder die von 1948/49. Das zeigt sich an der stärkeren und vor allem rascheren Senkung der Gruppe A der Industrieproduktion. Während der Krise sank die Gruppe B (Konsumgüter) der Industrieproduktion jedoch bedeutend weniger als in der Teilkrise 1950/51 oder der Zwischenkrise 1953/54. Das scheint im krassen Widerspruch zu der Tatsache zu stehen, daß diese Krise eine wesentliche Steigerung der Arbeitslosigkeit mit sich brachte (über 5 Millionen offiziell zugegebene Arbeitslose). Allerdings muß man dabei berücksichtigen, daß faktisch seit Mitte 1955 keinerlei Steigerung der Produktion der Gruppe Konsumgüter mehr stattgefunden hat, also innerhalb der Gruppe B keine solch große Überproduktion und Überspekulation mehr stattfand – wie zum Beispiel 1950/51 –, die in der Krise hätte ausgeglichen werden müssen.

Die Krise unterscheidet sich auch wesentlich von der Zwischenkrise 1953/54 durch ihre bedeutend raschere Überwindung. Ein reichliches Jahr nach Ausbruch der Krise überschritt die Industrieproduktion bereits wieder den Vorkrisenstand. Dabei stieg die Gruppe B (Konsumgüter) bereits merklich über den Höchststand vor der Krise hinaus. Auffallend ist, daß während der Krise

(oder besser im Krisenjahr 1958 gegenüber 1957) die gesellschaftliche Arbeitsleistung bedeutend rascher gestiegen ist als in den Konjunkturjahren 1956 und 1957, während im allgemeinen in den Krisenjahren die gesellschaftliche Arbeitsleistung langsamer steigt als vorher.

Sowjetische Ökonomen haben die Krise von 1957/58 gründlicher analysiert. Eine endgültige Einschätzung ihres Charakters verlangt die Beantwortung der Frage, wie sie in der Lage war, die Widersprüche zu lösen, welchen Raum sie für eine erneute Entfaltung der Produktion bot.

Es gibt Meinungen, die besagen, daß der Krise von 1957/58 keine vollständige Aufschwungphase voranging. Diese Meinungen stützen sich darauf, daß erst 1953 der Höchststand während des Krieges wieder erreicht bzw. 1955 erst wieder übertroffen wurde. Unter normalen Umständen wäre es daher richtig, die eigentliche Aufschwungphase des Zyklus erst ab 1955 zu rechnen. Zweifels- ohne wäre unter diesen Umständen 1957 noch keine zyklische Krise fällig gewesen. Zu einem Teil ist diese Argumentation bestimmt berechtigt. Jedoch ist sie viel zu einseitig, um die Besonderheiten der Aufschwungphase bis 1953 zu beurteilen. Für die Gruppe Konsumgüter der Industrieproduktion fand eine echte Ausweitung der Produktion über den Kriegshöhepunkt bzw. über den Vorkrisenhöhepunkt 1948 und 1950 statt. Trotzdem ist der durchschnittliche Stand der Investitionen in das fixe Kapital der drei Jahre 1946, 1947, 1948 in *keinem einzigen Jahre* später wieder erreicht worden. Nur 1954 bis 1956 erfolgten nochmals stärkere Investitionen, die jedoch ab 1957 bereits wieder abnahmen. 1952/53 zum Beispiel lagen sie bei 70 Prozent des Standes von 1947. Der Aufschwung der Konsumgütergruppe über den Vorkrisenhöhepunkt von 1948 hinaus litt also sehr stark unter den Nachwirkungen der Kriegskonjunktur und der kriegsinflationistischen Krise. Die zyklische Reproduktion des fixen Kapitals ist weitgehend gestört worden, was seinerseits eine Störung des „normalen“ Mechanismus des Krisenzyklus bedeutete.

Für die Rüstungsproduktion – den anderen Teil der Gruppe B – ist die Sache klar, wenn auch keine gesonderten Zahlen über die direkten Investitionen in die Rüstungsindustrie vorliegen. Nach den indirekten Kennziffern der staatlichen Bautätigkeit können wir uns ein genügend richtiges Bild vom Verlauf machen. Die Rüstungsproduktion lag weit unter dem Stande während des Krieges. Trotzdem sind bestimmte Investitionen in die Rüstungsindustrie notwendig geworden, da hier Produkte und technische Anlagen, also auch ihre Technologie, rasch moralisch verschleißten und veralten. Insgesamt gesehen sind diese Investitionen jedoch nicht den eigentlichen zyklisch verlaufenden Krisengesetzen unterworfen und kein Faktor, welcher die Zyklizität der Reproduktion und der Neuanlage des fixen Kapitals verstärkt.

In der Gruppe A der Industrieproduktion ist die Lage etwas anders als in der Konsumgüterindustrie. Mindestens 1952 überschritten hier die Investitionen in das fixe Kapital diejenigen von 1947/48, und 1956 stiegen sie noch weiter über dieses Niveau an. 1957 lagen die Investitionen der Gruppe A um nicht ganz 30 Prozent über derjenigen der Jahre 1947/48. Obwohl in diesen Zahlen private

Investitionen für die Rüstungsindustrie enthalten sind, können wir sie grob mit der Entwicklung der Produktion der Gruppe B vergleichen, die ebenfalls knapp 30 Prozent über dem Höchststand von 1948 liegt. Berücksichtigt man, daß die allgemeine Gesetzmäßigkeit dahin geht, daß die Investitionen später steigen müssen als die Industrieproduktion, so könnte man für die Gruppe A ebenfalls eine Tendenz zur Störung der normalen zyklischen Reproduktion des fixen Kapitals feststellen, die eine Auswirkung der Kriegskonjunktur ist (besonders hohe Investitionen unmittelbar während und nach der kriegsinflationistischen Krise, daher später entsprechend weniger). Wir sind nicht in der Lage, aus diesen hier festzustellenden Tatsachen alle Schlußfolgerungen für die Krise 1958/59 und ihren Charakter zu ziehen. Ganz ohne Zweifel aber sind diese Erscheinungen mit die weitreichendsten Wirkungen der Kriegskonjunktur, die den Verlauf des Zyklus 1949 bis 1958 wesentlich beeinflußt haben dürften.

Wahrscheinlich haben diese Faktoren sogar eine größere Rolle bei der Deformierung des zyklischen Ablaufes der Industrieproduktion gespielt als die Rüstungsproduktion und Militarisierung der Wirtschaft im Nachkriegszyklus selbst, besonders was die Frage der Periodizität, der Dauer des Zyklus und vielleicht auch was die Intensität der Aufschwünge, die Intensität der Herausbildung der Widersprüche des Krisengesetzes und damit die Intensität der Krisen selbst betrifft.

Die Krise von 1957/58 reichte nicht aus, endlich die Bedingungen zu schaffen, von denen ausgehend wieder eine „normale“ (unter den Bedingungen des Staatsmonopolismus verstanden), also nicht mehr primär von den Folgen der Kriegskonjunktur und der kriegsinflationistischen Krise bestimmte zyklische Entwicklung eingeleitet werden konnte. Dazu war sie insgesamt gesehen, trotz ihrer wuchtigen Schläge gegen die Arbeiterklasse und andere werktätige Schichten, nicht stark, nicht tief genug. Die großen Monopole haben unter dieser Krise kaum gelitten. Die Preise sind nicht gesunken, sondern im Gegenteil noch leicht gestiegen. Die Rationalisierung der Produktion machte große Fortschritte.

Die Entwicklung der Industrieproduktion seit 1958 in den USA beweist, daß die zyklische Krise von 1957/58 den Triebkräften des Fortschritts in der Entwicklung der Produktion und der Produktivkräfte keine freie Bahn schuf. Aber das können in der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus die zyklischen Krisen überhaupt nicht mehr. Die Deformierung des Zyklus ist nach dieser Krise auch in den USA weiter fortgeschritten, und es ist schwer, überhaupt noch von Zyklen im alten Sinne zu sprechen.

4. BILANZ

Wenn wir einen Überblick über unsere Krisengeschichte geben, so zeigt sich folgendes Bild.

Übersicht 56

Die Wirtschaftskrisen der USA seit 1900

1900	leichte zyklische Krise
1908	leichte zyklische Krise
1914	beginnende zyklische Krise
1918/19	leichte kriegsinflationistische Krise
1920/21	schwere zyklische Krise
1923/24	Zwischenkrise
1926/27	Teilkrise der Investitionsgüterindustrie
1929/32	schwere zyklische Krise
1937/38	schwere Zwischenkrise oder zyklische Krise
1945/46	schwere kriegsinflationistische Krise
1948/49	leichte zyklische Krise
1950/51	Teilkrise der Gruppe B
1953/54	Zwischenkrise
1957/58	leichte zyklische Krise (oder Zwischenkrise).

In dieser Übersicht fehlt noch eine Art der Krisen, die in den USA besonders nach dem zweiten Weltkrieg eine bedeutende Rolle im Kohlenbergbau gespielt hat und die sich bereits seit einiger Zeit in der Stahlproduktion der USA bemerkbar macht: die sogenannte Strukturkrise.

In der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus finden wir eine ausgesprochene Häufung der Krisen und Teilkrisen. Von einer Milderung des krisenhaften, widerspruchsvollen Charakters der Entwicklung, die bürgerliche Ökonomen vor 1929 und nach 1945 behaupteten, kann keine Rede sein. Obgleich sich das durchschnittliche Wachstumstempo der Industrieproduktion der USA (mit Ausnahme der Kriegszeit) gegenüber der Periode vor dem ersten Weltkrieg bedeutend verringerte, hat die Häufigkeit der Krisen nicht abgenommen. Die allgemeine Unsicherheit der Lage und der Entwicklung hat sich gegenüber dem Kapitalismus der freien Konkurrenz nicht vermindert. Dabei läßt sich für die USA eine Häufung dieser Schwierigkeiten und Unsicherheiten nach dem zweiten Weltkrieg gegenüber der Zwischenkriegszeit bis jetzt nur unter der Oberfläche nachweisen.

Es ist von allergrößter Bedeutung festzustellen, daß die forcierte staatsmonopolistische Entwicklung, die ihren Ausdruck in erster Linie in der Aufblähung der Rüstungsproduktion und der Militarisierung der Wirtschaft findet, bis jetzt in keiner Weise zu einer Stabilisierung oder zur Vermeidung von Wirtschaftskrisen geführt hat.

Wenn die staatsmonopolistische Zentralisation und Umverteilung des Mehrwertes einen bestimmten Punkt überschreitet, wird der Mechanismus des Krisengesetzes zwar unterbrochen, aber das führt zu außerordentlich tiefgreifenden volkswirtschaftlichen Disproportionen, deren Lösung nur in einer tiefen kriegsinflationistischen Krise möglich ist. Wenn sie diesen Punkt nicht überschreitet, kann sie die zyklische Bewegung nicht ausschalten, modifiziert diese Bewegung allerdings je nach den Umständen. Wir haben verschiedene Formen der Einwirkung zu verschiedenen Zeitpunkten untersucht. Die Modifizierungen, die durch die forcierte staatsmonopolistische Umverteilung des Nationaleinkommens im Interesse der großen Monopole eintreten, bedingen bisher eine verstärkte Unsicherheit und Labilität der Reproduktion. Das ist ein Fazit aus unseren Untersuchungen.

Dabei steht fest, daß sich aus der Verlangsamung des allgemeinen durchschnittlichen Entwicklungstempos eine Reihe neuer Probleme auch für die Krisenforschung ergeben. Eine der wichtigsten Fragen ist die, wie sich die Tatsache des Fehlens längerer, steiler Aufschwünge und die Häufung von Teil-, Zwischen- und Strukturkrisen auf die echten zyklischen Krisen auswirken. Die Grundfrage, von der aus wir auch diese Problematik entwickeln müssen, ist immer die gleiche: Wie werden unter den Bedingungen des Monopolismus in der Zeit der Nachkriegsetappe der allgemeinen Krise die kapitalistischen Widersprüche „gelöst“, bzw. wie können sie sich entfalten und bewegen?

Eine Hemmung des Aufschwunges durch die verschiedensten monopolistischen und staatsmonopolistischen Erscheinungen bedeutet natürlich gleichermaßen eine Hemmung der Herausbildung und Entfaltung der kapitalistischen Widersprüche des Krisengesetzes. Es ist notwendig, daß sich das auf die zyklischen Krisen selbst unmittelbar auswirkt und deren Bild sowie deren Fähigkeiten, die Voraussetzungen für einen erneuten Aufschwung zu schaffen, beeinflußt.

Umgekehrt jedoch bedeutet ein verlangsamtes Tempo des Aufschwungs, eine nur zögernde durchschnittliche Aufwärtsentwicklung, auch eine Häufung kleinerer Krisen und Teilkrisen. Diese werden ihrerseits zu einem Moment, das die Herausbildung der Disproportionen verzögert, weil Widersprüche schon vor der echten zyklischen Krise partiell „gelöst“ werden. Diese „Lösung“ ist jedoch unvollständig und schafft daher nur teilweise Voraussetzungen für eine volle Fortsetzung des Aufschwungs. Die Häufung von Teilkrisen, Strukturkrisen und anderen chronischen Krisenerscheinungen wird daher auch zu einem Moment, das die Gesamtentwicklung hemmt, ihren Wachstumsdurchschnitt drückt.

Die Vorwegnahme teilweiser Lösung der Widersprüche, die zur Krise führen, kann unter anderem den zyklischen Aufschwung, die Herausbildung der Widersprüche, die Wucht des Ausbruches der Widersprüche in der echten zyklischen Krise hemmen, damit also der gesamten zyklischen Bewegung ihren extremen Charakter nehmen. Zweifelsohne muß diese Entwicklung in Zukunft genau beobachtet und analysiert werden. Es wäre dies eine echte Deformation

der zyklischen Bewegung, die aus der Behinderung der freien Entfaltung und zeitweiligen Lösung der Widersprüche des Krisengesetzes entspringt.

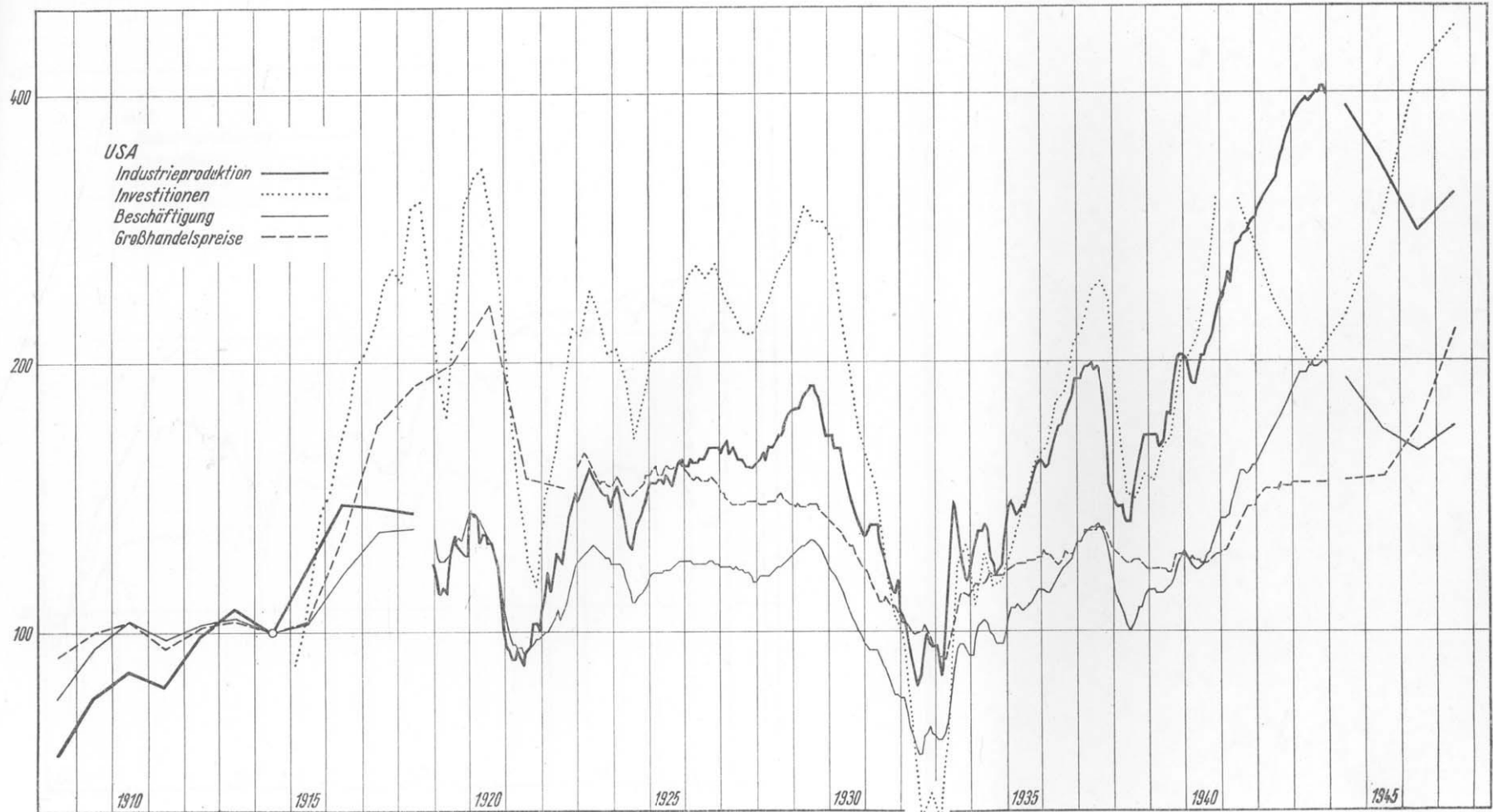
Die Krisen in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus insgesamt können ihre Funktion nicht mehr erfüllen, den Weg für eine Entwicklung der kapitalistischen Produktion freizumachen. Das kapitalistische Gesellschaftssystem als Ganzes hat seine historischen Potenzen verloren und verstrickt sich bei jedem Versuch, die „Geschichte zu überlisten“, in neue Fesseln. Die Wirtschaftskrisen und Krisenerscheinungen werden in wachsendem Maße zu einem Zeichen, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo der junge, aufblühende Sozialismus auch die hochentwickelten imperialistischen Länder in der Produktion pro Kopf überholen und weit hinter sich lassen wird, ohne Krisen, ohne Ausbeutung, eine ständig wachsende Befriedigung aller materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Mitglieder der Gesellschaft gewährleistend. Ohne Zweifel wird diese Entwicklung auch eine wohltuende Wirkung auf den noch kapitalistischen Teil der Erde ausüben. In der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus werden daher die Möglichkeiten, den staatsmonopolistischen Kapitalismus zu einer demokratischen Anwendung seiner Regulierungshebel zu zwingen, größer. Zweifellos wird das neue Auswirkungen auf den Verlauf des kapitalistischen Reproduktionsprozesses haben, die es aufmerksam zu verfolgen gilt.

Grafische Darstellung (Übersicht)

Entwicklung der Industrieproduktion, der Beschäftigung, der privaten Investitionen in das fixe Industriekapital und der Großhandelspreise für Industriewaren in den USA

monatlich saisonbereinigt, vierteljährlich bzw. jährlich von 1908 bis 1947

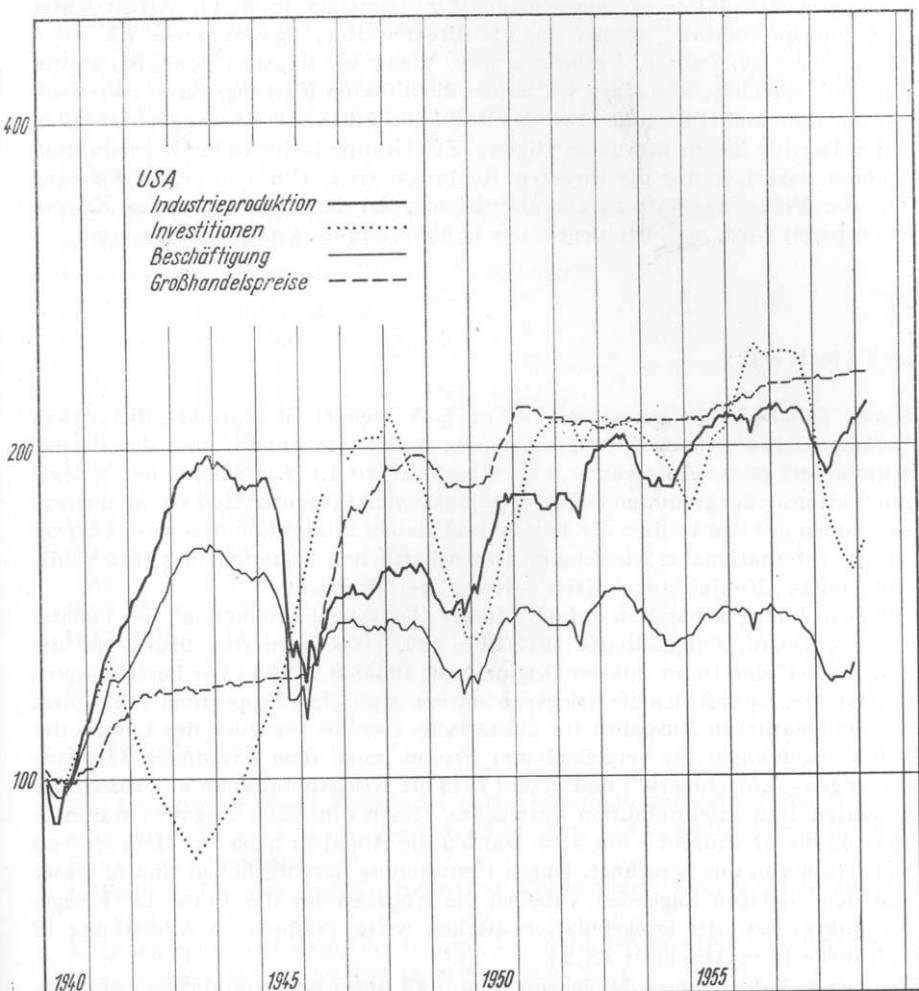
1914 = 100



Grafische Darstellung (Übersicht)

Entwicklung der Industrieproduktion, der Beschäftigung, der privaten Investitionen in das fixe Industriekapital und der Großhandelspreise für Industriewaren in den USA

monatlich bzw. vierteljährlich saisonbereinigt, bzw. jährlich von 1940 bis 1958
1940 = 100



5. ANHANG

5.3. *Anhang zu 3. bis 4.*

56

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Wir verstehen in dieser Arbeit unter „Rüstungsproduktion“ immer nur die direkten Rüstungswaren wie Kanonen, Kriegsflugzeuge, Panzer, Uniformen usw. Wenn wir dagegen von „Kriegsproduktion“ sprechen, so meinen wir immer die direkten Rüstungswaren *einschließlich* der Roh- und Hilfsstoffe sowie der Halbfabrikate für die Rüstungsproduktion. Beide Begriffe haben ihre Berechtigung. Zur Gruppe B der Industrieproduktion gehören natürlich nur die direkten Rüstungswaren. Um dagegen denjenigen Teil der Volkswirtschaft zu charakterisieren, der für die Zwecke des Krieges eingespannt wird, muß der Begriff der Kriegsproduktion angewandt werden.

57

zu Tabelle 42:

Dieser Tabelle liegen Berechnungen von L. A. Mendelson zugrunde, die er dem Verfasser freundlicherweise zur Verfügung stellte. Sie wurden nach der Formel 4 umbasiert (siehe Anmerkung 8 im Abschnitt 2.1.1.). Die Anteile der Kriegsproduktion an der gesamten Industrieproduktion in Prozenten sind von Mendelson zusammen mit den Indizes der Kriegs- und zivilen Produktion in seinem Vortrag auf der internationalen wirtschaftswissenschaftlichen Konferenz der Humboldt-Universität „Konjunktur – Krise – Krieg“ veröffentlicht.

Die Berechnungen basieren auf dem Index „Industrial Production“ des Federal Reserve Board, Originalbasis 1947/49 = 100. (Wir benutzten bisher für die Zeit bis 1947 den Index mit der Originalbasis 1935/39 = 100.) Die Berechnungen unterstellen, a) daß sich die Kriegsproduktion in gleichen Proportionen verändert wie die staatlichen Ausgaben für militärische Zwecke abzüglich des Lohnes der Militärangehörigen (in vergleichbaren Preisen nach dem Preisindex für Ausrüstungen – „Machinery“) und b) daß 1943 die Kriegsproduktion 60 Prozent der gesamten Industrieproduktion ausmachte. (Nach offiziellen Angaben waren es 1943 62 bis 67 Prozent.) Für 1958 wurden die Angaben nach der Methode von Mendelson von uns berechnet. Durch Umrahmung hervorgehoben sind in dieser und den analogen folgenden Tabellen die Angaben für die Jahre der Kriegskonjunktur bzw. der kriegsinflationistischen Krise. (Siehe auch Anmerkung 12 zu Tabelle 10 in Abschnitt 2.1.2.)

Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß unter Kriegsproduktion eine bedeutende Anzahl von Produktionsmitteln für die Rüstungsproduktion enthalten ist. Der Prozentsatz der Produktionsmittel für Rüstungsproduktion in den Kriegsproduktionszahlen dürfte 1941 und 1942 am höchsten sein und danach nachlassen, denn bis 1942 steigt die Kriegsproduktion auf das Dreifache gegenüber 1941, die öffentlichen Investitionen ebenfalls. Danach steigt die Kriegs-

produktion weiter, die öffentlichen Investitionen jedoch gehen bedeutend zurück. Öffentliche Investitionen wurden zu dieser Zeit jedoch fast ausschließlich für Kriegszwecke getätigt. Daraus geht hervor, daß sich die eigentliche Rüstungsproduktion, dem absoluten Umfang nach, besonders 1943 rasch ausdehnte und 1944 eine weitere Steigerung erfuhr. Erst 1945 erfolgte eine rapide Einschränkung, die sich bis 1946 und sogar 1947 fortsetzte. Insgesamt gesehen sind die Prozentsätze für den Anteil der Kriegsproduktion zu hoch, wenn man damit die reine Rüstungswarenproduktion kennzeichnen will.

Daß die Berechnungen von Prof. Mendelson die Entwicklungstendenz richtig wiedergeben, zeigt der Vergleich mit folgenden im *Federal Reserve Bulletin*, hg. v. Board of Governors of the Federal Reserve System, Washington, 9/1945, S. 825, veröffentlichten Zahlen über die zivile und die Kriegsproduktion, die nach völlig anderen Prinzipien errechnet wurden.

Tabelle 68

Entwicklung der Industrieproduktion der USA nach Kriegsproduktion und Zivilproduktion von 1939 bis 1945

Punkte des Indexes der Gesamtproduktion der Industrie 1935/39 = 100

Jahr	Industrieproduktion			Anteil der Kriegsproduktion in Prozent
	Insgesamt	davon		
		Kriegsproduktion	zivile Produktion	
1939	109	1	108	1
1940	125	6	119	5
1941	162	32	130	20
1942	199	107	92	54
1943	239	159	80	67
1944	235	155	80	66
1945 (März)	235	155	80	66
1945 (Juli)	211	125	86	59

58

zu Tabelle 43:

Die Berechnung dieser Tabelle ist außerordentlich kompliziert und wurde teilweise mit indirekten Kennziffern durchgeführt. Zur Grundlage dienten folgende Indizes und Berechnungen:

1. Federal Reserve Index „Industrial Production“, Originalbasis 1947–1949 = 100.
2. Index der Entwicklung der Gruppe A und der Gruppe B der Industrieproduktion, siehe Tabelle 6a und 7a in Abschnitt 2.1.1.
3. Index der Entwicklung der Kriegsproduktion der USA, berechnet von Mendelson nach dem bereits beschriebenen Verfahren. (Siehe Anmerkung 57 zur Tabelle 42 bzw. Anmerkung 12 zur Tabelle 10 in Abschnitt 2.1.2.)
4. Index der Gruppe A (ohne Rüstungsproduktion) und Gruppe B (einschließlich Rüstungsproduktion) (siehe Tabelle 10 in Abschnitt 2.1.2.).

Wir berechneten zunächst die Gewichtungsverhältnisse der einzelnen Reihen für die Jahre 1947/49 = 100, die Originalbasisjahre des benutzten FRB-Indexes „Industrial Production“. Die Überlegungen dazu sind in der Anmerkung 12 zur Tabelle 10 (Abschnitt 2.1.2.) dargelegt. Wir nahmen für 1947/49 = 100 ein durchschnittliches Gewicht der reinen Rüstungsproduktion von 5,0 an. Davon sind nach unserer Annahme 0,4 in der von uns berechneten Gruppe B; 4,6 in der von uns berechneten Gruppe A enthalten. Nach dem Index der Kriegsproduktion von Prof. Mendelson eliminierten wir die 0,4 Rüstungsproduktion aus der Gruppe B und erhielten einen Index der Konsumgüterproduktion. Nach dem gleichen Verfahren eliminierten wir die 4,6 Rüstungsproduktion aus der Gruppe A und erhielten einen Index der wirklichen Gruppe A, ohne Rüstungsanteil, rechneten sie zur Gruppe B und erhielten einen Index der Gruppe B incl. Rüstung. Mit den für 1940 zurückberechneten Gewichten der Gruppen und Untergruppen wurden dann die Anteile in Punkten am Totalindex ermittelt.

Dabei waren geringfügige Differenzen zum Totalindex unvermeidlich. Erstens wegen der in der Anmerkung 8 zu der Statistik 6 bis 8, Abschnitt 2.1.1., beschriebenen Gewichtsänderungen; zweitens weil die Gruppen A und B nach dem FRB-Index „Industrial Production“, Originalbasis 1935/39 = 100, berechnet wurden, hier jedoch für die Totalentwicklung der FRB-Index, Originalbasis 1947/49 = 100, genommen werden mußte. Die sich daraus ergebenden Differenzen sind jedoch völlig ohne Bedeutung. Beim Auftreten von Differenzen haben wir die Entwicklung der Gruppen A und B (ihren Anteil am Totalindex in Punkten) um einen Punkt (in Ausnahmen um zwei) geändert und in Übereinstimmung mit dem Totalindex gebracht. Die Untergruppen der Gruppe B wurden dann nach dem Gesamtindex der Gruppe B ebenso korrigiert.

59

zu Tabelle 44:

Berechnet nach den Zahlen der Tabelle 6a. (Siehe Abschnitt 2.1.1.)

60

zu Tabelle 45:

Zahlen nach der Statistik des U. S. Department of Commerce, Bureau of the Census. Vgl. *Business Statistics* (biennial Edition), hg. v. U. S. Department of Commerce, Office of Business Economics, Washington 1959.

Die Qualität der Zahlen ist anfechtbar, was ihre absolute Größe anbetrifft. Besonders der Begriff Übervölkerung ist hier natürlich nicht im marxistischen Sinne in der Zahlengröße ausgedrückt. Unter dieser Rubrik sind Hausfrauen, Schüler u. ä. erfaßt, darunter auch die latente Übervölkerung, aus der in Zeiten des Arbeitskräfte- und Soldatenmangels der Kapitalismus schöpfen kann. Für die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg sind die Zahlen für die Arbeitslosen wahrscheinlich zu niedrig. Es ist anzunehmen, daß ein Teil der unter „nicht

zu den Arbeitskräften gehörig“ erfaßten Personen zur aktiven Arbeitslosenarmee zu rechnen sind. Eine direkte Erfassung der Arbeitslosen gibt es in den USA nicht. Wie überall stellen wir jedoch auch hier die Frage, ob die Entwicklungstendenz richtig wiedergegeben wird. Und das ist zweifelsohne der Fall und reicht für die Schlußfolgerungen, die wir aus dem Material ziehen wollen, völlig aus.

61

zu Tabelle 46:

Bis 1953 berechnet nach: *National Income. A Supplement to the Survey of Current Business*, hg. v. U. S. Department of Commerce, Office of Business Economics, Washington 1954.

Die Ausgaben für „New Construction Activity“ („private industrial Buildings“ und „public-industrial“) wurden der Tabelle 31, S. 208/09 entnommen, die Zahlen für die Preisbereinigung der Tabelle 41, „Implicit Price Deflators for Gross-National Product“, Spalte 9: „New construction, other than residential nonfarm“. Ab 1954 berechnet nach: *U. S. Income and Output*, hg. v. U. S. Department of Commerce, Office of Business Economics, Washington 1959; sowie *Survey of Current Business*, hg. v. U. S. Department of Commerce, Office of Business Economics, Washington, 7/1959, Tabelle V/5 und VII/2).

Bei der Beurteilung der Zahlen ist natürlich zu beachten, daß sie weder die gesamte Investitionstendenz genau darstellen, noch daß die privaten Investitionen ausschließlich ziviler Natur sind. Es steht jedoch fest, daß die Masse der öffentlichen industriellen Bauten Rüstungsbetriebe sind, während der private Sektor seine Investitionen vorwiegend in die Produktionsindustrie für Rüstungsindustrien investiert hat. Was die Frage anbetrifft, inwieweit diese Zahlen für das Verhältnis der Gesamtinvestitionen (privat und öffentlich) aussagekräftig sind, verweisen wir darauf, daß die Zahlen für die Entwicklung der Totalinvestitionen der privaten Industrie in der Entwicklungstendenz mit den Zahlen der privaten industriellen Bautätigkeit übereinstimmen und die Entwicklungstendenz der Zahlen der öffentlichen Bauinvestitionen mit der Entwicklungstendenz der öffentlichen Gesamtinvestitionen in der verarbeitenden Industrie (1940 bis 1943) übereinstimmt.

Die Zahlen sind also repräsentativ genug, die Entwicklungstendenzen richtig wiederzugeben unter der Annahme, daß die öffentlichen Investitionen für industrielle Bauten die Investitionsentwicklung in den Rüstungsbetrieben repräsentieren. Mehr brauchen wir hier nicht.

62

Siehe dazu auch *Federal Reserve Bulletin*, a. a. O., 7/1944.

63

Zu Übersicht 47:

Wir haben die Jahreszahlen sich überschneiden lassen, da natürlich der Jahreswechsel z. B. 1941/42 nicht streng die beiden Etappen trennt. Ende 1941/Anfang 1942 ist der Übergang zur zweiten Etappe, die 1943 ihren Höhepunkt erreicht, 1944 ist bereits der Übergang zur dritten Etappe, die 1945/46 ihren Höhepunkt (oder Tiefpunkt) erreicht.

64

Zu berücksichtigen ist, daß die Zahlen hier überhöht sind, wenn sie die reine Rüstungsproduktion repräsentieren sollen, denn in dieser Periode wurden relativ umfangreiche Mittel für die Rüstungs*investitionen* ausgegeben. Wir haben das ja bereits untersucht.

65

Das Nationaleinkommen besteht im Kapitalismus aus v , m und dem von den einfachen Warenproduzenten geschaffenen Neuwert, unter Annahme „reiner“ kapitalistischer Verhältnisse aus v und m . Die Zentralisation eines Teiles des Nationaleinkommens in den Händen des staatsmonopolistischen Kapitalismus (im Staatshaushalt) bedeutet erstens in der Mehrzahl der Fälle eine *Erweiterung* des Mehrwertes auf Kosten des Lebensmittelfonds der Arbeiterklasse, also auf Kosten von v , zweitens bedeutet sie die Umverteilung dieses zentralisierten und erhöhten Teiles des Mehrwertes zugunsten der Interessen des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Umverteilung geht natürlich nicht nur über den Staatshaushalt von statten.

66

Wir sprechen von der Gruppe B in zweierlei Sinn, einmal nur als Konsumgüterproduktion, zum anderen incl. Rüstungsindustrie. Sofern es aus dem Zusammenhang nicht hervorgeht, bedeutet die Bezeichnung „Gruppe B (Konsumgüter)“ oder einfach „Konsumgüter“ die Produktion von B *ohne* Rüstungswaren. „Gruppe B (incl. Rüstung)“ bedeutet Produktion einschließlich Rüstung.

67

Wir verstehen unter umgekehrten Disproportionen die Hypertrophierung der Entwicklung der Gruppe B (incl. Rüstung) und das Zurückbleiben der Produktion der Gruppe A.

68

Wir sehen dabei davon ab, daß die Rüstungswaren sicherlich eine größere Preissteigerung durchmachten als die im Preisindex erfaßten Waren. Trotzdem ergibt

sich die hier geschilderte Wirkung, z. B. weil ein großer Teil der Regierungskäufe aus Waren besteht, die im Preisindex erfaßt sind.

69

Nach den Zahlen der Tabellen 7a und 7b (siehe Abschnitt 2.1.1.). Nach dem FRB-Index „Industrial Production“, Originalbasis 1947/49 = 100, sinkt sie um ein Geringes stärker.

70

zu Tabelle 48:

Die Zahlen wurden nach den Indizes der einzelnen Gruppen und Untergruppen berechnet, unter Berücksichtigung der Kommastellen. Die Angaben in Punkten am Gesamtindex ohne Berücksichtigung von Kommastellen. Gruppe B incl. Rüstung; siehe Tabellen 42 und 43.

71

Punkte hier immer nach der Tabelle 43 bzw. 48 vom Gesamtindex 1940 = 100.

72

Für die Kriegszeit 1941 bis 1944 ist eine Aufgliederung nach A und B infolge fehlender Zahlen nicht möglich. Sie wäre aber auch wenig aussagekräftig.

73

zu Tabelle 49:

Die Berechnungen erfolgten auf Grund der Zahlen der Tabelle 30a (siehe Abschnitt 2.2.1.) unter Berücksichtigung der Kommastellen.

Die Entwicklung der Indizes für die Gruppen B und A, ausgedrückt in Produkten des Gesamtindex 1940 = 100, erfolgte auf Grund der Tatsache, daß 1940 die Gruppe B einen Anteil von 17,26 Prozent, die Gruppe A von 82,74 Prozent am Gesamtindex haben (berechnet nach den preisbereinigten Zahlen in Dollar). Danach erfolgte die Konstruktion dieses Indexes.

Für die Darlegung der Berechnung der Ursprungszahlen siehe die Anmerkung 38 zu der Statistik 28 bis 30. (Abschnitt 2.2.1.)

Die Prozentsätze für den Anteil der Investitionen in die Gruppe A der Industrie dürften im allgemeinen um ein Geringes zu hoch liegen, da ein Teil der Konsumgüter-Investitionen (vor allem dauerhafte Konsumgüter, wie Kühlschränke, elektrische Haushaltgeräte, Gasgeräte, Öfen, bestimmte Metallwaren usw.) notgedrungen mit bei A erfaßt sind. Der Trend der Entwicklung dieses Anteils ist jedoch zweifellos richtig ausgewiesen.

74

zu Tabelle 50:

Berechnet nach den vom Survey of Current Business veröffentlichten Zahlen (siehe *Survey of Current Business*, 7/1956).

Die Preisbereinigung erfolgte analog der Methode für den Gesamtindex und die Gruppen A und B.

75

Das ist natürlich eine Folge der Strukturveränderung der Industrieproduktion: des relativ raschen Anwachsens der Produktion von Konsumgütern, in deren Zweigen eine niedrigere Arbeitsproduktivität herrscht, und des raschen Rückgangs der Rüstungsproduktion, die mit der beendigten Umstellung von hochmodernen Betrieben für die massenhafte Herstellung von Vernichtungsmitteln verbunden ist. Das Niveau der Industrieproduktion ist 1947 um 21 Prozent niedriger als 1943, dem Kriegshöhepunkt. Das Niveau der Beschäftigung der Industriearbeiter dagegen ist nur um 14 Prozent niedriger als 1943. Dieses Verhältnis ist allerdings im Jahre 1951 bereits umgekehrt. (Die Industrieproduktion ist um 2 Prozent niedriger als 1943, die Beschäftigung um 9 Prozent). Dieser Prozeß setzt sich in der Folgezeit noch viel stärker fort.

Daraus ergibt sich die interessante und wichtige Frage, warum die chronische Massenarbeitslosigkeit nicht stärker aufgetreten ist, etwa im gleichen Umfang wie in den zwanziger Jahren. Erklärt wird dies zweifellos durch die rapide Zunahme der Beschäftigung in den dienstleistenden Zweigen der Volkswirtschaft und die relativ umfangreiche Armee, die ständig mehrere Millionen Arbeitskräfte bindet.

76

zu Tabelle 51:

Die Tabelle wurde auf Grund der Gewichtung $1947/49 = 100$ der beiden Gruppen der Beschäftigung errechnet. Für die Totalzahlen wurden die im Abschnitt 2.3.1. beschriebenen Indizes benutzt. (Siehe Statistik 33 bis 34, Anmerkung 44.) Die Abweichungen, die sich hier bei der Summierung von A und B gegenüber den Jahreszahlen der Gesamtentwicklung ergaben und die aus der Koppelung zweier Indizes im Jahre 1947 mit unterschiedlichen Gewichtungsverhältnissen entstehen, wurden bei den beiden Gruppen A und B korrigiert; es waren im Höchsthalle 2,4 Prozent Abweichung, im allgemeinen zwischen 0,5 und 1 Prozent (im Unterschied zur Berechnung in Tabelle 28 und ihrer Aufgliederung; dort wurde die Korrektur bei den Totalzahlen gemacht).

77

zu Tabelle 52:

Die Tabelle wurde berechnet nach dem FRB-Index „Industrial Production“, Originalbasis 1947/49 = 100, und nach dem von uns berechneten Index der Beschäftigung der Industriearbeiter (siehe Tabellen 33 und 34 im Abschnitt 2.3.1.). Für die absolute Höhe der Zahlen der Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsleistung gilt das bei der Berechnung der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsleistung der Industrie nach Krisenzyklen Gesagte (siehe Anmerkung 46 im Abschnitt 2.3.4.). Die Entwicklungstendenz ist jedoch ganz einwandfrei. Zu beachten ist, daß Änderungen der wöchentlichen Arbeitszeit *nicht* berücksichtigt sind.

Die Berechnung erfolgte nach der in der Anmerkung 46 zur Tabelle 36 (Abschnitt 2.3.4.) entwickelten Formel.

Dabei betonen wir nochmals, daß es sich hierbei keineswegs um eine Kennziffer der eigentlichen Arbeitsproduktivitätsentwicklung handelt, da ja Strukturveränderungen der Produktion, z. B. die Zunahme der Produktion eines sehr produktiven Zweiges gegenüber der Abnahme der Produktion eines weniger produktiven Zweiges, als Steigerung der Arbeitsproduktivität bzw. -leistung ausgewiesen werden, obgleich sich an der Arbeitsproduktivität in den einzelnen Zweigen überhaupt nichts geändert haben mag. Trotzdem ist diese von uns hier als „gesellschaftliche Arbeitsleistung der Industrie“ behandelte Kennziffer von außerordentlicher Wichtigkeit für die Beurteilung der Entwicklung der Beschäftigung bzw. der Arbeitslosigkeit. So ist z. B. der Rückgang der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität 1945 und 1946 sicher fast ausschließlich auf Strukturveränderungen der Produktion zurückzuführen; dies würde jedoch in einer Kennziffer der eigentlichen Arbeitsproduktivität in den Betrieben gar nicht zum Ausdruck kommen. Doch ist diese Veränderung wichtig, weil sie bewirkte, daß trotz Stagnation oder sogar leichten Steigens der Arbeitsproduktivität bedeutend weniger Arbeiter entlassen wurden, als nach der Tiefe der Produktionsenkung zu erwarten gewesen wäre. Das bedeutet, daß derartige Strukturveränderungen der Produktion bei der Entwicklung der Beschäftigung unbedingt berücksichtigt werden müssen. Völlig klar wird die Bedeutung dieser Kennziffer im Sozialismus, wo die Strukturveränderung planmäßig gefördert werden muß.

78

zu Tabelle 53:

Die Berechnung der Zahlen erfolgte nach dem bei der Beschreibung der Berechnung des Preisindex 1940 = 100 beschriebenen Verfahren (siehe Anmerkung 52 in Abschnitt 2.4.1.). Die Totalzahlen für 1940/46 sind hier nach der von mir vorgenommenen Neuberechnung mit der veränderten A-B-Gewichtung gegeben. (Die Abweichungen betragen 1947 2 Prozent, bei allen anderen Jahren weniger). Der Anteil der Preise der Gruppe B am Gesamtindex wurde hier nach den gegebenen Zahlen berechnet, ohne Berücksichtigung der Kommastellen.

Für 1939 wurden die Zahlen nach dem gleichen Verfahren wie ab 1940 berechnet.

zu Tabelle 54

Nach den Zahlen der Tabelle 48 berechnet.

Nach Jahreszahlen der Tabelle 7a (Abschnitt 2.1.1.). Nach dem FRB-Index „Industrial Production“, Originalbasis 1947/49 = 100, sind es 18 Prozent.

Prinzipiell haben die USA während des ersten Weltkrieges bedeutend weniger Waffen und Kriegsmaterial für den eigenen Bedarf produziert als während des zweiten Weltkrieges. Im ersten haben sie wirklich „vorwiegend gehandelt“ mit Kriegsmaterial, das ihre Verbündeten bezahlen mußten. Im zweiten war das bereits anders. Hier haben sie vorwiegend selbst Rüstungsmaterial verbraucht, sie waren auch stärker in die Kriegshandlungen einbezogen als während des ersten Weltkrieges.

Der Preisindex, der während des ersten Weltkrieges benutzt wurde, erfaßt bedeutend weniger Waren als der während des zweiten Weltkrieges benutzte. Das kann natürlich Unterschiede in der Aussage bei der Höhe der Steigerungen und Senkungen bewirken. Natürlich bedürfen diese Fragen, warum die eine Krise tief, die andere milde ist, noch der eingehenderen Untersuchung. Dafür muß jedoch der Mechanismus, der die Krisen auslöst, bestimmt und bedingt, viel besser bekannt sein, als das heute der Fall ist. Die Richtung aber, in der hier zu suchen ist, haben wir angegeben.

Berechnet nach der Tabelle 42. Steigerung der Kriegsproduktion im Jahresdurchschnitt 2,5 Prozent vom Niveau der Gesamtproduktion 1940. Vom Niveau der Gesamtproduktion 1948/49 jeweils etwa 1,6 Prozent bzw. 1,7 Prozent.

Nach Monatszahlen des von uns berechneten Indexes der Industrieproduktion 1940 = 100 (Tabelle 7b aus Abschnitt 2.1.1.) unter Berücksichtigung der Kommastellen.

Zu einem Teil ist die Steigerung von 17 Prozent über den Höhepunkt natürlich eine statistische Täuschung, da infolge der Krisenphasenverschiebung zwischen

1947 und 1948 für die einzelnen B-Zweige das Gesamtniveau 1947 und 1948 geringer erscheint als das Niveau jedes einzelnen Zweiges für sich genommen. Das ändert aber prinzipiell nichts an unserer Feststellung.

86

Nach Monats- bzw. Quartalszahlen der von uns berechneten Indizes 1940 = 100 (Tabelle 30b in Abschnitt 2.1.1.).

87

Nach Jahreszahlen der Tabelle 43.

88

zu Tabelle 55:

Berechnet nach der Tabelle 46, wieder unter der Annahme, daß die Entwicklung der staatlichen Bautätigkeit die Entwicklungstendenzen der Investitionen in die Rüstungsindustrie grob widerspiegeln. Hier kommt es auf 100 Prozent mehr oder weniger gar nicht an. Es zeigt sich ganz deutlich, daß 1940 bis 1942 riesige Investitionen in die Rüstung getätigt wurden, während 1950 bis 1952 die Steigerung der Rüstung wesentlich aus vorhandenen Kapazitäten durchgeführt wurde. So grob die Tendenzen durch diese Zahlen auch ausgedrückt werden mögen: Sie sind so deutlich, daß man gesicherte Schlußfolgerungen daraus ziehen kann.

89

Es steht fest, daß die Tendenz zur schrankenlosen Ausdehnung der Produktion im Imperialismus bereits bedeutend modifiziert wird. Profit wird unter Umständen gemacht durch Einschränkung der Produktion, durch Monopolpreise und damit faktisch durch „künstliche“ Einengung des Marktes. Die Rüstungsproduktion kann auch ein Element sein, das die Tendenz zur schrankenlosen Ausdehnung der Produktion zusätzlich hemmt, wenn sie die Mittel, die für die Akkumulation zur Verfügung stehen, derartig kürzt, daß eine Unmöglichkeit zur weiteren raschen Ausdehnung der Produktion besteht. Das wird der Fall sein, wenn in Zeiten allgemeiner Konjunktur und weitestgehender Auslastung der Kapazitäten die Rüstungsproduktion rasch der Industrie oktroyiert wird. Dann muß sie hemmend auf die gerade bestehenden zyklischen Aufschwungtendenzen wirken. In diesem Falle kommt diejenige Seite der Rolle der Rüstungsproduktion zur Wirkung, die eine Beeinflussung des Verhältnisses des zwischen dem für Akkumulation und dem für Konsumtion bestimmten Teil des Mehrwertes bringt. Das westdeutsche Monopolkapital hat das in der Periode der Konjunktur bis 1957 sehr wohl erkannt, seine Rüstungsaufträge ins Ausland vergeben und dabei seinen eigenen Export gestärkt, seine Konkurrenten in beachtlichem Maße von den Märkten verdrängt.

Dieser Prozentsatz ist eher zu hoch als zu niedrig. Mendelson gibt in seinem Referat auf der Konferenz „Konjunktur – Krise – Krieg“ an, daß der von ihm berechnete Prozentsatz von 14 bis 15 Prozent Anteil der gesamten Kriegsproduktion an der Industrieproduktion wahrscheinlich zu hoch ausgewiesen ist, daß nach anderen indirekten Kennziffern der Anteil der Kriegsproduktion bei 10 Prozent liegt. Da jedoch immer ein Teil der Kriegsproduktion Produktionsmittel für Rüstungswaren sind, auch wenn man die Ausgaben für Kriegszwecke aus dem Haushalt zur Grundlage nimmt, und da weiter ein Teil für andere Zweige der Wirtschaft benutzt wird, ergibt sich, daß 7,5 bis 8 Prozent Anteil der Rüstungsproduktion an der Industrieproduktion eher zu hoch als zu niedrig gegriffen sind. Dieser Prozentsatz entspricht in etwa dem Anteil der gesamten Nahrungsmittelproduktion bzw. der gesamten Textilindustrie (Bekleidung und Fabriktextilien) bzw. der gesamten extraktiven Industrie an der Industrieproduktion dieser Jahre.

Berechnet nach der Tabelle 43.

5.4. *Verzeichnis der Tabellen und grafischen Darstellungen*

Tabelle 1

Durchschnittliches jährliches Zunahmetempo der Industrieproduktion der USA, verglichen mit dem Zu- bzw. Abnahmetempo der übrigen kapitalistischen Welt nach Zyklen der USA-Industrie seit 1868/76; in Prozent (siehe auch grafische Darstellung)

Bd 1964/IV, S. 17

Tabelle 2

Anteil der USA und anderer Länder an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt in ausgewählten Jahren (jeweiliger Gebietsstand); in Prozent

Bd 1964/IV, S. 18

Tabelle 3

Anteil des kapitalistischen und des sozialistischen Welt-systems an der Industrieproduktion der gesamten Welt in ausgewählten Jahren; in Prozent

Bd 1964/IV, S. 18

Tabelle 4

Anteil der USA am Kapitalexport der vier wichtigsten imperialistischen Länder in ausgewählten Jahren; in Prozent

Bd 1964/IV, S. 19

Tabelle 5

Verhältnis des jeweiligen Anteils an der Industrieproduktion zum jeweiligen Anteil am Kapitalexport der vier imperialistischen Hauptländer in ausgewählten Jahren; Anteil an der Industrieproduktion = 1

Bd 1964/IV, S. 19

Indizes der Entwicklung der Industrieproduktion der USA von 1908 bis 1958 (Statistik 6 bis 8)

Bd 1964/IV, S. 25
bis 37

Tabelle 6a

Entwicklung der Industrieproduktion der USA nach Gruppe B (Konsumtionsmittel) und Gruppe A (Produktionsmittel), jährlich von 1908 bis 1947; 1914 = 100

Bd 1964/IV, S. 25

Tabelle 6b

Entwicklung der Industrieproduktion der USA nach Gruppe B (Konsumtionsmittel) und Gruppe A (Produktionsmittel), monatlich saisonbereinigt von 1919 bis 1943; 1914 = 100 (siehe auch grafische Darstellung)

Bd 1964/IV, S. 26

Tabelle 7a

Entwicklung der Industrieproduktion der USA nach Gruppe B (Konsumtionsmittel) und Gruppe A (Produktionsmittel), jährlich von 1940 bis 1958; 1940 = 100

Bd 1964/IV, S. 29

Tabelle 7b

Entwicklung der Industrieproduktion der USA nach Gruppe B (Konsumtionsmittel) und Gruppe A₁ (Produktionsmittel), monatlich saisonbereinigt von 1940 bis 1959 (März); 1940 = 100 (siehe auch grafische Darstellung)

Bd 1964/IV, S. 29

Tabelle 8

Entwicklung der Industrieproduktion der USA nach Gruppe B (Konsumtionsmittel) und Gruppe A (Produktionsmittel) sowie der Produktion von Elementen des fixen Kapitals (cf) und Elementen des zirkulierenden Kapitals (cz), monatlich saisonbereinigt von 1947 bis 1958 (Oktober); 1947/49 = 100 (siehe auch grafische Darstellungen)

Bd 1964/IV, S. 33

Tabelle 9

Durchschnittliches jährliches Zunahmetempo der Industrieproduktion der USA von Zyklendurchschnitt zu Zyklendurchschnitt nach Gruppe B (Konsumtionsmittel) und Gruppe A (Produktionsmittel); in Prozent (siehe auch grafische Darstellung)

Bd 1964/IV, S. 38

Tabelle 10

Entwicklung der Industrieproduktion der USA nach Gruppe B (Konsumtionsmittel incl. Rüstungswaren) und Gruppe A (Produktionsmittel, bereinigt von Rüstungswaren), jährlich von 1938 bis 1958; 1940 = 100

Bd 1964/IV, S. 40

Tabelle 11

Durchschnittliches jährliches Zunahmetempo der Industrieproduktion der USA von Zyklendurchschnitt zu

- Zyklendurchschnitt nach Gruppe B (Konsumtionsmittel, incl. Rüstungsproduktion) und Gruppe A (Produktionsmittel, ohne Rüstungsproduktion); in Prozent (siehe auch grafische Darstellung) Bd 1964/IV, S. 41
- Tabelle 12
- Senkung der Industrieproduktion der USA in der Krise 1920/21 nach Gruppe B und Gruppe A; in Prozent Bd 1964/IV, S. 44
- Tabelle 13
- Entwicklung der Industrieproduktion der USA vom Tiefpunkt der Krise 1920/21 zum Höhepunkt 1929 nach Gruppe B und Gruppe A; in Prozent Bd 1964/IV, S. 45
- Tabelle 14
- Entwicklung der Industrieproduktion der USA vom Höhepunkt vor der Krise 1920/21 und vom Kriegshöhepunkt bis zum Höhepunkt vor der Krise 1929/32 nach Gruppe B und Gruppe A; in Prozent Bd 1964/IV, S. 46
- Tabelle 15
- Senkung der Industrieproduktion der USA in der Zwischenkrise 1923/24 nach Gruppe B und Gruppe A; in Prozent Bd 1964/IV, S. 46
- Tabelle 16
- Senkung der Industrieproduktion einiger Zweige in der Teilkrise 1926/27; in Prozent Bd 1964/IV, S. 47
- Tabelle 17
- Beginn des Absinkens der Industrieproduktion der USA in die Krise 1929/32 nach Zweigen Bd 1964/IV, S. 48
- Tabelle 18
- Senkung der Industrieproduktion der USA in der Krise 1929/32 nach Gruppe B und Gruppe A; in Prozent Bd 1964/IV, S. 48
- Tabelle 19
- Senkung der Industrieproduktion der USA in der (Zwischen-) Krise 1937/38 nach Gruppe B und Gruppe A; in Prozent Bd 1964/IV, S. 51

Tabelle 20

Zuwachs der Industrieproduktion der USA von 1940 bis zum Monatshöhepunkt 1943 sowie bis zum Jahresdurchschnitt 1943 bzw. 1944 nach Gruppe B und Gruppe A; in Prozent

Bd 1964/IV, S. 53

Tabelle 21

Senkung der Industrieproduktion der USA in der kriegsinflationistischen Krise 1944/45 bis 1946/47 nach Gruppe B und Gruppe A; in Prozent

Bd 1964/IV, S. 54

Tabelle 22

Industrieproduktion der USA; Zeitpunkt des Überschreitens des Kriegshöhepunktes nach der kriegsinflationistischen Krise nach dem ersten und nach dem zweiten Weltkrieg

Bd 1964/IV, S. 55

Tabelle 23

Senkung der Industrieproduktion der USA in der Krise 1948/49 nach Gruppe B (Konsumtionsmittel) und Gruppe A (Produktionsmittel) bei Ausschaltung der Phasenverschiebung; in Prozent

Bd 1964/IV, S. 57

Tabelle 24

Entwicklung der Industrieproduktion im Zyklus 1949 bis 1958 nach Gruppe B (Konsumgüter) und Gruppe A (Produktionsmittel) im Vergleich zum ersten Weltkrieg; in Prozent

Bd 1964/IV, S. 58

Tabelle 25

Steigerung der Industrieproduktion der USA vom Vorkriegsniveau des ersten Weltkrieges (1914) bis 1929 und vom Vorkriegsniveau des zweiten Weltkrieges (1940) bis 1957; in Prozent

Bd 1964/IV, S. 58

Tabelle 26

Senkung der Industrieproduktion der USA in der Zwischenkrise 1953/54 nach Gruppe B (Konsumgüter) und Gruppe A (Produktionsmittel); in Prozent

Bd 1964/IV, S. 60

Tabelle 27

Senkung der Industrieproduktion der USA in der Krise 1957/58 nach Gruppe B (Konsumgüter) und Gruppe A (Produktionsmittel); in Prozent

Bd 1964/IV, S. 60

Indizes der Entwicklung der privaten Investitionen in das fixe Kapital der Industrie von 1914 bis 1958 (Statistik 28 bis 30)

Bd 1965/I, S. 28 bis 34

Tabelle 28a

Entwicklung der privaten Investitionen in das fixe Industriekapital der USA, jährlich von 1914 bis 1947, preisbereinigt; 1914 = 100

Bd 1965/I, S. 28

Tabelle 28b

Entwicklung der privaten Investitionen in das fixe Industriekapital der USA, vierteljährlich saisonbereinigt von 1915 bis 1939 (1940), preisbereinigt, 1914 = 100 (siehe auch grafische Darstellung)

Bd 1965/I, S. 29f.

Tabelle 29

Entwicklung der privaten Investitionen in das fixe Industriekapital der USA nach Gruppe B (Konsumgüterindustrie) und Gruppe A (Produktionsmittelindustrie), jährlich von 1919 bis 1939 (1940), preisbereinigt; 1923 = 100 (siehe auch grafische Darstellung)

Bd 1965/I, S. 30f.

Tabelle 30a

Entwicklung der privaten Investitionen in das fixe Industriekapital der USA nach Gruppe B (Konsumgüterindustrie) und Gruppe A (Produktionsmittelindustrie), jährlich von 1939 bis 1958 (1941 bis 1944 ohne Unterteilung in B und A), preisbereinigt; 1940 = 100

Bd 1965/I, S. 31

Tabelle 30b

Entwicklung der privaten Investitionen in das fixe Industriekapital der USA nach Gruppe B (Konsumgüterindustrie) und Gruppe A (Produktionsmittelindustrie), vierteljährlich saisonbereinigt von 1940 bis 1959 (I. Quartal); (1941 bis 1944 ohne Unterteilung in B und A, 1940 bis 1946 jährlich), preisbereinigt; 1940 = 100 (siehe auch grafische Darstellung)

Bd 1965/I, S. 32 f.

Tabelle 31

Durchschnittliches jährliches Zu- bzw. Abnahmetempo der privaten Investitionen in das fixe Industriekapital der USA von Zyklendurchschnitt zu Zyklendurchschnitt; in Prozent

Bd 1965/I, S. 35

Tabelle 32

Verhältnis des Investitionsrückganges zum Produktionsrückgang in den einzelnen Krisen; in Prozent, ab- bzw. aufgerundet auf halbe Hundert

Bd 1965/I, S. 38

Indizes der Entwicklung der Beschäftigung der Industriearbeiter von 1908 bis 1958 (Statistik 33 bis 34)

Bd 1965/I, S. 41 bis 51

Tabelle 33a

Entwicklung der Beschäftigung der Industriearbeiter der USA nach Gruppe B (Konsumtionsmittelindustrie) und Gruppe A (Produktionsmittelindustrie), jährlich von 1908 bis 1947; 1914 = 100

Bd 1965/I, S. 41

Tabelle 33b

Entwicklung der Beschäftigung der Industriearbeiter der USA nach Gruppe B (Konsumtionsmittelindustrie) und Gruppe A (Produktionsmittelindustrie), monatlich saisonbereinigt von 1919 bis 1942 (1943); 1914 = 100 (siehe auch grafische Darstellung)

Bd 1965/I, S. 42ff.

Tabelle 34a

Entwicklung der Beschäftigung der Industriearbeiter der USA nach Gruppe B (Konsumtionsmittelindustrie) und Gruppe A (Produktionsmittelindustrie), jährlich von 1940 bis 1958; 1940 = 100

Bd 1965/I, S. 46

Tabelle 34b

Entwicklung der Beschäftigung der Industriearbeiter der USA nach Gruppe B (Konsumtionsmittelindustrie) und Gruppe A (Produktionsmittelindustrie), monatlich saisonbereinigt von 1940 bis 1958; 1940 = 100 (siehe auch grafische Darstellung)

Bd 1965/I, S. 47ff.

Tabelle 35

Durchschnittliches jährliches Zu- bzw. Abnahmetempo der Beschäftigung der Industriearbeiter der USA nach Gruppe B (Konsumgüterindustrie) und Gruppe A (Produktionsmittelindustrie) von Zyklendurchschnitt zu Zyklendurchschnitt; in Prozent

Bd 1965/I, S. 51

Tabelle 36

Durchschnittliches jährliches Zu- bzw. Abnahmetempo der Beschäftigung der Industriearbeiter, der Industrieproduktion und der gesellschaftlichen Arbeitsleistung in den USA von Zyklendurchschnitt zu Zyklendurchschnitt; in Prozent

Bd 1965/I, S. 52

Tabelle 37

Rückgang der Beschäftigung der Industriearbeiter und der Industrieproduktion der USA in den einzelnen Krisen nach Gruppe B (Konsumtionsmittel) und Gruppe A (Produktionsmittel); in Prozent

Bd 1965/I, S. 54

Indizes der Entwicklung der Großhandelspreise für Industriewaren von 1908 bis 1958 (Statistik 38 bis 39)

Bd 1965/I, S. 57 bis 66

Tabelle 38a

Entwicklung der Großhandelspreise der Industriewaren in den USA nach Gruppe B (Konsumtionsmittel) und Gruppe A (Produktionsmittel), jährlich von 1908 bis 1947; 1914 = 100

Bd 1965/I, S. 57

Tabelle 38b

Entwicklung der Großhandelspreise der Industriewaren in den USA nach Gruppe B (Konsumtionsmittel) und Gruppe A (Produktionsmittel), monatlich von 1923 bis 1943; 1914 = 100 (siehe auch grafische Darstellung)

Bd 1965/I, S. 58ff.

Tabelle 39a

Entwicklung der Großhandelspreise der Industriewaren in den USA nach Gruppe B (Konsumtionsmittel) und Gruppe A (Produktionsmittel), jährlich von 1940 bis bis 1958; 1940 = 100

Bd 1965/I, S. 62

Tabelle 39b

Entwicklung der Großhandelspreise der Industriewaren in den USA nach Gruppe B (Konsumtionsmittel) und Gruppe A (Produktionsmittel), monatlich von 1940 bis 1959 (März); 1940=100 (siehe auch grafische Darstellung)

Bd 1965/I, S. 62ff.

Tabelle 40

Durchschnittliches jährliches Zu- bzw. Abnahmetempo der Großhandelspreise der Industriewaren in den USA

nach Gruppe B (Konsumtionsmittel) und Gruppe A (Produktionsmittel) von Zyklendurchschnitt zu Zyklendurchschnitt; in Prozent (siehe auch grafische Darstellung) Bd 1965/I, S. 67

Tabelle 41

Veränderung des Niveaus der Großhandelspreise der Industriewaren der USA in den einzelnen Krisen nach Gruppe B (Konsumgüter) und Gruppe A (Produktionsmittel) im Vergleich zur Produktionssenkung; in Prozent Bd 1965/I, S. 70

Tabelle 42

Entwicklung der Industrieproduktion der USA nach Kriegsproduktion und ziviler Produktion jährlich von 1939 bis 1958; Punkte des Indexes der Gesamtproduktion 1940 = 100 Bd 1965/II, S. 28

Tabelle 43

Entwicklung der Industrieproduktion der USA nach Gruppe B (incl. Rüstung) und Gruppe A sowie der Produktion von Rüstungsgütern und Konsumgütern, jährlich von 1939 bis 1958; Punkte des Indexes der Gesamtproduktion 1940 = 100 Bd 1965/II, S. 29

Tabelle 44

Stand der Industrieproduktion der USA 1929, 1937 und 1939/40 (jeweils Durchschnitt der 6 Monate mit der höchsten Produktion); 1929 = 100 Bd 1965/II, S. 31

Tabelle 45

Entwicklung der aktiven Arbeitslosenarmee und der latenten Übervölkerung sowie der Streitkräfte in den USA, jährlich von 1938 bis 1958; in Millionen Personen Bd 1965/II, S. 32

Tabelle 46

Entwicklung des Industriebaues der USA nach öffentlichen und privaten Industriebauten, jährlich von 1939 bis 1958; Punkte des Indexes der gesamten Industriebautätigkeit 1940 = 100 Bd 1965/II, S. 34

Übersicht 47

Etappen der Kriegskonjunktur des zweiten Weltkrieges in den USA Bd 1965/II, S. 35

Tabelle 48

Zu- bzw. Abnahme der Industrieproduktion der USA gegenüber dem Vorjahr nach Gruppen und Untergruppen der Industrieproduktion von 1944 bis 1949; in Prozent und in Punkten des Indexes der Gesamtproduktion 1940 = 100

Bd 1965/II, S. 49

Tabelle 49

Entwicklung der privaten Investitionen in das fixe Industriekapital der USA nach Gruppe B (Konsumgüterindustrie) und Gruppe A (Produktionsmittelindustrie), jährlich von 1939 bis 1958, preisbereinigt; Punkte des Gesamtindexes der privaten Investitionen 1940 = 100

Bd 1965/II, S. 52

Tabelle 50

Veränderung des Investitionsniveaus einzelner Zweige der USA-Industrie von 1939 zu 1945 und 1945 zu 1957; in Prozent

Bd 1965/II, S. 53

Tabelle 51

Entwicklung der Beschäftigung der Industriearbeiter der USA nach Gruppe B (Konsumgüterindustrie) und Gruppe A (Produktionsmittelindustrie), jährlich von 1939 bis 1958; Punkte des Gesamtindexes 1940 = 100

Bd 1965/II, S. 56

Tabelle 52

Zu- bzw. Abnahme der Industrieproduktion, der Beschäftigung und der gesellschaftlichen Arbeitsleistung gegenüber dem Vorjahr von 1939 bis 1958; in Prozent

Bd 1965/II, S. 57

Tabelle 53

Entwicklung der Großhandelspreise der Industriewaren in den USA nach Gruppe B (Konsumtionsmittel) und Gruppe A (Produktionsmittel), jährlich von 1939 bis 1958; Punkte des Gesamtindexes 1940 = 100 und Index 1940 = 100

Bd 1965/II, S. 59

Tabelle 54

Entwicklung des jährlichen Zuwachses der Industrieproduktion der USA nach Produktion von Konsumgütern und Produktionsmitteln von 1946 bis 1948; in Prozent

Bd 1965/II, S. 60

Tabelle 55

Entwicklung der öffentlichen industriellen Bautätigkeit der USA, 1940 bis 1942 und 1950 bis 1952; 1940 = 100

Bd 1965/II, S. 68

Übersicht 56

Die Wirtschaftskrisen der USA seit 1900

Bd 1965/II, S. 76

Grafische Darstellung (Übersicht)

Entwicklung der Industrieproduktion, der Beschäftigung, der privaten Investitionen in das fixe Industriekapital und der Großhandelspreise für Industriewaren in den USA, monatlich saisonbereinigt, vierteljährlich bzw. jährlich von 1908 bis 1947; 1914 = 100

Bd 1965/II, S. 78

Grafische Darstellung (Übersicht)

Entwicklung der Industrieproduktion, der Beschäftigung, der privaten Investitionen in das fixe Industriekapital und der Großhandelspreise für Industriewaren in den USA, monatlich bzw. vierteljährlich saisonbereinigt bzw. jährlich von 1940 bis 1958; 1940 = 100

Bd 1965/II, S. 79

Tabelle 57

Kapitalexport der imperialistischen Hauptländer in ausgewählten Jahren; in Mrd. Mark (1 \$ = 4,20 Mark)

Bd 1964/IV, S. 68

Übersicht 58

Gewichtung der Zweige des Produktionsindex nach Gruppe B und Gruppe A von 1919 bis 1922

Bd 1964/IV, S. 72

Übersicht 59

Gewichtung der Zweige des Produktionsindex nach Gruppe B und Gruppe A von 1923 bis 1946

Bd 1964/IV, S. 73

Übersicht 60

Gewichtung der Zweige des Produktionsindex nach Gruppe B und Gruppe A sowie nach Produktion von Elementen des fixen und des zirkulierenden Kapitals 1947 bis 1958

Bd 1964/IV, S. 75

Tabelle 61

Durchschnittliches jährliches Zunahmetempo der Industrieproduktion der USA; in Prozent

Bd 1964/IV, S. 78

Schema 62

Schema der einfachen Reproduktion unter Einbeziehung der Rüstungsproduktion

Bd 1964/IV, S. 81

Übersicht 63

Basisgewicht der Rüstungsproduktion der USA im FRB-Index „Industrial Production“ der Gesamtproduktion; 1947/49 = 100

Bd 1964/IV, S. 84

Übersicht 64a

Zusammensetzung des Investitionsindex nach Gruppe B und Gruppe A; 1919 bis 1940

Bd 1965/I, S. 75

Übersicht 64b

Zusammensetzung des Investitionsindex nach Gruppe B und Gruppe A; 1939 bis 1959

Bd 1965/I, S. 76

Übersicht 65

Gewichtung der Zweige des Index der Beschäftigung der Industriearbeiter nach Gruppe B und Gruppe A; 1919 bis 1942

Bd 1965/I, S. 82 f.

Übersicht 66

Zusammensetzung des Index der Beschäftigung der Industriearbeiter nach Gruppe B und Gruppe A; 1948 bis 1958

Bd 1965/I S. 85

Übersicht 67a

Gewichtung der Zweige im Index der Großhandelspreise der USA nach Gruppe B und Gruppe A; 1908 bis 1925 bzw. 1930

Bd 1965/I, S. 90

Übersicht 67b

Gewichtung der Zweige im Index der Großhandelspreise der USA nach Gruppe B und Gruppe A; 1931 bis 1946

Bd 1965/I, S. 90

Übersicht 67c

Gewichtung der Zweige im Index der Großhandelspreise
der USA nach Gruppe B und Gruppe A; 1947 bis 1958 Bd 1965/I, S. 91

Tabelle 68

Entwicklung der Industrieproduktion der USA nach
Kriegsproduktion und Zivilproduktion von 1939 bis
1945; Punkte des Indexes der Gesamtproduktion der In-
dustrie 1935/39 = 100 Bd 1965/II, S. 81

Struktur und Dynamik der industriellen Entwicklung in Böhmen im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts

(Schluß*)

VON JAROSLAV PURŠ

1. Quellen und Literatur
2. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Böhmen im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts
 - a) Die allgemeinen Bedingungen der industriellen Entwicklung
 - b) Die Entwicklung der Landwirtschaft und die Zersetzung der Leibeigenschaft
 - c) Manufaktur und Handwerk im 18. Jahrhundert bis zur Aufhebung der Leibeigenschaft
3. Die Dynamik der industriellen Entwicklung in Böhmen von der Aufhebung der Leibeigenschaft bis zum Beginn der industriellen Revolution
4. Die Entwicklung der Struktur der Industrie in Böhmen 1775 bis 1798
5. Die örtliche Verteilung der Industrie und ihre Dynamik unter ökonomisch-geographischem Aspekt
6. Schlußfolgerungen

Anhang

3. DIE DYNAMIK DER INDUSTRIELLEN ENTWICKLUNG IN BÖHMEN VON DER AUFHEBUNG DER LEIBEIGENSCHAFT BIS ZUM BEGINN DER INDUSTRIELLEN REVOLUTION

In diesem Teil der Studie wollen wir uns zunächst der Gesamtentwicklung der Industrie in Böhmen in der Zeit von 1775 bis 1798 zuwenden und dann die Entwicklung der einzelnen industriellen Bereiche und innerhalb derselben die Entwicklung der einzelnen Industriezweige untersuchen. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die Tabellen im Anhang zusammengestellt (die erste Gruppe bezieht sich auf die Textilindustrie, die Glasindustrie, die Industrie der Steine und Erden usw. in ihrer Gesamtheit; dann folgen Angaben über die

* Der erste Teil der Arbeit – Abschnitt 1. (Quellen und Literatur) und Abschnitt 2. (Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Böhmen im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts) – erschien im vorangegangenen Band des Jahrbuchs, Teil 1/1965.

Verarbeitung der Wolle und erst zum Schluß, wiederum gesondert, über die Tuchmacherei; zuerst werden wir die Produktion und Verarbeitung ebenso der Metalle in ihrer Gesamtheit und erst dann die Eisenindustrie usw. darstellen). Da in der bisherigen Literatur der quantitative Aspekt nicht gebührend berücksichtigt worden ist – die Gesamtheit der quantitativen Daten der Manufakturtabellen für den ganzen Zeitabschnitt von 1775 bis 1798 wurde noch nicht bearbeitet –, werden wir unser besonderes Interesse gerade diesem Gesichtspunkt zuwenden. Bei der Bearbeitung weiteren Materials wird es notwendig sein, dieses Gesamtbild der industriellen Entwicklung in Böhmen Ende des 18. Jahrhunderts noch zu ergänzen.

Die Gesamtzahl der in den Handelsgewerben, das heißt in den Manufakturen und im Handwerk beschäftigten Personen (mit Ausnahme der Spinner), die für einen breiteren als nur für den lokalen Markt und darüber hinaus für den Außenhandel produzierten, stieg in Böhmen von 1775 bis 1780 von 54818 auf 71779 und erreichte 1798 bereits 148632. Nehmen wir das Jahr 1780, das letzte vor der Aufhebung der Leibeigenschaft als Bezugsbasis⁷⁰, so betragen die entsprechenden Indizes für das Jahr 1775 = 76, für das Jahr 1780 = 100 und für 1798 = 207; das bedeutet, daß sich in der Zeit von der Aufhebung der Leibeigenschaft bis zum Ende der neunziger Jahre die Zahl der in der Industrie beschäftigten Personen mehr als verdoppelte (Tabelle 1 und 2).⁷¹ Am langsamsten stieg die Zahl der Meister; vom Jahre 1784 an nahm sie jedoch ebenfalls bedeutend zu, denn zu dieser Zeit machten sich die günstigen Folgen der Aufhebung der Leibeigenschaft und der prohibitiven Zollpolitik bemerkbar.⁷² Den stärksten Anstieg (um 57 bis 58 Prozent gegenüber 1780) wies die Zahl der Meister am Ende der Regierungszeit Josephs II. auf; in den neunziger Jahren

⁷⁰ Als Bezugsbasis aller Indizes wurde, soweit es der Stand des vergleichbaren Materials gestattet, bewußt gerade das Jahr 1780 gewählt, weil es der Aufhebung der Leibeigenschaft mit ihren tiefgreifenden sozialökonomischen Veränderungen unmittelbar vorangeht. Wie aus dem gesamten Material ersichtlich, machten sich die Folgen dieser Maßnahme, vor allem im sozialen Leben der Gesellschaft, erst mit einiger Verspätung bemerkbar.

⁷¹ Der Begriff Industrie ist nicht eindeutig. Ich möchte mich hier nicht mit dem komplizierten Problem befassen, wie sich sein Inhalt im Zusammenhang mit der Differenzierung der nichtlandwirtschaftlichen Produktion entwickelt hat. Im folgenden wird der Begriff Industrie im weiteren Sinne des Wortes für die Manufaktur- und Handwerksproduktion verwendet, die Ende des 18. Jahrhunderts in die kommerziellen Gewerbe einbezogen wurde.

⁷² Aufschlußreich für den Stand des Handwerks, den Zerfall der Zünfte, die Rolle des Handelskapitals und die Entfaltung des Marktes in Prag in dieser Zeit ist ein undatiertes Dokument: „Protocollum bei Gelegenheit der Verabfassung der Kommerziallandesaufnahmstabella pro anno 1783 von verschiedenen Professionisten der in drei Prager Städten angezeigten und ueble bedrückenden Gebrechen als um deren Abhilfe diese insgesamt anersuchen“ (Staatliches Zentralarchiv Prag, ÖG Com. 1784–1785, A/1/1, Kart. 1, ad Nr 33/1783).

sank sie etwas und schwankte dann, bis sie in den Jahren 1797 bis 1798 wiederum 52000 bis 53000, das heißt ungefähr den Stand vom Ende der achtziger Jahre, erreichte. Bei dieser Kategorie handelt es sich größtenteils um selbständige Meister des Zunfthandwerks und des nicht zunftgebundenen Handwerks; es sind jedoch auch Meister darin einbegriffen, die für Lohn bei anderen Meistern oder in Manufakturen arbeiteten, so daß man diese Kategorie nicht eindeutig der Unternehmerschicht in der handwerklichen Produktion gleichsetzen kann.

Viel bedeutender wirkten sich die Aufhebung der Leibeigenschaft und die josephinische Reformpolitik auf die Entwicklung der ausgesprochenen Arbeiterkategorien, nämlich Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter, aus. Doch auch hier gab es Unterschiede. Während die Zahl der Gesellen, die bisher in einer Reihe von Handwerkszweigen durch die Bestimmungen der Zünfte beschränkt blieb, in der Zeit von 1775 bis 1780 von 10554 auf 12984 stieg, wuchs sie nach der Aufhebung der Leibeigenschaft stetig an und erreichte 1797/98 etwa 25000. Das Wachstumtempo nahm besonders seit der Mitte der achtziger Jahre zu, während es sich in den neunziger Jahren wieder verlangsamte. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß es den Kindern der Hörigen durch das Patent über die Aufhebung der Leibeigenschaft erleichtert wurde, ein Handwerk zu erlernen. Das stärkere Ansteigen der Zahl der Lehrlinge von 1781 an spiegelt zweifellos diese Tatsache wider. Dabei muß man allerdings beachten, daß in einer Reihe von Handwerkszweigen die Beschränkung der Lehrlingszahl andauerte. Bedenkt man, daß in den Manufakturtabellen auch manche jugendlichen Hilfsarbeiter in die Lehrlingskategorie einbezogen wurden, so können wir uns erklären, warum diese Kategorie in den Tabellen relativ viel rascher anzuwachsen scheint als die der Gesellen. Während sich nämlich die Zahl der Meister in den Jahren 1780 bis 1798 um 58 Prozent erhöhte, stieg die Zahl der Gesellen im gleichen Zeitraum um 91 Prozent und die der Lehrlinge um 136 Prozent. Dabei betrug die absolute Zahl der Lehrlinge im Jahre 1798 10822. Den stürmischsten Anstieg zeigte jedoch die Zahl der Hilfsarbeiter, die sich von der Aufhebung der Leibeigenschaft bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre mehr als verdoppelte und sich bis Ende der neunziger Jahre verdreifachte – von 12722 im Jahre 1775 stieg sie auf 20768 im Jahre 1780 und auf 62344 im Jahre 1797; im darauffolgenden Jahr ging sie dann etwas zurück.

Betrachten wir den zweiten Teil der Tabelle 2 und der Diagramme 1 und 4, so sehen wir deutlich nicht nur den Verlauf des absoluten Wachstums aller vier Kategorien, sondern auch die damit verbundene strukturelle Wandlung der in der Industrie arbeitenden Personen. Während noch Anfang der achtziger Jahre die Meister (einschließlich der Fabrikanten, das heißt der nicht zunftgebundenen Meister und Unternehmer) ungefähr die Hälfte aller in der Industrie beschäftigten Personen ausmachten und auf die Gesellen ungefähr 16%, die Lehrlinge 7% und die Hilfsarbeiter ungefähr 27% entfielen, sank der Anteil der Meister bis Ende der neunziger Jahre auf etwa 35%; der Anteil der Gesellen und

Lehrlinge blieb gegenüber dem Beginn der achtziger Jahre etwa gleich, während *der Anteil der Hilfsarbeiter an den in der Industrie beschäftigten Personen 40% überstieg*. Wie aus den Diagrammen 8 bis 11 hervorgeht, verlief dieser Prozeß in den einzelnen Zweigen ungleichmäßig; Tempo und Endeffekt wurden durch den Umstand bestimmt, daß die Hilfsarbeiter besonders stark in der Textilindustrie beschäftigt wurden. Wenn wir somit die Daten über die soziale und klassenmäßige Zusammensetzung der in der Industrie Böhmens Beschäftigten in den Entwicklungsstadien von der Aufhebung der Leibeigenschaft bis zum Ende der neunziger Jahre vergleichen, so gelangen wir zu dem Schluß, *daß sich erst in dieser Zeit in größerem Umfang die Verknüpfung beider Seiten der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, der Anhäufung von Kapital auf dem einen Pol und der Freisetzung von Arbeitskräften auf dem anderen, zu verwirklichen begann*. Diese Verbindung vollzog sich vor der Aufhebung der Leibeigenschaft in viel geringerem Maß und in viel langsamerem Tempo, denn die kapitalistische Verwendung von Arbeitskräften, die der Produktionsmittel beraubt waren⁷³, unterlag zu dieser Zeit noch einer Reihe von Beschränkungen, die sich aus den Leibeigenschaftsverhältnissen ergaben.

Die Entwicklung größerer handwerklicher Werkstätten und Manufakturen, die in den Tabellen als Fabrik bezeichnet werden, können wir während des ganzen Zeitabschnitts von 1775 bis 1798 wegen mangelnder vergleichbarer Angaben nicht verfolgen. Wir müssen uns mit der Feststellung begnügen, daß sich ihre Zahl im Lauf der achtziger Jahre wesentlich erhöhte. 1775 gab es 25 solcher Unternehmen in Böhmen, 1780 waren es 24, aber 1789 bereits 197. Diese Angabe weicht jedoch wesentlich von der allgemeinen Entwicklungstendenz ab, denn im Vorjahr, 1788, gab es in Böhmen 95 „Fabriken“; 1792 waren es 83 (siehe Spalte 2 der Tabelle 1). Hierbei ist zu beachten, daß es sich bei diesen „Fabriken“ keineswegs um Fabriken im Sinne der spezifischen Form kapitalistischer Produktion handelte, denn Maschinen wurden bisher nur vereinzelt angewandt (eine Ausnahme bildeten die Baumwollspinnereien vor allem ab 1797). Außerdem läßt sich schwer feststellen, von welcher Betriebsgröße dabei ausgegangen wurde.

Bei der bisherigen Analyse haben wir die Spinner unberücksichtigt gelassen, und zwar deshalb, weil ein großer Teil von ihnen sich nur teilweise oder gelegentlich mit Spinnen beschäftigte. Wir können heute nur schwer feststellen, wieviel Spinner sich im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts ganztägig dem Spinnen widmeten bzw. wieweit es sich dabei um Gelegenheitsarbeit handelte. Wir sind daher auf bloße Schätzungen angewiesen. Gehen wir von Schreyers Schätzungen aus, die sich auf das Jahr 1788 beziehen, so gelangen wir zu dem Schluß, daß sich damals in Böhmen von 234008 Flachsgarnspinnern 71198 dauernd, 142396 etwa während eines Fünftels des Jahres und 20414 nur gelegentlich dieser Arbeit widmeten. Rechnen wir die Gelegenheitsspinner nicht mit ein,

⁷³ Wie schon erwähnt, waren dem thesesianischen Kataster zufolge in Böhmen an 230000 Strich ländlichen Bodens von der Obrigkeit enteignet worden.

so ergibt sich, daß die Zahl der während des ganzen Jahres ganztägig beschäftigten Spinner, die der Gesamtzahl aller Flachsgarnspinner entsprochen haben dürfte, damals ungefähr 100000 betragen hat.⁷⁴ Wir müssen uns jedoch dessen bewußt bleiben, daß wir zu diesem Ergebnis lediglich durch eine Schätzung gelangen, die nur für das Ende der achtziger Jahre des 18. Jahrhunderts Gültigkeit hat. Zehn Jahre vorher oder zehn Jahre später und auch im Laufe der einzelnen Jahre änderte sich das Zahlenverhältnis der ständig, teilweise und gelegentlich beschäftigten Spinner, und zwar entsprechend der inländischen Konjunktur und den Absatzbedingungen im Ausland sowie der Flachsernte, der Kriegslage usw.⁷⁵ Wir wollen uns daher mit der Analyse der Angaben in den Tabellen der Spinner begnügen, die den Manufakturtabellen beigegefügt wurden, wobei wir nicht vergessen dürfen, daß bei einem Vergleich dieser Daten mit der Anzahl der in der übrigen industriellen Produktion beschäftigten Personen das Spezifische der Angaben über die Zahl der Spinner beachtet werden muß.

Werfen wir nun einen Blick auf Tabelle und Diagramm Nr. 3. In Böhmen gab es den Spinnertabellen zufolge im Jahre 1775 106877 Flachs- und Hanfspinner, 21146 Schafwollspinner und 4660 Baumwollspinner, insgesamt also 132683 Spinner. Bis 1780 erhöhte sich die Zahl der Flachs- und Hanfspinner auf 133214, die der Schafwollspinner auf 33906 und die der Baumwollspinner auf 6616, die der Spinner insgesamt auf 173736; im Jahre 1798 gab es bereits 321720 Flachs- und Hanfspinner (ein leichter Rückgang im Vergleich zum Vorjahr), 50614 Schafwollspinner und 31903 Baumwollspinner, insgesamt also 404237 Spinner. Dabei wurde die Höchstzahl der Schafwollspinner (67283 – beinahe das Doppelte des Standes von 1780) in diesem Zeitabschnitt im Jahre 1796 erreicht, die Höchstzahl der Baumwollspinner (40906 – mehr als das Sechsfache des Standes von 1780) im Jahre 1794. Wie aus dem Diagramm Nr. 3 ersichtlich, zeigte die Zahl der Flachs- und Hanfspinner während dieses ganzen Zeitabschnittes, von einigen geringfügigen Senkungen abgesehen, ständig eine steigende Tendenz, die sich allerdings während einiger Jahre, vor allem zur Zeit des ersten Interventionskrieges gegen das revolutionäre Frankreich, abschwächte, da auch die Ausfuhr böhmischer Leinwand zurückging

74 Siehe *Schreyer, Joseph*, Kommerz, Fabriken und Manufakturen des Königreiches Böhmeim . . . , T. 2, Prag-Leipzig 1790, S. 129–130. Eine ähnliche Schätzung für den Beginn des 19. Jahrhunderts, die aber von den Daten des Jahres 1798 ausgeht, s. *Demian, J. A.*, Darstellung der Österreichischen Monarchie nach den neuesten statistischen Beziehungen, Bd 1, o. O. 1904, S. 181. Zur Analyse der Schreyerschen und Demianschen Daten s. ausführlicher *Purš, Jaroslav*, K problematice průmyslové revoluce . . . (Zur Problematik der industriellen Revolution . . .), a. a. O., S. 580–582.

75 Im Januar 1781 z. B. verursachte der Seekrieg in der böhmischen Leinwandindustrie eine Krise, so daß viele Leinweber verarmten und auswandern wollten. Davon wurde auch die Spinnerei betroffen. (*Prášek, J.*, a. a. O., S. 135.) Ebenso kam es während des Interventionskrieges gegen das revolutionäre Frankreich zu einem Rückgang der Flachsgarnspinnerei.

und Tausende von Wehrfähigen zum Militärdienst eingezogen wurden. Der Index (1780 = 100) stieg in der Zeit von 1780 bis 1798 im Falle der Flachs- und Hanfspinner auf 242, der Schafwollspinner auf 149 (1796 bereits 198) und der Baumwollspinner auf 482 (1794 bereits 618). Dieser Vergleich zeigt, daß sich das Spinnen des neuen Rohstoffes, der Baumwolle, relativ am stärksten entwickelte; während des Koalitionskrieges kam es jedoch infolge der kriegsbedingten Schwierigkeiten beim Transport des Rohstoffes aus fernen Kolonien zu einem fühlbaren Rückgang. Der Anteil der Baumwollspinner an der Gesamtzahl aller Spinner erhöhte sich bis zum Ende des 18. Jahrhunderts in bedeutendem Maße. Am langsamsten verbreitete sich die Schafwollspinnerei. Hier war die Menge des Rohstoffes wiederum von der Größe der Schafherden abhängig, die sich mit Rücksicht auf die verfügbare Weidefläche nicht beliebig erweitern ließen. Beim Übergang zu intensiveren Formen der landwirtschaftlichen Produktion (Stallhaltung des Viehs, erweiterter Anbau von Futtermitteln) ging der Schafbestand sogar noch zurück. Außerdem kauften Großgrundbesitzer und Zwischenhändler die beste Schafwolle auf, um sie mit hohem Gewinn zu exportieren – ungeachtet des erbitterten Protestes der Tuchmacher, die unter dem Rohstoffmangel und den hohen Preisen litten und auf dem Markt auf die Konkurrenz englischer, niederländischer und deutscher Tuche stießen. Auffallend stark ist der zahlenmäßige Rückgang der Schafwollspinner in der ersten Hälfte der achtziger Jahre, was sich aus der Abnahme der Schafherden in den unfruchtbaren Jahren 1781 bis 1784 und aus den Folgen der Raabisation erklärt, die durch die Einführung intensiverer Methoden der landwirtschaftlichen Produktion (hauptsächlich Aufteilung der Weiden) die Schafzucht einschränkte. Die Gesamtzahl der Spinner stieg in Böhmen von 1780 bis 1798 von 173 736 auf 404 237, also um 133%.

Bisher haben wir zusammenfassende Angaben über die Entwicklung der Industrie und über die Anzahl der Spinner verfolgt. Nun wollen wir unser Augenmerk auf die einzelnen Industriezweige richten. Eine entscheidende Stellung in den Handelsgewerben nahm Ende des 18. Jahrhunderts die Textilerzeugung und in ihrem Rahmen wiederum die Leinenindustrie (siehe Diagramm Nr. 5) ein. Die Gesamtzahl der in der Textilindustrie beschäftigten Personen (mit Ausnahme der Spinner) stieg von 45 232 im Jahre 1775 auf 59 847 im Jahre 1780 und auf 124 633 im Jahre 1798 (im Jahre 1797 waren es 126 315). Von der Aufhebung der Leibeigenschaft bis zum Ende der neunziger Jahre erhöhte sie sich auf mehr als das Doppelte; die relativ schnellste Zunahme war in der Kategorie der Lehrlinge und Hilfsarbeiter zu verzeichnen, deren Zahl bereits Mitte der neunziger Jahre 50 000 überstieg. Dementsprechend stieg auch die Zahl der benutzten Webstühle (einige Abweichungen in den Angaben sind wahrscheinlich eine Folge mangelhafter Zählung): Im Jahre 1775 waren in der böhmischen Textilproduktion 27 617 Webstühle in Betrieb; 1780 waren es 33 152 und 1798 bereits 57 597. Der Wert der Textilproduktion erreichte 1796 ungefähr 20,5 Millionen Gulden und 1798 bereits 24,5 Millionen Gulden (Tabelle Nr. 4). Die entscheidende Stellung hatte in diesem Produktionszweig

die Verarbeitung von Flachs und Hanf inne; hier arbeiteten im Jahre 1775 29373 Personen an 22201 Webstühlen, 1780 waren es 40646 Personen an 25864 Webstühlen und 1798 bereits 84641 Personen an 40017 Webstühlen (siehe Diagramm Nr. 6). Stieg die Zahl der Meister und Gesellen in diesem Industriezweig von 1780 bis 1798 um etwas mehr als die Hälfte, so nahm die Zahl der Lehrlinge und der Hilfsarbeiter am schnellsten zu: Sie stieg von 13277 auf 39702, also auf das Dreifache. Der Produktionswert des verarbeiteten Flachses und Hanfes überschritt Ende des 18. Jahrhunderts 11 Millionen Gulden (siehe Tabelle 13). Den ersten Platz in der Verarbeitung von Flachs und Hanf nahmen die Erzeugung von Leinwand (Tabelle Nr. 18) und die Spitzenerzeugung (Tabelle Nr. 19) ein.

An zweiter Stelle standen in der Textilindustrie die Tuchweberei und die Erzeugung der übrigen Wollwaren; hier arbeiteten im Jahre 1775 insgesamt 14348 Personen an 4881 Webstühlen, 1780 waren es 16713 Personen an 6400 Webstühlen und 1798 bereits 27738 Personen an 10874 Webstühlen (1797 arbeiteten in diesem Industriezweig 29064 Personen). Der Produktionswert betrug 1796 ungefähr 7,8 Millionen Gulden, 1798 9,6 Millionen Gulden (Tabelle Nr. 14). Neben der Tuchweberei (Tabelle Nr. 20) und der Tuchschererei (Tabelle Nr. 21) waren die wichtigsten Zweige der Wollverarbeitung die Erzeugung ungewalkter Wollstoffe (Tabelle Nr. 22) und die Produktion gewebter und gestrickter Strümpfe (Tabellen Nr. 23 und Nr. 24).⁷⁶

In überstürztem Tempo entwickelte sich Ende des 18. Jahrhunderts ein neuer Produktionszweig, der einen ausländischen Rohstoff verarbeitete – die Baumwollindustrie. Während im Jahre 1780 die Manufakturtablette in diesem Produktionszweig nur 15 Meister bzw. Fabrikanten, 108 Gesellen, 28 Lehrlinge und 140 Hilfsarbeiter, also insgesamt 291 Personen, ausweisen konnte, die an 215 Webstühlen arbeiteten, waren es 1798 bereits 1547 Meister, 2897 Gesellen, 562 Lehrlinge und 3758 Hilfsarbeiter, also insgesamt 8764 Personen, die an 5830 Webstühlen arbeiteten; es wurden mehr als 152000 Stück verschiedener Baumwollstoffe im Wert von über 2 Millionen Gulden erzeugt (siehe Tabelle Nr. 15). Immer größere Bedeutung erlangte in der Baumwollindustrie das Bedrucken der Baumwollgewebe, womit sich die Kattunfabriken beschäftigten. Ende der neunziger Jahre wurden für das Bedrucken der Woll- und Leinengewebe (Wolldruck, Leinendruck) in Böhmen 550 und auch mehr Drucktische benutzt, und mehr als eineinhalb Tausend Menschen fanden dabei ihren Lebensunterhalt (Tabelle Nr. 16).

Vergleichen wir Leinwandindustrie, Tucherzeugung und Baumwollindustrie mit dem letzten Zweig der Textilindustrie, der Seidenindustrie, so sehen wir

⁷⁶ Zur Entwicklung der Wollindustrie in Böhmen am Ausgang des 18. Jahrhunderts s. außer älteren Arbeiten die neueste Untersuchung von *Freudenberger, Hermann*, *The Woolen-Goods Industry of the Habsburg Monarchy in the Eighteenth Century*, in: *The Journal of Economic History*, 3/1960, S. 383–404.

eine vollkommen abweichende Entwicklungslinie. Wie bereits erwähnt, litt die Seidenindustrie in Böhmen unter Rohstoffmangel. Zwar gedieh der Maulbeerbaum, für die Seidenraupe aber waren die Bedingungen zu rau. Mit Hilfe staatlicher Unterstützungen breitete sich die Seidenindustrie hauptsächlich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre aus; von der Mitte der neunziger Jahre an stagnierte sie jedoch, und später wies sie eine sinkende Tendenz auf (Tabelle Nr. 17).

Wichtigste Industriezweige Böhmens waren Ende des 18. Jahrhunderts neben der Textilerzeugung die Glasindustrie und die Industrie der Steine und Erden, in deren Bereich 1775 insgesamt 2263, 1780 3760 und 1798 6730 Menschen (1797 = 6974) arbeiteten. Die Glasindustrie, die an geeignete Rohstoffe, ausreichende Brennholzversorgung und eine kunstgewerbliche Produktion gebunden war, entwickelte sich in diesem Zeitabschnitt bedeutend langsamer als die Textilindustrie. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Kategorie der Hilfsarbeiter, die in diesem Produktionszweig keine ebensolche Rolle spielen konnten wie in der Textilindustrie. Während sich in der Zeit von 1780 bis 1798 die Zahl der Hilfsarbeiter in der Textilindustrie verdreifachte, stieg sie in der Glasindustrie im gleichen Zeitabschnitt nur auf das Doppelte (Tabellen Nr. 8 und Nr. 26).

Auf dem Gebiet der Metallverarbeitung (Tabelle Nr. 7) war der wichtigste Produktionszweig die Eisenindustrie. In Böhmen arbeiteten im Jahre 1775 bei der Eisenproduktion in 36 Hüttenwerken und 112 Hammerwerken 169 Meister, 350 Gesellen, 119 Lehrlinge und 294 Hilfsarbeiter, insgesamt 932 Menschen. 1780 gab es in Böhmen ungefähr 40 Eisenhütten- und 129 Hammerwerke, in denen 169 Meister, 384 Gesellen, 106 Lehrlinge und 333 Hilfsarbeiter, im ganzen 992 Menschen beschäftigt waren. In der folgenden Zeit stieg die Zahl der Hüttenwerke auf 70 (1794); im Jahre 1798 waren jedoch nur 59 Hüttenwerke und 179 Hammerwerke in Betrieb⁷⁷, in denen 303 Meister, 689 Gesellen, 311 Lehrlinge und 1214 Hilfsarbeiter, im ganzen also 2517 Menschen beschäf-

77 Die Angabe von 283 Hammerwerken im Jahre 1788 fällt gänzlich aus dem Rahmen der Entwicklungslinie, und es ist mir nicht gelungen festzustellen, worauf sie sich stützt. (Siehe Tab. Nr 25.) Die Daten über die Zahl der Hütten- und Hammerwerke sind überhaupt ziemlich unzuverlässig, da man offensichtlich die stillgelegten Werke von denen, die arbeiteten, nicht unterschied. So gab es in Böhmen z. B. nach Angabe Graf Hartigs im Jahre 1795 mehr als 58 Hochöfen und mehr als 200 Hammerwerke, Graf Šternberk schätzte die Zahl der Hochöfen in Böhmen im Jahre 1795 auf 50. Schreyer führt an, daß es im Jahre 1799 in Böhmen 71 Hochöfen gab. Seine Daten sind jedoch in diesem Fall nach *Kořan, J., Staré české železářství* (Die alte böhmische Eisenindustrie), Prag 1946, S. 242, nicht zuverlässig. Siehe auch *Teich, Mikuláš, Královská česká společnost nauk a počátky vědeckého průzkumu přírody v Čechách* (Die Königliche Böhmische Gesellschaft der Wissenschaften und die Anfänge der wissenschaftlichen Naturforschung in Böhmen), Prag 1959, S. 24.

tigt waren (Tabelle Nr. 25). Wie aus den Arbeiten von Kořan hervorgeht, sind die Angaben über die Anzahl der Hammer- und Hüttenwerke offenkundig nicht vollständig; bei genauerem Studium der Entwicklung der Eisenindustrie am Ende des 18. Jahrhunderts wird es notwendig sein, diese Daten zu ergänzen.

Die Eisenindustrie war zu jener Zeit an die Ökonomik des feudalen Großgrundbesitzes gebunden, was die Entwicklung der Produktivkräfte in diesem Industriezweig behinderte. Das Ziel war nicht so sehr die Verbesserung der Eisenproduktion als vielmehr die finanzielle Ausnutzung des Waldreichtums, da das Erz auf Holzkohle geschmolzen wurde. Um die Ausnutzung neuer physikalischer und chemischer Entdeckungen zur Verbesserung der Technologie der Eisenproduktion bemühte sich zu jener Zeit Graf Joachim Šternberk, der gemeinsam mit Professor Gerstner und anderen Fachleuten für die Tätigkeit auf diesem Gebiet auch die Königliche Böhmisches Gesellschaft der Wissenschaften zu gewinnen suchte.⁷⁸ Der Umfang der Produktion von Roheisen läßt sich nicht während des ganzen Zeitabschnittes verfolgen; die Manufakturtabellen bringen jedoch neue Angaben wenigstens für die Jahre 1796 bis 1798. Falls diese Angaben richtig sind, bestätigen sie die Stagnation der Eisenindustrie in Böhmen Ende des 18. Jahrhunderts, denn 1797 war die Eisenproduktion zwar um 8,8 Prozent und 1798 um 15,8 Prozent höher als 1780, doch sank sie im darauffolgenden Jahr bedeutend, und 1810 lag sie unter dem Niveau des Standes vom Jahre 1780. Mehr als zwei Drittel der Eisenproduktion waren zu dieser Zeit in der Gegend von Beroun und Plzeň konzentriert.

IV

*Die Eisenproduktion in Böhmen 1780 bis 1824*⁷⁹

Jahr	Eisenproduktion		Produktionswert in Gulden
	Tonnen	Index 1780 = 100	
1780	11 600	100,0	—
1796	10 830	93,4	1 257 856
1797	12 510	108,8	1 623 521
1798	13 430	115,8	1 773 300
1799	11 840	102,0	—
1810	11 157	96,2	—
1824	12 150	105,8	—

78 Ausführlich darüber s. *Teich, Mikuláš*, a. a. O.

79 Das Jahr 1780 nach *Kořan, J.*, a. a. O., S. 243; die Jahre 1796–1798 nach den betreffenden Manufakturtabellen, das Jahr 1799 nach *Schreyer, Joseph*, *Waarenkabinet . . .*, a. a. O., S. 407f. (Siehe auch *Slokar, Johann*, a. a. O., S. 448); das Jahr 1810 nach *Teich, Mikuláš*, a. a. O. (mit Hinweis auf Neumann, Balling), das Jahr 1824 nach *Slokar, Johann*, a. a. O., S. 448 (mit Hinweis auf Balling).

Eine logische Kontrolle dieser Angaben für die Jahre 1796 bis 1798 ermöglicht ein Vergleich der Produktion mit der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen und des Produktionswertes (siehe Tabelle Nr. 25), die in diesem Zeitabschnitt ebenfalls einen entsprechenden Anstieg erkennen läßt. Rechnet man die angeführten Daten durch, so ergibt sich für eine Tonne Eisen im Jahre 1796 ein Preis von 116 Gulden, 1797 ein Preis von 130 Gulden und 1798 ein Preis von 132 Gulden. In diesen Zahlen spiegelt sich zweifellos auch die zunehmende Inflation wider, aber andererseits war das Steigen der Preise ein Ansporn zur Erhöhung der Produktion und zur Verbesserung ihrer Qualität. Am Ende der neunziger Jahre treten diese Bestrebungen besonders deutlich in Erscheinung, wie bereits weiter oben erwähnt wurde. Es steht jedoch fest, daß es in der Eisenproduktion Mitte der neunziger Jahre zu einem Rückgang kam, wie dies einerseits aus Tabelle Nr. 25, andererseits aus dem Diagramm Nr. 7 ersichtlich ist, wo wir diese Tendenz anhand der Beschäftigtenzahl verfolgen können. Dieser Rückgang wurde offenkundig durch die außerordentlichen Ereignisse während des ersten Koalitionskrieges gegen das revolutionäre Frankreich beeinflußt (vor allem die Assentierungen und den Mangel an Arbeitskräften in der Eisenindustrie, wovon in den Quellen aus jener Zeit oft die Rede ist).

Eine Stagnation bzw. einen Rückgang nach der rascheren Entwicklung in den achtziger Jahren können wir in der ersten Hälfte der neunziger Jahre auch bei den übrigen Industriezweigen beobachten, so zum Beispiel in der Papierindustrie (Tabelle Nr. 5), in der Lederbearbeitung (Tabelle Nr. 6) und in der Holzbearbeitung (Tabelle Nr. 10). Besondere Beachtung erfordern zwei Produktionszweige, die bisher keineswegs durch ihre Beschäftigtenzahl auffielen, aber im Hinblick auf die moderneren Produktionsmethoden große Bedeutung hatten und zur Grundlage der neuen kapitalistischen Produktionsform, der fabrikmäßigen Produktion, wurden: die Erzeugung von Geräten und Werkzeugen

(Tabelle Nr. 11) und von chemischen Produkten (Tabelle Nr. 9). Während sich im Jahre 1775 mit der Erzeugung von Geräten und Werkzeugen nur 39 Meister, 14 Gesellen und 9 Lehrlinge, insgesamt also 62 Personen beschäftigten, erhöhte sich bis zum Jahre 1780 die Zahl der Meister auf 76, die der Gesellen auf 28 und die der Lehrlinge auf 17; die Gesamtzahl der Beschäftigten stieg also auf 121, das heißt auf das Doppelte. In der Zeit von 1780 bis 1798 kam es zu einer weiteren Verdreifachung auf insgesamt 369 Personen (272 Meister, 37 Gesellen, 51 Lehrlinge und 9 Hilfsarbeiter). Noch rascher entwickelte sich die chemische Produktion – und zwar in enger Verbindung mit den beiden führenden Produktionszweigen der damaligen Industrie Böhmens, der Textil- und der Glasindustrie.⁸⁰ Die Zahl der Beschäftigten stieg in diesem Industriezweig von 472 im Jahre 1775 auf 544 im Jahre 1780; von diesem Zeitpunkt bis zum Jahre 1798 erhöhte sie sich auf mehr als das Dreifache und erreichte den Stand von 1712 Personen; davon waren 819 Meister und 659 Hilfsarbeiter (Tabelle Nr. 9). Eine ganze Reihe von Errungenschaften der Naturwissenschaften fand Ein-

80 Siehe *Teich, Mikuláš*, a. a. O., S. 63–65.

gang in die Glasindustrie, in die chemische Produktion, die Eisenindustrie, die Färberei von Geweben und in andere Produktionszweige, und das wirkte sich zusammen mit den Erkenntnissen der Mechanik für den Maschinenbau nicht nur revolutionierend auf die Entwicklung der Produktivkräfte aus, sondern führte durch die allmähliche Entwicklung der industriellen Umwälzung an der Wende des 18. und 19. Jahrhunderts zu tiefgreifenden Veränderungen der ganzen gesellschaftlichen Struktur sowie der sozialen und politischen Verhältnisse. Marx betonte, daß gerade das Prinzip der maschinellen Erzeugung, das in der Zerlegung des Produktionsprozesses in einzelne Phasen und in der Mechanisierung der Produktion unter Ausnutzung der Chemie und der übrigen Naturwissenschaften beruht, beim Übergang von der Manufaktur- und der handwerklichen Erzeugung zur fabrikmäßigen Erzeugung entscheidende Bedeutung erlangte.⁸¹

Von den Produktionszweigen der Nahrungsmittelindustrie war außer der traditionellen Bierbrauerei und der Weinbrennerei die Zuckerraffinade von Bedeutung, deren Produktionswert Ende des achtzehnten Jahrhunderts fast eine halbe Million Gulden erreichte – allerdings unter Einrechnung des Wertes des tetren Rohstoffes (Tabelle Nr. 12).

4. DIE ENTWICKLUNG DER STRUKTUR DER INDUSTRIE IN BÖHMEN 1775 BIS 1798

Bisher haben wir die Gesamtentwicklung und die Entfaltung der einzelnen Industriezweige in Böhmen im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts verfolgt. Diese Betrachtung muß nun durch eine strukturell-genetische Analyse ergänzt werden, die uns zeigen wird, ob und wie sich die innere Struktur der Industrie in diesem Zeitabschnitt veränderte. Wir gehen dabei von den Angaben über die Zahl der Beschäftigten in den einzelnen Zweigen aus, die uns einen Vergleich gestatten. Die Spinner wollen wir hier außer acht lassen, und zwar aus den schon erwähnten Gründen; dabei ist jedoch zu beachten, daß die Bedeutung der Textilerzeugung, wie sie aus der weiteren Analyse ersichtlich wird, gerade auf dem steigenden Anteil der Spinner beruhte, die jedoch zum überwiegenden Teil als Heimarbeiter tätig waren. Wir haben es in jener Zeit im wesentlichen mit der Produktionsform der zerstreuten Manufaktur zu tun. Vom Standpunkt der Entwicklung aus ist nicht nur das Ansteigen der Zahl der Flachs- und Schafwollspinner, sondern auch und vor allem die Zunahme der Baumwollspinner wichtig, denn Baumwollstoffe wurden infolge ihrer Billigkeit allmählich zu einem Artikel des Massenbedarfs.

Wenn wir also die Spinner ausklammern, so entfielen im Jahre 1775 von 54818 in den Handelsgewerben beschäftigten Personen 82,7 Prozent auf die Textilindustrie und 17,3 Prozent auf die übrigen Industriezweige. Bis 1798

81 *Marx, Karl*, Das Kapital Bd 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd 23, Berlin 1962, S. 400f.

stieg die Gesamtzahl der beschäftigten Personen fast auf das Dreifache (148635), wobei sich das Verhältnis der Textilerzeugung zu den übrigen Produktionszweigen im wesentlichen nicht veränderte, denn von dieser Zahl entfielen auf die Textilindustrie 83,8% und auf die übrigen Produktionszweige 16,2%. Bei den einzelnen Industriezweigen veränderte sich das Gewicht innerhalb der gesamten Industrie lediglich um Bruchstellen hinter dem Komma – mit Ausnahme der Lederproduktion, die einen Rückgang von 5,2% auf 3,6% (Tabellen Nr. 27 und 28) zu verzeichnen hatte.

Wenden wir uns nun den Veränderungen zu, die sich in der inneren Struktur der einzelnen Kategorien (Meister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter) vollzogen, und zwar hinsichtlich ihrer Verteilung auf die einzelnen Industriezweige. Eine größere Abweichung von der Gesamtentwicklung finden wir bei den Meistern; hier betrug der Anteil der Textilindustrie im Jahre 1775 85,5%; bis zum Jahre 1798 sank er auf 80,7%. Der Anteil der Lehrlinge und besonders der Hilfsarbeiter wies in der Textilindustrie einen Anstieg auf; im Jahre 1775 waren in der Textilindustrie 83,3% und im Jahre 1798 bereits 90,1% der Gesamtzahl der Hilfsarbeiter beschäftigt. Die genauere Entwicklung des Anteils der einzelnen Beschäftigtenkategorien an den einzelnen Industriezweigen in diesem Zeitabschnitt mit den Durchschnitten der Jahre 1775, 1780, 1789 und 1798 zeigen die Diagramme 8 bis 11 (siehe Tabellen Nr. 29 und 30).

Die in Geld ausgedrückten Werte der Produktion, deren Zusammenstellung für die industrielle Produktion der Jahre 1792 und 1796 bis 1798 in Böhmen zur Verfügung steht, weisen eine etwas andere Tendenz auf, nämlich einen starken Bedeutungsrückgang der Textilindustrie, deren Anteil von 84% im Jahre 1792 auf 74,5% im Jahre 1796 und auf 76,3% im Jahre 1798 sank (siehe Tabellen Nr. 43 und 44 und das Diagramm Nr. 12).⁸² Diese Angaben sind offensichtlich nicht so gut geeignet wie die Beschäftigtenzahlen, die Veränderungen in der inneren Struktur der Industrie zu veranschaulichen: Einerseits sind Rieggers Schätzungen für das Jahr 1792 viel zu hoch, andererseits kreuzen sich im Bruttowert der Produktion zahlreiche einander widerstrebende Einflüsse, deren quantitative Bedeutung schwer einzuschätzen ist. Denn die Festsetzung des Wertes in Geld wurde oft nur durch Schätzungen vorgenommen, deren Genauigkeit und Zuverlässigkeit in den verschiedenen Jahren unterschiedlich waren. Außerdem kam es in den neunziger Jahren zu einer Inflation und zu einer Preissteigerung, die in den einzelnen Produktionszweigen starke Abweichungen zeigte. Offenbar wurde davon vor allem die Leinenindustrie betroffen, denn während der Kriege der neunziger Jahre sank die Leinenausfuhr, was sich in der Abnahme des

82 Interessant ist ein Vergleich dieser Produktionsstruktur in Böhmen mit der Situation im benachbarten Schlesien. Hier stehen uns die Berechnungen Hoffmanns über die *reinen* Produktionswerte für das Jahr 1800 zur Verfügung, wonach auf die Textil- und Bekleidungsindustrie 74% (auf die Leinenindustrie 60%), auf die Nahrungsmittelproduktion 4% und auf Eisen und Metalle 3,9% (Eisen und Stahl 3,5%) entfallen. (Siehe Hoffmann, W. G., *The Growth of Industrial Economies*, Manchester 1958, S. 73.)

Gesamtwertes der Produktion dieses Industriezweiges widerspiegelte (siehe auch die Diagramme). Im übrigen aber zeigen diese Daten bei Eisen und den übrigen Metallen einen steigenden Anteil am Produktionswert und bei Leder einen sinkenden Anteil.

Darauf, daß der Anteil der Textilproduktion an der Gesamtstruktur der industriellen Erzeugung im Laufe der neunziger Jahre infolge der Krise in der Leinenproduktion sank, weist auch der Umstand hin, daß in der Textilindustrie der durchschnittliche Bruttowert der Jahresproduktion pro Arbeiter (die Spinner nicht eingerechnet) von 242 Gulden im Jahre 1792 auf 176 Gulden im Jahre 1796 sank (1797 stieg er auf 179 Gulden und 1798 auf 196 Gulden — siehe Tabelle Nr. 43). Dieser Rückgang kann jedoch in Anbetracht der übertrieben hohen Schätzungen und der Ungenauigkeit der Angaben für das Jahr 1792 nicht so stark gewesen sein. Alle Angaben der Tabelle Nr. 43 erfordern eine genauere Analyse; wir wollen uns hier jedoch nur mit dem Verhältnis zwischen dem Produktionswert pro Beschäftigten in der Textilindustrie (196 Gulden) und dem Produktionswert pro Beschäftigten in der Eisenproduktion und Metallverarbeitung (348 Gulden) im Jahre 1798 beschäftigen. Dieses Verhältnis war 56: 100. Vergleichen wir dieses Verhältnis mit dem im benachbarten Preußisch-Schlesien des Jahres 1800, wo der Produktionswert pro Arbeiter in der Textilindustrie 108 Taler und pro Arbeiter in der Eisenindustrie 185 Taler betrug, so ergibt sich, daß dort mit 58: 100⁸³ eine sehr ähnliche Relation bestand. Auch unter diesem Aspekt gesehen, können also Rieggers Schätzungen für das Jahr 1792 nicht überall vollkommen der Situation entsprechen, denn für den Produktionswert pro Arbeiter in der Textilindustrie und in der Eisenindustrie ergibt sich eine diametral entgegengesetzte Relation. Der Produktionswert der Eisenindustrie war im Jahre 1792 offenbar höher, was auch ein Vergleich des Produktionsumfanges der Jahre 1780 und 1796 erkennen läßt.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Struktur der Industrie nach dem Produktionswert der einzelnen Produktionszweige wollen wir unser Interesse auch dem Außenhandel Böhmens mit dem zollpflichtigen Ausland zuwenden.⁸⁴ Während im Jahre 1792 der Wert der Ausfuhr der industriellen Erzeugnisse nach Rieggers Schätzungen mehr als ein Drittel des Wertes der Gesamtproduktion der Handelsgewerbe ausmachte, sank der Anteil der Ausfuhr am gesamten Produktionswert 1796 unter ein Drittel bedeutend. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre kam es wieder zu einem Anstieg der Produktion und der Ausfuhr, doch blieben die betreffenden Zahlen noch unter Rieggers Schätzungen für das Jahr 1792 (Tabelle Nr. 41 und 42 und Diagramm Nr. 16). Den entscheidenden Anteil an der Ausfuhr hatten Leinwand und Glaswaren und in geringerem Maße Eisen und Metallwaren, chemische Produkte, Papiere, Leder-

⁸³ Hoffmann, W. G., a. a. O., S. 23.

⁸⁴ Diese Daten erfassen lediglich den Export aus Böhmen, der über die Grenzen des österreichischen Reiches ging; der Export in die sogenannten österreichischen Erbländer ist hierbei nicht berücksichtigt.

waren und Baumwollstoffe. An industriellen Rohstoffen wurden Flachs und Rohleder ausgeführt. Eingeführt wurden vor allem industrielle Rohstoffe für

Jahr	Produktionswert	Wert der Ausfuhr
	in Mill. Gulden	
1792	34,7	11,8
1796	27,4	8,2
1797	29,9	8,8
1798	32,1	

Wert der Erzeugung der Handelsgewerbe und deren Ausfuhr in Böhmen 1792 bis 1797
(abgerundet)⁸⁵

85 Für das Jahr 1792 s. *Purš, Jaroslav*, K otázce hodnoty průmyslové výroby v Čechách . . . (Zur Frage des Wertes der Industrieproduktion in Böhmen . . .), a. a. O., für die Jahre 1796 bis 1798 s. die betreffenden Manufakturtabellen und das Diagramm Nr 16. Die Schätzungen Riegers für das Jahr 1792 kann man nur mit gewissem Vorbehalt mit den amtlichen Daten für die nächsten Jahre vergleichen. Sie bleiben weit unter dem tatsächlichen Zustand, denn sie berücksichtigen z. B. nicht den Schleichhandel, während ja aber doch die Geschichte des Außenhandels im 18. und 19. Jahrhundert, wie mit Recht gesagt wird, die Geschichte des Schleichhandels ist.

Erst als diese Studie schon fertig war, konnte ich nachträglich den Artikel von *Otruba, Gustav*, Die wirtschaftliche Bedeutung Böhmens und Mährens im Spiegel der ältesten österreichischen Handelsstatistik (1790–1839), in: *Bohemia*, Bd 2, München 1961, S. 153–163, benutzen. Diesem Artikel (S. 162) entnehme ich folgende Übersicht, die auch einen Anstieg der Ausfuhr aus Böhmen in den Jahren 1796 bis 1797 nachweist. (In der Tab. I des Artikels von Otruba sind allerdings die Länder verwechselt: Die Angaben für die Gesamtmonarchie betreffen Böhmen, die Angaben für Böhmen betreffen Mähren, und die Angaben für Mähren betreffen die Gesamtmonarchie.) Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich um einen Anstieg des Wertes der Ausfuhr handelt, bei dem auch die andauernde Geldentwertung und die Inflation eine Rolle spielten. (Vgl. Tab. 1 dieser Studie – die Zahl der Beschäftigten in der Industrie stieg in diesem Zeitabschnitt im Vergleich mit dem Anstieg der Ausfuhr im Jahre 1797 nur unbedeutend.)

Der Anteil Böhmens am Außenhandel der Habsburger-Monarchie 1790–1798

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
	(in Mill. Gulden)		
1790	3,827	5,699	+ 1,872
1791	4,174	4,246	+ 72
1792	4,484	5,013	+ 529
1793	3,847	5,494	+ 1,647
1794	3,843	5,288	+ 1,445
1795	3,961	6,023	+ 2,062
1796	3,795	8,155	+ 4,360
1797	4,317	7,949	+ 3,632
1798	4,235	6,691	+ 2,456

die Textilindustrie (Färbemittel, Schafwolle, Flachs, Baumwolle und Rohseide) und außerdem Leder und Pelzwaren (Tabelle Nr. 41 und 42 und die Diagramme Nr. 13 bis 15).

5. DIE ÖRTLICHE VERTEILUNG DER INDUSTRIE UND IHRE DYNAMIK UNTER ÖKONOMISCH-GEOGRAPHISCHEM ASPEKT

Die Entwicklung der Industrieproduktion wies in den einzelnen Gebieten Böhmens bedeutende Unterschiede auf. Dies wurde durch die natürlichen Bedingungen, die in der Periode des sich zersetzenden Feudalismus eine bedeutende Rolle spielten (Vorhandensein von Holz und Erzen, geeignetem Sand und anderen Rohstoffen für die Glasindustrie, Wasserläufen, Flachs, Schafwolle usw.), durch demographische Momente (Zahl der Bevölkerung in den einzelnen Gebieten), durch die Produktionstradition der einzelnen Gebiete, durch die Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion und durch eine Reihe anderer sozialökonomischer Momente verursacht. Bei einer gründlicheren Analyse müßte man von dem genauen Standort der einzelnen Industriezweige ausgehen und sich bemühen, unter Berücksichtigung aller Faktoren die grundlegenden ökonomisch-geographischen und sozialökonomischen Gebiete Böhmens abzugrenzen. Da es eine solche Analyse bisher auf Grund der Quellenlage für das Ende des 18. Jahrhunderts nicht gibt, müssen wir uns mit einer strukturell-genetischen Analyse nach einzelnen Kreisen begnügen, wo wir vergleichbare Daten für längere Zeitabschnitte besitzen. Außer den Angaben für sechzehn Kreise stehen uns vor allem Daten über die Entwicklung in der Hauptstadt Prag zur Verfügung.

Nach Ausdehnung und Einwohnerzahl boten die einzelnen Kreise ein sehr unterschiedliches Bild. An der Gesamteinwohnerzahl Böhmens im Jahre 1789 (2825445) hatten den größten Anteil die Kreise Mladá Boleslav (277897), Loket (275597), Hradec Králové (239221) und Chrudim (217538). An letzter Stelle standen die Kreise Žatec (109011) und Rakovnik (118500).⁸⁶

Zunächst wollen wir uns der zahlenmäßigen Entwicklung der Spinner in den einzelnen Kreisen zuwenden (Tabellen Nr. 34 bis 36). Die absoluten Angaben für den Zeitabschnitt 1783 bis 1798, in Tabelle 34a und b, zusammengestellt nach der Art der verarbeiteten Rohstoffe, knüpfen an die Daten von Arnošt Klíma an, der in seiner Arbeit über die Manufakturperiode in Böhmen eine Übersicht über die Entwicklung der Zahl der Spinner in den einzelnen Kreisen im Zeitabschnitt 1775 bis 1782 gibt.⁸⁷ Sehen wir uns nun die Tabelle Nr. 35 an, die Angaben über die Spinner verschiedener Rohstoffarten in den Jahren 1775, 1780, 1789 und 1798 für die einzelnen Kreise zusammenfaßt. Wie aus diesen Angaben hervorgeht, kam es in der Entwicklung des Spinnerei-

⁸⁶ Siehe Tab. 34a, Spalte 26.

⁸⁷ Klíma, Arnošt, a. a. O., S. 456–457.

wesens im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts hinsichtlich der ökonomisch-geographischen Standortverteilung vor allem in der Flachsspinnerei zu großen Veränderungen. Während im Jahr 1775 der Kreis Budějovice mit 18,1% an erster Stelle stand und dann die Kreise Hradec Králové (17,4%), Bydžov (13,9%), Litoměřice (11,9%) und schließlich der Kreis Boleslav (10,6%) folgten, waren 1798 der Kreis Litoměřice (14,6%) vom vierten Platz auf den ersten Platz und der Kreis Boleslav (13,8%) vom fünften auf den zweiten Platz vorgerückt, und unter den übrigen Kreisen entfielen über 10% allein auf den Kreis Hradec Králové (10,6%), der im Jahre 1798 den dritten Platz innehatte. Die Bedeutung des Kreises Budějovice war zurückgegangen (sein Anteil sank von 18,1% auf 6,6%). Im allgemeinen kann man sagen, daß sich die Flachsspinnerei in Böhmen gleichmäßiger verteilte, wenn der Schwerpunkt auch weiterhin im nordböhmischem Textilgebiet lag. In der Schafwollspinnerei sank in dieser Periode der Anteil der Kreise Budějovice, Loket und Litoměřice, während vor allem der Anteil der Kreise Klatovy, Čáslav und Chrudim stieg. In der Baumwollspinnerei nahm der Anteil der Kreise Kouřim, Chrudim und Tábor ab, und der Schwerpunkt verlagerte sich in die Kreise Čáslav (36,9%) und Loket (19,1%).

Die Konzentration des Spinnens aller Arten von Rohstoffen bringen die Angaben über die Anzahl der Spinner zum Ausdruck, die im Jahre 1789 auf je tausend Einwohner des Kreises kamen. An erster Stelle stand damals der Kreis Budějovice (183); es folgten die Kreise Bydžov (174), Chrudim (166), Hradec Králové (149), Boleslav (126), Čáslav (119), Litoměřice (118), Loket (109) und Kouřim (108). Auf den letzten Plätzen lagen der Kreis Prácheň (23), die Stadt Prag (25) und der Kreis Žatec (26). Bis zum Ende des Jahrhunderts kam es jedoch noch zu weiteren Verschiebungen in dieser Reihenfolge. Von 1780 bis 1798 stieg die Zahl der Spinner in Böhmen um 133%, wobei das Wachstumstempo hinsichtlich der einzelnen Rohstoffarten und Kreise sehr verschieden war (siehe Tabelle Nr. 36).

Verfolgen wir nun die Entwicklung der Handelsgewerbe in den einzelnen Kreisen. Auf Grund der Manufakturtabellen für die einzelnen Kreise bzw. der Übersichten, die in den Haupttabellen den Stand der Industrie ganz Böhmens nach den einzelnen Kreisen zusammenfassen, sind das Diagramm Nr. 17 und das Kartogramm Nr. 1 zusammengestellt; diese vermitteln zusammen mit Tabelle Nr. 31 eine anschauliche Vorstellung von der Verteilung der Industrie in Böhmen vom Beginn der achtziger Jahre bis zum Ende des 18. Jahrhunderts.⁸⁸ Der Schwerpunkt der Industrieproduktion Böhmens lag damals in den Kreisen Litoměřice, Hradec Králové, Loket, Boleslav, Chrudim und Bydžov, wo sich der Kern der Textilindustrie herausgebildet hatte. Hier war die Leinwandindustrie konzentriert, in Liberec die Tucherzeugung, im westlichen Zipfel von Böhmen die Spitzenindustrie und in Nordböhmen die Glaserzeugung, die auch im Böhmerwald und in der Gegend des Flusses Sázava

⁸⁸ Daten für *alle* Kreise standen mir erst für die Zeit ab 1783 zur Verfügung.

verbreitet war. Die übrigen Produktionszweige – zum Beispiel die Eisenproduktion im Kreis Beroun und Plzeň und die Erzeugung chemischer Produkte in Westböhmen – hatten damals in der Gesamtwirtschaft Böhmens erst ein geringes Gewicht, wenn sie auch in bezug auf die künftige Entwicklung der Industrie und die sich immer mehr entfaltende Kohlenförderung von großer wirtschaftlicher Bedeutung waren.⁸⁹

Das Entwicklungstempo der Industrie in den einzelnen Gebieten Böhmens war äußerst ungleichmäßig. Wenn wir die Indizes der steigenden Beschäftigtenzahlen in den einzelnen Kreisen Böhmens in der Zeit von 1783 bis 1797 (1783 = 100) vergleichen, so fällt vor allem der große Unterschied zwischen dem Anstieg des Kreises Kouřim (115), dem des Kreises Boleslav (249) und dem des Kreises Budějovice (291) auf – bei einem Gesamtindex ganz Böhmens für diese Zeit von 185. Bei der weiteren Analyse können wir uns jedoch nicht auf diese Indizes beschränken, sondern müssen auch die absoluten Daten heranziehen, um diese Indizes zueinander in Beziehung zu setzen. Das heißt, wir müssen beachten, auf welcher Grundlage sich ein bestimmter Grad des Aufschwungs vollzog. Den relativ schnellsten Aufschwung hatte der Kreis Budějovice zu verzeichnen, der jedoch in bezug auf den Umfang der industriellen Produktion an einer der letzten Stellen gestanden hatte, weshalb sich die Erhöhung der Beschäftigtenzahl von 2203 auf 6416 in diesem Zeitabschnitt in einem so starken Steigen des Indexes bemerkbar macht. Der Schwerpunkt der Zunahme lag damals im Kreis Litoměřice, wo das Steigen der Beschäftigtenzahl von 11652 auf 23172 Beschäftigte einen Anstieg des Indexes auf 199 bedeutete; zu den übrigen Gebieten ergab sich folgendes Bild: Kreis Boleslav Anstieg von 6411 auf 15954 (Index = 249), Kreis Hradec Králové Anstieg von 11246 auf 20738 (Index = 184) und Kreis Loket Anstieg von 13276 auf 19845 (Index = 149). Dabei wies die Entwicklung der einzelnen Beschäftigtenkategorien in den verschiedenen Kreisen beträchtliche Schwankungen auf. Die Zahl der Meister erhöhte sich in der Zeit von 1783 bis 1797 in ganz Böhmen um 35%, in den einzelnen Kreisen schwankte diese Zunahme jedoch zwischen 14% (Kreis Chrudim und Plzeň)⁹⁰ und 116% (Kreis Beroun). Die Anzahl der Gesellen stieg im gleichen Zeitraum in ganz Böhmen um 92%; in den einzelnen Kreisen schwankte die Entwicklung zwischen einem zweiprozentigen Rückgang (Kreis Rakovník) und einem Anstieg um 202% (Kreis Klatovy). Die Zahl der Lehrlinge erhöhte sich währenddessen insgesamt um 89% (bei Schwankungen in den einzelnen Kreisen zwischen 27% und 476%) und die Zahl der Hilfsarbeiter um 164% (bei einem Rückgang um 5% im Kreis Beroun und einem

89 Über die Entwicklung der Kohlenförderung in Böhmen in diesem Zeitraum siehe vor allem die Arbeiten von *Kárníkova, Ludmila*, besonders *Vývoj uhelného průmyslu v českých zemích do roku 1880* (Die Entwicklung der Kohlenindustrie in den böhmischen Ländern bis zum Jahre 1880), Prag 1961.

90 Die Angaben für den Kreis Kouřim sind in bezug auf das Jahr 1797 offensichtlich unvollständig (siehe Daten über Meister und Lehrlinge), deshalb werden sie bei dem Vergleich nicht berücksichtigt.

Anstieg um 743% im Kreis Kouřim).⁹¹ Wie groß der Anteil dieser Beschäftigtenkategorien in den einzelnen Kreisen in der Zeit von 1783 bis 1797 war, geht aus den Tabellen Nr. 32 und 33 und aus dem Kartogramm Nr. 2 hervor. Bei den Meistern, Gesellen und Lehrlingen blieb die prozentuale Verteilung nach Kreisen verhältnismäßig stabil, und es kam nur zu kleineren Veränderungen; dagegen sind im Kreis Loket ein bedeutender Rückgang der Hilfsarbeiter und in den Kreisen Boleslav und Hradec Králové ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die Verteilung des Produktionswertes der Handelsgewerbe Böhmens im Jahre 1797 nach Kreisen beachten. Den größten Anteil hatten der Kreis Boleslav (14,7%), der Kreis Litoměřice (14,2%) und der Kreis Hradec Králové (11,3%); es folgten der Kreis Loket (7,2%), der Kreis Bydžov (6,4%) und die Stadt Prag (6,1%). Der kleinste Anteil entfiel auf die Kreise Rakovník (0,6%) und Kouřim (0,7%).

Die Veränderung der inneren Struktur der Beschäftigten in der Industrie der einzelnen Kreise von 1783 bis 1797 hält das Kartogramm Nr. 2 fest. Die unteren Halbkreise zeigen den Stand des Jahres 1783, die oberen den des Jahres 1797, die verschiedenen ausgefüllten Sektoren bezeichnen die einzelnen Beschäftigtenkategorien. Aus diesem Kartogramm ersieht man nicht nur den Gesamtaufschwung der Industrie der einzelnen Kreise in diesem Zeitabschnitt, sondern auch den bedeutenden Rückgang des Anteils der Meister, den verhältnismäßig stabilen Anteil der Gesellen und Lehrlinge und die starke Zunahme nicht nur des Anteils, sondern auch der absoluten Zahl der Hilfsarbeiter, was besonders für die Kreise Litoměřice, Hradec Králové, Bydžov und Boleslav gilt.

Der Anteil der einzelnen Beschäftigtenkategorien war in den einzelnen Industriezweigen der jeweiligen Kreise sehr verschieden. Diese spezifischen Merkmale der einzelnen Kreise sind in den Tabellen Nr. 37 bis 40 festgehalten.

6. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Analyse der Manufakturtabellen hat uns einen tieferen Einblick in die Entwicklung der Industrie in Böhmen im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts gewährt. Anhand der umfangreichen, differenzierten Zusammenfassung der quantitativen Angaben konnten wir verfolgen, welche grundsätzliche Bedeutung die josephinischen Reformen – vor allem die teilweise Freisetzung von Arbeitskräften für die sich entwickelnde Handwerks- und Manufakturproduktion, für die weitere Entwicklung der Industrie im Zuge der Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1781 – hatten. Von 1780 bis 1798 stieg die Zahl der in der Industrie Beschäftigten (mit Ausnahme der Spinner) in Böhmen von 71779 auf 148632, das heißt um 107%, wobei sich die Zahl der Gesellen, der

⁹¹ Die große Steigerung im Index des Kreises Budějovice wurde nicht berücksichtigt, weil sie von einer zu niedrigen Bezugsbasis ausgeht und daher viel zu hoch erscheint.

Lehrlinge und vor allem der Hilfsarbeiter bedeutend erhöhte, und zwar von 20768 im Jahre 1780 auf 62344 im Jahre 1797, also auf mehr als das Dreifache. Tausende von Arbeitern kamen in die neugegründeten Textilmanufakturen; Zehntausende von Heimspinnern und -webern wurden durch das System der zerstreuten Manufaktur der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen. Außer dem Adel begannen sich auch Unternehmer bürgerlicher Herkunft an industriellen Gründungen, und zwar hauptsächlich in der Baumwollindustrie, zu beteiligen.

Wenn die Aufhebung der Leibeigenschaft auch zahlreichen Hörigen die Abwanderung von den Feudalgütern erleichterte — es handelte sich dabei um solche Hörige, die schon früher ihres Bodens beraubt oder durch das System der Erbfolge und die Beschränkungen bei der Teilung bäuerlichen Besitzes von der Bodennutzung ausgeschlossen worden waren —, so blieben die feudalen Verhältnisse doch weiterhin ein Hemmschuh für die Entwicklung der Industrie. Historisch entwickelte sich zwar eine natürliche Arbeitsteilung zwischen der Landwirtschaft fruchtbarer Gebiete und der Industrieproduktion der dichtbevölkerten Gebirgsgegenden mit schlechteren landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen; dieser Unterschied vertiefte sich jedoch vor allem in der Zeit der sogenannten Refeudalisation, und zwar hauptsächlich durch die Steigerung der Fronarbeit. Betrachten wir die Kartogramme Nr. 3 und 4, so fällt auf, daß in den Gebieten, in denen die feudalen Verhältnisse am stärksten ausgeprägt waren, die Industrie am wenigsten entwickelt war. In dem Kartogramm Nr. 4 wird die Intensität der Feudalbeziehungen in den einzelnen Gegenden Böhmens dadurch veranschaulicht, daß die urbarialen Pflichten der Hörigen im entsprechenden Verhältnis zu den Beträgen für den Loskauf nach 1848 angegeben sind, soweit auf die einzelnen Güter mehr als 100000 Gulden entfielen.⁹² Das Kartogramm bringt zweierlei zum Ausdruck: einerseits die Konzentration der hauptsächlichsten Feudalbeziehungen in den einzelnen Gebieten Böhmens in der Zeit vor 1848, andererseits die Intensität des Goldregens, der sich in den verschiedenen Gegenden Böhmens nach 1848 in der Form des Loskaufs auf die früheren feudalen Obrigkeiten ergoß und ihnen einen glatteren Übergang zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen ermöglichte. Leere Bereiche im Grenzgebiet, in Mittel- und Ostböhmen sind Gebirgsgegenden und Waldkomplexe. Das Kartogramm Nr. 3 hält in den einzelnen Gebieten entsprechend der tatsächlichen Lage im unteren Halbkreis den Stand der Industrie einschließlich der Heimspinnerei im Jahre 1786, im oberen Halbkreis den Stand im Jahre 1846 fest. Auffallend ist die starke Konzentration der Feudalbeziehungen im Bereich der Schwarzenbergschen Latifundien in

92 Der tatsächliche Loskaufbetrag war wesentlich höher — einerseits, weil außer dem Loskauf nach § 3. des Gesetzes vom 7. September 1848, der in dem Kartogramm für die größten Herrschaftsgüter festgehalten ist, hier noch weitere Feudalverpflichtungen bestanden, von denen sich die Hörigen loskaufen mußten, und zum anderen deshalb, weil es sehr viele Güter mit einem Loskauf von unter 100000 Gulden gab.

Südböhmen, der die schwache Entwicklung der Industrie und sogar deren Rückgang im Kreis Budějovice zu dieser Zeit entspricht. Im Gegensatz dazu war die Industrie im westlichen Zipfel Böhmens, wo es keine Latifundien gab (der westliche Teil des Kreises Loket), bedeutend entwickelt. Der Streifen, der sich von Litomyšl und Lanškroun im Norden über Opočno und Hrubá Skála nach Teplice und im Süden über Kostelec nad Černými Lesy und Smečno nach Ahníkov und Červený Hrádek erstreckt, umfaßt die landwirtschaftlichen Bereiche mit bedeutender Konzentration feudaler Beziehungen vor allem im nordöstlichen Böhmen, dem klassischen Gebiet der Leibeigenenaufstände, sowie im mittleren und westlichen Teil dieser Zone. Dem entspricht die verhältnismäßig schwache Entwicklung der Industrie in den Kreisen Žatec, Rakovník, Kouřim und teilweise auch Čáslav, ebenso wie in den südlichen Teilen der Kreise Bydžov, Boleslav und Litoměřice, in deren nördlichen Teilen – wo sich außer der friedländischen Herrschaft keine großen Latifundien befanden – die Textilindustrie ihr Zentrum hatte, das sich im Nordosten bis in den Kreis Hradec Králové und im Osten in den Kreis Chrudim erstreckte. Diese Korrelation, die hier nur in den großen Zügen angedeutet ist, sollte noch gründlicher untersucht werden, und zwar unter dem Aspekt der Standortverteilung, der Intensität und der Verschiedenartigkeit der industriellen Unternehmen in den einzelnen Kreisen und ihres Verhältnisses zur Stärke der Feudalbeziehungen in diesen Gebieten. Dabei müßte man nicht nur von der Verteilung des Loskaufes von allen feudalen Pflichten in ganz Böhmen, sondern auch von der Verteilung aller entschädigungslos aufgehobenen feudalen Pflichten ausgehen. Überdies wäre es wünschenswert, all diese Kennziffern zur Dichte der Bevölkerung und ihrer nationalen Zusammensetzung ins Verhältnis zu setzen. Das letzte Viertel des 18. Jahrhunderts hatte für die wirtschaftliche Entwicklung Böhmens besondere Bedeutung – einerseits als Höhepunkt des Manufakturstadiums, was vor allem die Beziehung dieses Zeitraumes zum vorangegangenen Zeitabschnitt unterstreicht, und andererseits als die Periode, in der sich die Voraussetzungen für den Übergang zu einem höheren Stadium der kapitalistischen Produktion, das heißt zur fabrikmäßigen Erzeugung, entwickelten, was wiederum die Beziehung zum nächstfolgenden Stadium, das heißt zum Anfangsstadium der industriellen Revolution, herstellt, das an der Wende des 18. und 19. Jahrhunderts beginnt. Durch die Analyse des Standes der Industrie in Böhmen am Vorabend der industriellen Revolution wird das Studium dieses umwälzenden sozialökonomischen Prozesses historisch fester verankert. Vorläufig haben wir nur eine Art Rohentwurf der Struktur der Industrie und ihrer Dynamik am Ende des 18. Jahrhunderts, der durch ein gründliches Studium der Entwicklung der Industrie in den einzelnen Gebieten und Orten präzisiert werden muß. So treten in plastischer Form die spezifischen, charakteristischen Züge der Entwicklung des Kapitalismus in Böhmen hervor; das Studium der Entstehung und Entwicklung der Arbeiterklasse wird konkretisiert, und die wirtschaftlichen Wurzeln der tschechischen nationalen Wiedergeburt werden deutlicher sichtbar.

ANHANG

Die Tabellen sowie die Diagramme und Kartogramme, auf die im Text verwiesen wurde, befinden sich in der Falttasche am Ende des Bandes.

Im einzelnen wurden für die Tabellen über die Entwicklung der Industrie Böhmens in den Jahren 1775 bis 1798 folgende Quellen benutzt:

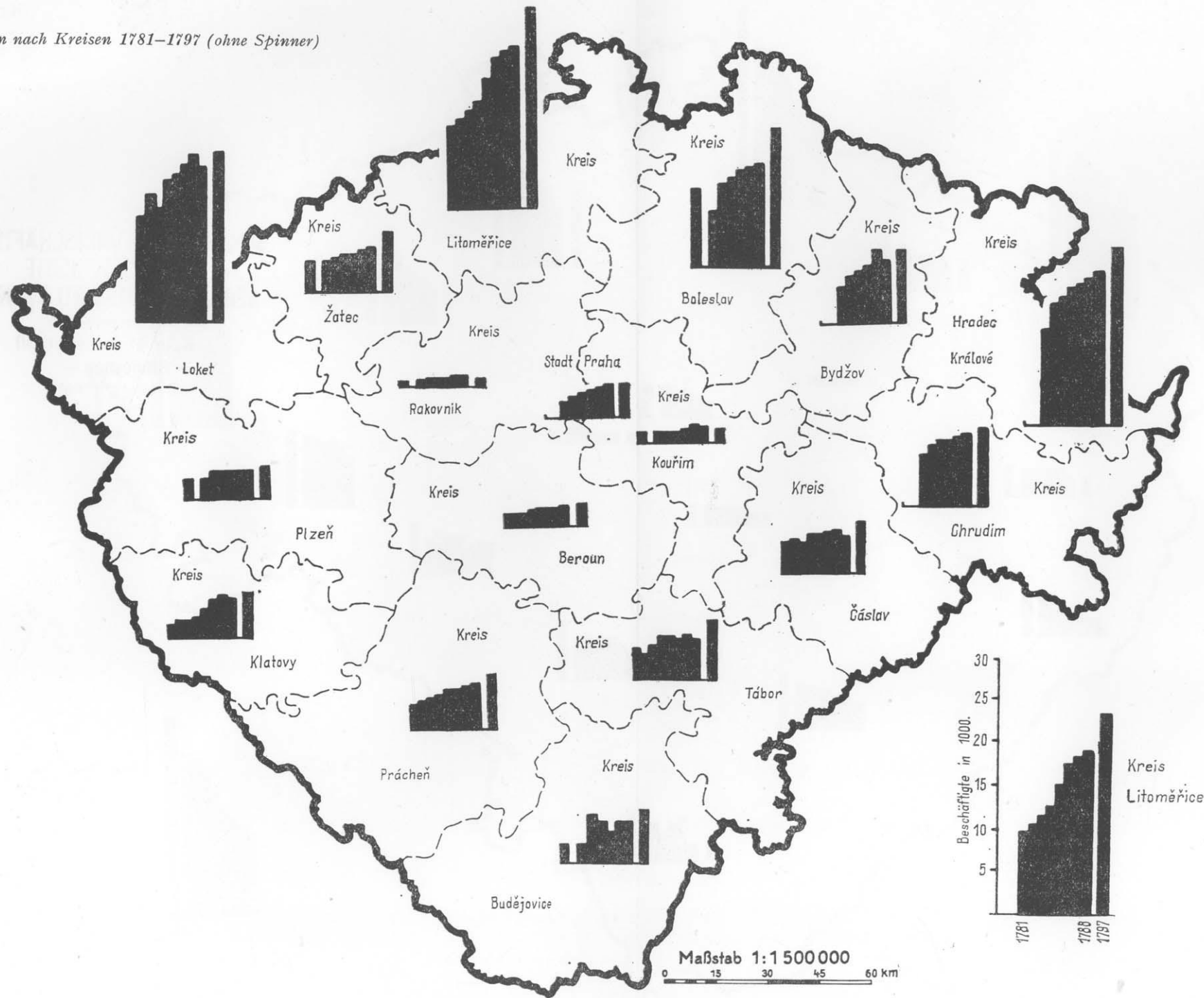
- 1775 Kommerzial-Landesaufnahmstabella pro Ao 1775 (Staatliches Zentralarchiv [im folgenden: SZA] Prag, ČG Com. 1773—1783, A/1/1, Nr 48).
- 1776 Landesaufnahms-Haupttabella über die Kommerzial-Fabrikata, Manufakta und Produkta im Königreich Böhmeim pro Ao 1776 (ebenda, Nr 49).
- 1777 Landes-Aufnahmstabella über die Kommerzial-Fabrikata, Manufakta und Produkta im Königreich Böhmeim pro Ao 1777 (ebenda, subnr 51).
- 1778 Landes-Aufnahmstabella über die Kommerzial-Fabrikata, Manufakta und Produkta im Königreich Böhmeim pro Ao 1778 (ebenda, subnr 53).
- 1779 Landes-Aufnahmstabella über die Kommerzial-Fabrikata, Manufakta und Produkta im Königreich Böhmeim pro Ao 1779 (ebenda).
- 1780 Landes-Aufnahmstabella über die Kommerzial-Fabrikata, Manufakta und Produkta im Königreich Böhmeim pro Ao 1780 (ebenda).
- 1782 (und einige Angaben für das Jahr 1781:) Kommerzialtabella pro 1782 des Königreichs Böhmeim (ebenda).
- 1783 Kommerzial-Manufakturstabella des Königreichs Böhmeim pro Anno 1783 (ebenda).
- 1784 Kommerzial-Manufakturstabella pro Ao 1784 des Königreichs Böhmeim (SZA Prag, ČG Com. 1784—1785, A/1/1).
- 1785 *Riegger, Joseph Anton v.*, Archiv der Geschichte und Statistik insbesondere von Böhmen, Bd 3, a. a. O., Nachtrag, S. 1—16 (Fabriken- und Manufakturenstand in Böhmen im Jahre 1792). Riegger vergleicht hier den Stand der Industrie des Jahres 1792 mit dem des Jahres 1785, stützt sich aber im wesentlichen auf die Daten für das Jahr 1783. Siehe auch *Schreyer, Joseph*, Kommerz, Fabriken und Manufakturen des Königreichs Böhmeim . . ., a. a. O., T. 2, S. 152—169 („Billanze, wie sich der Manufakturstand im Königreiche Böhmeim vom Jahre 1785 gegen den nachfolgenden bis 1788 Jahr, beim bestehenden Einfuhrverbot der fremden Waren verhalten. Manufakturstand im Jahre 1785“).
- 1786 *Riegger, Joseph Anton v.*, Materialien zur alten und neuen Statistik von Böhmen, Bd 8, a. a. O., S. 56—124 (Tabellarisches Verzeichnis der Fabrikanten, Kommerzialhandwerke und Professionisten in Böhmen 1786).
- 1787 (und einige Angaben für das Jahr 1786:) Kommerzial-Manufakturstabella pro 1787. Böhmen (SZA Prag, ČG Com. 1786—1795, 1/2, 232).
- 1788 Kommerzial-Manufakturstabella des Königreichs Böhmeim pro 1788 (SZA Prag, ČG Com. 1786—1795, 1/2, 312).
- 1789 Kommerzial-Manufakturstabella pro 1789. Königreich Böhmeim (ebenda, Nr 359). Siehe auch *Schreyer, Joseph*, Kommerz, Fabriken und Manu-

- fakturen des Königreichs Böhmeim. . . , a. a. O., T. 2, S. 120—128. — Schreyers Angaben weichen etwas von den Daten der Manufakturtabelle ab.
- 1792 *Riegger, Joseph Anton v.*, Archiv der Geschichte und Statistik insbesondere von Böhmen, Bd 3, a. a. O., Nachtrag, S. 1—16 (Fabriken und Manufakturenstand in Böhmen im Jahre 1792).
- 1794 (und einige Angaben für das Jahr 1793:) Kommerzialtabella pro Ao 1794 im Königreich Böhmen (SZA Prag, Handschrift Nr 3166).
- 1796 (und einige Angaben für das Jahr 1795:) Kommerzialtabella Königreich Böhmen für das 1796-te Jahr (SZA Prag, ČG Com. 1796—1805, sign. 1).
- 1797 Manufaktur- und Kommerztabella Königreich Böhmen für das Jahr 1797 (Hofkammerarchiv Wien, Kommerzpräsidium 1822, Fasc. 1270, Nr 495). Siehe auch Manufaktur- und Kommerztabella Königreich Böhmen für das Jahr 1797 (SZA Prag, ČG Com. 1796—1805, sign. 1).
- 1798 Kommerzialtabella Königreich Böhmen für das Jahr 1798 (SZA Prag, ČG Com. 1796—1805, sign. 1).

Soweit nicht anders angegeben, wurden die Diagramme und Kartogramme auf Grund derselben Quellen angefertigt, die für die Tabellen angeführt sind.

Kartogramm 1

Industrie in Böhmen nach Kreisen 1781–1797 (ohne Spinner)

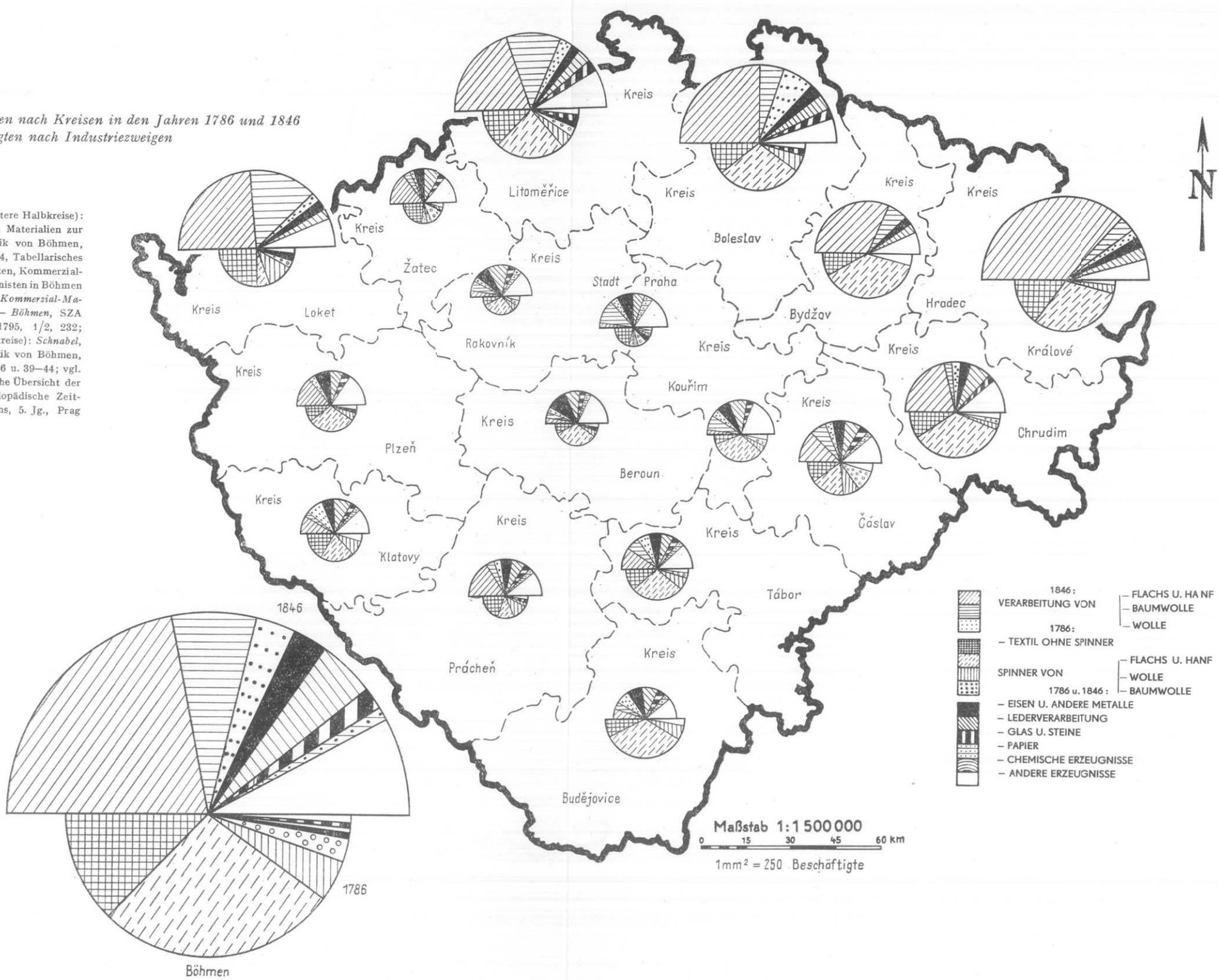


Maßstab 1:1 500 000
0 15 30 45 60 km

Kartogramm 3

Industrie in Böhmen nach Kreisen in den Jahren 1786 und 1846
Zahl der Beschäftigten nach Industriezweigen

Stand im Jahre 1786 (untere Halbkreise):
Rieger, Joseph Anton v., Materialien zur alten und neuen Statistik von Böhmen, Bd. 8, a. a. O., S. 56–124, Tabellarisches Verzeichnis der Fabrikanten, Kommerzialhandwerke und Professionisten in Böhmen 1786, Teilangaben aus *Kommerzial-Manufakturtablella pro 1787 – Böhmen*, SZA Prag, ČG Com. 1786–1795, 1/2, 232; Stand 1846 (obere Halbkreise): Schnabel, G. N., Tafeln zur Statistik von Böhmen, Prag, 1848, Tabelle 31–36 u. 39–44; vgl. auch *derselbe*, Summarische Übersicht der Fabriken ..., in: *Enzyklopädische Zeitschrift des Gewerbewesens*, 5. Jg., Prag 1845, S. 689 f.



Kartogramm 5

Anteil der Getreideerträge auf Dominikal und Rustikal in Böhmen im Jahre 1793 nach Kreisen

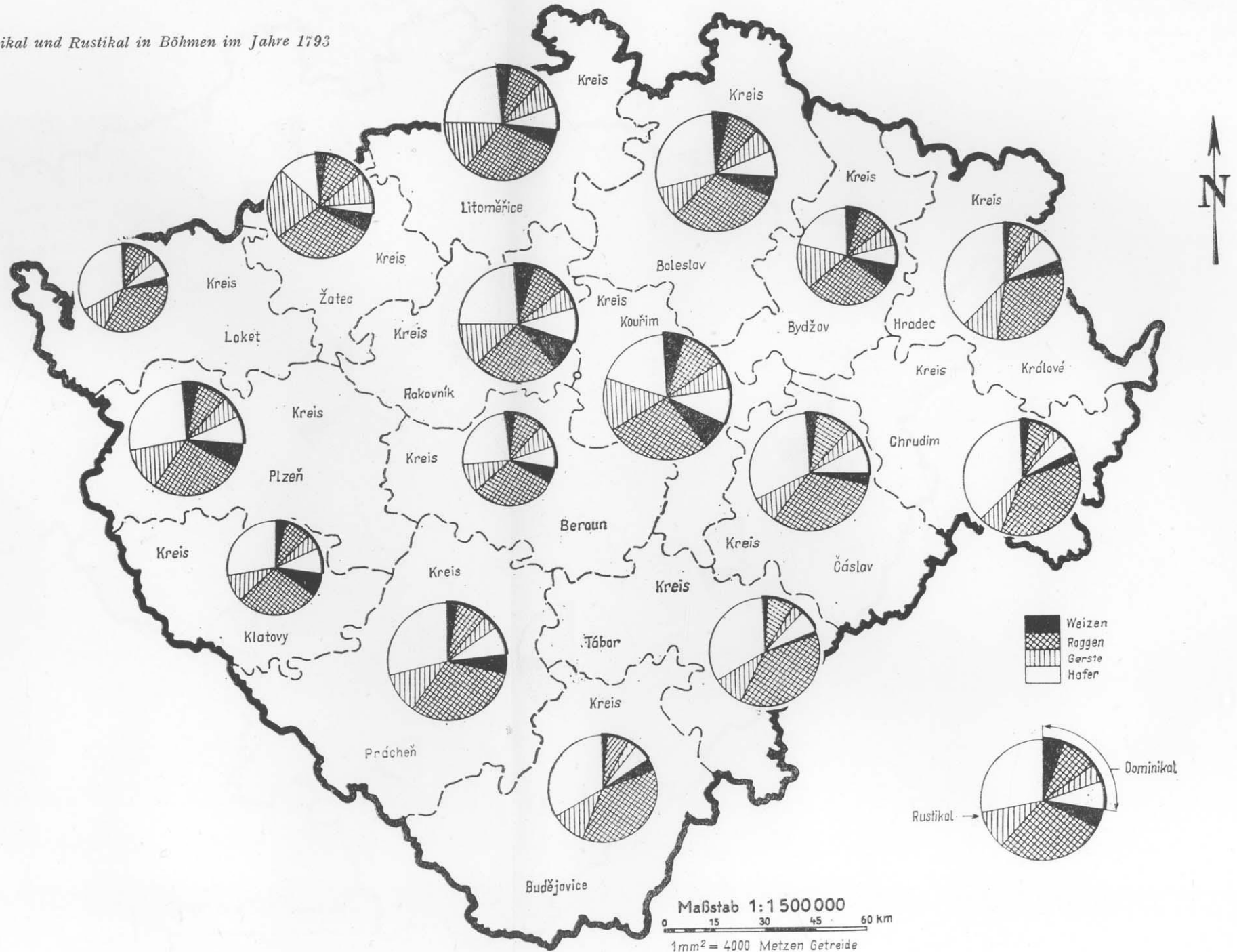


Diagramm 1

Beschäftigte in der Industrieproduktion Böhmens in den Jahren 1775–1798
(nach den Manufakturtabellen — ohne Spinner)

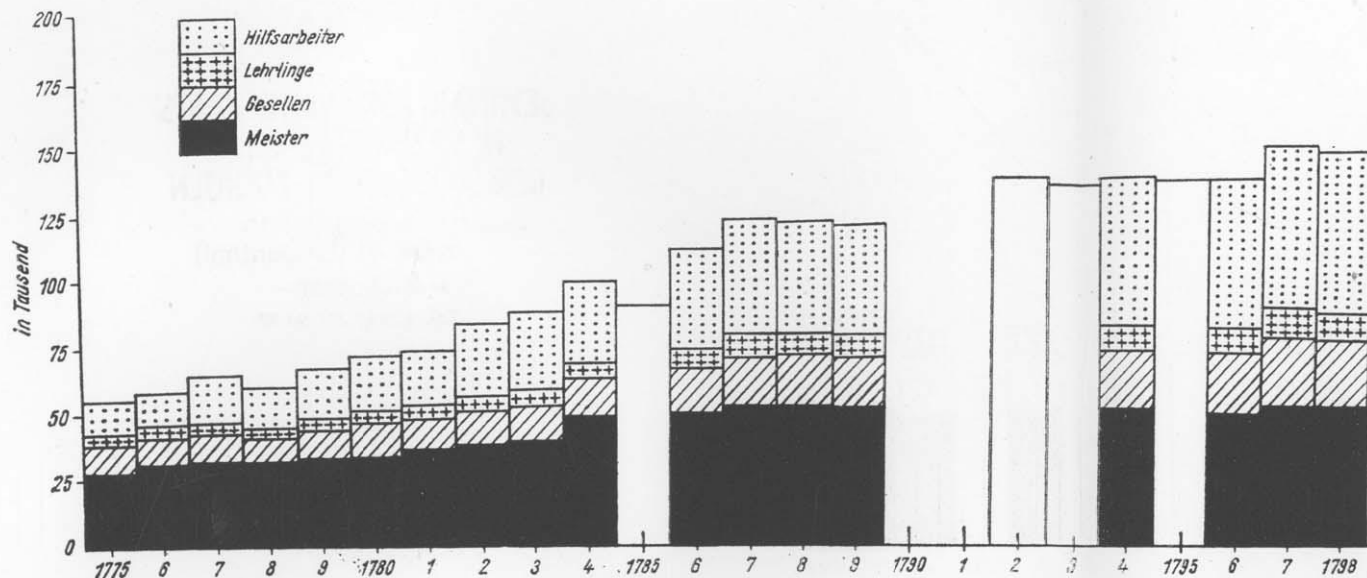


Diagramm 2

Industrieproduktion Böhmens (ohne Textilien) 1775–1798 nach Zweigen

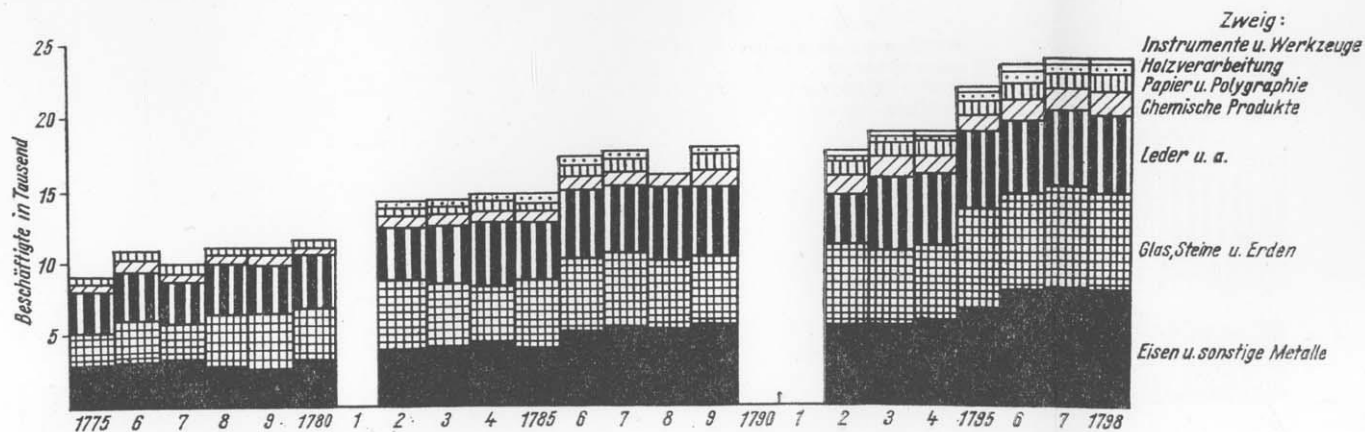


Diagramm 3

Spinner in Böhmen in den Jahren 1775-1798

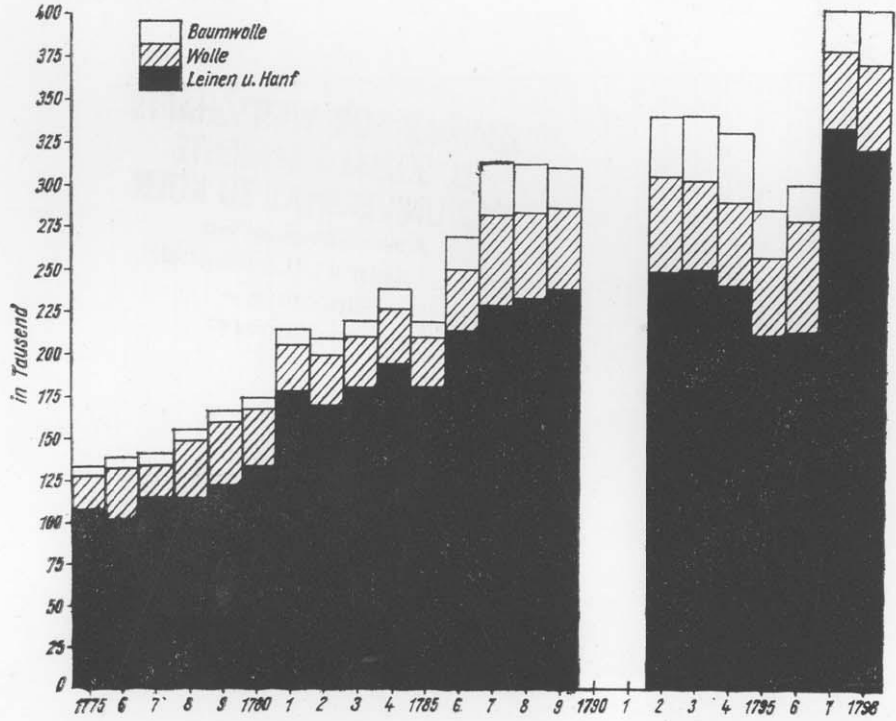


Diagramm 4

Prozentualer Anteil der Beschäftigten in der Industrieproduktion Böhmens in den Jahren 1775-1798 (ohne Spinner)

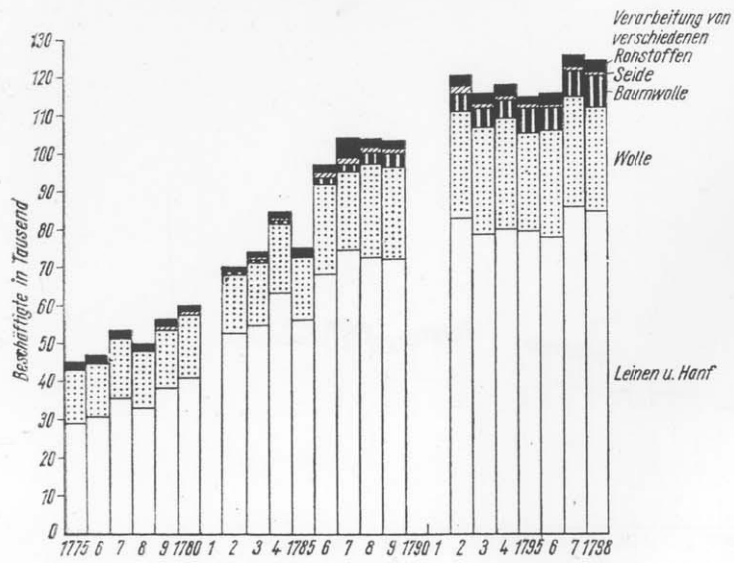
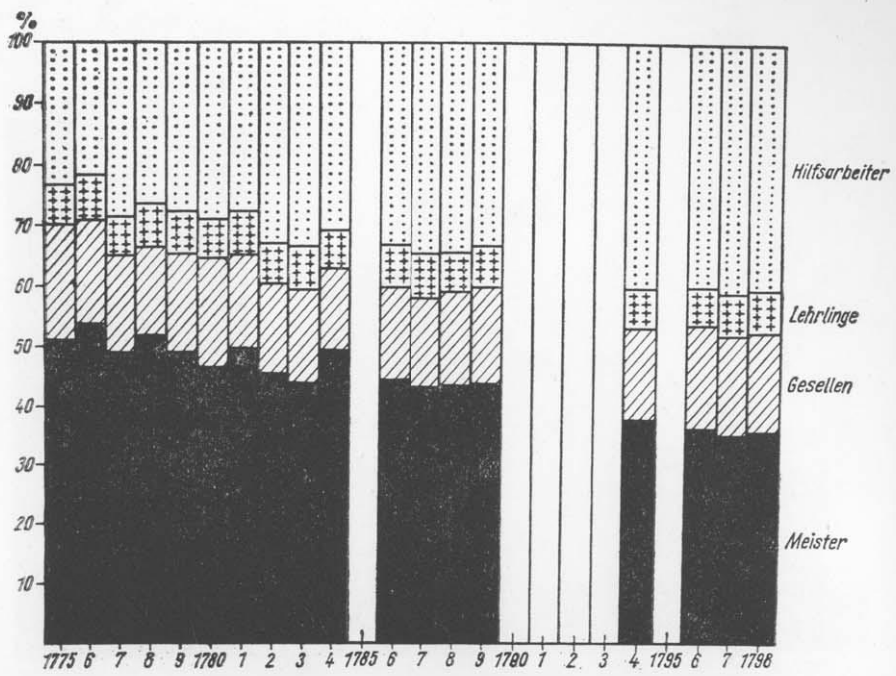


Diagramm 5
Textil-
produktion
in Böhmen
1775-1798
(ohne
Spinner)

Diagramm 5
Webstühle in Böhmen 1775-1798

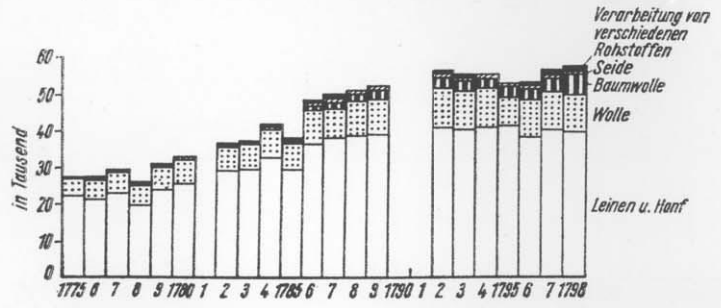
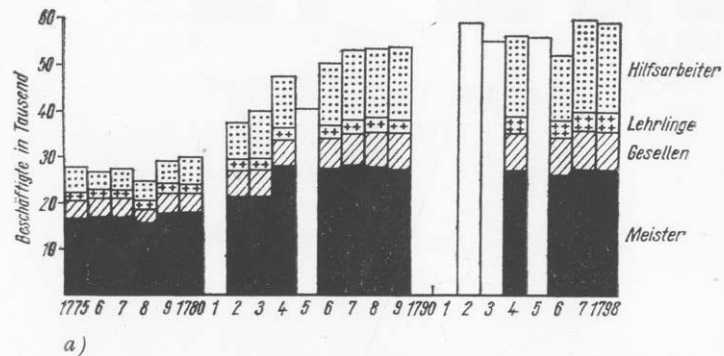


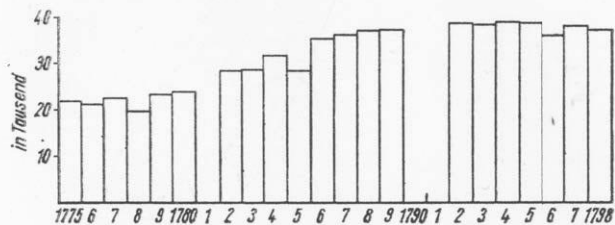
Diagramm 6

Leinenweberei in Böhmen 1775–1798

- a) Beschäftigte
b) Anzahl der benutzten Webstühle



a)

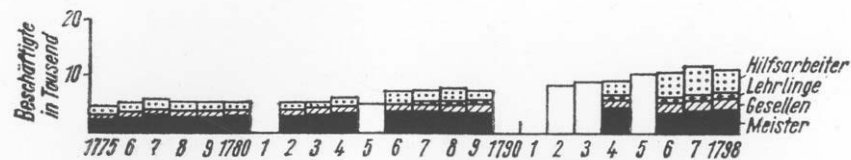


b)

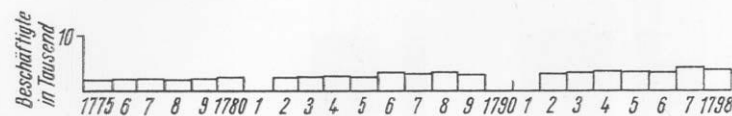
Diagramm 7

Tucherzeugung in Böhmen 1775–1798

- a) Beschäftigte
b) Anzahl der benutzten Webstühle

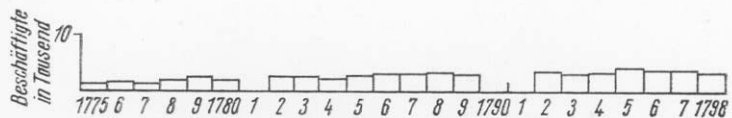


a)



b)

Glasproduktion und Glaswarenerzeugung in Böhmen 1775–1798



Eisenproduktion in Böhmen 1775–1798

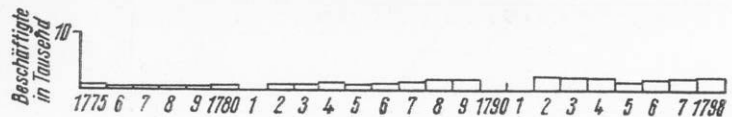


Diagramm 8

Struktur der Industrie Böhmens im Jahre 1775 nach Beschäftigtenkategorien in den einzelnen Zweigen

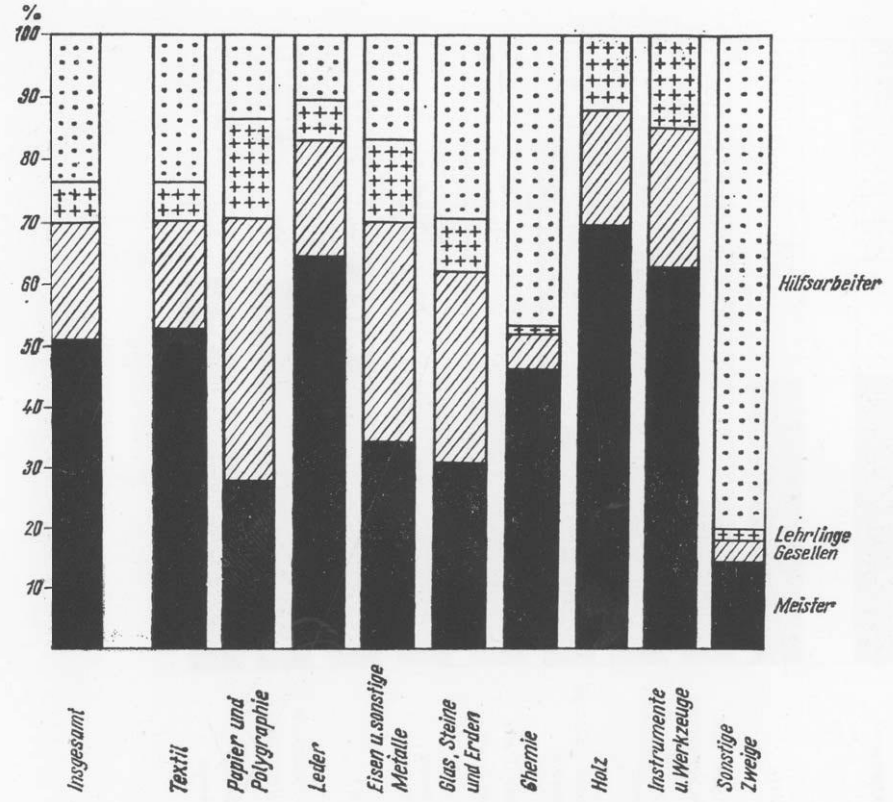


Diagramm 9

Struktur der Industrie Böhmens im Jahre 1780 nach Beschäftigtenkategorien in den einzelnen Zweigen

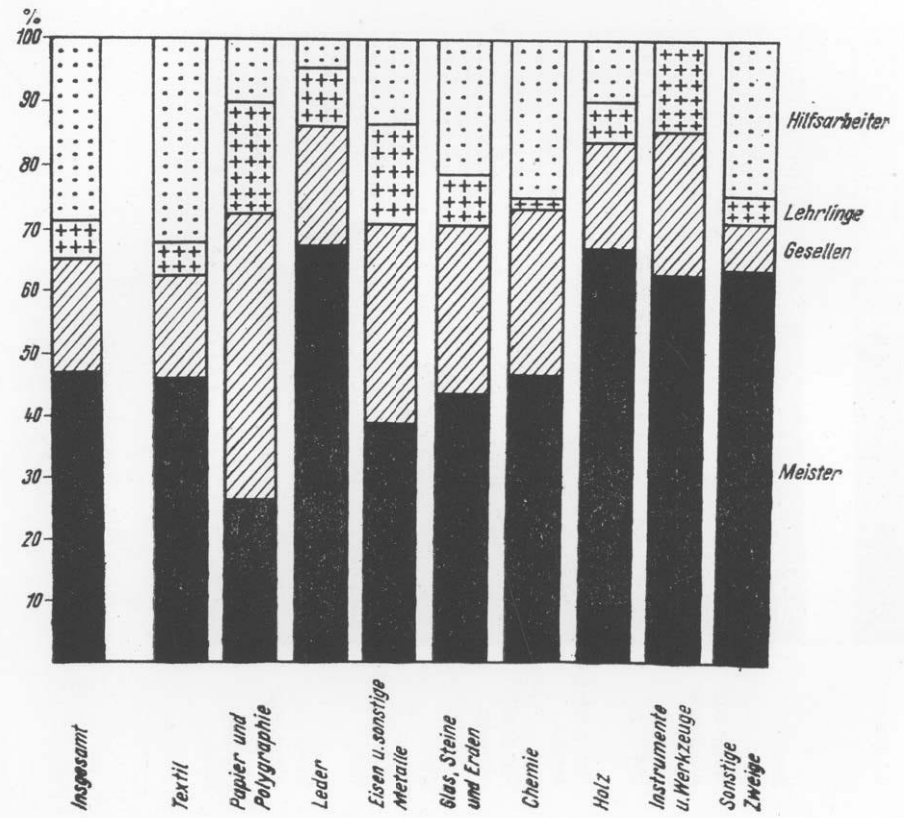


Diagramm 10

Struktur der Industrie Böhmens im Jahre 1789 nach Beschäftigtenkategorien in den einzelnen Zweigen

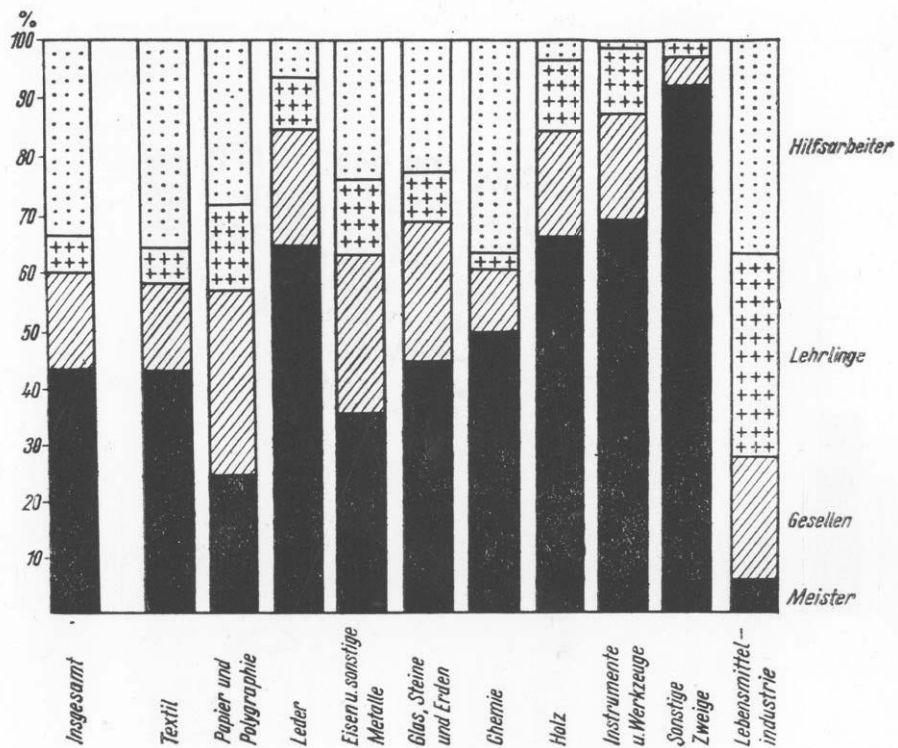


Diagramm 11

Struktur der Industrie Böhmens im Jahre 1798 nach Beschäftigtenkategorien in den einzelnen Zweigen

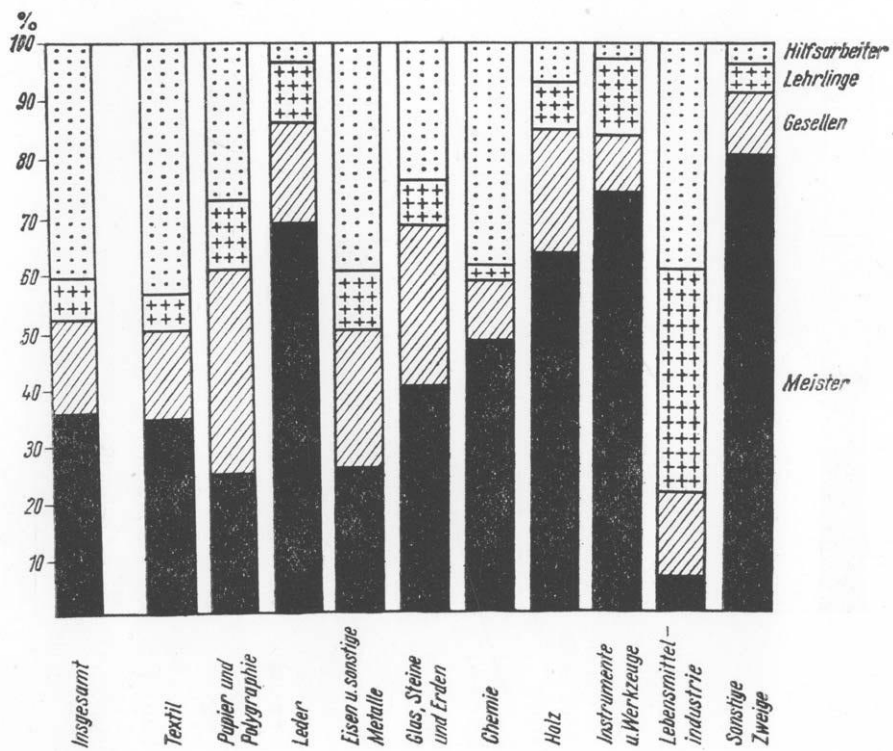


Diagramm 12

Struktur der Industrie Böhmens
in den Jahren 1792
und 1796-1798 nach dem
Wert der Produktion

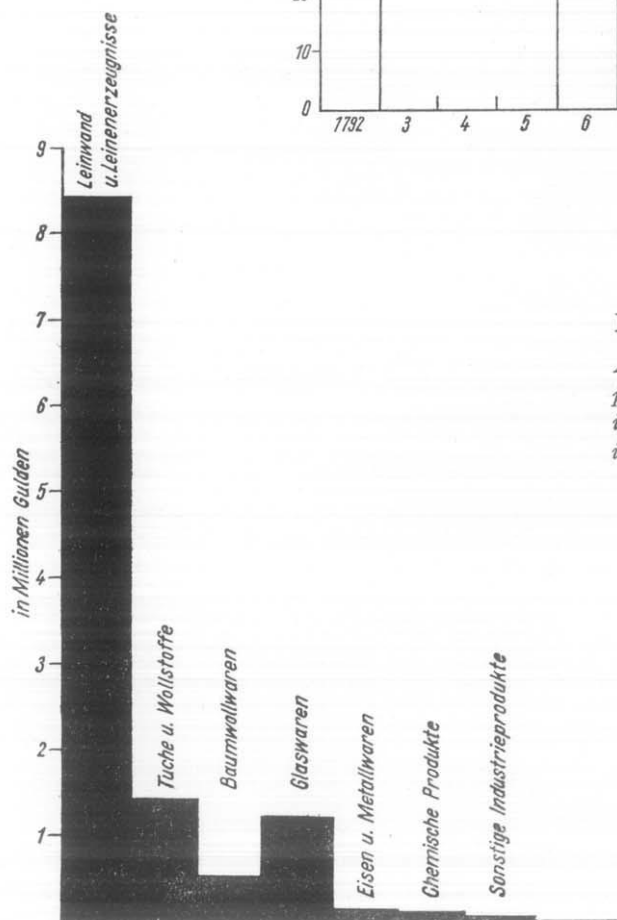
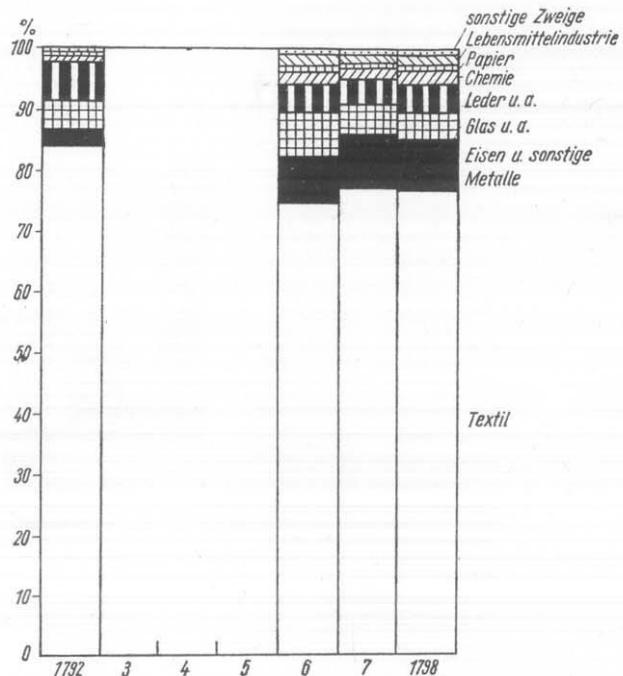


Diagramm 13

Ausfuhr von Industrie-
produkten aus Böhmen
in das Zollausland
im Jahre 1792

Diagramm 14

Außenhandel Böhmens mit
Industrieprodukten und
Rohstoffen im Jahre 1796

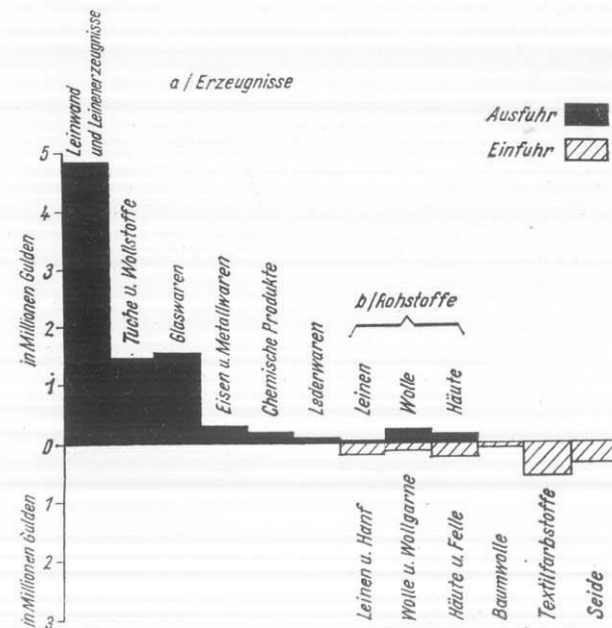
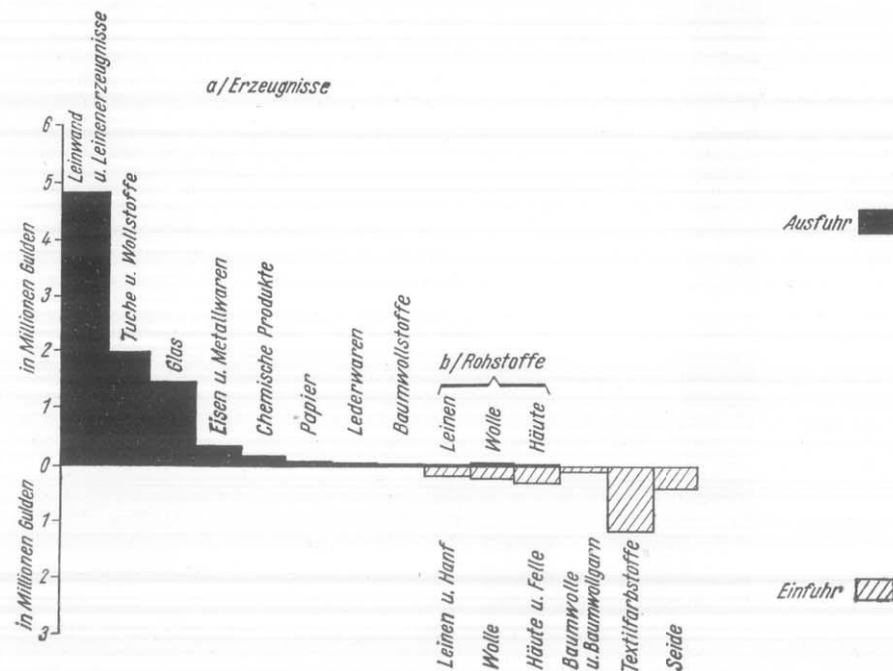


Diagramm 15

Außenhandel Böhmens mit Industrie-
produkten und Industrierohstoffen
im Jahre 1797



Industrieproduktion in Böhmen 1775 - 1798 (nach den Manufakturtabellen)
Gesamtübersicht

Jahr	Anzahl der													
	"Fabriken"	"Fabrikannten"	Meister	Meister u. "Fabrikannten" (Spalten 3 u. 4)	Gesellen	Jungen (= Lehrlinge)	Hilfsarbeiter	Insgesamt (Spalten 5 - 8)	Stühle ¹	Färberreien	Bleichen von Garn	Bleichen von Leinwand	Hämmer	Hütten ²
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1775	25	491	27 376	27 867	10 554	3 675 ³	12 722	54 818	27 619	313		231	118	94
1776	28	1 789	29 544	31 333	10 092	4 280	12 899	58 604	27 669	256		141	131	103
1777	32	2 021	29 888	31 909	10 482	4 186	18 701	65 278	29 522	332		285	130	315
1778	26	3 447	28 270	31 717	8 767	4 429	16 419	61 332	26 064	324		200	165	293
1779	26	2 417	30 495	32 912	11 143	4 681	18 775	67 511	32 634	321		218	172	311
1780	24	1 959	31 476	33 435	12 984	4 592	20 768	71 779	33 220	348		243	173	303
1781	34	.	36 676	36 676	11 679	5 499	20 382	74 236	27 801	.	371	195	125	64
1782	40	.	38 243	38 243	12 593	5 692	28 100	84 628	36 893	.	104	57	152	113
1783 ⁴	46	.	38 854	38 854	13 732	6 231	29 862	88 679	37 806	.	126	59	155	115
1784	49	.	48 949	48 949	13 782	6 136	31 076	99 943	42 144	.	202	78	170	113
1785 ⁵	50	90 389	38 195
1786	63	.	49 832	49 832	17 940	7 825	37 690	113 287	48 750 ⁸	.	206	2 529 ⁶	177	117
1787	85	.	52 760	52 760	18 383	8 804	42 601	122 548	50 501	.	193	100	196	133
1788	95	.	52 508	52 508	18 924	8 400	41 967	121 799	51 987	.	222	109	290	135
1789	197	.	52 397	52 397	19 893	8 305	40 858	121 453	52 231	.	.	.	201	149
1790
1791
1792	83	138 412
1793	135 979	56 618
1794	.	.	51 768	51 768	21 590	9 080	55 613	138 051	57 208
1795	137 816 ⁷
1796	.	.	49 888	49 888	23 987	8 666	55 569	138 110
1797	.	.	52 670	52 670	25 152	10 603	62 344	150 769
1798	.	.	52 987	52 987	24 832	10 822	59 991	148 632

Diese Tabelle ist aus den Summarien der Manufakturtabellen für die Jahre 1775 - 1798 (siehe Quellenverzeichnis) zusammengestellt worden: Die Angaben für die Jahre 1785 und 1792 sind (nach Korrektur der offenkundigen Fehler) nach Riegger, Joseph Anton v., Archiv der Geschichte und Statistik insbesondere von Böhmen, Bd 3, a.a.O. (siehe Anm. 1 zum Text), selbstständig numerierter Nachtrag "Fabriken- und Manufakturenstand in Böhmen im Jahre 1792", S. 2 - 16 (mit Angaben für das Jahr 1785 und 1792) entnommen. Die Summarien der Manufakturtabellen weichen oft von den für die einzelnen Industriezweige oder die einzelnen Kreise errechneten Gesamtsummen (siehe weitere Tabellen) ab, denn die Manufakturtabellen enthalten zahlreiche Rechenfehler und Fehler, die beim Abschreiben oder beim Ergänzen lückenhafter Angaben entstanden sind. Die Tabelle 1 stützt sich auf die ursprünglichen Quellenangaben aus den Summarien; in den weiteren Tabellen, in denen die Summen nach Zweigen oder nach Kreisen errechnet sind, gebe ich an einigen Stellen die abweichenden Summen an, die durch richtiges Addieren entstanden sind. Aber auch diese Angaben sind nicht absolut einwandfrei, denn manchmal sind Fehler in der Manufakturtable beim Abschreiben der Teilangaben entstanden, während die Summe richtig wiedergegeben ist. Einige Fehler lassen sich durch Vergleiche mit weiteren Angaben, durch Gegenproben beim Addieren usw. ermitteln oder korrigieren; in anderen Fällen kann man vorläufig nicht entscheiden, ob der Fehler in der Teilangabe oder in der Summe steckt. Diese Mängel verringern die mathematisch-statistische Genauigkeit der Analyse, können aber die Schlussfolgerungen der Arbeit nicht wesentlich beeinflussen.

Außer den Webstühlen sind in dieser Kolonne der Manufakturtabellen auch andere Produktionsmittel wie Druckertische u. a. enthalten.

2 Außer den Eisenhütten sind in dieser Kolonne der Manufakturtabellen auch Glashütten und Hütten für die Erzeugung verschiedener chemischer Produkte angeführt.

3 In der Tabelle für das Jahr 1775 ist die fehlerhafte Summe 4 675 angegeben.

4 In der Tabelle für das Jahr 1784 sind für das Jahr 1783 folgende abweichende Angaben angeführt: Hammerwerke 152, Hütten 113, Leinen- und Hanfspinner 168 981, Wollspinner 30 119 und Baumwollspinner 10 096 (siehe Tabelle der Spinner). Diese unrichtigen Angaben entstanden offenkundig durch fehlerhaftes Abschreiben der Daten für das Jahr 1782.

5 Außer bei Riegger, Joseph Anton v., Archiv der Geschichte und Statistik insbesondere von Böhmen, Bd 3, a.a.O. (siehe Anm. 1 zum Text), Nachtrag S. 14, für das Jahr 1785, sind auch bei Schreyer, Joseph, Kommerz, Fabriken und Manufakturen ... T. 2, a.a.O. (siehe Anm. 1 zum Text), S. 152 ff., Tabellen angeführt, in denen der Verfasser die Jahre 1785 und 1788 miteinander vergleicht. Durch den Vergleich und durch die Analyse der Schreyerschen und Rieggerschen Daten für das Jahr 1785 habe ich festgestellt, daß sie nicht den Stand des Jahres 1785, sondern des Jahres 1783 festhalten, und dies im wesentlichen nach Kommerz-Manufakturtable des Königreichs Böhmen pro Anno 1783 (Staatliches Zentralarchiv Prag [im folgenden SZA Prag], ČG Com. 1773 - 1783, A/1/1, Kart. 1), wobei die Angaben Rieggers vollständiger sind. Zum Vergleich führe ich wenigstens die zusammengefaßten Angaben aus den zitierten Arbeiten Rieggers und Schreyers an (ohne Korrekturen - in den weiteren Tabellen sind offenkundige Fehler korrigiert).

Produktionszweig	Riegger, Archiv, Bd 3, Nachtrag, S. 14		Schreyer, Kommerz, T. 2, S. 166		
	Anzahl der "Fabriken"	Meister u. Arbeiter	Stühle u. a.	Meister u. Arbeiter	Stühle
Leinenproduktion	2	56 073	29 686	54 894	29 360
Wollproduktion	6	16 731	6 231	16 698	7 230
Baumwollproduktion	4	432	288	432	288
Seidenproduktion	-	496	454	497	454
Drucker und Färber	16	1 388	301	680	-
Produktion von Kattun	.	.	.	692	-
Papierwaren	-	651	122	310	106
Lederproduktion	-	2 681	-	2 081	-
Metallproduktion	3	4 008	51	4 330	-
Glasproduktion	5	4 723	62	4 607	-
Chemische Produktion	11	817	-	816	-
Verschiedene Erzeugnisse	3	1 080	-	1 144	-
Insgesamt	50	89 080	37 195	86 829	37 438

6 Einschließlich Hausbleichen.

7 In der Tabelle für das Jahr 1796 ist für das Jahr 1795 eine falsche Gesamtsumme - 138 051 - angeführt (irrtümlich aus der Tabelle für das Jahr 1794 abgeschrieben). Aus den Teilangaben ergibt sich eine Summe von 137 816.

8 Errechnet nach den Angaben bei Riegger, Joseph Anton v., Materialien zur alten und neuen Statistik von Böhmen, Bd 8, Leipzig-Prag 1788, S. 55 - 124 (Tabellarisches Verzeichnis der Fabriken, Kommerzwerke und Professionen in Böhmen 1786).

*Summe der Spalten 12 u. 13.

Tabelle 2

Industrieproduktion in Böhmen 1775 - 1798
Indizes und prozentualer Anteil

Jahr	Index 1780 = 100					Prozentualer Anteil der einzelnen Kategorien				
	Meister u. "Fabrikannten"	Gesellen	Jungen	Hilfsarbeiter	Insgesamt (Spalten 2 - 5)	Meister u. "Fabrikannten"	Gesellen	Jungen	Hilfsarbeiter	Insgesamt (Spalten 7 - 10)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1775	83	81	80	61	76	50,9	19,2	6,7	23,2	100
1776	94	78	93	62	82	53,5	17,2	7,3	22,0	100
1777	95	81	91	90	91	48,9	16,1	6,4	28,6	100
1778	95	68	96	79	85	51,7	14,3	7,2	26,8	100
1779	98	86	101	90	94	48,8	16,5	6,9	27,8	100
1780	100	100	100	100	100	46,6	18,1	6,4	28,9	100
1781	110	90	120	98	103	49,4	15,8	7,4	27,4	100
1782	114	97	124	135	118	45,2	14,9	6,7	33,2	100
1783	116	106	136	144	124	43,8	15,4	7,1	33,7	100
1784	146	106	134	150	139	49,0	13,8	6,1	31,1	100
1785	126
1786	149	138	170	182	158	44,0	15,8	7,0	33,2	100
1787	158	143	192	205	171	43,0	15,0	7,2	34,8	100
1788	157	146	183	202	170	43,1	15,5	6,9	34,5	100
1789	157	153	181	197	169	43,2	16,4	6,8	33,6	100
1790										
1791										
1792	193
1793	189
1794	154	166	199	268	192	37,6	15,6	6,5	40,3	100
1795	192 ¹
1796	150	185	189	268	192	36,1	17,4	6,3	40,2	100
1797	158	194	231	300	210	34,9	16,7	7,0	41,4	100
1798	158	191	236	289	207	35,6	16,7	7,3	40,4	100

¹ Siehe Anm. 5 zu Tabelle 1.

Tabelle 3

Spinner in Böhmen in den Jahren 1775 - 1798

Jahr	Spinner von							
	Leinen u. Hanf		Wolle		Baumwolle		Insgesamt	
	Anzahl	Index 1780 = 100	Anzahl	Index 1780 = 100	Anzahl	Index 1780 = 100	Anzahl	Index 1780 = 100
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1775	106 877 ¹	80	21 146	62	4 660	70	132 683	76
1776	100 459	75	30 996	91	6 451	98	137 906	79
1777	114 521	85	19 812	58	7 052 ²	107	141 385	81
1778	114 244	85	34 275	101	6 513	98	155 032	89
1779	122 318	92	37 943	112	6 410	97	166 671	96
1780	133 214	100	33 906	100	6 616	100	173 736	100
1781 ³	177 643	133	27 783	82	9 256	140	214 682	125 ³
1782	168 981	127	30 119	89	10 096	153	209 196	120
1783	180 066	135	30 127	89	9 676	146	219 869	129
1784 ⁴	193 853	146	32 716	96	12 127	183	238 696	137
1785 ⁵	180 006	135	30 127	89	9 676	146	219 869	129
1786	213 949	161	37 009	109	19 314	292	270 272	156
1787 ⁶	229 400	172	53 919	159	30 901	467	314 220	181
1788 ⁷	234 008	176	51 087	151	28 747	435	313 842	181
1789	239 046	179	48 218	142	24 477	370	311 741	179
1790								
1791								
1792	249 540	187	56 240	166	34 348	519	340 128	196
1793	251 318	189	53 010	156	37 735	571	342 063	197
1794	241 486	181	50 278	148	40 906	618	332 670	192
1795	212 574	160	46 233	136	28 134	425	286 941	165
1796	213 353	160	67 283	198	21 250	321	301 886	173
1797 ⁸	335 623	252	45 583	134	23 102	349	404 308	233
1798	321 720	242	50 614	149	31 903	482	404 237	233

¹ Klíma, Arnošt, Manufakturní období v Čechách (Die Manufakturperiode in Böhmen), Prag 1955, S. 456, führt irrtümlich 106 887 an.

² Nach den Tabellen für das Jahr 1778 gab es im Jahre 1777 in Böhmen 7 050 Baumwollspinner (s. a. ebenda, S. 456).

³ Nach den Angaben der Tabelle für das Jahr 1782.

⁴ Für das Jahr 1783 in der Tabelle 1784 wurden irrtümlich Angaben für das Jahr 1782 angeführt. Siehe Anm. 3 zu Tabelle 1.

⁵ Schreyer, Joseph, Kommerz, Fabriken und Manufakturen ..., a.a.O., T. 2, (siehe Anm. 1 zum Text), S. 168, gibt diese Angaben

für das Jahr 1785 an, es handelt sich aber offensichtlich um Daten für das Jahr 1783.

⁶ Nach unvollständigen Angaben einer anderen Tabelle für das Jahr 1787 (SZA Prag, ÖG Com. 1786 - 1795, 1/2, 232, Kart. 5) gab es im Jahre 1787 in Böhmen 177 643 Leinen- und Hanfgarnspinner, 27 783 Wollspinner und 8 256 Baumwollspinner.

⁷ Siehe auch Schreyer, Joseph, a.a.O., T. 2, S. 169.

⁸ In der Tabelle wird zwischen ständig Beschäftigten und Gelegenheitsarbeitern unterschieden.

Tabelle 4

Textilproduktion insgesamt¹

Jahr	Anzahl der								Wert der Produktion in Gulden	
	"Fabriken"	"Fabrikanten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfsarbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)	Stühle		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1775	16	294	23 821	23 527	8 006	2 805	10 600	45 232	27 619	
1776	18	883	25 374	24 401	7 366	3 097	11 139	46 976	27 633	
1777	21	945	25 846	24 901	7 694	3 039	17 090	53 669	29 484	
1778	17	2 233	25 570	23 337	6 149	3 214	14 869	49 802	26 007	
1779	17	1 228	27 138	25 910	8 491	3 551	16 926	56 106	31 078	
1780	15	815	27 483	26 668	9 827	3 327	19 210	59 847	33 152	
1781	
1782	25	.	.	31 623	9 409	4 475	24 750	70 257	36 645	
1783	27	.	.	32 092	10 319	4 607	26 942	73 960	37 472	
1784	29	.	.	41 142	10 369	4 543	28 755	84 809	41 919	
1785	29	75 177 ²	37 960 ²	
1786	50	.	.	41 405	13 157	5 741	36 571	96 874	48 750	
1787	49	.	.	44 206	14 205	7 038	38 967	104 416	50 057	
1788	44	.	.	44 358	14 626	6 481	38 600	104 065	51 561	
1789	60	.	.	43 897	15 743	6 526	37 423	103 589	52 704	
1790	
1791	
1792	46	120 743 ²	56 765 ²	
1793	116 048	55 566	
1794	23	.	.	42 866	16 489	7 043	52 231	118 629	56 105	
1795	115 145	53 457	
1796	.	.	.	40 266	18 386	7 514	50 165	116 331	53 346	20 457 982
1797	.	.	.	42 397	19 168	8 345	56 405	126 315	56 482	22 641 665
1798	.	.	.	42 767	19 258	8 579	54 029	124 633	57 597	24 467 283

¹ Siehe weitere Anmerkungen zu den Tabellen 13 - 24, in denen die wichtigsten Zweige der Textilindustrie gesondert aufgeführt sind.

² Mit Ausnahme von Posamentierern.

* Summe von Spalten 3 u. 4.

Tabelle 5

Papierproduktion und polygraphische Industrie

Jahr	Anzahl der							Wert der Produktion in Gulden
	"Fabriken"	"Fabrikanten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfsarbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1775	.	.	127	198	74	61	460	
1776	.	73	155	82	205	85	45	490
1777	.	73	138	65	210	71	60	479
1778	.	62	137	75	210	86	54	487
1779	.	63	133	70	207	77	48	465
1780	.	69	140	71	247	99	52	538
1781
1782	.	.	157	293	91	56	597	
1783	.	.	158	290	150	56	654	
1784	.	.	177	307	164	89	737	
1785	662	
1786	.	.	187	365	189	132	873	
1787	3	.	183	379	216	180	958	
1788	4	.	196	387	202	156	941	
1789	2	.	293	389	179	341	1 202	
1790	
1791	
1792	955	
1793	982	
1794	2	.	189	356	160	254	959	
1795	1 163	
1796	.	.	292	384	149	379	1 204	324 143
1797	.	.	289	382	139	293	1 103	331 215
1798	.	.	293	422	148	318	1 181	341 710

* Summe von Spalten 3 u. 4.

Tabelle 6

Verarbeitung von Leder, Knochen und Federn

Jahr	Anzahl der							Wert der Produktion in Gulden
	"Fabriken"	"Fabrikannten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfsarbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1775	1	1	1 856	1 855	543	186	294	2 879
1776	1	1	2 441	2 440	621	259	106	3 427
1777	1	1	2 391	2 390	737	292	197	3 617
1778	.	.	.	2 365	601	342	185	3 493
1779	.	.	.	2 292	582	297	186	3 357
1780	.	.	.	2 426	700	331	170	3 627
1781
1782	.	.	.	2 644	751	376	121	3 892
1783	.	.	.	2 734	802	420	119	4 075
1784	1	.	.	2 933	802	450	196	4 381
1785	2	4 092
1786	2	.	.	3 077	927	481	238	4 723
1787	1	.	.	3 086	919	467	249	4 721
1788	4	.	.	3 184	992	449	315	4 940
1789	5	.	.	3 147	1 003	435	289	4 874
1790								
1791								
1792	2	3 875
1793	5 024
1794	5	.	.	3 265	1 010	488	218	4 981
1795	5 175
1796	.	.	.	3 424	974	454	208	5 060
1797	.	.	.	3 558	976	533	279	5 346
1798	.	.	.	3 604	946	538	195	5 283
								1 278 312
								1 265 696
								1 533 694 ¹

¹ Ohne Produktionswert der Täschnner.

*Summe von Spalten 3 u. 4.

Tabelle 7

Produktion und Verarbeitung von Eisen und sonstigen Metallen

Jahr	Anzahl der							Wert der Produktion in Gulden
	"Fabriken"	"Fabrikannten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfsarbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1775	2	1	953	952	1 012	374	466	2 809
1776	1	184	1 312	1 128	946	359	279	2 896
1777	2	294	1 527	1 233	783	387	339	3 036
1778	3	256	1 417	1 161	760	388	305	2 870
1779	2	207	1 051	844	767	400	431	2 649
1780	3	222	1 171	949	970	480	400	3 021
1781
1782	5	.	.	1 223	901	390	1 251	3 765
1783	6	.	.	1 279	1 015	489	1 196	3 979
1784	6	.	.	2 209 ¹	1 020	496	698	4 423
1785	2	3 796
1786	26	.	.	1 945	1 325	538	1 248	5 056
1787	16	.	.	2 038	1 366	853	1 165	5 422
1788	17	.	.	1 939	1 408	655	1 225	5 227
1789	33	.	.	1 947	1 529	713	1 383	5 572
1790								
1791								
1792	3	5 520
1793	5 541
1794	15	.	.	1 965	1 915	858	1 004	5 742
1795	6 645
1796	.	.	.	2 034	1 893	823	2 692	7 442
1797	.	.	.	2 050	2 181	830	2 958	8 019
1798	.	.	.	1 973	1 930	818	3 113	7 834
								2 109 290
								2 721 107
								2 723 892

¹ Offensichtlich eine unrichtige Angabe, die dadurch entstanden ist, daß für 1784 bei den Schnallenmachern in der Spalte "Meister" auch die Gesellen und Hilfsarbeiter geführt wurden.

*Summe von Spalten 3 u. 4.

Tabelle 8

Produktion von Glas, Verarbeitung von Steinen und Erden

Jahr	Anzahl der							Wert der Produktion in Gulden
	"Fabriken"	"Fabri- kanten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfs- arbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1775	6	5	690 ⁺	685	713	201	659	2 263
1776	4	333	1 267	934	829	333	714	3 143
1777	5	445	1 300	855	857	313	228 ¹	2 698 ¹
1778	5	631	1 492	861	848	329	758	3 427
1779	6	726	1 628	902	913	305	1 008	3 854
1780	6	663	1 618	955	1 024	311	807	3 760
1781
1782	7	.	1 834	1 088	284	1 506	4 712	
1783	7	.	1 811	1 141	351	1 037	4 340	
1784	6	.	1 824	1 029	397	840	4 090	
1785	4	4 723 ²	
1786	11	.	2 315	1 240	377	1 197	5 111	
1787	8	.	2 246	1 266	400	1 228	5 140	
1788	7	.	2 051	1 241	460	1 038	4 790	
1789	76	.	2 124	1 165	421	1 094	4 804	
1790								
1791								
1792	4	5 378	
1793	5 306	
1794	9	.	2 246	1 452	411	1 262	5 371	
1795	6 965	
1796	.	.	2 562	1 922	548	1 687	6 719	2 024 164
1797	.	.	2 650	1 925	570	1 829	6 974	1 554 174
1798	.	.	2 674	1 883	567	1 606	6 730	1 501 323

1 Ohne Hilfsarbeiter bei der Produktion und Verarbeitung von Glas. 2 Einschließlich Glasarbeiter.

⁺ Summe von Spalten 3 u. 4.

Tabelle 9

Chemische Produktion

Jahr	Anzahl der							Wert der Produktion in Gulden
	"Fabriken"	"Fabri- kanten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfs- arbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1775	.	190	217 ⁺	27	29	4	222	472
1776	4	315	419	104	49	105 ¹	150	723
1777	3	263	344	81	123	37	167	671
1778	1	255	339	84	108	27	198	672
1779	1	193	267	74	102	25	183	577
1780	.	190	254	64	146	9	135	544
1781
1782	3	.	339	70	15	264	688	
1783	5	.	344	45	106 ²	292	787	
1784	7	.	458	48	23	306	835	
1785	12	820	
1786	12	.	475	74	20	389	958	
1787	5	.	474	130	44	301	949	
1788	16	.	479	133	37	432	1 081	
1789	13	.	526	117	26	393	1 062	
1790								
1791								
1792	15	1 240	
1793	1 431	
1794	13	.	624	202	32	464	1 322	
1795	1 306	
1796	.	.	797	166	50	659	1 672	548 518
1797	.	.	760	145	46	720	1 671	695 455 ³
1798	.	.	819	189	45	659	1 712	862 378

1 Diese Angabe ist offensichtlich unrichtig. Sie entstand wahrscheinlich dadurch, daß in der Tabelle für das Jahr 1776 in den Spalten für die Erzeugung von Waschblau die Angaben über Lehrlinge und Hilfsarbeiter verwechselt wurden (59 statt 6). Wahrscheinlich ein Fehler, der dadurch entstanden ist, daß in den Angaben über

die Schwefelproduktion für das Jahr 1783 in den Spalten der Lehrlinge und Hilfsarbeiter die Daten verwechselt wurden (80 Hilfsarbeiter und kein Lehrling).

3 Die Teilangaben enthalten einige Ungenauigkeiten.

⁺ Summe von Spalten 3 u. 4.

Tabelle 10

Holzbearbeitung

Jahr	Anzahl der							Wert der Produktion in Gulden
	"Fabriken"	"Fabri- kanten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfs- arbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1775	.	.	83	22	14	.	119	
1776	.	.	161	30	18	15	224	
1777	.	.	155	28	20	14	217	
1778	.	.	143	39	14	.	196	
1779	.	.	146	32	13	.	191	
1780	.	.	133	35	14	18	200	
1781	
1782	.	.	187	44	40	10	281	
1783	.	.	198	48	37	9	292	
1784	.	.	223	64	29	3	319	
1785	491	
1786	.	.	309	64	28	36	437	
1787	1	.	248	69	35	31	383	
1788	2	.	249	71	50	37	407	
1789	2	.	270	74	51	13	408	
1790								
1791								
1792	2	314	
1793	303	
1794	2	.	207	58	25	16	306	
1795	588	
1796	.	.	476	143	77	77	773	71 786
1797	.	.	384	139	70	38	631	72 947
1798	.	.	402	138	57	42	639	80 749

Tabelle 11

Produktion von Instrumenten und Werkzeugen

Jahr	Anzahl der							Wert der Produktion in Gulden
	"Fabriken"	"Fabri- kanten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfs- arbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1775	.	.	39	14	9	.	62	
1776	.	.	77	23	15	.	115	
1777	.	.	67	22	14	.	103	
1778	.	.	60	14	10	.	84	
1779	.	.	99	28	11	.	138	
1780	.	.	76	28	17	.	121	
1781	
1782	.	.	71	20	12	.	103	
1783	.	.	79	36	23	.	138	
1784	.	.	93	28	21	.	142	
1785	218	
1786	.	.	121	35	22	1	179	
1787	.	.	121	29	18	.	168	
1788	.	.	131	37	23	2	193	
1789	.	.	149	41	25	2	217	
1790								
1791								
1792							248	
1793	250	
1794	.	.	180	49	28	2	259	
1795	394	
1796	.	.	281	43	46	18	388	38 534
1797	.	.	294	41	47	9	391	33 936
1798	.	.	272	37	51	9	369	36 886

Tabelle 12

Zuckerraffinerien

Jahr	Anzahl der								Produktion	
	"Fabriken"	"Fabrikanten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfsarbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)	Kessel	in Zentnern	Wert in Gulden
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1785	3 ¹	.	.	.
1786
1787	2	.	2	4	10	6	22	4	.	.
1788	2	.	4	14	26	10	54	.	.	.
1789	2	.	4	15	25	26	70	12	.	.
1790
1791
1792	2	12 ¹	.	.	.
1793	36	6	.	.
1794	.	.	4	12	31	10	57	14	.	.
1795	69	.	.	.
1796	.	.	2	12	9	2	25	.	.	564 450
1797	.	.	2	1	3	17	23	6	6 785	519 237
1798	.	.	2	5	13	13	33	6	7 124	488 200

1 Davon 3 bei der Produktion von Schokolade.

2 Die Angabe über die Menge der Produktion ist in der Manufakturtable nicht enthalten.

Tabelle 13

Verarbeitung von Leinen und Hanf

Jahr	Anzahl der								Stühle	Wert der Produktion in Gulden
	"Fabriken"	"Fabrikanten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfsarbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1775	2	211	16 781	16 570	5 208	1 807	5 577	29 373	22 201	.
1776	2	752	17 804	17 052	4 427	1 856	6 677	30 764	21 493	.
1777	2	830	17 955	17 125	4 706	1 807	11 377	35 845	22 938	.
1778	1	2 128	17 946	15 818	3 464	1 979	9 539	32 928	19 882	.
1779	1	1 092	19 000	18 008	5 143	2 040	11 705	37 988	23 947	.
1780	1	636	19 088	18 452	6 433	1 846	13 277	40 644	25 864	.
1781
1782	3	.	.	32 520	5 838	2 950	21 122	52 430	29 085	.
1783	3	.	.	22 697	6 165	2 931	22 889	54 682	29 461	.
1784	2	.	.	29 717	6 142	2 772	24 356	62 987	32 638	.
1785	1	56 073	29 660	.
1786	5	.	.	29 752	7 258	3 045	28 214	68 269	36 777	.
1787	4	.	.	32 360	7 781	3 529	30 978	74 648	38 240	.
1788	1	.	.	32 076	8 124	3 643	28 970	72 813	39 039	.
1789	4	.	.	31 182	8 739	3 536	28 497	71 954	39 201	.
1790
1791
1792	2	83 316	41 142	.
1793	78 878	40 666	.
1794	1	.	.	29 065	8 752	4 127	38 235	80 179	41 064	.
1795	79 523	41 421	.
1796	.	.	.	28 414	9 751	4 490	35 512	78 167	38 558	9 389 002
1797	.	.	.	29 885	10 151	5 214	41 059	86 309	40 669	11 235 778
1798	.	.	.	29 773	10 011	5 155	39 702	84 641	40 017	11 350 098

* Summe von Spalten 3 u. 4.

Tabelle 14

Produktion von Tuchen und sonstigen Erzeugnissen aus Wolle

Jahr	Anzahl der								Wert der Produktion in Gulden
	"Fabriken"	"Fabrikanten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfsarbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)	Stühle	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1775	7	9	6 574 ⁺	6 565	2 346	745	4 683	14 348	4 881
1776	7	.	.	6 967	2 412	960	4 133	14 472	5 633
1777	9	.	.	7 352	2 520	978	5 291	16 141	5 896
1778	7	.	.	7 061	2 207	1 019	4 934	15 221	5 305
1779	7	.	.	7 368	2 660	1 159	4 455	15 642	6 362
1780	6	1	7 770	7 769	2 830	1 166	4 947	16 713	6 400
1781									
1782	7	.	.	8 422	2 962	1 225	3 054	15 663	6 742
1783	7	.	.	8 694	3 370	1 226	3 390	16 680	7 186
1784	6	.	.	10 461	3 379	1 354	3 562	18 756	8 052
1785	7	16 757	7 231
1786	13	.	.	10 590	4 431	2 059	7 058	24 138	9 515
1787	9	.	.	9 856	3 988	2 215	5 304	21 363	8 271
1788	12	.	.	10 840	4 307	1 896	7 881	24 924	9 651
1789	15	.	.	10 988	4 619	2 047	7 009	24 663	9 895
1790									
1791									
1792	10							28 460	10 950
1793								28 514	10 935
1794	3	.	.	11 791	5 059	1 845	11 170	29 865	11 094
1795	25 950	8 055 ¹
1796	.	.	.	9 950	5 314	2 307	10 945	28 516	10 762
1797	.	.	.	10 304	5 424	2 293	11 043	29 064	10 850
1798	.	.	.	10 777	5 205	2 440	9 316	27 738	10 874

¹ Außer Stühlen bei der Produktion von ungewalkten Wollstoffen.

⁺ Summe von Spalten 3 u. 4.

Tabelle 15

Produktion von Baumwollstoffen¹

Jahr	Anzahl der								Produktion	
	"Fabriken"	"Fabrikanten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfsarbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)	Stühle	Stück	Wert in Gulden
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1775	3	10	10	.	122	42	68	242	123	
1776	5	9	20	11	159	48	158	385	113	
1777	5	21	26	5	118	107	194	445	191	
1778	5	18	18	.	120	44	178	360	272	
1779	5	26	26	.	116	40	175	357	265	
1780	4	15	15	.	108	28	140	291	215	
1781										
1782	4	.	.	82	166	50	233	531	381	
1783	4	.	.	79	204	45	202	530	373	
1784	4	.	.	170	191	72	269	702	563	
1785	4	432	288	
1786	14	.	.	214	622	187	480	1 503	1 073	
1787	14	.	.	307	932	485	466	2 190	1 424	
1788	4	.	.	507	1 135	361	1 104	3 107	2 064	
1789	18	.	.	802	1 311	376	1 096	3 585	2 427	
1790										
1791										
1792	15							4 659	2 819	
1793								4 953	2 913	
1794	.	.	.	1 192	1 499	602	1 477	4 770	2 882	
1795	6 577	3 097	
1796	.	.	.	1 188	2 148	263	2 326	5 925	3 027	119 409
1797	.	.	.	1 466	2 396	333	2 775	6 970	3 976	83 473
1798	.	.	.	1 547	2 897	562	3 758	8 764	5 830	152 085

1 1775 - 1780: Barchent und Baumwollstoffe;
 1782: Baumwollstoffe, Barchent, Pikee;
 1782 - 1783: dasselbe und Baumwollflor;
 1787 - 1788: Barchent, Pikee, Kattinat (halb-
 wollener und halbleinener Stoff
 in verschiedenen Farben mit
 kleinem Muster - der Aufzug aus
 Flachs, der Schuß aus Baumwoll-
 garn), Nanking, Kitai (unge-
 weißter, feiner Kattun),
 Musselin, Sommermanchester;

1788: auch Watte;
 1789: dasselbe sowie Tüll und Watte;
 1794: Baumwollstoffe, Musselin, Kattinat,
 Pikee, Kitai, Nanking, Wallis,
 Barchent, Sommer- und Winterman-
 chester;
 1795 - 1796: Baumwollstoffe, Musselin, Pikee,
 Wallis, Nanking, Kitai, Kattinat,
 Barchent für Futter, Watte u. a.
 1797 - 1798: dasselbe sowie Molton und Banglet.

⁺ Summe von Spalten 3 u. 4.

Tabelle 16

Kattun- und Leinwanddruckerei¹

Jahr	Anzahl der								Produktion	
	"Fabriken"	"Fabri- kanten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfs- arbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)	Druck- tische	Stück	Wert in Gulden
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1775	3	18	18	45	107	128	316	.		
1776	3	52	.	56	108	95	311	36		
1777	4	36	.	36	28	109	209	38		
1778	3	37	.	27	6	52	122	18		
1779	3	48	.	88	119	159	414	98		
1780	3	80	.	88	89	194	451	66 ²		
1781										
1782	11	.	50	127	92	184	453	247		
1783	12	.	51	199	174	256	680	301		
1784	15	.	141	180	151	190	662	186		
1785	16	696 ³	301		
1786	16	.	91	208	157	322	778	359		
1787	17	.	84	268	283	255	890	359		
1788	24	.	101	266	153	292	812	390		
1789	22	.	73	296	149	468	986	407		
1790										
1791										
1792	18						1 496	508		
1793	18	.					1 190	439		
1794	18	.	93	323	146	745	1 307	460		
1795	.	.	.				1 027	591		
1796	.	.	66	415	215	978	1 674	545	127 233	755 648
1797	.	.	70	424	261	1 100	1 855	573	133 126	787 073 ⁴
1798	.	.	63	429	193	874	1 559	550	156 807	909 432

1 1775 - 1778: Bedrucken von Baumwollstoffen;
1779: Bedrucken von Baumwollstoffen
und 7 Leinwandfärbereien, seit
1780 Bedrucken von Baumwollge-
weben und Leinwand.

2 Nur für Bedrucken von Baumwollgeweben.

3 Nach Schreyer, Joseph, Kommerz, Fabriken

und Manufakturen des Königreichs Böhmeim ...,
T. 2, a.a.O. (siehe Anm. 1 zum Text), S. 152 ff.,
lediglich 680 Produzenten (außer Mustererzeuger).

4 Nach der Manufakturtablelle für das Jahr 1798 be-
trag der Wert der Produktion im Jahre 1798
787 075 Gulden.

Tabelle 17

Produktion von Seidengeweben

Jahr	Anzahl der								Wert der Produktion in Gulden	
	"Fabriken"	"Fabri- kanten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfs- arbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)	Stühle		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1775	1	46	78	32	156	52	30	316	280	
1776	.	70	.	152	56	11	289	240		
1777	.	58	.	164	56	20	298	276		
1778	.	50	.	181	109	18	358	364		
1779	.	62	.	307	131	262	762	392		
1780	.	83	.	240	122	484	929	498		
1781										
1782	.	.	59	147	76	23	305	334		
1783	1	.	96	200	155	49	500	346		
1784	1	.	79	262	103	245	689	502		
1785	.	.	.				486	454		
1786	2	.	290	487	220	328	1 325	1 026		
1787	3	.	293	617	324	262	1 496	1 125		
1788	2	.	303	530	316	160	1 309	807 ¹		
1789	1	.	288	502	287	180	1 257	976		
1790										
1791										
1792	1						1 977	1 346		
1793							1 344	845		
1794	1	.	174	588	197	412	1 371	874		
1795							1 010	697		
1796	.	.	148	533	129	209	1 019	791	386 571	
1797	.	.	150	537	137	217	1 041	788	415 972	
1798	.	.	137	474	132	227	970	671	420 105	

1 Außer Webstühlen bei der Produktion von Seidenbändern.

¹ Summe von Spalten 3 u. 4.

Tabelle 18

Leinweberei

Jahr	Anzahl der							Produktion		
	"Fabriken"	"Fabrikanten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfsarbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)	Stühle	Stück	Wert in Gulden
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1775	.	.	16 498	4 353 ¹	1 768	5 382	28 001	21 972		
1776	.	.	16 731	4 207	1 791	3 984	26 713	21 415		
1777	.	.	16 815	4 497	1 735	4 422	27 469	22 846		
1778	.	.	15 507	3 373	1 916	4 130	24 926	19 823		
1779	.	.	17 722	4 875	1 995	4 605	29 197	23 755		
1780	.	.	18 159	4 549	1 805	5 421	29 934	24 143		
1781		
1782	2 ²	.	21 347	5 659	2 859	7 637	37 502	28 401		
1783	2	.	21 428	5 896	2 844	9 998	40 066	28 775		
1784	1	.	27 998	5 920	2 683	10 892	47 493	31 893		
1785	40 266	28 775		
1786	.	.	27 370	6 802	2 801	12 959	49 932	35 423		
1787	.	.	27 993	7 058	3 156	14 887	53 094	36 370		
1788	.	.	28 141	7 385	3 245	14 642	53 413	37 292		
1789	.	.	27 364	8 026	3 095	15 278	53 763	37 303		
1790		
1791		
1792	58 877	38 811		
1793	55 144	38 646		
1794	.	.	27 108	7 957	3 757	17 013	55 835	39 142		
1795	55 659	39 212		
1796	.	.	25 924	8 458	3 831	13 712	51 925	36 426	547 710	8 060 338
1797	.	.	27 212	8 748	4 488	19 219	59 667	38 272	757 913	9 609 179 ³
1798	.	.	26 993	8 475	4 388	19 054	58 910	37 552	709 934	9 811 077

1 Klima, Arnošt, Manufakturní období v Čechách (Die Manufakturperiode in Böhmen), Prag 1955, S. 460, gibt in Tabelle 6 fälschlich 4 335 an.

2 Ebenda, S. 461/462, wird in Tabelle 8 irrtümlich diese Spalte angeführt, in der Betriebe mit Fabrikberechtigung als "Fabrikanten" angegeben sind. Diese Zahlen werden zu den

Erzeugern von Textilprodukten gerechnet. Ein ähnlicher Fehler befindet sich auch in Klimas Tabellen 11 (S. 462) und 14 (S. 464).

3 Nach der Manufakturtablelle für das Jahr 1798 betrug der Produktionswert im Jahre 1797 10 645 839 Gulden.

Tabelle 19

Spitzenproduktion

Jahr	Anzahl der							Stühle ¹	Wert der Produktion in Gulden
	"Fabriken"	"Fabrikanten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfsarbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1775 ²	1	.	1	833	22	.	856	.	
1776 ³	1	661	.	5	20	2 173	2 859	.	
1777	1	778	.	5	20	6 467	7 270	.	
1778	.	2 040	.	.	.	4 858	6 898	.	
1779	.	1 008	.	200	.	6 620	7 828	.	
1780	.	541	.	1 810	.	7 403	9 754	.	
1781	
1782	12 999	12 999	.	
1783	12 427	12 427	.	
1784	.	.	168	.	.	13 016	13 184	.	
1785	12 457	.	
1786	.	.	186	.	.	13 903	14 089	.	
1787	.	.	1 688	9	4	14 996	16 697	22	
1788	.	.	1 730	.	.	12 444	14 174	22	
1789	.	.	1 669	.	.	11 211	12 880	26	
1790	
1791	
1792	19 185	50	
1793	18 965	23	
1794	.	.	306	8	3	19 165	19 482	10	
1795	16 438	6	
1796	.	.	283	1	8	17 028	17 320	6	524 885
1797 ⁴	.	.	275	3	.	16 511	16 789	5	252 824
1798	.	.	482	3	23	15 604	16 112	7	261 540

1 Unvollständige Angaben über die Webstühle zum Einfassen von Spitzen.

2 Die Angaben sind offensichtlich unvollständig.

3 Unvollständige Angaben.

4 Nach dem Stand der Manufakturtablellen für

das Jahr 1798 befaßten sich im Jahre 1797 in Böhmen 16 787 Personen mit der Spitzenproduktion und der Wert der Produktion betrug 251 794 Gulden.

Tuchmacherei

Jahr	Anzahl der								Produktion	
	"Fabriken"	"Fabrikannten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfsarbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)	Stühle	Stück	Wert in Gulden
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1775	1	.	2 513	673	140	1 449 ¹	4 775	1 983		
1776	1	.	2 784	735	204	1 565	5 288	2 184		
1777	1	.	2 966	838	262	1 991	6 057	2 375		
1778	1	.	2 857	773	231	1 613	5 474	2 193		
1779	1	.	2 934	863	317	1 320	5 434	2 610		
1780	1	.	3 137	1 012	360	1 373	5 882	2 513		
1781										
1782	1	.	3 368	1 056	387	847	5 658	2 694		
1783	1	.	3 462	1 135	375	700	5 672	2 783		
1784	1	.	3 752	1 180	424	1 590	6 946	2 988		
1785	5 672	2 783 ²		
1786	2	.	3 981	1 316	497	2 110	7 904	3 394		
1787	2	.	4 016	1 336	564	2 086	8 002	3 318		
1788	2	.	4 040	1 451	573	2 212	8 276	3 441		
1789	2	.	4 067	1 429	576	1 904	7 976	3 150		
1790										
1791										
1792	3	9 116	3 341		
1793	9 517	3 455		
1794	.	.	4 510	1 553	662	3 069	9 794	3 539		
1795							11 044	3 684		
1796	.	.	3 883	1 908	790	4 562	11 043	3 768	123 797	4 966 409
1797	.	.	4 183	1 959	831	5 173	12 146	4 381	131 765	5 521 593
1798	.	.	4 299	2 013	865	4 602	11 779	3 871	126 612	7 022 569

1 Vgl. Klíma, Arnošt, Manufakturní období v Čechách (Die Manufakturperiode in Böhmen), Prag 1955, S. 460, der in Tabelle 6

1 489 Hilfsarbeiter angibt.

2 Schreyer, Joseph, Kommerz, Fabriken und Manufakturen ..., T. 2, a.a.O. (siehe Anm. 1

zum Text), S. 154, und Riegger, Joseph Anton v., Archiv der Geschichte und Statistik insbesondere von Böhmen, Bd 3, a.a.O. (siehe Anm. 1 zum Text), Nachtrag, S. 2, geben irrtümlich 1783 an.

Tuchscherelei

Jahr	Anzahl der							
	"Fabriken"	"Fabrikannten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfsarbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)	
1	2	3	4	5	6	7	8	
1775	.	.	103	47	16	7	173	
1776	.	.	244	62	36	7	349	
1777	.	.	134	58	23	20	235	
1778	.	.	147	48	20	.	215	
1779	.	.	185	89	43	30	347	
1780	.	.	173	78	26	1	278	
1781								
1782	.	.	189	89	53	13	344	
1783	.	.	203	88	52	.	343	
1784	.	.	233	88	55	.	376	
1785	343	
1786	.	.	247	164	56	3	470	
1787	.	.	244	159	46	2	451	
1788	.	.	242	157	58	3	460	
1789	.	.	229	158	35	2	424	
1790								
1791								
1792							475	
1793							500	
1794	.	.	254	206	57	17	534	
1795							596	
1796	.	.	261	222	85	22	590	
1797	.	.	259	205	90	40	594	
1798	.	.	264	186	84	14	548	

1 Klíma, Arnošt, Manufakturní období v Čechách (Die Manufakturperiode in Böhmen), Prag 1955, S. 461, verschob in Tabelle 7 aus Versehen die Ziffern um eine Spalte nach rechts, so daß die Angaben in der Tabelle für das Jahr 1780 unrichtig sind; unrichtig ist auch die Gesamtsumme (173 gehört in die Spalte "Meister", 78 in die Spalte "Gesellen" und 1 in die Spalte "Hilfsarbeiter").

Tabelle 22

Produktion von Wollstoffen

Jahr	Anzahl der								Produktion	
	"Fabriken"	"Fabri- kanten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfs- arbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)	Stühle	Stück	Wert in Gulden
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1775	3	.	813	593	106	1 020 ¹	2 532	928		
1776	4	.	743	517	177	560	1 997	1 201		
1777	6	.	757	555	142	961	2 415	1 400		
1778	5	.	770	426	199	1 050	2 445	1 204		
1779	5	.	780	572	132	1 080	2 564	1 344		
1780	4	.	749	478	163	859	2 249	1 288		
1781										
1782	3	.	875	422	146	669	2 112	1 427		
1783	4	.	995	434	137	656	2 222	1 586		
1784	4	.	1 448	609	194	737	2 988	2 153		
1785	2	2 222	1 586		
1786	8	.	1 723	1 097	360	2 578	5 758	2 928		
1787	5	.	1 629	842	427	2 079	4 977	2 585		
1788	4	.	1 631	825	350	2 121	4 927	2 630		
1789	4	.	1 828	1 029	321	2 454	5 632	2 952		
1790										
1791										
1792	3	7 301	3 423		
1793	7 299	3 106		
1794	.	.	1 864	1 140	349	4 066	7 419	3 158		
1795							2 129 ²	.		
1796	.	.	1 441	880	269	2 263	4 853	2 364	166 448	1 034 995
1797	.	.	1 463	981	281	1 977	4 702	2 311	101 929	1 090 540
1798	.	.	1 569	908	284	1 705	4 466	2 488	72 196	932 506

¹ Klima, Arnošt, Manufakturní období v Čechách
(Die Manufakturperiode in Böhmen), Prag
1955, S. 460, gibt in Tabelle 6 für dieses

Jahr nur 964 Hilfsarbeiter an.
² Diese Angabe ist offensichtlich unvollständig.

Tabelle 23

Strumpfwirkerei¹

Jahr	Anzahl der								Produktion		
	"Fabriken"	"Fabri- kanten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfs- arbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)	Stühle	Dutzend	Wert in Gulden	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1775	.	.	1 253	623	288	1 600	3 764	1 970			
1776	1	.	1 060	656	328	1 546	3 590	2 248			
1777	1	.	1 286	588	320	1 561	3 755	2 121			
1778	.	.	1 291	537	322	1 738	3 888	1 908			
1779	.	.	1 402	680	442	1 997	4 521	2 408			
1780	.	.	1 396	747	382	2 012	4 537	2 599			
1781											
1782	.	.	1 492	882	387	815	3 576	2 621			
1783	.	.	1 555	1 114	416	1 308	4 393	2 820			
1784	.	.	2 291	1 020	456	801	4 568	2 911			
1785	4 393	2 850			
1786	1	.	1 719	1 274	929	973	4 895	3 189			
1787	.	.	1 824	1 380	1 024	1 244	5 472	3 224			
1788	2	.	1 825	1 316	674	2 702	6 517	3 545			
1789	2	.	1 916	1 449	887	1 930	6 182	3 753			
1790											
1791											
1792							7 268	4 132			
1793							6 922	4 243			
1794	.	.	2 185	1 495	393	2 762	6 835	4 270			
1795							6 616	4 288			
1796	.	.	1 931	1 663	753	2 309	6 656	4 510	158 063	1 422 567	
1797	.	.	1 921	1 379	662	2 138	6 100	4 037	138 708	1 372 205	
1798	.	.	2 227	1 281	796	1 560	5 864	4 351	132 532	1 244 511	

¹ Die Produktion feiner Strümpfe auf einem Wirkstuhl. Außer feinen Wollstrümpfen sind auch Baumwoll- und Seidenstrümpfe inbegriffen (siehe Schreyer, Joseph, Kommerz, Fabriken und Manufakturen des Königreichs Böhme ..., T. 1, a.a.O. (siehe Anm. 1 zum Text), S. 194.

Tabelle 24

Strumpfstrikerer¹

Jahr	Anzahl der							Produktion	
	"Fabriken"	"Fabrikannten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfsarbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)	Paar	Wert in Gulden
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1775	.	.	1 438	272	129	578	2 417		
1776	.	.	1 622	314	137	438	2 511		
1777	.	.	1 655	349	144	724	2 872		
1778	.	.	1 488	306	150	516	2 460		
1779	.	.	1 532	304	138	. ²	1 974 ²		
1780	.	.	1 732	354	147	681	2 914		
1781	.	.							
1782	.	.	1 869	350	163	661	3 043		
1783	.	.	1 854	416	137	710	3 117		
1784	.	.	2 063	284	132	412	2 891		
1785	3 117		
1786	.	.	2 164	357	124	1 346	3 991		
1787	.	.	2 130	334	125	1 289	3 878		
1788	.	.	2 311	301	128	769	3 509		
1789	.	.	2 138	275	119	609	3 141		
1790									
1791									
1792							2 989		
1793							2 997		
1794	.	.	2 168	340	263	1 044	3 815		
1795							3 843		
1796	.	.	1 627	329	148	1 221	3 325	49 185	32 790
1797	.	.	1 605	339	147	1 210	3 301	83 494	83 494
1798	.	.	1 456	318	153	863	2 790	100 680	106 349

¹ Produktion grober gestrickter Woll- und Flachstrümpfe (siehe Schreyer, Joseph, Kommerz, Fabriken und Manufakturen des Königreichs Böhme ..., T. 1, a.a.O. (siehe Anm. 1 zum

Text), S. 197.

² Die Angabe über die Anzahl der Hilfsarbeiter fehlt.

Tabelle 25

Eisenproduktion

Jahr	Anzahl der								Produktion		
	"Fabriken"	"Fabrikannten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfsarbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)	Hammer	Hütten	in Zentnern	Wert in Gulden
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1775	.	.	169	350	119	294	932	112 ¹	36		
1776	1	159	.	299	124	255	837	125	.		
1777	1	253	.	255	123	246	877	125	.		
1778	2	221	.	280	134	246	881	154	.		
1779	1	167	.	315	116	284	882	131	.		
1780	1	169	.	384	106	333	992	129	3 ²		
1781								.			
1782	1	.	225	401	139	343	1 108	149	39		
1783	1	.	178	373	167	295	1 013	147	39		
1784	2	.	200	415	193	614	1 422	161	47		
1785	1	1 013	.	48		
1786	10	.	222	439	181	418	1 260	145	43		
1787	6	.	238	531	251	837	1 857	186	54		
1788	7	.	259	563	249	936	2 007	283	60		
1789	25	.	272	614	287	958	2 131	194	63		
1790											
1791											
1792	1	2 480		66		
1793	10	2 508		67		
1794	10	.	350	956	294	738	2 338		70		
1795							1 495	106	69		
1796	.	.	194	481	213	1 297	2 185	180	61	193 408	1 257 856
1797	.	.	231	553	190	1 391	2 365	179	59	223 419	1 623 521 ⁴
1798	.	.	303	689	311	1 214	2 517	179	59	239 873	1 773 300

¹ In der Tabelle für das Jahr 1775 stimmt die Summe der Teilangaben (111) nicht.

² Offenkundig eine unvollständige Angabe.

³ Schreyer, Joseph, Kommerz, Fabriken und Manufakturen des Königreichs Böhme ..., T. 2, a.a.O. (siehe Anm. 1 zum Text),

S. 122, gibt 172 Meister, 414 Gesellen, 182 Lehrlinge - insgesamt 1 731 Beschäftigte - an.

⁴ Nach der Manufakturtabelle für das Jahr 1798 betrug der Wert der Produktion im Jahre 1797 1 523 521 Gulden.

Tabelle 26

Glas- und Glaswarenproduktion¹

Jahr	Anzahl der								Produktion	
	"Fabriken"	"Fabri- kanten"	Meister	Gesellen	Jungen	Hilfs- arbeiter	Insgesamt (Spalten 3 - 7)	Glas- hütten	Schock	Wert in Gulden
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1775	.	.	39	403	63	548	1 053	44		
1776	2	308	.	502	154	488	1 452	80		
1777	1	414	.	528	181	. ²	1 123	59		
1778	1	608	.	686	205	625	2 124	58		
1779	1	695	.	740	216	777	2 428	66		
1780	1	633 ³	.	675	200	559	2 067	61		
1781										
1782	.	.	825	842	154	779	2 600	65		
1783	.	.	759	847	237	868	2 711	65		
1784	.	.	628	708	288	475	2 099	61		
1785	2 858	62		
1786	1	.	1 123	937	257	804	3 121	64		
1787	1	.	1 061	922	294	952	3 229	69		
1788	1	.	1 298	966	328	967	3 559	68		
1789	67	.	1 032	931	300	851 ⁴	3 114	66		
1790										
1791										
1792	3 541	70		
1793	3 380	71		
1794	.	.	1 052	1 005	242	1 084	3 383	69		
1795							4 307	74		
1796	.	.	1 020	1 264	294	1 397	3 975	77	996 275 ⁵	1 712 538
1797	.	.	1 088	1 209	304	1 498	4 099	77	888 507	1 175 773
1798	.	.	1 110	1 200	290	1 288	3 888	78	.	1 163 633

1 Die Produktion von Rohglas und die Glasraffinerie wurden in den summarischen Übersichten der Manufakturtabellen in den Jahren 1775 - 1780 gemeinsam unter "Glasfabrikatur" geführt. Später wurde die Rohglasproduktion in der Statistik von der Glasraffinerie getrennt, die dann weiter nach einzelnen Arten der Glaserzeugnisse unterteilt wurde.

2 Die Angabe über die Anzahl der Hilfsarbeiter fehlt.

3 Klima, Arnošt, Manufakturní období v Čechách (Die Manufakturperiode in Böhmen), Prag 1955, S. 462, gibt in Tabelle 10 irrtümlich 1633 "Fabrikanten" an.

4 Schreyer, Joseph, a.a.O., T. 2, S. 123, gibt bei den Glaswerkern irrtümlich 104 anstatt 704 Hilfsarbeiter an. Die Angabe über die Hilfsarbeiter bei der Glasraffinerie (S. 147) ist richtig.

5 Nur Produktion der Glashütten.

Tabelle 27

Industrieproduktion in Böhmen im Jahre 1775 (ohne Spinner)

Industriezweig	Anzahl der			Meister u. "Fabrikanten"		Gesellen		Jungen		Hilfsarbeiter		Insgesamt	
	"Fabriken"	"Fabrikannten"	Meister	Anzahl (Spalten 3 u. 4)	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl (Spalten 5, 7, 9, 11)	Prozent
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
I. Textilproduktion	16	294	23 527	23 821	85,5	8 006	75,8	2 805	76,3	10 600	83,3	45 232	82,7
II. Papierproduktion	.	.	127	127	0,4	198	1,9	74	2,0	61	0,5	460	0,8
III. Lederverarbeitung	1	1	1 855	1 856	6,7	543	5,1	186	5,1	294	2,3	2 879	5,2
IV. Eisenproduktion und -verarbeitung	2	1	956	953	3,4	1 012	9,6	374	10,2	466	3,7	2 809	5,1
V. Glasproduktion	6	5	685	690	2,5	713	6,8	201	5,5	659	5,2	2 263	4,1
VI. Chemische Produkte	.	190	27	217	0,8	29	0,3	4	0,1	222	1,7	472	0,8
VII. Holzverarbeitung	.	.	83	83	0,3	22	0,2	14	0,4	.	.	119	0,2
VIII. Produktion von Instrumenten und Werkzeugen	.	.	39	39	0,1	14	0,1	9	0,2	.	.	62	0,1
IX. Lebensmittelindustrie
X. Andere Produkte	.	.	77	77	0,3	17	0,2	8	0,2	420	3,3	522	1,0
Insgesamt	25	491	27 376	27 863	100	10 554	100	3 675 ¹	100	12 722	100	54 818	100

¹ In der Manufakturtable für das Jahr 1775 steht die fehlerhafte Summe 4 675.

Tabelle 28

Industrieproduktion in Böhmen im Jahre 1798 (ohne Spinner)

Industriezweig	Meister u. "Fabrikanten"		Gesellen		Jungen		Hilfsarbeiter		Insgesamt		Wert der Produktion	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl (Spalten 2, 4, 6, 8)	Prozent	in Gulden	Prozent
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
I. Textilproduktion	42 767	80,7	19 258	77,5	8 579	79,2	54 029	90,1	124 633	83,8	24 467 283	76,3
II. Papierindustrie	293	0,6	422	1,7	148	1,4	318	0,5	1 181	0,8	341 710	1,0
III. Lederverarbeitung	3 604	6,8	946	3,8	538	5,0	195	0,3	5 283	3,6	1 533 694	4,8
IV. Produktion und Verarbeitung von Eisen und anderen Metallen	1 973	3,7	1 930	7,8	818	7,6	3 113	5,2	7 834	5,3	2 723 892	8,5
V. Glasproduktion, Verarbeitung von Steinen und Erden	2 674	5,1	1 883	7,6	567	5,2	1 606	2,7	6 730	4,5	1 501 323	4,7
VI. Chemische Produkte	819	1,5	189	0,8	45	0,4	659	1,1	1 712	1,2	862 378	2,7
VII. Holzverarbeitung	402	0,8	138	0,6	57	0,5	42	0,1	639	0,4	80 749	0,3
VIII. Produktion von Instrumenten und Werkzeugen	272	0,5	37	0,1	51	0,5	9	0,0	369	0,2	36 886	0,1
IX. Lebensmittelindustrie	2	0,0	5	0,0	13	0,1	13	0,0	33	0,0	488 200	1,5
X. Andere Produkte	177	0,3	25	0,1	12	0,1	7	0,0	221	0,2	29 823	0,1
Insgesamt	52 983 ¹	100	24 833 ²	100	10 828 ³	100	59 991	100	148 635 ⁴	100	32 065 938 ⁵	100

¹ Nach der Manufakturtable für das Jahr 1798 beträgt die Summe 52 987 Gulden.

² Ebenda beträgt die Summe 24 832 Gulden.

³ Ebenda beträgt die Summe 10 822 Gulden.

⁴ Ebenda beträgt die Summe 148 632 Gulden.

⁵ Ebenda beträgt die Summe 32 158 834 Gulden.

T a b e l l e 29

Prozentualer Anteil der Beschäftigten in den einzelnen Industriezweigen in Böhmen im Jahre 1775

Industriezweig	Meister u. "Fabri- kanten"	Gesellen	Jungen	Hilfs- arbeiter	Insgesamt
1	2	3	4	5	6
I. Textilproduktion	52,7	17,7	6,2	23,4	100
II. Papierproduktion	27,6	43,0	16,1	13,3	100
III. Lederverarbeitung	64,5	18,9	6,4	10,2	100
IV. Produktion und Verarbeitung von Eisen und anderen Metallen	34,0	36,1	13,3	16,6	100
V. Glasproduktion	30,5	31,5	8,9	29,1	100
VI. Chemische Produktion	46,0	6,1	0,9	47,0	100
VII. Holzverarbeitung	69,7	18,5	11,8	-	100
VIII. Produktion von Instrumenten und Werkzeugen	62,9	22,6	14,5	-	100
IX. Lebensmittelindustrie	100
X. Andere Industriezweige	14,8	3,2	1,5	80,5	100
Insgesamt	50,9	19,2	6,7	23,2	100

T a b e l l e 30

Prozentualer Anteil der Beschäftigtenkategorien in den einzelnen Industriezweigen
in Böhmen im Jahre 1798

Industriezweig	Meister u. "Fabri- kanten"	Gesellen	Jungen	Hilfs- arbeiter	Insgesamt
1	2	3	4	5	6
I. Textilproduktion	34,3	15,4	6,9	43,4	100
II. Papierindustrie	24,8	35,7	12,5	27,0	100
III. Lederverarbeitung	68,2	17,9	10,2	3,7	100
IV. Produktion und Verarbeitung von Eisen und anderen Metallen	25,2	24,6	10,5	39,7	100
V. Glasproduktion	39,7	28,0	8,4	23,9	100
VI. Chemische Produkte	47,9	11,0	2,6	38,5	100
VII. Holzverarbeitung	62,9	21,6	8,9	6,6	100
VIII. Produktion von Instrumenten und Werkzeugen	73,7	10,0	13,8	2,5	100
IX. Lebensmittelindustrie	6,1	15,1	39,4	39,4	100
X. Andere Industriezweige	80,1	11,3	5,4	3,2	100
Insgesamt	35,6	16,7	7,3	40,4	100

Industrieproduktion in Böhmen 1783 - 1797 nach Kreisen
Absolute Zahlen und Indizes

Kreis	Anzahl der										Index (1783 = 100)									
	Meister u. "Fabrikanten" ¹		Gesellen		Jungen		Hilfs- arbeiter		Insgesamt		Meister u. "Fabrikanten" ¹		Gesellen		Jungen		Hilfs- arbeiter		Insgesamt	
	1783	1797	1783	1797	1783	1797	1783	1797	1783	1797	1783	1797	1783	1797	1783	1797	1783	1797	1783	1797
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Boleslav	3 995	6 018	993	2 972	431	1 246	992	5 718	6 411	15 954	100	151	100	299	100	289	100	576	100	249
Hradec Králové	6 449	8 024	1 689	2 433	967	1 610	2 141	8 670	11 246	20 737	100	124	100	144	100	167	100	405	100	184
Bydžov	2 439	3 810	668	1 765	264	872	1 095	3 066	4 466	9 513	100	156	100	264	100	330	100	280	100	213
Chrudim	4 345	4 968	734	1 306	491	815	477	1 916	6 047	9 005	100	114	100	178	100	166	100	402	100	149
Čáslav	2 141	2 569	772	1 170	290	367	483	1 965	3 686	6 071	100	120	100	152	100	127	100	407	100	165
Kouřim	815	638	258	288	178	96	58	489	1 309	1 511	100	78	100	117	100	54	100	843	100	115
Tábor	2 545	3 256	632	1 220	261	402	451	2 201	3 889	7 079	100	128	100	193	100	154	100	488	100	182
Budějovice	1 371	2 450	580	935	194	352	58	2 679	2 203	6 416	100	179	100	161	100	181	100	4 619 ²	100	291
Prácheň	2 059	2 504	716	764	237	315	910	2 753	3 922	6 336	100	122	100	107	100	133	100	303	100	162
Píseň	1 527	1 736	381	696	150	326	249	973	2 307	3 731	100	114	100	183	100	217	100	391	100	162
Klatovy	1 554	2 214	313	945	127	732	293	1 515	2 287	5 406	100	142	100	302	100	576	100	517	100	236
Žatec	857	1 277	403	727	178	241	2 243	4 722	3 681	6 967	100	149	100	180	100	135	100	211	100	189
Loket	2 576	3 598	899	2 404	308	532	9 493	13 311	13 276	19 845	100	140	100	267	100	172	100	140	100	149
Litoměřice	4 591	6 477	2 545	5 073	909	1 733	3 607	9 889	11 652	23 172	100	141	100	199	100	191	100	274	100	199
Rakovník	438	530	171	167	72	89	52	190	733	976	100	121	100	98	100	124	100	365	100	120
Beroun	640	1 384	389	483	142	255	436	414	1 607	2 536	100	216	100	124	100	180	100	95	100	158
Stadt Praha	536	861	622	1 147	348	525	294	1 183	1 800	3 716	100	161	100	184	100	151	100	402	100	206
Insgesamt	38 878	52 314	12 765	24 495	5 547	10 508	23 332	61 654	80 522	148 971	100	135	100	192	100	189	100	264	100	185

1 1783 Meister und "Fabrikanten", 1797 Meister.

2 Das starke Ansteigen des Index ist dadurch verursacht, daß die Angaben für das Jahr 1783 offensichtlich unvollständig sind.

Tabelle 32

Industrieproduktion in Böhmen im Jahre 1783 nach Kreisen

Prozentualer Anteil

Kreis	Meister u. "Fabri- kanten"	Gesellen	Jungen	Hilfs- arbeiter	Insgesamt (Spalten 2 - 5)	Stühle
1	2	3	4	5	6	7
Boleslav	10,4	7,8	7,8	4,2	8,0	8,0
Hradec Králové	16,6	13,2	17,4	9,2	14,0	19,8
Bydžov	6,3	5,2	4,7	4,7	5,5	6,6
Chrudim	11,2	5,8	8,8	2,0	7,5	12,1
Čáslav	5,5	6,1	5,2	2,0	4,6	5,1
Kouřim	2,1	2,0	3,2	0,2	1,6	2,1
Tábor	6,5	5,0	4,7	1,9	4,8	6,2
Budějovice	3,5	4,6	3,5	0,2	2,7	3,1
Prácheň	5,3	5,6	4,3	3,9	4,9	4,0
Plzeň	3,9	3,0	2,7	1,1	2,9	2,4
Klatovy	4,0	2,4	2,3	1,6	2,8	5,0
Žatec	2,2	3,2	3,2	10,4	4,6	1,9
Loket	6,6	7,0	5,6	40,0	16,5	5,4
Litoměřice	11,8	19,9	16,4	15,4	14,5	14,6
Rakovník	1,1	1,3	1,3	0,2	0,9	1,0
Beroun	1,6	3,0	2,6	1,9	2,0	1,0
Stadt Praha	1,4	4,9	6,3	1,2	2,2	1,7
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Tabelle 33

Industrieproduktion in Böhmen im Jahre 1797 nach Kreisen

Prozentualer Anteil

Kreis	Meister u. "Fabri- kanten"	Gesellen	Jungen	Hilfs- arbeiter	Insgesamt (Spalten 2 - 5)	Wert der Produktion
1	2	3	4	5	6	7
Boleslav	11,5	12,1	11,9	9,3	10,7	14,7
Hradec Králové	15,4	9,9	15,3	14,0	13,9	11,3
Bydžov	7,3	7,4	8,3	5,0	6,4	6,4
Chrudim	9,5	5,3	7,7	3,1	6,0	5,8
Čáslav	4,9	4,8	3,5	3,2	4,1	5,1
Kouřim	1,2	1,2	0,9	0,8	1,0	0,7
Tábor	6,2	5,0	3,8	3,6	4,8	5,2
Budějovice	4,7	3,8	3,4	4,3	4,3	4,2
Prácheň	4,8	3,1	3,0	4,4	4,3	3,0
Plzeň	3,3	2,8	3,1	1,6	2,5	4,8
Klatovy	4,2	3,8	7,0	2,5	3,6	4,4
Žatec	2,4	2,9	2,3	7,7	4,7	2,9
Loket	6,9	9,8	5,1	21,6	13,3	7,2
Litoměřice	12,5	20,7	16,5	16,0	15,6	14,2
Rakovník	1,0	0,7	0,8	0,3	0,6	0,6
Beroun	2,6	2,0	2,4	0,7	1,7	3,4
Stadt Praha	1,6	4,7	5,0	1,9	2,5	6,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Tabelle 34 a
Spinner in Böhmen nach Kreisen 1783 - 1789¹

Kreis	1783				1784				1786				1787				1788				1789				Gesamtzahl der Bevölkerung 1789 ²
	Leinen u. Hanf	Wolle	Baumwolle	Insgesamt	Leinen u. Hanf	Wolle	Baumwolle	Insgesamt	Leinen u. Hanf	Wolle	Baumwolle	Insgesamt	Leinen u. Hanf	Wolle	Baumwolle	Insgesamt	Leinen u. Hanf	Wolle	Baumwolle	Insgesamt	Leinen u. Hanf	Wolle	Baumwolle	Insgesamt	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
Boleslav	25 426	3 529	888	29 843	24 778	3 799	207	28 784	26 778	5 865	321	32 964	27 859	5 263	350	33 472	27 487	5 738	404	35 629	29 266	5 442	422	35 130	277 897
Hradec Králové	29 609	1 417	491	31 517	29 657	1 387	399	31 443	30 978	1 449	302	32 729	33 242	1 662	279	35 183	32 806	1 868	304	34 978	33 427	2 005	301	35 733	239 221
Bydžov	25 364	178	213	25 755	26 913	122	201	27 236	29 629	572	396	30 597	33 691	532	834	35 057	32 684	813	3 421	36 918	34 149	848	3 499	38 496	176 123
Chrudim	26 313	745	1 020	28 078	26 939	1 033	980	28 952	29 635	1 184	1 262	32 081	30 768	1 907	2 107	34 782	31 654	2 120	2 162	35 936	32 249	2 526	1 406	36 181	217 538
Čáslav	11 442	3 238	3 456	18 136	6 650	3 238	3 456	13 344	6 612	3 477	4 663	14 752	5 702	5 251	8 579	19 532	5 181	5 539	8 534	19 254	6 487	6 681	6 750	19 918	161 763
Kouřim	4 540	849	879	6 268	190 ³	200	700	1 090	10 922	768	1 722	13 412	11 798	895	2 427	15 120	11 588	1 078	1 507	14 173	10 740	1 417	1 615	13 772	128 348
Tábor	9 059	2 653	556	12 268	10 231	2 882	1 234	14 347	10 990	2 265	1 154	14 409	10 470	2 873	2 494	15 837	9 374	2 434	2 086	13 894	9 922	2 473	1 849	14 244	149 438
Budějovice	14 174	2 469	36	16 679	20 304	3 052	69	23 425	20 549	3 360	568	24 477	19 041	12 119	671	31 831	24 330	6 867	460	31 657	22 996	7 488	247	30 731	168 368
Frácheň	802	991	15	1 808	5 374 ³	1 076	16	6 466	2 372	2 072	37	4 481	2 433	2 346	38	4 817	2 446	2 380	26	4 852	2 214	2 276	27	4 517	194 511
Plzeň	754	1 312	.	2 066	7 502	1 788	.	9 290	7 986	1 596	8	9 550 ¹⁴	7 520	2 347	8	9 875	7 520 ⁵	2 347	8	9 875	8 734	2 693	103	11 530	162 001
Klatovy	4 050	2 524	.	6 574	75 ⁴	2 498	.	2 573 ⁴	6 103	2 853	1	8 957	6 159	3 860	16	10 035	6 279	4 894	20	11 193	6 497	4 754	18	11 269	124 116
Žatec	196	400	60	656	192	763	296	1 251	493	517	2 159	3 169	262	825	1 692	2 779	280	592	1 985	2 857	242	1 021	1 552	2 815	109 011
Loket	4 169	4 214	794	9 177	4 739	5 370	1 300	11 409	4 320	6 964	2 227	13 511	3 899	6 740	3 032	13 671	4 891	6 339	3 164	14 394	5 397	6 533	4 722	16 652	154 836
Litoměřice	18 155	4 461	945	23 561	20 375	4 599	2 226	27 200	23 575	5 168	3 639	32 382	25 424	5 772	4 486	35 682	25 526	5 911	2 300	33 737	25 452	5 301	1 800	32 553	275 597
Rakovník	841 ⁶	581	287	1 709	3 954 ⁶	398	490	4 842	4 243	459	582	5 284	4 148	441	677	5 266	4 064	815	738	5 617	3 297	1 300	572	5 169	118 500
Bečov	4 972	461	6	5 439	5 818	671	13	6 502	6 535	688	50	7 273	6 784	707	341	7 832	7 600	1 029	393	9 022	7 657	442	137	8 236	120 922
Stadt Praha	200	105	30	335	162	140	540	842	169	367	801	1 337	202	379	2 870 ¹³	3 451	307	323	1 235	1 865	289	313	1 257	1 859	74 273
Insgesamt	180 066	30 127	9 676	219 869	193 853	33 016 ⁷	12 127	238 996	221 889	39 584	19 892	281 365	229 402 ⁸	53 919	30 901	314 222 ⁹	234 017 ¹⁰	51 087	28 747	313 851 ¹¹	239 015 ¹²	53 513 ¹²	26 277 ¹²	318 805	2 852 445

1 Zusammengestellt nach den Tabellen der Spinner, die den betreffenden Manufaktur-tabelle beigelegt sind. Die Angaben für das Jahr 1786 nach Riegger, Joseph Anton v., Materialien zur alten und neuen Statistik von Böhmen, Bd 8, a.a.O. (siehe Anm. 1 zum Text), S. 105. Die Statistik der Spinner aus den Jahren 1775 - 1782 nach Kreisen siehe Klíma, Arnošt, Manufaktury období v Čechách (Die Manufakturperiode in Böhmen), Prag 1955, S. 456/457 (in der Gesamtsumme der Flachsspinner für das Jahr 1775 muß die Summe richtig 106 817 lauten).

2 Nach Riegger, Joseph Anton v., Archiv der Geschichte und Statistik insbesondere von Böhmen, Bd 2, a.a.O. (siehe Anm. 1 zum Text), Beilage, Tabelle XL.
3 Die Angaben für den Kreis von Kouřim und Frácheň für das Jahr 1784 entsprechen nicht der Gesamtentwicklung; wahrscheinlich wurden die Zahlen für diese beiden Kreise verwechselt.
4 Offenkundig unvollständige Angaben, wie aus dem Vergleich mit dem Jahre 1783 hervorgeht. Für das Jahr 1786 gibt Riegger, Joseph Anton v., Materialien zur alten und neuen

Statistik von Böhmen, Bd 3, a.a.O. (siehe Anm. 1 zum Text), S. 628, für den Kreis Klatovy 6 103 Flachsspinner an, was den Angaben der Manufaktur-tabelle für das Jahr 1787 entspricht, wo 6 159 Spinner erwähnt wurden.
5 Dieselbe Angabe wie für das Jahr 1787.
6 Die Angabe für das Jahr 1783 ist offensichtlich unvollständig.
7 Im Summarium der Tabelle beträgt die Summe 32 716.
8 Im Summarium der Tabelle beträgt die Summe 229 400.
9 Im Summarium der Tabelle beträgt die Summe 314 220.
10 Im Summarium der Tabelle beträgt die Summe 234 008.
11 Im Summarium der Tabelle beträgt die Summe 313 842.

12 Im Summarium der Tabelle stehen andere Gesamtsummen: für Flachs 239 046, für Wolle 48 218 und für Baumwolle 24 477. Die größere Abweichung bei Wolle und Baumwolle wurde wahrscheinlich durch Auslassung der Angaben für den Kreis Litoměřice verursacht.
13 Nach Riegger, Joseph Anton v., Materialien zur alten und neuen Statistik von Böhmen, Bd 4, a.a.O. (siehe Anm. 1 zum Text), S. 704 f., arbeiteten für die sieben wichtigsten Baumwollspinnereien in Prag 3 932 Spinner. In dieser Zahl

sind aber auch die Spinner aus dem Gebiet außerhalb des Bereichs der Hauptstadt Prag inbegriffen.
14 Ebenda, Bd 8, S. 105, sind fälschlich 9 450 angegeben.

Spinner in Böhmen nach Kreisen 1793 - 1798

Kreis	1793				1794				1796				1797				1798			
	Leinen u. Hanf	Wolle	Baum- wolle	Insgesamt	Leinen u. Hanf	Wolle	Baum- wolle	Insgesamt	Leinen u. Hanf	Wolle	Baum- wolle	Insgesamt	Leinen u. Hanf	Wolle	Baum- wolle	Insgesamt	Leinen u. Hanf	Wolle	Baum- wolle	Insgesamt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Boleslav	33 446	6 852	1 124	41 422	30 714	6 573	1 341	38 628	28 944	9 926	1 224	40 094	43 328	7 865	1 387	52 580	44 306	8 304	1 597	54 207
Hradec Králové	30 251	1 805	585	32 641	30 320	1 930	679	32 929	27 733	2 084	744	30 561	32 196	2 135	744	35 075	34 196	2 272	789	37 257
Bydžov	33 671	843	4 096	38 610	33 192	741	3 995	37 928	25 397	379	1 612	27 388	41 232	482	2 958	44 672	23 739	482	2 500	26 721
Chrudim	37 059	2 445	4 049	43 553	35 040	2 258	4 128	41 426	21 300	20 050	2 118	43 468	32 688	3 969	1 942	38 599	26 500	4 000	2 150	32 650
Čáslav	12 882	4 762	7 141	24 785	11 219	4 567	9 062	24 848	9 109	4 499	3 249	16 857	20 178	4 395	3 252	27 825	19 882	5 211	11 759	36 852
Kouřim	8 267	1 086	1 758	11 111	8 298	1 123	1 920	11 341	9 206	491	711	10 408	6 918	725	425	8 068	6 080	730	450	7 260
Tábor	10 267	3 070	3 017	16 354	9 896	3 645	3 025	16 566	16 632	3 144	1 995	21 771	20 274	3 403	2 173	25 850	20 174	3 685	2 280	26 139
Budějovice	19 893	5 918	734	26 545	19 149	6 400	1 168	26 717	15 202	4 068	500	19 770	21 237	3 148	161	24 546	21 200	4 000	150	25 350
Prácheň	2 745	2 012	29	4 786	2 590	2 072	29	4 691	8 682	1 257	22	9 961	21 080	606	10	21 696	21 141	1 594	99	22 834
Plzeň	2 019	3 583	332	5 934	1 833	2 981	396	5 210	1 833	2 981	396	5 210	17 564	2 218	641	20 423	19 031	2 604	588	22 223
Klatovy	8 380	5 484	10	13 874	8 280	5 461	10	13 751	12 775	4 721	68	17 564	17 806	5 035	70	22 911	18 348	5 571	72	23 991
Žatec	4 600	1 987	4 297	10 884	4 100	154	4 293	8 547	1 867	493	1 316	3 676	6 777	971	1 743	9 491	7 117	1 087	1 864	10 068
Loket	5 301	5 093	5 439	15 833	5 522	4 750	5 173	15 445	5 421	4 450	5 270	15 141	4 300	4 200	5 180	13 680	3 700	4 310	6 100	14 110
Litoměřice	28 331	4 787	3 184	36 302	28 605	4 807	3 648	37 060	22 047	3 110	295	25 452	44 536	4 996	452	49 984	47 078	5 081	345	52 504
Rakovník	2 714	1 416	1 126	5 256	2 753	1 440	1 171	5 364	5 350	4 320	1 186	10 856	4 099	225	1 234	5 558	4 145	320	630	5 095
Beroun	10 282	1 187	500	11 969	8 765	776	654	10 195	945	610	46	1 601	500	500	20	1 020	4 383	493	30	4 906
Stadt Praha	1 224	680	314	2 218	1 210	1 210	214	2 634	910	700	500	2 110	910	700	700	2 310	700	870	500	2 070
Insgesamt	351 332 ¹	53 010	37 735	342 077 ²	241 486	50 888 ³	40 906	333 280 ⁴	213 353	67 283	21 252 ⁵	301 886 ⁶	335 623	45 573 ⁷	23 092 ⁸	404 288 ⁹	321 720	50 614	31 903	404 237

1 Nach dem Summarium der Manufakturtable für das Jahr 1794 beträgt die Summe 251 318.

2 Nach dem Summarium ebenda beträgt die Summe 324 063.

3 Nach dem Summarium ebenda beträgt die Summe 50 278.

4 Nach dem Summarium ebenda beträgt die Summe 330 670.

5 Nach dem Summarium der Manufakturtable für das Jahr 1796 beträgt die Summe 21 250.

6 Nach dem Summarium ebenda beträgt die Summe 301 886.

7 Nach dem Summarium der Manufakturtable für das Jahr 1797 beträgt die Summe 45 583.

8 Nach dem Summarium ebenda beträgt die Summe 23 102.

9 Nach dem Summarium ebenda beträgt die Summe 404 308.

Spinner in Böhmen 1775 - 1798
 Prozentualer Anteil nach Kreisen¹

Kreis	Leinen u. Hanf				Wolle				Baumwolle				Insgesamt				Auf 1 000 Einwohner entfielen 1789 ² Spinner
	1775	1780	1789	1798	1775	1780	1789	1798	1775	1780	1789	1798	1775	1780	1789	1798	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Boleslav	10,6	13,9	12,2	13,8	14,2	1,2	10,2	16,4	3,7	9,1	1,6	5,0	10,9	11,2	11,0	13,4	126
Hradec Králové	17,4	16,4	14,0	10,6	4,9	3,4	3,8	4,6	5,1	1,2	1,1	2,5	15,0	13,4	11,2	9,2	149
Bydžov	13,9	16,8	14,3	7,4	0,5	0,5	1,6	1,0	0,1	2,6	13,3	7,8	11,4	13,1	12,2	6,6	174
Chrudim	6,9	10,8	13,5	8,2	4,4	1,5	4,7	7,9	28,3	19,7	5,4	6,8	7,3	9,4	11,4	8,1	166
Čáslav	2,7	5,4	2,7	6,2	7,1	4,5	12,5	10,3	22,8	31,4	25,7	36,9	4,1	6,2	6,1	9,1	119
Kouřim	0,1	0,0	4,5	1,9	0,2	0,1	2,6	1,4	13,7	9,9	6,1	1,4	0,6	0,4	4,3	1,8	108
Tábor	1,9	2,5	4,2	6,3	2,0	2,6	4,6	7,3	13,3	12,8	7,0	7,1	2,3	2,9	4,5	6,4	95
Budějovice	18,1	15,3	9,6	6,6	12,5	5,9	14,0	7,9	0,7	0,5	0,9	0,5	16,6	12,8	9,7	6,3	183
Prácheň	6,4	0,9	0,9	6,6	4,5	42,8	4,2	3,2	0,5	0,2	0,1	0,3	5,9	9,0	1,4	5,6	23
Plzeň	1,2	0,3	3,7	5,9	4,0	2,9	5,0	5,1	-	-	0,4	1,8	1,6	0,8	3,6	5,5	71
Klatovy	0,2	0,0	2,7	5,7	6,9	5,4	8,9	11,0	-	-	0,1	0,2	1,3	1,1	3,5	5,9	91
Žatec	0,0	0,0	0,1	2,2	0,2	0,3	1,9	2,1	-	0,0	5,9	5,8	0,0	0,1	0,9	2,5	26
Loket	2,6	2,8	2,3	1,1	20,2	15,5	12,2	8,5	2,4	3,4	18,0	19,1	5,3	5,3	5,2	3,5	109
Litoměřice	11,9	10,1	10,6	14,6	15,8	11,4	9,9	10,0	5,5	8,7	6,9	1,1	12,3	10,3	10,2	13,1	118
Rakovník	1,0	0,7	1,4	1,3	1,2	0,5	2,4	0,6	1,1	0,5	2,2	2,0	1,0	0,6	1,6	1,3	44
Beroun	5,1	4,1	3,2	1,4	1,4	1,2	0,8	1,0	2,8	0,0	0,5	0,1	4,4	3,4	2,6	1,2	68
Stadt Praha	-	-	0,1	0,2	-	-	0,6	1,7	-	-	4,8	1,6	-	-	0,6	0,5	25
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	112

1 Die Angaben für das Jahr 1775 und 1780 wurden errechnet nach Klíma, Arnošt, Manufakturní období v Čechách (Die Manufakturperiode in Böhmen), Prag 1955, S. 456/457, Tabelle 2, die Angaben für das Jahr 1789 und 1798 nach den absoluten Daten in Tabellen 34a und 34b der vorliegenden Arbeit.

2 Errechnet unter Verwendung der Daten bei Riegger, Joseph Anton v., Archiv der Geschichte und Statistik insbesondere von Böhmen, Bd 2, a.a.O. (siehe Anm. 1 zum Text), Beilage, Tabelle XL.

Tabelle 36

Spinner in Böhmen 1775 - 1798 nach Kreisen¹
1780 = 100

Kreis	Leinwand u. Hanf				Wolle				Baumwolle				Insgesamt			
	1775	1780	1789	1798	1775	1780	1789	1798	1775	1780	1789	1798	1775	1780	1789	1798
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Boleslav	61	100	160	240	720	100	1 302	1 987	29	100	70	267	74	100	180	278
Hradec Králové	85	100	153	156	83	100	160	180	305	100	386	1 188	86	100	154	160
Bydžov	67	100	152	106	60	100	477	271	2	100	2 034	1 454	66	100	169	117
Chrudim	51	100	223	183	181	100	491	777	102	100	108	166	59	100	221	200
Čáslav	39	100	91	278	98	100	440	343	51	100	325	566	50	100	179	342
Kouřim	253	100	21 918	12 408	98	100	3 295	1 698	97	100	245	68	108	100	1 836	968
Tábor	61	100	300	610	47	100	225	423	73	100	219	270	61	100	283	520
Budějovice	95	100	113	104	133	100	377	206	103	100	749	455	99	100	138	113
Prácheň	591	100	191	1 827	7	100	15	11	147	100	180	660	50	100	29	146
Plzeň	373	100	2 539	5 532	86	100	275	266	161	100	872	1 681
Klatovy	476	100	15 433	43 690	80	100	259	303	88	100	599	1 275
Žatec	35	100	465	13 687	37	100	1 122	1 195	36	100	1 955	6 992
Loket	72	100	145	100	82	100	124	82	50	100	2 118	2 735	77	100	181	154
Litoměřice	95	100	189	350	86	100	137	131	44	100	311	50	91	100	182	293
Rakovník	112	100	359	452	149	100	760	187	147	100	1 682	1 853	119	100	460	454
Beroun	99	100	140	80	78	100	113	125	6 500	100	6 850	1 500	100	100	140	84
Stadt Praha
Insgesamt ²	80	100	179	242	62	100	142	149	70	100	370	482	76	100	179	233

¹ Errechnet wie die Daten der Tabelle 35. - Für die Kreise Plzeň und für Prag gibt es 1780 keine Angaben über Baumwollspinner, für den Kreis Žatec wird nur 1 Spinner angeführt; der Index für die Jahre 1789 und 1798 ist nicht errechnet worden, denn er wäre viel zu hoch.

² Nach den Indizes in Tabelle 2. Allerdings weichen die Gesamtsummen von den Summen für die einzelnen Kreise, hauptsächlich im Jahre 1798, etwas ab.

Tabelle 37

Prozentualer Anteil der Meister in den einzelnen Industriezweigen 1786 nach Kreisen

Kreis	Textil- industrie	Papier- industrie	Leder- industrie	Produktion u. Verarbeitung von Eisen u. a. Metallen	Glasindustrie, Verarbeitung von Steinen u. Erden	Chemische Produkte
1	2	3	4	5	6	7
Boleslav	11,2	3,7	9,7	3,6	26,4	5,1
Hradec Králové	16,1	4,3	8,2	2,3	2,2	4,0
Bydžov	6,7	7,5	4,4	2,4	4,6	2,9
Chrudim	11,1	4,3	5,0	0,8	1,1	2,9
Čáslav	4,8	4,3	4,8	1,7	2,1	12,4
Kouřim	1,8	1,6	3,1	0,5	2,0	12,6
Tábor	9,4	4,3	4,5	0,9	0,5	9,5
Budějovice	4,3	5,9	4,8	2,8	1,7	5,1
Prácheň	4,8	1,6	8,7	1,7	2,4	11,0
Plzeň	3,4	5,3	7,4	4,6	2,4	2,7
Klatovy	6,0	6,4	3,9	1,6	2,4	10,7
Žatec	1,7	4,3	4,5	5,3	0,6	3,8
Loket	4,6	13,9	11,1	21,0	2,9	9,7
Litoměřice	11,0	4,8	10,4	30,2	45,8	.
Rakovník	0,9	0,5	2,7	0,9	0,3	4,7
Beroun	1,5	.	4,0	7,7	0,4	.
Stadt Praha	0,7	27,3	2,8	12,0	2,2	2,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

T a b e l l e 38

Prozentualer Anteil der Gesellen in den einzelnen Industriezweigen 1786 nach Kreisen

Kreis	Textil- industrie	Papier- industrie	Leder- industrie	Produktion u. Verarbeitung von Eisen u. a. Metallen	Glasproduktion u. Verarbeitung von Steinen u. Erden	Chemische Produkte
1	2	3	4	5	6	7
Boleslav	11,9	4,4	9,8	4,1	13,2	4,0
Hradec Králové	15,0	4,1	7,6	1,9	1,2	5,4
Bydžov	6,7	1,4	5,0	1,5	2,7	1,4
Chrudim	6,2	6,5	6,5	0,8	0,3	28,3
Čáslav	6,8	6,0	5,2	2,0	10,7	12,1
Kouřim	2,2	1,9	3,8	0,5	1,5	.
Tábor	1,8	4,7	4,3	0,9	0,3	1,4
Budějovice	4,2	4,7	7,5	5,1	4,4	9,5
Prácheň	3,2	1,4	6,9	2,4	14,4	1,4
Plzeň	1,4	2,4	2,7	6,5	4,5	1,4
Klatovy	3,1	5,5	2,0	1,6	5,5	2,7
Žatec	1,9	4,7	4,1	8,9	0,2	22,9
Loket	8,1	15,9	6,8	23,6	0,6	1,4
Litoměřice	21,5	4,7	13,4	6,6	37,5	.
Rakovník	1,2	0,8	2,2	1,5	0,2	5,4
Beroun	0,7	.	3,5	20,2	.	.
Stadt Praha	4,1	30,9	8,7	11,9	2,8	2,7
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

T a b e l l e 39

Prozentualer Anteil der Lehrlinge in den einzelnen Industriezweigen 1786 nach Kreisen

Kreis	Textil- industrie	Papier- industrie	Leder- industrie	Produktion u. Verarbeitung von Eisen u. a. Metallen	Glasproduktion u. Verarbeitung von Steinen u. Erden	Chemische Produkte
1	2	3	4	5	6	7
Boleslav	9,6	4,8	8,1	6,7	18,3	.
Hradec Králové	14,6	3,2	7,9	1,5	1,9	5,0
Bydžov	5,8	7,4	3,1	0,9	1,9	5,0
Chrudim	7,9	4,2	5,8	0,9	0,2	.
Čáslav	4,7	4,2	3,7	1,1	10,9	.
Kouřim	1,4	2,1	0,8	0,7	1,6	.
Tábor	1,6	3,7	4,2	0,9	0,2	5,0
Budějovice	2,3	3,2	7,7	3,2	2,6	5,0
Prácheň	3,2	0,5	7,3	4,1	11,7	.
Plzeň	1,5	2,1	4,6	11,9	2,9	10,0
Klatovy	3,0	5,8	4,2	1,3	2,9	.
Žatec	2,5	4,8	7,9	5,8	.	50,0
Loket	5,2	9,0	8,7	16,7	1,1	.
Litoměřice	28,7	3,2	12,5	8,0	41,7	.
Rakovník	0,8	0,5	3,5	2,2	.	.
Beroun	1,0	.	4,6	19,0	.	.
Stadt Praha	6,2	41,3	5,4	15,1	2,1	20,0
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Tabelle 40

Prozentualer Anteil der Hilfsarbeiter in den einzelnen Industriezweigen 1786 nach Kreisen

Kreis	Textil- industrie	Papier- industrie	Leder- industrie	Produktion u. Verarbeitung von Eisen u. a. Metallen	Glasproduktion u. Verarbeitung von Steinen u. Erden	Chemische Produkte
1	2	3	4	5	6	7
Boleslav	5,8	6,8	2,1	4,9	13,6	0,3
Hradec Králové	16,2	8,3	0,9	.	.	0,8
Bydžov	5,6	4,5	.	4,0	6,5	.
Chrudim	3,9	7,6	1,7	0,3	.	0,8
Čáslav	2,8	12,1	3,8	0,6	12,3	6,9
Kouřim	0,3	1,5	2,9	.	0,2	17,7
Tábor	0,5	3,8	7,6	0,2	.	2,8
Budějovice	1,7	4,5	2,1	2,2	2,1	8,2
Prácheň	2,6	4,5	0,8	0,6	25,5	11,1
Plzeň	2,5	5,3	1,7	8,7	7,6	3,3
Klatovy	2,6	3,1	0,4	0,6	7,2	5,4
Žatec	7,2	3,8	2,9	4,6	.	13,1
Loket	33,2	14,4	60,5	34,9	.	21,9
Litoměřice	10,2	7,6	7,6	22,8	24,9	.
Rakovník	0,8	0,8	2,5	0,9	.	5,9
Beroun	1,6	.	.	11,3	.	.
Stadt Praha	2,5	11,4	2,5	3,4	0,1	1,8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Außenhandel Böhmens mit Industrieprodukten und Rohstoffen im Jahre 1797¹

Ware	in Gulden	in Prozent
AUSFUHR		
<u>I. Industrieprodukte</u>		
Leinwand u. Leinenprodukte	4 802 228	54,2
Tuche u. a. Wollgewebe	2 013 880	22,7
Baumwollstoffe	9 852	0,1
Insgesamt	6 825 960	77,0
Papier	41 056	0,4
Lederwaren	10 710	0,1
Eisen u. a. Metallprodukte	280 428	3,2
Glas u. Glaswaren	1 458 419	16,5
Chemische Produkte	147 365	1,7
Insgesamt	8 763 938 ²	98,9
<u>II. Inländische Rohstoffe</u>		
Leinwand	3 360	
Wolle	56 625	1,1
Häute	37 728	
Ausfuhr insgesamt (I + II)	8 861 651 ²	100
EINFUHR		
Leinwand u. Hanf	151 108	7,0
Wolle u. Wollgarn	185 100	8,6
Baumwolle u. Baumwollgarn	28 710	1,3
Seide	348 400	16,2
Insgesamt	713 318	33,1
Textilfarbstoffe	1 153 528	53,6
Häute u. Felle	286 379	13,3
Einfuhr insgesamt	2 153 225	100
Ausfuhr insgesamt	8 861 651	
Einfuhr insgesamt	2 153 225	
Ausfuhrüberschuß	6 708 426	

¹ Zusammengestellt und errechnet nach Kommerzstand des Königreichs Böhmen 1797, Hofkammerarchiv Wien, Kommerz-Präsidium 1822, Fasz. 1270, Nr. 495.

² In den Summen sind zwei Fehler korrigiert; in einem Fall handelt es sich um 7 500 Gulden, im zweiten um 96 000 Gulden.

Wert der Produktion (in Gulden) und Anzahl der Beschäftigten in den einzelnen Industriezweigen

1792 - 1798¹

Industriezweig	1792			1796			1797			1798		
	Wert der Produktion	Anzahl aller Beschäftigten	Wert der Produktion je Beschäftigten	Wert der Produktion	Anzahl aller Beschäftigten	Wert der Produktion je Beschäftigten	Wert der Produktion	Anzahl aller Beschäftigten	Wert der Produktion je Beschäftigten	Wert der Produktion	Anzahl aller Beschäftigten	Wert der Produktion je Beschäftigten
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
I. Textilindustrie	29 195 032	120 743	242	20 457 982	116 331	176	22 641 665	126 315	179	24 467 283	124 633	196
II. Papierindustrie und polygraphische Industrie	219 200	955	231	324 143	1 204	270	331 215	1 103	300	341 710	1 181	289
III. Verarbeitung von Leder, Knochen und Federn	2 203 408	3 575	616	1 278 312	5 060	253	1 265 696	5 346	237	1 533 694	5 283	290
IV. Produktion und Verarbeitung von Eisen und anderen Metallen	937 580	5 520	171	2 109 290	7 442	283	2 721 107	8 019	339	2 723 892	7 834	348
V. Glasproduktion und Verarbeitung von Steinen und Erden	1 715 962	5 378	319	2 024 164	6 719	301	1 554 174	6 974	223	1 501 323	6 730	223
VI. Chemische Produkte	407 581	1 240	329	548 518	1 672	328	695 455	1 671	416	862 378	1 712	504
VII. Holzverarbeitung	29 600	314	94	71 786	773	93	72 947	631	116	80 749	639	126
VIII. Produktion von Instrumenten und Werkzeugen	.	248	.	38 534	388	99	33 936	391	87	36 886	369	100
IX. Lebensmittelindustrie	.	12	.	564 450	25	22 588	519 237	23	22 575	488 200	33	13 763
X. Sonstige Produkte	31 090	427	73	23 636	241	98	19 995	243	82	29 823	221	135
Zweige I. - X. insgesamt	34 739 453	138 412	251	27 440 815	139 855	196	29 855 427	150 716	196	32 065 938	148 635	216
Zweige I. - VIII. + X. ²	34 739 453	138 400	251	26 876 365	139 830	193	29 336 190	150 693	195	31 577 738	148 602	213

¹ Zusammengestellt nach den Angaben der Manufakturtabellen für die Jahre 1796 - 1798 und nach den Daten der Tabellen bei Purš, Jaroslav, K otázce hodnoty průmyslové výroby ... (siehe Anm. 5 zum Text), ČSČH 3/1956, S. 464 - 466.

² Weil die Angaben über die Lebensmittelindustrie, die durch die Zuckerraffinerie vertreten ist, die Angaben über den Anteil des Produktionswertes pro Arbeiter entstellen, wurde auch eine

Zusammenfassung ohne Nahrungsmittelindustrie gegeben. Der Gesamtdurchschnittswert der Produktion pro Beschäftigten in der Industrie Böhmens sinkt dadurch 1796, 1797 und 1798 um ungefähr 3 Gulden.

Tabelle 44

Wert der Industrieproduktion in Böhmen 1792 - 1798

Prozentualer Anteil der einzelnen Industriezweige und Wachstumsindex¹

Industriezweig	Prozentualer Anteil				Wachstumsindex (1798 = 100)			
	1792	1796	1797	1798	1792	1796	1797	1798
1	2	3	4	5	6	7	8	9
I. Textilindustrie	84,0	74,5	76,8	76,3	119	84	93	100
II. Papierindustrie und polygraphische Industrie	0,6	1,2	1,1	1,0	64	95	97	100
III. Verarbeitung von Leder, Knochen und Federn	6,4	4,7	4,2	4,8	144	83	82	100
IV. Produktion und Verarbeitung von Eisen und anderen Metallen	2,7	7,7	9,1	8,5	34	77	100	100
V. Glasproduktion und Verarbeitung von Steinen und Erden	4,9	7,4	5,2	4,7	114	135	104	100
VI. Chemische Produkte	1,2	2,0	2,3	2,7	47	64	81	100
VII. Holzverarbeitung	0,1	0,3	0,3	0,3	37	89	90	100
VIII. Produktion von Instrumenten und Werkzeugen	.	0,1	0,1	0,1	.	104	92	100
IX. Lebensmittelindustrie	.	2,0	1,8	1,5	.	116	106	100
X. Sonstige Industriezweige	0,1	0,1	0,1	0,1	104	79	67	100
Insgesamt	100	100	100	100	108	86	93	100

¹ Errechnet nach den absoluten Daten in Tabelle 43. (Siehe auch Anmerkungen zu Tabelle 43.)

Es ist ein besonderes Anliegen der Redaktion, die wirtschaftshistorische Erforschung der Zeit des Wiederaufbaus nach dem zweiten Weltkrieg und der sozialistischen Umgestaltung der Volkswirtschaft zu fördern. Wir freuen uns, hier einen Beitrag zu veröffentlichen, der aus der Diskussion der ungarischen Wirtschaftshistoriker hervorging und dessen Verfasser sich in den vergangenen Jahren durch bedeutende Veröffentlichungen zu dieser Thematik ausgewiesen haben.

Zur Geschichte der Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft in Ungarn

VON IVÁN T. BEREND / GYÖRGY RÁNKI

Für den Erforscher der modernen Geschichte ist es sozusagen ein unüberwindlicher innerer Zwang – und natürlich ein erstrangiger gesellschaftlicher Auftrag –, über sein Zeitalter auch seinem Zeitalter etwas zu sagen. Die ungarischen marxistischen Historiker haben in den letzten Jahren nicht geringe Anstrengungen unternommen, die Geschichte der zwei Jahrzehnte seit der Befreiung zu erforschen. Dabei muß natürlich auch die wichtige Methode des internationalen Vergleichs angewandt werden, denn wir könnten die sozialistische Entwicklung der einzelnen Länder nicht verstehen, wenn wir die Entwicklungsprobleme des sozialistischen Lagers als Ganzes nicht beachteten. Die Erforschung der Zeitgeschichte der einzelnen volksdemokratischen Länder steht jedoch erst am Anfang, und die Quellenlage ist noch bruchstückhaft. Gerade deshalb aber sind wir der Meinung, daß es bei dem derzeitigen Stand der Forschungsarbeit von vorrangiger Bedeutung ist, die sozialistische Entwicklungsgeschichte der einzelnen Volksdemokratien in nationalem Rahmen zu untersuchen. Das kann dann in den folgenden Jahren als Grundlage für eine gründlichere Herausarbeitung der allgemeinen und besonderen Züge auf höherer Ebene dienen.

Die Verfasser dieses Beitrages haben in den letzten Jahren auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte der Ungarischen Volksrepublik seit dem zweiten Weltkrieg umfangreiche Untersuchungen durchgeführt.

Auf Grund unserer in ungarischer Sprache erschienenen (bzw. demnächst erscheinenden) Arbeiten¹ möchten wir im Rahmen dieser Studie drei Fragen aus diesem Themenkreis behandeln, die unseres Erachtens auch international von Interesse sein dürften.

1 *Berend, Iván T.*, Ujjáépítés és a nagytóke elleni harc Magyarországon (Wiederaufbau und Kampf gegen das Großkapital in Ungarn) 1945–1948, Budapest 1962; *Ránki, György*, Magyarország gazdasága a 3 éves terv idején (Ungarns Wirtschaft zur Zeit des Dreijahrplans) 1947–1949, Budapest 1963; *Berend, Iván T.*, Gazdaságpolitika az első 5 éves terv megindításakor Magyarországon (Wirtschaftspolitik zur Zeit der Inangriffnahme des ersten Fünfjahrplanes in Ungarn) 1948–1950, Budapest 1964; *Berend, Iván T.*, *Ránki, György*, A magyar iparfejlődés a felszabadulás után. Az ipar növekedési ütemének kérdéséhez

Die *erste* betrifft die bei der Herausbildung und den Anfängen der Planwirtschaft in Erscheinung getretenen Besonderheiten, die *zweite* die theoretischen Fehler, die beim Beginn der sozialistischen Industrialisierung gemacht wurden, und die *dritte* schließlich die Gestaltung der sozialökonomischen und materiell-technischen Voraussetzungen des sozialistischen wirtschaftlichen Wachstums in der Zeit der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus.

Wir bitten den Leser, dabei zu berücksichtigen, daß unsere Arbeit, die einige Grundprobleme der Zeit von 1945 bis 1962 berührt, nur ein erster Versuch der wissenschaftlichen Bearbeitung dieser bedeutenden und faszinierenden Geschichtsepoche sein kann.

I

Die wirtschaftliche Lage Ungarns nach der Befreiung war infolge der schweren Kriegsschäden katastrophal. Die Produktion war auf ein Minimum gesunken, es mangelte an den wichtigsten Rohstoffen, an Heizmaterial usw., und das Land hatte keine Außenhandelsverbindungen. Die Inflation, die bereits vor dem Kriege eingesetzt hatte, nahm immer größere Ausmaße an.

Die Regierung und die Kommunistische Partei waren sich darüber im klaren, daß das Wichtigste, der Wiederaufbau, in dieser Situation nur durch wirksame Eingriffe der Staatsgewalt in das Wirtschaftsleben gewährleistet werden konnte. Solche Eingriffe mußten natürlich mit einer Einschränkung der Macht des Großkapitals durch die Staatsgewalt neuen Typs einhergehen. Ende 1945 gelang es auch, durch Schaffung des Obersten Wirtschaftsrates ein hierzu geeignetes, unter kommunistischer Führung stehendes Organ zu schaffen. Die staatliche Intervention war bis zu einem gewissen Maße ein objektives Erfordernis der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Produktion beruhte – teils als Erbe der früheren Kriegswirtschaft, teils infolge der die Wirtschaft belastenden Reparationen – in überwiegendem Maße auf Staatsaufträgen. Bei den geringen Beständen an Rohstoffen und dem Mangel an Heizmaterial wuchs die Rolle des Staates als Verteiler. Da das Betriebskapital der Banken und Industrieunternehmen durch die Inflation im großen und ganzen vernichtet war, wurde die Versorgung mit Krediten ebenfalls eine Aufgabe des Staates, der Nationalbank. Doch das System der staatlichen Intervention wurde auch im Jahre 1946, als sich die wirtschaftliche Lage bereits gebessert hatte und es gelungen war, der Inflation Herr zu werden, nicht abgebaut; die Kommunistische Partei entwickelte vielmehr zur Sanierung und zur Sicherung der Wertbeständigkeit des Geldes bewußt eine ganz bestimmte Wirtschaftspolitik, Währungs- und Kreditpolitik sowie Preis- und Steuerpolitik, durch die nicht nur das ständige

(Die ungarische Industrieentwicklung nach der Befreiung. Zur Frage des Wachstumstempos der Industrie) 1945–1962, Budapest 1965, in: Tanulmányok a szocialista Magyarorszag történetéből (Studien zur Geschichte des sozialistischen Ungarns).

Ansteigen der Produktion gesichert wurde, sondern zugleich die Interessen der Massen bei der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechende Berücksichtigung fanden. Der Staat ergriff rigorose Maßnahmen zur Kreditkontrolle; dadurch wurde die Tätigkeit der Großbanken auf diesem Gebiete in weitgehendem Maße überwacht, und die großen Industrieunternehmen gelangten – da sie größtenteils mit staatlichen Mitteln arbeiteten, deren Rückzahlung unter den gegebenen Umständen auf ernste Schwierigkeiten stieß – in finanzielle Abhängigkeit vom Staat. Durch eine scharfe Kontrolle der Preise konnten die Profite des Großkapitals stark eingeschränkt werden, und das Steuersystem wiederum wurde so gestaltet, daß die Steuern in zunehmendem Maße die Kapitalisten belasteten. Die Bourgeoisie wurde also von oben durch die staatliche Wirtschaftspolitik, durch den mit weitgehenden Rechten ausgestatteten Gewerkschaftsrat und gleichzeitig von unten durch die Betriebskommissionen, die Arbeiterklasse kontrolliert und eingedämmt, und die Bereicherung, die Kapitalakkumulation wurden in zunehmendem Maße unterbunden. Die Kohlenbergwerke und die wichtigsten großindustriellen Unternehmen waren zu dieser Zeit bereits verstaatlicht, und auch die übrigen Großbetriebe waren infolge der Kontrolle von oben und von unten kein Bereich ungehinderter kapitalistischer Ausbeutung mehr.

Ende 1946 ergab sich die Notwendigkeit, einen den Wiederaufbau und die ganze Wirtschaftspolitik umfassenden Plan der Verbindung des Wiederaufbaus mit der völligen Liquidierung der Herrschaft des Kapitals und dem Übergang zur sozialistischen Wirtschaft auszuarbeiten.

Wieweit lieferte die wirtschaftliche und politische Entwicklung nun die Grundlage zur Einführung der Planwirtschaft in Ungarn? Waren zu einer Zeit, als die überwiegende Mehrheit der Produktionsmittel noch kapitalistisches Eigentum waren und die Arbeiterklasse noch nicht im vollen Besitz der Macht war, überhaupt schon die Voraussetzungen der Planwirtschaft gegeben?

„Die Planwirtschaft kann ohne den Sieg der sozialistischen Revolution nicht verwirklicht werden. Die objektiven Vorbedingungen der Planwirtschaft werden durch den Übergang der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum geschaffen“, heißt es im Kollegheft der politischen Wirtschaftslehre des Sozialismus.²

Es unterliegt keinem Zweifel, daß zur vollen Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft der Besitz der Macht und das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln notwendige Voraussetzungen sind. In Ungarn war zu Beginn des Jahres 1947, als der Gedanke des Übergangs zur Planwirtschaft aufkam, noch keine dieser Vorbedingungen verwirklicht. Und doch waren wesentliche Elemente von beiden schon vorhanden.

Zu Beginn des Jahres 1947 hatte die Bourgeoisie zwar noch Anteil an der politischen Macht, ihre Rolle und ihr Einfluß waren aber schon im Abnehmen.

² *Kollegheft aus der politischen Wirtschaftslehre des Sozialismus*, hg. v. d. Karl-Marx-Universität der Wirtschaftswissenschaften, Budapest 1960, S. 222.

Die Positionen der Arbeiterklasse im Staat waren bereits bedeutender als die der Bourgeoisie. Wenn man auch sehen muß, daß unter den politischen Bedingungen einer solchen Übergangsperiode die sich entwickelnde Planwirtschaft noch keinen rein sozialistischen Charakter haben konnte, so war sie doch ein wichtiges Glied in der Kette der Maßnahmen des wirtschaftlichen Kampfes gegen die Bourgeoisie und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats konnte dann im folgenden den Ausbau der sozialistischen Planwirtschaft sichern. Zunächst war die Mehrheit der Produktionsmittel jedoch noch Eigentum von Privatkapitalisten, wenngleich der Staat durch die staatliche Verwaltung des Kohlenbergbaus und der vier größten Betriebe der Schwerindustrie sowie durch die Verstaatlichung der Kraftwerke auch unmittelbar einen bedeutenden Teil der Produktionsmittel in seinem Besitz hatte. Ende 1946 waren bereits 43 Prozent der ungarischen Fabrikarbeiter in Betrieben beschäftigt, die entweder schon Staats-eigentum waren oder unter staatlicher Verwaltung standen. Dabei ist zu beachten, daß die Bedeutung dieser Industriezweige den prozentualen Anteil ihrer Beschäftigten an der Gesamtzahl der Industriearbeiter noch weit überstieg, denn da es sich ja um Schlüssel-Industriezweige handelte, konnte durch sie das ganze Wirtschaftsleben entscheidend beeinflußt werden.

Für den Übergang zur Planwirtschaft war es entscheidend, daß in jenen Zweigen der Volkswirtschaft, in denen die Produktionsmittel noch kapitalistisches Eigentum waren, dieses Eigentum infolge der Positionen der Arbeiterklasse im Staat nur in sehr engen Grenzen zur Geltung kommen konnte. Anfang 1947 war in Ungarn die Wirtschaftspolitik eines jener Gebiete, auf denen die Kommunistische Partei ihren Einfluß am stärksten ausüben konnte. Die von oben wirkende Wirtschaftspolitik wurde von unten durch die entschlossene Tätigkeit der Betriebskommissionen, eine tatkräftige Arbeiterkontrolle und die Tätigkeit der Gewerkschaften ergänzt. Das Kapital wurde nach der im Jahre 1946 erfolgten Stabilisierung durch die staatliche Wirtschafts-, Preis-, Steuer-, Kredit- und Außenhandelspolitik in sehr enge Schranken gedrängt und einer doppelten, gleichzeitigen Kontrolle von oben und von unten unterworfen. Es wäre daher ein Fehler, den noch nicht verstaatlichten Sektor Anfang 1947 eindeutig als privatkapitalistischen Sektor aufzufassen, auf den die Gesetze der Planwirtschaft nicht angewendet werden konnten. In Wirklichkeit hatte die staatliche Wirtschaftspolitik zu dieser Zeit bereits energische Schritte im Interesse der Beschränkung der kapitalistischen Unternehmen und ihres Hinüberwachsens in gesellschaftliches Eigentum unternommen.³ Die überwiegende Mehrzahl der kapitalistischen Unternehmen war nolens volens der „staatlichen Regelung“ unterworfen. Die Kommunistische Partei war der Ansicht, daß auf diesem Wege die privatkapitalistischen Betriebe in die Planwirtschaft einbezogen

3 Die Frage wurde theoretisch erstmalig untersucht bei *Berend, Iván T., Ujjjépités és a nagytőke elleni harc Magyarországon (Wiederaufbau und Kampf gegen das Großkapital in Ungarn), a. a. O., S. 240.*

werden konnten. Zwischen der politischen Revolution – der Verdrängung der Bourgeoisie von der Macht und der schrittweisen Errichtung der Diktatur des Proletariats – und der ökonomischen Revolution – der Liquidierung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und der Ausdehnung des staatlichen Eigentums auf die wichtigsten Positionen – bestand in dieser Übergangsperiode eine ständige unmittelbare Wechselwirkung. Der Übergang zur Planwirtschaft diente dieser revolutionären Entwicklung in außerordentlichem Maße. Es ist das Verdienst der Kommunistischen Partei, daß sie diesen wechselseitigen Zusammenhang richtig erkannte. Sie ging dabei von der Überlegung aus, die sich auch schon bei Lenin findet: „Marx band sich [. . .] nicht die Hände in bezug auf die Formen, die Methoden, die Art und Weise der Umwälzung, denn er verstand sehr wohl, was für eine Unmenge neuer Probleme dann entstehen wird, wie sich im Laufe der Umwälzung die gesamte Situation ändern, wie oft und wie stark sie sich im Laufe der Umwälzung ändern wird.“⁴

Es wäre also nicht richtig gewesen, mit der Entwicklung der Planwirtschaft bis zum endgültigen Sieg der Diktatur des Proletariats, bis zur Schaffung sämtlicher objektiven Voraussetzungen zu warten.⁵ Es galt vielmehr, die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen und die übrigen Faktoren gerade durch die Planwirtschaft und in ihrem Rahmen zur Wirkung zu bringen.

Es ergibt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob die oben zitierte Definition der Planwirtschaft nicht zu starr und unhistorisch ist. Wenn sie als volkswirtschaftliche, als Zustands-Definition auch akzeptiert werden kann, so besteht doch kein Zweifel, daß sie auf die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft, auf die geschichtliche Kompliziertheit dieses Prozesses kaum Anwendung finden kann. Es ist eine Eigenheit unseres Zeitalters, daß der Übergang zum Sozialismus außerordentlich vielfältige Formen angenommen hat und annehmen kann; die Errichtung sozialistischer Produktionsverhältnisse ist ein längerer Prozeß, der offenbar auch zahlreiche Möglichkeiten und Methoden der Herausbildung der Planwirtschaft in sich birgt. War der für diese Zeit ausgearbeitete und im August 1947 begonnene Dreijahrplan nun von Anfang an ein sozialistischer Plan oder nicht? Schon diese Fragestellung birgt die Gefahr eines starren Schematismus in sich, hat doch der Plan selbst – entsprechend den in den Klassenkräfteverhältnissen, im Charakter der Staatsmacht eingetretenen Verschiebungen – viele in seinen politischen und ökonomischen Inhalt eingreifende Veränderungen erfahren! Doch so wie der Charakter der Staatsmacht in Ungarn in den Jahren 1946/47 einen spezifischen Übergang zur Diktatur des Proletariats bildete, so bedeutete der 1947 begon-

⁴ *Lenin, W. I.*, Werke, Bd 32, Berlin 1961, S. 349.

⁵ In Polen, Jugoslawien und der Tschechoslowakei nahm die Planwirtschaft am 1. Januar 1947 ihren Anfang, aber zweifellos war die Verstaatlichung in diesen Ländern damals schon viel umfangreicher als in Ungarn. Nach der Verstaatlichung (Tschechoslowakei: 24. Okt. 1945 – Polen: 3. Jan. 1946 – Jugoslawien: 5. Dez. 1946) befanden sich in diesen Ländern etwa 74 Prozent der industriellen Produktion in staatlichem Besitz.

nene Plan einen Übergang zur sozialistischen Planwirtschaft – und zwar gerade gestützt auf diesen spezifischen Charakter der Staatsmacht.

In der ersten Hälfte des Jahres 1947 wurde nach langwierigen politischen Kämpfen, in deren Verlauf die Kräfte der Bourgeoisie aus der Koalition verdrängt werden konnten, der Dreijahrplan zum Gesetz erhoben. Der endgültige Plan entsprach im großen und ganzen dem gemeinsamen Antrag der beiden Arbeiterparteien – der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei; er hatte nicht nur die Wiederherstellung der Volkswirtschaft zum Ziel, sondern durch die großangelegten Investitionen sollte die Industrieproduktion um rund 28 Prozent und der Lebensstand der Arbeiter um ungefähr 8 Prozent gegenüber dem Vorkriegsstand erhöht werden. Das erschien um so realisierbarer, als beabsichtigt war, die Finanzierung des Planes weitgehend auf die Bourgeoisie abzuwälzen, und zudem bereits die staatliche Kontrolle über die größten ungarischen Banken und 1947 auch ihre Verstaatlichung verwirklicht worden waren. Durch die Verstaatlichung der Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten im Frühjahr 1948 wurde der verstaatlichte Sektor wesentlich erweitert – 84 Prozent der Fabrikarbeiterschaft waren nun bereits in staatlichen Betrieben beschäftigt –, und die noch in Privathand verbliebenen bedeutenderen Unternehmen wurden jetzt einer derart scharfen staatlichen Kontrolle unterworfen, daß sie kaum noch als rein privatkapitalistischer Sektor aufgefaßt werden konnten.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß nach der Stabilisierung im Jahre 1946 mit Hilfe der Kredit-, Preis- und Steuerpolitik eine weitgehende Beschränkung des Kapitals erfolgte. Durch die Verstaatlichung der Banken und dann der Großindustrie war die Beschränkung des Kapitals in den Liquidierungsprozeß des Kapitals hinübergewachsen; jener Teil der Wirtschaft, der nach unserer Auffassung als staatskapitalistisch betrachtet werden konnte, wurde mit dem Jahr der Wende zum sozialistischen Sektor. So wie nach der Stabilisierung zur Vorbereitung der Liquidierung des Kapitals die großen Industrieunternehmen in das staatskapitalistische Bett gelenkt wurden, so wurde vom Sommer 1948 an auf der Basis der Verbreiterung der sozialistischen Schlüsselpositionen wiederum ein weiterer bedeutender Teil des noch nicht sozialistischen Sektors in das staatskapitalistische Bett geleitet. Standen die privatkapitalistischen Unternehmen durch die staatliche Wirtschaftspolitik und die energische Arbeiterkontrolle bereits 1946/47 unter doppelter Kontrolle, so wurde nach 1948 im Falle der nicht verstaatlichten Unternehmen diese doppelte Kontrolle noch vielseitiger und noch wirksamer. Als Werkzeug dienten jetzt nicht mehr nur die Kreditpolitik, in deren Bereich nach der Verstaatlichung der Banken die früher möglichen Umgehungen der Vorschriften, die sogenannten Nostrokredite aufhörten, und nicht mehr nur die Steuer- und Preispolitik, sondern auch die Planung: Ein Teil der nicht verstaatlichten Unternehmen war ebenfalls plangebunden, so daß innerhalb gewisser Schranken auch ihre Produktion weitgehend den gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechend gelenkt werden konnte. Die Kontrolle und Beschränkung von oben wurde sozusagen gekrönt durch die

Einbeziehung der Unternehmen in das Verrechnungskontensystem, das nicht nur eine völlige Kontrolle der Finanzgebarung der Betriebe sicherte, sondern auch das Verfügungsrecht des Kapitals so weitgehend beschränkte, daß es in manchen Fällen fast nur noch formell bestand. Auch die Kontrolle von unten wurde verstärkt. Durch die Betriebskommissionen, deren Befugnisse im Sommer 1947 weiter ausgedehnt worden waren⁶, und die Planbeauftragten wurde der Ring um den noch nicht verstaatlichten kapitalistischen Sektor geschlossen und ein weiterer Schritt zur Verwirklichung der schon früher gesteckten Ziele der Kommunistischen Partei Ungarns getan. „Die Kontrolle muß derart verstärkt werden“, heißt es in einem Beschluß vom Frühherbst 1947, „daß das ganze Privatkapital im wesentlichen zum staatskapitalistischen Sektor wird.“⁷

In diesem Sinne können wir uns also nicht der Auffassung anschließen, der Staatskapitalismus sei in den Jahren 1948/49 auf jene wenigen in ausländischem Besitz befindlichen, aber unter staatliche Kontrolle gestellten und von amtlichen Kommissaren geleiteten Großunternehmen (MAORT [Ungarisch-amerikanische Erdölgesellschaft], Standard Elektrizitätswerke, Vereinigte Glühlampenfabriken) beschränkt gewesen.⁸ In Wirklichkeit sind vielmehr fast alle in das Verrechnungskontensystem einbezogenen Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten in gewissem Sinne als staatskapitalistisch zu betrachten.

Unter den infolge des Sieges der Diktatur des Proletariats günstigen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen gelang es, den Dreijahrplan innerhalb von zweieinhalb Jahren zu erfüllen. Bis 1949 wurden rund 20 Prozent mehr Investitionen vorgenommen, als vorgesehen waren. Dadurch konnte das Vorkriegsniveau in der Landwirtschaft annähernd erreicht und in den übrigen Bereichen der Volkswirtschaft sogar bedeutend überschritten werden. Die Industrieproduktion überstieg den Stand von 1938 um etwa 35 Prozent, das Nationaleinkommen den desselben Jahres um rund 24 Prozent. Tempo und Umfang der Wiederherstellung waren auch in europäischem Maßstab hervorstechend, und dies um so mehr, als sich im Rahmen des Dreijahrplanes auch die Struktur der Industrie zugunsten der Schwerindustrie bedeutend veränderte. Insofern diente also der Dreijahrplan nicht nur der Wiederherstellung, sondern in gewissem Maße auch den Anfangsschritten der Industrialisierung. All das stand in engstem Zusammenhang mit der Hebung des Lebensstandards. Der Drei-

6 *Szabad Nép* v. 19. 7. 1947.

7 Archiv des Instituts für Parteigeschichte (im folgenden: AIP), 2/9, Bündel 5, d-0348. — Als die ausländischen Kapitalisten erkannten, daß durch die staatlichen Kontrollen ihr Eigentumsrecht im Grunde nur noch formalen Charakter hatte, waren sie in den meisten Fällen gern damit einverstanden, daß der ungarische Staat ihre Aktien aufkaufte. Dieser Kauf erfolgte zum größten Teil zu außerordentlich niedrigen Preisen, und zwar im allgemeinen nicht gegen Devisen, sondern in Form verschiedener Kompensationsgeschäfte.

8 *Kollegheft aus der politischen Wirtschaftslehre des Sozialismus*, a. a. O., S. 36—37.

jahrplan erfüllte in dieser Beziehung seinen Zweck, und der Lebensstandard der Arbeiter überstieg im Jahre 1949 den des Jahres 1938 um etwa 10 Prozent. Der Erfolg der ersten Planperiode war nicht nur für die Entwicklung in Ungarn, sondern auch für die der übrigen volksdemokratischen Länder charakteristisch. Über die erste Planperiode der benachbarten Volksdemokratien sind bisher, soweit bekannt, keine zusammenfassenden wirtschaftsgeschichtlichen Arbeiten erschienen. Dadurch ist es uns nicht möglich, die ungarische Entwicklung und die der übrigen Volksdemokratien eingehend vergleichend zu analysieren. Aber die verfügbaren Materialien gestatten es uns doch, einige allgemeine Schlußfolgerungen zu ziehen.^{8a}

Zeitlich begann die ungarische Planwirtschaft, von Rumänien und der DDR abgesehen, später als in allen übrigen volksdemokratischen Ländern. Die zeitliche Verschiebung war nicht besonders groß – in einigen Fällen betrug sie nur einige Monate –, aber es sind viel wichtigere Unterschiede wahrzunehmen. Die ungarische Planwirtschaft nahm ihren Anfang zu einer Zeit, da sich die Schlüsselpositionen auf dem Gebiet der Produktionsmittel zum Teil, jedoch noch nicht in ihrer Mehrheit, in staatlichem Eigentum befanden. In Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Bulgarien waren 80 bis 90 Prozent der Industrieproduktion verstaatlicht, in Ungarn kaum mehr als 40 Prozent. Wenn die Planwirtschaft auch auf Grund eines gemeinsamen wirtschaftlichen Modells in sämtlichen Ländern von vornherein mehrere Sektoren erfaßte, so folgt doch aus dem Gesagten, daß das Verhältnis dieser Sektoren in den andern Ländern günstigere Möglichkeiten der staatlichen Planung bot. Bei grundsätzlicher Identität des Modells blieben die quantitativen Unterschiede, wenn auch in geringerem Maße, in der Folgezeit durchweg bestehen, denn als sich im Jahre 1948 in Ungarn das Verhältnis zwischen den Sektoren durch Verstaatlichungen zugunsten des sozialistischen Sektors änderte, wurden in den übrigen volksdemokratischen Ländern ebenfalls weitere Schritte auf dem Gebiet der Verstaatlichung unternommen. So war in diesen Ländern der Anteil des sozialistischen Sektors auch im zweiten Planabschnitt größer als in Ungarn.

Auch die Zielsetzungen der Pläne waren nicht völlig identisch. Von vornherein können nur der polnische, der tschechoslowakische und der ungarische Plan als Rekonstruktionspläne bezeichnet werden, während zum Beispiel der bulgarische Plan – da in Bulgarien die Kriegsverwüstungen relativ gering waren – eher als ein Industrialisierungsplan anzusehen ist, was auch durch die politischen Verhältnisse gerechtfertigt erscheint, denn die bulgarischen Historiker datieren die sozialistische Revolution mit dem Jahre 1944. Der jugoslawische Plan, der sich schon durch seine Dauer von den übrigen unterschied, hatte ausdrücklich die sozialistische Industrialisierung zum Ziel. Aber selbst der polnische und der tschechoslowakische Plan hatten nicht nur Rekonstruktions-

8a *Marchewsky, Jan*, Histoire, économique des démocraties populaires, Paris 1955.

charakter, sondern dienten gleichzeitig noch speziellen Aufgaben: dem Beginn der Industrialisierung der Slowakei (es galt ja von Anfang an, zur Vorbereitung der sozialistischen Entwicklung den wirtschaftlichen Unterschied zwischen den beiden Landesteilen auszugleichen) bzw. dem Ausbau der wirtschaftlichen Einheit des neuen polnischen Staates in Verbindung mit den wirtschaftlichen Problemen, die sich aus dem neuen Territorium ergaben (Anpassung der Fertigwarenindustrie an die neue Rohstofflage usw.). So beschränkte sich nur der ungarische Plan auf die Aufgaben des Wiederaufbaus, denn hier wurde die staatliche Lenkung am stärksten durch den Beginn der Planwirtschaft vertieft. Eine genaue Unterscheidung zwischen einer Wiederaufbau- und einer Vorbereitungsperiode ist allerdings niemals gerechtfertigt. Auch der ungarische Plan trug weitgehend der Tatsache Rechnung, daß es sinnlos gewesen wäre, sich einfach auf eine Wiederholung der Wirtschaftsstruktur des Jahres 1938 zu beschränken. Jeder Plan dient der Überwindung der Spannung zwischen Vergangenheit und Zukunft, und wenn die volksdemokratische Revolution durch die Planung lediglich zu einer Wiederholung der spontanen prozentualen Verhältnisse der kapitalistischen Wirtschaft fähig gewesen wäre, so hätte dies auf eine außerordentlich beschränkte Auffassung von den Möglichkeiten der Planwirtschaft schließen lassen.

Betrachten wir die konkreten Ziele und Methoden der Pläne, so sind für sämtliche Länder eine hochgradige Elastizität, eine Realität der Zielsetzung und die Tatsache hervorzuheben, daß man ohne jeden Dogmatismus handelte.

In einer so wichtigen Frage wie der Priorität wurde richtig entschieden: Denjenigen Investitionen, die eine rasche Produktivitätssteigerung gewährleisten, wurde der Vorrang gegeben. Die Pläne wurden im allgemeinen, obgleich in sämtlichen Ländern Koalitionsregierungen amtierten, von den kommunistischen Parteien ausgearbeitet, die die objektiven Gesetzmäßigkeiten der Wiederaufbauperiode klar erkannt hatten. Betrachten wir zum Beispiel folgendes Problem: Die durch den Krieg verursachten Verluste betragen in Polen und Jugoslawien fast das Vierfache und in Ungarn fast das Doppelte des Nationaleinkommens von 1938. Berücksichtigt man, daß nicht mehr als 20 bis 24 Prozent des Nationaleinkommens für Investitionen verwendet werden können, so ergibt sich bei mechanischer Berechnung, daß Ungarn bestenfalls mit einer zehnjährigen Wiederaufbauperiode rechnen mußte. Ziemlich viele bürgerliche Fachleute rechneten auch so und bezeichneten die Kennziffern der von der Kommunistischen Partei Ungarns unterbreiteten Planvorschläge – und für die übrigen kommunistischen Parteien gilt dasselbe – als Illusion. Die Pläne der volksdemokratischen Länder ließen jedoch in der Wiederaufbauperiode einige grundlegende Besonderheiten erkennen, so vor allem, daß im Rahmen der Planwirtschaft die Erreichung des Vorkriegs-Produktionsniveaus zum Beispiel nicht die Wiederherstellung sämtlicher Vorkriegsinstitutionen bedingt. Denn im Rahmen der kapitalistischen Produktion wurden diese Produktionsmittel nicht genügend ausgenutzt. Eine Rekonstruktion im Rahmen der Planwirtschaft bietet die Möglichkeiten eines gewissermaßen rationalen

Wiederaufbaus. Durch die jahrhundertelange planlose Entwicklung des Kapitalismus wurde eine ganze Reihe heterogener Elemente hervorgebracht, die im Falle eines planmäßigen Wiederaufbaus ausgemerzt werden können. Sämtliche Pläne bedienten sich also nicht der konservativen Methode des Wiederaufbaus, sondern zielten auf eine gewisse Reorganisation ab, die bereits die Perspektiven der Volkswirtschaft vor Augen hatte.

Bei der Planung wurde in sämtlichen volksdemokratischen Staaten berücksichtigt, daß das Entwicklungstempo des Wiederaufbaus außerordentlich hoch ist. Wir dürfen vielleicht die paradox klingende Behauptung wagen, daß sie im Verhältnis zum Ausmaß der Verwüstung steht. Durch die Kriegsschäden werden ja in hohem Maße Engpässe verursacht, durch die nicht der ganze Betrieb, sondern nur ein Teil desselben zerstört, gleichzeitig aber die gesamte Produktion lahmgelegt wird. Mit der Wiederherstellung eines relativ kleinen ausgefallenen Produktionsabschnitts durch verhältnismäßig geringe Investitionen kann daher eine außerordentlich hohe Produktionssteigerung erzielt werden. Es muß betont werden, daß dies von den Schöpfern des Dreijahrplans richtig erkannt wurde.

Was die Methoden der Planung anbelangt, so können wir in sämtlichen volksdemokratischen Ländern im großen und ganzen identische Züge feststellen. Die Anfänge der Planung – zunächst in ziemlich grober Form – erstreckten sich sowohl in Ungarn wie auch in anderen Ländern zu Beginn nur auf einzelne Gebiete: in der Tschechoslowakei zum Beispiel auf das Verkehrswesen und auf einige wenige Industriezweige. Es gab weder eine Lohn- noch eine Preisplanung; es gab kaum eine Finanzplanung, und die komplexen Methoden bildeten sich erst später heraus. Zweifellos verursachten jene Sektoren, in denen es noch keine Planung gab, eine Reihe wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Neben anderen Gründen hat offenbar auch dies dazu beigetragen, daß sich bald überall das Bestreben zeigte, die Planung so weit wie möglich zu zentralisieren, wobei es manchmal zu einer sich negativ auswirkenden Überzentralisierung kam.

Die erfolgreiche Erfüllung der ersten Pläne ist ein gemeinsamer Zug der Volkdemokratien. Die hauptsächlichen Aufgaben wurden – mit Ausnahme Jugoslawiens, wo die Ereignisse von 1948/49 die Umstellung der ganzen Volkswirtschaft erforderten – in sämtlichen Ländern erfüllt. Die vorrangige Förderung der schwerindustriellen Produktion wurde gut mit der Steigerung des Lebensstandards verbunden, ein Beweis dafür, daß in weniger entwickelten Ländern – und die Volkdemokratien gehörten zum großen Teil zu dieser Kategorie – die Hebung des Lebensstandards vor allem eine relativ raschere Steigerung der Produktion von Produktionsmitteln erfordert und daß das Primat der Entwicklung der Schwerindustrie an sich nicht im Gegensatz zu den Bemühungen um die Hebung des Lebensstandards steht.

II

Nach Beendigung des Wiederaufbaus, nach dem Sieg der Diktatur des Proletariats begann in Ungarn von 1948/49 an die Epoche der Schaffung der wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialismus. Zu Beginn dieser, im ganzen außerordentlich erfolgreichen Periode traten jedoch auch ernste wirtschaftspolitische Fehler in Erscheinung, durch die die Entwicklung teilweise gebremst wurde bzw. mitunter Ergebnisse erzielt wurden, die zum gesellschaftlichen Aufwand in keinem vertretbaren Verhältnis standen. Diese wirtschaftspolitischen Fehler, die natürlich auch mit politischen Fehlern, dem System des Personenkults in Zusammenhang standen, ergaben sich in nicht geringem Maße aus einer unhistorischen und dogmatischen Anwendung der Industrialisierungstheorie.

Die theoretischen Grundlagen der Industrialisierungspolitik wurden, gestützt auf die volkswirtschaftlichen Lehren von Marx und seine Reproduktions-schemata, von Lenin niedergelegt, der nachdrücklich betonte, daß der Sieg des sozialistischen Systems nur durch eine höhere Produktivität gesichert werden könne. Damit steht auch die These im Zusammenhang, daß sich die Produktion von Produktionsmitteln im allgemeinen rascher entwickeln müsse als die anderen Industriezweige. Stalin faßte die Industrialisierungspolitik in einer Kurzformel zusammen. Er stellte den Prozeß der kapitalistischen und der sozialistischen Industrialisierung einander gegenüber und hob hervor, daß, wenn jene mit dem Primat der Leichtindustrie begonnen habe, diese notwendigerweise mit dem der Schwerindustrie beginnen müsse. Die Quellen der Industrialisierung seien dabei nicht die gleichen.

Im gegebenen Rahmen können wir uns natürlich nicht damit befassen, unter welchen Umständen sich das Stalinsche System der Theorie der sozialistischen Industrialisierung herausgebildet und welche Rolle es in der Industrialisierungspraxis der Sowjetunion gespielt hat. Wenn die These Stalins auch schon von vornherein den Fehler einer groben Simplifizierung in sich barg, so ist es jedoch noch weit wichtiger, daß in den späteren Jahren des Personenkults, als eine schöpferische ökonomische theoretische Arbeit unmöglich wurde, diese Losung zu einer Theorie der Industrialisierung erhoben wurde und auf Jahrzehnte hinaus ein starres Dogma bildete, das den neuen Tatsachen der wirtschaftlichen Veränderungen nicht Rechnung trug und verhinderte, aus diesen die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Ohne auf eine detaillierte Erörterung dieses Komplexes einzugehen, wollen wir, soweit es das untersuchte Thema erfordert, doch einige Grundmomente behandeln.

Eine simplifizierte Gegenüberstellung der kapitalistischen und der sozialistischen Industrialisierung wird der Wirklichkeit der wirtschaftlichen Prozesse nicht gerecht. Stalin hat den Industrialisierungsprozeß in den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts der schon weit zurückliegenden Industrialisierung der führenden kapitalistischen Länder gegenübergestellt, um

daraus ein allgemeingültiges Gesetz abzuleiten; er erklärte, daß die kapitalistische Industrialisierung auf der Grundlage des Primats der Leichtindustrie, die sozialistische hingegen auf der Grundlage des Primats der Schwerindustrie vor sich gehe. Diese Anschauung berücksichtigt jedoch nicht die inneren Gesetzmäßigkeiten der industriellen Entwicklung, die Verschiedenheit des Entwicklungsgrades der Industrie, ihrer inneren Struktur, ihres technischen Niveaus in den einzelnen Geschichtsabschnitten. Unter dem Begriff Industrialisierung müssen wir im wesentlichen die Abstreifung des Agrarcharakters, also den Prozeß verstehen, durch den ein Agrarland zu einem Industrieland wird. Dieser Prozeß kann naturgemäß im 19. Jahrhundert und um die Mitte des 20. Jahrhunderts nicht auf gleiche Weise vor sich gehen. Bei einem Vergleich dieser beiden geschichtlich grundverschiedenen Perioden darf man nicht in erster Linie Unterschiede zwischen dem *kapitalistischen* und dem *sozialistischen* Charakter der Industrialisierung sehen, sondern muß den unterschiedlichen Entwicklungsgrad der gesellschaftlichen Produktivkräfte dieser beiden geschichtlichen Epochen beachten. In den zwanziger und dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts wurde nämlich unter den Verhältnissen der fortschrittlichen technischen Entwicklung, der weitgehenden Industrialisierung in den bedeutenden Ländern der Welt das Überwiegen der Schwerindustrie zu einer Allgemeinerscheinung, und jetzt konnte und mußte ein Land die zurückgebliebenen Verhältnisse eines Agrarstaates auf ganz andere Weise abstreifen als zur Zeit der industriellen Revolution. Von den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts an führte in den bereits früher industrialisierten kapitalistischen Staaten die Industrieentwicklung zu einem raschen Erstarken der Schwerindustrie, die dadurch zum führenden Zweig wurde. Unter diesen Umständen spielt in den letzten Jahrzehnten in den bisher zurückgebliebenen und sich nunmehr entwickelnden kapitalistischen Ländern – ganz unabhängig von ihrem Gesellschaftssystem – die Schwerindustrie eine außerordentlich große oder geradezu führende Rolle auch schon in der ersten Phase der industriellen Entwicklung. So spielte zum Beispiel in Indien, dessen industrielle Entwicklung erst in den letzten Jahrzehnten begann, in den zwei Jahrzehnten von 1938 bis 1958 eindeutig die Entwicklung der Schwerindustrie die führende Rolle. Während in diesen Jahren die Produktion der Textilindustrie nicht anstieg und die der Lebensmittelindustrie um 70 Prozent zunahm, stieg die Produktion der Hüttenindustrie auf das Anderthalbfache, die der Metall- und Maschinenindustrie auf mehr als das Fünffache und die der chemischen Industrie auf rund das Dreifache.⁹

In den im Stadium der Industrialisierung stehenden Ländern Asiens und Lateinamerikas hatte die Schwerindustrie an der minimal entwickelten Industrieproduktion vor dem Kriege einen Anteil von 22,3 Prozent bzw. 19,9 Prozent; zwei Jahrzehnte später, mit dem Fortschreiten der Industrialisierung,

⁹ *Patterns of Industrial Growth 1938–1958*, hg. v. United Nations, New York 1960, S. 284.

zeigte sich bereits die führende Rolle der Schwerindustrie, denn ihr Anteil stieg in den Ländern Asiens bereits auf 36 Prozent und in den lateinamerikanischen Staaten auf 39,6 Prozent.¹⁰

Die Industrialisierung stellt in den verschiedenen geschichtlichen Abschnitten der technischen Entwicklung unterschiedliche Anforderungen, was sich auch darin zeigt, daß unterschiedliche Zweige in den Vordergrund treten. In der gegenwärtigen Zeit ist die Industrialisierung nicht nur unter sozialistischen Verhältnissen gar nicht mehr ohne die führende Rolle der Schwerindustrie denkbar. Doch so richtig diese These ist, so notwendig ist es festzustellen, daß es bei weitem nicht genügt, lediglich das Primat der Schwerindustrie zu betonen. Mit dem Fortschreiten der Industrie und der Technik rücken nämlich innerhalb der Schwerindustrie immer andere Zweige in den Vordergrund. Zur Zeit des Ausbaus der Schwerindustrie, im 19. Jahrhundert und auch noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts, stand die Entwicklung dieses Industriezweiges auf der ganzen Welt vor allem mit der Entwicklung des modernen Verkehrs, der Eisenbahnen und der Schifffahrt in Zusammenhang; dementsprechend trat die Hüttenindustrie in den Vordergrund. Große Mengen von Eisen und Stahl wurden benötigt, und zwar in Form von kaum aufgearbeiteten Walzwaren, Blechen usw. Kennzeichnend war die außerordentlich materialintensive Produktion im Eisenbahn- und Schiffsbau und für den Aufbau zahlreicher Zweige des Maschinenbaus und der Hüttenindustrie selbst.

Nach dem ersten Weltkrieg trat jedoch in der Entwicklung der Schwerindustrie ein wesentlicher Umschwung ein. Der Grund hierfür liegt in den tiefgreifenden Veränderungen, die in der Technik vor sich gegangen waren. In dieser Zeit wurde die Industrie der entwickelten europäischen Länder durch die starke Verbreitung der Elektrizität und die damit aufs engste verknüpfte Motorisierung und Entwicklung der Massenproduktion revolutioniert. Die massenhafte industrielle Anwendung von zum Teil schon weiter zurückliegenden Erfindungen wurde noch durch einige neuere Erfindungen gefördert. Hierzu gehören die Ausarbeitung eines neuen Verfahrens, das den Kohlenbedarf bei der Erzeugung von Kraftstrom auf die Hälfte reduzierte, und nicht minder die moderne Lösung der Stromübertragung; durch das System der Fernleitungen wurde die Verwendung von Elektrizität über die unmittelbare Umgebung der Energiequelle hinaus praktisch unbeschränkt erweitert. Die Motorisierung entwickelte sich gerade infolge der Verbreitung der Elektrizität, die die Benutzung der ungemein elastisch anwendbaren Elektromotoren ermöglichte, mit Riesenschritten, und ebenso erlangte mit der sprunghaften Zunahme des Autoverkehrs der Explosionsmotor große Bedeutung. Das alles spielte keine geringe Rolle bei der Entwicklung des Verkehrs. Die Eisenbahnen waren in diesen Jahren in den entwickelten kapitalistischen Ländern jedoch schon stark ausgebaut, wodurch die Nachfrage nach den traditionellen schwerindustriellen Erzeugnissen, die mit dem Verkehrswesen in Verbindung stehen, stark abnahm.

¹⁰ Ebenda, S. 110.

Zur gleichen Zeit spielte die Autoindustrie eine bahnbrechende Rolle bei der Einführung der Massenproduktion. Die moderne Serienproduktion setzte sich auch sehr bald auf weiteren Gebieten durch, vor allem im Maschinenbau.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern Europas kam es aus all diesen Gründen zu einer Umgestaltung der Struktur der Schwerindustrie. Die Entwicklung der einzelnen Zweige der Hüttenindustrie verlangsamte sich wesentlich, während die Bedeutung der mit geringem Materialeinsatz arbeitenden Zweige der Maschinenindustrie, wie zum Beispiel des Werkzeugmaschinenbaus, des Motorenbaus und besonders der Elektroindustrie, erheblich zunahm. Im wesentlichen waren es diese Zweige, die in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen die Richtung der strukturellen Entwicklung der Schwerindustrie bestimmten.

Nach dem zweiten Weltkrieg entfaltete sich eine neue technische Revolution, die abermals Veränderungen in der modernen Entwicklung der Schwerindustrie bewirkte.

Ohne auf diese ganze hochaktuelle Problematik näher einzugehen, wollen wir hier nur bemerken, daß innerhalb der Schwerindustrie infolge der neuen technischen Erfindungen besonders die Bedeutung der komplexen Automatisierung – und im Zusammenhang damit auch die der Elektrotechnik, der Instrumentenerzeugung und im Falle der Großmächte die der Atomenergieindustrie – sprunghaft zugenommen hat. Eine ähnlich revolutionierende Wirkung hat jedoch auch die Verbreitung der Kunststoffe, durch die die chemische Industrie immer größere Bedeutung erlangt. Innerhalb der Schwerindustrie trat die rasche Entwicklung dieser Zweige in den Vordergrund.¹¹

Das grundlegende Erfordernis der Erzeugung von Produktionsmitteln kann daher nicht nur als Primat der Entwicklung der Schwerindustrie aufgefaßt werden. Eine *allgemeine* schwerindustrielle Definition ist nämlich in sich völlig nichtssagend. Die Erfordernisse der Entwicklung zeigen sich in den einzelnen Abschnitten der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung in ganz verschiedenen Formen. Ja, unter den Bedingungen der modernen Industrieentwicklung kann man die langfristigen Entwicklungsziele überhaupt nicht starr festlegen, denn bei der sich rasch entwickelnden Technik ändern sich auch die Erfordernisse einer wirklich zeitgemäßen Industriestruktur sehr rasch, und ihre Berücksichtigung ist nur bei einer wirklich elastischen Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik möglich. Die Industrialisierung der sozialistischen Länder kann nur dann dem sozialistischen Entwicklungsziel der Produktivkräfte wirklich erfolgreich dienen, wenn die einzelnen sozialistischen Länder imstande sind, in dem jeweiligen Entwicklungsstadium von Industrie und Technik die aktuellen Erfordernisse zu berücksichtigen, damit sie den Kapitalismus tatsächlich in historisch kurzer Frist in bezug auf die Produktivität schlagen können.

Lenin hob als einen der Hauptfaktoren der sowjetischen Industrialisierung stets die Elektrifizierung hervor. In der Stalinschen Industrialisierungsthe-

11 Siehe *Dunning, J. H., Thomas, C. J.*, *British Industry*, London 1961, S. 31.

fehlt jedoch dieses wichtige geschichtliche Element einer zeitgemäßen Industriestruktur bzw. der Struktur der Schwerindustrie vollkommen. Durch eine solche Simplifizierung wird den Erfordernissen einer zeitgemäßen konstruktiven Industrialisierungspolitik, wie zum Beispiel der Sicherung des modernsten Niveaus der Konzentration der Industrie, den Problemen der zeitgemäßen Fabrikationsprofile und der modernen Spezialisierung, der modernen Massenproduktion und den ihr entsprechenden Leitungsformen, keine Beachtung geschenkt, während doch nur bei Berücksichtigung alles dessen ein Höchstmaß an Produktivität erzielt werden kann. Hinzu kommt noch, daß die Aufmerksamkeit zu einseitig auf die quantitative Seite der Entwicklung der Schwerindustrie gerichtet war und die Frage ihrer Struktur und des richtigen Produktionsassortiments vernachlässigt wurde.

III

Der Ausbau der wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialismus, der in Ungarn wie in anderen volksdemokratischen Ländern im wesentlichen zwischen 1949 und 1962 erfolgte, hat nach Überwindung der zu Beginn der fünfziger Jahre vorübergehend aufgetretenen schweren Fehler bei der Liquidierung der früheren wirtschaftlichen Rückständigkeit zu revolutionären Veränderungen geführt. Diese Veränderungen fußten im Grunde auf einer Umgestaltung der entscheidenden wirtschaftlich-gesellschaftlichen und materiell-technischen Vorbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir halten es auch methodologisch für wichtig, unsere weitere Untersuchung der Wirtschaftsgeschichte dieser Zeit unter dem Aspekt der wirtschaftlich-gesellschaftlichen und materiell-technischen Vorbedingungen des Wirtschaftswachstums vorzunehmen.

Der Sieg der Diktatur des Proletariats, der von den wirtschaftlich-gesellschaftlichen Faktoren als *erster* hervorgehoben werden kann, zog eine radikale Liquidierung des privatkapitalistischen Sektors der Wirtschaft nach sich. Durch die weitgehenden Verstaatlichungen vom März 1948 und Dezember 1949 und die zwischen diesen beiden Daten ergriffenen Maßnahmen wurde der kapitalistische Sektor in der Industrie endgültig beseitigt und auch in anderen Wirtschaftsbereichen auf ein Minimum zurückgedrängt. Im Sommer 1948 betrug der Anteil des sozialistischen Sektors in der Fabrikindustrie mehr als 80 Prozent, im Bergbau mehr als 91 Prozent, im Bankwesen mehr als 95 Prozent und im Großhandel mehr als 16 Prozent. Bis Ende 1949 erreichte er in all diesen Zweigen 100 Prozent.

Unter den Veränderungen in den gesellschaftlich-wirtschaftlichen Vorbedingungen der Industrieentwicklung sei an *zweiter* Stelle als unmittelbare Folge der grundlegenden revolutionären Umgestaltung die sozialistische Reorganisation des Systems der wirtschaftlichen Lenkung und Führung erwähnt.

Die Überführung des überwiegenden Teiles der Wirtschaft – der gesamten Fabrikindustrie einschließlich ihrer Finanzierung – in Staatseigentum ermöglichte es, daß der Staat die Wirtschaft nicht mehr nur indirekt lenkte. Der

Ausbau der neuen Wirtschaftsorganisation begann schon im Jahre 1948; den ersten Schritt dazu bildete die Schaffung des neuen Banksystems; in den Mittelpunkt des Kreditlebens wurde die Nationalbank gestellt, die nicht nur das Monopol der Banknotenemission besaß, sondern auch zur unmittelbaren, ja fast ausschließlichen Kreditquelle wurde. Mit der Einführung des Verrechnungskontensystems wurde nicht nur die Abwicklung der Finanzoperationen der Industrie, sondern auch ihre Kontrolle in der Nationalbank konzentriert. Sie bildete das Zentrum des noch von den kapitalistischen Großbanken ausgebauten Netzes der Spezialbanken, das die Investitionstätigkeit, den Außenhandel und die Spareinlagen kontrollierte.

Die Umorganisierung der Industrie war eine ungemein komplizierte Aufgabe. Für mehrere hundert Betriebe mußte die günstigste Form der einheitlichen Lenkung gefunden werden. Die staatskapitalistische Wirtschaftspolitik hatte zwar Organe geschaffen, um die Privatunternehmen zu kontrollieren und bis zu einem gewissen Grade zu beeinflussen, aber diese reichten in der neuen Situation nicht mehr aus. Es galt daher, vor allem das Industrieministerium zu einem wirkungsvollen Lenkungsorgan umzugestalten und daneben für einzelne Industriezweige oder für zusammenfaßbare wirtschaftliche Einheiten Industriedirektionen zu schaffen, wobei den einzelnen Unternehmen natürlich ihre Selbständigkeit belassen wurde. Die oberste Lenkung der Produktion versah das Ministerium; auf der Ebene zwischen Ministerium und Betrieben wurden außerdem untergeordnete Lenkungsorgane geschaffen. In diesem System obliegt die Finanzkontrolle der Nationalbank; die Richtung der Produktionsentwicklung und die Rolle, die den einzelnen Betrieben dabei zukommt, werden vom Landes-Planungsamt bestimmt. Obgleich die Organisation der Industrielenkung im Laufe der vergangenen anderthalb Jahrzehnte des sozialistischen Aufbaus außerordentlich vielen Änderungen unterworfen war, ist ihre Basis auch heute noch die im Jahre 1948 geschaffene Struktur.

Wenn die Rolle der Planung und des Landes-Planungsamtes schon in der vorangegangenen Etappe sichtbar wurde und ständig an Bedeutung gewann, so konnte sie doch erst dann zur vollen Geltung kommen, als die Vergesellschaftung der Produktionsmittel bereits vollständig abgeschlossen war und das Privateigentum und die kapitalistischen Profitinteressen den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen keine Hindernisse mehr in den Weg legen konnten. Die Bedeutung der Planung als zentraler Methode der Entwicklung der Volkswirtschaft entfaltete sich in dieser Periode in vollem Maße. Es galt jetzt nicht mehr nur, die Vorhaben der kurzen Wiederaufbauperiode zu lenken, sondern es mußten auch die Perspektiven der Volkswirtschaft im Plan verankert werden. Die Bedeutung der Planung nahm auch dadurch zu, daß ihre Methoden im Laufe der Jahre vervollkommen wurden. Es gelang ihr immer besser, nicht nur die einfachen Zusammenhänge der Wirtschaft, sondern auch ihre komplizierteren Zusammenhänge festzustellen und wirksam werden zu lassen.

Die Planung spielte also eine unmittelbare Rolle bei der Entwicklung der Wirtschaft, der Produktivkräfte; wenn schon für die Übergangsperiode die Bedeu-

tung der zentralen Lenkung, der Mobilisierung der Reserven hervorgehoben werden konnte, so gilt dies um so mehr für die Epoche des Aufbaus des Sozialismus.

Die sozialistische Wirtschaftspolitik als *drittes* Moment der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Faktoren des Wirtschaftswachstums ging hinsichtlich des von uns untersuchten Themas von dem für die ungarische wirtschaftliche Entwicklung grundlegenden Prinzip aus, daß die kapitalistische Vorkriegszuwachsrate nicht genügt, sondern für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft ein rascherer Zuwachs erforderlich ist. Theoretisch ist dieser Ausgangspunkt nicht anzufechten. Um in einem Lande die Arbeitslosigkeit endgültig zu liquidieren, die rückständige Wirtschaftsstruktur zu verändern, das Gewicht der Industrie in der Volkswirtschaft zu erhöhen und die Hebung des Lebensstandards zu sichern, muß ein rascheres Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung erzielt werden.

Die vielversprechenden, auf den tatsächlichen Ergebnissen des Jahres 1949 basierenden Kennziffern des ersten Fünfjahrplanes sahen eine alles Bisherige übertreffende rasche Entwicklung der ungarischen Volkswirtschaft vor. Und tatsächlich erhöhte sich das Nationaleinkommen von 1949 bis 1952 in drei Jahren um fast 50 Prozent, während die Industrieproduktion um etwa 80 Prozent zunahm – das Wachstumtempo war also in dieser Beziehung beispiellos.¹² Die Wirtschaftsführung war der Ansicht – was sich besonders im Entwurf des abgeänderten Fünfjahrplanes deutlich ausdrückte –, daß eine hochgradige Steigerung der Investitionen an sich schon ein rasches Entwicklungstempo sichere. Dagegen sprach ihrer Meinung nach auch nicht die Tatsache, daß das Nationaleinkommen 1952 nicht zunahm, weil infolge der schlechten Ernte der Wert der landwirtschaftlichen Produktion abnahm. In der Wirtschaftspolitik wurde das Drängen auf quantitative Steigerung der Investitionen und des Zuwachses vorherrschend. Schon bei der Ausarbeitung des ersten Fünfjahrplans wurde der Voranschlag immer wieder erhöht und stets von maximalen Möglichkeiten ausgegangen, wie sie sich aus der Sicht des Augenblicks darboten. Im ersten Planjahr wurden die Investitions- und Produktionsplanziele dann abermals in mehreren Fällen gesteigert. Bezüglich des Kohlenbergbaus zum Beispiel wurde bereits im August 1950 eine Abänderung des Plans vorgenommen und der Voranschlag um ungefähr 20 Prozent erhöht. Zusätzlich zu den 12 im Bau begriffenen neuen Bergwerksbetrieben wurde die Schaffung weiterer 14 Schachtbetriebe beschlossen, was ungemein hohe Investitionen erforderte. Dennoch notierte Minister Ernő Gerő auf dem Entwurf: „Muß weiter erhöht werden!“¹³

¹² *Magyar Statisztikai Evkönyv* (Ungarisches Statistisches Jahrbuch) 1949 bis 1955, Budapest 1957, S. 39 u. 71.

¹³ AIP, 2/9–171, 01143 (Vorlage über den Fünfjahrplan des Kohlenbergbaus v. 11. 8. 1950). – Über die obenerwähnte Frage sowie über die wirtschaftspolitischen Fehler des ersten Fünfjahrplanes siehe ausführlich bei *Berend*,

Im Herbst 1950 wurden die Voranschläge des Volkswirtschaftsplans – nach mehrmaliger Erhöhung – gegenüber dem ursprünglichen Entwurf umgearbeitet und weiter gespannt; der Investitionsrahmen wurde auf dem Gebiete der Produktion von 9,8 Milliarden Forint auf 13,3 Milliarden erweitert. Der Ministerrat und der Zentralvorstand der Partei der Ungarischen Werktätigen stellten dazu fest: „Durch den Volkswirtschaftsplan des Jahres 1951 werden Aufgaben gelöst, die im Fünfjahrplan erst für spätere Jahre vorgesehen sind. Eine so bedeutende Übererfüllung des Fünfjahrplans erfordert eine Überprüfung des Fünfjahrplans.“¹⁴ Unter Berufung auf die gerade erst vorgenommene, in der Praxis noch gar nicht erprobte Erhöhung des Voranschlags für 1951 wurden also Beschlüsse über die Erhöhung des ganzen Fünfjahrplans gefaßt. Der II. Parteitag der Partei der Ungarischen Werktätigen änderte im Februar 1951 den Voranschlag des Fünfjahrplans tatsächlich ab. Der Investitionsrahmen wurde von den Ende 1949 festgelegten 51 Milliarden auf 85 Milliarden erhöht, und Ernő Gerő stellte in seinem Referat fest: „... die Aufgabe ist nicht nur realisierbar, sondern eher ein behutsamer Voranschlag.“¹⁵ Auf Grund der Erhöhung sollten im Zuge des Fünfjahrplans nicht, wie ursprünglich vorgesehen, 263, sondern 341 neue Industriebetriebe geschaffen werden. Die Produktion des Bergbaus sollte innerhalb von fünf Jahren nicht um 55,2 Prozent, sondern um 142 Prozent und die der Hüttenindustrie nicht um 105 Prozent, sondern um 162 Prozent gesteigert werden.¹⁶ Die Konzeption, von der dabei ausgegangen wurde, wird durch nichts besser charakterisiert als dadurch, daß man den Umfang der Investitionen stets weiter erhöhen wollte. Für 1951 wurde das Investitionsprogramm gegenüber dem Vorjahr um 38,2 Prozent erhöht¹⁷, und für 1952 wurden um 31 Prozent höhere Beträge für Investitionen veranschlagt als 1951.¹⁸ Im Laufe der Jahre machten sich jedoch immer mehr innere Widersprüche bemerkbar, die auf die schweren Fehler in der wirtschaftspolitischen Konzeption hinwiesen. Die damalige Parteiführung faßte den Plan der Wirtschaftsentwicklung sozusagen in seiner Gesamtheit als Funktion des Ausmaßes der Investitionen auf. Ohne die wirklichen, komplizierten Faktoren des Zuwachses zu analysieren, meinte sie, größere Investitionen bewirkten sozusagen auto-

Iván, T., Gazdaságpolitika az első 5 éves terv megindításakor Magyarországon (Wirtschaftspolitik zur Zeit der Inangriffnahme des ersten Fünfjahrplans in Ungarn), a. a. O.

14 AIP 2/9–201 (Material der Sitzung der Staatlichen Wirtschaftskommission am 22. 12. 1950).

15 Gerő, Ernő, *A vas, acél és gépek országáért* (Um das Land des Eisens, des Stahls und der Maschinen), Budapest 1952, S. 109.

16 Ges. art. II v. J. 1951 über die Abänderung des Fünfjahrplans, in: *Statisztikai Szemle* 5/1951, S. 385 u. 387.

17 AIP 2/9–169, 01116 (Antrag des Landes-Planungsamtes über die präliminierten Rahmenciffern des Volkswirtschaftsplans für 1951).

18 AIP 2/9–282, 2806 (Mitteilung über den Beschluß des Ministerrates bezüglich der Rahmenciffern des Volkswirtschaftsplans für 1952).

matisch einen größeren Produktionszuwachs, das heißt, durch die Bereitschaft zu zeitweiligen Opfern könne man eine so hohe innere Akkumulation und durch diese wiederum so hohe Investitionen realisieren, daß das sich hieraus ergebende überaus rasche Entwicklungstempo und die entsprechend erhöhte Produktion in der weiteren Perspektive für die gegenwärtigen Opfer entschädigen würden. Mátyás Rákosi erklärte wiederholt, wenn wir anders verfahren, würden wir „unsere Zukunft aufessen“¹⁹. Auch in dem für den Fünfjahrplan ausgearbeiteten Propagandavorschlag der Agitationsabteilung der Partei der Ungarischen Werktätigen wurde betont: „Die Propagierung des Fünfjahrplans muß dazu beitragen, die Opferbereitschaft unseres werktätigen Volkes zu steigern. Es muß darauf hingewiesen werden, daß diese Opfer durch die Ergebnisse des Fünfjahrplans durch ein Vielfaches kompensiert werden.“²⁰ Die geschilderte Auffassung, die kurze Zeit begründet erschien, war jedoch schon vom ersten Augenblick an irrig. Die Forcierung der in keinem Verhältnis zu den wirtschaftlichen Kraftquellen stehenden inneren Akkumulation und der Investitionen kann nämlich selbst unter idealen Umständen, das heißt bei Vermeidung von besonderen praktischen Fehlern in der Durchführung, keine ständige Zunahme in dem entsprechenden Tempo gewährleisten. Zwischen den überspannten Investitionen und der wirtschaftlichen Entwicklung besteht überhaupt kein mechanischer Zusammenhang. Die Zuwachsrate (r) ist nicht einfach eine ausschließliche Funktion der Investitionen, des Kapitalzuwachses (I), sondern darüber hinaus durch viele andere Faktoren bedingt. So spielten bei der Bestimmung des Wachstumstempes das Verhältnis des Kapitalzuwachses zum Nationaleinkommen (i), die für eine Einheit des Zuwachses des Nationaleinkommens notwendige Höhe der Investitionen (m), die Abnutzung der Anlagebasen, der physische Verschleiß der Produktionsmittel (a) sowie die Steigerung der Produktion und der Produktivität fördernde Faktoren (u) ebenfalls eine Rolle. Die Formel des Tempos des Zuwachses kann also folgendermaßen geschrieben werden:

$$r = i \frac{I}{m} - a + u.^{21}$$

Die komplizierten inneren Proportionen der Wirtschaft betätigen daher im Falle forcierter Investitionen gewisse innere Bremsen, schaffen „Plafonds“.²² Die Wirtschaft beansprucht dann zum Beispiel in so hohem Maße Arbeitskräfte, daß sich selbst beim Vorhandensein großer Reserven notwendigerweise

19 Rákosi, Mátyás, Népi demokráciánk új feladatai (Neue Aufgaben unserer Volksdemokratie), in: *derselbe*, *Épitjük a nép országát* c. kötetben (Wir bauen das Land des Volkes), Budapest 1955, S. 254.

20 AIP 2/9–277, 2749.

21 Brus, W., Laski, K., Problems in the Theory of Growth under Socialism. Manuskript des Vortrags auf dem Wiener Kongreß der Internationalen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft im Jahre 1962.

22 Kalecki, Michał, Czynniki określające tempo wzrostu nachodu narodowego w gospodarce socjalistycznej, in: *Gospodarka Planowa*, 8/1958.

ein Arbeitskräftemangel ergeben muß. Dadurch wird wiederum das Tempo der Entwicklung, der weitere Zuwachs gebremst. Gleichzeitig nimmt durch die immer neuen und größeren Investitionen der Importbedarf der Wirtschaft, insbesondere der Industrie, zu, was sich in einem kleinen, so stark auf den Außenhandel angewiesenen Land wie Ungarn besonders kraß bemerkbar machen muß. Um den ungemein rasch anwachsenden Importanforderungen genügen zu können, müssen zusätzliche Exportmöglichkeiten geschaffen werden, und dies ist nur dadurch möglich, daß entsprechende Mittel für die Verbreiterung der Exportbasis aufgewendet werden – und diese Mittel müssen letzten Endes den Investitionen entzogen werden, die man gerade erhöhen wollte.

Infolge der zunehmenden Investitionen muß sich jedoch notwendigerweise ein innerer Widerspruch, ein „Plafond“, auch auf dem Gebiet der Technik, der Planung und der Bautätigkeit ergeben. Die zunehmenden Investitionen gehen mit der Verwirklichung zahlreicher und gleichzeitiger Bauvorhaben einher, und selbst wenn auf diesem Gebiet auch keinerlei Fehler gemacht werden, rufen die gewaltigen Planungs- und Bauaufgaben notgedrungen Schwierigkeiten hervor und bremsen infolge der relativ langsamen Durchlaufzeit ebenfalls den Zuwachs.

Schließlich ist unter den hemmenden inneren Faktoren, vielleicht als wichtigster, noch der zu erwähnen, daß die Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion mit der durch die forcierten Investitionen hervorgerufenen Industrieentwicklung nicht Schritt halten kann, was teils in der Versorgung, teils im Außenhandel Schwierigkeiten hervorruft und dadurch ebenfalls das Tempo des Zuwachses verlangsamt.

In der ersten Etappe der sozialistischen Wirtschaftsentwicklung kam es nicht nur aus den genannten Gründen zu Schwierigkeiten. Ungemein erschwerend wirkte es sich auch aus, daß man ein rasches Ansteigen des Nationaleinkommens durch eine ganz einseitige Konzentration der Geldmittel auf den Bergbau und die Eisen-, Metall- und Maschinenbauindustrie erreichen wollte und verhältnismäßig wenig Mittel für die Entwicklung anderer lebenswichtiger Zweige der Wirtschaft aufwendete. Kaum etwas entfiel auf die Landwirtschaft, auf die Konsumgüter erzeugenden Zweige der Industrie, ja selbst auf solche Zweige der Schwerindustrie, die von grundlegender Bedeutung – und vom Gesichtspunkt des modernen technischen Fortschritts sogar die wichtigsten – sind: die chemische, die Instrumenten- und die elektrotechnische Industrie. Die Wirtschaftsführung erwartete nämlich von der maximalen Förderung der einseitig privilegierten Zweige einen Aufschwung der ganzen Volkswirtschaft; sie rechnete damit, daß die erwähnten Zweige die übrigen Gebiete sozusagen automatisch mit sich reißen würden. Diese Konzeption fand bereits in der ursprünglichen Fassung des Planes und im ersten Jahr seiner Durchführung ihren Ausdruck.²³ Nach der Erhöhung der Planziele Anfang 1951 wurden 43

23 Siehe *Berend, Iván T.*, *Gazdaságpolitikai hibák kialakulása az első 5 éves terv megindítása idején Magyarországon* (Über wirtschaftspolitische Fehler zur Zeit der Inangriffnahme des ersten Fünfjahrplans in Ungarn), a. a. O.

bis 45 Prozent der gesamten Investitionen auf die erwähnten Zweige der Schwerindustrie konzentriert. Die Investitionen der Leichtindustrie sanken dagegen von 6 Prozent (im Jahre 1950) auf 4 Prozent.²⁴

Die Wirtschaftspolitik wurde jedoch in diesem Zeitabschnitt auch unmittelbar durch die militärischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte der nationalen Verteidigung bestimmt. „Bei der Förderung der Schwerindustrie muß man vor allem in verstärktem Maße die Sicherung der Landesverteidigung vor Augen haben“, stellte das Landes-Planungsamt bei der Ausarbeitung des Planes für das Jahr 1952 fest.²⁵

Die aus der Zeit der Herausbildung der sozialistischen Entwicklungskonzeption datierenden Fehler machten sich bereits von 1952/53 an in Form von schweren wirtschaftlichen Widersprüchen und Schwierigkeiten bemerkbar. Durch das Zurückbleiben der landwirtschaftlichen Produktion traten schon 1950 Versorgungsschwierigkeiten auf, wodurch die Einführung von Lebensmittelkarten unvermeidlich wurde. Die Planziele konnten auch in der Industrie immer weniger verwirklicht werden. Die einseitige Forcierung der Quantität führte infolge der gleichzeitigen umfangreichen Bautätigkeit dazu, daß die Termine um viele Monate, ja sogar um Jahre überschritten wurden, obgleich im Plan schon mit der Produktion der neuen Anlagen gerechnet wurde. Zu gleicher Zeit wurden mit großem Kostenaufwand manche überflüssigen Betriebe errichtet. Die damals erbaute Schlackenbeton- und die Ferrosiliziumfabrik zum Beispiel verfügten nicht über das erforderliche Rohmaterial.²⁶ Dadurch, daß die besonders materialaufwendigen Industrien einseitig gefördert wurden, bestand ständig Mangel an Kohle und Energie sowie an Eisen- und Walzwaren. Betriebsstörungen und Stillstände waren sozusagen an der Tagesordnung. In Ungarn, das stark auf den Außenhandel angewiesen ist, mußten sich die wirtschaftlichen Störungen auf diesem Gebiet besonders kraß auswirken. Bis Ende 1952 erreichten die Schulden bereits 1 Milliarde Devisenforint²⁷, und das Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten – für das ursprünglich ein Ansteigen um 35 Prozent und dann sogar um 50 Prozent vorgesehen war – sank bis Ende 1952 fast um 20 Prozent.²⁸

In der Atmosphäre des neuen Entwicklungsprozesses, der nach dem Tode Stalins in der internationalen Arbeiterbewegung einsetzte, zeigten sich Bestrebungen, die wirtschaftlichen Widersprüche zu lösen. In einem Beschluß der Partei der Ungarischen Werktätigen und im Programm der Regierung wurde festgestellt, daß die Investitions- und Industrialisierungspolitik, die nicht mit den tatsächlichen Energiequellen rechnete, die Kräfte des Landes überspannte und deshalb zum Sinken des Lebensniveaus führte, falsch war,

24 AIP, 2/9–275, 2723.

25 AIP, 2/9–282, 2799.

26 AIP, 2/9–566 (Sitzung des Landes-Planungsamtes am 25. 2. 1953).

27 AIP, 2/9–781.

28 *Magyar Statisztikai Evkönyv* (Ungarisches Statistisches Jahrbuch) 1962, S. 299.

weil sie durch eine einseitige Entwicklungsrichtung, durch Vernachlässigung der Landwirtschaft und der Konsumgüterindustrie scharfe Widersprüche hervorrief.²⁹

Im Juli 1953 wurde jedoch – wie es in Bemerkungen des Statistischen Amtes zum Fünfjahrplan heißt³⁰ – die Lage eher beschrieben als analysiert. Die ergriffenen Maßnahmen bedeuteten nur eine Behandlung der Symptome, und nicht selten wurden durch die Korrektur des einen oder anderen Fehlers die Schwierigkeiten auf anderen Gebieten noch vergrößert. Zur Liquidierung der Fehler wurden sich widersprechende, übereilte Maßnahmen getroffen, wobei es bei weitem nicht gelang, mit der falschen Quantitätskonzeption der Wirtschaftsentwicklung aufzuräumen³¹, und die bremsende Rolle der Rákosischen Parteilührung machte sich stark bemerkbar.

Um die Fehler zu korrigieren, setzte man sofort die Investitionen herab. Das führte einerseits dazu, daß zahlreiche Bauvorhaben eingestellt wurden, in die bereits hohe Summen investiert worden waren; diese Investitionen verloren ihren Wert, während sich im Falle der Beendigung der Arbeiten durch die neuen Anlagen das Nationaleinkommen vergrößert hätte. Gleichzeitig verursachten die unüberlegten, planlosen Stilllegungen hohe Instandhaltungskosten. Zur Charakterisierung der auftretenden Widerstände können wir erwähnen, daß zu gleicher Zeit in vielen Fällen auf Investitionen verzichtet wurde, die sowieso undurchführbar waren, so daß der Verzicht bloß formell war.³² Die allgemeine Unsicherheit kam auch darin zum Ausdruck, daß 1953 der Jahresplan 225mal (!) abgeändert wurde.³³

Ein prägnantes Beispiel für die gegensätzlichen Tendenzen ist auch der Beschluß des Ministerrats vom 2. Juli 1954, in dem darauf hingewiesen wird, daß es im Jahre 1954 nicht gelang, mit dem irrealen Investitionsplan zu brechen. Die Investitionen wurden nicht umgruppiert, und es waren keine Reserven eingeplant; als Ausgleich wurde unter anderem beschlossen, die Investitionen um 3 Milliarden zu verringern, die Leiter der einzelnen Ressorts wurden aufgefordert, binnen 48 Stunden (!) Anträge auf eine Verminderung um 2 Milliarden zu stellen.³⁴

29 *Szabad Nép* v. 5. 7. 1953.

30 AIP, 2/9–78.

31 AIP, 2/9–569 (Bericht des Landes-Planungsamtes); 2/9–570, Nr 2 (Bericht über die den Volkswirtschaftsplan betreffende Durchführung des neuen Regierungsprogramms).

32 AIP, 2/9–683 (Antrag des Landes-Planungsamtes v. 6. 3. 1954).

33 Auf der Konferenz des Parteiaktivs des Landes-Planungsamtes v. 21. 4. 1953 wurde über die im Planungsamt bestehenden Widerstände gegen eine Verringerung bzw. Umstellung der Investitionen berichtet. Der auf Grund der bindenden Weisungen schließlich ausgearbeitete Antrag wurde mit dem Ausruf „Hier bringen wir die Traueranzeige!“ eingereicht (AIP, 2/9–573, 01609).

34 AIP, 2/9–660, 28 037, 18961, 2/9–686, 0759.

Obwohl es gelang, den Lebensstandard zu erhöhen, führte die mangelnde wissenschaftliche Fundierung der Abänderungen dazu, daß sich die übrigen wirtschaftlichen Indizes verschlechterten: Die Produktion stagnierte, die Selbstkosten stiegen, die Produktivität nahm ab, und die Außenhandels-schulden erhöhten sich weiter. Um diese Auswirkungen zu korrigieren, änderte die Rákosi-Gerő-Gruppe den Plan durch Beschluß vom März 1955 ab. Das geschah jedoch im wesentlichen auf Grund der früheren dogmatischen Anschauung. Abermals wurden die Investitionen der Schwerindustrie erhöht, die zur Verbesserung der Arbeitslöhne und zur Förderung der Landwirtschaft bestimmten Reserven wurden vermindert und die landwirtschaftlichen Investitionen eingeschränkt.³⁵ So stieg die Produktion im Jahre 1955 zwar wieder an, auch einige andere Indizes der Wirtschaft verbesserten sich, jedoch der Lebensstandard stagnierte, die Auslandsverschuldung vergrößerte sich, und die Materialreserven nahmen ab.³⁶ In der Volkswirtschaft entstand eine angespannte Situation, die sich im Jahre 1956 infolge der ständigen Planabänderungen weiter verschärfte. Dies geht deutlich aus einem vom 14. September 1956 datierten Schreiben hervor, das der Vorsitzende des Statistischen Amtes an den Vorsitzenden des Planungsamtes richtete und in dem festgestellt wurde, daß bei den vielen tausend Planabänderungen auch das Statistische Amt nicht mehr wußte, was der für 1956 gültige Plan sei.³⁷

In der Partei- und Regierungsführung kam es zu einer wirklich tiefen Erkenntnis der wirtschaftspolitischen Fehler erst mit dem Beschluß der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei vom Dezember 1956 und dem auf seiner Grundlage ausgearbeiteten Programm.³⁸ Seither ist man sich bewußt, daß die Richtung der Entwicklung den modernen technischen und wirtschaftlichen Erfordernissen angepaßt sein muß und die Entwicklung nur in einem den Akkumulationsmöglichkeiten entsprechenden realen Tempo erfolgen kann. An die Stelle starrer Dogmen trat ein elastisches, den realen Bedingungen besser entsprechendes Programm, das für die weitere Zukunft eine rasche Wirtschaftsentwicklung sicherte, das aber auch für den zweiten Dreijahrplan und dann für den zweiten Fünfjahrplan schon eine wichtige Rolle spielte. Dies kam vor allem in einer realeren Planung der Akkumulation und in einer gleichmäßigeren Verteilung der Investitionen zum Ausdruck. Jedoch auch die den ungarischen Gegebenheiten besser Rechnung tragende Umgestaltung der Struktur der Industrie, die besondere Förderung der chemischen Industrie sowie das Bestreben, die Industrieentwicklung in erster Linie durch die Hebung der Produktivität zu sichern, waren wesentliche Elemente dieser realistischeren Wirt-

35 AIP, 2/9-778, 1955 (Aufzeichnung des Landes-Planungsamtes) sowie 2/9-784 (Sitzung des Kollegiums des Landes-Planungsamtes im März 1955).

36 AIP, 2/9-803. — Im Sommer 1955 entstand der Plan, 50 Prozent des Goldschatzes der Nationalbank provisorisch zu verkaufen (siehe dazu 2/9-856 u. 2/9-893).

37 AIP, 2/9-874.

38 *Népszabadság* v. 8. 12. 1956.

schaftspolitik.³⁹ Den Mittelpunkt aller Diskussionen bildete das Problem der Verbesserung des Wirtschaftsmechanismus, ohne dessen Lösung wir unsere wirtschaftspolitischen Ziele nicht restlos erreichen würden. Diese Entwicklung, die durch die neuartige wirtschaftliche Zusammenarbeit der sozialistischen Länder beeinflußt wird, kann natürlich auch heute noch nicht als endgültig abgeschlossen betrachtet werden. Fest steht jedoch schon, daß es nach 1957 gelungen ist, mit den falschen Auffassungen von der industriellen Entwicklung, die zu Beginn der fünfziger Jahre dominierten, zu brechen, und das hat sich entscheidend auf die allgemeine Wirtschaftsentwicklung ausgewirkt.

Es ist gelungen, mit den außerordentlich wirksamen Mitteln der Wirtschaftspolitik unvergleichlich günstigere Zuwachsbedingungen als im alten Ungarn und überhaupt in den kapitalistischen Ländern zu schaffen.

Die neuen gesellschaftlichen Bedingungen des Zuwachses haben auch in materiell-technischer Hinsicht eine neue Lage geschaffen. Mit der Überwindung der kapitalistischen Spontaneität, der konsequenten Verwirklichung der Planwirtschaft erlangen die Investitionen als Teil der materiell-technischen Bedingungen ganz besondere Bedeutung. Eindeutig wird in der Literatur über die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft der Umfang der Investitionen als zentraler Faktor des Zuwachses betrachtet, wenn es dabei auch natürlich nicht nur um die Größe der Investitionen geht. In der ersten Phase der sozialistischen Industrialisierung spielen die Investitionen eine noch größere Rolle als in späteren. Um nämlich ein entsprechend rascheres Entwicklungstempo zu erreichen, muß der Anteil der Investitionen erhöht werden, und zwar vorübergehend nicht nur gegenüber der kapitalistischen Zeit, sondern auch gegenüber den späteren Phasen der sozialistischen Wirtschaftsentwicklung.⁴⁰ Das heißt, um die Volkswirtschaft aus ihrer alten Rückständigkeit herauszuführen, den Arbeitskräfteüberschuß zu absorbieren usw., ist nicht ein Entwicklungstempo (r'), sondern ein Tempo (r'') erforderlich. Dieser besonders rasche Anfangszuwachs ist jedoch nicht unbedingt nur durch ein besonders hohes Investitionsniveau (i'') zu erreichen. Schon in dieser Phase kann der Umfang der Investitionen durch einige spezielle Umstände, die es ermöglichen, das (r'')-Tempo des Zuwachses vorübergehend auch durch (i')-Investitionen zu erreichen, vermindert werden. In der sozialistischen Wirtschaftsentwicklung, im ersten Ab-

39 Siehe *Varga, György*, *Iparunk fejlődése a hároméves és az öt éves terv idősakában* (Die Entwicklung unserer Industrie im Zeitraum des Drei- und des Fünfjahrplans), Budapest 1962.

40 Zu dieser Frage schließen wir uns den Darlegungen in der zitierten Studie von Brus und Laski an (siehe Anm. 22). Die Verfasser verweisen darauf, daß in der Zeit des Übergangs vom Entwicklungstempo der kapitalistischen Epoche (r) zu dem rascheren Tempo der sozialistischen Entwicklung (r') ein besonders rasches Wachstumstempo (r'') notwendig ist. Dementsprechend ist dieser Zeitabschnitt durch einen besonders hohen Investitionszuwachs (i'') gegenüber der Quote der kapitalistischen Epoche (i) und der zur Sicherung des sozialistischen Tempos erforderlichen Quote (i') gekennzeichnet.

schnitt der Industrialisierung, kann diejenige Form der Produktionssteigerung eine große Rolle spielen, die nicht durch Investitionen, sondern durch eine bessere Betriebsorganisation, Kapazitäts- und Materialausnutzung als im vorangegangenen Kapitalismus, durch Sparsamkeit und durch den sozialistischen Wettbewerb erreicht wird. Dieser Faktor⁴¹ ist für die gesamte sozialistische Entwicklung von Bedeutung, spielt aber am Anfang des sozialistischen Aufbaus eine besonders große Rolle, denn nach der Übernahme der kapitalistischen Unternehmen können die Zentralisation, die Zurückdrängung der kleinbetrieblichen Methoden, die Profilierung, die plötzlich möglich werdende bessere Kapazitätsausnutzung und die Entfaltung des sozialistischen Arbeitswettbewerbs als Faktoren einer sprunghaften wirtschaftlichen Entwicklung wirken. Das Maß der Investitionen kann in der sozialistischen Wirtschaft zum großen Teil als identisch mit der Einsparung, das heißt mit der Akkumulationsquote des Nationaleinkommens betrachtet werden. Zu den ersten Aufgaben der Planwirtschaft gehörten daher 1950 die Herstellung eines richtigen Verhältnisses zwischen Akkumulation und Konsum und die Bestimmung des entsprechenden Anteils der Investitionen.

Entwicklung der Investitionen in den Jahren 1949 bis 1962⁴²

Jahr	Nationaleinkommen	Summe der Investitionen ⁴³	Investitionen in % des Nationaleinkommens
	in Mill. Ft		
1949	37,7	6,2	15,0
1950	46,5	9,7	20,7
1951	53,2	13,1	22,6
1952	52,2	15,9	26,3
1953	59,1	16,8	24,3
1954	56,7	11,8	20,8
1955	93,1	11,2	12,0
1956	78,1	11,6	14,8
1957	102,3	11,1	10,8
1958	109,8	23,0	20,9
1959	128,2	32,2	25,1
1960	141,6	37,5	26,5
1961	147,9	33,7	22,8
1962	152,2	39,1	25,7

Die Daten zeigen, daß sich die Höhe der Investitionen mit nicht zu großen Abweichungen um 25 Prozent des Nationaleinkommens bewegte, was eine sehr

41 In der bereits erwähnten Formel erscheint er als Faktor *u*.

42 Auf Grund der Daten in: *Magyar Statisztikai Évkönyv* (Ungarisches Statistisches Jahrbuch) 1949–1955, 1959 u. 1962.

43 Von 1949 und 1954 zu Preisen von 1949, von 1955 bis 1957 zu Preisen von 1954, für die weiteren Jahre zu Preisen von 1958 auf Grund der Ungarischen Statistischen Jahrbücher berechnet.

hohe Investitionsquote darstellt. Dabei dürfen wir jedoch zahlreiche wichtige Einzelprobleme nicht außer acht lassen. Hier sei an erster Stelle erwähnt, daß zu Beginn der fünfziger Jahre infolge der ungemein großen Disparität zwischen den Preisen der Konsumgüter und denen der Produktionsmittel die tatsächliche Summe der Investitionen einen viel größeren Teil des Nationaleinkommens – etwa 35 Prozent – in Anspruch nahm.⁴⁴ Diese Investitionsquote überstieg selbst die der entwickeltesten Länder, die im Vergleich mit Ungarn über weit größere Akkumulationsmöglichkeiten verfügten, und ihre Aufrechterhaltung war nur dadurch möglich, daß der Zuwachs der Akkumulation den des Nationaleinkommens überstieg, was zu einem Absinken des Konsums und des Lebensstandards im allgemeinen führte. In der dann folgenden Zeit war ein Schwanken des Volumens der Investitionen zu beobachten. Eine konsequente, einheitliche Konzeption und eine zwar hohe, aber den Zuwachs des Nationaleinkommens nicht übersteigende Investitionsquote sind erst in den letzten Jahren festzustellen.

Theoretisch gibt es zu Beginn des sozialistischen Aufbaus drei Möglichkeiten bei der Steigerung der Investitionsquote: Erstens kann ein rasches Ansteigen der Investitionen – wenn auch in geringerem Ausmaß – gleichzeitig die Steigerung des Konsums mit sich bringen. Zweitens ist es vorstellbar, daß eine Beschleunigung des Investitionstempos mit einer Stagnation des Lebensstandards und des Konsums einhergeht, und drittens schließlich kann die Investitionsquote so rasch gesteigert werden, daß ein absoluter Rückgang des Konsums, ein allgemeiner Rückschlag auf dem Gebiet des Lebensstandards eintritt. Außerdem kann es vorübergehend unter besonderen Bedingungen auch vorkommen, daß der Lebensstandard rascher steigt als die Investitionen, wie es zum Beispiel im Jahre 1957 in Ungarn der Fall war. Für längere Perioden kann das jedoch keinesfalls charakteristisch sein – besonders nicht im Anfangsstadium der sozialistischen Industrialisierung –, wenn innerhalb eines geschichtlich kurzen Zeitabschnitts ein ungemein großer wirtschaftlicher Rückstand aufgeholt werden muß, was nur durch eine rasche Steigerung der Investitionen möglich ist.

Was die erwähnten drei Möglichkeiten betrifft, so war die ungarische Planwirtschaft zur Zeit des ersten Fünfjahrplanes auf die erste als denjenigen Entwicklungsweg orientiert, der den Zielen des Sozialismus am meisten entspricht, da er einen organischen Zusammenhang zwischen den Produktionsmitteln, der Entwicklung der Volkswirtschaft und dem Ansteigen des gesellschaftlichen Wohlstandes schafft. Im Fünfjahrplan war eine Steigerung des Nationaleinkommens um 63 Prozent und des Lebensstandards um 35 Prozent vorgesehen. Bald zeigte es sich jedoch, daß in der Praxis nicht die erste, sondern die dritte Variante verwirklicht wurde, das heißt, daß die Beschleunigung der Zuwachsrates mit einer solchen Investitionsrate vor sich ging, daß in Wirklichkeit ein Absinken des Konsums eintrat. Ohne hier sämtliche wirtschaftspolitischen

Zusammenhänge dieser Frage analysieren zu wollen, verweisen wir nur auf die schon erwähnten Fehler in der Wirtschaftspolitik. Wir möchten jedoch an dieser Stelle noch einmal speziell auf die Investitionspolitik zurückkommen, die als solche überhaupt verfehlt war. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die besonders wirksamen Investitionen 1947/48 einen sehr raschen wirtschaftlichen Zuwachs bewirkten. Den Grund hierfür sahen wir in erster Linie in den Besonderheiten der Rekonstruktionsperiode. Zu Beginn der fünfziger Jahre vermochte die Wirtschaftsführung jedoch die Rekonstruktionsperiode nicht genügend von der Erweiterungsperiode zu trennen; sie ging davon aus, daß die Steigerung der Investitionen auch weiterhin eine ähnliche – wenn vielleicht auch nicht ganz so rasche – Beschleunigung des Entwicklungstempos bewirken werde. Dabei ist es ganz natürlich, daß zu Beginn des sozialistischen Aufbaus die Wirksamkeit der Investition in der Regel abnimmt: Zahlreiche neue Anlagen müssen in Betrieb gesetzt werden, und ein großer Teil der Investitionen ist noch gebunden und nicht produktionsfähig und kann daher keinen unmittelbaren Zuwachs hervorrufen.

Die Quote der Baukosten kann ein wichtiger Faktor des wirtschaftlichen Erfolges einer bestimmten Investitionsperiode sein. In jedem Lande ist zu Beginn der Industrialisierung die Bauquote notgedrungen hoch. In Ungarn wurden im Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes rund 15 Prozent des Nationaleinkommens von den Baukosten verschlungen.⁴⁵ Das ist etwa das Anderthalbfache der Baukostenquote der Vereinigten Staaten im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts.⁴⁶ Noch anschaulicher wird das Problem der Investitionen, wenn wir die Baukosten der in der Industrie vorgenommenen Investitionen mit jenen Summen vergleichen, die für Produktionsanlagen verwendet wurden. Die erste Summe betrug 14,5 Milliarden Ft, während für die Erweiterung der maschinellen Anlagen nur 2,8 Milliarden Ft verwendet wurden. Die Quote der Baukosten war also 5,2 mal so groß wie die Quote der Erweiterung maschineller Einrichtungen. Es sei betont, daß es sich in diesem Falle keineswegs um eine charakteristische Erscheinung des Beginns der Industrialisierung handelt. In den Vereinigten Staaten betrug das Verhältnis Baukosten : maschinelle Investitionen in der frühen Periode der Industrialisierung, am Ende des 19. Jahrhunderts, 3:1. Nach dem ersten Weltkrieg waren beide Posten einander bereits im wesentlichen gleich, ja, die Kosten der maschinellen Einrichtungen überstiegen sogar schon etwas die Baukosten.⁴⁷ Schon dieser Vergleich zeigt, daß wir das Verhält-

45 Von den Investitionen des ersten Fünfjahrplanes betrugen die Baukosten 39,1 Milliarden Ft. *Magyar Statisztikai Evkönyv* (Ungarisches Statistisches Jahrbuch) 1959, S. 53.

46 *Kuznets, S.*, *American Economic Review*, 5/1962, S. 516. – Im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts waren es nur noch 6,6, in der Zeit bis zum zweiten Weltkrieg sogar nur 4,1 Prozent.

47 *Gordon, R. A.*, *Investment Opportunities in the United States before and after World War II. The Business Cycles in the Postwar World*, New York 1955.

nis 5,2:1 keinesfalls als eine notwendige Begleiterscheinung der Anfangsperiode der Industrialisierung betrachten können, sondern nur als einen wirtschaftspolitischen, investitionspolitischen Fehler. Das ungünstige Verhältnis des Kapitalkoeffizienten ist daraus ersichtlich, daß in der Zeit des Fünfjahrplanes 1 Investitionseinheit nur 0,3 Einheiten im Anstieg des Nationaleinkommens hervorrief. Im Falle der neuen Investitionen des Fünfjahrplanes wurde durch 1 Ft Investitionen die Produktion nur um etwa 30 Fill. erhöht, während jeder zur Erweiterung der bestehenden Betriebe verwendete Forint einen Produktionszuwachs von 3 bis 7 Ft hervorrief.⁴⁸

Der Erfolg der Investitionen steht auch in engem Zusammenhang mit der Entwicklungsrichtung der Wirtschaft. Die vorrangige Förderung des Bergbaus, der Eisen- und der Maschinenindustrie erfordert an sich schon hohe Investitionen bei relativ niedriger und langsamer Verwertung. Die Einseitigkeit der Investitionslenkung war nicht nur innerhalb der Industrie, sondern auch in den übrigen Zweigen der Volkswirtschaft festzustellen, was sich natürlich entsprechend auswirken mußte. Nur so konnte es zum Beispiel geschehen, daß im Jahre 1952 zwar 26,3 Prozent des Nationaleinkommens für Investitionen verwendet wurden, das Nationaleinkommen in diesem Jahre aber nicht anstieg, sondern abnahm. Durch die Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Investitionen war die Landwirtschaft vollkommen den Witterungsverhältnissen ausgeliefert, und eine schlechte Ernte mußte im Nationaleinkommen einen solchen Rückschlag hervorrufen, daß der Zuwachs der Industrie das nicht ausgleichen konnte.

Eine wesentlichere Änderung trat in dieser Hinsicht erst nach 1957 ein, denn die Jahre 1954 bis 1956 waren infolge der besonderen innenpolitischen Situation nicht geeignet, die Herausbildung einer klaren, eindeutigen Linie zu begünstigen. So kann das Jahr 1957 in gewissem Sinne wieder als Rekonstruktionsjahr angesehen werden. In den letzten fünf Jahren des untersuchten Zeitabschnitts zeugen die hohen Indizes der Investitionen von einer wesentlichen Besserung. Vor allem muß darauf hingewiesen werden, daß die Bauquote im Verhältnis zum Nationaleinkommen von 14,7 Prozent auf 11,2 Prozent gesunken ist. Dieses Verhältnis ist zwar noch immer recht hoch, es ist aber teilweise im verstärkten Wohnungsbau begründet, der nicht nur im Kapitalismus zurückgeblieben war, sondern auch im ersten Zeitabschnitt des sozialistischen Aufbaus vernachlässigt wurde. Da das Gesamtbild der Investitionen also wesentlich durch den Wohnungsbau und andere sogenannte infrastrukturelle Investitionen bestimmt wird, kommen wir zu einer klareren Vorstellung von den eingetretenen Veränderungen, wenn wir das Verhältnis zwischen Baukosten und maschinellen Investitionen innerhalb der Industrie untersuchen. Betrug dieses Verhältnis im ersten Fünfjahrplan 5,2:1, so sank es im Durchschnitt der letzten fünf Jahre auf 1,3:1, und im Jahre 1962 überstieg der Wert der maschinellen Investitionen bereits den der

Bauten.⁴⁹ Auch der Kapitalkoeffizient verbesserte sich, wenn auch bei weitem noch nicht in zufriedenstellendem Maße. Im Laufe der letzten fünf Jahre bewirkte 1 Investitionseinheit durchschnittlich 0,39 Einheiten im Ansteigen des Nationaleinkommens, während es früher 0,28 waren. Bei dem auch in der letzten Periode noch hohen Kapitalkoeffizienten spielt offenbar die Quote der mit der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft verbundenen sehr hohen baulichen Investitionen eine Rolle, die nicht unmittelbar produzierend wirken. Offenbar kommt darin jedoch gleichzeitig auch zum Ausdruck, daß es selbst jetzt noch nicht gelungen war, die früheren Investitionsfehler restlos zu korrigieren.

Aus all diesen Tatsachen geht hervor, daß die Erfolge der Investitionspolitik in den verschiedenen Abschnitten des sozialistischen Aufbaus sehr große Unterschiede aufweisen. Im ersten Fünfjahrplan wurden 35 Prozent des Nationaleinkommens für Investitionen verwendet, was in fünf Jahren ein Ansteigen des Nationaleinkommens um 50,3 Prozent ergab – bei einer jährlichen Zuwachsrate von 8 bis 9 Prozent. In den Jahren 1958 bis 1962 wurden 23,7 Prozent des Nationaleinkommens investiert, und es gelang, durch diese Investitionen innerhalb von fünf Jahren das Nationaleinkommen um 38,8 Prozent zu erhöhen, was einen jährlichen Anstieg um etwa 7 Prozent bedeutete. Es gelang also, mit einer viel geringeren Entnahme aus dem Nationaleinkommen eine relativ hohe, hinter der ersten Hälfte der fünfziger Jahre kaum zurückbleibende Zuwachsrate zu sichern. Während jedoch zur Zeit des ersten Fünfjahrplanes die Investitionsrate in einem Sinken des Reallohnes, mit einer Abnahme des Konsums einherging, wurde in der letzten Periode das Ansteigen des Konsums durch die günstige Zuwachsrate nicht behindert, und in keinem einzigen Jahre wurden die Investitionen dem Konsumfonds entnommen.

Durch das Zusammenwirken all dieser Faktoren gelang es, zur Zeit des Ausbaus der wirtschaftlichen Basis des Sozialismus im allgemeinen eine hohe Zuwachsrate zu sichern, die das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung der Ära Horthy weit übertraf.

*Jährliche Zuwachsrate des Nationaleinkommens*⁵⁰

1950	20,9	1953	13,2	1956	—	1959	15,2
1951	16,9	1954	—	1957	10,0*	1960	10,4
1952	—	1955	10,0	1958	6,0	1961	4,4
						1962	2,9

* Gegenüber 1955.

⁴⁹ In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß in dem 1956 ausgearbeiteten Entwurf für den zweiten Fünfjahrplan noch immer mit 55,7 Prozent Baukosten und 29,4 Prozent maschinellen Investitionen gerechnet wurde (AIP, 2/9–582).

⁵⁰ Auf Grund der Daten in: *Magyar Statisztikai Evkönyv* (Ungarisches Statistisches Jahrbuch) 1949–1955, 1959 u. 1962.

Die Zuwachsrate zeigt, wenn sie sich im allgemeinen auch auf einem sehr hohen Niveau bewegt, eine sinkende Tendenz. Darin können wir keinesfalls eine ungesunde Erscheinung sehen, denn bekanntlich kann das Tempo des Anstiegs schon infolge mathematischer Gesetzmäßigkeit abnehmen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen jedoch gewisse Schwankungen und das auffallend langsame Entwicklungstempo der letzten zwei Jahre. Diese Erscheinungen standen in allen Fällen – vom Jahre 1956 abgesehen – mit der landwirtschaftlichen Produktion im Zusammenhang, die 1962 das Niveau von 1949 nur um 13 Prozent überstieg. In dem untersuchten Zeitraum war nur in den Jahren 1951, 1955 und 1957 bis 1959 eine relativ höhere landwirtschaftliche Produktion zu verzeichnen; der als Basis genommene Zeitabschnitt wurde jedoch auch in diesen Jahren nur mit etwa 25 bis 33 Prozent überschritten. Doch auf diese besseren Jahre folgten schwere Rückschläge, besonders 1952, als die Produktion um 17 Prozent unter das Niveau von 1949 sank, und auch am Anfang der sechziger Jahre, als gegenüber dem Höhepunkt von 1959 (133) abermals ein Absinken der Produktion um 10 bis 15 Prozent zu verzeichnen war.⁵¹

Wir können also schlußfolgern, daß das Wirtschaftswachstum fast ausschließlich auf der Industrie beruhte. Das ist insofern auch natürlich, als die sozialistische Wirtschaftspolitik vor allem von der Notwendigkeit der Industrialisierung des Landes ausging und die Investitionen in erster Linie für die Industrie bestimmt waren.

Es sei uns gestattet, hier abermals auf die Investitionsproblematik zurückzukommen, die, wie wir sahen, so entscheidend für die gesamte Entwicklung in dem untersuchten Zeitraum war. Vor allem sei darauf hingewiesen, daß noch zu keiner Zeit in der Geschichte Ungarns der Anteil der industriellen Investition an der Akkumulation so hoch war. Vor der Jahrhundertwende entfielen etwa 5 Prozent, in der Zeit von 1900 bis 1914 mit ihrer relativ raschen Industrieentwicklung etwas mehr als 10 Prozent der Investitionen auf die Industrie. Auch zwischen den beiden Weltkriegen war dieser Anteil nicht größer als 15 bis 20 Prozent. Nach dem Kriege wurde im Rahmen des Dreijahrplans vom Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes aus ein Drittel der gesamten Investitionen für die Industrie abgezweigt. In der Zeit des sozialistischen Aufbaus stieg der Anteil der Industrie weiter an, und von 1950 bis 1962 sank er nie unter 40 Prozent der gesamten Investitionen.

Wenn wir im weiteren als Haupttendenz der Entwicklung in erster Linie untersuchen, ein wie großer Aufschwung der ungarischen Industrie durch diese hohen Investitionssummen erzielt wurde und in welchem Maße sie dazu beigetragen haben, Ungarn zu einem Industrieland zu machen, so scheint es uns notwendig, zwei Bemerkungen vorzuschicken. Einerseits erfolgte die übermäßige Hervorhebung der Industrie auf Kosten anderer Zweige der Volkswirtschaft, zum anderen aber rief das übermäßige Tempo der industriellen Investi-

⁵¹ Siehe die Daten in: *Magyar Mezőgazdasági Statisztikai Zsebkönyv* (Ungarisches Landwirtschaftliches Statistisches Taschenbuch).

Jahr	Summe der industriellen Investitionen in Mill. Ft	Anteil an den gesamten Investitionen	<i>Anteil der Industrie an den gesamten Investitionen⁵²</i>
1950	3 681,3	38,1	
1953	7 898,8	46,9	
1957	4 699,0	42,4	
1962	11 363,0	41,9	

tionen auch innerhalb der Industrie selber Schwierigkeiten hervor, denn diese Investitionen wurden auf einzelne Bereiche der Schwerindustrie konzentriert, während zahlreiche andere wichtige Zweige der Schwerindustrie sowie die Leicht- und Lebensmittelindustrie vernachlässigt wurden, und gleichzeitig ergaben sich aus der großangelegten Investitionstätigkeit gewaltige technische sowie Bau- und Planungsaufgaben, die zwangsläufig Verwirrung hervorriefen. Auch dies trug dazu bei, daß es, vor allem in den ersten Jahren, nicht gelang, die Investitionsmittel so rationell wie möglich zu verwenden. Sowohl hinsichtlich der Arbeitskräfte als auch hinsichtlich der Planung, der Technik und der Materialversorgung entstanden Engpässe, die eine optimale Ausnutzung der Investitionen behinderten. Ihr Nutzeffekt konnte daher in keinem Verhältnis zu ihrem Umfang stehen. Zu den objektiven Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung kamen noch zahlreiche wirtschaftspolitische Fehler, wie eine Zersplitterung der Kräfte und Mittel und eine übermäßig hohe Quote unvollendeter Investitionen, deren Stand in der Regel den Betrag der jährlich investierten Summe überstieg. In dieser Hinsicht hat die Entwicklung nach 1957 zwar schon eine Besserung, aber noch keine radikale Änderung gebracht.⁵³ Allerdings haben all diese Faktoren zwar die Wirksamkeit der Investitionen vermindert und die Entwicklung gebremst, aber im Grunde genommen doch die allgemeine, rasche Aufwärtsentwicklung nicht verhindert, die vor allem in einer ungemein raschen Entwicklung der Industrie zum Ausdruck kam.

Von den materiell-technischen Faktoren sind jedoch nicht nur die Investitionen, sondern – wenn auch erst an zweiter Stelle – auch die Gegebenheiten der Arbeitskräftesituation von entscheidender Bedeutung. Für Länder wie Ungarn, in denen bei ungemein großer Bevölkerungsdichte die Beschäftigung in den sekundären Wirtschaftszweigen relativ niedrig war, in denen eine bedeutende faktische Arbeitslosigkeit herrschte und in der Landwirtschaft eine große verborgene Überbevölkerung vorhanden war, ist der Arbeitskräfteüberschuß eine außerordentlich wichtige Reserve der industriellen Entwick-

⁵² Auf Grund der Daten in: *Magyar Statisztikai Evkönyv* (Ungarisches Statistisches Jahrbuch) 1949–1955, 1959 u. 1962.

⁵³ Im Jahre 1962 betragen die industriellen Investitionen 16 363 Ft, die unvollendeten, produktiv noch nicht wirksamen Investitionen dagegen 18 053 Millionen Ft (*Magyar Statisztikai Evkönyv* [Ungarisches Statistisches Jahrbuch] 1949–1955, S. 46/47, u. 1962, S. 54).

lung. Dabei war die Beseitigung der Arbeitslosigkeit gleichzeitig eines der höchsten Postulate der sozialistischen Planwirtschaft. Die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die beschleunigte Industrialisierung waren daher nicht zuletzt auch unter diesem Aspekt unerlässlich. Gleichzeitig erleichterte der Arbeitskräfteüberschuß wiederum die Beschleunigung der industriellen Entwicklung, denn er ermöglichte eine Steigerung der Produktion durch Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte, Einführung mehrerer Schichten usw., ohne daß hierfür im selben Verhältnis zusätzliche Kapitalien hätten aufgewendet werden müssen.

1949 wurden von den 3 910 000 aktiven Erwerbstätigen des Landes 5 294 000 Menschen unterhalten, das heißt, auf 100 aktive Erwerbstätige kamen 135 Nichterwerbstätige. Das zeigt schon, wie groß der Arbeitskräfteüberschuß war. Aber auch die berufliche Bevölkerungsstruktur spiegelte das Vorhandensein eines bedeutenden Arbeitskräfteüberschusses wider. So war mehr als die Hälfte der Bevölkerung in der technisch noch rückständigen Landwirtschaft beschäftigt. Die Einwohnerzahl des Landes stieg von 9 204 000 im Jahre 1949 auf 10 059 000 im Jahre 1962, wobei sich die Zahl der aktiv Erwerbstätigen von 3 910 000 auf 4 630 000 erhöhte. Der Bevölkerungszuwachs überstieg also die Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen nur geringfügig, so daß 1962 auf 100 Erwerbstätige nur noch 114 Nichterwerbstätige kamen. Die Abnahme der Zahl der Nichterwerbstätigen wurde also zu einer Quelle des zahlenmäßigen Wachstums der Arbeitskraft, das sich ganz besonders im Jahre 1949, vor allem aus der Liquidierung der Arbeitslosigkeit ergab. Nach 1949, als es keine massenhafte Arbeitslosigkeit mehr gab, änderte sich das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen durch sukzessive Einbeziehung weiblicher Arbeitskräfte in die Volkswirtschaft. Die Einbeziehung bisher nicht Erwerbstätiger in den Arbeitsprozeß konnte jedoch nur *eine* Quelle der wirtschaftlichen Entwicklung sein — viel wichtiger noch war der Zustrom eines Teils der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft, aus den primären Produktionszweigen in die produktiveren sekundären Zweige, in die Industrie.

Im Jahre 1949 arbeiteten 2 138 000 Menschen in der Landwirtschaft, das heißt 54 Prozent der Erwerbstätigen, während die Industrie und das Baugewerbe 820 000 Menschen, also ungefähr 21 Prozent, beschäftigten. Der übrige Teil der Bevölkerung fand im Verkehrswesen, im Handel und in der Verwaltung seinen Unterhalt.

Durch die Mechanisierung und die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft wurden bis 1962 nahezu eine halbe Million Arbeitskräfte frei, die in anderen Zweigen der Volkswirtschaft unterkamen. Bis 1962 verminderte sich die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten auf 1 697 000, was ein Drittel der Gesamtzahl kaum noch überstieg. Insgesamt also konnten der Volkswirtschaft fast 1,2 Millionen neue Arbeitskräfte zugeführt werden. Von diesen fanden 609 000, also mehr als 50 Prozent, in der Industrie und 185 000, also etwa 15 Prozent, im Baugewerbe Beschäftigung. 1962 waren in der Industrie und im Baugewerbe 1 614 000 Menschen beschäftigt, also fast genau so viel wie in der Land-

wirtschaft. Die strukturellen Wandlungen der erwerbstätigen Bevölkerung waren also von sehr großer Tragweite. Hinsichtlich der Quote der industriellen Bevölkerung hat Ungarn das Niveau der entwickelten Länder erreicht bzw. sich ihm angenähert.

Diese Veränderungen haben jedoch zusammen mit der industriellen Entwicklung so manche inneren Probleme aufgeworfen. Vor allem sei darauf hingewiesen, daß etwa 50 Prozent des Zuwachses der in der Industrie Beschäftigten (400000 Menschen) ein Ergebnis der Entwicklung der ersten vier Jahre war. Das Ansteigen der Arbeiterzahl um fast 50 Prozent innerhalb von vier Jahren zeigt, daß die industrielle Entwicklung in den ersten Jahren des sozialistischen Aufbaus weitgehend extensiv, also auf die Einbeziehung neuer Arbeitskräfte orientiert war. In den dann folgenden sieben Jahren, von 1956 bis 1962, wurden dagegen von der Industrie und dem Baugewerbe nur noch 300000 neue Arbeitskräfte aufgesogen, das heißt, die jährliche Zunahme sank auf fast die Hälfte. Das kann als ganz natürlicher und gesunder Prozeß betrachtet werden, und zwar schon deshalb, weil er sich nicht nur aus den strukturellen Veränderungen der zur Verfügung stehenden Arbeitskräftereserven, sondern auch aus der Überwindung der früheren, unrichtigen Konzeption der wirtschaftlichen Entwicklung ergab. Bei den übertriebenen Vorstellungen von den Möglichkeiten der extensiven Entwicklung legte man in den ersten Jahren nämlich auch bei der Arbeitskräfteplanung einen die wirklichen Möglichkeiten übersteigenden Maßstab an. Dieser Anschauung entsprach auch die Bevölkerungspolitik, die davon ausging, daß die Basis der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung selbst in der Perspektive eines längeren geschichtlichen Zeitraums eine ständige Steigerung der Zahl der Arbeitskräfte sein könne.⁵⁴

Die Einbeziehung von 400000 neuen Arbeitskräften innerhalb weniger Jahre in die Industrie verursachte ernste Schwierigkeiten. In der Landwirtschaft waren zwar noch sehr große Arbeitskräftereserven vorhanden, die jedoch nicht freigemacht werden konnten, weil bekanntlich die Mechanisierung der Landwirtschaft infolge ungenügender Investitionen nur sehr schleppend vor sich ging. Im Jahre 1952 zum Beispiel waren die Hackarbeiten nur zu 3 Prozent, die Erntearbeiten zu 11 Prozent und das Mähen zu 8 Prozent mechanisiert⁵⁵ — die übrigen Arbeitsprozesse, vom Pflügen und Säen abgesehen, in noch geringerem Maße. Infolgedessen waren die aus der Landwirtschaft in die Industrie abwandernden Arbeitskräfte auf dem Lande in Wirklichkeit gar nicht überflüssig. Viele von ihnen verließen das Dorf nach der sozialistischen Umgestaltung und riefen dadurch auch in der Landwirtschaft selbst einen Arbeitskräfte-

54 Die auf einer extensiven Entwicklung basierende Anschauung zeigt sich darin, daß Ende 1952 beschlossen wurde, von 1953 bis 1956 in der Industrie 750000 neue Arbeiter einzustellen, wovon 400000 aus der Landwirtschaft abgezogen werden sollten (AIP, 2/9—528 [Aufzeichnungen der Staatswirtschaftlichen Kommission, 23. 1. 1953]).

55 AIP, 2/9—528 (Aufzeichnungen der Staatswirtschaftlichen Kommission, 23. 1. 1953).

mangel hervor. Eine weitere Folge der extensiven Entwicklung bestand darin, daß sich trotz der raschen Zunahme der dort Beschäftigten auch in der Industrie ein ständiger und immer größer werdender Arbeitskräftemangel bemerkbar machte. Das war zum Teil eine Konsequenz der einseitigen Orientierung der industriellen Entwicklung. Da die Mehrzahl der Investitionen und sonstigen Mittel auf den Bergbau, die Eisen- und die Maschinenindustrie konzentriert wurde, ergab sich vor allem in diesen Zweigen ein immer spürbarer Arbeitskräftemangel. Zwar konnte, wie bereits erwähnt, die Zahl der Arbeitskräfte nicht nur durch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und den Zustrom vom Lande, sondern auch durch die stärkere Einbeziehung der Frauen in die Produktion erhöht werden. Aber die Beschäftigung von Frauen war in diesen Industriezweigen nur in beschränktem Maße möglich. So entstand die eigenartige Lage, daß im letzten Jahr des Fünfjahrplanes (1954) die Zahl der fehlenden Arbeitskräfte – vor allem Hilfsarbeiter für die Schwerindustrie – auf ungefähr 80 000 geschätzt wurde, während gleichzeitig die Unterbringung von ungefähr 25 000 bis 30 000 Frauen und Mädchen und ungefähr ebensoviel Jugendlichen auf Schwierigkeiten stieß.⁵⁶ Die Umgruppierung der Arbeitskräfte versuchte man durch eine großangelegte Umschulung zu lösen. Bereits 1950 wurde von etwa 20 000 Umgeschulten berichtet, und später, in der Zeit des ersten Fünfjahrplanes, stieg ihre Zahl beträchtlich weiter.⁵⁷

Die Lage wurde jedoch dadurch erschwert, daß eine unverhältnismäßig große Zahl von neuen Arbeitskräften nicht mit produktiver Arbeit beschäftigt wurde. Der durch schlechte Organisierung der Produktion und durch sehr häufigen Rohstoff- und Energiemangel verursachte Arbeitszeitverlust entsprach im Jahre 1955 der Gesamtarbeitszeit von etwa 40 000 Arbeitern.⁵⁸ Wenn es auch eine charakteristische Erscheinung der modernen Produktion ist, daß die Zahl der Angestellten (technisches und Planungspersonal) rasch ansteigt, so war die heimische Entwicklung in Ungarn in dieser Hinsicht zu Beginn der fünfziger Jahre infolge der bürokratisch zentralisierten wirtschaftlichen Leitungsmethoden doch besonders ungünstig. Eine Anfang 1956 vom Landes-Gewerkschaftsrat vorgenommene Untersuchung enthält einige krasse, aber bei weitem nicht vereinzelte Beispiele des ungesunden Anstiegs der Zahl der Angestellten.

In der Budapester Möbelfabrik betrug der Anteil der Verwaltungs- und Hilfsangestellten – das technische Personal nicht eingerechnet – an der Gesamtbelegschaft vor dem Kriege 7,2 Prozent, im Jahre 1953 aber bereits 15,7 Prozent. In der Buchdruckerei Szikra stieg er von 7,9 Prozent auf 18,9 Prozent. In der Traktorenfabrik Roter Stern stieg der Anteil der Verwaltungsangestellten von 14,6 Prozent im Jahre 1949 auf 29,4 Prozent im Jahre 1955.

56 AIP, 2/9–886 (Antrag des Amtes für Arbeitskräftereserven).

57 AIP, 2/9–199 (Aufzeichnungen der Staatswirtschaftlichen Kommission, 26. 10. 1950).

58 AIP, 2/9–827 (Aufzeichnung über die Lage auf dem Gebiet der Arbeitskräfte).

In der Autofabrik Csepel, in der Fabrik Ganz, die sich mit der Herstellung von Elektroartikeln befaßt, und in der Raaber Waggonfabrik schwankte die Quote der nicht produktiven Arbeitskräfte um 40 Prozent.⁵⁹

Von 1949 bis 1953 wurden in der staatlichen Industrie 380000 neue Arbeitskräfte eingestellt, von denen nicht ganz 280000 Arbeiter und mehr als 100000 Angestellte waren. Mehr als ein Viertel wurden also von vornherein als Angestellte beschäftigt. Es muß noch hinzugefügt werden, daß auch ein hoher Prozentsatz der Arbeiter nicht produzierend tätig war. Vergleichen wir dies mit der seitherigen Entwicklung: Von den rund 260000 neuen Arbeitskräften, die von 1953 bis 1962 in die staatliche Industrie einbezogen wurden, waren nur 20000, also nicht ganz 10 Prozent, Angestellte. Das zeigt schon, daß in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die Einstellung neuer Arbeitskräfte schon vielplanmäßiger und wirtschaftlicher erfolgte. Es bestand jedoch auch weiterhin noch ein gewisser Mangel an Arbeitskräften; der Grund hierfür dürfte teilweise in dem nicht genügenden Ansteigen der Arbeitsproduktivität zu suchen sein. Bei der Steigerung der Produktivität spielte die Erhöhung der Arbeitskräftezahl noch immer eine übermäßig große Rolle. Infolge der niedrigen Produktivität der Landwirtschaft, ihrer noch immer ungenügenden Versorgung mit Maschinen wurden indessen auf dem Lande nicht genügend Arbeitskräfte frei, um den Bedarf der Industrie reibungslos decken zu können.

Zahl der Beschäftigten in der Industrie (ohne Bergbau) in Tausend

Jahr	Arbeiter	Prozent	Angestellte	Prozent	Zusammen	Prozent
1949	407,1	100	140,8	100	547,4	100
1953	681,1	168,3	244,1	173,4	929,2	169,4
1957	735,0	180,5	210,9	149,8	945,9	172,8
1962	930,3	228,5	263,5	187,1	1193,8	218,1

Die Tatsache, daß sich die Zahl der Industriearbeiter mehr als verdoppelt hat, weist darauf hin, daß der Einbeziehung neuer Arbeitskräfte in dem untersuchten Zeitraum eine ebenso große, wenn nicht noch größere Bedeutung zukam wie dem Ansteigen der Produktivität. Am ausgeprägtesten war diese Erscheinung allerdings in den ersten Jahren, obgleich zu Beginn der sozialistischen Umgestaltung der Volkswirtschaft zahlreiche verborgene Reserven der Steigerung der Arbeitsproduktivität freigelegt wurden.

Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität stand in engem Zusammenhang mit dem dritten, wichtigsten materiell-technischen Faktor: der technischen Entwicklung. Hier haben wir eines der ungünstigsten Momente der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Während man nämlich bestrebt war, die Entwicklung durch umfangreiche Investitionen und eine großangelegte Einbeziehung neuer Arbeitskräfte zu beschleunigen, wurde der technischen Entwicklung bedeutend weniger Aufmerksamkeit geschenkt. In der Anfangs-

periode wurden dabei außerordentlich schwere wirtschaftspolitische Fehler gemacht, doch auch nach 1957 war die technische Entwicklung noch nicht zufriedenstellend. Welcher geringer Anteil der Investitionen in den ersten Jahren auf die Investitionen entfiel, wurde schon erwähnt. Die moderne wirtschaftliche Entwicklung beruht nun aber in erster Linie auf der Rekonstruktion, auf der Erneuerung des alten Maschinenparks, auf der Einführung der neuen Technik und erst in zweiter Linie auf der Erweiterung. Wenn in dem rückständigen agrar-industriellen Ungarn die wirtschaftliche Entwicklung zwar kaum allein durch die Rekonstruktion hätte vorangetrieben werden können – und sei es auch unter Anwendung der modernsten Technik –, so hat sich doch die für den ersten Fünfjahrplan charakteristische Unterschätzung der Rekonstruktion sehr schädlich auf das technische Niveau und letzten Endes auch auf das Ansteigen der Produktion ausgewirkt. In einem im Juli 1955 für den Dienstgebrauch angefertigten und später veröffentlichten Bericht des Statistischen Amtes heißt es: „Nicht nur die Erweiterung der bestehenden Betriebe, sondern auch die einfache Erneuerung ihrer Maschinen, ihrer Ausrüstung wurden vernachlässigt. Ein bedeutender Teil der ohnehin unter der gewöhnlichen Höhe liegenden Abschreibungen wurde den Betrieben entzogen, hauptsächlich, um die Kosten der neuen Investitionen decken zu können. Nur etwa die Hälfte der Abschreibungen wurde für Erneuerungen verwendet. . . . All das führte zu einer Verschlechterung des Zustandes der vorhandenen Anlagen.“⁶⁰

Innerhalb von fünf Jahren wurden 12,5 Milliarden Forint dem Amortisationsfonds entzogen, wodurch es unmöglich war, die tatsächliche Alterung und Abnutzung auszugleichen – von dem zu Beginn der fünfziger Jahre unter dem Einfluß des Dogmatismus überhaupt geleugneten moralischen Verschleiß gar nicht zu reden. Der Maschinenpark hielt also mit den Erfordernissen der technischen Entwicklung nicht Schritt, und darüber hinaus gerieten die vom Kapitalismus hinterlassenen, ohnehin veralteten und schlecht erhaltenen Maschinen in vielen Industriezweigen immer mehr in Verfall. So betrug zum Beispiel in den dem Ministerium für Hütten- und Maschinenindustrie unterstellten Betrieben die durch Maschinenfehler verursachten Stillstandszeiten 1953 nicht weniger als 3 Prozent der gesamten Benutzungszeit der Maschinen. Das durchschnittliche Alter der Arbeitsmaschinen in den größeren Betrieben des Maschinenbaus betrug 18,4 Jahre, während sie nach technischen Berechnungen nur 13 Jahre brauchbar waren. Die Anlagen der Textilfabrik Goldberger hatten bereits ein Alter von 70 bis 80 Jahren, ja, es wurde sogar an 100 bis 120 Jahre alten Maschinen gearbeitet.⁶¹

Die Vernachlässigung der Erneuerung, die zu einem Absinken des technischen Niveaus der bestehenden Anlagen führte, wirkte sich um so schlimmer aus, als auch bei den neuen Investitionen die moderne Technik nur teilweise ein-

60 *Adatok és adalékok a népgazdaság fejlődésének tanulmányozásához* (Daten und Beiträge zum Studium der Entwicklung der Volkswirtschaft) 1949–1955, Budapest 1957, S. 102.

61 Ebenda, S. 106 u. 108.

gang fand. Das technische Zurückbleiben – und auf diesen Zusammenhang kann nicht oft genug hingewiesen werden – ergab sich zum Teil schon aus der Richtung der Investitionspolitik. Durch die zentrale Förderung des Bergbaus und des gesamten Hüttenwesens konnte zwar erreicht werden, daß diese Industriezweige technisch an der Spitze standen – in Wirklichkeit war aber nicht einmal das der Fall –, doch auf der gegebenen Stufe der Technik waren diese Zweige gar nicht mehr der Hauptträger der industriellen Entwicklung. Die Volkswirtschaft kann als Ganzes nur dann erfolgreich entwickelt werden, wenn es gelingt, die chemische Industrie, insbesondere die Kunstdüngerproduktion, den Maschinenbau und die Stromerzeugung auf den höchsten technischen Stand zu bringen. Doch selbst in den Industriezweigen, die mit den größten Investitionen gefördert wurden, entsprachen die neuen Anlagen nicht dem neuesten Stand der Technik.

Von den im Laufe des ersten Fünfjahrplanes in Betrieb genommenen 75 großen Anlagen wurden sechs mit völlig unzeitgemäßer und dreiundzwanzig mit nur teilweise zeitgemäßer Technologie errichtet.⁶² Infolgedessen waren die Produktionsergebnisse der Betriebe nicht zufriedenstellend, und ihre Rolle in der Produktion blieb weit hinter ihrem Anteil an den Investitionen zurück. Die Modernisierung war in diesem Zeitabschnitt überhaupt nicht die Richtschnur der Investitionen. In der Baumwollindustrie zum Beispiel betrug zu Beginn der fünfziger Jahre der Anteil der automatischen Webstühle insgesamt nur vier Prozent, während es zur selben Zeit in den entwickelten Ländern vierzig bis fünfzig Prozent waren.⁶³ Der spezifische Einsatz des Kokes im Hüttenwesen nahm in der Zeit des Fünfjahrplans nicht ab, und der der Wärmeenergie in der Stromerzeugung sank nur um drei Prozent. Mehr als fünfzig Prozent der Eisenbahnschienen hatten ein Alter von über vierzig Jahren, vom Oberbau wiesen nur dreizehn Prozent eine hohe Tragfähigkeit auf. Das technische Niveau des Verkehrswesens war um zehn bis fünfzehn Jahre zurückgeblieben.⁶⁴ In Ungarn hatte die maschinelle Arbeit in der Möbelindustrie einen Anteil von rund zwanzig Prozent – gegenüber rund fünfzig Prozent in den entwickelten Ländern.⁶⁵ In den Schuhfabriken gab es überhaupt keine automatischen Maschinen, und an den vorhandenen Maschinen konnte nicht mehr als jeweils eine Arbeitsoperation durchgeführt werden.⁶⁶ Der Kohlenverbrauch der Wärmekraftwerke war infolge der veralteten Anlagen zu hoch, und ein großer Teil der in der Industrie vorhandenen Kessel war ebenfalls veraltet.⁶⁷ In der weit-

62 *Kahulits, László*, Szocialista iparosság és termelőkenység (Sozialistische Industrialisierung und Produktivität), Budapest 1963.

63 *Adatok és adalékok a népgazdaság fejlődésének tanulmányozásához* (Daten und Beiträge zum Studium der Entwicklung der Volkswirtschaft), a. a. O., S. 107.

64 AIP, 2/9–658 (Voranschlag für die technische Entwicklung im zweiten Fünfjahrplan).

65 *Magyar Statisztikai Szemle*, 5/1959, S. 654.

66 Ebenda, 4/1960, S. 392.

67 Ebenda, 12/1961, S. 1215.

gehend für den Export arbeitenden Fernmeldeindustrie wurde 1952 schon von einem Rückstand von einem Jahrzehnt gesprochen.⁶⁸

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre spielte der technische Fortschritt schon eine wesentlich größere Rolle in der Wirtschaftspolitik. Vor allem wurde der Erneuerung größere Beachtung geschenkt. Das Verhältnis zwischen Investitionen und Erneuerung veränderte sich wesentlich. Der größte Teil der Abschreibungen – nahezu sechzig Prozent – wurde jetzt schon für die Erneuerung verwendet, und in den Jahren 1959 bis 1961 erreichte die tatsächliche Erneuerung sogar siebzig Prozent der Abschreibungen. Es muß jedoch hinzugefügt werden, daß die Entwicklung durchaus noch nicht im Gleichgewicht war, denn, wenn man auch generell sagen kann, daß die Erneuerung in jedem Falle die Summe der Amortisation erreichen soll – nach einer gewissen Zeit ist statt der Erneuerung die Einführung neuer Technik rationeller –, so muß in Ungarn die Ausnutzung des Erneuerungsfonds doch noch verbessert werden. Davon zeugt zum Beispiel die Tatsache, daß die Ausrangierung der Maschinen noch immer langsam erfolgt – von 1959 bis 1961 wurden nur fünfzig Prozent der abgeschrieben Maschinen ausgetauscht.⁶⁹ Immerhin aber ist das Alter der in Betrieb stehenden Maschinen schon niedriger als früher. Das Alter der Hobelmaschinen sank von 18,4 Jahren (1953) auf 13 Jahre, das heißt auf die technisch zulässige Höchstgrenze, aber es ist damit noch immer um sechzig bis achtzig Prozent höher als in den technisch führenden Ländern. Um auf die schon erwähnten Beispiele zurückzukommen, sei darauf hingewiesen, daß in der Textilindustrie der Anteil der Quote der automatischen Webstühle bereits fünfzehn Prozent beträgt und der Austausch der Anlagen beschleunigt wurde, dennoch sind in diesem Industriezweig noch immer über ein Drittel der maschinellen Anlagen mehr als zehn Jahre in Gebrauch.⁷⁰

Das langsame Tempo der technischen Entwicklung hat sich auf den wirtschaftlichen Zuwachs in vielerlei Hinsicht ungünstig ausgewirkt. Bei einer raschen technischen Entwicklung kann nämlich auch mit relativ geringen Investitionen ein starker Zuwachs, das heißt – um die erwähnte Formel zu benutzen – mit einer Investition (i') eine Entwicklung (r'') erreicht werden. Demgegenüber vermindert eine langsame technische Entwicklung den Erfolg der Investitionen und führt dazu, daß auch mit Investitionen (i'') nur eine Entwicklung (r') erreicht werden kann. Durch die niedrige Stufe der technischen Entwicklung wurde auch das Ansteigen der Produktivität gehemmt. Von 1949 bis 1955, also in sechs Jahren, stieg die Produktivität in der Industrie nur um zweiunddreißig Prozent; von 1955 bis 1957 war auf diesem Gebiete, hauptsächlich infolge der konterrevolutionären Ereignisse, eine Stagnation zu verzeichnen, während von 1957 bis 1962 dann eine Steigerung um siebenunddreißig Prozent

68 AIP, 2/9–631, 04476.

69 *A népgazdaság állóeszközei* (Anlagemittel der Volkswirtschaft) 1959–1961, in: Statisztikai Időszaki Közlemények (Statistische Periodische Berichte), Nr 55, 3/1963, S. 14.

70 *Kahulits, László*, a. a. O., S. 152.

erreicht wurde, das heißt, das Tempo des durchschnittlichen jährlichen Zuwachses stieg von fünf auf sieben Prozent.

1949	100	<i>Entwicklung der Pro-Kopf-Produktion (netto) in der staatlichen Industrie</i> ⁷¹
1953	127	
1957	135	
1962	181	

Wenn man auch diese Entwicklung nicht unterschätzen darf, so muß man doch sehen, daß die Arbeitsproduktivität in den übrigen sozialistischen Ländern viel rascher stieg und 1960 im allgemeinen mehr als das Doppelte des Standes von 1950 betrug.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, daß die gesellschaftlich-wirtschaftlichen und die materiell-technischen Faktoren im Grunde genommen die Entwicklung der Industrie in gleicher Weise begünstigten, zu gleicher Zeit aber auch zahlreiche innere hemmende Faktoren zur Geltung kamen.

Durch die Überführung der Produktionsmittel in Staatseigentum können in der sozialistischen Planwirtschaft die Produktivkräfte in noch nicht dagewesenem Tempo entwickelt werden. In den ersten Jahren des sozialistischen Aufbaus wurden jedoch in Ungarn auf Grund der erwähnten wirtschaftspolitischen Fehler die sozialistischen Entwicklungsmöglichkeiten nur in beschränktem Maße ausgenutzt. Die gewaltigen Investitionen in der Volkswirtschaft, die Einbeziehung einer sehr großen Zahl neuer Arbeitskräfte und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität hätten ein ungemein rasches Tempo der industriellen Entwicklung sichern können, wenn man die Investitionen wirksamer ausgenutzt hätte, wenn der Arbeitskräftemangel nicht immer akuter geworden wäre und die technische Entwicklung nicht so viel zu wünschen übriggelassen hätte. Durch diese hemmenden Faktoren konnte die Entwicklung jedoch wohl verlangsamt, nicht aber aufgehalten werden: Die wirtschaftlichen Erfolge, die seit 1949, in der Periode des sozialistischen Aufbaus, erzielt wurden, übertreffen alles bisher Dagewesene – auch die günstigsten Abschnitte in der Geschichte Ungarns.

1949	100	<i>Index der Nettoproduktion der staatlichen Industrie (1949 = 100)</i> ⁷²
1953	216	
1957	234	
1962	394	

Mit 1938 verglichen, ist die Produktionssteigerung noch bedeutender – die Fabrikindustrie hat im Jahre 1962 fast fünfeinhalbfach soviel produziert wie vor dem zweiten Weltkrieg.

71 Auf Grund der Daten in: *Magyar Statisztikai Évkönyv* (Ungarisches Statistisches Jahrbuch) 1949–1955, 1959 u. 1962.

72 Ebenda.

Im folgenden veröffentlichen wir zwei Diskussionsbeiträge sowjetischer Historiker – des stellvertretenden Direktors des Instituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, L. S. Gaponenko, und des Leiters der Abteilung Geschichte der Sowjetgesellschaft des gleichen Instituts, Ju. A. Poljakow – von der II. Arbeitstagung „Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“, die im Juni 1964 von der Arbeitsstelle Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin gemeinsam mit dem Bundesvorstand des FDGB in Berlin veranstaltet wurde. Im vorangegangenen Band des Jahrbuchs (1965, Teil 1) wurde ausführlich über diese Arbeitstagung berichtet, nachdem in den einzelnen Teilen des Jahrgangs 1964 bereits umfangreiche Konferenzmaterialien veröffentlicht worden waren.

Stand und Aufgaben der Betriebsgeschichtsforschung in der Sowjetunion

VON L. S. GAPONENKO

Liebe Genossen und Freunde, hochverehrter Vorsitzender, liebe Kollegen! Erlauben Sie mir, zuerst in meinem eigenen Namen und im Namen meines Kollegen Ju. A. Poljakow dem Präsidium der Deutschen Akademie der Wissenschaften und Akademiemitglied Prof. Kuczynski persönlich herzlich für die liebenswürdige Einladung zu dieser Konferenz zu danken.

Für uns ist es besonders angenehm, gerade jetzt unter Ihnen zu sein, liebe Freunde – jetzt, da das gesamte Sowjetvolk anlässlich des Besuchs der deutschen Regierungsdelegation unter Leitung des hervorragenden Vertreters der internationalen Arbeiterbewegung, Genossen Walter Ulbricht, herzlich und einmütig sein aufrichtiges Gefühl freundschaftlicher Verbundenheit mit dem deutschen Volk zum Ausdruck bringt. Erlauben Sie, daß ich Ihnen herzliche Grüße und beste Wünsche von den sowjetischen Historikern, vom Kollektiv der Wissenschaftler und aller Mitarbeiter des Instituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR übermittle. Wir freuen uns aufrichtig über die Möglichkeit, an Ihrer Konferenz teilzunehmen, von Ihnen zu lernen, den Mitarbeitern unseres Instituts Ihre Erfahrungen zu übermitteln und unsererseits über die Arbeit zu berichten, die unser Kollektiv im Zusammenhang mit den auf dieser Konferenz behandelten Problemen leistet. Diese Fragen sind von großer wissenschaftlicher und ideologisch-politischer Bedeutung. Die große Bedeutung von Büchern über die heroischen Taten der Werktätigen in den Fabriken und Werken, Kolchosen und Sowchosen für die ideologische Erziehung der Menschen, insbesondere der Jugend, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. In unserem Lande ging die Idee, die Geschichte der Fabriken und Werke zu schreiben, unmittelbar von den Arbeitern aus. Schon Anfang der zwanziger Jahre zeigten sowjetische Arbeiter sehr lebhaftes Interesse an der Geschichte ihrer Betriebe. Im Oktober 1924 erhielt die „Prawda“ viele Briefe von Werktätigen mit entsprechenden Vorschlägen. In einem dieser Briefe hieß es: „Die Betriebszeitungen müssen in ihren Spalten auf die Wichtigkeit der angeschnittenen Frage hinweisen. Und es ist anzunehmen, daß die Werktätigen an der Werkbank und am Schreibtisch auf diesen Aufruf reagieren werden.“

Am 7. September 1931 erschien in der „Prawda“ der Artikel „Die Geschichte der Fabriken und Werke“ von dem großen proletarischen Schriftsteller A. M. Gorki, der auf die Notwendigkeit hinwies, die Initiative der Arbeiter tatkräftig zu unterstützen, und vorschlug, eine systematische und planmäßige Arbeit zur Erarbeitung von Betriebsgeschichten zu leisten. Mit besonderem Nachdruck unterstrich Gorki das edle Streben der Arbeiterklasse, „sich selbst, das heißt ihre historische Vergangenheit zu erkennen“.

Das Zentralkomitee unserer Partei billigte in seinem Beschluß vom 10. Oktober 1931 den Vorschlag von dem großen proletarischen Schriftsteller und empfahl, Sammelbände zur Betriebsgeschichte herauszugeben. In dem Beschluß hieß es, diese Sammelbände sollten eine Vorstellung von der Entwicklung der alten Betriebe und dem Entstehen der neuen vermitteln, von ihrer Rolle in der Wirtschaft des Landes, von der Lage der Arbeiter vor der Revolution, von den Formen und Methoden des Kampfes der Arbeiter mit den Kapitalisten, von der Entstehung der revolutionären Organisationen und der Rolle der einzelnen Betriebe in der revolutionären Bewegung, von der Veränderung der gesellschaftlichen Beziehungen im Betrieb nach der Revolution, von der Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs und der Stoßarbeiterbewegung und von der Steigerung der Produktion.

In dem Beschluß wurde festgestellt, daß zur Erarbeitung von Betriebsgeschichten vor allem die Arbeiter selbst, aber auch Wirtschaftler, Ingenieure und Techniker heranzuziehen seien. Die Idee, die Betriebsgeschichte von den Arbeitern selbst schreiben zu lassen, wurde immer wieder in offiziellen Dokumenten und in den Reden hervorragender Parteifunktionäre propagiert. N. K. Krupskaja schrieb im Vorwort zu dem Buch des Arbeiters Pajalin, „Das ‚Lenin-Werk‘“, im Jahre 1933: „Mir scheint, daß die Betriebsgeschichte nur von den Arbeitern des Betriebes selber geschrieben werden kann – die andern sollen ihnen nur nach Kräften helfen.“

Es sind viele Dokumente erhalten geblieben, die davon zeugen, wie die Arbeiter, Ingenieure und Techniker Material für die Geschichte ihrer Betriebe sammelten, und wie diese Arbeit aufs engste mit dem Ringen um die Erfüllung und Übererfüllung der Produktionsaufgaben verknüpft war. In einem Brief an Sergo Ordshonikidse schrieb Gorki, daß die Erarbeitung der Betriebsgeschichte ein gutes Mittel im Kampf um die Erfüllung der Produktionspläne und um den erfolgreichen Aufbau sei.

Auf Beschluß des ZK wurde 1931 eine Hauptredaktion gebildet, der hervorragende Parteifunktionäre wie A. A. Andrejew, P. P. Postyschew, N. M. Schwenik, A. W. Kossarew und andere, ferner die Schriftsteller A. M. Gorki, W. W. Iwanow, L. N. Seifullina, Ju. N. Libedinski und andere sowie als Historiker unter anderen A. M. Pankratowa angehörten. Es wurden verschiedene örtliche Zweigstellen der Hauptredaktion gebildet, die mit Hilfe von Mitarbeiterausschüssen Arbeiter, Ingenieure, Techniker, Archivare, Schriftstellerorganisationen sowie Vertreter der Parteiorganisationen und Wissenschaftler für das Vorhaben gewannen.

Die sowjetischen Wissenschaftler maßen dieser Arbeit so große Bedeutung bei, daß sie dem VII. Internationalen Historikerkongreß im Jahre 1933 ein spezielles Referat mit dem Titel „Aufgaben und Methoden der Geschichtsforschung auf dem Gebiet der Schaffung der Betriebsgeschichte der UdSSR“ unterbreiteten. Sie legten ihren Standpunkt zu Fragen der Methodologie der Betriebsgeschichtsforschung auf diesem Kongreß dar. Die prinzipiell neue Fragestellung hinsichtlich der wissenschaftlichen Arbeit auf dem Gebiet der Geschichte überhaupt und der Geschichte der Fabriken und Werke insbesondere machte auf die Delegierten des Kongresses einen tiefen Eindruck. Eine amerikanische Zeitschrift bemerkte dazu, das Auftreten der sowjetischen Vertreter auf dem Kongreß habe ausgezeichnet illustriert, auf welche Art und Weise der freie Mensch über die Geschichte urteilt.¹

In den dreißiger Jahren wurde auf dem Gebiet der Betriebsgeschichtsforschung viel geleistet. Zehntausende von Arbeitern beteiligten sich an der Sammlung von Erinnerungen und Photographien, an der Ermittlung und Überprüfung einzelner Tatsachen und Ereignisse sowie an der Beurteilung und Abfassung von Manuskripten. Auf Initiative Gorkis wurden viele sowjetische Schriftsteller und Journalisten, so K. Fedin, A. Tolstoi, K. Paustowski und andere, zu dieser Arbeit herangezogen.

Im Institut für Geschichte an der Kommunistischen Akademie und in seinen Filialen, an den historischen Fakultäten der Universitäten und in den örtlichen Zweigstellen der Gesellschaft Marxistischer Historiker wurden betriebsgeschichtliche Untersuchungen auf breiter Basis durchgeführt. Die Hauptredaktion gab in der Zeit von 1932 bis 1934 zwölf Sammelbände zur Betriebsgeschichte heraus, in denen Materialien methodologischen Charakters (Ratschläge, Instruktionen, Berichte) und einzelne Probekapitel künftiger Bücher veröffentlicht wurden.

Gorki umriß die Züge von Büchern neuen Typs zur Betriebsgeschichte – von wissenschaftlich-literarischen Werken. In solchen Arbeiten verband sich echte Wissenschaftlichkeit mit einer klaren, ausdrucksvollen Form der Darstellung. Insgesamt wurden unter der Federführung der Hauptredaktion für Betriebsgeschichte in jenen Jahren über dreißig Arbeiten herausgegeben. Zu den besten Büchern aus jener Zeit gehören die Arbeiten über Großbetriebe Leningrads – so das „Putilow“-Werk, das „Obuchowo“-Werk und das „Lenin“-Werk –, ferner über das Traktorenwerk in Wolgograd und das Eisenerz-Bergwerk Wysokogorsk.²

1 *American historical Review*, 1/1933, S. 273.

2 *Мительман, М., Глебов, Б., Улянский, А., История Кировского (б. Путиловского) металлургического и машиностроительного завода в Ленинграде* (Die Geschichte des „Kirow“-Werkes für Metallurgie und Maschinenbau [ehemals „Putilow“-Werk] in Leningrad), Bd 1, Moskau-Leningrad 1939 (2. Aufl. 1941, 3. Aufl. 1961); *Розанов, М., Обуховцы* (Die vom „Obuchowo“-Werk), Moskau 1938; *Павлин, Н. П., Завод имени Ленина* (Das „Lenin“-Werk), Moskau-Leningrad 1933; *Люди Сталинградского тракторного завода* (Menschen vom Sta-

Leider ist ein großer Teil der Manuskripte zur Betriebsgeschichte nie veröffentlicht worden. Am 31. Januar 1938 wurde der Verlag „Geschichte der Fabriken und Werke“ aufgelöst. Die Einstellung der Arbeit an der Betriebsgeschichte, eine der Erscheinungen des Personenkults um Stalin, war ein schwerer Schlag für die sowjetische Geschichtswissenschaft.

Nach dem Großen Vaterländischen Krieg nahm die Arbeit an der Betriebsgeschichtsforschung einen gewissen Aufschwung. Von 1945 bis 1955 wurden ungefähr fünfzig Arbeiten herausgegeben. Hinsichtlich ihres ideologisch-theoretischen und wissenschaftlichen Niveaus stehen sie jedoch wesentlich hinter den Büchern aus den dreißiger Jahren – also der Zeit, in der diese große Sache in den Händen Gorkis lag – zurück.

Viele der Bücher aus den ersten Jahren nach dem Großen Vaterländischen Krieg sind vom Standpunkt des Personenkults um Stalin aus geschrieben; die Rolle des wahren Schöpfers der Geschichte, der Arbeiterklasse, ist in ihnen nur sehr blaß dargestellt.

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU (Februar 1956) begann ein neuer Abschnitt in der Betriebsgeschichtsschreibung. Der XX. Parteitag verurteilte den Personenkult um Stalin und rief zum entscheidenden Kampf gegen seine Folgen auf. Der Parteitag stellte den an der ideologischen Front Wirkenden die Aufgabe, die Tätigkeit der Volksmassen gründlich zu untersuchen. Im Zusammenhang damit erwachte aufs neue ein starkes Interesse an der Geschichte der Fabriken und Werke. Arbeiter und Ingenieure, Historiker und Schriftsteller sprachen sich in der Presse für eine allseitige Untersuchung dieser Probleme aus.

Zu Beginn des Jahres 1958 fand am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR eine erweiterte Tagung von Wissenschaftlern, Schriftstellern, Mitarbeitern von Archiven und Bibliotheken sowie Vertretern gesellschaftlicher Organisationen Moskauer Betriebe statt. Zu dieser Tagung wurden Mitarbeiter der früheren Hauptredaktion für Betriebsgeschichte und einige Autoren von Büchern aus den dreißiger Jahren eingeladen. Einmütig wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß man die Erforschung der Betriebsgeschichte intensivieren und zu dieser Arbeit breite Schichten der Öffentlichkeit heranziehen sollte. Am 21. Mai 1958 brachte die „Prawda“ den Aufruf einer Gruppe von sowjetischen Historikern, in dem Arbeitskollektive, Historiker und Schriftsteller aufgefordert wurden, ihre Kräfte bei der Ausarbeitung von Betriebsgeschichten zu vereinen.

Das ZK der KPdSU unterstützte die Initiative der Wissenschaftler und empfahl den Parteiorganisationen, den Autorenkollektiven alle nur mögliche Hilfe angedeihen zu lassen. Das Zentralkomitee riet, sich auf die Untersuchung der

lingrader Traktorenwerk), Moskau 1933 (2. Aufl., Moskau 1934); *Были горы Высокой. Рассказы рабочих Высокогорского железного рудника о старой и новой жизни* (Sagen vom Hohen Berge. Erzählungen von Arbeitern des Eisenerzbergwerks Wysokogorsk vom alten und neuen Leben), u. d. Red. v. M. Gorki, Moskau 1934 (2. Aufl., Moskau 1935, 3. Aufl. Swerdlowsk 1960).

Geschichte von Großbetrieben zu konzentrieren, und zwar von solchen Betrieben, in deren Geschichte sich die charakteristischen Züge, die revolutionären Traditionen und Erfahrungen der Arbeiterklasse der UdSSR besonders umfassend widerspiegeln.

Im Oktober 1958 beriet das ZK der KPdSU erneut dieses Problem und faßte einen speziellen Beschluß „Über Bücher zur Geschichte der Fabriken und Werke“³, in dem besonders auf die Notwendigkeit verwiesen wurde, das ideologisch-theoretische Niveau dieser Arbeiten zu heben und die Untersuchung der Betriebsgeschichte in der Periode der Vollendung des Aufbaus des Sozialismus zu verstärken.

Auf breiter Basis wurde nun eine umfassende Arbeit auf dem Gebiet der Betriebsgeschichte entfaltet. In den Betrieben wurden Redaktionskommissionen bei den Partei- und Gewerkschaftsleitungen, Gruppen von Arbeitsveteranen und Mitarbeiterkollektive im Abteilungsmaßstab gebildet. In vielen Betrieben gibt es bereits Autorenkollektive, die die Materialien in den Archiven gründlich untersuchen, Zeitungen, Zeitschriften und Bücher auswerten und Erinnerungen von Stammarbeitern sammeln. Es werden revolutionsgeschichtliche Betriebsmuseen eingerichtet und Photoausstellungen veranstaltet, um die breiten Massen der Werktätigen mit der Geschichte ihres eigenen Betriebes vertraut zu machen.

Eine charakteristische Besonderheit der gegenwärtigen Etappe der Betriebsgeschichtsforschung besteht darin, daß sie in der Hauptsache auf ehrenamtlicher Grundlage betrieben wird. Fachhistoriker helfen den Betriebskollektiven, die Bücher zu schreiben.

So arbeitet schon seit einigen Jahren eine Gruppe von wissenschaftlichen Mitarbeitern des Instituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR mit den Moskauer Automobilbauern zusammen. Um das Autorenkollektiv bildete sich ein Arbeitsaktiv aus über fünfhundert Personen. Die Kommission zur Erarbeitung der Geschichte dieses Betriebes steht unter Leitung eines alten Produktionsarbeiters, des Kommunisten A. P. Tschurajew, der 1925 ins Werk kam. Zu den Autoren gehören der alte Arbeiter Bykow, einer der ersten Stoßarbeiter, Salow, die Mitglieder von Frontbrigaden Butusow und Tretjakow, der Fräser Kusnezow und viele andere angesehene Arbeiter.

Die Mitarbeiter des Instituts für Geschichte helfen den Autorenkollektiven in den Betrieben bei der Zusammenstellung von Prospekten, bei der Begutachtung einzelner Kapitel und Teile und bei der Endredaktion der Manuskripte und beteiligen sich auch unmittelbar an der Ausarbeitung der Betriebsgeschichte. Dadurch ist das unbedingt notwendige wissenschaftliche Niveau der Bücher gewährleistet.

Zur Zeit wird überall in unserem weiten Land an der Geschichte der Fabriken und Werke gearbeitet. In Leningrad ist diese Arbeit in mehr als fünfzig Be-

3 *Справочник партийного работника* (Handbuch des Parteiarbeiters), 2. Ausg., Moskau 1959, S. 513/514.

etrieben im Gange. In Moskau benannte die Stadtkommission für Betriebsgeschichte rund zwanzig Großbetriebe, deren Geschichte in erster Linie geschrieben werden soll.

In Swerdlowsk erscheint eine Reihe mit dem Titel „Geschichte der Uraler Betriebe“, und in Nowosibirsk werden Bücher zur Geschichte der sibirischen Fabriken und Werke vorbereitet. In Rostow erscheint eine Serie mit dem Titel „Die Geschichte der Fabriken und Werke vom Don“. Überall nehmen die Arbeiter unmittelbaren Anteil an der Ausarbeitung der Betriebsgeschichten; sie werden dabei von Historikern, Schriftstellern, Lehrern, Ingenieuren und anderen unterstützt.

Seit 1956 sind insgesamt rund zweihundert Arbeiten zur Geschichte einzelner Betriebe erschienen. Unter diesen Büchern befinden sich ausgesprochen wissenschaftliche Werke, populärwissenschaftliche Darstellungen, Bücher zur Technikgeschichte, Dokumentationen und Sammelbände und auch Skizzen.

Die Zahl dieser Bücher ist groß, aber wir können nicht sagen, daß sie alle das hohe ideologische Niveau aufweisen, das in dem Beschluß des ZK der KPdSU vom Oktober 1958 gefordert wurde. Das Juniplenium des ZK der KPdSU vom Jahre 1963 stellte den Parteiorganen die Aufgabe, diese Arbeit unter ihre Kontrolle zu nehmen und breite Schichten der Öffentlichkeit und vor allem die Gewerkschaften dazu heranzuziehen, damit diese Arbeit zu einem festen Bestandteil des Lebens der Kollektive in den Betrieben, Kolchosen und Sowchosen wird.

Mit Recht schrieb N. K. Krupskaja, daß die Betriebsgeschichte zum Pensum der Einführung gehört, mit dem sich jeder neueingestellte Arbeiter befassen muß. Die Aufgabe der Verfasser von Betriebsgeschichten besteht darin, ein fesselndes Buch zu schreiben, das anschaulich, eindringlich und interessant ist. Dem hat auch die sprachliche Form der Darstellung zu dienen. Uns scheint, daß dabei alle Arten der Darstellung in Frage kommen, die auf genau überprüften Tatsachen beruhen. Es können dies Skizzen, Erzählungen von Augenzeugen, Memoiren, Dokumente, Biographien von Arbeitern, Fotos und andere Illustrationen sein, die die Betriebsgeschichte veranschaulichen.

Das Wichtigste bei dieser großen Sache ist es, die schöpferische Energie der Massen der Werktätigen zu wecken. Gorki schrieb 1932 in einem Brief an einen der verantwortlichen Mitarbeiter des Sekretariats der Hauptredaktion, daß die Arbeit an der Betriebsgeschichte vor allem Sache der Arbeiter selbst sein müsse und daß dies von all denen beherzigt werden solle, die zu dieser Arbeit mit herangezogen werden. Wenn wir uns auf diese Weise bescheiden, betonte Gorki, so verringert das keinesfalls unsere Verantwortung, denn es ist unsere Aufgabe, den Arbeiter auf der Basis des Materials, das er uns übergibt, ideologisch zu festigen und seinen Blick zu schärfen.

Organisatorisch sieht die betriebsgeschichtliche Arbeit bei uns gegenwärtig so aus: In den Gebiets- und Rayonzentren wurden unter Führung der Parteiorgane ehrenamtliche Redaktionen gebildet, die sich auf Mitarbeiterausschüsse stützen und Schriftsteller, Wissenschaftler und Techniker zu dieser Arbeit hin-

zuziehen. Die erste Aufgabe dieser Redaktionen ist es, Listen von Betrieben zusammenzustellen, deren Geschichte in erster Linie zu erforschen ist. In jedem dieser Betriebe gibt es Redaktionskollegien, die unter der Leitung und Kontrolle der örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen arbeiten. Zu den Redaktionskollegien werden in erster Linie Bestarbeiter, Ingenieure und Techniker, Historiker, Schriftsteller, Journalisten, Mitarbeiter von Betriebszeitungen und Vertreter von Partei- und Gewerkschaftsorganisationen herangezogen.

Was wir heute auf Ihrer Konferenz gehört haben, zeigt uns, daß wir hinsichtlich der Formen und Methoden der Betriebsgeschichtsschreibung vieles gemeinsam haben.

Ein anschauliches Beispiel dafür ist die Ausstellung von Büchern und Grafiken zur Geschichte der „Neptun“-Werft in Rostock, über die Genosse Katzenmaier so interessant berichtete. Mit großem Interesse hörten wir die Ausführung des Genossen Echtermeyer, der davon sprach, wie in den Kali-Werken die Arbeiter selbst und die Ingenieure und Techniker die Initiative zur Erarbeitung der Geschichte ihres Betriebes ergriffen und selbst Wege zum richtigen Herangehen an die Abfassung einer solchen Betriebsgeschichte suchten. Aufschlußreich war der Vortrag des Grafikers Rolf Friedmann, der mit großem Enthusiasmus darangegangen ist, eine ganze Galerie von Bildern zu schaffen, in denen die heroische Geschichte des Arbeiterkollektivs des Maschinenbaubetriebes in Halle anschaulich gestaltet ist.

Große Aufmerksamkeit verdient die breite Heranziehung der Gewerkschaftsorganisationen zur Erarbeitung der Geschichte sozialistischer Betriebe. Die Betriebsgeschichte ist eine ehrenvolle Aufgabe der Gewerkschaften.

In einer Reihe von Sowjetrepubliken hat sich die Betriebsgeschichtsforschung zu einer Bewegung für die Erarbeitung der Geschichte ganzer Dörfer und Städte entwickelt. In der Ukrainischen SSR zum Beispiel wurde unter Leitung des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der Republik, Genossen Tronko, eine Hauptredaktion geschaffen, die die Arbeit zur Erforschung der Geschichte von Dörfern und Städten in den Gebieten und Rayons der Ukraine anleitet. An diesem großen Vorhaben beteiligen sich Lehrer, Schriftsteller und Journalisten. Die Historiker erweisen hierbei methodologische Hilfe und arbeiten unmittelbar an der Abfassung und Redigierung der Manuskripte mit.

Am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der Ukrainischen SSR wurde ein spezieller Sektor geschaffen, der allen Autorenkollektiven für die Geschichte der Fabriken und Werke, Sowchose, Kolchose und Städte der Republik methodische und praktische Hilfe erweist.

Der allgemeine Aufschwung der Betriebsgeschichtsschreibung, das Streben der Arbeiter und Kolchosbauern nach historischer Selbsterkenntnis weist auf die hohe Berufung der Geschichtswissenschaft hin, die eine machtvolle ideologische Waffe der politischen Bildung der Massen und der kommunistischen Erziehung der Werktätigen ist. Die Geschichte verkörpert in sich die kollektiven Erfahrungen, die das Volk in beharrlicher Arbeit und im heroischen

Kampf um die Freiheit und um eine gerechte Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens auf der Erde sammelt. Jetzt, da unsere sozialistischen Länder unter Führung der kommunistischen und Arbeiterparteien mit Erfolg den lichten Höhen des Kommunismus zustreben, ist der Platz der Historiker in den ersten Reihen der Kämpfer für den Sieg der Ideen des Marxismus-Leninismus.

Liebe Freunde! Erlauben Sie mir, noch einmal Ihre Konferenz zu begrüßen und Ihnen erfolgreiche und fruchtbare Arbeit zum Wohle Ihrer Heimat zu wünschen.

Möge sich unsere schöpferische Zusammenarbeit im Ringen um den Sieg der großen Lehre von Marx, Engels und Lenin festigen! Es lebe die ewige und unverbrüchliche Freundschaft unserer Völker!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Übersetzt von *V. Linsbauer*)

Betriebsgeschichtsforschung und kommunistische Erziehung

von JU. A. POLJAKOW

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion widmet den Aufgaben der kommunistischen Erziehung der Werktätigen große Aufmerksamkeit.

Ohne Lösung der Aufgaben der kommunistischen Erziehung der Werktätigen ist der erfolgreiche Aufbau des Kommunismus unmöglich. Die ideologische Arbeit wird zu einem immer stärkeren Faktor unserer Weiterentwicklung. Vom wachsenden Bewußtsein jedes einzelnen hängt die Entwicklung seiner Aktivität bei der Schaffung der materiellen und technischen Basis des Kommunismus, bei der Entwicklung kommunistischer Formen der Arbeit und der neuen Beziehungen zwischen den Menschen ab.

Die kommunistische Erziehung der Werktätigen ist ein vielseitiger Prozeß. Sie umfaßt die Erziehung zu einem hohen Bewußtsein, zu einer kommunistischen Einstellung zur Arbeit und zur gesellschaftlichen Wirtschaft sowie die Überwindung der Überreste bürgerlicher Anschauungen und Sitten und die allseitige harmonische Entwicklung der Persönlichkeit. Bei der kommunistischen Erziehung fällt den Gesellschaftswissenschaften eine große Rolle zu. Unter ihnen steht fast an erster Stelle die Geschichtswissenschaft, die schon im Alten Rom „Lehrerin des Lebens“ genannt worden ist.

Auf die Rolle und Bedeutung der Geschichte für die Erziehung der Erbauer einer neuen Gesellschaft haben schon Marx, Engels und Lenin hingewiesen.

Auf der Unionstagung der Historiker im Dezember 1962 wurde festgestellt, daß „die Geschichte Gemeingut aller Glieder der Gesellschaft werden soll, wobei die verschiedensten Formen und Mittel anzuwenden sind“¹.

Wir sind der Meinung, daß die Geschichte eine ungeheure Bedeutung für die Herausbildung einer wissenschaftlichen Weltanschauung hat, denn ohne Geschichte kann es kein geschlossenes und harmonisches System philosophischer, ökonomischer, sozialpolitischer Anschauungen geben, das der Bürger der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft unbedingt braucht.

1 Пономарев, Б. Н., Задачи исторической науки и подготовка научно-педагогических кадров в области истории (Die Aufgaben der Geschichtswissenschaft und die Ausbildung wissenschaftlich-pädagogischer Kader auf dem Gebiet der Geschichte), Moskau 1962.

Sehr groß ist auch die Rolle der Geschichte für die Festigung der kommunistischen Moral. Bekanntlich enthält das Programm der KPdSU den Moralkodex des Erbauers des Kommunismus.

Für jedes der 12 sittlichen Prinzipien, die im Programm der KPdSU fixiert sind, finden sich eindrucksvollste Beispiele in der Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Kapital und um den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus.

Die Hingabe an die Sache des Kommunismus, die Liebe zur sozialistischen Heimat ist eines der Prinzipien des Moralkodex' des Erbauers des Kommunismus. Und hier erstehen vor unseren inneren Blicken unwillkürlich unzählige geschichtliche Beispiele der selbstlosen Hingabe an die Sache des Kommunismus und der Liebe zur sozialistischen Heimat.

Eines der wichtigsten sittlichen Prinzipien des Moralkodex' des Erbauers des Kommunismus lautet: „Gewissenhafte Arbeit zum Wohle der Gesellschaft: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“²

Unsere Geschichte birgt ein gewaltiges, wahrhaft unbegrenztes, eindrucksvolles Material über die heldenmütige Arbeit zum Wohle der Gesellschaft.

Aus welchen Geschichtsperioden die Beispiele auch stammen mögen, sie zeigen, daß die Arbeit von jeher eine Lebensnotwendigkeit des Menschen gewesen ist, daß die besten Menschen immer stolz waren auf ihre Arbeit, auf ihre Fähigkeit, gut zu arbeiten, auf ihre goldenen Hände. Aber besonders bedeutsam und lehrreich sind natürlich die Beispiele aus der jüngsten Geschichte, in der die Arbeit vom Joch befreit, in der sie Arbeit zum Wohle der Gesellschaft wurde und der werktätige Mensch Achtung und Anerkennung wie noch nirgends und noch nie zuvor genießt.

Besonders muß die Bedeutung historischer Beispiele, die der Gegenwart möglichst nahe sind, unterstrichen werden. Sie tragen dazu bei, die ganze Größe und historische Bedeutung des gegenwärtigen Heldentums der Arbeit, genauer gesagt des Alltags der Arbeit, zu begreifen, in dem ja der Heroismus eingeschlossen ist. Sie lassen uns erkennen, daß gerade die alltägliche, scheinbar unauffällige Arbeit eine große historische Tat ist. Die Geschichte muß den Menschen helfen zu begreifen, daß jeder zum Helden werden kann; sie muß den Menschen helfen, die historische Bedeutung ihrer Taten zu begreifen.

In bezug auf die kommunistische Erziehung unterstreicht das Programm der KPdSU besonders die Aufgaben der Entwicklung des proletarischen Internationalismus und des sozialistischen Patriotismus, die Aufgaben der Erziehung zur Freundschaft und Brüderlichkeit aller Völker der UdSSR, zur brüderlichen Solidarität mit den Werktätigen aller Länder, mit allen Völkern, zur Unduldbarkeit gegenüber nationalem Hader und Rassenhaß.

Wundervolle, nicht verblässende Beispiele der Treue zum proletarischen Internationalismus liefert uns die Geschichte der Partei und der sowjetischen Gesellschaft.

Das ganze Leben, das ganze Schaffen des flammenden Internationalisten W. I. Lenin war durchdrungen von der Idee des Kampfes um die Einheit der Werktätigen in der ganzen Welt. Als er um den Sieg der sozialistischen Revolution in Rußland, um die Festigung des ersten sozialistischen Staates der Welt kämpfte, unterstrich er immer wieder, daß die Arbeiter und Bauern Rußlands den Weg für die ganze Menschheit bahnen und eine internationale Pflicht gegenüber den Werktätigen anderer Staaten erfüllen.

Wie freute sich Lenin über die Erfolge der revolutionären Bewegung in West und Ost, und wie bemühte er sich, den Brüdern im Ausland zu helfen! Am 1. Oktober 1918, als Lenin von der beginnenden Revolution in Deutschland erfuhr, schrieb er an J. M. Swerdlow: „Wir alle setzen das Leben dafür ein, um den deutschen Arbeitern zu helfen, die in Deutschland begonnene Revolution voranzutreiben.“³

Das Sowjetvolk organisierte unverzüglich die Hilfe für das revolutionäre Volk Deutschlands. Unsere Menschen, die damals selbst bittersten Hunger litten, sammelten mit Begeisterung Lebensmittel für die deutschen Brüder.

„... Unsere Vergangenheit ist nicht nur vergangene Zeit, sondern gleichzeitig der Anfang des Weges, den die Jugend geht und gehen wird“. Diese Worte von Wassili Fedorowitsch Ljukschin, Vertreter der ruhmreichen Arbeitergarde der „25000“ und Vorsitzender eines Kolchos im Gebiet Moskau, spiegeln eine sehr wichtige Besonderheit der Anwendung der Geschichte in der kommunistischen Erziehung wider: den unlösbaren Zusammenhang zwischen Vergangenheit und Gegenwart.

Die historischen Kategorien verschmelzen mit den Kategorien der Gegenwart zu einem unverbrüchlichen Ganzen.

Nach der Auffassung des Sowjetmenschen ist der Kommunismus nicht nur ein Ziel, für das er zusammen mit dem ganzen Volk arbeitet, sondern auch jenes Große, für das die Väter, Brüder und Großväter selbstlos kämpften, das, was das ganze Volk in Arbeit und Kampf nicht nur heute, sondern nun schon seit 46 Jahren schafft.

Aus all dem ergibt sich ein sehr wichtiger Gedanke: Die Erbauer des Kommunismus sind die Erben und Fortsetzer der großen Sache der Revolution. Es ist notwendig, daß das alle begreifen, es ist notwendig, daß das Feuer des Oktober ewig in den Herzen der Jugend brennt. Und auch hierbei ist die Rolle der Geschichte besonders groß, verantwortungsvoll und ehrenvoll. Ohne Kenntnis und Begreifen der Geschichte ist es unmöglich, diesen Zusammenhang der Zeiten zu erfassen.

Die heutige Generation ist Erbe und Fortsetzer großer Traditionen. Doch um etwas fortsetzen zu können, muß man wissen, was man fortsetzt, um erben zu können, muß man wissen, was für ein Erbe man übernimmt. Und gerade all dies zeigt die Geschichte, und hierin liegt ihre große und unvergängliche Bedeutung.

³ Lenin, W. I., Werke, Bd 35, 4. Aufl., Berlin 1962, S. 340.

Fedor Bogdanowski, Alexander Koshenjakin, Wjatscheslaw Mysnikow und Waleri Smolin haben als Mitglieder einer Brigade der Kommunistischen Arbeit des „Wladimir-Iljitsch“-Werkes in Moskau in einem sehr interessanten Brief geschildert, wie die geschichtlichen Ereignisse in ihren Alltag, in ihr Leben eingegangen sind.

„Wir empfinden die Geschichte als etwas selbst Erlebtes“, schrieben diese Arbeiter, „ja, auch wir vier haben Wladimir Iljitsch gehört; auch wir sind mit Militärzügen in Richtung Perekop gefahren; wir haben Magnitogorsk gebaut, und wir griffen bei Rshew an. Natürlich, wenn wir unsere Lebensjahre zusammenzählen, sie sozusagen in einen Topf tun und dann auf uns vier gleichmäßig verteilen, dann kommen auf jeden ganze 23 Jahre. Doch bei uns zählt die Geschichte anders. Wir schaffen sie zusammen mit unseren Vätern und älteren Brüdern. Ihre Erfahrungen sind auch unsere Erfahrungen – und unser Wagemut ist auch ihre Kraft.

Wir haben die Stafette von unsern Vätern übernommen und tragen sie weiter, wobei jeder unserer Schritte durch ein Kornfeld und ein Bauwerk, durch eine Rakete im Kosmos und ein entschleiertes Geheimnis des Kerns, einen neuen Film und ein neues literarisches Werk markiert ist . . . Unsere Generation setzt die Revolution fort, sie setzt die Sache des Oktober und die Sache Lenins fort“.⁴

So dringt die Geschichte in das Leben unserer Zeitgenossen ein, so hilft sie ihnen bei ihrem heutigen Tun, in ihrem Leben und in ihrer Arbeit.

Im Lichte dieser Betrachtung über die Bedeutung der Geschichte für die Sache der kommunistischen Erziehung wird auch die Bedeutung der Betriebsgeschichte klar. Der große proletarische Schriftsteller A. M. Gorki hat als einer der ersten auf die hervorragende Bedeutung der Betriebsgeschichtsschreibung durch die Arbeiter verwiesen. Diese Bewegung, schrieb Gorki, ist das Ergebnis des Strebens der Arbeiterklasse zur Selbsterkenntnis.

Die Betriebsgeschichte vereint in sich ihrem Wesen nach alle erzieherischen Funktionen, die der Geschichtswissenschaft als Ganzes eigen sind. Materialien zur Betriebsgeschichte helfen, die kommunistische Weltanschauung zu formen, sie enthalten eine Fülle von Beispielen, die dazu beitragen, die Menschen im Geiste des Moralkodex der Erbauer des Kommunismus zu erziehen.

Dabei sind diese Materialien, was besonders wichtig ist, von bemerkenswerter Konkretheit. Die besondere Konkretheit, die Unmittelbarkeit der Materialien und Beispiele machen diese Geschichte so ausgesprochen verständlich, anschaulich und lebendig.

Die Geschichte des eigenen Betriebes dient wirkungsvoll der Erfüllung der Aufgaben von heute und verbindet die Vergangenheit mit der Gegenwart.

Genosse Gaponenko hat schon erwähnt, welche Bedeutung man in der UdSSR dem Studium der Betriebsgeschichte beimißt und daß nach der Beseitigung der Folgen des Personenkults um Stalin diese Arbeit einen großen Aufschwung

4 *Комсомольская Правда* v. 6. 2. 1962.

genommen hat. Ich werde seine Ausführungen durch einige Tatsachen und Überlegungen über die Auswertung der Betriebsgeschichte bei der kommunistischen Erziehung ergänzen.

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die Geschichte schon jetzt in großem Umfang für die tägliche Agitations- und Propagandaarbeit der Parteiorganisationen genutzt wird.

Bücher zur Betriebsgeschichte sind eines der wichtigsten Hilfsmittel für Lektoren und Propagandisten. Sie werden nicht einfach gelesen, sie werden in Zirkeln und Seminaren behandelt, so im „Dynamo“-Werk in Moskau, im Werk „Januaraufstand“ in Odessa und in den meisten Betrieben, über deren Geschichte bereits Bücher erschienen sind.

Eine große Rolle spielen die Betriebsmuseen, die auf ehrenamtlicher Basis geschaffen werden.

Bereits 1960 hatte die Parteileitung des berühmten „Kirow“-Werkes in Leningrad (chem. Putilow-Werke) beschlossen, ein Betriebsmuseum zu schaffen. Die Veteranen des Betriebes trugen eine Fülle von interessanten Reliquien zusammen. Der alte Putilow-Arbeiter W. S. Shigunow brachte sogar die Kugel, die er vierzig Jahre lang in seinem Körper getragen hatte, nachdem er 1921 bei der Niederwerfung der Meuterei von Kronstadt verwundet worden war. „Da habt Ihr meine Exponate“, sagte er und legte neben die Kugel einen Kampforden. „Sollen die Jungen wissen, wie wir um ihr Glück gekämpft haben.“

„Die Schaffung des Museums wurde im wahren Sinne des Wortes zur Sache der gesamten Belegschaft des Betriebes“, berichtete der Abteilungsleiter, Held der Sozialistischen Arbeit A. Miroshnikow.

Im Museum ist immer Betrieb. Es kommen Propagandisten, es werden Zirkel und Seminare veranstaltet. Das Museum wurde zu einem wichtigen Mittel der kommunistischen Erziehung des Betriebskollektivs. In vielen Betrieben, wo es solche Museen gibt, hat sich eine sehr schöne Tradition herausgebildet. Jeder neueingestellte Arbeiter lernt zu allererst das Museum kennen und erfährt auf diese Weise von den hervorragenden Taten des Kollektivs, von den Helden der Revolution und der Arbeit. Dort, wo es noch keine Betriebsmuseen gibt, werden Ausstellungen veranstaltet, Bildtafeln aufgestellt und Alben über die Betriebsgeschichte ausgelegt. Betriebs- und Wandzeitungen bringen regelmäßig Materialien zur Geschichte des Kollektivs. In vielen Betrieben werden Klubs der Revolution und der Arbeit geschaffen und Abende unter dem Motto „Stafette der Generationen“ oder „Begegnung der Generationen“ veranstaltet, auf denen Veteranen der Revolution und der Arbeit über ruhmreiche Taten und Traditionen des Kollektivs berichten.

Über die Kraft und Wirksamkeit der konkreten Geschichtspromaganda sagte der Zirkelleiter für Geschichte der KPdSU im Moskauer „Dynamo“-Werk, der Stammarbeiter G. A. Morgunow, treffend: „Die Geschichte unseres Betriebes liefert dem Propagandisten ein reiches dokumentarisches Material . . . Aus den Erfahrungen meiner propagandistischen Arbeit, die ich schon seit 30 Jahren ausübe, habe ich die Überzeugung gewonnen, daß eine intensive, leidenschaft-

liche Propaganda der Traditionen der Revolution der Arbeit, der heroischen Geschichte der Partei in den Menschen das Bewußtsein ihrer hohen Verantwortung für eine Sache, die sie aus den Händen der Väter übernommen haben, wachsen läßt, und daß sie hilft, das Kollektiv zu erziehen.“⁵

In unserem Lande erscheinen viele Broschüren, Artikel und Erinnerungen von Vertretern der Arbeiterklasse. Es ist sehr charakteristisch, daß sich die Arbeiter in vielen dieser Schriften, wenn sie von ihrer Arbeit erzählen, auf die Geschichte beziehen. Sie berichten aus der Geschichte ihres Betriebes und sprechen davon, wie die ruhmreichen Traditionen des Kollektivs sie in ihrer Arbeit beflügeln. Nehmen wir zum Beispiel die Broschüre des Schlossers Nikolai Stepanowitsch Sorokin aus dem Baltischen Werk in Leningrad, „Vom Arbeiterstolz“. Ein unermüdlicher Werktätiger, der annähernd vierzig Jahre im Betrieb gearbeitet hat, teilt dem Leser seine ureigensten Gedanken mit; er führt ein aufwühlendes Gespräch über Arbeiterethik und Arbeiterwürde, über „leichte“ und begeisterte Arbeit, über das große Glück, zum Wohle des Volkes zu arbeiten. Und in all diesen Gedanken nimmt die Geschichte einen Ehrenplatz ein. Sorokin erinnert sich an die Schiffe, die im Betrieb gebaut wurden, und denkt an „die Menschen, die die Schiffe bauten und mit ihren verarbeiteten Händen die Betriebsgeschichte geschrieben haben. Und was ist das für eine Geschichte, was sind das für Menschen!“⁶ Die Betriebsgeschichte ist für Sorokin ein Teil seines Lebens und ein untrennbarer Bestandteil seines gegenwärtigen Strebens.

Im „Dynamo“-Werk in Moskau, in der Schlosserbrigade von Juri Kudrjawzew, wurden „Gesetze der Arbeiterethik“ aufgestellt. Diese Gebote wurden von vielen Brigaden des Betriebes und auch von Kollektiven anderer Betriebe des Landes angenommen.

Eines dieser Gebote spricht von der Geschichte und von den Traditionen: „Du bist Erbe und Fortsetzer der ruhmreichen Tradition der Arbeit und der Revolution. Die Ehre des Kollektivs ist Deine Ehre! Du bist verantwortlich für das ganze Kollektiv, das Kollektiv ist verantwortlich für Dich!“

Zur Zeit werden in den Betrieben vieler Städte Schulen der kommunistischen Arbeit gegründet. Es ist sehr bezeichnend, daß die Lehrpläne dieser Schulen Vorträge und Aussprachen über die Geschichte des betreffenden Betriebs enthalten. So wurden zum Beispiel im Moskauer Kombinat „Trjochgornaja Manufaktura“ in allen Schulen der kommunistischen Arbeit Anleitungen zum Thema „Kennt und liebt Eure Trjochgorka!“ durchgeführt. Die Hörer dieser Schulen besuchten das Museum „Rote Presnja“ und trafen sich mit ehemaligen Arbeitern der Trjochgorka, die an der Revolution von 1905 teilgenommen haben. Sehr wichtig und interessant sind Beispiele, die zeigen, wie Arbeiterbrigaden darum wetteifern, den Namen von Helden der Revolu-

⁵ *Правда* v. 1. 10. 1962.

⁶ *Сорокин, Н.*, Рассказ о рабочей гордости (Vom Arbeiterstolz), Moskau 1962, S. 6.

tion, von Helden der Arbeit führen zu dürfen, und wie diese Arbeiter diese Helden symbolisch in die Listen der Brigaden aufnehmen, um dann gleichzeitig auch deren Norm zu erfüllen.

In einer Abteilung des Moskauer Fleischkombinats arbeitete der Flieger Viktor Talalichin, der mit dem Titel Held der Sowjetunion ausgezeichnet wurde. Komsomol- und Jugendbrigaden der Abteilungen wetteiferten darum, als Kollektiv den Namen „Talalichin“ führen zu dürfen.

Im Donbass stehen viele Kollektive im Wettbewerb um den Namen von Komsomolzen, die für die Sowjetmacht ihr Leben gaben. Auf ihren Namen werden Arbeits- und Abrechnungsbücher geführt, und ihr Lohn wird dem Friedensfonds überwiesen.

Im „Wladimir-Iljitsch“-Werk gibt es zwischen Brigaden, Abschnitten und ganzen Bereichen einen Wettbewerb um die hohe Ehre, den Namen von Helden des Oktober zu führen: Ljussja Ljussinowa und Alexander Kirejew.

Werkzeugmacher schrieben darüber: „Aus den schwierigen Händen unserer Großväter und Väter, die das Glück des heutigen Tages erkämpften und aufbauten, haben wir Jungen vom ‚Wladimir-Iljitsch‘-Werk die Stafette der Helden des Großen Oktober übernommen. Wir streben danach, die ruhmreichen Traditionen der Revolution und der Arbeit in unserem Betrieb zu bereichern, und wetteifern an unserm Arbeitsplatz darum, daß unserm Abschnitt der Kommunistischen Arbeit der lichte Name von Alexander Kirejew verliehen wird, der als Held der Oktoberkämpfe im Jahre 1917 bei der Einnahme des Kreml den Heldentod starb.“

Dies alles sind nur einige der Formen, in denen die Betriebsgeschichte für die kommunistische Erziehung der Werktätigen, für eine enge Verbundenheit mit dem Leben, mit der Gegenwart genutzt werden kann.

Nach dem Juniplenium des ZK der KPdSU (1963), das die Bedeutung der Propaganda revolutionärer Traditionen hervorhob, hat sich diese Arbeit sichtbar belebt und erweitert. Es bildeten sich neue, wirksame und anschauliche Formen der Geschichtspropaganda heraus, die auch die Traditionen ruhmreicher Arbeitskollektive unserer Fabriken und Werke, dieser Bastionen der Revolution und des Sozialismus, berücksichtigen.

In der Verbindung mit der Gegenwart, in der Wirksamkeit ihres Einflusses, liegt die Kraft der Geschichte. Das richtige Verstehen des historischen Weges, den das Land zurückgelegt hat, und der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft, die Entwicklung höchster moralischer Eigenschaften, das Streben, der großen Taten, die vom Volk vollbracht wurden und vollbracht werden, würdig zu sein, und die Erkenntnis der Bedeutung der eigenen Arbeit – das alles stärkt das Bewußtsein der Werktätigen und nimmt Gestalt an in einer Vielzahl konkreter Taten, die zu unserer gemeinsamen Vorwärtsbewegung beitragen. So leistet die Geschichte auf ganz unmittelbare, praktische Weise ihren Beitrag zum Aufbau des Kommunismus.

Erlauben Sie mir, mit einem Beispiel zu schließen, das, wie mir scheint, von symbolischer Bedeutung ist. In Sibirien, im Komsomol-Klub der Stadt Nowo-

kusnezsk, hatten sich die besten Vertreter aller Kollektive versammelt, die beim Bau des Westsibirischen Metallurgischen Kombinats mitwirken. Sie berichteten über ihre Arbeitserfahrungen, über neue Verpflichtungen und neue Vorhaben. Da wurde während der Versammlung plötzlich eine einfache, alte rote Fahne auf die Bühne getragen: das historische Banner vom Kusnezstroi. Vor über dreißig Jahren hatten die Erbauer von Kusnezsk unter dieser Fahne einen der ersten Betriebe des 1. Fünfjahrplanes errichtet. Seither war sie im Gebietsmuseum für Landeskunde aufbewahrt worden, doch die jungen Bauarbeiter hatten den Wunsch geäußert, sie wieder an der Front der Arbeit aufzupflanzen. Der Komsomolorganisator der Baustelle versicherte bei der Übernahme des ruhmreichen Banners, daß das Kollektiv den Erbauern vom Kusnezstroi keine Schande machen und sich seiner Väter und älteren Brüder würdig erweisen würde.

Diese Episode ist symbolisch und bezeichnend. Das alte Banner ist nicht nur eine Reliquie, nicht nur eine Erinnerung an ruhmreiche Vergangenheit. Das historische Banner steht aufgepflanzt an der Kampffront, es dient unseren Aufgaben von heute, es hilft jetzt der Sache des kommunistischen Aufbaus.

Die sowjetischen Wissenschaftler bemühen sich darum, daß die Geschichte, gleich diesem im Steppenwind flatternden roten Fahnentuch, ihre Kampfaufgaben erfüllt und immer und überall aktiv und konkret dem Sieg des Kommunismus dient.

(Übersetzt von V. Linsbauer)

Quellen und Materialien

Literaturkritik

LÖHNE UND PREISE IN DEUTSCHLAND, 1750 BIS 1850

(Fortsetzung)

Löhne und Preise 1750 bis 1800

nach den Akten und Rechnungsbelegen des Stadtarchivs Quedlinburg

VON WILLI SCHULZE

Die nachfolgenden Zusammenstellungen betreffen die Jahre 1750 bis 1800. Quedlinburg stand in dieser Zeit unter der Herrschaft des in der Stadt befindlichen freiweltlichen Frauenstiftes, das von 1755 bis 1787 von der Äbtissin Anna Amalia, der Schwester Friedrichs II., geleitet wurde. Die Preußenkönige waren Schutzherrn der Stadt und übten durch ihren Vertreter, den Stiftungshauptmann, die eigentliche Herrschaft über die Stadt aus. Einige Bemerkungen zu den Zusammenstellungen selbst. Erfaßt sind:

- I. Tagelöhne der Zimmerer
- II. Tagelöhne der Maurer und Handlanger
- III. Tagelöhne der Steinsetzer und Handlanger
- IV. Tagelöhne der Schieferdecker und Lehrburschen bzw. Handlanger
- V. Tagelöhne der Ziegeldecker und Handlanger
- VI. Tagelöhne der Tagelöhner
- VII. Jahresgehälter der Ratsangestellten
- VIII. Getreide- und Erbsenpreise
- IX. Preise verschiedener Lebensmittel und einiger Gebrauchsgüter
- X. Fleischpreise
- XI. Brot-, Fleisch- und Bier-Taxe einschließlich der Getreidepreise der Jahre 1750 bis 1774
- XII. Taxe des Fürstentums Halberstadt vom 1. 6. 1763, einschließlich Löhne
- XIII. Polizei-Taxe der Stadt Halberstadt für Januar 1764, einschließlich Löhne
- XIV. Quedlinburger Polizei-Taxe der Lebensmittel, Arbeitslöhne und zum Unterhalt und täglichen Gebrauch der notwendigsten hiesigen Produkte auch einiger fremder Waren vom 4. 6. 1764
- XV. Auszug aus der Quedlinburgischen Brauordnung vom 16. April 1756

Zu den Brotpreisen ist zu bemerken, daß sie bei Teuerungen unverändert blieben, offensichtlich trat dann aber eine Gewichtsminderung ein.

Im Jahre 1761 machte sich eine Steigerung der Löhne und Preise bemerkbar. Durch den Siebenjährigen Krieg war einmal eine Knappheit an Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln eingetreten, zum anderen hatte Friedrich II., um die Kriegskosten decken zu können, seiner Münzstätte befohlen, den Silbermünzen mehr Kupfer beizufügen, wodurch der Wert des Geldes erheblich gemindert wurde.

Um hier einen Wandel zu schaffen, hatte Halberstadt bereits am 1. Juni 1763 eine neue Lohn- und Preistaxe eingeführt, wonach sich aber Quedlinburg zum Leidwesen des Stifthauptmannes nicht richtete.

Dieser Taxe folgte im Januar 1764 eine weitere, umfangreichere Halberstädter Polizei-Taxe; sie ist für Vergleichszwecke ebenfalls aufgenommen worden.

Durch die Kabinettsorder Friedrichs II. vom 1. Juni 1764 bekamen Taler und Gute Groschen Zwangskurs, und die bei Kriegsende eingedrungenen nichtpreußischen Geldsorten wurden wieder ausgeschaltet. Die Städte mußten neue Polizei-Steuern erlassen.

In Quedlinburg selbst erfolgte eine endgültige Regelung durch die am 5. Juni 1764 veröffentlichte Polizei-Taxe. Sie ist sehr umfangreich, die wichtigsten Punkte werden hier ebenfalls gebracht. Schlagartig ändern sich die Löhne und Preise und gehen auf den alten, normalen Stand zurück. Die einzelnen Aufstellungen zeigen dies namentlich bei den Löhnen sehr deutlich.

Die Zusammenstellungen behandeln die Tagelöhne der Zimmerer, Maurer, Steinsetzer, Schieferdecker, Ziegeldecker und Tagelöhner. Für diese Gruppen lassen sich die Tagelöhne einwandfrei feststellen. Diese Tagelöhne schreibt auch die Polizei-Taxe vom 5. Juni 1764 vor. Es werden von jedem Jahr, soweit vorhanden, 4 Angaben gebracht, wobei zu bemerken ist, daß sich der Tagelohn in den Wintermonaten durch kürzere Arbeitszeit um 1 Groschen verringerte.

Tagelöhne anderer Handwerker ließen sich nicht feststellen. Es ist anzunehmen, daß es sich bei diesen um Stücklöhne handelte, was ja auch die Polizei-Taxe für die einzelnen Berufs- und Handwerkergruppen ausweist.

Zum Vergleich werden die Jahresgehälter der Ratsangestellten der Jahre 1750, 1760, 1764, 1770, 1780 und 1790 aufgeführt. Absichtlich wurden auch die Krisenjahre 1763/64 erfaßt, woraus zu ersehen ist, daß hier in der Höhe der Beträge fast keinerlei Veränderungen eintraten. Dies läßt darauf schließen, daß der Rat der Stadt seine Angestellten mit gutem Gelde, welches den vollen Silbergehalt hatte, bezahlte.

Aus der Brauordnung sind der Profit des Bierbrauers und die Brauerlöhne zu ersehen.

Es sei darauf hingewiesen, daß 1 Taler = 24 Groschen, 1 Groschen = 12 Pfennige sind.

Tabelle I

Tagelöhne der Zimmerer nach den Rechnungsbelegen der Ratsrechnung des Stadtarchivs Quedlinburg

Jahr	Rechnungs- beleg	Zimmerer gr.	Jahr	Rechnungs- beleg	Zimmerer gr.	Jahr	Rechnungs- beleg	Zimmerer gr.
1750	21	7	1761	35	9	1771	121	7
	31	7		57	9		224	7
	43	7		205	10		314	7
	117	7		216	10		386	6 WM
1751	125	7	1762	479	11	1772	22	7
	126	7		482	11		141	7
	127	7		532	12		211	7
	128	7		16	13		225	6 WM
1752	4	7	1763	38	14	1773	23	7
	6	7		155	14		171	7
	10	7		208	14		223	7
	26	7		31	17		330	6 WM
1753	25	7	1764	41	17	1774	129	7
	44	7		61	17		165	7
	86	7		95	17		212	7
	438	7		11	12**		267	6 WM
1754	25	7	1765	21	12**	1775	143	7
	32	7		40	12**		219	7
	40	7		77	7***		291	7
	219	7		154	7†		374	6 WM
1755	14	7	1766	161	7††	1776	77	7
	228	7		6	7		169	7
	250	7		15	7		211	7
	325	6 WM*		36	8		324	6 WM
1756	11	7	1767	71	8	1777	115	7
	155	7		27	8		229	7
	181	7		70	8		317	7
	188	7		85	8		354	6 WM
1757	14	7	1768	121	8	1778	11	7
	75	7		47	7		139	7
	107	7		134	7		172	7
	166	7		175	7		218	6 WM
1758	26	7	1769	322	6 WM	1779	87	7
	107	7		34	7		152	7
	111	7		120	7		211	7
	116	7		169	7		288	6 WM
1759	12	7	1770	366	6 WM	1780	110	7
	191	7		62	7		144	7
	324	7		140	7		227	7
	333	7		259	7		275	6 WM
1760	8	7	1781	403	6 WM	1781	14	7
	35	7		51	7		127	7
	59	7		133	7		207	7
	211	7		239	7		230	6 WM
				340	6 WM			

* WM = Wintermonat.

** Monat Mai.

*** Monat Juni.

† Monat Juli.

†† Monat August.

Jahr	Rechnungs- beleg	Zimmerer gr.	Jahr	Rechnungs- beleg	Zimmerer gr.	Jahr	Rechnungs- beleg	Zimmerer gr.
1782	76	7	1789	40	7	1795	30	8
	140	7		151	7		132	8
	218	7		222	7		243	8
	226	6 WM		265	6 WM		306	10**
1783	19	7	1790	33	7	1796	41	8
	119	7		140	7		513	8
	216	7		221	7		41	8
	260	6 WM		285	6 WM		162	8
1784	73	7	1791	190	7	1797	210	8
	167	7		211	7		367	8
	222	7		212	6 WM		14	8
	307	6 WM		217	6 WM		128	8
1785	112	7	1792	1-33	7	1798	215	8
	136	7					371	8
	218	7					476	8
	288	6 WM		Bd. II	34		6 WM	38
1786	74	7	1793	86	7*	1799/ 1800	111	8
	139	7		130	7		147	8
	227	7		265	7		210	8
	271	6 WM		426	7		47	8
1787	28	7	1794	625	6 WM	1800	135	8
	130	7		86	7		164	8
	210	7		116	7		228	8
	242	6 WM		214	7		137	8***
1788	38	7	1800	440	7	1800	169	8
	177	7		305	6 WM		274	7 WM
	241	7						
	335	6 WM						

* Ab hier Belege der Baurechnung.

** Schwerere Arbeit.

*** Ratsrechnung.

Tabelle II

Tagelöhne der Maurer und Handlanger nach den Rechnungsbelegen der Ratsrechnung des Stadtarchivs Quedlinburg

Jahr	Rechnungs- beleg	Maurer gr.	Hand- langer gr.	Jahr	Rechnungs- beleg	Maurer gr.	Hand- langer gr.	Jahr	Rechnungs- beleg	Maurer gr.	Hand- langer gr.
1750	62	7	6	1761	16	9	7	1771	8	7	6
	93	7	6		23	9	7		122	7	6
	176	7	—		37	9	7		214	7	6
	225	6 WM	—		47	9	7		328	7	6
1751	156	7	6		297	9	7	1772	23	7	6
	161	7	6		329	9	7		133	7	6
	162	7	6	1762	6	12	9		175	7	6
1752	11	7	6		23	12	9		257	6	—
	18	7	6		112	14	9	1773	14	7	6
	30	7	—		116	14	9		119	7	6
	38	7	6	1763	17	16	11		235	7	6
1753	14	7	6		20	16	11		310	6	5
	17	7	6		35	10	7	1774	27	7	6
	117	7	6		157	11	8		182	7	6
1754	29	7	6	1764	22	12*	9*		213	7	6
	36	7	6		39	12*	9*		275	6 WM	5 WM
	39	7	6		153	7**	6**	1775	118	7	6
	220	7	6		186	7**	6**		221	7	6
1755	48	7	6	1765	12	7	6		347	7	6
	123	7	6		44	8	6		442	6 WM	5 WM
	203	7	6		82	7	6	1776	86	7	6
	259	7	6		155	7	7		118	7	6
1756	78	7	6	1766	17	8	7		284	7	6
	82	7	6		42	8	6		333	6 WM	5 WM
	148	7	6		102	8	6	1777	134	7	6
	154	7	6		236	8	6		237	7	6
1757	77	7	6	1767	33	7	6		334	7	6
	86	7	6		197	7	6		381	6 WM	5 WM
	93	7	6		205	7	6	1778	43	7	6
	98	7	6		303	6 WM	5 WM		130	7	6
1758	25	7	6	1768	36	7	6		166	7	6
	95	7	6		108	7	6		278	6 WM	5 WM
	117	7	6		215	7	6	1779	17	7	6
	133	7	6		301	7	6		153	7	6
1759	11	7	6	1769	48	7	6		212	7	6
	17	7	6		178	7	6		277	6 WM	5 WM
	32	7	6		232	7	6	1780	66	7	6
	62	7	6		315	7	6		108	7	6
1760	25	7	6	1770	34	7	6		228	7	6
	36	7	6		100	7	6		299	6 WM	5 WM
	54	7	6		280	7	6	1781	15	7	6
	88	7	6		323	6 WM	5 WM		227	7	6
									243	6 WM	5 WM

* Monat Mai.

** Monat August.

Jahr	Rechnungs- beleg	Maurer gr.	Hand- langer gr.	Jahr	Rechnungs- beleg	Maurer gr.	Hand- langer gr.	Jahr	Rechnungs- beleg	Maurer gr.	Hand- langer gr.
1782	75	7	6	1788	48	7	6	1794	114	7	6
	118	7	6		167	7	6		270	7	6
	135	7	6		213	7	6		313	7	6
	232	6 WM	5 WM		287	6 WM	5 WM		420	7	6
1783	27	7	6	1789	41	7	6	1795	126	8	6
	120	7	6		125	7	6		244	8	6
	217	7	6		206	7	6		347	8	6
	238	6WM	5WM		266	6 WM	5 WM		414	8	6
									549	8	6
1784	80	7	6	1790	35	7	6	1796	24	8	6
	133	7	6		131	7	6		163	8	6
	205	7	6		222	7	6		232	8	6
	266	6 WM	5 WM		389	6 WM	5 WM		319	8	6
1785	35	7	6	1791	226	7	6	1797	146	8	6
	137	7	6		234	7	6		228	8	6
	267	7	6		236	7	6		381	8	6
	310	6 WM	5 WM		252	6 WM	5 WM		475	8	6
1786	75	7	6	1792	1-60	7	6	1798	74	7 WM	- WM
	132	7	6	<i>Bd II</i>					84	8	6
	228	7	6	1793	131	7*	6*		148	8	6
	258	6 WM	5 WM		244	7	6		226	8	6
1787	32	7	6		313	7	6	1799/	30	8	6
	138	7	6		475	7	6	1800	63	8	6
	228	7	6		687	7	6		155	8	6
	280	6 WM	5 WM		719	6 WM	5 WM		223	8	6

* Ab hier Belege der Baurechnung.

Tabelle III

Tagelöhne der Steinsetzer und Handlanger nach den Rechnungsbelegen der Ratsrechnung des Stadtarchivs Quedlinburg

Jahr	Rechnungsbeleg	Steinsetzer gr.	Handlanger gr.	Jahr	Rechnungsbeleg	Steinsetzer gr.	Handlanger gr.	Jahr	Rechnungsbeleg	Steinsetzer gr.	Handlanger gr.
1750	66	7	6	1761	75	9	7	1771	89	7	6
	92	7	6		111	9	7		165	7	6
	101	7	6		155	9	7		222	7	6
	156	7	6		190	9	7		323	7	6
1751	211	7	6	1762	118	14	9	1772	38	7	6
	212	7	6		173	14	9		56	7	6
	213	7	6		197	14	10		63	7	6
	214	7	6		203	14	10		129	7	6
1752	86	7	6	1763	48	18	12	1773	22	7	6
	97	7	6		60	18	12		116	7	6
	112	7	6		92	18	12		221	7	6
	115	7	6		101	18	12		328	6 WM	5 WM
1753	84	7	6	1764	60	7*	6*	1774	71	7	6
	97	7	6		72	7*	6*		127	7	6
	110	7	6		78	7	6		157	7	6
	116	7	6		82	7	6		427	6 WM	5 WM
1754	16	7	6	1765	161	7	7	1775	97	7	6
	30	7	6		166	7	7		142	7	6
	35	7	6		178	7	7		205	7	6
					188	7	7		372	6WM	5 WM
1755	82	7	6	1766	30	8	6	1776	53	7	6
	92	7	6		57	8	6		84	7	6
	107	7	6		101	8	6		129	7	6
	125	7	6		202	8	6		210	7	6
1756	107	7	6	1767	67	7	6	1777	26	7	6
	117	7	6		72	7	6		110	7	6
	120	7	6		114	7	6		240	7	6
	133	7	6		192	7	6		377	6 WM	5 WM
1757	85	7	6	1768	63	7	6	1778	129	7	6
	104	7	6		82	7	6		164	7	6
1758	131	7	6		132	7	6		169	7	6
	137	7	6		211	7	6		210	7	6
	360	7	6								
1759	15	7	6	1769	28	7	6	1779	58	7	6
	18	7	6		104	7	6		84	7	6
	25	7	6		215	7	6		172	7	6
	33	7	6		313	7	6		210	7	6
1760	49	7	6	1770	49	7	6	1780	78	7	6
	80	7	6		89	7	6		131	7	6
	104	7	6		156	7	5		151	7	6
	181	7	6		238	7	5		203	7	6

* Monat Juni.

Jahr	Rechnungs- beleg	Stein- setzer gr.	Hand- langer gr.	Jahr	Rechnungs- beleg	Stein- setzer gr.	Hand- langer gr.	Jahr	Rechnungs- beleg	Stein- setzer gr.	Hand- langer gr.
1781*	72	7	6	1788	137	7	6	1795	203	8	6
	123	7	6		160	7	6		206	8	6
	159	7	6		165	7	6		210	8	6
	181	7	6		208	7	6		224	8	6
1782	31	7	6	1789	98	7	6	1796	119	8	6
	87	7	6		147	7	6		122	8	6
	128	7	6		221	7	6		126	8	6
	179	7	6		263 b	6 WM	5 WM		139	8	6
1783	136	7	6	1790	114	7	6	1797	157	8	6
	181	7	6		130	7	6		166	8	6
	211	7	6		156	7	6		178	8	6
	249	6 WM	5 WM		280	6 WM	5 WM		185	8	6
1784	63	7	6	1791	200	7	6	1798	112	8	6
	129	7	6		269	7	6		119	8	6
	203	7	6		272	7	6		124	8	6
	320	6 WM	5 WM		276	7	6		133	8	6
1785	46	7	6	1792	1-13	7	6	1799/	104	8	6
	104	7	6					1800	115	8	6
	153	7	6						127	8	6
	240	7	6						131	8	6
1786	102	7	6	1793	355	7**	6**				
	131	7	6		362	7	6				
	138	7	6		376	7	6				
	165	7	6		410	7	6				
1787	81	7	6	1794	152	7	6				
	137	7	6		153	7	6				
	188	7	6		156	7	6				
	215	7	6		164	7	6				

* In den Jahren 1781/1783 wurden Steinsetzerarbeiten meist durch Maurer ausgeführt.

** Ab hier Belege der Baurechnung.

Reformen und industrielle Revolution

Einige Bemerkungen zu Hans Mottek:

Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd 2: Von der Zeit der Französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichsgründung

*VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1964, 296 Seiten,
Preis 13,60 MDN*

VON HANS-HEINRICH MÜLLER/HELMUT KUBITSCHKEK

Sieben Jahre nach Erscheinen des ersten Bandes seiner Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, der die Epoche von der Urgemeinschaft bis zur Zeit der Französischen Revolution behandelt — und der mittlerweile schon die vierte Auflage erreichte —, legt Hans Mottek nunmehr den lang erwarteten zweiten Band vor, der die Darstellung der deutschen Wirtschaftsgeschichte bis 1870 weiterführt. Der zweite Band Motteks beinhaltet jenen Zeitabschnitt, in dem sich das internationale Kräfteverhältnis zwischen Kapitalismus und Feudalismus unter dem Einfluß der Französischen Revolution, einer Revolution von gesamteuropäischer Bedeutung, grundlegend änderte, der Kapitalismus auch in Deutschland seinen Siegeszug antrat, das Drängen zur sozialen und politischen Freiheit auch im deutschen Volk sich neu zu entfalten begann, das moderne Industrieproletariat sich formierte, die wirtschaftliche und staatliche Einheit Deutschlands zur unaufschiebbaren Forderung des Tages wird. Es waren Fragen von eminenter Bedeutung, mit denen sich Deutschland konfrontiert sah, und die Art und Weise, wie die Fragen jener Zeit gelöst wurden, hat die nationalen Geschehnisse des deutschen Volkes außerordentlich stark beeinflusst. Gerade unter diesem Aspekt hat das vorliegende Buch eine große und aktuelle Bedeutung; denn es ist geeignet, dem Studenten, für den diese „Wirtschaftsgeschichte“ hauptsächlich gedacht ist, und darüber hinaus jedem wirtschaftshistorisch interessierten Leser das Verständnis für die Politik der Deutschen Demokratischen Republik zu erleichtern, die sich nicht zuletzt auch auf die Lehren gründet, die die Geschichte jener Zeit vermittelt. Die „Wirtschaftsgeschichte Deutschlands“ von Mottek ist zugleich das notwendige und unentbehrliche Gegenstück zu dem bisher in einzelnen Beiträgen erschienenen Lehrbuch der deutschen Geschichte.¹

¹ Bisher sind erschienen: *Otto, Karl-Heinz*, Deutschland in der Epoche der Urgesellschaft, 2. Aufl., Berlin 1961; *Stern, Leo, Bartmuß, Hans-Joachim*, Deutschland in der Feudalepoche von der Wende des 5./6. bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts, Berlin 1963; *Stern, Leo, Gericke, Horst*, Deutschland in der Feudalepoche von der Mitte des 11. bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts, Berlin 1964; *Stern, Leo, Voigt, Erhard*, Deutschland von der Mitte des 13. bis zum ausgehenden 15. Jahrhundert, Berlin 1964; *Schilfert, Gerhard*, Deutschland von 1648 bis 1789, 2. Aufl., Berlin 1962; *Streisand, Joachim*, Deutschland von 1789 bis 1815, 2. Aufl., Berlin 1961; *Obermann, Karl*, Deutschland von 1815 bis 1849, 2. Aufl., Berlin 1963; *Engelberg, Ernst*, Deutschland von 1849 bis 1871, 2. Aufl., Berlin 1962; *Klein, Fritz*, Deutschland von 1897/1898 bis 1917, 2. Aufl., Berlin 1963.

Um es vorwegzunehmen: Motteks Arbeit ist eine gute Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung bis zur Bismarckschen Reichseinigung. Es ist vor allem eine marxistische Arbeit. Geleitet von der marxistischen Grundkonzeption, gestützt auf eine breite Quellenbasis, den Stoff theoretisch durchdringend, auf zahlreiche technische, sozialökonomische, ideologische und politische Besonderheiten eingehend, ohne jedoch in ihnen unterzugehen, zeigt der Autor die wichtigsten Entwicklungslinien auf, arbeitet er die inneren Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten heraus, um neue wissenschaftlich begründete Erkenntnisse vorzutragen. Der Grundriß ist daher kein Lehrbuch schlechthin, sondern dazu angetan, die wirtschaftshistorische Forschung ungemein anzuregen. In dieser Hinsicht unterscheidet sich Mottek grundlegend zum Beispiel von dem bürgerlichen Wirtschaftshistoriker Heinrich Bechtel, der mehr kompiliert als forscht und in seiner „Wirtschaftsgeschichte Deutschlands“ die „Gültigkeit allgemeiner Entwicklungsgesetze in der Wirtschaftsgeschichte“² weit von sich weist.

Zwei zentrale Fragen beherrschen den von Mottek behandelten Zeitabschnitt: die bürgerliche und die industrielle Revolution. Im ersten, einleitenden Kapitel beginnt der Autor mit einer theoretischen Präzisierung beider Kategorien, weist er auf den untrennbaren Zusammenhang zwischen bürgerlicher und industrieller Revolution hin, skizziert er den Verlauf des Überganges vom Feudalismus zum Kapitalismus in seinen Grundzügen und hebt er die wesentlichen Besonderheiten der bürgerlichen Revolution in Deutschland hervor. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Gedankengänge Motteks über die Rolle Englands als eines vollentwickelten kapitalistischen Landes und des bürgerlichen Frankreichs bei der Auseinandersetzung zwischen den feudalen und kapitalistischen Kräften in Deutschland. Und mit Recht wertet er die Bewegungen der Volksmassen als die entscheidenden Triebkräfte des gesellschaftlichen Fortschritts, die in der bürgerlichen Historiographie, auch in den besten Gesamtdarstellungen, wenn überhaupt, dann nur als bloße Randerscheinungen zutage treten. Zugleich begründet der Verfasser die in seinem ganzen Bande bevorzugte Behandlung Preußens. Einem Worte Friedrich Engels' folgend, schreibt er: „Die preußischen Verhältnisse in den Mittelpunkt der Betrachtung zu ziehen, erscheint noch mehr gerechtfertigt, wenn man berücksichtigt, daß gerade in diesem Teil Deutschlands – wenn wir von Mecklenburg absehen – das Leibeigenschafts- und Fronhofs-system am stärksten ausgeprägt war, hier seine festesten Stützen hatte, seine Liquidierung also das Ende der feudalen Ausbeutung und ihre Ersetzung durch die kapitalistische in ganz Deutschland zur Folge haben mußte“ (S. 6).^{2a} Das bedeutet jedoch nicht, daß Mottek die Entwicklung der anderen deutschen Länder vernachlässigt. Aber an dieser Stelle sei die Frage erlaubt, ob es richtig ist, wenn man Österreich, wie Heinrich Scheel einmal bemerkte, „in dieser Zeit mehr oder weniger aus der deutschen Geschichte ausklammern zu müssen glaubt“³. Schließlich gehörte Österreich bis 1866 zum Deutschen Bund, und es gab nicht nur in der

² Bechtel, Heinrich, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd 1: Von der Vorzeit bis zum Ende des Mittelalters, München 1951, S. 17; (Bd 2: Vom Beginn der Neuzeit bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, München 1952; Bd 3: Im 19. und 20. Jahrhundert, München 1956).

^{2a} Alle nicht näher bezeichneten Seitenzahlen im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

³ Scheel, Heinrich, Rezension zu Joachim Streisand: Deutschland von 1789 bis 1815 (Von der Französischen Revolution bis zu den Befreiungskriegen und dem Wiener Kongreß), Berlin 1959, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 2/1960, S. 422.

Politik, sondern auch im Wirtschaftsleben zwischen Österreich und den deutschen Ländern enge Beziehungen.

Den eigentlichen Ausgangspunkt der wirtschaftshistorischen Untersuchungen bilden die im zweiten Kapitel behandelten Agrarreformen, die wohl den entscheidenden Durchbruch kapitalistischer Produktionsverhältnisse bedeuteten, aber auch die zweite Welle des Bauernlegens in der deutschen Geschichte, des kapitalistischen Bauernlegens, einleiteten. Überzeugend schildert der Verfasser das Wesen und die Durchführung der Bauernbefreiung, die zweifellos eine revolutionäre, aber völlig undemokratische Maßnahme darstellte. Der Leser gewinnt ein eindrucksvolles Bild von den verhängnisvollen Folgen der Ablösungsgesetzgebung für die werktätige Bauernschaft und von dem langsamen und qualvollen Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. Mottek beschließt dieses Kapitel mit den Worten: „Die Entwicklung ist also in den verschiedenen Teilen Deutschlands durch den sogenannten preußischen Weg der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft charakterisiert, einen Weg, der nicht nur für die werktätige Landbevölkerung sehr schwer war, sondern die gesamte politische Entwicklung des kapitalistischen Deutschlands in negativer Richtung beeinflusste. Auf der anderen Seite darf man aber nicht vergessen, daß sich die kapitalistische Entwicklung ohne die im Zuge der bürgerlichen Revolution durchgeführten Agrarreformen, nur auf der Grundlage einer spontanen Entwicklung, wesentlich langsamer vollzogen hätte“ (S. 42).

Mit der einwandfreien und objektiven Darstellung der Agrarreformen, vor allem ihrer negativen Auswirkungen für die Bauernschaft, werden damit auch jene durch nichts begründeten Theorien ad absurdum geführt, die da besagen, daß durch die Reformen nicht die Bauernwirtschaften, sondern die Gutswirtschaften große Verluste erlitten hätten. So behaupten Joachim Freiherr von Braun, Henning Graf von Borcke-Stargardt und Hans Wolfram Graf Finck von Finckenstein allen Ernstes, daß es nicht nur im Spätfudalismus, sondern auch nach den Reformen des 19. Jahrhunderts kein „Bauernlegen“ gab und, wie Finckenstein wörtlich schreibt, „daß nicht etwa die ostelbischen Großbetriebe sich durch Ankauf von Bauernbetrieben vergrößerten, sondern daß sie am schwersten durch die Landabgabe getroffen wurden“⁴. Diese westdeutschen Ritter ohne Scham und Ahnung verlassen mit dieser zweckbestimmten und reaktionären Konzeption den Boden jeglicher Wissenschaftlichkeit, setzen sich über die Ergebnisse einer mehr als hundertjährigen Forschungsarbeit bedeutender bürgerlicher Gelehrter und ihrer Schüler, wie Georg Friedrich Knapp, Georg Hanssen, Karl Lamprecht, Carl Johannes Fuchs, Friedrich Großmann — um nur einige von ihnen zu nennen —, souverän hinweg, stellen sich in Gegensatz zu solchen anerkannten Agrarhistorikern wie Wilhelm Abel, Friedrich Lütge und Heinz Haushofer, die trotz ihrer bürgerlichen und häufig einseitigen Auffassung stets auf dem Boden der Quellen stehen, und betreiben ihre sogenannte Ostforschung „nach programmatischen Gesichtspunkten“, „die sich aus dem berechtigten Anliegen des Gemeinwesens“, das heißt des reaktionären Bonner Staates, „ergeben“⁵.

Im dritten und vierten Kapitel widmet sich der Verfasser der Gewerbereform, den

4 *Finckenstein, Hans Wolfram, Graf Finck v.*, Die Entwicklung der Landwirtschaft in Preußen und Deutschland 1800 bis 1930, Würzburg 1960, S. 125.

5 *Zur ostdeutschen Agrargeschichte*, ein Kolloquium, in: Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd 16, Würzburg 1960.

Veränderungen in der Gewerbepolitik, der Überwindung der territorialen und ökonomischen Zersplitterung Deutschlands und der Bildung eines nationalen Marktes. Zu dem gesamten Komplex der Reformen, insbesondere der Agrarreformen, seien einige notwendige ergänzende Ausführungen gestattet. Bei einer Betrachtung der Agrarreformen weist Gerhard Heitz auf folgenden Umstand hin: „Es ist vielleicht der entscheidende methodische Fehler bei der Behandlung der kapitalistischen Bauernbefreiung in den letzten Jahren gewesen, daß die spätf feudale Periode als abgeschlossen hingenommen wurde, die Ergebnisse der Forschung unbeachtet blieben und Spätf eudalismus und Agrarreformen getrennt voneinander erforscht und dargestellt wurden. Dabei hatte schon Lenin in seiner Analyse der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland diesen untrennbaren Zusammenhang herausgearbeitet, und es kann heute als gesichert gelten, daß in den Ländern, deren Landwirtschaft auf dem preußischen Wege zum Kapitalismus voranschritt, die Kenntnis der spätf eudalen Periode ganz besonders wichtig und die Erforschung und Darstellung der Agrarreformen ohne Berücksichtigung der davorliegenden Entwicklungen unmöglich ist. Dies sollte in einem Lande, dessen Bauern bis in die Mitte unseres Jahrhunderts die Folgen und die Kosten der junkerlichen Herrschaft ertragen mußten, nicht unbeachtet bleiben und den Zusammenhang zwischen Agrargeschichte und Agrarpolitik unterstreichen.“⁶ Der von Heitz erwähnte methodische Fehler trifft in gewisser Weise auf den vorliegenden Band zu. Nicht, daß Mottek den Zusammenhang zwischen Spätf eudalismus und Agrarreformen nicht erkennt, aber indem er die ökonomische und soziale Lage vor den Reformen, die den Schlüssel zur Erkenntnis der historischen Notwendigkeit der Reformen liefert, erst im sechsten Kapitel, bei der Darstellung der Produktion und des Marktes während der Vorbereitungsperiode der industriellen Revolution, behandelt — ein in der marxistischen Geschichtsschreibung ungewöhnliches Verfahren —, wird der Zusammenhang zwischen Spätf eudalismus und Agrarreform zerrissen, und die Agrarreform erscheint in einer etwas isolierten Betrachtungsweise. Eine den Reformen vorausgehende Schilderung der gesellschaftlichen und ökonomischen Situation, wie es zum Beispiel Kuczynski in seiner Geschichte der Lage der Arbeiter getan hat⁷, würde dem Leser das Verständnis für die Notwendigkeit der Reformen wesentlich erleichtern.

Überhaupt wird die ökonomische Entwicklung von 1789 bis zum Beginn der Agrarreform im Jahre 1807 nur unzureichend gewürdigt. Wenn Mottek im ersten Band seiner Wirtschaftsgeschichte, der im wesentlichen mit dem Jahre 1789 abschließt, schreibt, daß „in Deutschland, wie in anderen Ländern Europas, der Verfall der Feudalordnung nicht durch ein Stagnieren der Produktivkräfte, sondern vielmehr durch ihr Wachstum und durch die damit in Zusammenhang stehende Verstärkung des Bürgertums ausgelöst“ wurde⁸, so ist hier zu betonen, daß gerade nach 1789 die Entwicklung der Produktivkräfte beschleunigt wird. In Brandenburg-Preußen nahm der Anbau fast aller landwirtschaftlichen Kulturen nach 1789 rascher zu als in der Zeit vorher. In der Kurmark stieg zum Beispiel der Anbau der Kartoffel, der wesentlich zur Sprengung der Dreifelderwirtschaft beitrug, in der Zeit von 1800 bis 1805 von 21 816 auf 25 921 Wispel, das heißt um

⁶ Heitz, Gerhard, Bauernwirtschaft und Junkerwirtschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964, Bd 2/3, Berlin 1964, S. 88.

⁷ Kuczynski, Jürgen, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849, Berlin 1961, S.1—44
= Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd 1.

⁸ Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd 1, 4. Aufl., Berlin 1964, S. 358.

fast 20 Prozent.⁹ In den anderen Provinzen Preußens haben wir ähnliche Tendenzen. Eine recht beachtliche Entwicklung stellen wir bei der Einführung neuer und intensiverer Bodennutzungssysteme fest. Es ist durchaus nicht so, wie Mottek meint, daß sich die Koppelwirtschaft nur in Holstein und Mecklenburg durchgesetzt hat¹⁰, denn auch in Brandenburg-Preußen breitete sich diese Bewirtschaftungsart, vielfach auf einer entwickelteren Stufe, zusehends aus. Staatsminister von Wöllner, zwar ein reaktionärer Minister, doch ein vorzüglicher Landwirt, schrieb in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts, daß in Brandenburg die Koppelwirtschaft „anfängt, in den besten Flor zu kommen“¹¹. In Pommern wurde neben der Koppelwirtschaft auch häufig eine produktivere Vier- und Sechsfelderwirtschaft eingerichtet.¹² Und die Fruchtwechselwirtschaft, das höchstentwickelte Nutzungssystem der modernen Landwirtschaft, war vor den Reformen gar nicht so selten, wie man bisher anzunehmen pflegte, sondern nach dem Urteil des bekannten Wirtschaftshistorikers Richard Ehrenberg war sie um 1800, „einer Zeit gewaltiger Wandlungen der deutschen Landwirtschaft“, schon recht verbreitet.¹³ Bedeutungsvoll ist aber, daß diese Fortschritte nicht allein auf die Feudalgüter beschränkt blieben, sondern daß auch die Bauern, wenn auch in unterschiedlichem Grade, eine beachtliche Aktivität bei der Entwicklung der Produktivkräfte entfalteten. Der Anteil der Bauern am landwirtschaftlichen Fortschritt zeigte sich in den vielfältigsten Formen – im Anbau neuer Kulturen, im Abgehen von der Dreifelderwirtschaft, in Gemeinheitsteilungen und in Separationen.¹⁴ Diese Entwicklung war mit der Zunahme der Warenproduktion eng verknüpft. Es besteht kein Grund zu der Annahme, wie sie auch Mottek vertritt, daß die ostelbischen Bauern kaum an einer Warenproduktion beteiligt waren.¹⁵ Nehmen wir nur zwei Beispiele, um eine gewisse Vorstellung von bäuerlicher Warenproduktion und Aktivität zu gewinnen. Im Cottbuser Kreise und in der Niederlausitz, also in Gegenden ohne sonderlich großen natürlichen Reichtum, pachteten in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten vor den Reformen zahlreiche Bauern, Kossäten und sogar Büdner die Rittergüter ihrer Herrschaften für beachtliche Pachtsummen.¹⁶ In Schönermark im Ruppiner Kreise pachteten im Jahre 1801 16 Bauern und 3 Kossäten das herrschaftliche Gut für jährlich 2 000 Taler zuzüglich einer Kautions von 1800 Talern. Im Jahre 1807 kauften diese Bauern das Gut für 48 000 Taler auf.¹⁷ Das waren beträchtliche Summen. Diese

⁹ Deutsches Zentralarchiv Merseburg (im folgenden: DZA Merseburg), Gen. Dir. Kurmark, Tit. CCLXV, Nr 23 und Tit. CCX XII, Nr 42.

¹⁰ Mottek, Hans, a. a. O., S. 355/356.

¹¹ Preuß, I. D. E., Zur Beurteilung des Staatsministers von Wöllner, in: Zeitschrift für Preußische Geschichte und Landesgeschichte, Jg. 3, 1866, S. 83.

¹² Benekendorf, Carl Friedrich v., Gesetzbuch der Natur für den wirtschaftenden Landmann, Bd 1, Halle 1786, S. 48.

¹³ Ehrenberg, Richard, Thünen und Thaer, in: Thünen-Archiv, Bd 1, Jena 1906, S. 16 ff. u. 547 ff.

¹⁴ Siehe Berthold, Rudolf, Die Entwicklungstendenzen des Ackerbaus in spätfеudaler Zeit unter besonderer Berücksichtigung des Anteils der Bauern am landwirtschaftlichen Fortschritt, phil. Habil. Schr. Berlin 1962 (MS); derselbe, Einige Bemerkungen über den Entwicklungsstand des bäuerlichen Ackerbaues vor den Agrarreformen des 19. Jahrhunderts, in: Beiträge zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Berlin 1962; Müller, Hans-Heinrich, Die Entwicklungstendenzen des Ackerbaues in Brandenburg vor den Reformen des 19. Jahrhunderts, wirtsch.-wiss. Diss. Berlin 1962 (MS).

¹⁵ Mottek, Hans, a. a. O., S. 357/358.

¹⁶ Müller, Hans-Heinrich, Bäuerliche Rittergutspachtungen im Cottbuser Kreise in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Lëtöpis, Reihe B, 11/1964, S. 27–54.

¹⁷ Ruppiner Kreiskalender, 1926, S. 49.

keineswegs vereinzelt dastehenden Beispiele zeugen durchaus von großer bäuerlicher Aktivität und von zunehmender Warenproduktion, die den Gegensatz zwischen Feudalherren und Bauern vertiefte. Daher ist Rudolf Berthold zuzustimmen, wenn er schreibt: „Und weil die Intensivierung die bäuerlichen Betriebe bereits in so großer Zahl ergriffen hatte, spürte die Masse der Bauern den Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen aus dem persönlichen Erleben. Erst die persönliche Erfahrung war es, die die Bauern zu erbitterten Gegnern der feudalen Produktionsverhältnisse machte und sie in ihrer Gegnerschaft nicht ruhen ließ, bis eine Änderung dieser Verhältnisse eintrat.“¹⁸

Während für die Entwicklung der Produktivkräfte und der Warenproduktion auf den bäuerlichen Wirtschaften erste, wenn auch noch nicht völlig befriedigende, Forschungsergebnisse vorliegen, besitzen wir über den Einfluß des Bürgertums in der Landwirtschaft so gut wie keine Untersuchungen. Aber so viel ist immerhin sicher, daß die Träger des Fortschritts in der Landwirtschaft hauptsächlich die bürgerlichen Pächter waren, und nicht, wie gewöhnlich angenommen wird, der Feudaladel. Bereits der preußische Hofgeograph Heinrich Berghaus gelangte zu dieser Erkenntnis. Bei einer Betrachtung der historischen Rolle der Familie Gans Edle Herren zu Putlitz äußerte er: „Statt in den Stand der Nährer zu treten, auf den sie bei veränderten kultur- und politischen Verhältnissen durch ihren großen Grundbesitz . . . hingewiesen wurden, haben sie es beim Umschwung der Ideen, den jedes Jahrhundert mit sich brachte, vorgezogen, Mietlinge für die Bewirtschaftung ihrer Güter zu nehmen und Zehrer zu bleiben, wie die Vorfahren es waren . . .“¹⁹ Ein Sproß der Familie, der Erbmarschall Eduard zu Putlitz, wies selbst auf die weitverbreitete Verpachtung in Brandenburg hin.²⁰ Auch Lujo Brentano bestätigte, daß sich der Übergang zu intensiverer Wirtschaft nicht mit dem Adel vollziehen ließ. „Dazu bedurfte man des kapitalreicheren, nüchterneren, wirtschaftlich tätigeren Bürgertums.“²¹ Nach Leopold Krug, dem bekannten und zuverlässigen Statistiker, war in ganz Preußen ungefähr die Hälfte aller feudalen Herrschaften verpachtet.²² Diese Rittergutspächter wie auch die Pächter auf den Domänen waren Besitzer großer Vermögen, Pioniere in der Anwendung fortschrittlicher Produktionsmethoden und verstanden das Geschäft der Plusmacherei außerordentlich gut.

Wenn die Pächter auch vielfach unter feudalen Produktionsverhältnissen wirtschafteten, so wirkte das durch die Pächter in die feudale Landwirtschaft einfließende Kapital nicht nur produktivitätssteigernd, sondern auch zersetzend auf die feudalen Produktionsverhältnisse. Bezeichnenderweise hatte schon Carl Friedrich von Benekendorf geschrieben, daß der Pachtvertrag „eine bürgerliche Handlung“ sei, bei der die Rittergutsbesitzer „viele Gefahren laufen“.²³ Auch die

18 *Berthold, Rudolf*, Einige Bemerkungen über den Entwicklungsstand des bäuerlichen Ackerbaues vor den Agrarreformen des 19. Jahrhunderts, a. a. O., S. 114.

19 *Berghaus, Heinrich*, Landbuch der Mark Brandenburg und des Markgrathums Nieder-Lausitz in der Mitte des 19. Jahrhunderts, Bd 1, Brandenburg 1854, S. 660.

20 *Putlitz, Wolfgang zu*, Lebensbild des Erbmarschalls Eduard zu Putlitz (1789–1881), in: Prignitzer Volksbücher (Pritzwalk), H. 21, S. 13.

21 *Brentano, Lujo*, Gesammelte Aufsätze, Bd 1, Stuttgart 1898, S. 298.

22 *Krug, Leopold*, Betrachtungen über den Nationalreichtum des preußischen Staats und über den Wohlstand seiner Bewohner, Bd 1, Berlin 1805, S. 456/457.

23 *Benekendorf, Carl Friedrich v.*, Auszug aus der *Oeconomica forensis*, Bd 1, Berlin 1788, S. 530.

Behauptung Motteks, daß der Ankauf von Rittergütern bis zum Oktoberedikt von 1807 nur Mitgliedern des Adels vorbehalten blieb (S. 87), ist nicht stichhaltig. Bereits um 1800 waren zum Beispiel in der Kurmark etwa 11 und in der Neumark etwa 20 Prozent aller Rittergüter in den Händen von Bürgerlichen, meist ehemaligen Pächtern.²⁴ Ein Beispiel, das für viele steht, soll beweisen, wie die äußerst wagemutigen und kapitalistisch denkenden Pächter große Vermögen anhäuferten. Der Amtspächter von Oranienburg, ein äußerst agiler Landwirt, erwarb um die Jahrhundertwende die im Beeskowschen Kreise liegenden Rittergüter Merz und Ragow von dem Generalleutnant von Schmettau für sage und schreibe 200 000 Taler.²⁵ Historisch gesehen war dieser Pächter ein Millionär. Gerade unter den Domänenpächtern, die nicht nur fortschrittlich wirtschafteten, sondern auch untereinander verschwistert und verschwägert und beinahe Eigentümer der Domänen waren, wurden große Vermögen erworben. Zum Beispiel saß der Domänenpächter von Chorin nicht nur dreißig Jahre auf diesem Amt, sondern er pachtete mit dem erworbenen Gewinn auch das Amt Gramzow, während der Bruder auf Amt Biegen, der Neffe auf Amt Blankenburg, der Onkel auf Amt Malschow und ein anderer Verwandter auf Amt Neuendorf wirtschafteten und dabei reich wurden. Es braucht kaum noch erwähnt zu werden, daß einige der genannten Pächter auch Rittergüter aufkauften.²⁶ Zu bezweifeln ist daher auch die Feststellung Motteks, daß es in Deutschland nach den Reformen keine Verpachtung an kapitalistische Agrarunternehmer gegeben habe (S. 37). Dagegen sprechen schon die von uns erwähnten Verpachtungen vor den Reformen. Schließlich sei noch auf Berghoff-Ising hingewiesen, der bei der Untersuchung des Pachtwesens in Preußen zu dem Ergebnis kam, daß nach unvollständigen Angaben im Jahre 1816 bereits 37 Prozent aller Rittergüter über 300 Morgen verpachtet waren.²⁷ Es wäre mehr als merkwürdig, wenn unter den Pächtern – auch in einer Landwirtschaft preußischer Prägung – keine kapitalistischen Unternehmer gewesen sein sollten. Die Untersuchung der für die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft so wichtigen Pachtverhältnisse bedarf noch der größten Aufmerksamkeit der marxistischen Wirtschaftshistoriker.

Bei einer künftigen zweiten Auflage wäre es zweckmäßig, wenn der Verfasser die Periode von 1789 bis zum Oktoberedikt, in der die ökonomischen Verhältnisse so stark in Bewegung gerieten, ausführlicher darstellen würde und einige der von uns erwähnten Probleme berücksichtigte.

Das fünfte Kapitel über das Wesen der industriellen Revolution, der Sturm- und Drangperiode der Produktion, führt nun zum Hauptteil des Buches, zur ökonomischen Entwicklung bis 1870 hin. Der Autor hat hier die entscheidenden Gedanken der Klassiker des Marxismus über die industrielle Revolution, seine eigenen Gedanken sowie die Forschungsergebnisse seiner Mitarbeiter²⁸ in sehr

24 Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (im folgenden: LHA Potsdam), Kur- und Neumärkische Ritterschaftsdirektion, Nr 74.

25 LHA Potsdam, Rep. 37, Gutsarchiv Ragow, Nr 7; vgl. DZA Merseburg, Gen. Dir. Kurmark, Tit. LXVI, Amt Oranienburg, Amts-Verpachtung, Nr 1, vol. II.

26 LHA Potsdam, Rep. 7, Amt Chorin, Nr 316 u. 344, Rep. 2, 1. Dom. Reg., Amt Gramzow, Fach 4, Nr 8; DZA Merseburg, Gen. Dir. Kurmark, Tit. XLVIII, Amt Gramzow, Verpachtung des Amts, Nr 1.

27 Berghoff-Ising, F., Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Pachtwesens in Preußen, Leipzig 1887, S.56.

28 Mottek/Blumberg/Wutzmer/Becker, Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland = Veröffentlichungen des Institutes für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie, Berlin-Karlshorst, hg. v. H. Mottek, Bd 1, Berlin 1960. Darin sind enthalten: Mottek, Hans, Zum Verlauf und zu

instruktiver Weise zusammengefaßt. Allerdings wünschte man sich, daß in diesem Abschnitt etwas mehr über die noch strittigen Probleme des Verlaufs der industriellen Revolution in Deutschland gesagt würde, zumal dieses Problem das Zentralthema der folgenden Kapitel bildet. Der Verfasser legt hier (Kapitel VI bis IX) eine eingehende marxistische Untersuchung der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands vor, die es in dieser Form bisher noch nicht gegeben hat. Ausgehend von der theoretischen Analyse der Probleme der industriellen Revolution, verfolgt er in den einzelnen Unterabschnitten den Verlauf der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung, wobei er alles unter den großen Gesichtspunkt der industriellen Revolution stellt. Für die wichtigsten Industriezweige, wie Textil-, Schwer- und Transportindustrie, werden die kapital- und arbeitskräftemäßigen Voraussetzungen untersucht, die Marktsituation genau eingeschätzt und die Rolle der englischen Konkurrenz auf dem deutschen Markt beleuchtet.

Die Entwicklung der Produktivkräfte, nach Lenin das höchste Kriterium des sozialen Fortschritts²⁹, und die Lebensgeschichte der wichtigsten deutschen Pioniere der industriellen Revolution werden ausführlich dargestellt. Im Unterschied zu der Feststellung von Mandrou im westdeutschen „Handwörterbuch der Sozialwissenschaften“, wonach in den Jahren 1817 bis 1850 eine „schwunglose Wirtschaftsentwicklung“ geherrscht habe³⁰, führt Mottek den Nachweis beachtlicher produktionstechnischer Veränderungen in dieser Zeit. Aufschlußreich sind auch die Ausführungen über die Herkunft der Kapitalmengen, die in jener Zeit in der Industrie investiert wurden. Der Verfasser weist nach, daß sie zum überwiegenden Teil aus dem Bereich des Handels stammten. Die Untersuchung der wirtschaftlichen Entwicklung mündet im Schlußkapitel in eine Darstellung der Herausbildung des Proletariats in Deutschland und seiner Kampfesorganisationen, wie der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften.

Mottek geht bei der Darstellung der industriellen Revolution einen interessanten Weg. Er gliedert den Stoff nicht rein chronologisch, wie man es nach den ersten vier Kapiteln erwarten könnte, sondern folgt dem Verlauf der industriellen Revolution und der Industrialisierung in den einzelnen Industriezweigen – eine Verfahrensweise, die sich sehr günstig auf die Behandlung von ökonomischen Prozessen auswirkt, die sich über das ganze 19. Jahrhundert erstrecken. Der Verfasser kann sich dadurch ganz auf die einzelnen Fragen konzentrieren und ist in der Lage, sie vom Anfang bis zum Ende darzustellen, ohne immer wieder auf Nebenfragen eingehen zu müssen. Allerdings entstehen damit auch erhöhte Anforderungen an die wirtschaftshistorisch nicht vorgebildeten Leser, die sich die parallel verlaufenden Prozesse in den anderen Kapiteln suchen müssen. Auch er-

einigen Hauptproblemen der industriellen Revolution in Deutschland; *Blumberg, Horst*, Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Leinenindustrie von 1834 bis 1870; *Wutzmer, Heinz*, Die Herkunft der industriellen Bourgeoisie Preußens in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts; *Blumberg, Horst*, Die Finanzierung der Neugründungen und Erweiterungen von Industriebetrieben in Form der Aktiengesellschaften während der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts in Deutschland, am Beispiel der preußischen Verhältnisse erläutert; *Becker, Walter*, Die Bedeutung der nichtagrarischen Wanderungen für die Herausbildung des industriellen Proletariats in Deutschland, unter besonderer Berücksichtigung Preußens von 1850 bis 1870. – *Schröter/Becker*, Die deutsche Maschinenbauindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1962 = Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie, Berlin-Karlshorst, hg. v. Hans Mottek, Bd 2.

²⁹ *Lenin, W. I.*, Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten Russischen Revolution von 1905 bis 1907, in: Werke, Bd 13, Berlin 1963, S. 240.

³⁰ *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, 44. Lfg., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1962, S. 167.

gibt sich bei einem derartigen methodischen Herangehen die Frage, ob nicht durch eine solche sachliche Gliederung die wirtschaftshistorische Bedeutung der unvollendeten bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 für den Leser untergeht, wenn auf ihre Auswirkungen nur im Zusammenhang mit Teilfragen der ökonomischen oder politischen Entwicklung eingegangen wird.

Zum Inhalt der industriellen Revolution und zu ihrer von Mottek begründeten Vorbereitungsperiode, also zu zentralen Fragen der Kapitel VI bis IX, seien einige kritische Bemerkungen gestattet.

In seiner theoretischen Einleitung über das Wesen der industriellen Revolution kommt Mottek auf Grund seiner Forschungen zu dem Schluß, daß der industriellen Revolution in England wie in Deutschland eine Vorbereitungsperiode vorausgeht. Diese Periodisierung ist ihm so wichtig, daß er der Vorbereitungsperiode der industriellen Revolution in Deutschland ein eigenes Kapitel widmet und darin fast die ganze Wirtschaftsgeschichte von 1818 bis 1834 (Gründung des Deutschen Zollvereins) abhandelt. Sowohl die Auswirkungen der napoleonischen Herrschaft auf die Wirtschaft, die Herausbildung des nationalen Marktes bis zur Gründung des Zollvereins, die wirtschaftliche und technische Entwicklung in den Hauptzweigen der Industrie als auch die kapitalistische Entwicklung in der Landwirtschaft werden unter der Überschrift „Vorbereitungsperiode der industriellen Revolution“ behandelt.

Da diese Periodisierung der deutschen Wirtschaftsgeschichte in Lehrbüchern oder Grundrissen neu ist, ist es nun wichtig zu wissen, wie Mottek sie begründet. Die Begründung erfolgt im Zusammenhang mit der Bestimmung des Beginns der industriellen Revolution. Mottek schreibt: „Diese plötzliche Beschleunigung und damit der Beginn der industriellen Revolution fielen mit dem ersten zyklischen Aufschwung zusammen und waren – wie jeder zyklische Aufschwung – *mit der massenhaften Anlage von konstantem fixen Kapital* in der Form von Fabriken, Bergwerken und Transportmitteln verbunden, wobei es sich eben um die *erste Massenanlage* handelte. Oder mit anderen Worten: Der Beginn der industriellen Revolution war mit einem sprunghaften Anwachsen des industriellen Kapitals, vor allem des konstanten fixen Kapitals, verbunden, das bisher auf den kleinen Sektor kapitalistischer Industriebetriebe im Bergbau, in der Metallurgie, auf die einzelnen Fabriken im Textilgewerbe und die ersten größeren kapitalistischen Transportbetriebe beschränkt war“ (S. 74).

Da aber im Verlauf der industriellen Revolution vor dem massenhaften Einsatz der Maschinen und Maschinensysteme in der Produktion nun eine kurze Periode liegt, in der sporadisch und sukzessiv die ersten Maschinen in die Produktion eingeführt werden, ohne die riesigen sozialökonomischen Folgen zu haben, die ihre massenhafte Verwendung mit sich bringt, spricht Mottek von dieser Zeit als von der Vorbereitungsperiode der industriellen Revolution.

Mottek datiert die Vorbereitungsperiode für England von den sechziger Jahren bis zum Anfang der achtziger Jahre des 18. Jahrhunderts und für Deutschland von den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts bis zum Anfang der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts. Es ist also jeweils die Zeit von der Verwendung der ersten Maschinen bzw. Maschinensysteme in der Produktion bis zu ihrem massenhaften Einsatz, der, wie Mottek schreibt, erst die technischen und sozialökonomischen Auswirkungen der industriellen Revolution hervorruft.

Gegen diese Beweisführung läßt sich verschiedenes einwenden, zum Beispiel: Jeder historische Prozeß beginnt sporadisch und nicht mit massenhaften Erscheinungen; er entwickelt sich erst allmählich zu seiner vollen Stärke, die dann notwendige Kriterien für die Einschätzung des Beginns und des Endes des Prozesses liefert. Dabei ist stets zu beobachten, daß schon die im Keim auftretenden neuen Erscheinungen zu Anfang eines Prozesses die gleichen typischen Merkmale und Auswirkungen — wenn auch noch zwerghaft — haben wie die vollentwickelten Erscheinungsformen. Sie sind demnach nicht vorbereitende Faktoren einer nachfolgenden, unterschiedlichen Entwicklungsreihe, sondern das Anfangsstadium ein und desselben Prozesses.

Nehmen wir aber den Begriff Vorbereitungsperiode als gegeben, so ergibt sich zunächst die Frage, in welcher Form die ersten Maschinen oder Fabriken ihre massenhafte Anwendung vorbereiteten. Das geschah wohl auf zweierlei Art — erstens in technischer Form, indem die Maschinen erfunden und in der Produktion erprobt wurden, und zweitens dadurch, daß sie den Beweis ihrer erhöhten Produktivität und kapitalmäßigen Rentabilität lieferten. Aber sind damit bereits alle Prozesse, die die industrielle Revolution vorbereiten, erschöpft? Wird nicht die industrielle Revolution auch von der Manufakturperiode vorbereitet, die erst durch die Arbeitsteilung und die Kooperation den produktions- und strukturmäßigen Rahmen für die Anwendung von Maschinen schafft? Und liefert nicht die ursprüngliche Akkumulation, in deren Verlauf auf der einen Seite das Kapital und auf der anderen Seite der doppelt freie Lohnarbeiter geboren wird, ebenfalls die Voraussetzungen für die industrielle Revolution? Müßten sie nicht auch inhaltlich in den Begriff Vorbereitungsperiode eingeschlossen werden? Nach Mottek nicht, denn sie waren in England zu Beginn der sechziger Jahre des 18. Jahrhunderts mehr oder weniger abgeschlossen. Dort gehörten sie also nicht zur Vorbereitungsperiode.

Bei der Anwendung des Begriffs Vorbereitungsperiode auf Deutschland erscheinen aber diese Prozesse in der Darstellung unter der Überschrift Vorbereitungsperiode.

Mottek schreibt zur Vorbereitungsperiode in Deutschland: „In Deutschland wurde es noch offensichtlicher als in England, daß durch die Anwendung der ersten Werkzeugmaschine in einem Lande noch nicht entschieden ist, ob es dort zu einem alsbaldigen raschen Sieg der außeragrarischen kapitalistischen Warenproduktion kommt, ob eine rasche Verschiebung der Proportionen zwischen Industrie und Landwirtschaft und damit auch ein eigener Beitrag zur zyklischen Entwicklung des Kapitalismus einsetzt. Darum ist es in Deutschland noch notwendiger, zwischen der Vorbereitungsperiode, die schon in den 80er Jahren des 18. Jh. beginnt, und der eigentlichen industriellen Revolution zu unterscheiden, die mit dem Übergang zur massenhaften Anlage von konstantem fixen Kapital in der zweiten Hälfte der 30er Jahre, vor allem aber Anfang der 40er Jahre des 19. Jh. einsetzt. In Deutschland lag also zwischen dem Auftauchen der ersten vereinzelter Fabriken und dem Beginn der massenhaften Anlage von konstantem fixen Kapital ein noch weit längerer Zeitraum als in England, ohne daß jedoch auch hier der unmittelbare Zusammenhang zwischen beiden verlorenging“ (S. 76). Wie ist aber die so lange Vorbereitungsperiode zu erklären? Daraus, daß die vorbereitende Funktion der Einführung von einzelnen Maschinen in Deutschland so kompliziert war und die Maschine so lange ihre Überlegenheit beweisen mußte?

Doch wohl nicht. In England war das schon längst bewiesen worden. Zudem wurden die meisten Maschinen aus England importiert. Oder waren in Deutschland die gesellschaftlichen Prozesse, die erst die Voraussetzungen für die industrielle Revolution schufen, noch nicht beendet, während sie in England schon zu Beginn der Vorbereitungsperiode abgeschlossen waren? Um 1760 war in England schon die bürgerliche Revolution durchgeführt und der feudale Hauptgegner beseitigt; der Staat agierte als Interessenvertreter des Bürgertums, das Land besaß einen einheitlichen inneren Markt, der Prozeß der ursprünglichen Akkumulation war in vollem Gange. Die Bedingungen für die industrielle Revolution waren also vorhanden. In Deutschland aber, wo diese Prozesse fast gleichzeitig mit der industriellen Revolution vor sich gingen, ergaben sich aus der unvollständigen Schaffung der notwendigen Voraussetzungen eine Vielzahl von politischen, ideologischen und ökonomischen Hemmnissen für den Verlauf der industriellen Revolution, die ihr Tempo verzögerten. Jede Teillösung, sagen wir auf dem Gebiet der Bildung des nationalen Marktes, führte dann auch, wie Mitte der dreißiger Jahre, zu einem merklichen Anwachsen des Tempos der industriellen Revolution. Unter diesen Umständen – paralleler Verlauf von Prozessen, die im klassischen Falle Englands nacheinander abliefen – den vom englischen Beispiel abgeleiteten Begriff „Vorbereitungsperiode“ auf die deutsche Wirtschaftsgeschichte anzuwenden heißt, unter diesem Begriff gesellschaftliche Prozesse zusammenzufassen, die den Rahmen dieser Definition doch wohl sprengen.

Man wünschte sich, daß der Verfasser seine Periodisierung für ein grundlegendes Studien- und Lehrbuch noch eingehender begründet hätte. In den Ausführungen über die Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts treten die zum Teil noch in der Diskussion stehenden Probleme der Vorbereitungsperiode zu stark in den Vordergrund, was vor allem für die Zeit bis in die vierziger Jahre gilt, während die Probleme der industriellen Revolution in den fünfziger und sechziger Jahren weder quantitativ noch qualitativ gründlich behandelt werden – eine Schwäche übrigens der marxistischen Wirtschaftsgeschichtsschreibung überhaupt. Problematisch ist auch Motteks Auffassung von der Verknüpfung der industriellen Revolution mit dem zyklischen Aufschwung und der zyklischen Krise. Wörtlich heißt es bei Mottek: „Die Beschleunigung in der Entwicklung der kapitalistischen Warenproduktion im außeragrarisches Sektor trug explosiven Charakter und fand ihren Ausdruck in einem zyklischen Aufschwung. Diese plötzliche Beschleunigung und damit der Beginn der industriellen Revolution fielen mit dem ersten zyklischen Aufschwung zusammen . . .“ (S. 74). Dieser zyklische Aufschwung war, wie schon einmal erwähnt, mit der ersten Massenanlage von konstantem fixen Kapital verbunden. Es ist ganz natürlich und nur eine logische Konsequenz, wenn Mottek fortfährt: „Durch eine solche Massenanlage von konstantem fixen Kapital und dem darauf beruhenden zyklischen Aufschwung wurde notwendig der der kapitalistischen Warenproduktion immanente Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privaten Charakter der Aneignung, zwischen der schrankenlosen Ausdehnung der Produktivkraft und der Beschränkung der Konsumtionskraft der Gesellschaft so gesteigert, daß es zu den ersten zyklischen Überproduktionskrisen kam“ (S. 74).

Diese Auffassung läuft darauf hinaus, daß die industrielle Revolution durch das Entstehen zyklischer Überproduktionskrisen gekennzeichnet ist und daß es

bereits zu Beginn der industriellen Revolution faktisch keine Übereinstimmung der Produktivkräfte mit den (wohl niemals modernen?) kapitalistischen Produktionsverhältnissen gegeben hat. Zu dieser Schlußfolgerung wird Mottek offenbar deshalb gedrängt, weil er *Folgeerscheinungen* der industriellen Revolution – wie eben die massenhafte Anlage von konstantem fixem Kapital – als *Ursachen* der industriellen Revolution ansieht.

Die kritischen Bemerkungen, die die Rezensenten für nötig hielten, zeigen, daß Motteks „Wirtschaftsgeschichte“ noch zu mancher Spezialforschung und zu mancher Diskussion Anlaß geben dürfte. Aber das schmälert keinesfalls ihren Wert. Im Gegenteil, die Bedeutung dieses Grundrisses liegt nicht zuletzt darin, daß er zu Auseinandersetzungen mit Fragen anregt, die in der Vergangenheit von den marxistischen Wirtschaftshistorikern nicht gebührend beachtet wurden. Motteks „Wirtschaftsgeschichte“ ist eine echte Bereicherung der marxistischen Historiographie.

Eine Auseinandersetzung mit dem Stichwort „Wirtschaftsgeschichte“ im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*

Zu einigen grundsätzlichen Fragen der Historiographie auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte

VON GERHARD BONDI

Der kritische Leser der Abhandlungen, die unter dem Stichwort „Wirtschaftsgeschichte“ im „Handwörterbuch der Sozialwissenschaften“ enthalten sind, kann nicht umhin, zunächst darüber seiner Befriedigung Ausdruck zu geben, daß die Herausgeber es aufgenommen und den Ausführungen dazu einen so breiten Raum gegeben haben. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß das vergleichbare Werk der zwanziger Jahre, das „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“, einen solchen Beitrag überhaupt nicht enthält, so wird allein dadurch die Bedeutung sichtbar, die im System der Sozialwissenschaften einem zwar nicht neuen, aber lange Zeit nicht als selbständige Disziplin behandelten Wissenschaftszweig heute zugemessen wird. Daß diesem Bedeutungswandel im „Handwörterbuch der Sozialwissenschaften“ nunmehr in so betonter Weise Rechnung getragen wird, findet sicherlich nicht nur eine positive Würdigung bei Wirtschaftshistorikern, sondern auch bei den Vertretern sonstiger sozialwissenschaftlicher Wissensgebiete.

Ist besagter kritischer Leser jedoch im Gebiet der DDR seßhaft und lehrt oder forscht er hier an einer wissenschaftlichen Institution, so wird ihm aber auch mit nichts zu wünschen lassender Deutlichkeit klar, welche beinahe unübersteigbaren Schwierigkeiten sich einer Diskussion zwischen Vertretern des gleichen Wissenschaftszweiges aus beiden deutschen Staaten ergeben, sofern er, um einen im „Handwörterbuch“ gebrauchten Begriff anzuwenden, im Bereich der „Kultur-

* Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, zugleich Neuauflage des Handwörterbuches für Staatswissenschaften, hg. v. E. v. Beckerath, H. Bente [u. a.], Stichwort: Wirtschaftsgeschichte, 41. und 44. Lieferung, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1962.

(I) Grundlegung: Herrmann Kellenbenz, S. 124–141.

(II) Epochen:

(1) Vorzeit: Fritz Moritz Heichelheim, S. 141–144.

(2) Altertum:

A. Orientalische und abendländische Kulturen: Fritz Moritz Heichelheim, S. 145–156.

B. Altamerikanische Hochkulturen: Paul Honigsheim.

(3) Mittelalter: Michael M. Postan, Cambridge, S. 158–166.

(4) Neuzeit:

A. Allgemeine Entwicklung: Robert Mandrou, Paris, S. 166–176.

B. Deutsche Wirtschaftsgeschichte: Friedrich Lütge, München, S. 177–185.

Alle nicht näher bezeichneten Seitenzahlen im laufenden Text der folgenden drei Arbeiten beziehen sich auf das hier zur Diskussion stehende Stichwort im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften.

und Geisteswissenschaften“ tätig ist. Was bei einem Gespräch über eine thematisch und zeitlich eng umrissene Arbeit noch möglich ist, nämlich die Übereinstimmung über bestimmte Resultate sowie die Feststellung und Formulierung offener und strittiger Probleme, wird dort, wo es um die Grundlagen der Wissenschaft, ihren Gegenstand, die Methode und ihre theoretischen Fragestellungen geht, so unendlich schwierig wegen des geistigen Abgrunds, der beide Teile trennt. Sehr bald ist jener Punkt erreicht, an dem schmerzhaft demonstriert wird, daß es nicht genügt, die gleiche Sprache zu sprechen, um Gedanken zu vermitteln, sondern daß die Gemeinsamkeit grundlegender Ausgangspunkte und Maßstäbe wissenschaftlicher Forschung beinahe eine wichtigere Voraussetzung für ein Gespräch ist als die gemeinsame Muttersprache. Ein solcher Versuch einer Diskussion ist daher gewissermaßen vom statu nascendi an mit einer Hypothek belastet, die seinen Erfolg in Frage stellt.

Über den Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte

Man würde erwarten, daß an der Spitze einer solchen als grundsätzlich betrachteten Abhandlung über eine wissenschaftliche Disziplin eine Definition ihres Gegenstandes steht, die mit möglicher Präzision den wissenschaftlichen Begriff „Wirtschaftsgeschichte“ umreißt und so dem Leser die Grundlage der folgenden Ausführungen gibt. Dieser beinahe selbstverständlichen Erwartung winkt aber erst Erfüllung, nachdem man sich durch die Abschnitte I bis III hindurchgelesen und manches über Quellen, Methoden und Gliederung einer Wissenschaft, deren Gegenstand man noch nicht kennt, erfahren hat, um dann schließlich auf der achten Seite auf die Überschrift „IV. Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte“ zu stoßen. Tief befriedigt und innerlich dem Autor Abbitte tuend für die eigene Pedanterie, die erst auf der achten Seite findet, was sie schon auf der ersten erwartete, gibt man sich der Lektüre hin. Am Ende dieses fast zwei Seiten umfassenden Abschnittes aber ist von dieser edlen selbstkritischen Regung nichts mehr übrig. Außer in der Überschrift ist nämlich vom Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte nicht mehr die Rede, hingegen wird in neun Punkten eine Aufzählung von komplexen Problemen geboten, denen der Wirtschaftshistoriker seine Aufmerksamkeit widmen muß. Dazu gehören zum Beispiel die Beziehungen von Natur und Gesellschaft, Bevölkerungszu- und -abnahme, Produktions- und politische Verhältnisse, Geschichte des Geldes und einiges andere. Eine Bestimmung des Gegenstandes ex definitione wird also ersetzt durch eine dem Anschein nach ohne bestimmte Rangfolge und noch dazu unvollständig zusammengestellte Aneinanderreihung von Fragenkomplexen, die in mehreren oder allen Gesellschaftsordnungen sich dem Wirtschaftshistoriker präsentieren.¹

Unbefriedigt verlassen wir also diesen Abschnitt, erinnern uns aber noch im letzten Moment, daß wir an anderer Stelle, nämlich im Absatz I, überschrieben: „Wirtschaftsgeschichte als wissenschaftliche Disziplin“, ja etwas gelesen haben, was eine Definition des Gegenstandes in etwa versucht, und man verflucht wiederum die eigene Pedanterie, die erwartet, unter der Überschrift „Gegen-

¹ Daß die Zusammenstellung auch vom Standpunkt des Verfassers unvollständig sein muß, ergibt sich daraus, daß der Handel (Austausch von Waren) keinen Platz darin hat, obwohl er in der gesamten Abhandlung in den einzelnen Zeitabschnitten an hervorragender Stelle behandelt wird. Siehe dazu auch S. 214 ff.

stand der Wirtschaftsgeschichte“ eine solche zu finden. Also zurück, und so erfahren wir dann: „Verstehen wir unter Wirtschaft den Gesamtzusammenhang von Einrichtungen und Maßnahmen, die zur Deckung des materiellen menschlichen Bedarfs dienen, dann ist die Wirtschaftsgeschichte die Abfolge des Wirtschaftsprozesses, der sich zusammensetzt aus Einzel- und Kollektivhandlungen“ (S. 124). Wenn man sich die Aussage dieser Begriffsbestimmung von allem Beiwerk entkleidet bewußt macht, so läuft sie auf den Erleuchtung vermittelnden Satz hinaus: Wirtschaftsgeschichte ist Geschichte der Wirtschaft. Freilich wird diese überraschende Feststellung verbrämt durch den Versuch einer Definition des Begriffs Wirtschaft, einer Definition aber, die nichts zu vermitteln vermag und kaum etwas abgrenzt. Was haben wir uns unter „Gesamtzusammenhang“ etwa in der reinen Naturalwirtschaft, die durch lange Zeiträume die bei weitem vorherrschende Form war, in der die „Deckung des materiellen menschlichen Bedarfs“ erfolgte, vorzustellen? Liegen jene „Einrichtungen und Maßnahmen“, die zur Deckung eines anderen als des unmittelbaren materiellen Bedarfs dienen, immer und überall außerhalb der Betrachtung des Wirtschaftshistorikers? Dient zum Beispiel jenes System von „Maßnahmen und Einrichtungen“, das in einer Reihe von Staaten zur Vernichtung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen eingerichtet wurde, der Deckung des materiellen menschlichen Bedarfs, oder aber bleibt es, da es die Bedarfsdeckung nur in negativer Weise berührt, außerhalb des „Gesamtzusammenhanges“ und damit des Gesichtskreises des Wirtschaftshistorikers? Und wie ordnet sich hier die Rüstungsproduktion ein?

Und so bleibt es also bei der Wirtschaftsgeschichte als Geschichte der Wirtschaft, und mit diesem mageren Ergebnis verlassen wir betrübt den Gegenstand unserer Disziplin, indem wir ihn in der Schwebe lassen. Immerhin sind wir erst am Anfang, und manche Hoffnung, im Rahmen der „Grundlegung“ einiges über die Auffassungen zu den Grundfragen der Wirtschaftsgeschichte zu erfahren, bleibt uns noch.

In enger Berührung mit der Frage nach dem Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte steht die nach der Abgrenzung gegenüber anderen Zweigen der Wissenschaft. Wir erfahren darüber auf S. 124, daß die Wirtschaftsgeschichte „ein Teilgebiet der allgemeinen Geschichte“ darstellt, und diese „fügt sich nach der Wissenschaftslehre, wie sie im Laufe des 19. Jh. unter dem Einfluß des Idealismus in Deutschland ausgebildet worden ist, in den Rahmen der Geistes- und Kulturwissenschaften und sondert sich damit von den Naturwissenschaften. Der Unterschied äußert sich in den jeweiligen Erkenntnismethoden. Während dem Naturwissenschaftler das Experiment zur Verfügung steht, das beliebig oft wiederholbar ist und aus dem sich allgemeingültige Gesetze ableiten lassen, fehlt diese Möglichkeit dem Geisteswissenschaftler . . .“

An diesen Versuch, den Standort der Wirtschaftsgeschichte im System der Wissenschaft überhaupt zu umreißen, lassen sich einige Kommentare knüpfen. Dabei wollen wir nicht über den Begriff der Methode streiten, weil jede Voraussetzung für eine Auseinandersetzung fehlt und der den Begriff füllende Inhalt jeweils auf verschiedenen Ebenen liegt. Die unter dem Sammelwort „Methode“ aufgeführten Arbeitsverfahren beantworten nach unserer Meinung in keiner Weise die Frage, ob man sich zum Beispiel der deduktiven, induktiven oder dialektischen Methode bedient, sondern geben an, welche Hilfsmittel und Arbeitsweise die betreffende Wissenschaft benutzt. Über den Begriff „Methode“

zu diskutieren hieße also, sich in tiefes philosophisches Wasser zu begeben, was weder nach der Sache noch nach dem begrenzten Umfang dieser kritischen Bemerkungen durchführbar ist.

Zunächst scheint uns die Feststellung angebracht, daß der wesentliche Unterschied zwischen „Geistes- und Kulturwissenschaften“ und Naturwissenschaften nicht in der „Methode“, sondern im Gegenstand der Forschung besteht. In dem einen Fall handelt es sich um die Natur und die in ihr stattfindenden Prozesse, in dem anderen um die Gesellschaft und den Menschen in seiner gesellschaftlichen Bezogenheit. Dieser Unterschied im Forschungsobjekt bedingt (so interpretieren wir die Meinung des Autors) verschiedenartige Verfahren zur Gewinnung von Erkenntnissen, die in dem einen Fall über das Experiment zur Formulierung allgemeiner Gesetze, in dem anderen Fall unter Ausschluß des Experiments zur Feststellung von „Tendenzen“ und „Handlungsweisen“ führt. Während danach die Bewegung der Natur durch Gesetze bestimmt wird, deren Entdeckung Aufgabe der Wissenschaft ist, löst sich die Entwicklung der Gesellschaft auf in Vorgänge, die „etwas Individuelles, nicht Wiederholbares“ sind, die sich dem Forscher höchstens als „Handlungsweisen“ darstellen können.

Bleiben wir zunächst bei der Rolle des Experimentes. Es ist unbestreitbar, daß das Experiment in der Entwicklung der Naturwissenschaften einen bedeutenden Platz einnimmt und in vielen Zweigen der Naturwissenschaften *conditio sine qua non* des Fortschritts überhaupt ist. Aber es gibt bedeutende und wichtige Disziplinen der Naturwissenschaften, in denen es eine untergeordnete oder so gut wie keine Rolle spielt, wie zum Beispiel Geographie, Geologie oder Teilgebiete der astronomischen Wissenschaften. Als allgemeines Charakteristikum der Naturwissenschaften das experimentelle Arbeiten zu statuieren ist daher offensichtlich unrichtig.

Daß auf der anderen Seite die Sozialwissenschaften das Experiment nicht zu einem Bestandteil ihrer Arbeitsweise machen können, erscheint zunächst auf der Hand liegend. Jedoch ist auch das bei näherer Betrachtung zumindest für manche Bereiche ein Trugschluß. Daß die pädagogischen Wissenschaften ihre Erkenntnisse in einer Reihe von Fällen experimentell geprüft haben, ist weder neu noch unbekannt noch an die Existenz einer spezifischen sozialen Ordnung gebunden. Daß betriebsökonomische Experimente allenthalben durchgeführt werden, ist so selbstverständlich geworden, daß Beispiele dafür nicht genannt zu werden brauchen. Und wenn etwa der Einwand erhoben wird, daß hier das Experiment der Theorie zeitlich folgt, während in den Naturwissenschaften das allgemeine Gesetz experimentell erarbeitet wird, so scheint diese Entgegnung wenig stichhaltig zu sein. Einmal experimentiert auch der Naturwissenschaftler auf Grund einer Hypothese und muß es tun, um seiner Arbeit Richtung und Ziel zu geben, und zum anderen ist es grundsätzlich völlig gleichgültig, ob das Experiment der theoretischen Konstruktion vorangeht oder folgt.

Natürlich ist das Experiment weder typisch für die Sozialwissenschaften, noch läßt sich bestreiten, daß für einige Gebiete, wie zum Beispiel die historischen Wissenschaften, seine Anwendung nicht vorstellbar ist. Immerhin ist es auch für den Historiker nicht ohne Bedeutung, sich zu vergegenwärtigen, daß experimentelle Anwendungsbereiche und -möglichkeiten auf sozialwissenschaftlichem Gebiet gewachsen sind und weiter wachsen werden. Unter den Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaft, in einer geplanten und zentral gelei-

teten Wirtschaft bieten sich der experimentellen Erprobung in zunächst beschränktem Bereich nicht nur neue Organisationsformen der Produktion und Zirkulation, sondern auch im außerökonomischen Bereich Möglichkeiten des Experimentes an, die freilich einem kapitalistischen Land verschlossen sind. Daß sie es sind, liegt aber an dessen sozialer Ordnung, nicht am immanenten Charakter dieses oder jenes Wissenszweiges.

Alles das scheint wenig zu tun zu haben mit unserem Thema, der Wirtschaftsgeschichte, da ja nicht strittig ist, daß die Geschichtswissenschaft als Ganze sich des Experimentes für ihre Arbeit nicht bedienen kann. Aber erinnern wir uns des Schlusses, der aus diesem nicht haltbaren Kriterium der Unterscheidung zwischen Natur- und „Geistes- oder Kulturwissenschaften“ gezogen wurde: der Naturwissenschaftler könne auf Grund seiner Experimente allgemeingültige Gesetze aufstellen, während dem „Geisteswissenschaftler, insbesondere dem Historiker“ diese Möglichkeit fehle.

Wir stehen somit vor einer Gedankenführung, die in ihren Konsequenzen und Inkonsequenzen geradezu überraschende Möglichkeiten bietet. Folgen wir dem Autor, und nehmen wir experimentelles Arbeiten für das wesentliche Kriterium zur Einreihung einer wissenschaftlichen Disziplin in die Gruppe der Naturwissenschaften, so müssen, wie gezeigt wurde, einige Zweige der Wissenschaft dort ausscheiden, während andere, die „Kulturwissenschaften“ verlassend, einzuliefern sind. In dem Maße aber, wie sich das Experiment einen Platz im Arbeitsverfahren bestimmter sozialwissenschaftlicher Zweige erobert, werden sie „gesetzesfähig“, sie verlieren ihren status als „Geisteswissenschaft“ und werden zur Naturwissenschaft. So ist es also gelungen, noch vorhandene Klarheiten zu beseitigen und alles im Unbestimmbaren und Unbestimmten versinken zu lassen.

Im Grunde aber geht es dabei ja um etwas anderes, nämlich um die Frage des Wirkens von Gesetzen in der Gesellschaft und der Gesetzmäßigkeit des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses. Deren Verneinung ist weder neu noch überraschend. Mit wechselnder Begründung wird die Existenz von Gesetzen im Bereich des gesellschaftlichen Lebens abgelehnt, von einer gesetzmäßigen Aufeinanderfolge bestimmter Gesellschaftsformationen ganz zu schweigen. Da aber die Geschichte selbst für jeden, der sich nicht von vornherein dagegen verschließt, den Gegenbeweis liefert, läßt man die Existenz von „Verhaltensweisen“ und „Tendenzen“ zu, läßt die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung, nachdem man sie mit lautem Gepolter zur Vordertür hinausgeworfen hat, über die Hintertreppe verstümmelt und ver mummt wieder ein. Denn die Schlußfolgerung zuzulassen, daß der Kapitalismus nicht mehr als eine historische Etappe der menschlichen Entwicklung ist, daß er gesetzmäßig von einer Gesellschaftsordnung abgelöst werden muß, die mit der durch die enorme Entwicklung der Produktivkräfte herbeigeführten umfassenden Vergesellschaftung des Produktionsprozesses in Einklang steht, überstieg die Möglichkeiten der offiziellen deutschen Wissenschaft bereits vor hundert Jahren und würde heute in Westdeutschland an die Grenze des Strafbaren führen.

Die Krönung dieser Auffassung liegt dann in dem Satz „Sein (des Wirtschaftshistorikers – G. B.) Streben muß es sein, *Wirtschaftsgeschichte als Geistesgeschichte* zu betreiben . . .“ (S. 125). Diese Feststellung läßt wohl kaum einen anderen Schluß als den zu, die Wirtschaftsgeschichte als Geschichte der Ideen zu be-

greifen, in deren Verwirklichung jene „Maßnahmen und Einrichtungen“ geschaffen wurden, „die zur Deckung des materiellen menschlichen Bedarfes“ dienen. Sie wird zu einem Produkt des menschlichen Geistes, hat ihren Ursprung im Kopf des Menschen, und die raschere oder langsamere Aufeinanderfolge verschiedener „Verhaltensweisen“ ist abhängig von dem Aufkommen neuer Ideen. Damit ist als das wirkliche Gesetz der historischen Entwicklung der Zufall proklamiert, dem es anheim gestellt ist, neue Ideen hier oder dort, zu dieser oder jener Zeit entstehen und sich auswirken zu lassen. Es ist die perfekte idealistische Wissenschaftskonzeption des 20. Jahrhunderts, in manchem hinter die des 19. Jahrhunderts zurückgehend, die zu einem Hemmnis historischer Erkenntnis geworden ist, das noch so fleißige und genaue Tatsachenanhäufung und Kenntnis nicht zu überwinden vermag.

Und damit müssen wir nun das Thema „Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte“ verlassen. Wir tun es mit dem Gefühl unerfüllter Erwartungen und mit der Überzeugung, den wiedergefundenen und manchmal ein ehrwürdiges Alter zählenden Thesen oftmals besser begründet begegnet zu sein. Bedauern aber bleibt uns über eine Grundkonzeption, die nichts anderes als eine Sackgasse für die westdeutsche Wissenschaft darstellt und die sie, über einen längeren Zeitraum gesehen, zur Sterilität bei der wissenschaftlichen Interpretation der wirtschaftshistorischen Prozesse verurteilt.

Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftstheorie

Die für die Auffassung über das Verhältnis von Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftstheorie wesentliche Aussage findet sich nicht, wie anzunehmen wäre, unter der entsprechenden Überschrift auf S. 133, sondern in dem kurzen Aufsatz auf S. 129, der „5. Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fragestellung“ überschrieben ist. Es heißt dort: „Es genügt für den Wirtschaftshistoriker nicht, die Quellen nur deuten und beschreiben zu wollen. Es kommt vielmehr darauf an, mit den richtigen Fragestellungen an sie heranzugehen. Mehr als der Historiker der politischen oder der Kulturgeschichte muß der Wirtschaftshistoriker mit den Fragestellungen und Methoden der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vertraut sein, insbesondere je mehr der zu untersuchende Vorgang sich unserer Gegenwart nähert.“

Wenn wir als die Essenz dieser Ausführungen nehmen, daß die Wirtschaftstheorie, vor allem die politische Ökonomie, dem Wirtschaftshistoriker die allgemeine Problemstellung für seine Forschung liefert, so kann man sich damit einverstanden erklären. Freilich wird der marxistische Historiker nicht dabei stehenbleiben, sondern als das Wesentliche die von der Theorie formulierten allgemeinen Gesetze und Kategorien sehen, deren Wirken und Existenz in concreto in der Fülle der Geschehnisse und Tatsachen es herauszufinden gilt, deren Modifikationen in bestimmten Konstellationen begründet werden müssen und – last but not least – deren Formulierung anhand des historischen Materials überprüft werden muß. Bleiben wir jedoch bei der unbestimmteren These von den „richtigen Fragestellungen“, die durch die Theorie dem Wirtschaftshistoriker gegeben werden müssen.

In diesem Zusammenhang muß man mit Nachdruck das Wort „richtig“ betonen. Wenn die Theorie sich in wesentlichen Teilen als unrichtig erweist, falsche

Erklärungen über die kausalen Zusammenhänge des Wirtschaftsprozesses liefert, Kategorien und Begriffe bringt, die ihre reale Existenz einzig und allein im Kopfe des Theoretikers, nicht aber in der Wirklichkeit haben, dann wird die Problemstellung des Wirtschaftshistorikers falsch und unreal, und er führt einen Kampf mit Windmühlenflügeln. So gesehen, ist der Wirtschaftshistoriker auf Gnade und Ungnade dem „Begriffslieferanten“, dem Theoretiker ausgeliefert, der damit in letzter Linie über Relevanz oder Bedeutungslosigkeit wirtschaftsgeschichtlicher Forschung und Interpretation entscheidet.

Wenn wir uns nun die bürgerliche Wirtschaftstheorie der letzten hundert Jahre ansehen, so muß uns wahrhaftig ein tiefes Mitleid ankommen mit dem Wirtschaftshistoriker, der mit ihren Erkenntnissen zu arbeiten hat. Wollte er sich in seiner Fragestellung ihr tatsächlich anpassen, so müßte er alle paar Jahre seine Problemstellung wechseln und neue, im Gegensatz zu früher jetzt als bedeutsam empfundene „Verhaltensweisen“ aus dem Material herausdestillieren. Er wäre der moderne Sisyphus. Kaum hat er die steinige Last seiner Wissenschaft bergan gerollt, entgleitet sie ihm wieder und zwingt ihn, an einem anderen Abhang sein trauriges Geschäft wieder zu beginnen. Denn wenn wir uns den bunten Wechsel von theoretischen Antworten auf Fragestellungen ansehen, die durch den Ablauf des kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses aufgeworfen werden, wenn wir uns die Aufeinanderfolge von – um nur die bedeutsameren Strömungen anzuführen – älterer und jüngerer historischer Schule, Grenznutzentheorie, Keynesianismus und Neoliberalismus bei gleichzeitigem Weiterbestehen der vulgären Fassungen der klassischen Ökonomie vergegenwärtigen, dann müßte eigentlich jede wirtschaftshistorische Forschung in der tödlichen Umarmung der Theorie erstickt sein.

Hinzu kommt noch der völlig unhistorische Charakter der einzelnen modernen Schulen. Es ist ein bereits von Marx hervorgehobener Grundzug der klassischen politischen Ökonomie des Bürgertums, daß sie mit Selbstverständlichkeit die kapitalistische Ära als von Ewigkeit her bestehend unterstellt – ebenso wie sie deren Existenz für alle Zukunft annimmt – und daher die Kategorien und Gesetze der kapitalistischen Produktion und des Austausches als von jeher wirksam ansieht. Der Jäger und Fischer der Urzeit handeln so, als ob sie Kapitalisten des 18. oder 19. Jahrhunderts wären, und die Produzenten der frühesten Gesellschaftsformen gleichen dem Lohnarbeiter der kapitalistischen Gesellschaft. Es gibt danach in den Produktions- und Austauschverhältnissen der Menschen nur graduelle, aber keine qualitativen Unterschiede. Weit entfernt davon, diese unhistorische Haltung der klassischen politischen Ökonomie zu korrigieren, ist sie bei den Epigonen der Klassiker noch betonter geworden. Die ökonomische Theorie vermag daher für vorkapitalistische Verhältnisse nur kapitalistische Fragestellungen zu liefern, mißt gewissermaßen die Tempelwirtschaft Vorderasiens mit den Maßstäben, die von der Londoner Börse gesetzt werden.

Allein von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, erscheint es unmöglich, daß die Wirtschaftstheorien moderner bürgerlicher Prägung richtige Problemstellungen ermöglichen, und noch unmöglicher, ihren in verhältnismäßig kurzen Zeitperioden wechselnden Theoremen in der wirtschaftshistorischen Forschung Rechnung zu tragen. Tatsächlich geschieht dies auch nicht. Die proklamierte enge Anlehnung der Wirtschaftsgeschichte an die Wirtschaftstheorie ist leere Deklaration, und kein Wirtschaftshistoriker, hat es bis jetzt unternommen, zum

Beispiel die Krisen des 19. Jahrhunderts auf Grund der Keynes'schen „Fragestellung“ neu zu untersuchen. Die „Erkenntnisse“ ökonomischer Theorien werden daher von den Wirtschaftshistorikern stillschweigend weitestgehend übersehen, und eine solche Haltung entspringt einem gesunden Selbsterhaltungstrieb. Das bedeutet allerdings auch, daß ein westdeutscher Wirtschaftshistoriker zu meist den Kompaß der Theorie überhaupt entbehren muß, daß ihm die ordnenden Gesichtspunkte in seiner Arbeit an den entscheidendsten Stellen fehlen.

Wenn so die Anlehnung an die bürgerliche Theorie dem Wirtschaftshistoriker auf Grund ihres Niedergangs und ihrer Verflachung wenig Positives zu bieten vermag, so hat sie doch andererseits ihren giftigen Stachel auch in der wirtschaftshistorischen Forschung zurückgelassen. Gewisse charakteristische Merkmale, die allen nachklassischen Schulen gemeinsam sind, haben auch in der wirtschaftshistorischen Darstellung eine Heimstatt gefunden und sich dort nachhaltig hemmend und verzerrend ausgewirkt.

Es war schon die Rede von der unhistorischen Betrachtungsweise selbst der großen Ökonomen um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert und der Verwendung von der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlichen Begriffen und Kategorien für die frühesten vorkapitalistischen Perioden. Die Abhandlung zum Stichwort „Wirtschaftsgeschichte“ bietet dafür schlagende Beispiele. Für die frühe Periode der Steinzeit mit ihrer Hominidenbevölkerung, nämlich für das Paläolithikum, ist bereits die Rede von „Transport, Güterumlauf und Massenproduktion von Steinwerkzeugen“, ganz so, als ob es sich um etwas prinzipiell der Produktion und dem Verkauf von Ford-Automobilen Gleichwertiges handele. Und liegt etwa die Gedankenverbindung mit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts fern, wenn man wenig später für die Dorfkulturen der Steinzeit erfährt: „Wanderhandwerker, die traditionell fixierte Löhne empfangen . . . fehlten jedoch nicht ganz“. Hingegen tauchen Geld und Kapital in einer wesentlich späteren Periode auf, nämlich in der Bronzezeit (bis etwa 1000 v. d. Z.). Geld präsentiert sich in folgender Gestalt: „Geld besteht in den Stadtkulturen der Bronzezeit fast ausschließlich aus vorgewogenen oder zugemessenen Produkten, bei denen die *Quantität*, aber nicht die Form eine Rolle spielt, z. B. aus Metallen, Getreide, Stroh, Ziegeln und vielen anderen ähnlichen Materialien.“ Die Existenz von Kapital aber ermöglichte „fast alle noch heute üblichen Bankgeschäfte“. Daß in derselben Periode „Staatsplanwirtschaft“, kapitalistische Nutzung der Wälder und kapitalistische Ausbeutung des Gartenbaus, der Blumen- und Obstbaumzucht in Vorderasien vorhanden sind, sei nur noch am Rande angemerkt.

Sie waren also alle da, die Akteure auf der Bühne des Kapitalismus: der Kapitalist, der Lohnarbeiter, der Bankier, und sie spielten fröhlich in bronzezeitlicher Verkleidung Banktransaktionen, Planwirtschaft, Kapitalinvestition und reichten Kredite aus. Man füge einige technische und zivilisatorische Errungenschaften hinzu und entkleide so die Handelnden ihrer bronzezeitlichen Kostüme, so kommt man sich in das Geschäftsviertel von Frankfurt a. M. anno Domini 1963 versetzt vor. Das passende Motto dafür liefert bereits das alte Testament im Prediger Salomonis: „ . . . und so geschieht nichts Neues unter der Sonne. Geschieht auch etwas, davon man sagen möchte: Siehe, das ist neu? Es ist zuvor auch geschehen in den langen Zeiten, die vor uns gewesen sind.“

Allerdings, wozu man dann Geschichte als Wissenschaft betreibt, bleibt auf den

ersten Blick unklar. Es bedarf eines nochmaligen Hinsehens, um den tieferen Sinn solcher Interpretation zu erfassen. Alle Erscheinungen und Einrichtungen des Kapitalismus werden so zu allgemein menschlichen Institutionen, sind allen Gesellschaftsstufen eigentümlich, und die menschliche Gesellschaft schlechthin kann sie nicht entbehren. Was die Theorie stillschweigend voraussetzte, nämlich die Unentbehrlichkeit und Unvergänglichkeit kapitalistischer Einrichtungen, weist die wirtschaftshistorische Forschung nun mittels gebogter und ahistorisch entstellter Begriffe und Kategorien nach. Die engen Beziehungen zwischen Geschichte und Theorie sind damit in einer Hinsicht verwirklicht, aber eben leider, leider eben nur auf einer unwissenschaftlichen, weitgehend apologetischen Grundlage. Nur nebenbei sei dazu noch vermerkt, mit welcher Subtilität dem Leser Gedankengänge von politischer Aktualität suggeriert werden. Auf S. 147 wird ausgeführt, wie produktionstechnische Fortschritte der Eisenzeit in der Landwirtschaft und im Handwerk sowohl politische Änderungen als auch solche der Wirtschaftsverfassung möglich machten. Das sieht dann so aus: „Die neue Eisentechnik im Kriegswesen machte außerdem eine ausgeprägt partikularistische Politik der neuen Völker gegen die bisherigen Großreiche möglich, ohne daß der Lebensstandard der jungeneisenzeitlichen Massen in solchen kleinräumigen Staaten gegenüber den bronzezeitlichen Verhältnissen merkbar zurückgegangen wäre. Unter diesen Umständen wurde von Italien bis China staatliche Planwirtschaft weitgehend unnötig. Ein neues individualistischeres und freieres Zeitalter kündigte sich an.“

Abgesehen davon, daß diese Sätze die früheren Bemerkungen über die unhistorische Verwendung von Begriffen hervorragend illustrieren, versuchen sie den allgemeinen Eindruck hervorzurufen, als ob die Staatsplanwirtschaft ein System sei, das einem niederen Stand der Produktivkräfte entspreche, hingegen bei fortschreitender Produktionstechnik einem „freieren Zeitalter“ weichen müsse. Dieses sei dann auch prompt in der jüngeren Eisenzeit von „Italien bis China“ angebrochen. Und warum, so soll sich wohl der Gedanke beim Leser festsetzen, sollte das im Atomzeitalter von „Italien bis China“ nicht wiederum so sein? Warum sollte nicht in Anlehnung an eine historische Parallele ein Gesellschaftssystem verschwinden, das unter anderem dadurch gekennzeichnet ist, daß seine Wissenschaftler im strikten Gegensatz zu ihren Kollegen in den kapitalistischen Ländern „die Wissenschaft politisieren“?

Ein gemeinsames Charakteristikum fast aller bürgerlichen politischen Ökonomie seit dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts besteht darin, daß sie in den Mittelpunkt ihrer Theorie die Zirkulationssphäre rückt und demgemäß die Erklärung wirtschaftlicher Phänomene dort sucht. Der Austausch der Waren, das heißt der Handel, und das allgemeine Medium des Austausches, das Geld, halten demgemäß die Schlüsselposition in der Theorie, und beide treffen sich dann in einer Kategorie, nämlich den Preisen. Der große Fortschritt, der sich von den Physiokraten an in der politischen Ökonomie durchgesetzt hat, nämlich die Bewegung der Wirtschaft aus der Produktion, der in ihr hergestellten Beziehungen und deren Veränderungen abzuleiten, wurde aufgegeben und durch die Rückkehr zu der Betrachtungsweise der frühen Repräsentanten theoretisch-ökonomischen Denkens, der Merkantilisten, ersetzt. In beiden Fällen, im 17. wie im 20. Jahrhundert, kreist die Theorie im begriffslosen Nebel der Zirkulation, wofür es im 17. Jahrhundert einige historische Berechtigung gibt.

Den Niederschlag einer solchen Betrachtungsweise finden wir greifbar in den wirtschaftshistorischen Arbeiten schon zu jener Zeit, da in Deutschland „Nationalökonomie“ und Wirtschaftsgeschichte noch nicht geschieden waren, und wenn wir uns die Ausführungen unter dem Stichwort „Wirtschaftsgeschichte“ im „Handwörterbuch“ ansehen, so scheint es, als ob die Bedeutung der Zirkulationsphäre für den historischen Entwicklungsprozeß noch höher bewertet wird als früher. Handel, Geld und Preise nehmen nicht nur bei weitem den breitesten Raum ein, sondern werden allgemein auch in der Rangfolge an die Spitze der behandelten Probleme gestellt. Recht instruktiv in dieser Hinsicht ist zum Beispiel der Abschnitt „IV. Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte“. (Daß eine Festlegung des Gegenstandes der Wirtschaftsgeschichte sich hier nicht findet, wissen wir bereits.) In der Aufzählung von gesellschaftlichen Erscheinungen, denen der Wirtschaftshistoriker sich zuwenden muß – zum Beispiel den Beziehungen zwischen Natur und Wirtschaft, dem Geld, der Ausbildung des Unternehmers, den religiösen Einflüssen – findet sich im Punkt g) folgendes: „Der Weg des Menschen durch die Geschichte ist aufs engste verknüpft mit der Verbesserung der Werkzeuge, die ihm die Natur an die Hand gab. Hierher gehört neben dem Gebrauch von Geräten und Maschinen das ganze Gebiet der Meßbarkeit von Größen, von Maßen und Gewichten und das Münzwesen . . . Einen wichtigen Schritt zur Meßbarkeit bildet der Übergang zur Schriftlichkeit, der in der ‚kommerziellen Revolution‘ im 13. Jh. festzustellen ist und deren wichtigste Errungenschaften der Gebrauch der arabischen Ziffern mit der Null und die doppelte Buchhaltung sind“. Diesen Sätzen folgen dann Ausführungen über die Kameralistik, Statistik und Betriebswirtschaftslehre als Entwicklungen, die aufeinanderfolgende Etappen der Meßbarkeit darstellen.

Zunächst stellt sich die Frage, wieso „das ganze Gebiet der Meßbarkeit von Größen, von Maßen und Gewichten und das Münzwesen“ von der Natur dem Menschen zusammen mit Geräten und Maschinen an die Hand gegeben wurde. Wenn der Mensch sich im Laufe der Geschichte durch Werkzeuge, Maschinen und Antriebskräfte Naturkräfte dienstbar gemacht hat, so sind sie ihm aber doch sicherlich nicht „an die Hand gegeben worden“. Wenn aber Zahlen, Maße, Gewichte und Münzen, die „Meßbarkeit von Größen“ der gleichen Quelle, nämlich der Natur, entspringen sollen, so heißt das doch offenbar die Dinge auf den Kopf stellen. Es ist gerade die Loslösung von den konkreten Gegebenheiten der Natur, die den Menschen zur Zahl als abstraktem Begriff, in keiner Weise mehr verbunden mit natürlichen und gegenständlichen Erscheinungen, kommen läßt. Nur insofern der Mensch fähig wurde, die Zahl vier zum Beispiel ohne den damit verbundenen Begriff von Steinen, Stück Vieh, Früchten sich vorzustellen, nur dadurch war es möglich, das Zahlensystem zur Grundlage aller Meßbarkeit zu machen. Sicherlich aber gab die Natur dem Menschen die Zahl und das auf ihr beruhende System „nicht an die Hand“, sondern hier haben wir es mit einem Produkt menschlichen Geistes zu tun.

Dies scheint uns jedoch weniger wichtig im Vergleich damit, daß hier, an der einzigen Stelle dieses Abschnittes IV, an der die Entwicklung der Produktivkräfte in Gestalt der Produktionsinstrumente, wenn auch gleichsam nur in einem Nebensatz, erwähnt wird, sofort die Ausführungen hinüberfließen zu den Maßen und Gewichten, zu Geld, „kommerzieller Revolution“ und doppelter Buchhaltung. Allen diesen, im wesentlichen der Zirkulation verhafteten Begriffen

wird eine weit größere Bedeutung beigemessen, erheblich mehr Raum gewidmet als der Entwicklung der Produktionswerkzeuge des Menschen und seiner Fähigkeit, sie herzustellen und zu gebrauchen. Es wird vollkommen über die nicht wездiskutierende Tatsache hinweggeglitten, daß die steigende Verwendung von Maßen und Gewichten, die erhöhte Bedeutung und die Ausbildung einer Rechnungsführung ebenso wie die des Münzwesens nur der Reflex eines anwachsenden Warenverkehrs sind, der selbst wiederum eine erhöhte Warenproduktion zur Voraussetzung hatte. Nicht wegen der Einführung der doppelten Buchhaltung entwickelten sich Warenproduktion und -austausch, sondern die doppelte Buchhaltung wurde notwendig, um in der Rechnungsführung dem gestiegenen Umfang von Produktion und Austausch gerecht zu werden. Daß mit der Einführung der doppelten Buchhaltung zum Beispiel auch ein Hemmnis der weiteren Ausdehnung von Produktion und Handel wegfiel – aber wie wir meinen, kein sehr wesentliches –, wird nicht bestritten.

Die Produktion wird nicht nur hier, sondern fast durchgehend als ein Anhängsel der Zirkulation betrachtet. Die für den historischen Entwicklungsprozeß relevanten Vorgänge spielen sich danach vorwiegend, wenn nicht gar ausschließlich, in der Sphäre der Zirkulation ab. Die Wirtschaftsgeschichte ist nach einer solchen Auffassung über weite Zeiträume eine Geschichte des Handels, des Geldes und der Preise, und wir haben gesehen, wie sich das bereits in der Darstellung der frühesten Geschichte der Menschheit auswirkte. Es wird genügen, für spätere Zeiträume ein Beispiel anzuführen, um zu zeigen, welche Erkenntnisse auf diesem Wege gewonnen werden können. Auf S. 168 beginnt ein Abschnitt (innerhalb des Kapitels „Neuzeit“), der überschrieben ist „II. Maßstäbe und Methoden“. Welches sind nun die Maßstäbe und Methoden, mit denen der Historiker die wirtschaftliche Entwicklung der Neuzeit sichtbar macht? Das wird eindeutig klar, wenn man sich die Dreigliederung dieses Abschnittes vor Augen hält, nämlich in „1. Das Geld“, „2. Preise und Löhne“ und „3. Die Quantitätstheorie“. Vereinfacht sind es Geld und Preise, da die Quantitätstheorie natürlich die Quantitätstheorie des Geldes ist und die Löhne nichts anderes als die Preise einer besonderen Ware, nämlich der Arbeitskraft, sind. Geld und Preise sind also Maßstab und Methode, mit dem der Wirtschaftshistoriker der Neuzeit zu Leibe rückt, wobei die theoretische Grundlage für die Bestimmung des Einflusses des Geldes auf den wirtschaftlichen Gesamtprozeß die Quantitätstheorie ist. Die nachfolgenden Ausführungen lassen auch keinen Zweifel darüber, daß nach diesem Prinzip bei der Darstellung des Stoffes verfahren wurde, die Produktion, ihre Bedingungen und Entwicklung ebenso wie auch die Distribution werden nur als zweit- oder drittrangige Momente behandelt.

Wie schon erwähnt, stellt die Quantitätstheorie des Geldes das theoretische Rüstzeug für diese Betrachtungsweise. Etwas früher wird in dem Abschnitt „Maßstäbe und Methoden“ festgestellt: „Zwar verfügt die Wirtschaftsgeschichte über ein recht ansehnliches Arsenal von oft sehr altertümlichen und selbst in der heutigen Sprache sehr veralteten Leitsätzen: Das schlechtere Geld verdrängt das gute Geld; die Erhöhung des Goldpreises führt zu einem Abfluß des Silbers; jede Abwertung des Verrechnungsgeldes, jede inflationistische Münzprägung verursachen auf lange Sicht ein Anziehen der Preise, während sie kurzfristig wie ein Magnet ausländisches Geld anziehen und den Umlauf des Metallgeldes beleben. – Diese Gemeinplätze sind hinreichend bekannt . . .“ (S. 168). In dieser Zusammen-

stellung von Erfahrungssätzen, die nichts erklären und die hier als „Gemeinplätze“ apostrophiert werden, hätte die Quantitätstheorie des Geldes einen Ehrenplatz verdient. Daß zwischen Warenmenge, Warenpreisen und Menge des zirkulierenden Geldes ein Zusammenhang besteht – und auf die Feststellung dieses Zusammenhanges reduziert sich die Quantitätstheorie –, ist heute zwar allgemein bekannt, bietet aber keinen Schlüssel für die Interpretation von historischen Erscheinungen.

Wenn zum Beispiel, wie es auf S. 170 geschieht, die Preisrevolution des 16. Jahrhunderts mit Hilfe der Quantitätstheorie zu erklären versucht wird, so werden damit die Oberflächenerscheinungen für das Wesen der Sache genommen. Das sich vergrößernde Angebot an Silber, das die Hauptrolle spielt, entspringt doch unbestreitbar der Tatsache, daß der Arbeitsaufwand und damit Produktionskosten, Wert und Preis des Geldmetalls durch die Produktionsmöglichkeiten Südamerikas eine beträchtliche Reduzierung erfahren haben und daß sich damit eine neue Wert- und Preisrelation zwischen dem Metallgeld und den Waren, deren Zirkulation es vermittelt, durchgesetzt hat. Da die Quantitätstheorie sich auf die Konstatierung augenfälliger Zusammenhänge der Zirkulationssphäre beschränkt, stellt sie niemals eine Veränderung von Wert und Preis des Edelmetalls, verursacht durch neue Bedingungen der Produktion, in Rechnung und vermag daher auch keinen Weg zu den wirklichen kausalen Verknüpfungen zu zeigen.

Es wäre aber ungerecht zu verschweigen, daß die Autoren die Sackgasse spüren oder mindestens ahnen, in die die wirtschaftshistorische Forschung durch die bürgerliche Wirtschaftstheorie geraten ist. So finden sich folgende bemerkenswerte Eingeständnisse auf S. 167: „Die Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit muß von der Methode her überarbeitet werden. Die von uns als erarbeitet angesehene Geschichte geht von der Betrachtung der europäischen Expansion aus, deren Grundlagen in der Geschichte der *Preise* und des *internationalen Handels* bestanden . . . Durch die Entwicklung der Politischen Ökonomie, die jetzt mittels neuer Modelle, in denen Begriffe, wie Kreislauf und Lagerhaltung, eine wesentlichere Rolle spielen als Geld und Preise, auf die Probleme des volkswirtschaftlichen *Wachstums* und des *Volkseinkommens* ausgerichtet ist, wird die klassische Geschichte der Preise und des Außenhandels praktisch in Frage gestellt. Deshalb ist eine kritische Überprüfung der Maßstäbe der wirtschaftlichen Entwicklung notwendig . . .“ Und wenig später, auf S. 168, heißt es: „Es ist jedoch offensichtlich unmöglich, mit Hilfe dieser Quellen (Marktberichte, Rechnungsbücher usw.) Produktion und Konsumtion unmittelbar zu erfassen, *deren Untersuchung man heute zu Recht der der Schwankungen der Preise und des Geldwertes vorzieht*“ (Hervorhebung von mir – G. B.).

Als Ausweg werden hier die Orientierung auf die neuen Modelle der politischen Ökonomie und die Untersuchung von Produktion und Konsumtion genannt. Wir wagen allerdings zu behaupten, daß die „neuen Modelle der politischen Ökonomie“ nur die Richtungszeichen neuer Irrwege sein werden, die zu abermaliger Revision zwingen werden. Im Grunde genommen scheint uns die Orientierung, die auf S. 158 für das Mittelalter und darüber hinaus allgemein gegeben wird, die grundsätzlich richtigere, daß nämlich „nicht der Handel, sondern die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, vor allem die materielle Basis des Zeitalters, also Bevölkerung, Besiedlung, landwirtschaftliche Erzeugung, der Stand der Technik und der Lebensstandard, das grundlegende Problem bilden“.

Daß die jeweilige Größe und Zusammensetzung der Bevölkerung ein die geschichtliche Entwicklung beeinflussender Faktor ist und zur Erklärung bestimmter Phänomene mit herangezogen werden muß, ist offensichtlich. Aber seit anderthalb Jahrhunderten geistert das Gespenst der Malthusschen Theorie der Surplusbevölkerung durch fast jedes honorige Lehrbuch der politischen Ökonomie. Natürlich nicht mehr in jener primitiven Gestalt, in der es der englische Pfarrer in die Welt entließ, sondern neu und, den jeweiligen Zeitläufen entsprechend, modern aufgeputzt. Und wer hätte nicht schon erfahren, daß zum Beispiel die gegenwärtigen Schwierigkeiten Indiens mehr oder weniger auf eine Hauptursache, nämlich das rasche Wachstum der Bevölkerung und den dadurch bedingten Überschuß an Menschen, zurückzuführen sind? Wem sind nicht die von Zeit zu Zeit mit Eindringlichkeit vorgebrachten Warnungen vor der raschen Zunahme der Bevölkerung der Erde und den daraus mit Notwendigkeit entspringenden Nahrungsmitteldefiziten geläufig? In Theorie und Praxis, in der politischen Ökonomie wie in der Wirtschaftspolitik der „freien Welt“ hat die Überbevölkerung ihren festen Platz und dient zur Erklärung der verschiedenartigsten Phänomene. Und eine solche Erklärung bietet natürlich einige Bequemlichkeiten: Sie enthebt nicht nur der Notwendigkeit, die wirklichen Ursachen aufzudecken, was in manchen Fällen durchaus unerwünscht wäre, sondern sie exkulpiert auch Politiker wie Wirtschaftsexperten gleichermaßen von den Folgen von Handlungen, die sich in der privatesten Intimsphäre des Menschen abspielen.

Die hartnäckige Fortexistenz dieser theoretisch wie praktisch unhaltbaren Auffassung wäre erstaunlich, würde sie nicht durch diese ihr anhaftenden Vorzüge erklärt. Daß die Natur der Möglichkeit zur Produktion von Nahrungsmitteln so enge Grenzen gezogen hat, die eine Übervölkerung nicht nur möglich, sondern unausweichlich machen, ist inzwischen nicht nur in der Theorie, sondern auch durch den Gang der historischen Entwicklung widerlegt worden. Wenn seit Jahrzehnten permanente Absatzprobleme für Agrarprodukte bei gleichzeitiger Unterernährung großer Teile der Menschheit und gelegentlichen Hungersnöten bestehen, so ist dies nicht dem Druck der steigenden Menschenzahl der Erde gegen den Nahrungsmittelspielraum geschuldet, sondern den Distributionsverhältnissen, der ungleichen Verteilung der Einkommen innerhalb der Nationen, ebenso wie der zwischen den Nationen. Aber das sind Binsenweisheiten, die auszusprechen im Grunde etwas unangenehm ist, weil man sie eigentlich nicht nur als bekannt, sondern auch als akzeptiert voraussetzen müßte.

Mit Bedauern kann daher nur registriert werden, daß sich die neomalthusianischen Ansichten auch eine Heimstätte in der Wirtschaftsgeschichte gesichert haben, eine Tatsache, die deutlich spürbar in den Ausführungen unter dem Stichwort „Wirtschaftsgeschichte“ wird. Verhältnismäßig verdeckt und in manchem auch akzeptabel findet sich der Niederschlag der Theorien von der Übervölkerung in dem schon früher erwähnten Abschnitt „IV. Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte“, wo unter den vom Wirtschaftshistoriker vorrangig zu untersuchenden Problemen gleich an zweiter Stelle angeführt wird: „Das allmähliche Wachstum der Bevölkerung von den Anfängen in spärlich besiedelten Regionen bis zur heutigen Übervölkerung in vielen Gebieten . . .“ Viel deutlicher wird jedoch der malthusianische Pferdefuß an anderen Stellen, wie zum Beispiel auf S. 160/161, wo es heißt: „Wie in anderen Geschichtsepochen drückte sich der bestehende Bevölkerungsüberschuß auf dem Lande in einer Vielzahl gesellschaftlicher Phäno-

mene aus. Dazu gehören z. B. die Besiedlung der schlechteren Böden, die gewaltigen Anstrengungen, welche zur Trockenlegung und Eindeichung im 11. und 12. Jh. in den Niederlanden gemacht wurden, und die immer weiter fortschreitende Aufteilung des Landbesitzes sowie das Anwachsen des Dorfproletariats. Das den Historikern bekannteste Phänomen stellt jedoch die Abwanderung vom Land in die Städte und die Zunahme der städtischen Bevölkerung dar. . . . Der gewaltige Prozeß der Kolonisierung des slawischen Ostens – so die Besiedlung der sorbischen Gebiete, der Ostmark, der Gebiete entlang der Saale, des wendischen Raumes zwischen Elbe und Oder und der Beginn der Erschließung Böhmens und Polens – all das waren wirtschaftliche und politische Prozesse, die für eine Überbevölkerung des Landes bezeichnend sind.“ In summa, eine Reihe der historisch bedeutsamsten Phänomene des Mittelalters sind demnach Ausdruck einer Überbevölkerung, die wir in den verschiedensten Teilen Europas antreffen.

Danach hätte also während des größten Teiles des Mittelalters eine permanente Überbevölkerung zum Beispiel in Deutschland bestanden, denn der Prozeß des Vordringens nach dem Osten setzt ja bereits mit dem 9. Jahrhundert ein und hat mit dem 14. Jahrhundert noch keineswegs einen Abschluß gefunden, ja setzt sich gebietsweise sogar während der „Wüstungsperiode“ fort. Für eine solche permanente Überbevölkerung gibt es keine Beweise, jedoch eine Reihe von Tatsachen und logischen Überlegungen, die dagegen angeführt werden können. Sicherlich ist ein bestimmter zahlenmäßiger Stand der Bevölkerung eine der vielen Voraussetzungen für einen umfangreichen Kolonisierungsprozeß, liefert aber keineswegs eine befriedigende Erklärung. Er hat in einem Zeitraum stattgefunden, dessen erster Abschnitt unter anderem gekennzeichnet ist durch zahlreiche Siedlungsneugründungen in den Auswanderungsgebieten und dessen zweiter Teil sich überlagert mit den Pestepidemien und der Aufgabe von Fluren und dörflichen Siedlungen in den Heimatregionen der Kolonisten. Angesichts einer solchen Situation von einer Überbevölkerung zu sprechen, ist wohl kaum vertretbar. Warum sollten Kolonisten nach den Gebieten jenseits der Oder ziehen, wenn es wüstgewordene Dörfer gab, die ihnen ausreichende und relativ günstige Möglichkeiten der Niederlassung boten? Wenn sie es trotzdem taten, so in der überwiegenden Zahl der Fälle deshalb, weil die Ansiedlung in der neuen Heimat mit weit besserem Recht erfolgte und die sonstigen Lasten vergleichsweise gering waren, während in ihren Herkunftsländern die grundherrliche Bedrückung schwer auf ihnen lastete. Eine solche Interpretation hat nicht nur die Logik, sondern auch dokumentarische Beweise für sich.

Wir haben dieses eine Beispiel gewählt, um an ihm zu zeigen, wie unhaltbar hier die Erklärung einer gesellschaftlichen Erscheinung aus einer angenommenen Überbevölkerung ist. Aber an zahlreichen anderen Stellen spielt ebenfalls die Überbevölkerung die Rolle des rettenden deus ex machina, der durch sein Erscheinen eine tiefgründigere und befriedigende historische Erklärung einerseits erspart, andererseits verhindert. Und es steht zu befürchten, daß die wirtschaftshistorische Forschung auch weiterhin, solange sie sich im Bannkreis der von der Wirtschaftstheorie mit viel Sorgfalt am Leben erhaltenen Malthusschen und neomalthusianischen Idee bewegt, für zahlreiche Phänomene nicht nur unbefriedigende, sondern mit den Quellen und den Gesetzen der Logik in Widerspruch stehende Schlüsse liefern wird.

Das ist aber überhaupt die Schlußfolgerung, die man aus dieser gedrängten Be-

trachtung über das Verhältnis von Wirtschaftsgeschichte und bürgerlicher Wirtschaftstheorie ziehen muß. Soweit der Wirtschaftshistoriker die Problemstellungen der Theorie zur Grundlage macht, wird er in vielen Fällen von grundlegender Bedeutung in die Irre geleitet, auf Nebengleise abgedrängt und vermag dann nur unbefriedigende oder falsche Antworten zu geben. Sofern er in die Tiefe zu dringen und die wirklichen bewegenden Kräfte bloßzulegen versucht, kann er es nur tun, indem er sich von der Grundlage der Wirtschaftstheorie moderner bürgerlicher Observanz und den von ihr gebotenen Fragestellungen löst. Zwischen der wirtschaftshistorischen Forschung und der Wirtschaftstheorie tut sich so eine Kluft auf, die zu schließen nur möglich ist bei weitgehender Aufgabe des wissenschaftlichen Charakters der wirtschaftshistorischen Arbeit.

Antimarxismus und Antikommunismus

Ein an zahlreichen Stellen auftauchendes Merkmal des Artikels, mit dem wir uns hier beschäftigen, ist eine antimarxistische und antisowjetische Tendenz, die bis zum Verschweigen und zur Entstellung unbestreitbarer Tatsachen geht. Niemand hat erwartet, eine auf der Grundlage des historischen Materialismus entwickelte Abhandlung oder eine ausführliche Würdigung der Bedeutung des Marxismus und der Arbeiten marxistischer Forscher vorzufinden, aber der hier dem Leser manchmal suggerierte, manchmal jedoch geradezu aufgedrängte primitive Antimarxismus und Antisowjetismus verdienen doch hervorgehoben zu werden.

Wenn hier die Bezeichnung „primitiv“ verwendet wurde, so bezieht sich das auf die Argumentation (wo überhaupt vorhanden) und auf die Behauptungen selbst, nicht aber auf die Art der Darstellung und die Einfügung der Giftspritzer innerhalb des Gesamttextes. Wir haben bereits Gelegenheit genommen, auf einen solchen Fall hinzuweisen (siehe S. 213), der genügend die Methode kennzeichnet, mit der gearbeitet wurde: In einem sich in strenger Wissenschaftlichkeit gebenden Kontext werden in scheinbar absichtsloser Weise dem Leser Gedankengänge suggeriert, auf Grund deren er Schlüsse von aktuell politischer Bedeutung zieht, die in der Unhaltbarkeit und Rückständigkeit einer sozialistischen Planwirtschaft gipfeln. Auf weitere Beispiele dieser Art hier einzugehen, lohnt sich nicht, und wir halten uns zweckmäßigerweise an die mehr handgreiflichen Dinge.

Da ist zunächst die Behandlung der Rolle von Marx und Engels für die Geschichte der Wirtschaftsgeschichte. „Von der Hegelschen Geschichtsphilosophie ausgehend und stärkstens durch den westeuropäischen Sozialismus angeregt, entwickelte Marx seine Lehre, die, auf dem historischen Materialismus basierend, die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in den Mittelpunkt aller historischen Forschung rückte, sie dabei allerdings ganz einseitig der ‚marxistischen‘ Systematik und Dialektik unterwarf. Zu ähnlichen Schlüssen wie Marx kam Friedrich Engels. Vom historischen Materialismus dieser Männer gingen zweifellos wichtige Anregungen aus, ja es wurde zeitweilig zu einer Modesache, das bisherige Geschichtsbild entsprechend der Marx'schen Theorie vom ‚sozialökonomischen Unterbau‘ zu revidieren, gleichzeitig hemmte die in der marxistischen Theorie liegende Tendenz zur Übersteigerung des wirtschaftlichen Naturalismus und zur Subjektivierung wissenschaftlicher Feststellungen im Dienste politischer Bestrebungen den Fortgang sachlich betonter wirtschaftsgeschichtlicher Forschung, ja diskreditierte diejenigen, die sich damit beschäftigten.“

Es wäre müßig, diese Mischung von falschen, halbweisen und auf Unkenntnis beruhenden Behauptungen zum Gegenstand einer ins einzelne gehenden und damit notwendigerweise umfangreichen Widerlegung zu machen. Hier werden nicht die zahlreichen, bisher nicht übertroffenen wirtschaftshistorischen Arbeiten von Marx und Engels – von denen es zweifelhaft ist, ob eine oder die andere dem Verfasser überhaupt bekannt ist – in ihren wissenschaftlichen Ergebnissen kritisch behandelt, sondern der Angriff richtet sich gegen den Marxismus und seine Methode. Diese Kritik gipfelt zunächst in der Feststellung, daß die marxistische Lehre forderte, Wirtschaftsgeschichte „einseitig“ auf der von ihr geschaffenen geschichtsphilosophischen Grundlage zu treiben. Das ist allerdings ein merkwürdig anmutender Vorwurf. Daß ein philosophisches System die Meinung vertritt und durchzusetzen versucht, seine Geschichtsauffassung und methodischen Grundsätze müßten in der historischen Forschung Anwendung finden, ist von jeher eine Selbstverständlichkeit gewesen, die man eigentlich gar nicht zu erwähnen brauchte. Eine bestimmte geschichtsphilosophische Auffassung und die ihr adäquaten Methoden als richtig zu akzeptieren, sie aber dann in der Praxis nicht konsequent („einseitig“) anzuwenden, hieße einem unfruchtbaren Eklektizismus, wenn nicht Schlimmerem, zu verfallen. Der zweite Vorwurf läuft darauf hinaus, daß der Marxismus, entsprechend einer ihm innewohnenden Tendenz, dazu führt, daß wissenschaftliche Erkenntnisse von subjektiven Erwägungen beeinflußt und in den Dienst politischer Bestrebungen gestellt werden. Der Marxismus war seit seiner Geburtsstunde die Theorie der um ihre Emanzipation kämpfenden Arbeiterklasse und hat niemals versucht, sich mit dem Schein jener falschen Objektivität, die eine „neutrale“ oder auch „sachlich betonte“ Wissenschaft vortäuscht, zu umgeben. Jede Erkenntnis auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften – auch der Geschichte und Wirtschaftsgeschichte – enthält eine politische Aussage und kann „im Dienste politischer Bestrebungen“ verwendet werden. Ob und in welchem Maße sie es wird, hängt lediglich von ihrer Bedeutung für die praktische Politik ab. Dafür bietet die zeitgenössische westdeutsche Historiographie nicht nur genügend Beispiele, sondern sie ist in ihrer Gesamtheit genommen eine sprechende Illustration. Die Tendenz, politischen Zielen nutzbar gemacht zu werden, wohnt daher allen sozialwissenschaftlichen Disziplinen inne und ist kein besonderes Charakteristikum der auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus betriebenen Forschung, sei es auf dem Gebiete der Wirtschaftsgeschichte oder auf dem anderer Zweige der Wissenschaft.

Die andere Frage ist allerdings, ob die wissenschaftlichen Erkenntnisse durch vorgegebene politische Zielsetzungen beeinflußt oder in ihrem Dienste verfälscht werden. Der in dieser Hinsicht gegen den Marxismus versteckt vorgebrachte Vorwurf ist wohl nach dem Motto: „Der Dieb schreit, haltet den Dieb“ zu werten. Sowohl der Gang der Geschichte, wie auch die durch historische Forschungen erworbenen Kenntnisse haben immer wieder die grundsätzliche Richtigkeit der marxistischen Theorie und Methode erwiesen und sie als zuverlässiges wissenschaftliches Instrument zur Interpretation des Fortschritts der menschlichen Gesellschaft erwiesen, so daß marxistische Historiker nicht in die Verlegenheit kommen, ihrem wissenschaftlichen Gewissen Zwang antun zu müssen, um die Realität mit der sie leitenden Theorie und Methode in Übereinstimmung zu bringen. Wir werden allerdings gleich an einigen konkreten Fällen sehen, wie es sich mit der „Subjektivierung wissenschaftlicher Feststellungen“ in dem Artikel

„Wirtschaftsgeschichte“ im „Handwörterbuch“ verhält, wobei die angeführten Beispiele beliebig vervielfacht werden könnten.

So findet sich auf S. 137 über die wirtschaftshistorischen Lehr- und Forschungseinrichtungen der DDR lediglich folgender Satz: „In Mitteldeutschland gibt es an der Universität Halle ein ‚Institut für Wirtschaftsgeschichte‘ und an der ‚Deutschen Akademie für Wissenschaften‘ in Ost-Berlin eine Abteilung Wirtschaftsgeschichte.“ Es liegt uns fern, uns in eine Polemik über die Verzerrung wissenschaftlicher, in diesem Fall geographischer, Begriffe im Dienste der Politik einzulassen, die in dem Gebrauch des Wortes „Mitteldeutschland“ für den Raum zwischen Erzgebirge und Ostsee liegt, noch wollen wir mehr als nur anmerken, daß es in Berlin keine „Akademie für Wissenschaften“, sondern nur eine solche „der Wissenschaften“ gibt. Viel interessanter ist doch die Reduzierung der wirtschaftshistorischen Institutionen der DDR auf die beiden angeführten. Ein Blick in eines der üblichen primitiven Hilfsmittel (zum Beispiel Vorlesungsverzeichnisse der Hochschulen der DDR) zeigt, daß an den Universitäten Berlin und Leipzig und an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlsborst gleichartige Institute, außerdem aber Institute, Seminare oder Lehrstühle, die sich mit Teilgebieten der Wirtschaftsgeschichte (Verkehrsgeschichte, Geschichte des Bergbaus usw.) befassen, an einer Reihe anderer Hochschulen bestehen. Da man die Unterstellung, es handele sich hier um eine bedauerliche Nachlässigkeit, angesichts der vielfach spürbaren Akribie (so zum Beispiel in dem vorangehenden Absatz über die entsprechenden westdeutschen Hochschuleinrichtungen) weit von sich weisen muß, so bleibt nur die Deutung, daß die „sachlich betonte“ Wirtschaftsgeschichte hier sehr unsachlich, und zwar aus politischen Motiven, geworden ist.

Blättern wir etwas weiter. Daß man für die Zeit nach 1945 eine den Geschehnissen in Deutschland auch nur im entferntesten gerechtwerdende Darstellung finden würde, schien nach dem Geist, der dem Leser aus vielen der vorangehenden sechzig Seiten entgegenweht, im höchsten Grade unwahrscheinlich. Daß sich aber dort Sätze finden, wie: „In der sowjetischen Besatzungszone wurde sehr schnell das sowjetische Wirtschaftssystem eingeführt, ohne den Willen der Bevölkerung zu berücksichtigen, d. h. das Privateigentum im Bereiche der Wirtschaft wurde beseitigt . . .“, die schon mehr der Manier des Goebbelsschen Angriffs entsprechen und nichts von „sachlicher Betontheit“ zeigen, kommt trotz allem etwas unerwartet. Es erscheint uns müßig und wenig lohnend, den Beweis dafür zu führen, daß in der sowjetischen Besatzungszone nicht das sowjetische Wirtschaftssystem sehr schnell eingeführt wurde, sondern daß mit der Gründung der DDR der Aufbau der Wirtschaft in Angriff genommen wurde nach jenen Grundsätzen, wie sie sich aus den Lehren von Marx, Engels und Lenin unterschiedslos für jedes Land ergeben, das die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft anstrebt. Wir wollen uns auch hier nicht damit aufhalten, anhand statistischer Unterlagen zu zeigen, wie sehr im Gegensatz zu den Tatsachen die Behauptung steht, „das Privateigentum im Bereiche der Wirtschaft“ (was immer dieser verschwommene Ausdruck bedeuten mag) sei „beseitigt“ worden, und das noch dazu „sehr schnell“. Vielmehr geht es uns um die Behauptung, daß die beschlossenen Maßnahmen durchgeführt wurden, „ohne den Willen der Bevölkerung zu berücksichtigen“. Es kann doch einem in Westdeutschland angesehenen Historiker nicht unbekannt sein, daß die Enteignungsmaßnahmen auf Grund eines Volksentscheidens eingeleitet wurden, der im Juni 1946 in dem größten und industriereichsten

Land der Sowjetischen Besatzungszone, in Sachsen, durchgeführt wurde und eine Mehrheit von 77,62 Prozent für die Enteignung erbrachte. Beschlüsse der nach dem Verfahren der Weimarer Republik gewählten Landtage haben dann die Enteignung von Betrieben bestimmter Kategorien in den anderen Ländern herbeigeführt. Selbst bundesdeutsche Kritiker, die die Demokratie für sich gepachtet haben und sich anmaßen, außereuropäischen Staaten Zensuren für demokratisches Verhalten zu erteilen, haben das demokratische Verfahren bei der Fassung dieser Beschlüsse und deren Rechtmäßigkeit nicht bezweifelt. Die Behauptung, die Enteignung von Betrieben in der sowjetischen Besatzungszone sei im Gegensatz zum Willen der Mehrheit des Volkes erfolgt, ist daher nicht mehr und nicht weniger als eine glatte Unwahrheit.

Vielleicht ist an dieser Stelle eine Gegenfrage angebracht. Warum wohl wird die Vergewaltigung des nach den parlamentarisch-demokratischen Regeln so eindeutig durch die Landtagsbeschlüsse von Nordrhein-Westfalen und Hessen zum Ausdruck gebrachten Volkswillens auf Überführung der Betriebe bestimmter Industriezweige in öffentliches Eigentum so schamhaft verschwiegen? Doch wohl, weil der Wille des Volkes für patentierte bundesdeutsche Demokraten und Streiter für abendländische Kultur nur so lange akzeptabel ist, als er sich nicht gegen „das Eigentum, des sittlichen Staats Palladium“ kehrt. Wenn aber umgekehrt eine demokratisch gewählte Körperschaft auf gesetzlichem Wege Veränderungen der Eigentumsverhältnisse durchführen will, so tut sie das offenbar unter Mißachtung des Volkswillens, was, sofern es sich um die DDR handelt, entsprechend angeprangert werden muß, sofern es aber Westdeutschland betrifft, zunächst zu unterdrücken und dann zu verschweigen ist.

Haben wir uns bis jetzt mit den gröberen und handgreiflicheren Beispielen für die weitgehend vorhandene antikommunistische und antisowjetische Grundtendenz des Artikels beschäftigt, so sei abschließend dazu nur noch darauf verwiesen, daß sich damit nicht das antikommunistische Arsenal erschöpft. Auf S. 137 findet sich der Satz: „Die Staaten mit kommunistischer Regierung zeigen ein starkes wirtschaftsgeschichtliches Interesse, jedoch in der Weise, daß die allgemeine, politische Geschichte vornehmlich unter wirtschafts- und sozialhistorischen Aspekten betrieben wird (Marxismus-Leninismus-Stalinismus).“ Das kryptische Einschiesel am Schluß des Zitates zu deuten, bleibt der Phantasie des Lesers überlassen, sofern er es für wert hält, Gedanken dafür zu verwenden. Der Satz, ohne diesen Appendix genommen, läuft darauf hinaus, daß es eine Wirtschaftsgeschichte als abgesonderte Disziplin in den sozialistischen Ländern nicht gibt, sie aber die Darstellung der politischen Geschichte beherrscht. Was die letztere Behauptung anbetrifft, so zeigt eine flüchtige Durchsicht auch nur der in deutscher Übersetzung vorliegenden historischen Werke die Unrichtigkeit dieser frei erfundenen Behauptung. Die geradezu absurde Leugnung der Existenz selbständiger wirtschaftshistorischer Arbeit in den sozialistischen Ländern soll offensichtlich nicht nur den Eindruck wissenschaftlicher Sterilität vermitteln, sondern auch gleichzeitig die Begründung dafür liefern, warum auf den etwa sechzig Seiten nicht in einem einzigen Fall die wirtschaftshistorischen Arbeiten marxistischer Gelehrter Erwähnung finden. Weder im Text noch im Literaturverzeichnis findet man eine Spur von den viel zitierten und weit anerkannten Werken Kuczynskis und Kosminskis, die in mehrere Sprachen übersetzt sind, oder von den bedeutenden Arbeiten polnischer Wirtschaftshistoriker. Daß dem

in einem Nachschlagewerk Information suchenden Leser so die Bedeutungslosigkeit wirtschaftshistorischer Arbeit im sozialistischen Bereich mitgeteilt wird, ist nur die eine Seite. Die andere, mindestens ebenso ernst zu nehmende, ist die, daß der Glaube an die Impotenz sozialwissenschaftlicher und damit auch wirtschaftshistorischer Forschung in den sozialistischen Ländern eine zwar mit der Realität in keiner Beziehung stehende, nichts destoweniger aber weit verbreitete und beinahe als Axiom akzeptierte Überzeugung in der westdeutschen wissenschaftlichen Welt ist. Auf dem Gebiet der Naturwissenschaft ist man schon seit geraumer Zeit aus diesem Traum der Selbsttäuschung unsanft aufgeschreckt worden. Auf dem Gebiet sozialwissenschaftlicher Forschung aber wiegt man sich weiter in den selbstgefälligen Illusionen von der Überlegenheit der Länder des Kapitalismus, im besonderen Westdeutschlands.

Daß dies der wissenschaftlichen Entwicklung nur zum Nachteil gereichen kann, liegt auf der Hand. Blinder Antikommunismus in der Politik ist sowohl Dummheit als auch Verbrechen an der Nation. In der Wissenschaft ist er nicht nur eine Sünde wider deren Geist, sondern bedeutet auch den Rückzug in Regionen geistiger Autarkie, wo man sich auf das beschränkt, was der eigene Bereich produziert. Und das ist manchmal überraschend dürftig.

Zur Darstellung der allgemeinen Wirtschaftsgeschichte
des Mittelalters und der Neuzeit
durch Michael Postan und Robert Mandrou

VON ROLF SONNEMANN

Die Darstellung ganzer Epochen der Menschheitsgeschichte in den Rahmen weniger Seiten zu bannen, wird immer ein Unterfangen sein, dem zwangsläufig diese oder jene Mängel anhaften müssen – auch wenn es sich nur um die Skizzierung der geschichtlichen Entwicklung einer bestimmten Seite der objektiven Realität bzw. der Theorien- und Ideengeschichte handelt. Andererseits ist es verständlich, daß ein Nachschlagewerk wie das hier zur Diskussion stehende „Handwörterbuch der Sozialwissenschaften“ der Erörterung des Stichwortes „Wirtschaftsgeschichte“ nicht mehr Raum geben kann. Gerade deshalb darf der Leser aber eine Klärung jener Prozesse und Probleme erwarten, die das Wesen des zu behandelnden Objektes ausmachen; anders ausgedrückt: Die Verfasser einer solchen Arbeit müssen die tausendfältigen Erscheinungen des Wirtschaftslebens, die im einzelnen zu beschreiben ihnen nicht möglich ist, auf den jeweiligen Generalnenner zurückführen. Hier beginnt jedoch schon die Schwierigkeit, denn das, was als Wesen einer Sache bezeichnet wird, ist abhängig von dem Standpunkt, von dem aus der Historiker urteilt. So wenig es einen wirklichen *l'art-pour-l'art*-Standpunkt in der Kunst gibt, so unmöglich ist es auch dem Gesellschaftswissenschaftler, vorurteilsfrei zu sein, denn „vor dem Urteil“ im Sinne des entgeltigen „über eine Sache Urteilens“ wird der Historiker sich philosophisch und methodologisch auszuweisen haben. Auch für die Wirtschaftshistoriographie ist es bedeutungsvoll, ob zum Beispiel den Ideen das Primat erteilt wird oder ob sie als letztlich abhängig von außerhalb des Bewußtseins liegenden Kategorien bezeichnet werden. Die Forderung, die Geschichte so darzustellen, „wie es sich zugetragen hat“, zu sagen, „was war und was ist“, oder – um das oft zitierte Wort zu gebrauchen – „sine ira et studio“ – dieses Postulat erweist sich doch immer nur als ein Mantel, unter dem sich unschwer die Kleidung eines Anhängers dieser oder jener „Schule“ abzeichnet. Jedem ernstzunehmenden bürgerlichen Wirtschaftstheoretiker sollte es aber eine Selbstverständlichkeit sein, sich seinem Forschungsobjekt insofern vorurteilsfrei zu nähern, als er die von der marxistischen Wirtschaftsgeschichte gewonnenen Erkenntnisse nicht einfach ignoriert oder abwertet, sondern zumindest in die Diskussion einbezieht. Wir werden später bei der kritischen Erörterung der von Friedrich Lütge behandelten deutschen Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts Beispiele dafür finden, daß die Ignoranz gegenüber der marxistischen wirtschaftshistorischen Forschung zu manchen Fehlurteilen führt. Damit ist einer der Aspekte betont, unter dem wir die Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit kritisch beleuchten wollen.

Der Leser wird ferner die Forderung stellen dürfen, daß die Verfasser, deren Einzelarbeiten doch insgesamt einen geschlossenen historischen Abriß der Wirtschaftsentwicklung darbieten sollen, nach einem einheitlichen Plan verfahren, sich gewissermaßen bemühen, dem interessierten Laien – denn der professionelle Wirtschaftshistoriker wird auf andere Kompendien zurückgreifen – einen roten Faden in die Hand zu geben, der ihn die Bedeutung der Fakten leichter erkennen läßt. Damit wird nichts Unbilliges gefordert, weil die Erfahrung lehrt, daß die Persönlichkeit des Wissenschaftlers nicht dadurch aufgehoben wird, daß er sich den Leitgedanken eines Kollektivs unterordnet.

Schließlich sollten die Autoren dem Leser das Studium der von ihnen erörterten Probleme dadurch erleichtern, daß sie die Zäsuren dort ansetzen, wo die Geschichte sie selbst hinterlassen hat, und nicht nach eigener Willkür verfahren. Diese Forderung zu erfüllen heißt jedoch, historische Gesetzmäßigkeiten anzuerkennen, und da sind wir wieder bei einem Punkt angelangt, dessen Problematik weiter oben schon apostrophiert wurde.

Wir wissen nicht, ob Herausgeber und Redaktion den Autoren volle Freiheit bezüglich der Anlage ihrer Beiträge gelassen oder sie aufgefordert haben, gewisse allgemeine Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Wie dem auch sei, die Kritik muß zunächst feststellen, daß von einer einheitlichen Anlage jener Artikel, die wir verschiedener Gründe wegen in den Mittelpunkt unserer kritischen Betrachtungen stellen wollen, nicht die Rede sein kann.

So beginnt Michael M. Postan den Abschnitt „Mittelalter“ zunächst problematisch, gleichsam diskussionsfreudig; er erläutert dem Leser sodann seinen Standpunkt und schließlich stellt er den Extrakt – nach Problemen geordnet – chronologisch dar. Dabei geht er – wie schon G. Bondi positiv hervorhob – von der Feststellung aus, „daß nicht der Handel, sondern die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, vor allem die materielle Basis des Zeitalters . . . das grundlegende Problem bilden“ (S. 158). Dagegen verliert sich Robert Mandrou, der Verfasser des Abschnitts „Neuzeit – Allgemeine Entwicklung“, auf vier Seiten seiner insgesamt zehn Seiten umfassenden Abhandlung in theoretische Betrachtungen, die er als „kritischen Überblick“ gewertet wissen will, von denen wir jedoch meinen, daß sie mehr irritieren, als Wege zur Lösung bestimmter Probleme weisen. Da G. Bondi diese Passagen bereits kritisiert hat, dürfen wir auf weitere Analysen verzichten. Jedoch sollen diejenigen Abschnitte in Mandrous Kapitel, die sich an „Einleitung“ und „Maßstäbe und Methoden“ anschließen, weiter unten mit Aufmerksamkeit untersucht werden. Wiederum anders verfährt Friedrich Lütge, aus dessen Feder die Darstellung des letzten Beitrages „Neuzeit: Deutsche Wirtschaftsgeschichte“ stammt. Die chronologische Anlage des Beitrages ist dem Leser gewiß willkommen. Lütge verwendet jedoch schon in den Überschriften der einzelnen Absätze Begriffe, die der Einheitlichkeit entbehren und die zumeist wenig aussagekräftig oder direkt falsch sind. Beschreibend in der Form, apologetisch dem Wesen nach, so läßt sich Lütges Beitrag in aller Kürze definieren.

Allen Verfassern aber ist gemeinsam, daß sie den Studierenden im unklaren lassen über die Begrenzung historischer Perioden oder daß sie Zäsuren setzen, die einfach nicht kritiklos hingenommen werden können.

Folgen wir der Darstellung im einzelnen. So vorteilhaft sich bei Postan die Betonung der Produktionssphäre, der „materiellen Basis“, von Darstellungen anderer

bürgerlicher Wirtschaftshistoriker abhebt, die immer noch den Erscheinungen der Zirkulation ihr Hauptaugenmerk schenken, obwohl schon die klassische bürgerliche Ökonomie dem theoretischen System des Merkantilismus die Grundlage entzogen hat, so sehr ist er andererseits in Begriffen befangen, die ihm ein tieferes Eindringen in das Wesen der feudalen Produktionsweise verwehren. Das „für die bürgerliche Geschichtsschreibung charakteristische Fehlen einer wahrhaft wissenschaftlichen Methodologie“¹ macht sich auch bei Postan als großes Hemmnis bemerkbar. Zwar ist es richtig, bei Darstellungen der politischen Geschichte oder der Gesamtgeschichte jenen Terminus zu verwenden, den italienische humanistische Gelehrte des 15. und 16. Jahrhunderts einführten, um die Epoche zwischen Antike und der damals anbrechenden Neuzeit abzugrenzen. Der Terminus „Mittelalter“ erweist sich jedoch als ungenau, wenn es gilt, die *Wirtschaftsgeschichte* zu interpretieren und zu periodisieren. Da die bürgerliche Historiographie den Begriff „Feudalismus“ zwar verwendet, ihm aber nicht all jene Merkmale zuerkennen will, die sein Wesen ausmachen, gelangt sie weder zu einer klaren Zäsur noch überhaupt zur Bestimmung des Wesensinhalts des Mittelalters. Wenn Postan zunächst auf die Meinungsverschiedenheiten zu sprechen kommt, in deren Mittelpunkt das Problem stand, ob zwischen dem antiken Rom und dem Mittelalter ein vollkommener Bruch bestehe oder nicht (S. 158), und wenn er die Frage stellt, „ob diese Auseinandersetzung im Zusammenhang mit den grundlegenden Problemen der Wirtschaft dieses Zeitalters überhaupt von Belang ist“ (S. 158), dann spürt man, daß er auf dem richtigen Wege ist, um das Wesen der neuen Gesellschaftsordnung zu bestimmen und davon ausgehend die Grenze zwischen Altertum und Mittelalter, Sklavenhalterordnung und Feudalismus zu ziehen. Würde Postan der marxistischen Auffassung folgen, „daß ein Einschnitt, eine Zäsur dort gelegt wird, wo sich neue historische Erscheinungen besonders verdichten und auf den weiteren Gang der Geschichte bestimmenden Einfluß gewinnen . . .“² Dabei sind neue Erscheinungen in der Produktionsweise der materiellen Güter und die Veränderungen im Klassenkampf ausschlaggebend . . .² so würde es ihm leichter fallen, jene Momente herauszufinden, die für die Grenzziehung zwischen der Antike und dem Mittelalter bestimmend sind. So aber verbleibt er im Bereich des Beschreibens, und der Leser muß sich mit der Feststellung zufriedengeben, daß dem „offiziellen Zusammenbruch des Imperiums“ (S. 159) fünf oder sechs Jahrhunderte einer beträchtlichen Expansion folgten, in denen landwirtschaftliche Besiedlung und Landbevölkerung zunahmen und in denen „sich die alten städtischen Mittelpunkte vergrößerten und neue Städte entstanden“ (S. 159).

Urbarmachung und Besiedelung neuer Räume, Technik und Organisation der Landwirtschaft, relative Überbevölkerung und daraus sich ableitende Folgen – Besiedlung der schlechteren Böden, Trockenlegung von Mooren und Sümpfen, Abwanderung großer Teile der Landbevölkerung in die Städte – das sind die Stichworte, deren Erklärung sich Postan sodann zuwendet. Dabei begegnen uns freilich Begriffe, die die schon von G. Bondi kritisierte Methode kennzeichnen, der Neuzeit angehörende Phänomene ins Früh- und Hochmittelalter zu verlagern. Denn selbstverständlich kann weder von einer „Industrialisierung“ der Gesellschaft

¹ Kosminski, I. A., *Skaskin, S. D.* (u. a.), *Geschichte des Mittelalters*, Bd 1, Berlin 1958, S. XXIII.

² Stern, Leo, *Bartmuß, Hans-Joachim*, *Deutschland vom 6. bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts*, Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge), Berlin 1963, S. 5.

im 11. oder 12. Jahrhundert die Rede sein, noch kann man von einem Anwachsen des „Dorfproletariats“ im gleichen Zeitraum sprechen, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, Eigenarten bzw. charakteristische Prozesse der kapitalistischen Produktionsweise aus ihrer sachlichen und zeitlichen Gebundenheit herauszureißen und in Epochen zu verlagern, denen solche Erscheinungen naturgemäß fremd sein müssen. Welchen Sinn sollte denn die industrielle Revolution des 18./19. Jahrhunderts haben, wenn die ihr eigenen Probleme schon ein halbes Jahrtausend früher zur Lösung drängten oder wenn, wie Postan es ausdrückt, sich „die Gesellschaften . . . in einem hohen Grade industrialisierten“ (S. 161)? Natürlich wird Postan hier unter Industrialisierung nicht das verstehen, was den Wesensgehalt dieses neuzeitlichen Begriffes ausmacht, sondern er wird die zunehmende Trennung des Handwerks von der Landwirtschaft und dessen Verselbständigung in den Städten meinen; aber die gewerbliche Entwicklung in der Frühzeit und der Blütezeit des Feudalismus ist nun einmal keine „Industrialisierung der Gesellschaften“. Liest man jedoch den im folgenden zitierten letzten Absatz seines Beitrages, so muß man sich ernsthaft fragen, ob Postan nicht tatsächlich vollkommen irrigen Vorstellungen vom Wesen und von der zeitlichen Einordnung der industriellen Revolution unterliegt. Postan schreibt mit Bezug auf den Kapitalmangel des mittelalterlichen Handels und der „Industrie“ des 13./14. Jahrhunderts: „Vielleicht ist darin einer der Gründe zu sehen, weshalb sich eine industrielle Revolution im 13. Jahrhundert in Europa trotz einer unterbeschäftigten Landbevölkerung, einem blühenden Handel und einem gedeihenden Gewerbe nicht vollziehen konnte und nicht vollzog“ (S. 166). Welche Gründe es auch immer sein mögen, die Postan und andere Wirtschaftshistoriker daran hindern, sich einer Terminologie zu bedienen, die den Spezifika wirtschaftlicher Entwicklungen gerecht wird – diese in der minutiösen Einzelforschung hin und wieder mit aller Akribie arbeitenden Wissenschaftler werden es sich gefallen lassen müssen, wenn sie hier der Willkür beim Operieren mit wichtigen Begriffen gezogen werden.

Wenn Postan aber schreibt: „Der gewaltige Prozeß der deutschen Kolonisierung des slawischen Ostens – so die Besiedlung der sorbischen Gebiete . . . – all das waren wirtschaftliche und politische Prozesse, die für eine Überbevölkerung des Landes bezeichnend sind“ (S. 161), dann nähert er sich bedenklich der sattsam bekannten „Volk ohne Raum“-Theorie, die rein demagogischen, apologetischen Zielen diene. Daß die Eroberung und Kolonisierung der Gebiete östlich von Elbe und Saale nicht ausschließlich und nicht einmal in erster Linie durch „Überbevölkerung“ verursacht wurde, ist von der Geschichtswissenschaft hinlänglich bewiesen. Es mag genügen, in diesem Zusammenhang auf die Arbeit von Epperlein³ zu verweisen, dessen Forschungsergebnisse mit denen anderer Mediävisten im „Lehrbuch der Deutschen Geschichte“ zusammengefaßt werden: „Nicht der fehlende ‚Lebensraum‘, sondern ihre Situation im Klassenkampf veranlaßte die Bauern, Land zu suchen, das ihnen bessere Existenzgrundlagen bot, und sie nahmen es, wo ihnen die günstigsten Bedingungen zugesagt wurden.“⁴

3 Epperlein, Siegfried, Bauernbedrückung und Bauernwiderstand im hohen Mittelalter, Berlin 1960 = Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte, Bd 6.

4 Stern, Leo, Gericke, Horst, Deutschland von der Mitte des 11. bis zur Mitte des 13. Jh. Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge), Berlin 1964, S. 182.

In diesem Abschnitt wie auch in den folgenden Darlegungen Postans suchen wir vergeblich nach einer Charakteristik der feudalen Produktionsverhältnisse. Zwar kommt Postan immer wieder auf die Produktion zu sprechen, wenn er sich Erscheinungen der Zirkulationssphäre zuwendet (S. 161, 163), aber wer denn nun eigentlich die produktiven Klassen und Schichten in dieser Zeit waren, in welchem Verhältnis sie zueinander und zum Feudaladel standen, welche Abgaben sie an wen zu leisten hatten – all das bleibt ungesagt. Auch in dem entscheidenden Abschnitt „Wachstum und Stagnation“, dessen Überschrift die Klärung einiger Grundprobleme erhoffen läßt, bleibt Postan wieder in der Erörterung zweit- und dritrangiger Fragen stecken. Der Hinweis auf S. 165: „Im großen und ganzen wurde das Land des Bauern durch das System des feudalen Grundbesitzes dort, wo es vorherrschte, so sehr belastet, daß es den Bauern unmöglich war, Kapital anzusammeln oder es gewinnbringend anzulegen“, hätte nun weitergeführt und im einzelnen begründet werden müssen. Mit der Feststellung, daß „die Abgaben an den Grundbesitzer über ein Drittel und häufig die Hälfte des Gesamtbodenertrages“ ausmachten (S. 165), ist es nicht getan. Auch der Hinweis auf „die Auffassungen und die Lebensweise des Feudaladels selbst“ (S. 165), die Charakteristik des typischen Grundbesitzers als eines verschwenderischen Adligen – all das dringt nicht bis zum Kern der Sache vor. Als ganz typisch für die Art und Weise der Darlegungen Postans erscheint uns folgende Passage, die wir deshalb ausführlich zitieren wollen: „Ähnlich negativ wirkten sich die Veränderungen in der Organisation der großen Besitzungen auf die landwirtschaftliche Investition aus. Solange sich der Feudalbesitz hauptsächlich aus Gütern zusammensetzte und große Fronhöfe umfaßte, die von dem Grundherrn oder seinem Verwalter selbst bewirtschaftet wurden, waren Investitionen zur Erhöhung der Rentabilität von unmittelbarem Interesse für den Grundherrn. Als sich dann aber im Laufe des 12. Jh. und später die Fronhöfe auflösten und der Feudalbesitz in Grundherrschaften umgewandelt wurde, d. h. in bloße Pacht-komplexe, überließ es der Grundherr manchmal seinen Pächtern, die Ertragsfähigkeit des Bodens und das Anlagekapital zu erhalten. Aber gerade das fiel . . . dem kleinen Pächter oft sehr schwer“ (S. 165). Warum lösten sich die Villikationen auf? Welche Rolle spielten dabei die Ware-Geld-Beziehungen? Worin liegt die Bedeutung der die Arbeits- und Produktenrente mehr und mehr verdrängenden Geldrente? Das sind nur einige der Fragen, die auch in einer Übersichtsdarstellung nicht unbeantwortet bleiben dürfen.

Und so sehen wir uns denn plötzlich, ohne die entscheidenden Antworten erhalten zu haben, am Schluß des Kapitels „Mittelalter“, wobei man Postans Auffassung vom Ende dieser Periode Sätzen entnehmen muß, die gar nicht dem Zwecke einer Aufhellung dieses Problems dienen sollen. Den einzigen Anhaltspunkt bietet folgender Satz: „Zweifellos gehören die Darstellung des Rückganges und der damit verbundenen Probleme in die sich anschließende Periode der Wirtschaftsgeschichte; es ist jedoch wichtig, auf das Ausmaß hinzuweisen, in dem die rückläufigen Bewegungen des 14. und 15. Jh. bereits in diesem Zeitraum vorbereitet oder vorweggenommen wurden“ (S. 164). Tatsächlich geht Postan auch in seiner Darstellung nicht über das 13. Jahrhundert hinaus, während Mandrou als Autor des folgenden Abschnitts das 14. Jahrhundert und einen Teil des 15. Jahrhunderts ebenfalls unberücksichtigt läßt.⁵

⁵ Da wir später auf die Fragen der Periodisierung noch einmal zurückkommen werden, darf hier auf eine Auseinandersetzung mit diesem Problem verzichtet werden.

Mandrou grenzt sein Vorhaben, die „Allgemeine Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit“ zu umreißen, insofern ab, als er schreibt: „Indessen hat dieser Aufsatz weder den Bericht über die verschiedenen wirtschaftlichen Entwicklungen noch die Beschreibung des Aufstiegs der Städte zum Inhalt; denn das, was die Einheitlichkeit dieser Epoche vom Anfang des 15. Jahrhunderts an ausmacht, ist das Bestehen einer gewissen Zahl von wirtschaftlichen Grundzügen, die den vom Handel bestimmten Kapitalismus während seiner ganzen Entfaltung kennzeichnen“ (S. 167). Fügen wir dieser Feststellung einen weiteren Satz an, mit dem Mandrou seine Darstellung einleitet, so haben wir bereits das Resumé seiner Ansichten vor uns: „Vom 15. bis zum 19. Jh., vom Aufstieg des Handelskapitalismus bis zur ersten industriellen Revolution, die durch die Entwicklung der Dampfmaschine charakterisiert ist, ist die Wirtschaftsgeschichte Westeuropas bereits hinlänglich bekannt: die Steigerung des Warenaustausches zwischen Italien und dem Nordeuropa Flanderns und der Hanse, die Verbreitung der italienischen Geschäftsmethoden, . . . im 16. Jh. die plötzliche Erschließung des amerikanischen Kontinents . . . das Entstehen einer nahezu 150 Jahre währenden Raubwirtschaft. Daran schließen sich an ab Mitte des 17. Jh. die Entfaltung des Merkantilismus, die Neuerungen vor allem in der Textilindustrie des 18. Jh. . . ; endlich die schwunglose Wirtschaftsentwicklung der Jahre 1817 bis 1850, die schon unter dem Zeichen der technischen Umwälzungen der industriellen Revolution stand und diesen Rückblick auf die historischen Fakten abschließt“ (S. 166/167). In seinen Auffassungen über den „vom Handel bestimmten Kapitalismus“ begegnen wir dem Grundirrtum des Verfassers. Natürlich war das Handelskapital über Jahrhunderte hinweg die vorherrschende Form des Kapitals. Indes scheint uns, daß Mandrou darüber folgendes vergißt: Das Handels- oder Kaufmannskapital bildet nicht nur die historische Voraussetzung für die später volle Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise, es war auch nicht nur der große Kapitalsammler, sondern es hat sich die alten Produktionsformen nach und nach unterworfen, sie umgestaltet und den neuen Bedingungen angepaßt. Doch trotz dieser wichtigen ökonomisch-historischen Funktionen war das Handelskapital allein nicht in der Lage, den sich über Jahrhunderte hinziehenden Prozeß des Übergangs von der feudalen zur modernen kapitalistischen Produktionsweise zu bewerkstelligen. Entscheidend waren jene durch die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals ausgelöst und – bis in das 19. Jahrhundert hinein – immer wieder von neuem bestimmten Prozesse, an denen das Handelskapital zwar beteiligt, für die es aber allein nicht verantwortlich zeichnet. Die neue Epoche gegenüber der alten abzugrenzen heißt vor allem die grundsätzlich neue Art des Produzierens, die Anwendung neuer Produktionsinstrumente, neuer Verfahren hervorzuheben, die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu demonstrieren. Vor allem aber trat eine Revolution in den Produktionsverhältnissen ein, die vom Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Bourgeoisie und Proletariat bestimmt wurden und noch werden.

Wenn Mandrou aber mit der eben kritisierten Formulierung die Zeit der Herrschaft des Handelskapitals meinen sollte, dann befindet er sich wiederum insofern im Irrtum, als zumindest das 19. Jahrhundert schon nicht mehr durch die Prädominanz des Handelskapitals charakterisiert, sondern bereits eindeutig durch die Existenz von Manufakturen und industriellen Unternehmungen bestimmt ist.

Was soll der Leser überhaupt mit einer solchen Aufzählung wirtschaftlicher Daten und Prozesse anfangen? Wichtiges steht neben Unwichtigem, bedeutungsvolle Etappen der kapitalistischen Entwicklung werden in einem Atemzug mit relativ nebensächlichen Erscheinungen abgehandelt. Ist „die Verbreitung der italienischen Geschäftsmethoden“ ein so wesentliches Element im Prozeß der Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise, daß es in dieser Übersichts-skizze, von der man erwarten darf, daß sie mit knappen Strichen die Grundzüge der neuen Wirtschaftsordnung zeichnet, Erwähnung finden muß? Doch sicher nicht.

Die Kritik kann es mit der Feststellung dieses allgemeinen Mangels nicht bewenden lassen. Auch die Charakterisierung mancher Teilprozesse der wirtschaftlichen Entwicklung der Neuzeit ist nicht stichhaltig. War die Entwicklung der Dampfmaschine das entscheidende Charakteristikum der industriellen Revolution? Selbst wenn wir uns der Auffassung anschließen, daß die industrielle Revolution in ihrem Wesen durch technische Merkmale bestimmt wurde, dann bliebe doch immer noch zu konstatieren, daß es erste primitive Dampfmaschinen bereits lange vor Beginn der industriellen Umwälzung gegeben hat. Die Wattsche Dampfmaschine konnte ihren Siegeszug schließlich nur deshalb antreten, weil inzwischen die entscheidende Maschinerie des industriellen Kapitalismus, die Arbeits- oder Werkzeugmaschine, in den Produktionsprozeß eingedrungen war. Die wachsenden Dimensionen der Arbeitsmaschinerie bedurften nun einer neuen Antriebskraft, um ihre Funktionen erfüllen zu können.

Man wird sich der Ankündigung Mandrous erinnern, er wolle den wirtschaftlichen Grundzügen folgen, um „die Einheitlichkeit dieser Epoche vom Anfang des 15. Jh. an“ (S. 167) zu demonstrieren. So weit, so gut. Wir glauben indes nicht, daß die von Mandrou getroffene Problemauswahl dieser Aufgabe gerecht wird. Abgesehen von dem Abschnitt „Maßstäbe und Methoden“, mit dem sich Bondi bereits kritisch auseinandergesetzt hat, bieten die folgenden Abschnitte „Strukturen“ und „Aufschwung und Krisen, Trend und kurzfristige Konjunktur“ wenig, was einer Aufhellung der großen Entwicklungslinien dienen könnte. Nehmen wir zum Beispiel den letztgenannten Abschnitt. Mandrou will in ihm zunächst die „zeitliche Abfolge der langfristigen Bewegungen“ (S. 174) verfolgen. Trotz seines Eingeständnisses: „Sicherlich ist die Geschichte der Preise . . . nicht das beste ‚Barometer‘ des wirtschaftlichen Fortschritts . . . Selbst wenn die Geschichte der Preise durch die Geschichte des Handelsverkehrs gestützt wird, bleibt sie unvollkommen“ (S. 175/176), tut Mandrou im Grunde genommen nichts anderes, als sich mit eben dieser Geschichte der Preise zu beschäftigen. Zwar stellt er den Preisen dann die Ernteschwankungen gegenüber, von denen er sagt, daß „deren Einfluß auf das Wirtschaftsleben genauso wichtig scheint wie z. B. die Schwankungen des Wechselkurses an der Antwerpener Börse“ (S. 175), aber im letzten Absatz, der mit der Feststellung beginnt: „Immerhin vollzieht sich bei dem gegenwärtigen Stand der Forschung eine Art von Klassifizierung der wirtschaftlichen Triebkräfte“ (S. 176), folgt dann erneut der Schluß: „Danach beleben die den Weltmarkt beherrschenden monetären Schwankungen, also Menge und Geschwindigkeit des Umlaufs, die langfristigen Konjunkturen. Diese säkularen Bewegungen haben in gewissem Maße den Rhythmus des Aufstiegs des europäischen Kapitalismus bestimmt“ (S. 176).

So sieht sich denn der Leser vor die Tatsache gestellt, kaum einen Schritt bei

dem Bemühen vorangekommen zu sein, die entscheidenden ökonomischen Triebkräfte für die Entwicklung des (europäischen) Kapitalismus zu erfahren. Schließlich stellen wir mit Verwunderung fest, daß – obwohl uns die Überschrift „Neuzeit“ auch eine Behandlung der Wirtschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert zu erkennen gibt – weder von einem Übergang zum Imperialismus noch vom Imperialismus selbst die Rede ist.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, daß Postan und Mandrou sich bemühen, den objektiven Entwicklungsgesetzen auf die Spur zu kommen und deren Wirken anhand einer Reihe von Fakten und Daten zu demonstrieren. Als Mangel müssen wir die Tatsache betrachten, daß die marxistische wirtschaftshistorische Forschung in diesen Beiträgen ohne Widerhall blieb. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß künftige Kritiken diesen Mangel nicht mehr anzumerken haben.

Friedrich Lütges Abhandlung der deutschen Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit

VON SIEGFRIED RICHTER

Die deutsche Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit wird von Friedrich Lütge abgehandelt. In zehn Abschnitten, die im wesentlichen der chronologischen Entwicklung folgen, versucht der Verfasser, die Entwicklung der deutschen Wirtschaft vom 14. Jahrhundert bis in die Gegenwart nachzuzeichnen.

Wir beginnen zunächst bei der Gliederung, von der man annehmen muß, daß sie der Verfasser gleichzeitig als Periodisierung der deutschen Wirtschaftsgeschichte des von ihm behandelten Zeitraumes betrachtet. Es gibt jedenfalls keinen zureichenden Grund, eine von der Periodisierung abweichende Gliederung zu verwenden. Uns scheint, daß die von Lütge verwendeten Gliederungsmerkmale in der Mehrzahl kaum einen wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Gehalt aufweisen, sie beziehen sich durchweg entweder auf sekundäre Geschichtsmerkmale oder gehen von rein historisch-chronologischen Gesichtspunkten aus. Es fragt sich überdies, ob beispielsweise „Das Aufsteigen der Seemächte“ oder der „Liberalismus“ als ein Gliederungsmerkmal der *deutschen Wirtschaftsgeschichte* betrachtet werden kann. Damit hängt unmittelbar die zeitliche Abgrenzung der einzelnen Abschnitte durch den Verfasser zusammen. In seiner Darstellung liegen die historischen Einschnitte zum Beispiel am Beginn des Dreißigjährigen Krieges, an seinem Ende und um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. In dieser Darstellungsweise werden die allgemeinen Grundtendenzen der ökonomischen Entwicklung in Deutschland, die mit der Niederlage der Bauern im Bauernkrieg einsetzen und – wenn auch mit Unterbrechungen – bis zur Wende des 18. zum 19. Jahrhundert andauern, nicht sichtbar. Es ergeben sich auch schwerwiegende Bedenken gegen das Verfahren, die Jahre „Vom ersten bis zum zweiten Weltkrieg“ und „Vom zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart“ in jeweils einen Abschnitt zusammenzufassen. Eine Darstellung auch nur der wesentlichsten Gründe für diese Bedenken würde jedoch den Rahmen der vorliegenden Rezension sprengen.

Im ersten Abschnitt („Der Umbruch im 14. und 15. Jh.“) datiert der Verfasser den Beginn der Neuzeit um die Mitte des 14. Jahrhunderts: „In dieser Zeit beginnt das neue Werden, das sich über das 15. und 16. Jh. konsequent weiterentwickelt“ (S. 177). Nun ist allerdings der Beginn der „Neuzeit“ in der bürgerlichen Geschichtsschreibung heftig umstritten. Erstaunlich ist daher die Sicherheit, mit der Lütge hier eine zeitliche Abgrenzung vornimmt. Eine wissenschaftlich fundierte Darstellung, wie sie im Rahmen eines solchen repräsentativen Handwörterbuchs sicherlich erwartet werden darf, hätte mindestens eines Hin-

weises auf dieses Problem und den gegenwärtigen Stand der Diskussion bedurft.

Welches sind nun die „Kennzeichen“ des „Wandels der Gesamtstruktur“, der sich angeblich „konsequent“ über das 15. und 16. Jahrhundert weiterentwickelt? Nach des Verfassers Ansicht sind es 1. „eine starke *Minderung der Bevölkerung*“, 2. „eine lang andauernde *Agrarkrise*, gekennzeichnet durch Rückgang der Preise“, 3. der „Aufstieg der Städte“, 4. „ein relativ hoher Stand der Preise für gewerbliche Produkte“. Schließlich gehört „das in dieser Zeit einsetzende Erstarren der Landesherren (und) des Staates . . . gleichzeitig zu diesem Bilde“ (S. 177). Schon bei flüchtigem Hinsehen erkennt man, daß es sich hier ausnahmslos um sekundäre Erscheinungsformen eines Prozesses handelt, der im Bereich der unmittelbaren Produktion seinen Ausgangspunkt hat. Die Auflösung der mittelalterlichen Agrarverfassung unter dem Einfluß der sich ausdehnenden Warenproduktion, die Arbeitsteilung im gewerblichen Sektor, die Akkumulation von Geld in Gestalt des Handels- bzw. Kaufmannskapitals, und schließlich der Differenzierungsprozeß innerhalb der Zünfte, der sich unter dem Einfluß dieser Prozesse verstärkt – das sind die primär wirkenden Faktoren. Sofern sie bei Lütge überhaupt auftauchen, sind sie lediglich „Formen des Wirtschaftslebens“ und nicht etwa bewegende Elemente der historischen Entwicklung.

Was nun die Charakterisierung dieser Epoche durch den Verfasser als eine „städtisch-bürgerliche“ (S. 177) anbelangt, so ergibt sich zumindest ein Problem. Bei „aller Bedeutung der Landwirtschaft und der Wandlung der Formen der Agrarverfassung“ sieht er in der „Entwicklung der ‚städtischen‘ Wirtschaftszweige das entscheidende Kennzeichen dieser Jahrhunderte“ (S. 178). Zunächst ist nichts darüber ausgesagt, welche Wirtschaftszweige zu den „städtischen“ gerechnet werden. Weiterhin sei daran erinnert, daß sich eine ganze Reihe gewerblicher Produktionszweige in ländlichen Gegenden Deutschlands etablierte, teils wegen natürlicher Standortbedingungen, teils wegen der in den Städten herrschenden Zunftverhältnisse. Unter diesem Gesichtspunkt spielen viele neue Produktionsformen, wie Verlag, Kooperation, die gleichfalls Anspruch haben, in die Charakterisierung dieser Epoche einzugehen, vielfach in ländlichen Gebieten eine bedeutende Rolle. Aus der Darstellung des Verfassers geht nicht hervor, inwieweit diese Umstände bei seiner Charakteristik berücksichtigt worden sind.

„Das neue Werden“ hat, nach Ansicht des Verfassers, „sich konsequent“ über das 15. und 16. Jahrhundert weiterentwickelt (S. 177). Hier ist daran zu erinnern, daß spätestens der Große Deutsche Bauernkrieg diese Entwicklung unterbrach. Aber bereits früher, um die Mitte des 15. Jahrhunderts, machen sich Tendenzen bemerkbar, die auf einen Refeudalisierungsprozeß hindeuten. Unter dem Einfluß der sich ausweitenden Warenproduktion hatten die feudalen Grundherren das Geld kennen- und schätzengelernt. Sie lernten das Geld vor allem deswegen schätzen, weil sie mit seiner Hilfe in den Besitz von Waren etc. kamen, die ihnen (im allgemeinen) nicht auf dem Wege der feudalen Rente zuflossen. Daher versuchten sie, die Abgaben zu steigern oder alte Abgabeverpflichtungen wieder aufleben zu lassen und sie in Geldabgaben zu verwandeln. Ferner mehrten sich Übergriffe des Adels auf die Städte, die regelmäßig finanzielle Motive trugen. Unerklärlich bleibt auch, inwiefern die „Intensivierung der wirtschaftlichen Ratio“ (S. 178) die neuen Formen des Wirtschaftslebens hervorgebracht haben

soll. Will Lütge die wirtschaftliche Entwicklung damit erklären, daß die Nachfahren der „bis dahin führenden Gruppen der Agrargesellschaft“ verständiger, vernünftiger und besser präpariert für logisches Denken gewesen seien? In diesem Falle hat der Verfasser es aber versäumt zu erklären, woher ihnen die Erleuchtung gekommen ist.

Auch die Ausführungen über die Verbindungen der beiden in Deutschland bestehenden Handelsräume (Norddeutscher und Süddeutscher Raum) (S. 178) sind in der vorliegenden Form nicht ohne weiteres zu akzeptieren. Es ist sicherlich richtig zu erwähnen, daß zwischen beiden eine wirtschaftliche Verbindung bestanden hat. Es ist aber sicherlich ebenso falsch, das eigentliche Problem, das sich hier darbietet, nämlich die nach außen gerichtete wirtschaftliche Orientierung und damit die ökonomische (und daraus folgend auch die politische) Desintegration der betreffenden Reichsteile völlig zu übergehen. Dezentralisation und Zersplitterung auf der Basis einer unterschiedlichen ökonomischen Entwicklung sind schon für die vorangehende wie auch für die nachfolgende Zeit hervorstechendste Charakteristika der deutschen Entwicklung gegenüber derjenigen der westeuropäischen Länder. Der Wirtschaftshistoriker hat diese Tatsache nicht nur zu erwähnen, respektive zu beschreiben, sondern er hat ihre Ursachen, die im wesentlichen ökonomischer Natur sind, darzulegen. Lütge tut keines von beiden, weder in diesem noch in einem der folgenden Abschnitte. Die wirtschaftshistorische Untersuchung dieses Problems liefert jedoch unter anderem den Schlüssel für das Verständnis der gesamten Entwicklung Deutschlands bis ins 19. Jahrhundert hinein.

Bemerkenswert – allerdings nicht im positiven Sinne – ist, was Lütge zum Bauernkrieg zu sagen hat. Dieser Kulminationspunkt der mittelalterlichen deutschen Geschichte wird in genau zwei Sätzen behandelt. Wenn man des Verfassers Interpretation Glauben schenken darf, dann sind die „Bauernkriege in Süd-, Südwest- und Mitteldeutschland“ nichts anderes gewesen als ein „Versuch . . . , die Rechtslage und den politischen Einfluß des Bauerntums zu fördern“ (S. 178). Damit ist natürlich weder die allgemein-historische noch die wirtschafts- und sozialhistorische Bedeutung des Bauernkrieges auch nur annähernd erschöpft, ganz abgesehen davon, daß die Aussage Lütges eigentlich weniger sozial- und wirtschaftshistorischer, sondern vielmehr rechtsgeschichtlicher Natur ist. Eine Darstellung, die nach des Verfassers eigenen Worten die „Entwicklungslinien“ verfolgen soll, hätte dieses außerordentlich bedeutsame Ereignis in die Gesamtheit des sozial- und wirtschaftshistorischen Geschehens innerhalb Deutschlands einordnen müssen. Unter diesem Gesichtspunkt ergibt sich aber eine ganz andere Bewertung des Bauernkrieges, nämlich die, daß die kämpfenden Bauern die stärkste Fraktion im Kampf gegen die feudalen Gewalten darstellten. Dieser antifeudale Kampf erhielt durch die unmittelbare Verknüpfung mit den Ideen der deutschen Reformation seinen eigentlich antifeudalen – zwar religiös verbrämten, aber doch deutlich erkennbaren – politisch-revolutionären Ideengehalt im Sinne einer frühen bürgerlichen Umgestaltung der deutschen Gesellschaft. Es spielt dabei keine Rolle, ob die damals kämpfenden Bauern sich dieses Umstandes unmittelbar bewußt gewesen sind. Subjektive Empfindungen decken sich bei einem niedrigen Stand der gesellschaftlichen Erkenntnis erfahrungsgemäß nur selten mit objektiven Beweggründen. Die Erfinder und Entdecker früherer Jahrhunderte waren sich nur in den seltensten Fällen über die Bedeutung ihrer Ent-

deckung im klaren. Diese Bedeutung wurde erst erkennbar, nachdem der historische Platz dieser Entdeckungen und Erfindungen durch spätere Entwicklungen eindeutig bestimmt worden war.

Um zum Ausgangspunkt zurückzukehren: Natürlich kennt Lütge die einschlägige bürgerliche Literatur, und vielleicht kennt er auch die marxistische, die dem Bauernkrieg eine reale historische Beurteilung widerfahren läßt. Offenbar hält er es aber für nicht angebracht, wissenschaftliche Erkenntnisse weltanschaulich Andersdenkender zu akzeptieren.

Was nun die Folgen der Bauernkriege angeht, so reduzieren sie sich nach Lütges lapidarer Feststellung auf die angebliche Tatsache, „das Bauerntum“ sei „für fast drei Jahrhunderte“ aus dem politischen Leben ausgeschaltet worden (S. 178). Nun sollte man sich sicher – vor allem was die deutsche Geschichte des 17. und 18. Jahrhunderts anbetrifft – vor generalisierenden Einschätzungen hüten, aber der auf die Niederlage der Bauern folgende Refeudalisierungsprozeß bedrängte – trotz territorialer Unterschiede – die bäuerlichen Produzenten in einem bisher nicht gekannten Ausmaße, so daß die ökonomische Existenz ihrer Nahrungen sehr oft in Frage gestellt war. Hier spielt sowohl die Rache der Feudalherren eine Rolle, als auch die Tatsache, daß dem Feudaladel kaum andere finanzielle Mittel zur Verfügung standen als die aus der Ausbeutung „seiner“ Bauern stammenden. Dieses Problem hätte an sich im 3. Abschnitt (Soziale Probleme) erörtert werden müssen. Es ist überdies bezeichnend, daß Lütge unter „neuen sozialen Problemen“ lediglich die „Entstehung einer breiteren Schicht von *unselbständigen Arbeitskräften*“ (S. 178) versteht. Diese „unselbständigen Arbeitskräfte“ verharren doch aber nicht im Zustand der Ruhe, sie produzieren, leben, vermehren sich usw.; daraus ergeben sich zahlreiche soziale Konflikte und Klassenkämpfe. Diese sind neben der Entstehung der neuen Schicht die eigentlichen sozialen Probleme dieser Zeit!

Überdies ist der Begriff „unselbständige Arbeitskräfte“ höchst verschwommen und von zweifelhafter sozialhistorischer Aussagekraft. Unter diese Begriffsbestimmung fallen zum Beispiel auch die Sklaven des Römischen Reiches, gleichgültig in welcher Produktionssphäre sie beschäftigt waren, oder etwa die römischen Gladiatoren. Wenn man dies berücksichtigt, ist es streng genommen sogar falsch zu sagen, daß eine breite Schicht „unselbständiger Arbeitskräfte“ erst in dem hier zur Rede stehenden Zeitraum entstanden ist. Es wäre aber weit gefehlt, diesen Umstand nur als terminologischen Lapsus zu bewerten. Der tiefere Grund liegt in der mangelnden wissenschaftlichen Analyse der sozialökonomischen Verhältnisse und in der Leugnung des Bestehens von verschiedenen gesellschaftlichen Klassen, deren Polarität letzten Endes als Triebkraft der sozialökonomischen Entwicklung wirkt. Offenbar ist für den Verfasser all das, was irgendwie mit Klassenkämpfen zusammenhängt, von vornherein tabu.

Der folgende 4. Abschnitt ist überschrieben: „Das Aufsteigen der Seemächte“ (S. 179). Ein solches Merkmal scheint uns sowohl für die Periodisierung wie auch für die sachliche Untergliederung der deutschen Wirtschaftsgeschichte wenig glücklich gewählt zu sein. Selbst Lütge unterstreicht, daß der „unmittelbare Anteil der Deutschen an dieser Erschließung der Welt“ gering war. Wodurch die Ausweitung der Handelsbeziehungen und die Verlagerung der Handelswege vom Mittelmeer an die Küsten des Atlantiks verursacht wurden, erfährt der Leser nicht, es sei denn, man will die Feststellung des Verfassers, das „Neuartige

der in der Mitte des 15. Jh. einsetzenden Fahrten“ habe in dem Ziel bestanden, „Seewege aufzufinden“ (S. 179), als Begründung verstehen. Hier hätte als tatsächliche Begründung ausdrücklich auf die Veränderungen in den Produktionsverhältnissen der westeuropäischen Länder, insbesondere Englands und der Niederlande, hingewiesen werden müssen, die letzten Endes die Impulse für die sich ausweitenden Welthandelsbeziehungen geliefert haben.

Ein anderes Problem ist das der „Preisrevolution“ des 16. Jahrhunderts. Der Verfasser äußert seine Meinung dahingehend, daß der von Süd- und Mittelamerika ausgehende Edelmetallstrom „nicht in dem früher geglaubten Ausmaß für die ‚Preisrevolution‘ verantwortlich gemacht werden kann“ (S. 179). Worin liegt nun aber nach Lütges Meinung die Hauptursache für den Preisanstieg im 16. Jahrhundert? Der Verfasser bleibt die Antwort schuldig. Tatsache ist, daß die Vorräte an Edelmetall in Münzgestalt im Laufe des 16. Jahrhunderts enorm anstiegen, und zwar als Folge der höheren Produktivität der Edelmetallgewinnung. Die Edelmetallmenge hat sich im Laufe des 16. Jahrhunderts verdoppelt bis verdreifacht – die verfügbaren Angaben schwanken zwischen diesen beiden Werten. Zunächst waren die Preise in Spanien gestiegen, und zwar im Laufe des 16. Jahrhunderts bis 1601 auf etwa das 4,5fache. Offensichtlich ist das – entgegen der Meinung Lütges – dadurch zu erklären, daß die amerikanischen Edelmetalle zunächst und vor allen Dingen nach Spanien flossen. In dem Maße, wie sich dann der Edelmetallstrom über die übrigen europäischen Länder verbreitete, zogen auch dort die Preise stark an, wengleich nicht in dem Ausmaße, wie das in Spanien der Fall war.

Im 5. Abschnitt „Die Lage vor Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges und seine Auswirkungen“ stellt Lütge die These auf, daß „erst der Dreißigjährige Krieg . . . einen neuen Einschnitt“ bedeutete bzw. daß „mit ihm . . . deutlich eine abgrenzbare Entwicklungsphase“ begann (S. 179). Prüfen wir, ob diese These einer kritischen Analyse standhält. Lütge begründet seine Meinung so: Nicht „die umfangreichen Zerstörungen von Wohnstätten und Produktionsanlagen“, „auch nicht die Verwüstung der Felder und die Vernichtung von Viehbeständen, nicht die Verluste von Geld und Kapital“ seien das Entscheidende gewesen, „sondern das wirtschaftlich bedeutsame Faktum“ sei „das Abreißen wichtiger wirtschaftlicher Verbindungen zum Ausland“ gewesen (S. 179/180). Nun braucht man wahrhaftig nicht Anhänger der marxistischen Geschichtsauffassung zu sein, um zu begreifen, daß das Abreißen der Auslandsverbindungen eine zwangsläufige Folge der Kriegsverwüstungen war. Es gehört zu den elementarsten Erkenntnissen wirtschaftlicher Logik, daß ein Land, das fast zwei Drittel seiner Produktionskräfte einbüßte, zwangsläufig auch einen starken Rückschlag im Außenhandel erleiden muß!

Das ist aber nicht einmal das Hauptproblem. Entscheidend ist vielmehr, daß der Dreißigjährige Krieg auch in wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Hinsicht keine neue Entwicklungsetappe einleitet, sondern daß die Zäsur bereits im Zeitalter der Reformation und des Bauernkrieges, die Engels als „ersten Akt der bürgerlichen Revolution in Europa“ bezeichnet hat, spätestens aber im letzten Drittel des 16. Jahrhunderts, zu setzen ist. Die deutsche Reformation lieferte diesem „ersten Akt der bürgerlichen Revolution in Europa“ nicht nur den politischen Ideengehalt, sondern sie wendete sich, indem sie dies tat, auch gegen die *ökonomischen* Positionen der römisch-katholischen Kirche als der Universalmacht

des Mittelalters. Sichtbares Zeichen dafür waren die massenhaft einsetzenden Säkularisationen des kirchlichen Grundeigentums. Nachdem im Bauernkrieg die progressiven Elemente, die der Reformation und damit der Revolution ihre eigentliche nationale Grundlage hätten geben können, militärisch geschlagen waren, entartete die Reformation in einen Streit um das Eigentum der Kirche. Der Dreißigjährige Krieg ist seinem sozialökonomischen Charakter nach der Höhepunkt dieser Auseinandersetzung und damit eine Nachfolgerscheinung des eigentümlichen Verlaufs der deutschen Reformation. Durch ihn wurde die ökonomische und politische Zersplitterung und die Desintegration Deutschlands bis ins 19. Jahrhundert hinein fixiert. Dies muß ausdrücklich angemerkt werden, weil, wie schon erwähnt, der Verfasser an keiner Stelle seiner Abhandlung auf dieses Problem eingeht. Die ökonomische und die politische Zersplitterung waren nachweislich bis ins 19. Jahrhundert hinein ein entscheidendes Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Davon liest man jedoch bei Lütge kein Wort.

Statt dessen wird der Leser mit der bemerkenswerten Feststellung bekanntgemacht, „die Notlage“, die dem Dreißigjährigen Kriege folgte, habe zur „spezifisch deutschen Form des Merkantilismus, des Kameralismus“, geführt, weil eben diese Notlage eine „Intensivierung . . . landesherrlicher Eingriffe in die Wirtschaft“ ausgelöst habe (S. 180). Diese Feststellung ist lediglich teilweise zutreffend und schon gar nicht in der vom Verfasser angedeuteten Hinsicht. Sinnen und Trachten der deutschen Territorialfürsten nach dem Dreißigjährigen Krieg war die äußerliche Demonstration ihrer errungenen Souveränität nach dem Vorbild des französischen „roi de soleil“. Das aber war mit enormen finanziellen Aufwendungen verbunden, und diesem Ziele hatte sich letztlich die Wirtschaftspolitik unterzuordnen. Wenn die „Notlage“ als Begründung für irgend etwas angeführt werden kann, dann lediglich in dem Sinne, daß sie die „Intensivierung landesherrlicher Eingriffe in die Wirtschaft“ *im Interesse der Aufbesserung ihrer finanziellen* Situation verursacht hat und eben dieselben „landesherrlichen Eingriffe“ nicht ins Uferlose gesteigert werden konnten.

Dieses Problem leitet uns sogleich hinüber zum Abschnitt 6, betitelt „Das Zeitalter des Merkantilismus (Kameralismus)“. Der Begriff des Merkantilismus sei „allen erneuten kritischen Einwänden zum Trotz durchaus brauchbar“, schreibt Lütge (S. 180). Ausgangspunkt des Verfassers ist demnach die alte These der bürgerlichen Dogmengeschichte vom Kameralismus als deutscher Variante des Merkantilismus. Es erübrigt sich in diesem Rahmen und auch angesichts der Hartnäckigkeit des Verfassers, sich an alte, überholte Vorstellungen zu klammern, die Fülle von Argumenten zu wiederholen, die gegen eine solche Ansicht sprechen. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß eine Übernahme bestimmter merkantilistischer Einzelmaßnahmen in die Wirtschaftspolitik einzelner deutscher Staaten noch lange nicht identisch ist mit einer insgesamt merkantilistischen Wirtschaftspolitik. Aber der Leser registriert mit Erstaunen, daß der Verfasser noch einen Schritt weitergeht. Lütge identifiziert offensichtlich Kameralismus und Merkantilismus, wie sich in der Überschrift zum Abschnitt 6 zeigt!

Zur Sache selbst ist anzumerken, daß der Merkantilismus eine Richtung ökonomischen Denkens repräsentiert, die sich auf der Grundlage des Handelskapitals entwickelte. Die wirtschaftspolitischen Ansichten – und um die geht es hier – sind daher ausschließlich – im Gegensatz zum Kameralismus – auf die Akku-

mulation von Kapital gerichtet. Lange Zeit lagen beispielsweise der Handelspolitik Englands merkantilistische Erwägungen zugrunde. Die erfolgreiche Anwendung einer solchen Wirtschaftspolitik setzt also einen bestimmten Stand in der Entwicklung der Produktionsverhältnisse und ein genügend großes Wirtschaftsterritorium – ein größeres, als es den meisten deutschen Kleinstaaten zur Verfügung stand – voraus. Weder das eine noch das andere traf für Deutschland bis zum Ende des 18. Jahrhunderts zu. Es wurden von einzelnen deutschen Staaten – und darauf ist schon hingewiesen worden – einige, der Form nach merkantilistische Maßnahmen praktiziert, die sich aber unter deutschen Verhältnissen in ihr Gegenteil verkehrten und alles andere als „merkantilistisch“ im angedeuteten Sinne zu bewerten sind. Demzufolge ist die *Gesamtheit* – und darauf kommt es an – der von Lütge angeführten Motive und wirtschaftspolitischen Maßnahmen ihrem Charakter nach kameralistisch und nicht merkantilistisch. Sie dienten in erster Linie dazu, die Kassen der deutschen Territorialfürsten zu füllen, gleichgültig, ob damit eine Entwicklung der „produktiven Kräfte“ verbunden war oder nicht. Zudem erweckt die Feststellung des Verfassers, diese Politik sei „zugleich gerichtet“ gewesen „auf die Entwicklung der produktiven Kräfte“ (S. 180) und habe die „Manufakturen als dezentralisierte Großbetriebe“ gefördert (S. 181), falsche Vorstellungen. Sie will den Leser glauben machen, alle deutschen Territorialfürsten hätten generell eine „besondere Förderung“ der Manufakturen praktiziert. Das ist aber ganz und gar nicht der Fall gewesen. Sofern solche „merkantilistischen Maßnahmen“ überhaupt praktiziert wurden, waren sie zudem kombiniert mit dem ganzen Wust überkommener Vorstellungen und Vorschriften der feudalen Administration. So im Falle Preußens, das von den Vertretern der vorhin bezeichneten Richtung, die Merkantilismus und Kameralismus identifiziert, gern als deutsches Paradebeispiel angeführt wird. Trotz aller „Aufgeklärtheit“ diente die preußische Wirtschaftspolitik jener Zeit eben nicht der allgemeinen Kapitalakkumulation, sondern sie war durch machtpolitische und militärische Ambitionen der preußischen Krone motiviert. Dementsprechend sahen auch die Ergebnisse aus. Nicht die *Gesamtheit* der „Unternehmer“ wurde gefördert, sondern einzelne Industriezweige, mit deren Hilfe und auf deren Kosten die preußischen Staatenlenker ihre erwähnten Ziele zu verwirklichen gedachten.

Überhaupt gefällt sich Lütge hier in einer fast penetranten Beweihräucherung der deutschen Territorialfürsten, die, wenn man ihm Glauben schenken darf, weiter nichts im Sinne hatten als die „Verbesserung der Agrikultur, der Viehrassen, des Saatgutes, der Ackergeräte usw.“ und die „die Rechtslage der Bauern gegenüber den Grundherren“ sicherten. Den Gipfelpunkt erreicht dies schließlich in der Feststellung, der „Kameralismus“ habe „für die Entwicklung der Wirtschaft Beachtliches, ja Großes geleistet“ (S. 181). Ein Blick auf die sozialen Verhältnisse der arbeitenden Klassen und ihre Kämpfe – sie werden vom Verfasser kurzerhand unterschlagen – würde ein wesentlich realeres Bild der deutschen Wirtschaftsverhältnisse dieser Zeit ergeben. Unter solchen Umständen büßt die Darstellung des Verfassers weiterhin erheblich an wissenschaftlicher Objektivität und Qualität ein.

Wohin die „geistesgeschichtliche“ Interpretation wirtschaftshistorischer Fakten führt, zeigt sich im folgenden 7. Abschnitt. Es gehört schon ein reichliches Maß an Phantasie dazu, die Zeit von der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bis zur

Reichsgründung als Periode des „Liberalismus“ zu bezeichnen. Dabei bleibt es völlig dem Leser überlassen herauszufinden, ob Lütge hiermit den politischen oder den ökonomischen Liberalismus meint. Sofern der Verfasser den letzteren im Sinne hat, sind die deutschen Verhältnisse das denkbar schlechteste Beispiel in dieser Hinsicht. Man müßte schon ein historischer Phantast sein, um im deutschen Wirtschaftsleben vor der Wende zum 19. Jahrhundert nach „Liberalismus“ suchen zu wollen, und auch nach der Jahrhundertwende findet er sich bestenfalls in homöopathischen Dosen vor. Und nun soll gar dieser undefinierbare „Liberalismus“, in dessen Hintergrund „wirtschaftlich die Notwendigkeit [stand], neue Formen, speziell Produktionsverhältnisse, zu finden“ (S. 181), zur industriellen Revolution geführt haben? Eine derartige Interpretation stellt die realen Verhältnisse total auf den Kopf.

Zur industriellen Revolution selbst, zu ihrem Wesen, ihrem Charakter, ihren Erscheinungsformen in Deutschland, hat der Verfasser – außer der Erwähnung des Begriffes – nichts zu sagen. Immerhin, da sich Lütge auf das Wesentliche beschränkt, muß man annehmen, daß für ihn die Tatsache, daß die industrielle Revolution mit der Maschine, der Fabrik und der großen Industrie und vor allem dem modernen Industrieproletariat die eigentlich materielle Existenzgrundlage der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft geschaffen hat, unwesentlich ist.

Unwesentlich ist für ihn auch der Umstand, daß die napoleonischen Kriege in Deutschland die wichtigsten Voraussetzungen für einen – allerdings stark verkrüppelten – Liberalismus geschaffen haben. Überdies ist der „schwere wirtschaftliche Rückschlag“, den Deutschland im Ergebnis der napoleonischen Kriege erlitten haben soll, eine Konstruktion, die sich angesichts der realen Tatsachen nicht halten läßt.

Das Kernproblem der deutschen Wirtschaftsentwicklung dieser Zeit, die Herausbildung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, scheint dem Verfasser, der sich sonst so „national“ gebärdet, völlig entgangen zu sein. Zwar wird mit der Gründung des Deutschen Zollvereins eine einzige der ökonomischen Teiletappe erwähnt, aber von da ab bis zur Reichsgründung 1870/71 tut sich – so wenigstens in der Darstellung des Verfassers – nichts. So taucht schließlich die deutsche Einheit mit der „Reichsgründung 1870/71“ völlig überraschend, gleichsam aus heiterem Himmel vor dem erstauten Leser auf.

Der Abschnitt 8, „Von der Reichsgründung bis zum ersten Weltkrieg“, trägt einen betont beschreibenden Charakter. Besondere Kritik erfordert hier die Behandlung dreier Probleme. Das erste Problem ist das des Übergangs zum Monopol, zum Monopolkapitalismus, der sich nicht nur in Deutschland vollzog, sondern auch im Bereich der ökonomisch am weitesten fortgeschrittenen Länder, in Großbritannien, Frankreich und den USA. Diese neue Phase kapitalistischer Entwicklung ist nicht etwa nur eine „neue Phase der Industrialisierung“ (S. 182), sondern sie leitet einen generellen Strukturwandel in der deutschen Wirtschaft ein, in dessen weiterem Verlauf die Monopolorganisationen die ökonomische und politische Macht an sich bringen. Dieser Prozeß beginnt in Deutschland auch nicht erst ab 1890 nach „der Überwindung der langandauernden Depression“, wie der Verfasser meint, sondern bereits – und darauf haben auch bürgerliche Kartelltheoretiker ausdrücklich verwiesen – in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Sie haben auch, ohne Vertreter der marxistischen Geschichtsauffassung zu sein, darauf verwiesen, daß das Zustandekommen der

Monopolvereinigungen eben nicht nur aus „naturbedingten“ oder aus „auf menschlichen Willen zurückgehende Machtpositionen“ (S. 182) zu erklären ist, sondern daß dieser Entwicklung objektive Faktoren zugrunde liegen. Zu dieser Meinung sind auch Fischer und Hallgarten gekommen, deren Werke uns als das Beste bekanntgeworden sind, was eine um objektive Darstellung bemühte bürgerliche Geschichtsschreibung zu diesem Thema bisher beigesteuert hat. Allerdings enthalten beide Abhandlungen viele für die deutsche Bourgeoisie unangenehme historische Erinnerungen und Tatsachen, weshalb man sie wohl auch vergeblich in Lütges Literaturverzeichnis sucht.

Bezeichnend für die Art und Weise, wie sich Lütge den Problemen von Arbeit und Kapital zuwendet, ist folgendes. Nachdem er auf die Bildung von Kartellen, Konzernen, Interessenverbänden usw. verwiesen hat, folgt unmittelbar folgender Satz: „Auf Seiten der Arbeitnehmer war es bereits seit den 1860er Jahren zur Bildung von Gewerkschaften gekommen, denen die Aufgabe zufiel, die Interessen dieser Gruppen zu verfechten“ (S. 182). Dem Leser wird hier auf außerordentlich demagogische Art – nicht direkt aber indirekt – suggeriert, die Bildung der Monopole sei eine Reaktion auf die Gewerkschaften der Arbeiter gewesen!

Das zweite Problem besteht in den Folgen des von uns erwähnten generellen Strukturwandels des deutschen Kapitalismus zum Imperialismus und hängt insofern unmittelbar mit dem ersten zusammen. Nach der Jahrhundertwende setzte in starkem Maße eine deutsche Expansionspolitik ein, die, im Interesse der monopolisierten deutschen Großindustrie betrieben und zu wesentlichen Teilen von ihr inauguriert, auf die Eroberung großer Teile des Weltmarktes abzielte und den deutschen Imperialismus in immer stärkere Rivalität zu Großbritannien brachte. In dieser Entwicklung sind die wichtigsten ökonomischen Ursachen des ersten Weltkrieges zu suchen. Wir verweisen hier wieder auf Hallgarten und Fischer, die bei der Untersuchung dieser Zeit zu außerordentlich bemerkenswerten Ergebnissen gekommen sind. Der Verfasser jedoch schweigt sich über all das aus!

Ein drittes Problem schließlich wäre die deutsche Kriegszwangswirtschaft während des ersten Weltkrieges. Sie stellt nicht nur nachweislich den ersten Höhepunkt des Eingreifens des Staates in die Wirtschaft zugunsten der Monopolorganisationen dar, sondern lieferte auch der späteren nazistischen Wirtschaftsführung das Vorbild zur ökonomischen Vorbereitung des zweiten Weltkrieges. Auch hierüber schweigt sich der Verfasser beharrlich aus. Man muß überhaupt feststellen, daß sein historisches Erkenntnisvermögen in dem Maße abzunehmen scheint, wie sich seine Darstellung der Gegenwart nähert.

Der vorletzte 9. Abschnitt behandelt die Zeit „Vom ersten bis zum Ausgang des zweiten Weltkrieges“. Auch hier bietet der Verfasser seinen Lesern wieder ein stark verzerrtes Bild der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. So bleiben die eigentlich treibenden Kräfte der Nachkriegsentwicklung – die Kreise des deutschen Monopolkapitals – völlig im Dunkeln. Sie waren es, die die Wirtschaftspolitik der deutschen Regierung bestimmten, damit die Folgen des ersten Weltkrieges nicht ihnen, sondern vor allem den Werktätigen zur Last fielen. Sie genossen dabei die zum Teil direkte Unterstützung der imperialistischen Ententemächte! Diese Dinge beim richtigen Namen zu nennen erweckt freilich unzeitgemäße Parallelen zur bundesdeutschen Wirklichkeit. Die Erklärung der „Weltwirtschaftskrise“ bleibt gleichfalls unzureichend.

Lütges Wertung der nazistischen Wirtschaftspolitik geht von der richtigen Prämisse aus, daß „die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Nationalsozialismus . . . zunächst an die bereits vorher eingeleiteten Maßnahmen . . .“ anknüpften (S. 184). Die neuere bürgerliche Wirtschaftsgeschichtsschreibung zieht allerdings daraus den Schluß, daß die Nazis hinsichtlich ihrer Wirtschaftspolitik ja gar nichts Neues gebracht hätten, die Auswirkungen auf diesem Gebiet daher „nicht so schlimm“ gewesen wären. Unter Hinweis auf die nachweisbar schon frühzeitig bestehenden Verbindungen zwischen Hitler und seinen Gewährsmännern einerseits und der deutschen Industrie andererseits muß man jedoch umgekehrt schlußfolgern, daß die für den Faschismus charakteristische Wirtschaftspolitik nicht erst 1933 oder, wie Lütge annimmt, erst 1935/36 beginnt, als die Entwicklung „unheilvoll“ wurde, sondern bis in die zwanziger Jahre zurückreicht. Man muß schon durch die historische Brille des Herrn Lütge schauen, um „die Bereinigung des öffentlichen Lebens von dem allzu mächtigen Überwiegen des Einflusses von Interessengruppen“, die die Naziführung angeblich betrieben habe, wahrzunehmen und darin „zu Beginn ein(en) brauchbar(en) Ansatz“ zu sehen (S. 184)! Diese Behauptung ist auch in einer anderen Hinsicht falsch, denn die Nazipartei war zu jeder Zeit die Interessenvertreterin der einflußreichsten – wenn auch miteinander rivalisierenden – deutschen Monopolgruppen.

Der zehnte und letzte Abschnitt, der die Zeit „vom zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart“ darstellen soll, entzieht sich, sowohl der Allgemeinheit der dort getroffenen Feststellungen wie auch des Mangels an wissenschaftlicher Substanz wegen, einer sachlich-kritischen Wertung. Man vermißt hier ganz besonders das Bemühen nach objektiver Darstellung der historischen Vergangenheit, auf die sich die Vertreter der bürgerlichen Historiographie doch zu berufen pflegen; so wenn z. B. von „unter polnischer Verwaltung“ stehenden deutschen Gebieten (S. 184) gesprochen wird. Angesichts dessen scheint uns die These von der „unbewältigten Vergangenheit“ auch für einen Teil der westdeutschen Wirtschaftshistoriker zuzutreffen. Daß unter solchen Umständen die Verhältnisse in der Bundesrepublik über den grünen Klee gelobt werden bei gleichzeitiger Abwertung der „sowjetischen Planwirtschaft“ in der DDR, versteht sich am Rande. Immerhin bescheinigt Lütge der DDR „seit 1950 eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung“ (S. 184).

So bleibt Lütges Darstellung der deutschen Wirtschaftsgeschichte – vor allem der neuen und neuesten Zeit – in mancher Hinsicht unvollkommen und unbefriedigend. Sie erscheint uns bisweilen weder dem Charakter eines solchen repräsentativen Werkes wie des „Handwörterbuches . . .“ noch der wissenschaftlichen Reputation des Autors angemessen. Überdies muten manche Passagen bei der Darstellung der neuesten Zeit an, als habe der Konformist über den Wirtschaftshistoriker Lütge den Sieg davongetragen. Man hätte sich wohl auch ein abgewogeneres Literaturverzeichnis zugunsten der Angabe einer Reihe bürgerlicher Standardwerke gewünscht.

Das Ganze noch einmal überblickend, stellen wir zusammenfassend fest: Heterogen in Anlage und Aufbau, mehr die Oberflächenerscheinungen beschreibend als die Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung erläuternd, sind zumindest manche Passagen der genannten Beiträge zur allgemeinen und deutschen Wirtschaftsgeschichte nicht dazu angetan, dem Auskunft Suchenden klare Vorstellungen vom Gang des ökonomischen Geschehens zu vermitteln. Daß

die marxistische Geschichtsbetrachtung in einem in Westdeutschland erscheinenden Handwörterbuch keinen Niederschlag finden würde, war von vornherein zu erwarten; leider aber erfüllt sich dem Leser nicht einmal die Hoffnung, wenigstens wichtige Forschungsergebnisse der marxistischen Wirtschaftsgeschichte in dieser Darstellung zu finden.

Es wäre ungerecht, es mit dieser generalisierenden Kritik bewenden zu lassen. Während Postan und Mandrou sich bemühen, Wirtschaftsgeschichte so darzustellen, „wie sie sich zugetragen hat“, scheint uns, als habe Lütge in wesentlichen Teilen seiner Darstellung – vor allem was die Charakterisierung wirtschaftlicher Merkmale der neuesten Zeit anbetrifft – der Bonner Tagespolitik Tribut gezollt.

ZUR PROBLEMATIK DER DEUTSCHEN AGRARGESCHICHTE

Betrachtungen zu der in Stuttgart erscheinenden Reihe
„Deutsche Agrargeschichte“¹

Agrargeschichte oder Landwirtschaftsgeschichte?

Einige Bemerkungen zu Wilhelm Abel:

Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum
19. Jahrhundert = Deutsche Agrargeschichte, hg. v. Günther Franz, Bd 2

Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart 1962, 333 Seiten, Preis 38,80 DM

VON RUDOLF BERTHOLD

Die Gegenüberstellung von Agrar- und Landwirtschaftsgeschichte ist nicht etwa eine Wortspielerei. Sie beinhaltet wesentliche Seiten der Gesamtkonzeption der von Günther Franz herausgegebenen fünfbändigen „Deutschen Agrargeschichte“, deren einzelne Bände von verschiedenen Autoren verfaßt wurden.¹ Während in den beiden Bänden, die die frühe und die moderne Landwirtschaft behandeln, der Stoff *zeitlich* gegliedert wird, finden wir in den drei Bänden, in denen die Agrarentwicklung des Feudalismus dargestellt wird, eine *sachliche* Gliederung. Damit wird faktisch die Agrargeschichte der Landwirtschaftsgeschichte gegenübergestellt oder anders ausgedrückt: die Agrargeschichte ist das Übergeordnete, das Umfassende, während die Landwirtschaftsgeschichte nur ein Teil der Agrargeschichte ist und der Geschichte der Agrarverfassung und der Geschichte des Bauernstandes gleichgestellt wird.

Eine solche Aufteilung der Agrargeschichte geht von der Auffassung aus, daß der Gegenstand der Agrargeschichte die Agrarverfassung, die Lage der Bauern und die Produktion und der Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse sind. Ohne Zweifel lassen sich Agrarproduktion, Agrarverfassung sowie Klassenlage und Klassenkampf zu relativ gesonderten Komplexen zusammenfassen, die alle zum Gegenstand der Agrargeschichte gehören, ohne daß dieser damit ausreichend definiert ist. Aber rechtfertigt die Möglichkeit, die genannten Seiten der Agrargeschichte begrifflich zu trennen, auch den Versuch, diese Komplexe in getrennten Bänden abzuhandeln?

¹ *Deutsche Agrargeschichte*, hg. v. G. Franz, 5 Bde; Bd 1: *Jankuhn, H.*, Vorgeschichte und Frühgeschichte (angekündigt); Bd 2: *Abel, W.*, Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 1962; Bd 3: *Lütge, F.*, Geschichte der deutschen Agrarverfassung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 1963; Bd 4: *Franz, G.*, Geschichte des Bauernstandes, angekündigt; Bd 5: *Haushofer, H.*, Die deutsche Landwirtschaft im technischen Zeitalter, Stuttgart 1963.

Wilhelm Abel empfand als Autor die Aufteilung der Agrargeschichte des Feudalismus in die genannten Bände als „ungewöhnlich“ (S. 9)². Sie machte ihm in der Darstellung des umfangreichen Stoffes einige Schwierigkeiten. Da die beiden anderen Autoren über die Agrarverfassung und über den Bauernstand schrieben, sich jedoch wesentliche Veränderungen in der Agrarproduktion nicht ohne Entwicklung der Agrarverfassung und der Lage der Bauern darstellen lassen, mußte Abel entsprechende Abschnitte in seine Darstellung einfügen, die zu Wiederholungen im Gesamtwerk führen.

Was aber Wilhelm Abel als Verfasser noch als „ungewöhnlich“ empfand, hielt Otto Brunner in seiner Rezension der bisher erschienenen Bände, die in der ebenfalls von Günther Franz herausgegebenen „Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie“ erschien, für einen wesentlichen Vorzug der „Deutschen Agrargeschichte“.³ Er schreibt hierzu: „Manche Leute würden vielleicht eine einheitliche, nach Zeiten gegliederte Darstellung vorziehen. Aber ein solcher Versuch würde die entscheidenden wissenschaftlichen Fragestellungen nicht erkennen lassen und vermutlich in einer äußerlichen antiquarischen Schilderung einer ‚Kulturgeschichte‘ im schlechten Sinne des Wortes stecken bleiben. Erst die jeweils leitenden Aspekte ermöglichen die theoretische Durchdringung des historischen Stoffes, die für eine Darstellung von wissenschaftlichem Niveau nicht entbehrt werden kann.“⁴

Dem aufmerksamen Leser der „Deutschen Agrargeschichte“ kommen nach der Lektüre der Ausführungen von Brunner Zweifel. Will Brunner, indem er die Gliederung der Agrargeschichte des Feudalismus mit diesen Argumenten verteidigt, gleichzeitig ein Werturteil aussprechen über Haushofers Darstellung der Agrargeschichte des Kapitalismus, die ebenfalls Gegenstand seiner Rezension ist? Haushofer nimmt keine durchgehende Längsschnittgliederung nach Sachgebieten vor, sondern er gliedert den Stoff nach Zeitabschnitten. Durch diese Art der Darstellung wirkt die Agrargeschichte des Kapitalismus geschlossener und übersichtlicher. Für den Leser eine Erleichterung! Nach Brunner müßte die Agrargeschichte des Kapitalismus eine „Kulturgeschichte“ im schlechten Sinne des Wortes“ sein. Die Mängel dieses Bandes – des fünften der Reihe – liegen aber auf anderem Gebiet.

Die Gegenüberstellung von Agrargeschichte und Landwirtschaftsgeschichte in einer Gesamtdarstellung hielt auch Adolf Laube bei der Besprechung des von Abel verfaßten zweiten Bandes der Reihe, der Geschichte der Landwirtschaft im Feudalismus, für nicht zweckmäßig.⁵ Er begründet das folgendermaßen: „Dennoch erscheint es uns bereits im Ansatz verfehlt, wenn die Geschichte der Produktionsverhältnisse (der ‚Agrarverfassung‘), der Produktivkräfte, der Lage und des Kampfes der Bauern ihres inneren Zusammenhangs beraubt, aus ihrer objektiven wechselseitigen Abhängigkeit gerissen werden.“⁶ Laube fordert im Gegensatz zu Brunner einen zusammenfassenden Überblick. Für eine Gesamtdar-

2 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

3 Brunner, O., Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Jg. 11, 2/1963, S. 234–237.

4 Ebenda, S. 235.

5 Laube, A., Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), 8/1963, S. 1570–1572. Der Ansicht von Laube schloß sich Heitz in seiner Rezension an. Siehe: Deutsche Literaturzeitung, Jg. 85, 6/1964, Sp. 529–532.

6 Ebenda, S. 1570.

stellung der Geschichte der Landwirtschaft, und um diese geht es hier, besitzt der letztere Vorschlag erhebliche Vorteile, da er am besten die Darstellung der inneren Dialektik des Entwicklungsprozesses in den einzelnen Epochen und die wechselseitige Bedingtheit derselben ermöglicht. Nur auf diese Weise kann die Notwendigkeit weitreichender Veränderungen in der landwirtschaftlichen Produktion glaubhaft dargestellt werden.

Eine solche Auffassung einer Gesamtdarstellung der Agrargeschichte schließt nicht aus, daß ein hervorragender Vertreter eines Spezialgebietes der Agrarentwicklung beispielsweise eine Abhandlung über die Geschichte des Bodens oder der Landtechnik schreibt. Nur sollte man nicht versuchen, solche Spezialabhandlungen zu einer deutschen Agrargeschichte zusammenzufügen. Ihr Zusammenhalt würde in diesem Falle erst durch die Arbeit des Buchbinders hergestellt.

Die Gegenüberstellung von Agrargeschichte und Landwirtschaftsgeschichte besitzt ihre „Geschichte“. Die erste nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten abgefaßte „Geschichte der teutschen Landwirtschaft“ von Langethal⁷ versuchte, den Gesamtprozeß zu erfassen. Agrargeschichte und Landwirtschaftsgeschichte waren bei Langethal noch identisch. Die rund fünfzig Jahre später erschienene „Geschichte der deutschen Landwirtschaft“ von Theodor von der Goltz legte dann bewußt den Schwerpunkt der Darstellung auf die Entwicklung der Produktion und ließ die anderen Seiten der Agrarentwicklung zurücktreten.⁸ Diese Auffassung von der Geschichte der Landwirtschaft wurde einige Jahrzehnte später von Richard Krzymowski in seiner „Geschichte der deutschen Landwirtschaft“ ins Extreme gesteigert.⁹ Seine Darstellung beschränkte sich vor allem auf die Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktion. Damit wurde die Geschichte der Landwirtschaft zu einem bloßen Teilgebiet der Agrargeschichte. Es ist das Verdienst von Wilhelm Abel, diese enge Betrachtungsweise durchbrochen zu haben. In Anlehnung an Langethal bezog er grundlegende ökonomische Tatsachen, wie Bedarf und Absatz landwirtschaftlicher Produkte, in die Betrachtung ein.¹⁰ In dieser Hinsicht begründete Abel eine Schule agrargeschichtlicher Forschung, aus der eine Reihe von bedeutsamen Arbeiten hervorgegangen ist.¹¹

Diese Vorbemerkungen sollten die Grenzen deutlich machen, in denen sich die von Wilhelm Abel verfaßte „Geschichte der deutschen Landwirtschaft“ des Feudalismus bewegt. Abels Werk ist keine *umfassende* Darstellung der Agrargeschichte, aber die Geschichte der Landwirtschaft ist nicht so eng gefaßt wie bei Krzymowski. Abels ökonomische Betrachtungsweise ließ eine einseitige Beschrän-

7 Langethal, Chr. Ed., Geschichte der teutschen Landwirtschaft, 2 Teile, Jena 1847–1856.

8 Goltz, Th. Freiherr v. d., Geschichte der deutschen Landwirtschaft, 2 Bde, Stuttgart-Berlin 1902/03.

9 Krzymowski, R., Geschichte der deutschen Landwirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1960.

10 Abel, W., Agrarkrisen und Agrarkonjunktur in Mitteleuropa vom 13. bis zum 19. Jahrhundert, Berlin 1935.

11 Armin, V. v., Wechsellagen und Entwicklung der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein vom 16. bis 18. Jahrhundert, landwirtschaftl. Diss. Göttingen 1953; Kullak-Ublík, H., Wechsellagen und Entwicklung der Landwirtschaft im südlichen Niedersachsen vom 15.–18. Jahrhundert, landwirtschaftl. Diss. Göttingen 1953; Pietzsch, H. E., Wechsellagen der Landwirtschaft im Amte Meißen während des 16. und 17. Jahrhunderts, math. nat. Diss. Göttingen 1950; Riemann, F.-K., Ackerbau und Viehhaltung im vorindustriellen Deutschland, Kitzingen/Main 1953 = Beihefte zum Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr., H. 3; Saalfeld, D., Bauernwirtschaft und Gutsbetrieb in der vorindustriellen Zeit, Stuttgart 1960 = Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd 6; Wächter, H. H., Ostpreussische Domänenvorwerke im 16. und 17. Jahrhundert, Würzburg 1958 = Beihefte zum Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr.

kung auf die produktionstechnischen Details nicht zu, die meist zu gedrängt behandelt werden (S. 204). Deshalb bleibt weiterhin ein Bedürfnis nach der Lektüre der älteren „Agrargeschichten“ bestehen, die die Entwicklung der Produktion ausführlicher und differenzierter darstellen.

Über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion im Feudalismus herrschte bislang die Meinung vor, daß es einen stetigen, wenn auch langsamen Fortschritt gegeben habe. Diese Ansicht war der rote Faden in den schon genannten Standardwerken von Langenthal, von der Goltz und Krzymowski. Daneben gab es aber noch Auffassungen, die speziell für den Spätfudalismus einen Fortschritt der Produktion ablehnten. Ein solcher Standpunkt hinderte eine allseitige Erforschung dieses Problems.¹² Auffallenderweise wurde dieser Standpunkt in der letzten Zeit von den leitenden Mitarbeitern des „Göttinger Arbeitskreises“, der sich mit zentralen Fragen der „Ostforschung“ beschäftigt, vorgetragen.¹³ Im Vorwort zu einer Geschichte der landwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands von 1800 bis 1930 ging der Präsident dieses Arbeitskreises, der Jurist Herbert Kraus, davon aus, daß der Feudalismus „eine überwiegend agrarische und zugleich statische Wirtschaftsordnung“ gewesen sei.¹⁴ „Durch Jahrhunderte war die landwirtschaftliche Bodennutzung unverändert geblieben. Der Umfang der beackerten Fläche hing von der Bevölkerungszahl ab, deren Schwankungen Veränderungen der Ausdehnung zur unmittelbaren Folge hatten. Der Umfang der Nutzfläche wurde aber auch durch die verfügbare Anspannung zwingend begrenzt und vornehmlich durch die Bedingungsmöglichkeiten, die ausschließlich von der Tierhaltung und ihrer Größe abhängig waren, die wiederum durch die natürliche Futtergrundlage bedingt wurde und somit je nach Landschaft und Betrieben unterschiedlich sein mußte. Die Anbaumethoden dieser Periode, bei denen die Brache eine wesentliche Rolle gespielt hatte, bewirkten die geringe und überdies stark schwankende Höhe der Flächenerträge.“¹⁵ Die gleichen Ansichten äußerte das geschäftsführende Vorstandsmitglied des genannten Arbeitskreises, Joachim Freiherr von Braun, in dem Hauptreferat, das er auf einem agrarhistorischen Kolloquium in Göttingen im März 1960 hielt.¹⁶

Der in Göttingen lehrende Wilhelm Abel nahm an dem agrarhistorischen Kolloquium nicht teil. Aber im Vorwort seiner „Geschichte der Landwirtschaft“ bezeichnete er diese Einstellung zur Entwicklung der Landwirtschaft im Feudalismus als „eine sehr merkwürdige Enthistorisierung unserer Landbaugeschichte“ (S. 9), wobei er sich gegen derartige Darstellungen in historischen Einleitungen zu agrarökonomischen Arbeiten und gegen den „geschichtslosen Bauer“ bei Oswald Spengler wandte. Indem sich Abel von einer solchen Art Geschichtsbetrachtung abgrenzt, stellt er sich eindeutig auf den Standpunkt des Fortschritts in der feudalen Landwirtschaft. Das entspricht dem bis jetzt bekanntgewordenen historischen Tatsachenmaterial, das Abel im starken Maße in seinem jüngst veröffentlichten Buch sprechen läßt. Aus den in der Darstellung verwand-

12 Saalfeld, D., a. a. O., S. 1/2.

13 Über die Hintergründe dieser Konzeption vgl. Berthold, R., Feudales Bauernlegen im Spiegel der westdeutschen Geschichtsschreibung, in: ZfG, 6/1961, S. 1298–1319., bes. S. 1312 ff.

14 Kraus, H., Vorwort zu: Finckenstein, H. W. Graf Finck v., Die Entwicklung der Landwirtschaft in Preußen und Deutschland 1800–1930, Würzburg 1960, S. VII.

15 Ebenda.

16 Zur ostdeutschen Agrargeschichte. Ein Kolloquium, Würzburg 1960, S. 13 = Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd 16.

ten zeitgenössischen Fakten und Ansichten gewinnt das Buch seine wissenschaftliche Aussagekraft, und in seiner Parteinahme für den Fortschritt liegt seine aktuelle Bedeutung. In dieser Hinsicht ist der von Abel verfaßte Teil der „Deutschen Agrargeschichte“ eine begrüßenswerte Neuerscheinung zu einem alten Thema.

Die Darstellung des landwirtschaftlichen Fortschritts im Feudalismus hätte aber wirkungsvoller sein können, wenn sich Abel von seinen Einseitigkeiten in der Betrachtungsweise befreit hätte. In der Einleitung, die eine mehr summarische als theoretisch begründete Grundsatzerklärung darstellt, wird die Landwirtschaft – wie die Wirtschaft überhaupt – auf zwei Prinzipien reduziert. Abel meint, die Wirtschaft beruhe auf „... dem Bedarf und der Knappheit der Güter, die den Bedarf zu befriedigen geeignet sind“ (S. 10). Aus dem Widerspruch zwischen dem Bedarf und der Knappheit der Güter entstand das Bedürfnis oder die Absicht, die Grenzen des Mangels zu überwinden oder, wie hier im Falle der Landwirtschaft, die natürlichen Prozesse besser zu beherrschen und das Produktionsfeld auszudehnen. Diesen Zusammenhang erkannte auch Abel als er schrieb: „... Die Geschichte der Wirtschaft . . . stellt sich nunmehr als der Versuch dar, die Kargheit der Umwelt, in die der Mensch geboren ist, zu überwinden . . .“ (S. 10). Eine solche Auffassung von der Wirtschaft ist einseitig. Wirtschaft ist mehr als nur die Beherrschung der Natur. Dazu bringt Abel selbst an anderen Stellen ausreichend Beweise, die die Einseitigkeit seiner theoretischen Konzeption bestätigen. So stellt er am Schluß eines jeden Kapitels die Landwirtschaft in den Zusammenhang der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und bringt auch Angaben über die Agrarverfassung und die Lage der unmittelbaren Produzenten. Die Art und Weise, wie Abel die landwirtschaftliche Tätigkeit des Menschen im Feudalismus in einen größeren Zusammenhang stellt, läßt Zweifel aufkommen. Ausgangspunkt der Darstellung in den einzelnen Kapiteln, die größere Zeitabschnitte umfassen, ist das Bevölkerungswachstum. Das Wachstum der Bevölkerung bedingte einen höheren Bedarf an Nahrungsmitteln und führte zu einer Extension des Landbaus, zu Strukturveränderungen und zu einer stärkeren Intensivierung. Erst nachdem diese Gegenstände abgehandelt worden sind, wird die Landwirtschaft in den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang gestellt, und es werden auch Probleme der Sozialordnung behandelt (S. 271). Beim Leser wird dadurch der Eindruck erweckt, das Bevölkerungswachstum sei die alleinige Triebkraft landwirtschaftlicher Produktionssteigerung und damit des Fortschritts schlechthin. Nachdem der Leser mit diesem Vorurteil behaftet die eigentlich landwirtschaftlichen Partien eines jeden Kapitels studiert hat, ersieht er mehr oder minder ausreichend aus den Schlußabschnitten der einzelnen Kapitel, daß es noch andere Faktoren gab, die eine erhebliche Auswirkung auf den landwirtschaftlichen Fortschritt hatten: qualitative Veränderungen in der sozialökonomischen Struktur und im Wirtschaftsgefüge sowie außerwirtschaftliche Vorgänge. Durch diese qualitativen Faktoren wurden die Auswirkungen des Bevölkerungswachstums auf den Gesamtkonsum erheblich modifiziert und müssen eine andere Gewichtung erfahren. Dem Leser bleibt es faktisch überlassen, am Ende eines jeden Kapitels den richtigen Zusammenhang zwischen dem landwirtschaftlichen Fortschritt und den Faktoren, die ihn bedingen, herzustellen. Für die Herstellung dieses Zusammenhanges hatte der Leser aber mit dem Kaufpreis des Buches den Autor honoriert. Zweckmäßiger wäre es, jedem Kapitel einen ein-

leitenden Abschnitt voranzustellen, in dem die Ursachen des Fortschritts oder der Stagnation in der Landwirtschaft dargelegt und die jeweiligen Faktoren entsprechend gewichtet werden. Vor allem könnte dann deutlicher gezeigt werden, daß der Übergang zum Feudalismus ein Prozeß war, der außer negativen Auswirkungen auf die Lage der Bauern auch eine erhebliche Stimulierung der landwirtschaftlichen Produktion mit sich brachte. Gegenwärtig wird auch dies nur nebenbei erwähnt (S. 45).

In diesem Zusammenhang sind noch einige Worte zu der Problematik „Bevölkerungswachstum und ökonomischer Fortschritt“ angebracht. In der einseitigen Betrachtungsweise von Abel liegt ohne Zweifel eine Überschätzung des Bevölkerungswachstums. Darin jedoch eine neomalthusianistische Betrachtungsweise zu erblicken, trifft wohl nicht den Kern der Sache und zeugt von einer Unterschätzung der Rolle des Bevölkerungswachstums als fortschrittsförderndes Element.¹⁷

Beim Lesen solcher Einschätzungen kommt zwangsläufig die Frage, was ist unter der „neomalthusianistischen Bevölkerungstheorie“ zu verstehen? Der englische Pfarrer Malthus (1766–1834) stellte ein sogenanntes Bevölkerungsgesetz auf, nach dem sich die Zahl der Menschen in geometrischer Progression vermehrt, während die Menge der Existenzmittel, besonders der Nahrungsmittel, nur in arithmetischem Verhältnis zunimmt. Seiner Ansicht nach sollte in den folgenden zweihundert Jahren die Zahl der Menschen sich um das 256fache erhöhen, während die Existenzmittel in der gleichen Zeit nur um das 9fache zunehmen. Dieses angebliche Bevölkerungsgesetz sah Malthus als die Ursache allen sozialen Elends an und forderte deshalb, die Zahl der Armen zu begrenzen. Als Regulative der Bevölkerungsentwicklung begrüßte er Kriege, Seuchen und andere menschenvernichtende Mittel. Diese Ideen eines Malthus waren und sind denen recht, für die die Menschenvernichtung Bestandteil der Politik ist. Deshalb fand Malthus seine Nachfolger in Feinden der Menschheit wie Fairschild oder Vogt, die Hungersnöte und Kriege als Mittel zur Verbesserung des Nahrungsspielraumes für notwendig halten.¹⁸

Von einer solchen antihumanitären Betrachtungsweise unterscheidet sich jedoch das Vorhaben, das Bevölkerungswachstum zur Erklärung des landwirtschaftlichen Fortschritts im Feudalismus heranzuziehen. Diesem Vorhaben haften zwar beträchtliche Mängel an. Aber während Malthus und seine Jünger behaupten, daß die Produktion von Nahrungsmitteln ganz erheblich hinter dem Bevölkerungswachstum zurückbleibt – wofür sie bis heute den Beweis noch nicht erbracht haben –, weist Abel nach, auf welche Weise und mit welchen Methoden die Erzeugung von Nahrungsmitteln im Feudalismus erheblich gesteigert werden konnte. Obwohl man also Abels Konzeption ablehnen muß, das Bevölkerungswachstum als *Hauptursache* des landwirtschaftlichen Fortschritts anzusehen, so ist doch das von ihm zusammengetragene Material für die Epoche des Feudalismus ein Beweis *gegen* die Neomalthusianer.

Gegen die Unterschätzung des Bevölkerungswachstums als *einer* Triebkraft des wirtschaftlichen Fortschritts wandte sich auch Hans Mottek in der Einleitung zur „Wirtschaftsgeschichte Deutschlands“. Sich auf die Feststellungen von Marx

¹⁷ Laube, A., a. a. O., S. 1571.

¹⁸ Vgl. Graffunder, S., Die gesetzmäßige Verelendung der werktätigen Volksschichten unter den Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung im Deutschland des vormonopolistischen Kapitalismus, landwirtschaftl. Diss., Berlin 1960, S. 217 ff.

und Engels über die Rolle des Bevölkerungswachstums im Rahmen der ökonomischen Entwicklung stützend, stellt er fest: „Die Tatsache, daß die Bevölkerungszunahme einen fördernden Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung hat, hängt auch damit zusammen, daß neben den Produktionsinstrumenten, mit deren Hilfe materielle Güter produziert werden, die Menschen mit ihrer Arbeitsfähigkeit und Arbeitsfertigkeit zu den Produktivkräften der Gesellschaft gehören, die Vermehrung der Bevölkerung also im allgemeinen eine Vermehrung der Produktivkräfte bedeutet.“¹⁹

Nach Abel betrug um die Mitte des ersten Jahrtausends nach der Zeitrechnung die Bevölkerung auf dem heutigen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland 600 000 bis 700 000 (S. 13). Sie stieg bis um das Jahr 1340 in ganz Deutschland auf etwa 14 Millionen, sank bis 1470 auf etwa 10 Millionen ab und erreichte etwa um 1560 den Stand von 1340 (S. 140). Bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges stieg die Bevölkerung auf 16 Millionen an, ging durch den Krieg auf 10 Millionen zurück (1650) und hatte um 1740 mit 18 Millionen das Vorkriegsniveau überschritten (S. 251). Für die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts wird die Gesamtbevölkerung mit rund 20 Millionen angegeben (S. 302).²⁰ Das beachtliche Anwachsen der Bevölkerung wird in einer Reihe von speziellen Arbeiten bestätigt.²¹

Will man nun die Wachstumsrate für die Zeit des Feudalismus im Überschlagnen errechnen, muß man den Ausgangswert schätzen. Verdoppelt man die von Abel für den Beginn des Feudalismus gegebene Zahl von 600 000 bis 700 000, um einen Anhaltspunkt für die Bevölkerung ganz Deutschlands zu haben, erhält man 1,2 bis 1,4 Millionen. Selbst wenn man aber höher greift und für die Mitte des ersten Jahrtausends eine Bevölkerung von 2 Millionen ansetzt, zeigt sich, daß sich die Bevölkerung bis zum Ende des Feudalismus mindestens *verzehnfacht* hat. Lassen wir die Entwicklung des Fleischverbrauchs außer Betracht, da hierzu die Meinungen in der Literatur geteilt sind²², und untersuchen wir nur den Einfluß der Bevölkerungsvermehrung auf die Getreideproduktion. Nimmt man an, daß der Pro-Kopf-Verbrauch an Getreide etwa gleich geblieben ist – und darüber gibt es in der Literatur kaum eine Kontroverse –, so ergibt sich, daß die Getreideproduk-

¹⁹ Mottek, H., Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd 1, Berlin 1957, S. 11.

²⁰ Bechtel, E., Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd 2, München 1952, S. 25–29; vgl. Kulischer, J., Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, Bd 2, Berlin 1954, S. 6 ff.

²¹ Abel, W., Agrarkrisen und Agrarkonjunktur in Mitteleuropa vom 13. bis zum 19. Jahrhundert, a. a. O., S. 48/49; Korth, S., Die Entstehung und Entwicklung des ostdeutschen Großgrundbesitzes, math. nat. Diss. Göttingen 1952, S. 102–104; Riemann, F.-K., a. a. O., S. 124/125; Lütge, F., Die bayrische Grundherrschaft, Stuttgart 1949, S. 9/10, 13 u. 63; Cramer, J., Die Grafschaft Hohenzollern, Stuttgart 1873, S. 47; Blaschke, K. H., Soziale Gliederung und Entwicklung der sächsischen Landbevölkerung vom 16. bis 18. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 2/1956, S. 147–149; Arnim, V. v., a. a. O., S. 34/35, 64/65, 76 u. 99; Klinkmüller, H., Die amtliche Statistik Preußens im vorigen Jahrhundert, Jena 1880, S. 6 = Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftl. Seminars zu Halle, Bd 2, H. 6; Behre, O., Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen bis zur Gründung des Kgl. Statistischen Bureaus, Berlin 1905, S. 63 ff., 67, 198 u. 410; Ziekursch, J., Hundert Jahre schlesischer Agrargeschichte, Breslau 1927, S. 61/62; Strakosch-Graßmann, G., Die Zahl der Landbevölkerung Deutschlands im Mittelalter, in: Deutsche Geschichtsblätter, Bd 14, 1913, S. 285/86.

²² Schmoller, G., Über Fleischkonsum, in: Zeitschrift des landwirtschaftlichen Zentralvereins der Provinz Sachsen, Bd 27, Jg. 1870, S. 201/202; derselbe, Die historische Entwicklung des Fleischkonsums sowie der Viehpreise in Deutschland, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Jg. 27, 1871, S. 290 ff., 303, 343, 358/359 u. 360/361; Inama-Sternegg, K. Th. v., Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Bd 3, T. 1, 1899, S. 366/367; Abel, W., Wandlungen des Fleischverbrauchs und der Fleischversorgung in Deutschland seit dem aus-

tion auf annähernd das Zehnfache hat gesteigert werden müssen. Da im Verlaufe des Feudalismus die Zahl und die Häufigkeit der Hungersnöte abnahm²³, muß die Getreideproduktion einigermaßen mit dem Bevölkerungszuwachs Schritt gehalten haben. Die Wachstumsrate der Getreideproduktion stimmte aber nicht völlig mit der Zunahme der Bevölkerung überein. Dadurch entstand in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts der Zwang, zum Kartoffelanbau überzugehen²⁴, der, nachdem die feudalen Hindernisse für seine Ausbreitung durch die Agrarreformen beseitigt worden waren, das Getreidedefizit im 19. Jahrhundert im wesentlichen überwand.²⁵

Die Agrargeschichte kann nicht, wenn sie nicht den Boden gesicherten Tatsachenmaterials verlassen will, auf die Gegenüberstellung von Bevölkerungswachstum und Produktionszuwachs verzichten. Die Bevölkerungszunahme im Feudalismus um – grob gerechnet – das Zehnfache ist kein zu übersehender Faktor für die Produktionssteigerung. Selbst in der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR, in der im Gegensatz zum Feudalismus das Bevölkerungswachstum als fortschrittsförderndes Element wesentlich an Bedeutung verloren hat, ist die voraussichtliche Bevölkerungszunahme neben den wichtigen Veränderungen in den Bedürfnissen der Werktätigen in der lang- und kurzfristigen Agrarplanung ein bedeutsamer Faktor. Dem Agrarhistoriker sind diese Details der Wirtschaftspolitik bekannt, und er fragt sich, welche Rolle spielten diese Faktoren in der Vergangenheit. Was aber die Agrargeschichtsschreibung der DDR von derjenigen Wilhelm Abels und seiner Freunde unterscheidet, ist, daß sie das Bevölkerungswachstum im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Gesamtsituation und nicht als „Ding an sich“ betrachtet.

Gegen die von Abel vorgenommene Einteilung des historischen Tatsachenmaterials in Entwicklungs- und Querschnittskapitel hat Heitz berechtigte Bedenken angemeldet.²⁶ Abel faßt die Zeitabschnitte von 500 bis 1300, von 1300 bis 1500, von 1500 bis 1618 und von 1650 bis 1800 jeweils in größeren Kapiteln zusammen, die er entsprechend sachlich und zeitlich unterteilt. In die Folge der

gehenden Mittelalter, in: *Berichte über Landwirtschaft*, N. F., Bd 22, 1938, S. 411, 414 ff. u. 449; *Sachs, C.L.*, Metzgergewerbe und Fleischversorgung der Reichsstadt Nürnberg bis Ende des 30jährigen Krieges, in: *Mitteilungen des Vereins für die Geschichte der Stadt Nürnberg*, 24/1922, S. 71/72, 75 u. 92/93; *Janssen, J.*, Die allgemeinen Zustände des deutschen Volkes, Bd 1, Freiburg/Br. 1913, 19. u. 20. Aufl., besorgt durch Ludwig v. Pastor, S. 392/393; *Detten, G. v.*, Westfälisches Wirtschaftsleben im Mittelalter, Paderborn 1902, S. 108; *Riemann, F. K.*, a. a. O., S. 2; *Adler, G.*, Die Fleishteuerungspolitik der deutschen Städte, Tübingen 1893, S. 9; *Vogt, W.*, Die Vorgeschichte des Bauernkrieges, in: *Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte*, 20/1887/1888, S. VII, 18, 23, 104/105, 121/122 u. 124; *Pastor, L.*, Erläuterungen und Ergänzungen zu Janssens „Geschichte des deutschen Volkes“, Bd 4, H. 4, Freiburg/Br. 1905, S. 49; *Lichtenfeld*, Die Geschichte der Ernährung, Berlin 1913, S. 59, 64 u. 74; *Hintze, K.*, Geographie und Geschichte der Ernährung, Leipzig 1934, S. 90–92.

23 *Curschmann, F.*, Hungersnöte im Mittelalter, Leipzig 1900; *Kulischer, F.*, a. a. O., Bd 2, S. 15.

24 *Fueß, W. F. K.*, Die Geschichte der Kartoffel, Berlin 1940, S. 43; *Goltz, Th. Freiherr v. d.*, a. a. O., Bd 1, S. 455; *Riemann, F.-K.*, a. a. O., S. 18; *Scharlau, K.*, Landeskulturgesetzgebung und Landeskultur-entwicklung im ehemaligen Kurhessen seit dem 16. Jahrhundert, in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, Jg. 1, 1953, S. 143; *Danneil, F.*, Beitrag zur Geschichte des magdeburgischen Bauernstandes, Bd 1, Halle/S. 1898 S. 493; *Löbe, W.*, Geschichte der Landwirtschaft im Altenburgischen Osterlande, Leipzig 1845, S. 97; *Hüllemann, H.*, Die Geschichte der Rittergüter in Reuß älterer Linie, Jena 1939, S. 855 = Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte Thüringens, Bd 2; *Bomann, W.*, Bäuerliches Hauswesen und Tagewerk im alten Niedersachsen, Weimar 1941, S. 145; *Schildt, F. C. J.*, Geschichte des Dorfes Büschow im mecklenburgischen Dominialamte Warin, Schwerin 1884, S. 47.

25 *Haushofer, H.*, a. a. O., S. 15 ff., 85/86.

26 *Heitz, Gerhard*, Deutsche Literaturzeitung, a. a. O., Sp. 530/1.

„Entwicklungskapitel“ fügt Abel Abschnitte ein, in denen er spezielle Probleme gesondert behandelt. So gibt er im zweiten Kapitel einen Gesamtüberblick über die Landwirtschaft im Hochmittelalter. Im sechsten Kapitel werden die tiefgreifenden Wirkungen des Dreißigjährigen Krieges untersucht. Im Schlußkapitel stellt Abel die Fortschritte im 18. Jahrhundert dar, die die kapitalistische Landwirtschaft des 19. Jahrhunderts vorbereiteten. In sachlicher Hinsicht sind die Querschnittskapitel Bestandteile der Entwicklungskapitel. Was zu diesen Kapiteln allgemein zu sagen war, ist gesagt. Es gibt aber zu einzelnen Problemen noch einiges zu bemerken.

Im ersten Kapitel über „Die mittelalterliche Ausbauzeit“ wird eine Reihe von bedeutsamen Berechnungen über den Umfang der Bevölkerung und der landwirtschaftlichen Nutzfläche um das Jahr 500 (S. 13), über den „Nahrungshaushalt einer frühmittelalterlichen Familie“ (S. 23) und über die Größe dörflicher Siedlungen im Hochmittelalter (S. 49) vorgenommen und ein Getreideertrag von 7 dt/ha im Frühmittelalter und von 10,5 dt/ha im Hochmittelalter zugrunde gelegt. Aussaatmenge und Schwund werden für das Frühmittelalter mit 2 dt/ha und für das Hochmittelalter mit 2,5 dt/ha angegeben (S. 13 und 49). Diese Zahlenangaben sind problematisch. Betrachten wir als Ausgangspunkt der Berechnungen zuerst die Aussaatmenge. Für das Früh- und Hochmittelalter sind nur sehr schwer Angaben über Aussaatmengen zu finden. Selbst für das 16. und 17. Jahrhundert gibt es nur dürftige Anhaltspunkte. Erst aus dem 18. Jahrhundert sind solche Angaben reichlicher vorhanden. Vergleicht man derartige Angaben, dann läßt sich neben einer gleichbleibenden eine leicht fallende Tendenz erkennen. Ein Anhalt für eine Steigerung ist nicht zu bemerken.²⁷ Unter diesen Bedingungen ist es vertretbar, die Aussaatmengen des 18. Jahrhunderts mit einer leichten Steigerung für das Früh- und Hochmittelalter zu übernehmen. Dabei muß folgender Umstand berücksichtigt werden: Die Aussaatmengen des 18. Jahrhunderts weisen auffällig große Unterschiede auf. Auf einem größeren Bauernhof in der Gegend von Altenburg, der über guten Boden verfügt, wurden nach einem Bericht von 1796 159,8 kg/ha Winterweizen ausgesät.²⁸ Von der Goltz gab für die Mitte des 18. Jahrhunderts eine Aussaat von 323 kg/ha Weizen an, also mehr als das Doppelte.²⁹ Bei Roggen waren die Extreme noch größer. Im Schaumburgischen wurden in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts 117,3 kg/ha ausgesät.³⁰ Von der Goltz gab für die gleiche Zeit 313 kg/ha an.³¹ Ähnlich lagen die Verhältnisse für die Aussaat der Sommergerste. Von den Bauern und Kleinbauern des Dorfes Peetze bei Hannover wurden nach einer amtlichen Erhebung aus dem Jahre 1774 93,1 kg/ha ausgesät.³² Im Dorfe Veltheim, im nördlichen Harzvorland, wurden nach einer Angabe aus dem Jahre 1764 275,6 kg/ha Saatgut verwandt.³³ Die größten Gegensätze bestanden in der Aussaat des Hafers. Nach einem Bericht an den preußischen König vom 13. Januar 1800 wurden in der Kurmark Brandenburg an Hafer als Mindestmenge 82,7 kg/ha ausgesät.³⁴ Von der Goltz gab für die Mitte des 18. Jahrhunderts 293,8 kg/ha an, also mehr als das Vierfache.³⁵ Die

27 Vgl. *Berthold, R.*, Die Entwicklungstendenzen des Ackerbaus in spätf feudaler Zeit unter besonderer Berücksichtigung des Anteils der Bauern am landwirtschaftlichen Fortschritt, phil. Habil. Schr. Berlin 1963 (MS), S. 284.

28 Ebenda, S. 279.

29 Ebenda, S. 284.

30 Ebenda, S. 278.

31 Ebenda, S. 284.

32 Ebenda, S. 279.

33 Ebenda, S. 278.

34 Ebenda, S. 281.

35 Ebenda, S. 284.

unterschiedlichen Aussaatmengen, vor allem die Extreme von 1:3 bis 4,7 zwischen den niedrigsten und höchsten Saatquanten, waren eine Folge des extensiven Ackerbaus. Ein Mittelwert ist unter diesen Umständen sehr schwierig zu errechnen. Trotzdem kann dem Abelschen Ausgangswert von 2 dt/ha für das Frühmittelalter zugestimmt werden. Irreal erscheinen jedoch die vorausgesetzten Erträge von 7 bis 7,5 dt/ha. Bittermann, der sich gründlich mit der Entwicklung der Getreideerträge im 19. und 20. Jahrhundert beschäftigte, nahm als Ausgangspunkt seiner Berechnungen für die Zeit um 1800 einen durchschnittlichen Getreideertrag von 8,4 dt/ha an.³⁶ Abels Schüler Riemann gab zirka 8 dt/ha an.³⁷ Diese Werte sind statistisch einigermaßen gut gesichert. Ihnen gegenüber erscheint Abels Angabe von 7 dt/ha für das Jahr 500 als zu hoch. Dieser Ertrag setzt eine Ertragsquote von 3,5 voraus, die erst im 17. und 18. Jahrhundert eine größere Verbreitung besaß.³⁸ Die Ertragsquote wird im Frühmittelalter zwischen 2 bis 3 gelegen haben, so daß der durchschnittliche Getreideertrag nicht höher als 6 dt/ha gewesen sein kann. Ein niedrigerer Wert in den Hektarerträgen führt aber zu anderen Ergebnissen in den von Abel vorgenommenen Berechnungen über die landwirtschaftliche Nutzfläche, die Größe der Dörfer, die Bevölkerungszahl und das Nahrungsmittelbudget landwirtschaftlicher Produzenten.

Im ersten Kapitel zeigt sich noch ein Mangel besonders deutlich, auf den schon Adolf Laube hingewiesen hat. In methodischer Hinsicht ist die Beweisführung gelegentlich unzureichend. Territoriale Einzelbeispiele müssen zu generalisierenden Aussagen herhalten, für die sie nur eine beschränkte Beweiskraft haben.³⁹ So sei nur auf Abels Darstellung einer angeblichen Verknappung des Grünlandes in der Periode von 500 bis 1300 hingewiesen (S. 37). Eine solche Verknappung trat in den Gebieten, die nicht ausgesprochene Grünlandgebiete waren, als *allgemeine* Erscheinung erst im 18. Jahrhundert auf. Vor 1300 war sie nur in wenigen, dichtbesiedelten Teilen Westdeutschlands zu finden. Aber auch Vorgänge, die in eine viel spätere Zeit gehören, werden als Beweismaterial gebracht. Aus der Mitteilung, daß um 1870 die Bauern im oberbayerischen Land mit Milch angerichteten Haferbrei aßen und der Pfarrer und der Lehrer noch als Überbleibsel des Feudalismus Haferabgaben erhielten, wird auf einen Haferanbau im Mittelalter geschlossen (S. 37). Auch der ganze Abschnitt „Ernteschwankungen und Wechselagen der Landwirtschaft“ lebt im erheblichen Maße von Tatsachen, die in eine spätere Zeit gehören und wenig über diesen Gegenstand im Früh- und Hochmittelalter aussagen.

Das dritte Kapitel über „Die spätmittelalterliche Agrardepression“ entspricht in seiner Konzeption dem Abelschen Buch „Die Wüstungen des ausgehenden Mittelalters“.⁴⁰ Obwohl er ein ausgezeichnetes Material über die Preis- und Lohnbewegung (S. 119 ff.), den Rückgang der „Herreneinkommen“ (S. 123 ff.) und über die steigende Ausbeutung der Bauern bringt (S. 127 ff., 131 ff.), sieht Abel

36 Bittermann, E., Die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland 1800–1950, in: Kühn-Archiv, Bd 70, H. 1, Halle 1956, S. 33.

37 Riemann, F.-K., a. a. O., S. 36/37.

38 Berthold, R., Einige Bemerkungen über den Entwicklungsstand des bäuerlichen Ackerbaues vor den Agrarreformen des 19. Jahrhunderts, in: Beiträge zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Berlin 1962, S. 128/129.

39 Laube, A., a. a. O., S. 1572

40 Abel, W., Die Wüstungen des ausgehenden Mittelalters, Stuttgart 1955 = Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd 1.

die Hauptursachen für die Wüstungen völlig einseitig im Bevölkerungsrückgang. „Darum muß der Kern des Wüstungsprozesses in dem Rückgang der Bevölkerung gesehen werden. Die Wanderung von Ort zu Ort ergab sich zusätzlich und in verständlicher Reaktion“ (S. 107). Damit billigt Abel den anderen aufgeführten Faktoren nur eine modifizierende Wirkung zu. Auf die Mängel einer solchen Betrachtungsweise wies schon František Graus hin, der die Agrardepression in den Gesamtzusammenhang der Krisenerscheinungen des 14. und 15. Jahrhunderts stellte.⁴¹ „Falls wirklich die Pest für die Krise verantwortlich wäre, dann müßte sie ja in der *Mitte* des 14. Jahrhunderts – gleichzeitig mit der Pest – ausbrechen. Nun haben wir aber bereits gesehen, daß dies nicht stimmt, daß die Krisenerscheinungen früher, z. T. im 13. Jahrhundert auftauchen.“⁴² Faktisch bestätigt auch Abel mit seiner Schilderung der Entwicklung der Preise und Löhne diese Feststellung (S. 119 ff.). Aber er erkennt nicht die Zusammenhänge zwischen diesem Vorgang und der Agrardepression, weil er sich einseitig auf die Schwankungen im Bevölkerungswachstum orientiert. Deshalb mußte er übersehen, daß die Pestepidemien des 14. Jahrhunderts nicht die Agrardepression heraufbeschworen, sondern sie erheblich verstärkten. Die eigentliche Ursache dürfte nach Graus „in tieferen Veränderungen der *feudalen* Ökonomie zu suchen“ sein.⁴³ Den Inhalt dieser Veränderungen sieht Graus im Übergang von der Natural- zur Geldrente, der zu wesentlichen Verschiebungen in der Struktur der feudalen Gesellschaft führte. Auf einen methodischen Mangel in der Beweisführung für die Abelsche Wüstungstheorie, der auch in dem vorliegenden Kapitel zu finden ist, wies Jürgen Kuczynski in einem geistvoll geschriebenen Aufsatz über die Rolle der Natur in der Gesellschaft anlässlich der Lektüre von Abels Buch über die Wüstungen hin.⁴⁴ Abel zieht die Angaben über Wüstungen für das 14. und 15. Jahrhundert zu einer Zahl zusammen (vgl. S. 106/107). An diesem Verfahren nahm Kuczynski Anstoß, weil er von der richtigen Überlegung ausging, daß im 15. Jahrhundert eine Reihe von gesellschaftlichen Erscheinungen auftauchen, die auf andere Ursachen als auf solche, die im 14. Jahrhundert wirksam waren, zurückgeführt werden müssen. Als in der historischen Statistik erfahrener Wirtschaftshistoriker – er hat zum Beispiel Bahnbrechendes in der Berechnung von Lebenshaltungsindizes der Arbeiterklasse geleistet, wodurch erst ein internationaler Vergleich für einen historisch größeren Zeitabschnitt ermöglicht wurde – gliederte er die von Abel pauschal gebrachten Wüstungsangaben nach den beiden genannten Jahrhunderten, wobei sich als überraschendes Ergebnis zeigt, daß die Zahl der Wüstungen im 15. Jahrhundert größer als im 14. Jahrhundert war. „Das heißt, die Wüstungen haben sich im Grunde genau umgekehrt wie Seuchen und entsprechende Einbrüche in den Bevölkerungsstand entwickelt: Das Jahrhundert der größeren Seuchenentwicklung zeigt die geringere Zahl der Wüstungen.“⁴⁵ Durch sein richtiges Herangehen an die statistisch erfaßbaren Wüstungsvorgänge zeigte Kuczynski die Mängel auf, die der Methode anhaften, die Veränderungen in der landwirtschaftlichen Produktion einseitig aus den Schwankungen der Bevölkerungsentwicklung erklären zu wollen.

41 Graus, F., Die erste Krise des Feudalismus, in: ZfG., 4/1955, S. 552–592.

42 Ebenda, S. 580.

43 Ebenda, S. 582.

44 Kuczynski, J., Einige Überlegungen über die Rolle der Natur in der Gesellschaft anlässlich der Lektüre von Abels Buch über Wüstungen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963, T. 2, Berlin 1963, S. 284–297.

45 Ebenda, S. 292.

Im Abschnitt über „Viehhaltung, Viehhandel und Fleischverzehr im Spätmittelalter“ wird über eine beträchtliche Einfuhr von Schlachtvieh berichtet, die im Widerspruch zu der durch die Wüstungen bedingten extensiveren Nutzung des Bodens steht. Abel berichtet selbst, wie an die Stelle des Getreides Weide, Busch und Wald trat, die in der damaligen Zeit viehwirtschaftlich genutzt wurden (S. 105, 111 ff.). Von der Seite des Bodens waren die Voraussetzungen für eine Ausbreitung der deutschen Schlachtvieherzeugung gegeben. Warum wurden aber diese Bedingungen nur unvollkommen ausgenutzt? Abel führt hierfür mehrere Ursachen an:

1. Die „kapitalistische“ Organisation der Viehhaltung und des Viehhandels beispielsweise in Ungarn.
2. Die zersplitterte Produktion der westdeutschen Bauern.
3. Das Fehlen von Viehfarmen in Ostdeutschland infolge Unvermögens der dortigen Feudalherren.

Obwohl diese Gründe im einzelnen richtig sind, gehen sie doch an wesentlichen Ursachen vorbei. In einer Zeit steigender Feudalrente, und das 15. Jahrhundert ist durch diese Erscheinung gekennzeichnet, konnte bei den Bauern nur schwer ein nachhaltiges Interesse an einer Erhöhung der Produktion aufkommen, weil die hierfür notwendigen materiellen Reserven fehlten. Die durchschnittliche Bauernwirtschaft des Altsiedellandes schloß mit einem Defizit des Wirtschaftsjahres ab (S. 133/134). Wer sein Kalb verkaufen mußte oder es für den Eigenbedarf dringend benötigte, konnte seinen Viehstapel nicht erweitern. In dieser Hinsicht ist die Unmöglichkeit, sich den veränderten Marktverhältnissen betriebswirtschaftlich anpassen zu können, bereits ein Ausdruck der Agrardepression und findet ihre Erklärung in den gesellschaftlichen Verhältnissen.

In diesem Zusammenhang kehrt die oft wiederholte, aber dadurch nicht glaubwürdiger gewordene Behauptung vom hohen Fleischverzehr im späten Mittelalter wieder (S. 114/115). In Berlin beispielsweise sollen im Jahre 1357 von den 8000 Bewohnern täglich je 3 Pfund Fleisch verzehrt worden sein. Schränkt man das „täglich“ auf dreihundert Tage im Jahr ein, dann verzehrt damals ein Berliner 900 Pfund Fleisch pro Jahr. Diese Menge mutet phantastisch an, wenn man sie in Beziehung zum Schlachtgewicht der Tiere setzt. Nach Albrecht D. Thaer wog um 1800 eine geschlachtete Kuh 250 Berliner Pfund.⁴⁶ Da kein Beweis für ein höheres Schlachtgewicht für die Zeit um 1400 bekannt ist, muß obigen Angaben zufolge ein Berliner damals 3,6 Kühe pro Jahr verzehrt haben und die 8000 Einwohner die stattliche Herde von 28000 Stück Kühen. Da es um 1340 in Deutschland schon 14 Millionen Einwohner gab, fragt man sich, wo wohl das liebe Vieh hergekommen sein mag, um diesen Fleischhunger zu stillen. Aus den von Abel mitgeteilten Tatsachen über die Landwirtschaft im Spätmittelalter läßt sich das nicht erkennen (S. 109 ff.). Die Größe der Bauernwirtschaften und die niedrigen Leistungen des Ackerlandes und der Viehwirtschaft lassen nur den Schluß zu, daß diese Zahlen unreal sind. Deshalb ist Kurt Ritter recht zu geben, der sich in seiner großräumigen Betrachtungsweise gegen die Annahme eines hohen Fleischverzehrs im Mittelalter wandte.⁴⁷

Im Widerspruch zu den Ausführungen über den allgemein hohen Fleischverzehr stehen an anderer Stelle Bemerkungen, die das mißliche Leben der Bauern be-

⁴⁶ Thaer, A. D., Grundsätze der rationellen Landwirtschaft, Berlin 1880, S. 772.

⁴⁷ Ritter, K., Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im Kapitalismus, Bd 2/1, Berlin 1955, S. 1465 ff.

schreiben (S. 134/135). Abel gibt diese Quellen- und Literaturangaben kommentarlos wieder. Dem Leser bleibt es überlassen, nach einer Erklärung zu suchen, die nur in Richtung der unterschiedlichen Berichterstattung liegt. In einem Teil der zeitgenössischen Berichte wird nämlich das Leben der begüterten Bauern, der bäuerlichen Oberschicht der Dörfer, beschrieben, während andere Quellen vom Nahrungsmittelverbrauch und von der Armut kleiner und manchmal auch mittlerer Bauern berichten. Ein Blick auf die Betriebsgrößenstruktur der spätmittelalterlichen Dörfer bestätigt, daß der Übergang von der Natural- zur Geldrente zu einer Differenzierung der Bauernschaft führte.⁴⁸

Im fünften Kapitel wird für die Schilderung der deutschen Landwirtschaft des 17. und 18. Jahrhunderts reichhaltiges Material verwandt. Die Darstellung hätte differenzierter und überzeugender sein können, wenn aus der einschlägigen Spezialliteratur einiges mehr an bemerkenswerten Fakten mitgeteilt worden wäre. Das soll an einigen Beispielen aufgezeigt werden.

Der erste Abschnitt des fünften Kapitels befaßt sich mit dem landwirtschaftlichen Betrieb. Diesem Abschnitt hätte auf jeden Fall eine Aufstellung der Betriebsgrößenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe einiger repräsentativer Orte oder Gebiete beigegeben werden müssen, um das Verhältnis zwischen den einzelnen Betriebsgrößen und Betriebsformen deutlich zu machen, die in den folgenden Unterabschnitten beschrieben werden. Die Untersuchungen von Bog⁴⁹, Mone⁵⁰, Winterwerber⁵¹, Kötzschke⁵², Blaschke⁵³, Danneil⁵⁴, Riechelmann⁵⁵, Kraaz⁵⁶, Garben⁵⁷, Schwieters⁵⁸, Bartholdi⁵⁹, Heitz⁶⁰, Livonius⁶¹,

48 Lösche, D., Zur Lage der Bauern im Gebiet der freien Reichsstadt Mühlhausen in Th. im 15. und 16. Jahrhundert, Wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1961 (MS), S. 31 ff., 74 ff. u. 166 ff.; Wallach, L., Größe und Vorkommen der Schuppe, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd 26, 1933, S. 267 ff.

49 Bog, I., Die bäuerliche Wirtschaft im Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges, Coburg 1952, S. 17/18, 20 u. 44 = Schriften des Instituts für fränkische Landesforschung an der Universität Erlangen, Historische Reihe, H. 4.

50 Mone, F. J., Landwirtschaft am Kocher im 17. Jahrhundert, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd 12, 1861, S. 259/260.

51 Winterwerber, P., Die geschichtliche Entwicklung der Flurverfassung und der Grundbesitzverhältnisse im Kreis St. Goarshausen, Landwirtschaftl. Diss. Hohenheim 1955, S. 39 u. 52.

52 Kötzschke, R., Ländliche Siedlung und Agrarwesen in Sachsen, Remagen 1953, S. 175/176 = Forschungen zur deutschen Landeskunde, Bd 77.

53 Blaschke, K.-H., a. a. O., S. 153/154.

54 Danneil, F., a. a. O.

55 Riechelmann, B., Vom Ackerhof zum Großgut, Leipzig 1926, S. 8/9, 21–23, 42, 85 u. 87 = Wirtschafts- und Verwaltungsstudien mit besonderer Berücksichtigung Bayerns, Bd 72.

56 Kraaz, A., Bauerngut und Frondienste im Anhalt vom 16. bis zum 19. Jahrhundert, Jena 1898, S. 67 u. 255 ff. = Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftl. Seminars zu Halle, Bd 18.

57 Garben, I., Die landwirtschaftlichen Faktoren in der Entwicklung der Schaumburg-Lippischen Kulturlandschaft, Diss. an der Technischen Hochschule Hannover 1951, Tabellen 1–4.

58 Schwieters, J., Die Bauernhöfe des östlichen Teiles des Kreises Lüdinghausen, Münster 1888, unveränd. Aufl. 1954, S. 24 ff.

59 Bartholdi, C.-A., Wirtschaftliche und soziale Verhältnisse des mecklenburgischen Dominialbauernums im Jahrhundert vor dem 30jährigen Krieg, jur. Diss. Rostock 1936, Anlage III.

60 Heitz, G., Über den Teilbetriebscharakter der gutherrlichen Eigenwirtschaft in Scharbow (Mecklenburg) im 17. und 18. Jahrhundert, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, Jg. 8, 1958/1959, S. 316 ff., 319 u. Anhang.

61 Livonius, E. v., Die wirtschaftliche Entwicklung des Rittergutes Grumkow in Pommern 1679–1926, Leipzig 1927, S. 13, 17 u. 63/64 = Wirtschafts- und Verwaltungsstudien mit besonderer Berücksichtigung Bayerns, Bd 75.

Mecke⁶² und Behre⁶³, um nur einige Autoren zu nennen, enthalten für eine Darstellung der Betriebsgrößenstruktur wertvolle Unterlagen.

Im Unterabschnitt über „die Gutsbetriebe“ (S. 187 ff.) wird über die räumliche Verteilung dieser Betriebe und den Arbeitskräftebesatz berichtet, aber es fehlen umfassendere statistische Angaben über Betriebsflächen, Viehbesatz, Ausstattung mit Geräten, Gebäuden und Saatgut sowie über Nutzflächenverhältnisse, aus denen Rückschlüsse auf die Betriebsgestaltung und die Produktionsrichtung gezogen werden können. Lediglich für Mecklenburg werden Angaben über die Größe der Betriebsflächen – nach Tessin⁶⁴ – gebracht, und hinsichtlich der Betriebsgestaltung wird lediglich über die Verselbständigung und Ausgliederung einzelner Produktionszweige berichtet. Das ist immerhin erstaunlich, weil über die feudalen landwirtschaftlichen Großbetriebe verhältnismäßig viel Quellenmaterial vorliegt und ihr Betriebsgeschehen schon gründlich untersucht worden ist. Den älteren Arbeiten von Backhaus⁶⁵, Görtz-Wrisberg⁶⁶, Böhme⁶⁷ und Heisig⁶⁸ schloß sich eine solche Fülle von neueren Untersuchungen an, daß es sich verbietet, Namen zu nennen.

Ähnliche Einwände wie gegen die Darstellung der Gutsbetriebe bestehen auch gegen die Schilderung der Bauernwirtschaften (S. 193 ff.). Angaben über Viehbesatz und Anbauverhältnisse finden sich nur verstreut in verschiedenen Abschnitten (S. 221 und 231), wobei nur eine einzige Bauernwirtschaft hinsichtlich der Anbaustruktur analysiert wird. Materialien zu diesen Problemen sind aber in der bereits genannten Literatur über Betriebsgrößenstruktur ebenfalls enthalten.

Im Unterabschnitt über die Kleinstbetriebe vermißt man Angaben über die Ursachen ihrer Entstehung und über die Tendenz ihrer Entwicklung. Selbst bei der hier gewählten stofflichen Aufteilung der Agrargeschichte des Feudalismus, bei der sich Abel auf die Darstellung des landwirtschaftlichen Aspekts der Entwicklung beschränken mußte, hätte diese Problematik erwähnt werden müssen, denn es gibt auch rein landwirtschaftliche Gründe für die Entstehung und die Existenz der Kleinstbetriebe.⁶⁹

Der zweite Abschnitt des fünften Kapitels behandelt die Bodennutzung. Er beginnt mit folgenden Feststellungen: „Eine Gliederung der Bodennutzungen ist

62 Mecke, M., Bauerntum und Großgrundbesitz des Kreises Rummelsburg in 6 Jahrhunderten, math. nat. Diss. Göttingen 1936, S. 46/47 u. 103.

63 Behre, O., a. a. O., S. 62, 159 u. 170.

64 Tessin, G., Wert und Größe mecklenburgischer Rittergüter zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Jg. 3, 1955, S. 145 ff.

65 Backhaus, A., Entwicklung der Landwirtschaft auf den Gräflich Stollberg-Wernigerödischen Domänen, Jena 1888 = Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftl. Seminars zu Halle, Bd 5, H. 6.

66 Görtz-Wrisberg, W., Graf v., Die Entwicklung der Landwirtschaft auf den Görtz-Wrisbergischen Gütern in der Provinz Hannover, Jena 1880 = Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle, Bd 2, H. 4.

67 Böhme, O., Entwicklung der Landwirtschaft auf den Kgl. Sächsischen Domänen, Berlin 1890.

68 Heisig, J., Historische Entwicklung der landwirtschaftlichen Verhältnisse auf den reichsgräfllich-freistandesherrlichen Schaffgotischen Güterkomplexen in Preußen-Schlesien, Jena 1884 = Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftl. Seminars zu Halle, Bd 3, H. 3.

69 Vgl. Blaschke, K.-H., a. a. O., S. 150–153; Boelcke, W., Bauer und Gutsherr in der Oberlausitz, Bautzen 1957, S. 41–45 u. 187; Hüllemann, H., a. a. O., S. 220–223 u. 666/667; Strehlike, R., Der Verlauf der Domänenerebpacht im 18. Jahrhundert, phil. Diss. Berlin 1954 (MS), S. 181–183; Kraaz, A., a. a. O., S. 110 bis 112.

nur nach den Merkmalen möglich, die in den Quellen überliefert sind, und das sind wenige. Sie erlauben in der Regel nicht, den Anteil der angebauten Pflanzen und Früchte an den Gesamtflächen oder den Anteil einzelner Ernten am Gesamtprodukt der Betriebe zu bestimmen, weil – von geringen Ausnahmen abgesehen – die Weiden und Hütungen in Gemeinschaft genutzt und nur, wenn überhaupt, nach Maßgabe des erlaubten Auftriebs auf den einzelnen Betrieb bezogen waren“ (S. 199). Tatsächlich kann die Gliederung der Bodennutzung nur nach Maßgabe der Quellen erfolgen. Das ist eine alte Weisheit. Ob aber in den Quellen nur wenige Merkmale angegeben sind, müßte Abel erst beweisen. Hans-Heinrich Müller hat in seiner Dissertation auf der Grundlage eines gründlichen Quellenstudiums für Brandenburg eine detaillierte Schilderung des Nutzflächenverhältnisses und der Anbauverhältnisse gegeben.⁷⁰ Da diese Dissertation im gleichen Jahr wie Abels „Geschichte der deutschen Landwirtschaft“ vorgelegt wurde, konnte Abel sie nicht mehr benutzen. Aber in der bis dahin bekannten agrarhistorischen Literatur sind so viele Angaben über das Nutzflächenverhältnis und die Anbauverhältnisse enthalten, die alle quellenmäßig belegt sind, daß Wilhelm Abel nur einen Bruchteil hätte verwenden können. Die Angaben über das Nutzflächenverhältnis beziehen sich auf einzelne Betriebe, Dörfer, Ämter und Gutswirtschaften, aber auch auf größere Territorien, und für 1800 liegt sogar eine Berechnung für ganz Deutschland vor.⁷¹ Ähnlich steht es mit Angaben über Anbauverhältnisse, wobei hier, wie Abel richtig bemerkt, die Unkenntnis über den jeweiligen Anteil des genossenschaftlich oder individuell genutzten Gemeindegrünlandes Schwierigkeiten bereitet. Diese Schwierigkeit kann jedoch umgangen werden, wenn nur die Anbauverhältnisse auf dem Ackerland geschildert werden, die relativ gut überliefert und erforscht sind.⁷² Natürlich läßt sich mit diesen Materialien erst für die Zeit um 1800 ein gesamtdeutscher Überblick gewinnen, aber für die Zeit vorher ist aus den Einzelangaben zumindest die Entwicklungstendenz ersichtlich.

Im Unterabschnitt über den Getreideanbau (S. 202 ff.) fehlen Angaben über die Entwicklungstendenzen des Anbaus und der Verbreitung der wichtigsten Halmfrüchte.⁷³ Unzureichend ist auch die Darstellung der Aussaat und der Ernte, für die es ebenfalls besseres und auch reichlicheres Zahlenmaterial und zeitgenössische Beschreibungen gibt.⁷⁴ Im folgenden Unterabschnitt werden die Erträge behandelt (S. 206 ff.). Bis auf die beiläufig genannte Bodengüte (S. 208) wird nichts über die Faktoren berichtet, die außerdem die Ertragshöhe bestimmten, in der sich bekanntlich natürliche, betriebswirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse widerspiegeln.⁷⁵ In ähnlich bruchstückhafter Art und Weise ist der Unterabschnitt „Wiese und Weiden“ behandelt. Lediglich über den schlechten Zustand derselben und über die vielen zeitgenössischen Hinweise zur besseren Grünlandbewirtschaftung wird berichtet. Da aber bekanntlich das Grünland zu den zentralen land-

70 Müller, H.-H., Die Entwicklungstendenzen des Ackerbaues in Brandenburg vor den Reformen des 19. Jahrhunderts, wirtschaftswissenschaftl. Diss. Berlin 1962 (MS), S. 56 ff. u. 110 ff.; überarbeiteter Teilabdruck: Müller, H.-H., Die Entwicklung der Anbauverhältnisse in der märkischen Landwirtschaft vor den Agrarreformen von 1807, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964, T. 1, Berlin 1964, S. 213–244.

71 Berthold, R., Die Entwicklungstendenzen des Ackerbaues . . . , a. a. O., S. 82–100. Es ist nur ein beschränkter Teil der tatsächlichen in der Literatur vorhandenen Angaben ausgewertet worden.

72 Ebenda, S. 198–243.

73 Ebenda, S. 198–206.

74 Ebenda, S. 271–297.

75 Ebenda, S. 297–303.

wirtschaftlichen Problemen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gehört, wäre an dieser Stelle eine gründlichere Behandlung am Platze gewesen. Da aber zu Beginn des Abschnitts über die Bodennutzung keine Darstellung der Entwicklung des Nutzflächenverhältnisses erfolgte, muß die Problematik des Grünlandes beziehungslos im Raume stehen bleiben.

Im siebenten und letzten Kapitel wird die im fünften begonnene Darstellung der landwirtschaftlichen Produktion im 17. und 18. Jahrhundert unter dem Vorzeichen des Aufschwungs im 18. Jahrhundert fortgeführt. Das Kapitel wird durch einen Abschnitt über die Grundlagen des Fortschritts eingeleitet. Die wichtigste Grundlage des wirtschaftlichen Fortschritts, die Entwicklung von Gewerbe und Handel, sowie die Durchsetzung der Manufaktur, die in wirtschaftshistorischer Hinsicht zur Bezeichnung „Manufakturperiode“ für das 18. Jahrhundert führte, wird überhaupt nicht erwähnt. Dafür wird bei der Beantwortung der Frage, warum „die wachsende Volksmenge nicht zu konstanten oder sinkenden Preisen ernährt werden konnte“, mit dem angeblichen Gesetz vom „abnehmenden Ertragszuwachs“ operiert (S. 252). Es ist hier nicht der Ort, sich mit dem angeblichen „Gesetz“ des „sinkenden Bodenertrags bei steigenden Aufwendungen“ oder des „sinkenden Ertragszuwachses“, wie es neuerdings formuliert wurde, auseinanderzusetzen. Darüber schrieb bereits Kurt Ritter ein materialreiches Kapitel in seinem umfangreichen Werk über die Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im Kapitalismus.⁷⁶ Eines ist jedoch durch die schon genannte, auf den Statistiken des früheren Deutschen Reiches und seiner Teilstaaten beruhenden Arbeit von Bittermann bewiesen: Nach dem Wegfall der hemmenden feudalen Produktionsverhältnisse brachten steigende Aufwendungen von vergegenständlichter und lebendiger Arbeit sowie Änderungen im Bodennutzungssystem und bessere Betriebsorganisation *wachsende* Erträge. Nach Bittermann stiegen die Erträge bei Getreide von 8,4 dt GE (Getreideeinheiten) je Hektar um 1800 auf 16,3 im Jahre 1900 und auf 23,7 1949/1951.⁷⁷

Im Abschnitt über die Intensivierung und den technischen Fortschritt (S. 283 ff.) behandelt Abel im Zusammenhang mit der verbesserten Dreifelderwirtschaft die den Fortschritt hemmenden Faktoren. Mit dem Satze: „Es scheint nützlich, die Widerstände noch einmal aufzuzählen, die sich der Besömmerung der Brache im allgemeinen und dem Kleeanbau im besonderen in den Weg stellten, und die Liste noch durch einige bisher (auch in anderem Schrifttum) weniger beachtete aber doch recht wesentliche Punkte zu ergänzen“ (S. 283), wird gegenüber der bisherigen bürgerlichen Forschung der Eindruck erweckt, als sei die folgende Aufzählung der hemmenden Faktoren vollständiger und begründeter. Es werden genannt (S. 283 bis 285):

1. das Hütungsrecht auf dem Brachfelde,
2. die Erhebung des Zehnten,
3. Art und Weise der Verpachtung von Gütern (Pachtverträge fixierten Hütungs- und Zehntrechte),
4. hohe Kosten für Kleeanbau durch Bau von Zäunen und niedrige Erträge,
5. psychologische und soziologische Schwierigkeiten (Verspottung des Klees als Gras, giftige Dünste durch Klee verbreitet).

⁷⁶ Ritter, K., a. a. O., Bd 1, S. 65 ff.

⁷⁷ Bittermann, E., a. a. O., S. 94.

Diese Liste ist jedoch unvollständig und bringt den größeren und entscheidenderen Teil der den Fortschritt hemmenden Faktoren überhaupt nicht. Hierzu gehören⁷⁸:

1. die Gemengelage der Äcker,
2. der Flurzwang,
3. die Bodenzersplitterung,
4. die Abhängigkeit der Bauern von den Feudalherren (Unfreiheit und Abgaben),
5. die Frondienste,
6. das Feudaleigentum (schlechtes Besitzrecht),
7. die Kreditunfähigkeit,
8. das Mißtrauen gegen obrigkeitliche Propagierung neuer Nutzpflanzen aus Furcht vor Erhöhung der Abgaben.

In diesem Zusammenhang ist es erfreulich zu lesen, wie bereits damals der Hohenlohesche Landpfarrer Johann Friedrich Mayer aus dem Dorfe Kupferzell in seinem vielgelesenen Buche „Beyträge . . . zur Aufnahme der Land- und Hauswirtschaft“ die feudale Ausbeuterordnung brandmarkte: „Viele müßige Mäuler verzehren das Brot, ohne eines zu bauen, und verzehren mehr, als der, dessen Fleiß also undankbar mißbraucht wird. Vom Bettler herauf, bis an die Seiten der Fürsten, sehe ich eine Reihe solcher Müßiggänger in allerhand Aufzügen, und die Obersten sind weit mehr abscheulicher in ihren glänzenden Lappen, als der Bettler in seinen stinkenden Lumpen. Die göttliche Antwort sagt uns: wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Die ganze menschliche Gesellschaft sollte diesen Räubern der gemeinen Wohlfahrt sich in ihren Räubereien widersetzen. Wider den niederen Bettler hat man den Bettelvogt, wer steht aber wider die, die ganz müßig vor jetzo zum Zeitvertreib da sind?“⁷⁹

Abel zitiert oft die Schriften des damals populären Mannes. Sollte er diese Stelle einfach übersehen haben?

Die Darstellung der Fruchtwechselwirtschaft (S. 287/288) wird man jetzt durch die Untersuchung von Hans-Heinrich Müller über ihre Einführung in Brandenburg ergänzen müssen.⁸⁰ Müllers materialreiche Ausführungen sind vor allem durch die besondere Berücksichtigung des Anteils der Gutspächter am landwirtschaftlichen Fortschritt bemerkenswert. Müller macht deutlich, daß vor allem das bürgerliche Element, repräsentiert durch den „Pächter“, entscheidenden Anteil an der Einführung neuer Produktionsverfahren und Nutzpflanzen hatte.⁸¹

78 Vgl. *Hanssen, G.*, Agrarhistorische Abhandlungen, Bd 1, Leipzig 1880, S. 163/164, Bd 2, Leipzig 1884, S. 198, 201/202 u. 222; *Schröder-Lembke, G.*, Die Einführung des Kleebaues in Deutschland vor dem Auftreten Schubarts von dem Kleefelde, Berlin 1954, S. 44/45 = Wissenschaftliche Abhandlungen, hg. v. der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, Bd 10; *Haun, F. J.*, Bauer und Gutsherr in Kursachsen, Straßburg 1892, S. 58/59 = Abhandlungen aus dem staatswissenschaftl. Seminar zu Straßburg, H. 9; *Lerch, H.*, Hessische Agrargeschichte des 17. und 18. Jahrhunderts, Hersfeld (H.-N.) 1926, S. 95 u. 100; *Winterweber, P.*, a. a. O., S. 31, 57, 63/64 u. 72/73; *Kötschke, R.*, a. a. O., S. 179; *Bachhaus, A.*, a. a. O., S. 145 ff. u. 151; *Danneil, F.*, a. a. O., Bd 2, S. 381; *Goltz, Th. Freiherr v. d.*, a. a. O., Bd 1, S. 17, 248, 319 u. 330/331; *Mayer, J. F.*, Beyträge und Abhandlungen zur Aufnahme der Land- und Hauswirtschaft . . . zweite Fortsetzung der Beyträge, Frankfurt 1771, S. 120; *Hausmann, S.*, Die Grundentlastung in Bayern, Straßburg 1892, S. 78 = Abhandlungen des staatswissenschaftl. Seminars zu Straßburg, H. 10; *Ziekursch, J.* a. a. O., S. 186.

79 *Mayer, J. F.*, a. a. O., S. 135/136.

80 *Müller, H.-H.*, Die Entwicklungstendenzen des Ackerbaues in Brandenburg vor den Reformen des 19. Jahrhunderts, a. a. O., S. 229 f.

81 Ebenda, S. 194 ff.

Bislang bestand in der Fachliteratur die Ansicht, die Feudalherren wären die Träger des Fortschritts gewesen. In absehbarer Zeit wird Müller zu diesem umstrittenen Gebiet der agrarhistorischen Forschung eine auf gründlichem Quellenstudium fußende Abhandlung vorlegen, die die in seiner Dissertation aufgestellte und schon ausreichend bewiesene These in einen größeren Zusammenhang stellt. Abschließend kann gesagt werden, daß die von Abel verfaßte „Geschichte der deutschen Landwirtschaft“ trotz aller erhobenen Einwände eine wesentliche Bereicherung des agrarhistorischen Schrifttums ist. Ihr bleibender Wert liegt in ihrer Parteinahme für den landwirtschaftlichen Fortschritt im Feudalismus.

Technische oder kapitalistische Landwirtschaft?

Einige Bemerkungen zu Heinz Haushofer:

Die deutsche Landwirtschaft im technischen Zeitalter = Deutsche Agrargeschichte, hg. v. Günther Franz, Bd 5

*Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart 1963, 290 Seiten, 18 Abbildungen,
12 Bildtafeln, Preis 39,80 DM*

VON JAN ŠOLTA

In der von G. Franz herausgegebenen „Deutschen Agrargeschichte“ bildet H. Haushofers Buch den fünften und letzten Teil. Haushofer läßt seine Abhandlung mit dem Wiener Kongreß beginnen und beschließt die in vier Kapitel gefaßte Darstellung mit dem Ausgang des zweiten Weltkrieges.

Im ersten Kapitel, das die Entwicklung vom Wiener Kongreß bis zum Jahre 1848 behandelt und das zwei Fünftel des Bandvolumens einnimmt, wird der nach 1815 sich vollziehende „Umbau der deutschen Landwirtschaft“ beschrieben. Im Agrarwesen gab es keine Wiederherstellung des Alten. „Der deutsche Bund mag zwar als Wächter, als Verhinderer und nicht als Beweger gedacht gewesen sein – in den Fragen der Agrarstruktur herrschte aber stärkste und rascheste Bewegung, die auch von den Kräften der politischen Restauration nur hin und wieder abgebremst, niemals aber abgestoppt werden konnte“ (S. 16).¹ Doch muß Haushofer auch „die Erstarrung des ganzen Systems“ zu Beginn des 19. Jahrhunderts zugeben, wenn er zum Beispiel von den Frondiensten spricht, und einräumen, daß die Ablösung der Dienste im Zeitraum zwischen 1815 und 1848 „trotz der Logik der wirtschaftlichen Entwicklung“ nicht kontinuierlich vor sich ging (S. 65). Es ist natürlich übertrieben zu sagen, daß mit dem Jahre 1848 „die letzten Reste der grundherrlichen Verfassung“ weggefallen seien (S. 66) oder „der endgültige Abbau aller grund- und standesherrlichen Vorrechte“ vollzogen worden sei (S. 119). Dazu bedurfte es noch reichlich eines weiteren Dezenniums der Gesetzgebung und der Ablösungsverhandlungen.

Besondere Bedeutung wird den Staaten als Träger des Umbaus der Agrarverfassung beigemessen (S. 21 f.), doch werden diese „Staaten“ nicht genauer charakterisiert. Was für „Staaten“ waren es, die eben den geschilderten und keinen anderen Weg der Agrarentwicklung beschritten?

Mit Recht werden die Verdienste der führenden Männer der Landwirtschaft jener Zeit betont, die nach Haushofer die „Agrargeschichte machten“ (S. 8, 24, 123). Aber läßt sich die Entwicklung in solchem Maße durch die „Persönlichkeiten“ und die „Generation der führenden Kräfte“ erklären, wie es der Verfasser zuweilen tut?

¹ Alle nicht näher bezeichneten Seitenzahlen im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

Die „Logik der wirtschaftlichen Entwicklung“ kommt insbesondere in dem vom Verfasser ausführlich geschilderten unaufhaltsamen Fortschritt der Produktivkräfte in der Landwirtschaft zum Ausdruck. Hier ist vor allem die Formulierung und Propagierung der „rationalen Landwirtschaft“, ihrer naturwissenschaftlichen, agronomischen und ökonomischen Prinzipien durch Thaer, seine Anhänger und seine Zeitgenossen zu nennen. Nicht weniger bedeutsam waren die Entwicklungen auf Teilgebieten, wie der breite Aufbau des landwirtschaftlichen Bildungswesens, das jedoch erst nach Ablauf der ersten Jahrhunderthälfte voll wirksam wurde, oder die Fortschritte im Pflanzenbau und in der Tierzucht. Es wird die große Aufgeschlossenheit gegenüber Neueinführungen besonders im Pflanzenbau, in der Tierzucht und in der Landtechnik hervorgehoben (S. 84).

So begann in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bei Kartoffeln, Tabak und Mais der feldmäßig betriebene Ackerbau. Die Ausdehnung des Kartoffelanbaus wurde durch Mißernten und Hungersnot in den Jahren 1771/72 und wieder 1816 beschleunigt. In den 1830er Jahren lebte die noch junge Zuckerindustrie in Deutschland wieder auf. Doch „eine eigentliche deutsche Pflanzenzüchtung“ gab es im ersten Halbjahrhundert noch nicht (S. 86).

Die Tierzucht wurde nach 1815 nicht nur wiederaufgebaut, sondern es kam zur völligen Neugestaltung ihrer Grundlagen. Es wurden nunmehr planmäßig eigene Landestierzuchten eingerichtet. So begann zum Beispiel um 1830 die stetige und bis zum ersten Weltkrieg fast regelmäßig verlaufende Steigerung des deutschen Rinderbestandes (S. 95) und die „standortgerechte Spezialisierung der Erzeugung“. Erfolgreich war der Neubeginn auch in anderen Zweigen der Tierzucht, so in der Pferde-, Schweine- und Schafzucht.

Von geringerem Gewicht blieben vor der Mitte des Jahrhunderts noch die praktischen Fortschritte in der Landtechnik. Zwar gab es Reformen im Pflugbau und Fortschritte im Erfindungswesen. Insgesamt war Deutschland jedoch in der Technik etwa um ein halbes Jahrhundert hinter England zurück. „Der Grund für diese Verspätung liegt nicht darin, daß die Ideen zum Entwurf von Landmaschinen in Deutschland nicht vorhanden gewesen wären; sondern daß das Vorseilen Englands im Aufbau einer modernen Industrie die technischen Voraussetzungen für die Verwirklichung solcher Ideen dort ein halbes Jahrhundert früher geschaffen hatte“ (S. 107). Auf den großen Vorsprung Englands auch auf vielen anderen Gebieten des Ackerbaus wird im Buch des öfteren aufmerksam gemacht. Aber Haushofer sucht die Ursachen für das Zurückbleiben Deutschlands allzu einseitig in mangelnden „technischen Voraussetzungen“. In Wirklichkeit behinderten ja vor allem die noch vorhandenen feudalen Fesseln den Fortschritt der Landwirtschaft und so auch den Fortschritt der Landtechnik in Deutschland.

Nach der Jahrhundertmitte, schreibt der Verfasser, machte auch die technische Ausrüstung der deutschen Landwirtschaft gewichtige Anfangsschritte. Der inländische industrielle Aufschwung spielte hierbei natürlich eine bedeutsame Rolle. „Der Gesamtbereich der Landtechnik tritt von der handwerklichen Fertigung in die industriell-fabrikmäßige hinüber“ (S. 131).

Bereits Thaer hatte sich für die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit eingesetzt. Später entwickelte sich die Schule der Bodenstatik. Nach Haushofer war „die Lehre von der Bodenstatik im halben Jahrhundert zwischen der Fertigstellung des Lehrgebäudes Thaers bis zum Durchsetzen der Erkenntnis Liebig's der

wissenschaftliche Ausdruck für die Vervollkommnung des organischen Systems der Landwirtschaft“ (S. 149). In den Jahrzehnten nach der Mitte des Jahrhunderts gewannen die Leitsätze der Agrikulturchemie allmählich praktische Bedeutung. Auch die Grundlagen des Zwischenfruchtanbaus wurden jetzt entwickelt.

Die breite und nunmehr endlich ungehemmte Einführung von Neuerungen im Ackerbau führten nach 1850 zunächst zu einem raschen Aufschwung der Landwirtschaft in einem Tempo, wie es vielleicht erst in den Jahren um die Jahrhundertwende und bis zum Ausbruch des Weltkrieges wieder erreicht wurde. Haushofer nennt die Jahre von 1850 bis 1866 „eine Zeit der Blüte der Landwirtschaft“ (S. 168).

Vor allem für das 19. Jahrhundert, dem Dreiviertel des Buchumfangs gewidmet sind, und besonders für die Geschichte der landwirtschaftlichen Produktivkräfte hat der Verfasser einen umfangreichen Stoff verarbeitet. Darin möchten wir insbesondere den Wert der Abhandlung sehen. Haushofers Verdienst ist es, auf der Grundlage einer sicheren Kenntnis der Literatur Tatsachenmaterial von beträchtlichem Ausmaß ausgewertet und in knapper, präziser Form dargestellt zu haben. Dabei ist dem Verfasser die enge, fast ausschließlich auf die Entwicklung der Produktivkräfte beschränkte Betrachtungsweise, wie sie etwa von R. Krzymowski vertreten wurde, fremd.² Ohne Zweifel hat Haushofer im Vergleich zu bisherigen Gesamtdarstellungen der Agrargeschichte des Kapitalismus einen Schritt nach vorn getan.

Jedoch behandelte er meines Erachtens die sozialökonomischen Fragen weit weniger exakt als die der Produktion.

*

Haushofer faßt seine Thematik als die Geschichte der Landwirtschaft „im technischen Zeitalter“. Die Begriffe „Kapitalismus“, „kapitalistisch“ werden außerordentlich sparsam und anscheinend ungenügend verwendet. Aber die auf das Feudalsystem folgende und ihm diametral entgegengesetzte Ordnung ist doch die kapitalistische³; die „der technischen Epoche entsprechende Betrachtungsweise“, die Haushofer nach seinen eigenen Worten anwenden will (S. 7), kann nur die Herausarbeitung der bürgerlichen, kapitalistischen Entwicklung, also einer Agrargeschichte des Kapitalismus, zum Ziele haben. Ohne eine genaue Analyse des Kapitalismus in der Landwirtschaft bleiben die vom Autor gesammelten Tatsachen zum Teil unverständlich, in ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen nicht allseitig durchgearbeitet, wissenschaftlich nicht genügend erschlossen.

Unter dem Einfluß der modernen bürgerlichen Soziologie und Historiographie ersetzt Haushofer den Begriff des Kapitalismus durch den des „technischen Zeitalters“. In Anlehnung an W. Conze und G. Ipsen sieht er das deutsche Bauerntum vor der Mitte des 19. Jahrhunderts als Pflugbauerntum in „entfalteter Agrargesellschaft“, und im darauf folgenden Menschenalter bemerkt er den Übergang zum Pflugbauerntum der „industriellen Verkehrsgesellschaft“ (S. 179). Dieses

² Krzymowski, R., Geschichte der deutschen Landwirtschaft, Berlin 1961. Vgl. dazu die Ausführungen R. Bertholds in diesem Band.

³ Haushofer knüpft ausdrücklich an die Feudalismusbände von Abel, Franz und Lütge an: Abel, W., Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 1962; Lütge, F., Geschichte der deutschen Agrarverfassung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 1963; Franz, G., Geschichte des Bauernstandes, angekündigt.

Schema erleichtert keineswegs die Darstellung, mit ihm verbaut sich der Verfasser vielmehr selbst die Möglichkeiten einer umfassenden Aufklärung des historischen Entwicklungsprozesses.

Zustimmen muß man der von Haushofer gewählten Periodisierung (1815–1848, 1848–1871, 1871–1914, 1914–1945). Sicher ist die zusammenfassende Schilderung der Entwicklung in den Einzelperioden richtig. Dabei hat es der Verfasser geschickt verstanden, nach Bedarf bei zusammenhängenden Sachverhalten weiter auszuholen oder die spätere Entwicklung vorwegzunehmen. Auch die zeitliche und inhaltliche Aufgliederung des Stoffes innerhalb der Kapitel darf gutgeheißen werden. Es wäre lediglich zu überlegen, ob die Agrargeschichte des bürgerlichen Zeitalters nicht bereits mit der Periode von 1789 bis 1815 eingeleitet werden könnte, und ob andererseits eine deutsche Agrargeschichte des Kapitalismus nicht auch bis in die westdeutsche Gegenwart führen sollte. Vorbehalte sind jedoch im Hinblick auf die Begründung der Zäsuren und die Charakteristik der Zeitabschnitte anzumelden. Was soll zum Beispiel der Leser etwa unter der „Landwirtschaft der Goethe-Zeit“ (S. 26) oder der „Landtechnik im Biedermeier“ (S. 103) verstehen können? Was ist „vordemokratisches Industriezeitalter“ (S. 213)?

Der Analyse des Übergangs von der feudalen zur kapitalistischen Landwirtschaft fehlt die gründlichere theoretische Betrachtung. Auch wenn die Geschichte der „Auflösung der Grund- und Gutsherrschaft“ und der „Bauernbefreiung“ durch die Darstellung Lütges⁴ vorweggenommen wurde, wäre meines Erachtens eine Zusammenfassung und Einschätzung des Entwicklungsweges zur kapitalistischen Landwirtschaft in Deutschland am Anfang der Agrargeschichte des „technischen Zeitalters“ unbedingt erforderlich gewesen. Zahlreiche interessante Tatsachen und manche treffende Einzelbemerkung Haushofers sind ohne rechten inneren Zusammenhang in seinen Ausführungen verstreut aufzufinden. Zur Aufklärung des hauptsächlich sozialen Inhalts der Entwicklung, des kapitalistischen Charakters der „Neuerungen“ und des „Umbaus der Landwirtschaft“ werden sie kaum herangezogen. So lesen wir zum Beispiel auch folgende bemerkenswerte Feststellung des Verfassers: „Es ist also eine ‚vielräumige‘ und ‚vielschichte‘ Landwirtschaft, die von der einheitlichen Konzeption einer jungen, sehr angriffslustigen Schule der Landwirtschaftswissenschaft getroffen wird und die ihrer Umgestaltung im Sinne der Ideen dieser Schule einen mehr oder weniger gewollten, mehr oder weniger aber auch zwangsläufigen Widerstand entgegengesetzt. Das ganze 19. Jahrhundert steht in der Auseinandersetzung zwischen dem vorwärtstreibenden Willen dieser ‚rationellen‘ Landwirtschaft und der Beharrungskraft der ‚empirischen‘“ (S. 49).

Die von Thaer konzipierte „rationelle Landwirtschaft“ ist aber nichts anderes als der wissenschaftliche Ausdruck für die kapitalistische Produktionsweise, deren offensives Eindringen in die aus dem Feudalsystem ererbte Agrikultur die Gesetzmäßigkeit des Übergangs bestimmte. Wir möchten Haushofers Satz durch die folgende Bemerkung von Marx noch bekräftigen:

„Die Form aber, worin die beginnende kapitalistische Produktionsweise das Grundeigentum vorfindet, entspricht ihr nicht. Die ihr entsprechende Form wird erst von ihr selbst geschaffen durch die Unterordnung der Agrikultur unter das Kapital; womit denn auch feudales Grundeigentum, Claneigentum oder

⁴ Lütge, F., a. a. O., S. 160f.

kleines Bauerneigentum mit Markgemeinschaft, in die dieser Produktionsweise entsprechende ökonomische Form verwandelt wird, wie verschieden auch deren juristische Formen seien. Es ist eines der großen Resultate der kapitalistischen Produktionsweise, daß sie . . . die Agrikultur aus einem bloß empirischen und mechanisch sich forterbenden Verfahren des unentwickelsten Teils der Gesellschaft in bewußte wissenschaftliche Anwendung der Agronomie verwandelt, soweit dies überhaupt innerhalb der mit dem Privateigentum gegebenen Verhältnisse möglich ist; daß sie das Grundeigentum . . . von Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnissen völlig loslöst . . ."⁵

Haushofers oben zitierte Formulierung finden wir in einem Abschnitt über Relikt- und Sonderformen. Marx stellt seine These in die Einleitung seiner erschöpfenden Analyse des Problems der Grundrente; sie steht also am Ausgangspunkt der Untersuchung.

Nicht nur die Gesetzmäßigkeit des Eindringens und des Sieges der kapitalistischen Produktionsweise im allgemeinen, sondern auch der spezifische Weg der deutschen Landwirtschaft in der Übergangsepoche sind für die Erforschung der Agrargeschichte von erstrangiger Bedeutung. Ein Seitenblick auf das Frankreich der Revolution läßt Haushofer selbst die (ursprünglich sicher auch in Deutschland mögliche) Alternative zum gutsherrlichen Typus der bürgerlichen Agrarrevolution, also zu den Reformen von oben, ahnen: den revolutionären Weg „wenn nötig gewaltsamer Umgestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse durch einen neuen, ganz veränderten Staat“ (S. 22). Aber er wendet sich sofort wieder ab von einer derartigen Fragestellung und widmet sich dem Studium der Umgestaltung „von oben“. Die Konstellation der Klassenkräfte und die politische Situation in Deutschland um die Jahrhundertwende machen die Problematik des Einschwenkens auf den Preußischen Weg der Umgestaltung „von oben“ jedoch weitaus „vielschichtiger“ und komplizierter als dies Haushofer seine Leser auch nur spüren läßt. Auch Ausmaß und Tempo des Fortschritts sowie die Entwicklung in den Wechselbeziehungen zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen wurden durch die Besonderheiten des Preußischen Weges bestimmt. Wir können hier nur auf die ausgezeichneten neueren Untersuchungen von J. Kuczynski und H. Mottek hinweisen.⁶ Die Umwandlung der feudalen Gutswirtschaften in kapitalistische Betriebe und die Schaffung freier Warenproduzenten waren die Hauptergebnisse des Preußischen Weges der Umgestaltung der Landwirtschaft. Doch wie stand es dabei um die große Mehrheit der kleinen und mittleren Bauern? Haushofer bemerkt dazu, die Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts – in Übereinstimmung mit der Vorliebe des wirtschaftlichen Liberalismus für den größeren Betrieb – hätten sich am eigentlichen Kleinbauernum „versündigt“ (S. 187). Und an anderer Stelle schreibt er in Anlehnung an v. d. Goltz, die Trennung der ländlichen Arbeiter vom Bauernstand und ihre Konstituierung als eine besondere Gruppe der Bevölkerung sei um die Mitte des 19. Jahrhunderts vollzogen gewesen (S. 136). Hier ist nichts hinzuzufügen. Das war die massenweise Vertreibung der bäuerlichen Produzenten im Zuge der Umgestaltung „von oben“.

5 Marx, K., Das Kapital. Bd 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd 25, Berlin 1964, S. 630.

6 Kuczynski, J., Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849, Berlin 1961, S. 6f. = Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd 1. Mottek, H., Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd 2, Berlin 1964, S. 18f.

Aber wie kann Haushofer den Bauern als „Partner“ bei dieser Art „Bauernbefreiung“ vermissen? (S. 21, 27). Als potentielle Verbündete der Bourgeoisie — nicht als Kämpfer im Alleingang, ohne die Bourgeoisie — bei einer denkbaren revolutionären Umgestaltung der Landwirtschaft traten die Bauern in der Geschichte nach 1789 doch immer wieder in Erscheinung. Hier soll nur an den Artikel von G. Franz über die agrarische Bewegung im Jahre 1848 erinnert werden. Franz betont, daß sich die Forschung diesen Fragen bisher wenig gewidmet hat.⁷

Haushofer schreibt dann weiter, daß 1848 in der Geschichte des deutschen Bauerntums das Mittelalter endet (nach G. Franz) und das Bauerntum schon in den fünfziger Jahren in das Zeitalter einer technisierten Landwirtschaft übergeht (S. 123); daß das Jahr 1848 alle Träume der deutschen Romantik von einer dauernden Restauration und einer ihr entsprechenden Konservierung „eines echten, geschlossenen Bauernstandes“ hinweggefegt hat (S. 119); daß W. H. Riehl die Anfänge des „Gestaltwandels des deutschen Bauern“ um die Mitte des 19. Jahrhunderts überall sah (S. 128); daß die Entwicklung nach der Jahrhundertmitte das Bauerntum in die „industrielle Verkehrsgesellschaft“ führte (S. 179).

Das heißt also: „In der Sphäre der Agrikultur wirkt die große Industrie insofern am revolutionärsten, als sie das Bollwerk der alten Gesellschaft vernichtet, den ‚Bauer‘, und ihm den Lohnarbeiter unterschiebt“ (Marx).⁸

Also bewirkt der Kapitalismus die Zersetzung der „alten“ Bauernschaft, ihre Differenzierung und Polarisierung, wobei die große Masse der bäuerlichen Produzenten der Verelendung und Proletarisierung entgegengerät, während einer Minderheit der Aufstieg zu kleinen und mittleren Agrarkapitalisten gelingen wird. Der grundlegende Faktor der kapitalistischen Produktionsweise ist die Ausbeutung von Lohnarbeit. Daher ist die Lohnarbeit das entscheidende Kriterium, das die einzelnen bäuerlichen Schichten, den bereits proletarisierten Kleinlandwirt, den sich im wesentlichen selbstversorgenden Kleinbauer, den Mittel- und den Großbauer voneinander unterscheidet. Also wird die marxistische Agrargeschichtsforschung aufmerksam die Auswirkungen des kapitalistischen Systems auf die Entwicklung der unterschiedlichen bäuerlichen Schichten verfolgen und das fortschreitende Wachstum der kapitalistischen Landwirtschaft gewissenhaft studieren. Sie wird bei jeder Gelegenheit die „Landwirtschaft“, die „Bauernschaft“, die „Landwirte“ und ihre „Betriebe“ differenzieren und globale Werturteile sorgfältig vermeiden. Nur so kann meines Erachtens der „Gestaltwandel des deutschen Bauern“ begriffen werden.

Bei Haushofer fällt dagegen auf, daß er die Differenzierung der bäuerlichen Schichten nach Möglichkeit vermeidet und es vorzieht, vom „Bauerntum“ und vom „bäuerlichen Familienbetrieb“ zu berichten. Was ist eigentlich der „bäuerliche Familienbetrieb“? Dieser Begriff bleibt in der vorliegenden Agrargeschichte ebenso unklar wie in der Landwirtschaft der westdeutschen Gegenwart. Also auch hier wiederum das mangelnde Interesse des bürgerlichen Agrarhistorikers, den

⁷ Franz, G., Die agrarische Bewegung im Jahre 1848, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 2/1959, S. 176f. — Vgl. auch K. Obermanns Ausführungen über das verräterische Verhalten der liberalen Bourgeoisie zu den Bauernaufständen im März 1848 in Süd- und Südwestdeutschland. (Obermann, K., Deutschland von 1815 bis 1849, 2. Aufl., Berlin 1963, S. 239f.)

⁸ Marx, K., Das Kapital, Bd 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd 23, Berlin 1962, S. 528.

kapitalistischen Charakter der Landwirtschaft im „technischen Zeitalter“ aufzudecken.

Was Haushofer im Zusammenhang mit der „inneren Kolonisation“ schreibt, ist unzureichend.⁹ Die Zahl der bäuerlichen Betriebe habe von 1816 bis Ende des Jahrhunderts absolut abgenommen. Die Ansetzung von über 20000 Siedlern auf den preußischen Rentengütern habe bis zum ersten Weltkrieg keine wesentliche Verbesserung der Agrarstruktur durch agrarpolitische Maßnahmen bewirkt. „Im Gegenteil wurden diese scheinbaren Erfolge durch die Gesamt- abnahme an Kleinbetrieben im nächsten Zeitraum, das heißt mit zunehmender Industrialisierung, wieder zurückgenommen. Eine stärkere Dynamik in der Betriebsstruktur setzt also erst im Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen ein. Es trifft mithin zu, was Dade kurz vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges (1913) über dieses kurz zurückliegende Menschenalter schrieb: ‚Das Eigentümliche der landwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands besteht darin, daß die technischen Umwälzungen der landwirtschaftlichen Betriebsweise zu einer hohen Ertragssteigerung des Kulturbodens geführt haben, daß dagegen in sozialer Hinsicht, also in der Besitzverteilung sowie in der Berufsgliederung der landwirtschaftlichen Bevölkerung während des letzten Menschenalters im großen und ganzen weder relativ noch absolut eine tiefgreifende Veränderung eingetreten ist.‘“ (S. 188)

Haushofer betont mit Recht, daß mit zunehmender Industrialisierung ein Rückgang der Kleinbetriebe bemerkbar wurde, daß aber eine stärkere Dynamik in der Betriebsstruktur erst im Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen einsetzte. Doch nimmt der Verfasser – nach Dade – zu Unrecht an, daß sich in den Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg in sozialer Hinsicht keine nennenswerten Veränderungen ergeben haben. Es soll im folgenden etwas näher betrachtet werden, wie Haushofer den weiteren Aufschwung in der Landwirtschaft und die Probleme der Mechanisierung in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg darstellt.

*

Haushofer charakterisiert den Fortschritt im Ackerbau in der Zeit vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg durch folgende Tatsachen (S. 198): Intensivierung des Pflanzenbaus, Beginn einer planmäßigen wissenschaftlichen Pflanzenzüchtung, regelmäßiger Saat- und Pflanzgutwechsel, Arbeitsteilung zwischen Züchter und Anbauer, ständige Übernahme der Zuchtsorten „durch die große Masse der landwirtschaftlichen Betriebe“, Geburt des modernen Pflanzenschutzes, Zukauf von Düngemitteln.

Als Kennzeichen des Aufschwungs in der Tierzucht werden genannt: moderne Leistungszucht, Zunahme der Milchleistung im Zusammenhang mit den Fortschritten der Düngung und Fütterung bis zur „glatten Verdoppelung“ der Durchschnittsleistung des deutschen Kuhbestandes zwischen den beiden Weltkriegen, Fütterung nach Fütterungsnormen, Zukauf von Futtermitteln (vor dem ersten Weltkrieg Einfuhr mit einem Jahreswert von rund einer Milliarde Mark = etwa ein Drittel der für den Gesamtbestand an Nutztieren nötigen Futterbasis).

⁹ Es liegt außerhalb unserer Aufgabe, auf Haushofers chauvinistischen Grundton bei der Behandlung der Frage der Siedlungspolitik in Westpreußen und Posen zur „Sicherung des gefährdeten Deutschtums“ einzugehen.

Haushofer hebt das hohe Maß von Berufsbildung des „Bauern“ hervor und spricht von „gebildeten Bauern“ nach der Jahrhundertwende als Voraussetzung der Leistungssteigerung in der Landwirtschaft. Die Zeit des Aufbaus der Veredelungswirtschaft nennt er (nach Beckmann) „eine Epoche des größten sozialen Fortschritts in und außerhalb der Landwirtschaft“ (S. 203).

Keine der angeführten Tatsachen soll angezweifelt werden. Ganz im Gegenteil, die Jahrzehnte um 1900 brachten einen beträchtlichen Fortschritt der Landwirtschaft, der *kapitalistischen* Landwirtschaft. Aber es klingt einfach unwahrscheinlich, daß die Masse der Bauern so großartig und glänzend an diesem Aufschwung Anteil gehabt haben soll. Überprüfen wir daher, wie sich die bäuerlichen *Kleinbetriebe* in der „Epoche des größten sozialen Fortschritts in . . . der Landwirtschaft“ (Hervorhebung von mir – J. Š.) entwickelten und nehmen wir als Maßstab die Viehhaltung, die ja in der bürgerlichen Literatur immer wieder als die Domäne des bäuerlichen Kleinbetriebes herausgestellt wurde.

Haushofer führt in seiner Literaturübersicht auch die vom Verein für Sozialpolitik in den achtziger Jahren unter dem Titel „Bäuerliche Zustände in Deutschland“ herausgegebene Sammlung von Berichten an. Darin ist eine Untersuchung von Drechsler über das Amt Göttingen für das Jahr 1875 (3 Gutshöfe mit 22 Dörfern) enthalten.¹⁰ Drechsler wiederholte 1884 seine Erhebungen für dasselbe Territorium.¹¹ Er hat unter anderem für jede einzelne Wirtschaft dieses Gebiets das durchschnittliche Lebendgewicht je Stück Vieh vermerkt. Die Erhebung von 1875 ergab, daß das Durchschnittsgewicht eines Stückes Vieh mit der Größe der Wirtschaft zunahm. Von 1875 bis 1884 nahm das durchschnittliche Lebendgewicht des Viehs beachtlich zu, doch war die Zunahme in den großen Wirtschaften weitaus bedeutender als in den kleinbäuerlichen Betrieben. Die Differenzierung in der Viehhaltung hatte also weitere große Fortschritte gemacht, die Diskrepanz zwischen Groß- und Kleinbetrieb hinsichtlich Qualität und Leistung in der Tierzucht war noch größer geworden. Das Untersuchungsergebnis von Drechsler ist für die folgenden Jahrzehnte und für die westdeutsche Landwirtschaft der Gegenwart immer wieder bestätigt worden.

Das Beispiel der Tierzucht wurde hier angeführt, weil die in ihm gegebenen Daten tatsächlich eine ganze Reihe weiterer Faktoren des Landwirtschaftsbetriebes zum Ausdruck bringen, also weit mehr beweisen als nur die Entwicklung in der Veredelungswirtschaft selbst. Ausschlaggebend in Drechslers Untersuchungsergebnis ist nicht die Tatsache, daß auch der bäuerliche Kleinbetrieb einen gewissen, wenn auch kleinen „Fortschritt“ in der Viehwirtschaft erzielten, sondern daß der Großbetrieb auf Grund des *kapitalistischen* Fortschritts der Landwirtschaft (schwungvolle Entwicklung der Produktivkräfte, Ausbau der internationalen Arbeitsteilung usw.) sehr rasch vorankam, während die Kleinwirtschaft nur durch den für sie charakteristischen Raubbau am Ackerboden, der Viehhaltung und der Arbeitskraft der Kleinbauernfamilie, also durch Vergeudung und Schinderei wie auch durch zusätzlichen Nebenerwerb außerhalb des eigenen Betriebs gehalten wurde. Von der einst mit viel Eifer verfochtenen These von der Überlegenheit des Kleinbetriebes in der Viehwirtschaft ist nichts geblieben.

¹⁰ Drechsler, Die bäuerlichen Zustände in einigen Teilen der Provinz Hannover, in: Bäuerliche Zustände in Deutschland, 1883, Bd 3, S. 59f. (bes. Tabellen S. 112f.) = Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd 24.

¹¹ Derselbe, Die Verteilung des Grundbesitzes und der Viehhaltung im Bezirke des landwirtschaftlichen Kreisvereins Göttingen, in: Landwirtschaftliche Jahrbücher, Bd 15, Berlin 1886, S. 753 ff. (bes. S. 792f.)

Auch der von Haushofer wiederholt zitierte Finckenstein betont diesen Umstand.¹²

Lenin hat die Statistik Drechslers ausgewertet und die Untersuchungsergebnisse gegen David, den eifrigsten Befürworter der These vom überragenden Anteil der kleinen Bauernwirtschaft an dem großen Aufschwung der Veredelungswirtschaft, angeführt. Lenins Einschätzung des Fortschritts in der Viehwirtschaft soll hier zitiert werden. Immerhin hatte sich Lenin wiederholt mit der deutschen Agrarstatistik und der einschlägigen Fachliteratur auseinandersetzen und war ein hervorragender Kenner der deutschen Agrarprobleme in den Jahrzehnten vor und nach 1900.

Nach Lenins Urteil geben „die Angaben über das Lebendgewicht des Viehs die genaueste Vorstellung von *allen* entsprechenden Bedingungen: Futter, Ställe, Arbeit, Pflege – dies alles summiert sich sozusagen in den Resultaten, die in der Monographie Drechslers statistischen Ausdruck gefunden haben. Es zeigt sich, daß aller ‚Fleiß‘ des Kleinbauern bei der Pflege des Viehs . . . nicht imstande ist, auch nur annähernd die Vorteile der Großproduktion, die ein Produkt doppelt so guter Qualität liefert, aufzuwiegen. Der Kapitalismus verdammt den Kleinbauern zu ewiger Schinderei, zu nutzloser Arbeitsvergeudung, denn die sorgfältigste Pflege des Viehs ist bei einem Mangel an Mitteln, bei einem Mangel an Futter, bei schlechter Qualität des Viehs, bei schlechten Ställen usw. gleichbedeutend mit nutzloser Arbeitsvergeudung. Die bürgerliche politische Ökonomie stellt in ihrem Urteil nicht diese Zugrunderichtung und Unterdrückung des Bauern durch den Kapitalisten in den Vordergrund, sondern den ‚Fleiß‘ des Schaffenden (des unter den Bedingungen der schlimmsten Ausbeutung *für das Kapital* Schaffenden).“¹³

Wenn der zitierte Dade die soziale Stabilität und Beckmann gar den sozialen Fortschritt als ein bestimmendes Merkmal der Landwirtschaftsentwicklung um 1900 ansahen und Haushofer selbst sich diesem Urteil weitgehend anschließt, so handelt es sich meines Erachtens hier um eine Fehleinschätzung, deren Ursachen vor allem in der pauschalen und ungenügend differenzierten Beurteilung der Vorkriegslandwirtschaft zu sehen sind. Demgegenüber hat Lenin den Aufschwung der deutschen Landwirtschaft in diesen Jahrzehnten als einen Fortschritt der *kapitalistischen* Landwirtschaft charakterisiert.

*

Haushofer schreibt über die Mechanisierung zur Zeit der Jahrhundertwende (S. 195): „ . . . daß die Technisierung nun nicht nur vom Großbetrieb, *sondern in vollem Umfang vom bäuerlichen Betrieb* aufgegriffen wurde. Dementsprechend handelt es sich bei den Maschinen des Außenbetriebes in erster Linie nach wie vor um solche für das tierische Gespann. Nur im Innenbetrieb, wozu ja als eine der wichtigsten Winterarbeiten das Dreschen gehörte, setzte sich die Dampflokobile als Antriebskraft durch. *Der fortschrittliche deutsche Bauernhof vom Ende des 19. Jahrhunderts* besaß *durchwegs* die Mähmaschine (und zwar als Grasmähmaschine und zum Teil als Bindemäher), Heuerntemaschinen (Pferderechen

¹² Finckenstein, H. W., *Graf Finck v.*, Die Entwicklung der Landwirtschaft in Preußen und Deutschland 1800 bis 1930, Würzburg 1960, S. 135 f. – Dort finden sich weitere Literaturangaben.

¹³ Lenin, W. I., Die Agrarfrage und die „Marxkritiker“, in: Werke, Bd 13, Berlin 1963, S. 180f.

und Heuwender), Drillmaschinen, die ersten Düngerstreumaschinen und verfügte über entweder eigene oder genossenschaftliche oder von Unternehmern bereitgestellte Dreschmaschinen. Im Gegensatz zu ständigen Vorhersagen, daß die Technik den bäuerlichen Familienbetrieb zum Tode verurteile, machte sich dieser eine Landtechnik zu eigen, die von einer sehr differenzierten Industrie für ihn entwickelt und in großem Reichtum auf einem freien Maschinenmarkt angeboten wurde.“ (Hervorhebungen von mir – J. Š.) Zunächst müssen die einfachen Tatsachen klargestellt werden. Wir bedienen uns dabei der Erhebung aus der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1907, wobei wir zugunsten Haushofers unberücksichtigt lassen wollen, daß seit dem „Ende des 19. Jahrhunderts“ annähernd zehn Jahre weiterer stürmischer Entwicklung vergangen waren. Über die allgemeine Verbreitung der Maschinenanwendung unter den Bauern in Deutschland informiert die hier folgende Tabelle.

*Wirtschaften, welche 1906/1907 eine oder mehrere Maschinenarten benutzt haben (Deutsches Reich)*¹⁴

Größengruppen nach LN	Landwirtschaftliche Betriebe überhaupt	Zahl der Wirtschaften, die 1906/1907 eine oder mehrere Maschinenarten benutzt haben	Prozent
2– 5 ha	1006277	325665	32,4
5– 10 ha	652798	419170	64,2
10– 20 ha	412741	353366	85,6
20– 50 ha	225697	209011	92,6
50–100 ha	36494	34354	94,1

Zählen wir die große Masse der Betriebe von 2 bis 5 ha zu den kleinbäuerlichen Wirtschaften, von 5 bis 10 ha zu den mittelbäuerlichen Wirtschaften, von mehr als 10 ha zu den großbäuerlichen Höfen – die Betriebe mit mehr als 20 ha klassifizierte Lenin nach der Zählung von 1907 sogar im Unterschied zu den bäuerlichen als mittlere kapitalistische Wirtschaften, weil in ihnen die Zahl der Lohnarbeiter größer als die Zahl der familieneigenen Arbeitskräfte war –, so erhalten wir dieses Bild: Die überwiegende Mehrzahl der Kleinbauern und ein Drittel der Mittelbauern besaßen nicht nur keine einzige Landmaschine, sondern sie benutzten auch noch keine. Sogar eine Anzahl von Großbauern (Bauern, die im Unterschied zu den Mittelbauern *ständig* Lohnarbeiter ausbeuteten) befand sich noch in dieser Lage.

Betrachten wir nun insbesondere die Benutzung von Mähmaschinen, Sämaschinen und Dreschmaschinen, die Haushofer vor allem nennt. Dabei wollen wir bei den Mäh- und den Sämaschinen alle entsprechenden Typen insgesamt berechnen, also zum Beispiel bei den Sämaschinen nicht nur die Drillmaschinen. Bei den Dreschmaschinen werden wir die Dampfdreschmaschinen aussondern. Hier die Übersicht.

¹⁴ *Statistik des Deutschen Reichs*, hg. v. Kaiserlichen Statistischen Amt, Bd 212, Landwirtschaftliche Betriebsstatistik 1907, T. 2a, Berlin 1910, S. 76–77.

*Wirtschaften, die die aufgeführten Maschinenarten a) überhaupt benutzten (1906/1907) oder b) als eigene besaßen*¹⁵

In Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe überhaupt (1907, Deutsches Reich)

Größengruppen nach LN	Mäh- maschinen		Sä- maschinen		Dampf- dresch- maschinen		Andere Dreschmaschinen	
	a) be- nutzten	b) besaßen als Eigen- tum	a) be- nutzten	b) besaßen als Eigen- tum	a) be- nutzten	b) be- saßen als Eigentum	a) be- nutzten	b) besaßen als Eigen- tum
2— 5 ha	0,7	0,4	2,1	0,6	12,7	0,14	16,2	11,5
5— 10 ha	5,6	4,7	6,7	3,9	18,2	0,25	42,2	38,2
10— 20 ha	24,5	23,0	18,7	15,0	20,5	0,4	63,8	61,2
20— 50 ha	48,9	47,1	36,4	33,1	24,0	1,1	73,6	71,8
50—100 ha	70,3	68,4	60,9	58,5	40,8	5,2	67,0	65,1

Der Unterschied zwischen dem realen Entwicklungsstand und Haushofers Feststellungen ist außerordentlich groß. Wie die Zahlen beweisen, versteht der Verfasser unter „bäuerlichem Familienbetrieb“ oder „fortschrittlichem deutschen Bauernhof vom Ende des 19. Jahrhunderts“ nichts anderes als nur die sich kapitalistisch entwickelnde Großbauernwirtschaft.

Zwar hat Haushofer im Abschnitt über die Einführung des Dampfpfluges (S. 130–132) noch darauf hingewiesen, daß der Dampfpflug, also die Maschine, den Unterschied zwischen Groß- und Kleinbetrieb in technischer Hinsicht vergrößert (S. 132), – (wir möchten hinzufügen: nicht nur in „technischer Hinsicht“) – und daß bei den Arbeiten mit der Maschine die Kosten je Flächeneinheit in den einzelnen Betriebsgrößen unterschiedlich sind (S. 130). Aber wenn er später die breite Anwendung anderer Maschinenarten behandelt – der Dampfpflug bestimmte ja auf die Dauer nicht die Richtung der technischen Entwicklung –, greift Haushofer auf diese Erkenntnisse nicht mehr zurück. Es wird ganz einfach nicht mehr daran gedacht, daß der bäuerliche Kleinbetrieb völlig ungenügend mit Maschinen ausgerüstet und daß andererseits jedes im Kleinbetrieb vorhandene Gerät viel weniger ausgelastet war als im Großbetrieb und seine Unterhaltungskosten daher viel höher kamen; daß die Verschuldung ständig wuchs; daß die Differenzierung in der Landwirtschaft mit dieser Entwicklung gesetzmäßig voranschritt. Das sind alles bekannte Dinge, durch die Erfahrung fortlaufend bewiesen und in der Literatur bestätigt.¹⁶ Doch in der vorliegenden

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Die deutschen landwirtschaftlichen Betriebszählungen berücksichtigten nur die wichtigsten Landmaschinen und nicht das gesamte tote Inventar. Das tat jedoch die ungarische Zählung von 1900, die Lenin seinerzeit auswertete. Nach Betriebsgrößen aufgliedert wurde der Beweis erbracht, daß dort ein hoher Prozentsatz der kleinbäuerlichen und ein großer Teil der mittelbäuerlichen Wirtschaften überhaupt keine Pflüge besaß und mit den notwendigsten Geräten völlig ungenügend versehen war. Dennoch besaßen diese Bauern je Flächeneinheit unverhältnismäßig viel Gerät. Das Ergebnis dieses Zustandes konnte nur eine schlechtere Ausstattung des Kleinbetriebes mit Inventar und relativ viel höhere Kosten für seine Unterhaltung sein. Die Problematik war hier dieselbe wie in der deutschen Landwirtschaft. (Vgl. Landwirtschaftliche Statistik der Länder der ungarischen Krone, Budapest 1900, Bd 4 u. 5, hier zit. nach: Lenin, W. I., Das kapitalistische System der modernen Landwirtschaft, in: Werke, Bd 16, Berlin 1962, S. 451f.)

Agrargeschichte ist das Widerspruchsvolle des kapitalistischen Fortschritts in der Landwirtschaft verwischt und die Entwicklung als möglichst „harmonisch“ dargestellt worden.¹⁷

1914 als Zäsur in der deutschen Agrargeschichte anzusetzen ist richtig. Der Zeitabschnitt vom ersten bis zum zweiten Weltkrieg ist gekennzeichnet durch den Fortgang der allgemeinen, langsamen Veränderungen der Agrarverhältnisse – das heißt, der im Vergleich zur Industrie langsamen Entwicklung des Kapitalismus auf dem agrarischen Sektor –, durch die allmählich weiter ansteigenden Kapitalinvestitionen in der Landwirtschaft, durch die beginnende Unterordnung der bäuerlichen Wirtschaft unter das Monopolkapital und durch die zunehmende Wandlung der staatlichen Agrarpolitik in eine solche staatsmonopolistischer Prägung.

Es ist natürlich nicht so, daß Haushofer zu einer solchen Einschätzung der neuen Periode gelangt. Denn für ihn beginnen jetzt verstärkt „alle jene Schwierigkeiten . . ., die zwangsläufig mit zeitgeschichtlichen Betrachtungen verbunden sind“ (S. 7). Grundsätzlich hat der Verfasser mit dem Hinweis auf die besonderen Probleme der Zeitgeschichte natürlich recht. Doch sind für den Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen zum Beispiel in der Deutschen Demokratischen Republik alle Möglichkeiten des Quellenstudiums gegeben. Auch fühlen sich die auf dem Standpunkt des gesellschaftlichen Fortschritts stehenden Agrarhistoriker unserer Republik nicht durch etwaige Rücksichtnahmen auf Sonderinteressen oder zu kurzen historischen Abstand in ihrer freien Urteilsbildung und Aussage-möglichkeit behindert. Wie dem auch sei, in welcher Hinsicht Haushofer die besonderen Schwierigkeiten auch sehen mag, die wissenschaftlich-theoretische Durchdringung vieler Probleme der neuen Periode ist jedenfalls unbefriedigend. Der Verfasser stößt aber naturgemäß immer wieder auf wichtigste Vorfälle und Erscheinungen, die einer vertieften theoretischen Analyse bedürften, und es ist interessant, zu verfolgen, wie er sie zu behandeln und zu beurteilen versucht. Auf einige Fragen soll hier wenigstens ganz kurz hingewiesen werden.

Im Zusammenhang mit dem „Versuch einer zentralen Ordnung der Kriegsernährungswirtschaft“ und der Gründung eines Kriegsernährungsamtes im ersten Weltkrieg schreibt Haushofer, daß „der Krieg auch auf diesem Gebiet die Entwicklung ruckartig vorwärtsgetrieben und zu einer Lösung gezwungen (hatte), die bei einer friedlichen Entwicklung des Kaiserreichs als Bundesstaat voraussichtlich noch sehr lange nicht nötig gewesen wäre. Der Krieg hat im Gesamtbereich der Agrarwirtschaft radikale Gedankengänge ausgelöst, die – gleich, ob sie noch während des Krieges zu praktischen Konsequenzen führten – als Material für kommende Entwicklungen dienten. Dazu gehört in erster Linie die Idee eines Produktionszwanges in der Landwirtschaft mit allen Konsequenzen, bis zur Verhängung einer Arbeitsverpflichtung für die landwirtschaftliche Bevölkerung und zur Festsetzung von Anbau- und Ablieferungskontingenten“ (S. 229).

Dies hat natürlich nichts zu tun mit einer Annäherung der „bürgerlichen Auffassung“ an die „Sozialisierungstendenzen der Linken“, wie es Haushofer glauben möchte. Die Darstellung des Verfassers bestätigt indes, daß die Agrarpolitik

17 Zu methodologischen Fragen der Agrargeschichte des Kapitalismus, speziell den Differenzierungsprozeß der Bauernschaft betreffend, vgl. auch Šolta, J., Zur Problematik des Differenzierungsprozesses der Bauernschaft im Kapitalismus, in: Letopis B, Bautzen 11/1/1964, S. 1 f.

im ersten Weltkrieg bereits unter dem Druck des staatsmonopolistischen Kapitalismus betrieben wurde. Und richtig ist, daß dieses Beispiel im Zuge des fortschreitenden Eindringens des Finanzkapitals in die Landwirtschaft in den zwanziger und dreißiger Jahren „als Material für kommende Entwicklungen“ diene.

Wie eindeutig der Standpunkt Haushofers in der Agrargeschichte des „technischen Zeitalters“ ist, beweist sein Bericht über die sogenannte Osthilfe, den wir – so knapp er auch ausfiel – nicht übersehen möchten. Für den Verfasser waren „die besonderen Maßnahmen des Reiches für die ostdeutsche Landwirtschaft“ nur „ein zeitlich und regional herausgehobener Sonderfall“, denn „zeitlich liefen dort sowohl die Krise wie die Bekämpfungsmaßnahmen der Entwicklung im übrigen Reichsgebiet um etwa ein Jahr voraus“. Nun, und „im übrigen Reichsgebiet folgen sie fast genau ein Jahr, d. h. also landwirtschaftlich gesehen eine Ernte, später“ (S. 256). Also gar nichts Aufregendes! Aber die Osthilfe wurde damals und bis heute als „Sondermaßnahme für den anders, d. h. stärker großbetrieblich strukturierten Osten, scharf kritisiert“. Die „Undankbarkeit der Aufgabe“ hat „eine Anzahl der besten Fachleute“ zerrieben. „Einzelfälle“ haben zur „Formulierung des Schlagwortes vom ‚Osthilfe-Skandal‘“ geführt. Aber trotz „Prüfung und Widerlegung der Vorwürfe im Einzelnen“ gab es noch keine Beruhigung. Und Haushofers abschließende Bemerkung in dieser Frage lautet: „Trotzdem steht fest, daß das Krisenerbe auf dem Gebiet des Agrarkredits, mit seinem graduellen Gefälle von West nach Ost und seiner Differenzierung zwischen bäuerlichem Familienbetrieb und lohnzahlendem Großbetrieb, nach dem Überschreiten des Tiefpunkts der Krise früher oder später in irgendeiner Form von jeder deutschen Reichsregierung liquidiert werden mußte.“

Haushofer nimmt hier denselben Standpunkt ein, wie ihn seit Beginn der Osthilfe sowohl die Grüne Front – speziell der Reichslandbund – als auch die Schwerindustrie eingenommen hatten, also den Standpunkt der Junker und der Großbourgeoisie, deren „Kompromiß auf Kosten der Werktätigen“ während der Krise eben die Osthilfe war.¹⁸ Die rührige Initiative und die Interessen des deutschen Monopolkapitals an den als „Osthilfe“ getarnten Finanzmanipulationen („Silverberg-Plan“ des Reichsverbandes der deutschen Industrie) werden in der von Buchta durchgeführten ersten, auf breiter Quellengrundlage basierenden Untersuchung – sämtliche einschlägigen Archivalien der Deutschen Zentralarchiv Potsdam und Merseburg wurden hierzu benutzt – ebenso bloßgelegt wie das „einnehmende Wesen“ der ostdeutschen Junker. Buchta sieht zusammenfassend folgende die Osthilfepolitik bestimmende Faktoren: „a) Die Verschärfung des antagonistischen Hauptwiderspruches zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat während der Weltwirtschaftskrise und damit die Gefahr für die Existenz der bürgerlichen Klassenherrschaft überhaupt.

b) Das schnelle Eindringen des Finanzkapitals in die Landwirtschaft während der Jahre der relativen Stabilisierung des Kapitalismus und damit das gemeinsame Interesse der Großbourgeoisie und der Junker, die Profite aus der Grundrente während der Wirtschaftskrise zu sichern.

c) Das machtpolitische Interesse des wiedererstarkten deutschen Imperialismus, den Junkern ihre Güter als Stützpunkte der Reaktion und des Militarismus zu erhalten.“¹⁹

18 Buchta, B., Die Junker und die Weimarer Republik. Charakter und Bedeutung der Osthilfe in den Jahren 1928–1933, Berlin 1950, S. 76f. und 162.

19 Ebenda, S. 162.

Haushofer hat Buchtas 1959 veröffentlichte Arbeit leider nicht mitbenutzt, obwohl sie nach der Breite des ausgewerteten Archivmaterials der fundierteste Beitrag zur Osthilfe-Problematik ist.

In der zweiten Hälfte der 20er Jahre – bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise – konnte die Landwirtschaft die durch den Weltkrieg verursachten Schäden und den Rückfall in der Produktion endgültig überwinden. Wir vermerken hier aus Haushofers Darstellung die uns am meisten interessierenden Punkte. Als Folge der Inflation war bis 1923 nicht nur die Vorkriegsverschuldung verschwunden, sondern andererseits sofort ein starker Kapitalbedarf für die nun nötigen Investitionen vorhanden. Besonders wird für das „Jahrfünft des Wiederaufbaus“ (1924–1929) die rasch zunehmende Anwendung der Mineraldünger hervorgehoben; im Vergleich zur Vorkriegszeit stieg ihr Verbrauch insgesamt um 35 Prozent, bei Stickstoff um 125 Prozent, bei Kali um 60 Prozent, während der Phosphorsäureverbrauch den Vorkriegsstand noch nicht wieder ganz erreichte. Bei der Technisierung wurde jetzt die Einführung des Ackerschleppers der bestimmende Faktor: 1929 liefen in Deutschland etwa 15000 Zugmaschinen, vorwiegend in der Landwirtschaft. Seit 1927 ging der Pferdebestand allmählich zurück. 1927 waren in ostdeutschen Großbetrieben die ersten amerikanischen Mähdrescher im Einsatz, 1931/32 wurden in Deutschland die ersten Mähdrescher gebaut. In den zwanziger Jahren sieht Haushofer einen Prozeß beginnen, der sich in den folgenden Jahrzehnten fortsetzt: die Ablösung des „Gespann-Bauern“ durch den Typ des mechanisierten Landwirts.

Wir möchten zur Charakterisierung des Entwicklungsstandes der Landwirtschaft um 1930 noch folgende Einschätzung Finckensteins anführen, die sich vorwiegend auf amerikanische Verhältnisse bezieht, aber auch für die deutsche Landwirtschaft von Bedeutung ist: „Mit dem Beginn der großen Agrar- und Wirtschaftskrise der 1930er Jahre schließt folglich auch eine Periode in der Entwicklung der landwirtschaftlichen technischen Ausrüstung ab, die nach dem Ende der napoleonischen Kriege begonnen hatte. Eine neue Entwicklung auf dem Gebiete der Landmaschinenteknik beginnt in Amerika nach dem Ende der großen Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre. Die Erfordernisse des zweiten Weltkrieges an Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen, der ständig steigende Bedarf von Industrie und Armee an Menschenmaterial zwingen weiter zum Ausbau der Rationalisierung aller Produktionszweige (. . .) Seit dem Beginn der Weltagrarkrise hat folglich für die Konstruktion der landwirtschaftlichen Maschinen und Gebrauchsgegenstände und Arbeitsgeräte eine neue Phase begonnen . . .“²⁰

Nach Haushofer wurden die Vereinigten Staaten für die deutsche Landwirtschaft jetzt das „Beispiels- und Reiseland“ (im 19. Jahrhundert waren es England und später Frankreich). Die Vereinigten Staaten spielten auch als Kreditgeber für die deutsche Landwirtschaft eine bedeutsame Rolle. Von dort wurde nicht zuletzt der „Gedanke der Rationalisierung“ übernommen.

1920 wurde der Reichsausschuß für Technik in der Landwirtschaft gegründet, 1928 seine Umbildung in das Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft (RKTL) unter Führung des Freiherrn von Wilmowsky vorgenommen. Schließlich

²⁰ Finckenstein, H. W., *Graf Finck v.*, a. a. O., S. 157f.; vgl. auch Manukjan, A., Neues in der kapitalistischen Landwirtschaft, in: *Sowjetwissenschaft (Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge)*, 11/1963, S. 1191f.

drang man auch auf eine raschere und energischere Durchführung der Flurbereinigung.

Ab 1928 rückten gegenüber den Fragen des Produktionsaufschwungs die Marktfragen in den Vordergrund, schreibt Haushofer, der jetzt von der „Pflege der Märkte“ spricht und ganz richtig die „Entwicklung der nächsten Jahre“ durch die einsetzende Marktgesetzgebung schon vorweggenommen sieht.

Der Wiederaufbau nach 1923 war von einer außerordentlich starken Neuverschuldung der Landwirtschaft begleitet, die Anfang der dreißiger Jahre bei einem wesentlich höheren Zinssatz als in der Vorkriegszeit auf 12 bis 13 Milliarden Reichsmark anstieg und eine jährliche Zinslast von über 1 Milliarde zur Folge hatte. Gegenüber der Zeit vor dem ersten Weltkrieg überwogen jetzt die kurzfristigen Personalkredite mit 60 Prozent gegenüber den langfristigen Hypothekarkrediten.

Die zweite Hälfte der zwanziger Jahre war also die Zeit eines außerordentlich raschen Aufschwungs der Landwirtschaft, und um 1930 war in ihrer technischen Entwicklung ein wichtiger Wendepunkt erreicht worden. Von der Aufwärtsentwicklung der Landwirtschaft waren die werktätigen Bauern, unter der Last ihrer Verschuldung zusammenbrechend, weitgehend ausgeschlossen, während — wie das Beispiel der Osthilfe bewies — die junkerlichen Großbetriebe und die großbäuerlichen Wirtschaften sich der besonderen Förderung durch den Staat erfreuten.²¹

Parallel zu den Erfolgen der Landwirtschaft lief ihre zunehmende Unterordnung unter das Monopolkapital, das sich in der breiten Masse der Bauernwirtschaften ein viel versprechendes Ausbeutungsfeld sicherte. Zu den hohen Gewinnen aus dem Absatz von Produktionsmitteln, die insbesondere die Düngemittelindustrie und die Landmaschinenindustrie erzielten, zu der Milliardenereinnahme des Bankkapitals aus den jährlichen Zinsverpflichtungen der Landwirtschaft kam um 1930 die „Pflege der Märkte“, also die beginnende Reglementierung des Marktes für landwirtschaftliche Erzeugnisse im gemeinsamen Interesse der kapitalistische Großlandwirte und der Monopolbourgeoisie.

Die aktive Rolle der Monopole im Hinblick auf die Landwirtschaft kommt in der Schilderung Haushofers nicht zum Ausdruck. Wir müssen daher wenigstens noch einige bedeutsame Tatsachen anführen. „Zur Verstärkung ihres Einflusses auf die Landwirtschaft gründeten die interessierten Konzerne schon im Jahre 1926 in Essen eine ‚Verbindungsstelle Landwirtschaft/Industrie‘“²², die unter der Leitung des Freiherrn von Wilmowsky stand, den auch Haushofer kurz erwähnt, ohne aber seine ganze Bedeutung zu kennzeichnen. Wilmowsky, selbst Rittergutsbesitzer, war Angehöriger der Familie Krupp und Mitglied des Aufsichtsrates der Firma Krupp. Gleichzeitig war er Mitglied des Deutschen Landwirtschafts-Ausschusses, Vorsitzender des Landbundes, Präsident des RKTL und bekleidete außerdem viele andere Positionen. Dieser ganz ausgezeichnete Ver-

21 Hierzu Šolta, J., Zur Strukturentwicklung der Bauernschaft im imperialistischen Deutschland seit dem Ausgang des ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964, T. 2/3, Berlin 1964, S. 256f. — Derselbe, Z problematyki społeczno-ekonomicznego położenia chłopstwa we wschodniej części Dolnych Łużyc w okresie hitlerowskim (do 1939r). (Zur sozialökonomischen Lage der bäuerlichen Schichten in der östlichen Niederlausitz während der Jahre des Hitlerfaschismus — bis 1939), in: Sobótka, 4/1963, S. 427f. — Vgl. auch Hoefft, K.-D., Zur Agrarpolitik des deutschen Imperialismus von 1933 bis zur Gegenwart, Berlin 1960, S. 18f.

22 Vogel, G., Agrarpolitik der Monopole, Berlin 1957, S. 39.

trauensmann sowohl der Großgrundbesitzer wie auch der Monopole war Mitbegründer der Bank für Industrie-Obligationen, die die Osthilfe finanzierte.²³ Wilmowsky war auch Präsident des sogenannten Langnam-Vereins, einer Organisation der führenden Unternehmen der Schwerindustrie, die 1931 den Mitteleuropäischen Wirtschaftstag (MWT) übernahm.²⁴ Im MWT waren, wie G. Vogel nachweist, alle herrschenden deutschen Monopolunternehmen vertreten. „Der MWT ist in der Tat ein rein politisches Büro gewesen“, schreibt Sohn-Rethel. Im Büro des MWT wurde die Idee der „Agrarkartellierung“ als eines „Ausgleichs zwischen Industrie und Landwirtschaft“ geboren. „Die Urheber des Projekts der Agrarkartellierung strafte[n] also die alte Auffassung Lüge, wonach der Agrarmarkt nicht organisierbar sei; nicht organisierbar sei er nur für die Landwirte selbst, organisierbar dagegen für die Monopolkapitalisten, vorausgesetzt, daß ihnen die Staatsmacht zu Gebote stehe.“²⁵ Wohin wir auch blicken, sehen wir die Weiterentwicklung der deutschen Landwirtschaft in den dreißiger Jahren und die Agrarpolitik des Faschismus – schon um 1930 etwa von den Monopolen geplant und vorgezeichnet. Auf Haushofers Darstellung der Agrargeschichte der dreißiger Jahre brauchen wir nicht mehr besonders einzugehen.

*

Auf Haushofers Ausführungen über Marx, den Marxismus und die Arbeiterbewegung kann nicht eingegangen werden. In seinem Herangehen an den Marxismus verläßt unser Autor die allgemein übliche Ebene der wissenschaftlichen Abhandlung und der unbestechlichen Sachlichkeit, um sich auf den Boden eines sehr primitiven Antikommunismus zu begeben. Es muß dahingestellt bleiben, inwieweit Haushofer die Klassiker und andere Autoren des Marxismus kennt – aus dem Buch des sonst sehr belesenen Verfassers geht dies nicht klar hervor. Jedenfalls machen die den Standpunkt des Marxismus in der Agrarfrage betreffenden Stellen seines Werkes den Eindruck einer sorgfältig vergifteten Argumentation. An sich verschuldet Haushofer hiermit eine bedauerliche Abwertung seines sehr interessanten Abrisses der Agrargeschichte. Eine eigentümliche Methode des Verfassers besteht auch im beharrlichen Außerachtlassen der marxistischen Forschung.²⁶ Während Abel und Lütge immerhin in bescheidenem Maße einige Erkenntnisse der marxistischen Forschung in ihren Darstellungen aufnehmen, beachtet Haushofer weder die zahlreichen Arbeiten Lenins zur Agrarfrage, auch zur deutschen Landwirtschaft, noch berücksichtigt er neuere marxistische Forschungen zur deutschen Agrargeschichte aus der Sowjetunion, Polen und der DDR. Dabei hat in den letzten Jahren vor allem die Forschung der DDR eine beachtliche Anzahl auf umfangreichen Quellenstudium basierender Arbeiten vorlegen können. Wie kann ein ernsthafter Wissenschaftler wie der Verfasser der vorliegenden synthetischen Abhandlung zur deutschen Agrargeschichte des

²³ Siehe ebenda, S. 18f.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Sohn-Rethel, A., Die politischen Büros der deutschen Großindustrie, in: Blick in die Welt, hg. v. d. I. S. C. Branch Control Commission for Germany (B. E.), Nr 15, S. 20/21, zit. nach: Vogel, G., a. a. O., S. 20f. – Alfred Sohn-Rethel war seinerzeit Syndikus des MWT.

²⁶ Haushofer, erwähnt in seinen Literaturangaben wohl: Nichtweiß, J., Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches von 1890 bis 1914, Berlin 1959, aber kaum weitere Publikationen der marxistischen Forschung.

19. und 20. Jahrhunderts an den Forschungsergebnissen, die in diesen Arbeiten enthalten sind, achtlos vorübergehen?

Wir konnten von Haushofer selbstverständlich kein *marxistisches* Geschichtswerk erwarten. Nicht durch diesen Umstand wurde unsere ausführliche Besprechung veranlaßt, vielmehr durch den positiven Beitrag zur deutschen Agrargeschichtsschreibung, den der Verfasser mit seiner Gesamtdarstellung leistet, vor allem durch die Fülle der Probleme, die darin aufgeworfen werden.

Haushofer bemüht sich mit Recht um eine *komplexe* Behandlung der Agrargeschichte der kapitalistischen Zeit. Faktisch wird hier zum erstenmal eine geschlossene Agrargeschichte der neueren Zeit vorgelegt. Daß mit der Verwirklichung dieser Aufgabe erhebliche Schwierigkeiten verbunden waren, muß anerkannt werden. Insbesondere das 19. Jahrhundert und auch die Entwicklung der Produktivkräfte werden – wie bereits hervorgehoben wurde – eingehend behandelt. In mancher Hinsicht finden sich zutreffendere Formulierungen als wir sie bislang von der nichtmarxistischen Agrargeschichtsschreibung kennen; so etwa, wenn von der unaufhaltsamen, weil gesetzmäßig notwendigen bürgerlichen Umgestaltung der Landwirtschaft zu Beginn des 19. Jahrhunderts oder vom „Gestaltwandel“ des Bauern in der späteren Zeit die Rede ist. Eben solche Probleme wurden in der Besprechung aufgegriffen.

Sozialökonomische Verhältnisse im Alten Orient und im Klassischen Altertum

Tagungsbericht der Sektion Alte Geschichte der Deutschen Historiker-Gesellschaft vom 12.–17. X. 1959 in Altenburg [Redaktionsleitung RIGOBERT GÜNTHER und GERHART SCHROT]

Akademie-Verlag, Berlin 1961, 354 Seiten, Preis 38,50 MDN

Die Redaktionsleitung des Tagungsberichts hat die Anordnung der weitläufigen und nur selten miteinander verbundenen Thematik für die 29 Referate nach dem Alphabet der Verfasser getroffen. Das erscheint berechtigt, obwohl die Ordnung nach der Zeitstufe der Themen ebenso geeignet gewesen wäre. Dann würden eben die „Byzantinischen Demen“ von S. WINKLER den Schluß bilden und die Studie von AWDIJEW am Anfang stehen. Zum Verzicht auf Abbildungen konnte sich die Leitung entschließen, weil davon kein Beitrag speziell betroffen wurde – so sehr man auch die Abbildung einer antiken, in Gallien verwendeten Mähmaschine wünschen mag. Sie hat sich ferner dafür entschieden, keine Titel, dafür aber den Wirkungsort der Verfasser anzugeben; auch das ist zu billigen, denn es bestehen nirgends Zweifel über die Referenten. Wenn freilich ein Benutzer, der kein Fachspezialist ist, etwa ein reiner Agrarhistoriker, zu dem Bande greift, mag ihn die Stellung des Urhebers schon interessieren.

Daß eine Redaktionsleitung nicht alle Druckfehler vermeiden kann, muß nicht gesagt werden, zumal das Bestreben einer möglichst raschen Veröffentlichung in die Waagschale fällt und zum Verzicht auf die eine oder die andere Rückfrage zwingt – schon deshalb, weil viele Autoren wegen Teilnahme an Expeditionen und Ausgrabungen im rechten Augenblick unerreichbar sind. Bei der Entscheidung über die Druckausstattung mag manchen befremden, daß zwar wie üblich die Namen aller „modernen“ Autoren in Kapitälchen gesetzt wurden, aber die der antiken – um die es sich doch oft sehr wesentlich handelt – überhaupt ohne jede Hervorhebung geblieben sind.

Für ihre stets entsagungsvolle Arbeit kann jede Redaktionsleitung eines solchen immer sehr schwierigen Bandes auf den Dank der Kongreßteilnehmer wie auf den aller Leser rechnen. Rigobert GÜNTHER und Gerhard SCHROT haben jedoch – und dies ist das Besondere an dieser Neuerscheinung – nicht nur die Redaktionsarbeiten geleitet. Schon die ihnen anvertrauten Organisationsarbeiten vor und auf dem Kongreß ließen keinen Zweifel, daß sie sich ans Werk gesetzt haben mit dem bewußten Vorsatz, den Beweis dafür zu liefern, daß sich die Vertreter der Alten Geschichte in der DDR auf einem internationalen Kongreß bewähren können, auch wenn sie als Nachwuchskräfte noch nicht die volle Schaffenskraft entwickelt haben oder andererseits erst in fortgeschrittenerem Alter die Grundlagen des Marxismus-Leninismus zu ihrer eigenen wissenschaftlichen Basis machen konnten. GÜNTHER und SCHROT haben bewußt daran gearbeitet, deutlich werden zu lassen, in welchem hohem Ausmaß die Althistoriker ihre Arbeit daraufhin ausrichten, un-

mittelbar zur Festigung unseres Staates beizutragen, dem „großen Kampf um Frieden, Wohlstand und Glück des Deutschen Volkes und um die friedliche Koexistenz aller Völker“ zu dienen und ihrer eigentlich humanistischen Aufgabe gerecht zu werden.

F. ALTHEIM — R. STIEHL, Berlin-Nikolasee, S. 1—24

Gaumāta der Magier — Die erste Bewegung mazdakitischen Charakters

Der Aufsatz besteht aus drei Teilen, deren Untergliederungen jeweils auf zwei bis drei Seiten ein Problem anschnitten.

Der erste Ansatz erhärtet zunächst die Echtheit der biblischen Überlieferung in ESRA 5,6, 14—17; 6,1 über die Urkundendeposition im persisch-babylonischen Reich.

Der anschließende Problembereich erörtert das Formular der *Persepolis Treasury Tablets* und hebt hervor, daß *Elamisch* die Verwaltungssprache auch in der Persis war, wozu dann (um 530 v. u. Z.) das „Reichsaramäische“ als zweite Amtssprache hinzukam.

Der dritte Absatz interpretiert den durch HERODOT 3,61 überlieferten „Namen“ *Patizeithes* als einen Titel **pati-xšāyaviya* = *Stellvertreter des Königs*. Damit ist zwar der „Name“ für den Bruder des GAUMĀTA erloschen, aber die Stellung dieses „Schatzhausverwalters“ in *Paišyā-huvādā* wird deutlicher: Als Magier verfügt er über eine „Bildung“, die zum Verwaltungsbeamten unerlässlich war. Abschnitt II trägt im Hinblick auf GAUMĀTA die Überschrift „Zarathustras Nachfolger, Vorläufer Mazdaks“. ALTHEIM-STIEHL wiederholen ihren Zeitansatz, der Zarathustra (599—521) und Kyros († 530) zu Zeitgenossen macht, und interpretieren die „Magier“ als Repräsentanten der neuen Religion, die zugleich eine *Sozialreform* angestrebt hätten, und zwar unter Ausnutzung der medisch-persischen Rivalität. Unter Bezug auf allerlei Angaben wird eine weitgehende Beharrung der Struktur des achaimenidischen Staates bis in die sassanidische Zeit angenommen. Demzufolge wird auch eine Parallele zwischen Gaumāta und Mazdak vermutet, da beide den Adel zu entmachten suchten und beide zu den religiösen Leitern der Anhänger Zarathustras gehörten.

Der Schlußabschnitt mit der Überschrift „Magiertötung“ sucht zu klären, warum die Achaimeniden-Herrscher bei ihrer Verehrung des *Ahuramazda* niemals den Stifter dieser Religion erwähnt haben. ALTHEIM-STIEHL nehmen an, *Zarathustra* sei im Zusammenhang mit der mißglückten Erhebung des GAUMĀTA als Urheber der „Magier-Bewegung“ unter das Verdammungsurteil gefallen. Und da man einen menschlichen Urheber der *Ahuramazda*-Religion nicht nötig zu haben glaubte, unterblieb die Nennung seines Namens.

Der Schluß des Abschnitts bringt noch einen Nachtrag zu dem ‚Supplementum Aramaicum‘ der Verfasser, veranlaßt durch einen Hinweis von B. LANDSBERGER auf DOUGHERTY. Demzufolge wird aus der Doppelfassung in neubabylonischer und assyrischer Zeit gefolgert, daß DAREIOS I. das „Reichsaramäische“ nicht wesentlich gefördert sondern eher behindert hat.

W. L. AWDIJEW, Moskau, S. 25–46

Die Entstehung von Handels- und Kulturbeziehungen zwischen den Ländern des Nahen Ostens vom 4. bis 3. Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung

Nach einer Polemik gegen einige bürgerliche Historiker wie FRANKFORT, CANTOR, VERCOUTTER und CHILDE betrachtet der Verfasser den Tauschhandel im Prozeß der Auflösung der Urgesellschaft von der Position des Marxismus-Leninismus. Er wendet sich gegen voreilige Migrationstheorien oder Eroberungshypothesen und zeigt die besondere Funktion des Handels. Die Untersuchung ist weiträumig gespannt und hat zugunsten der Systematik die im Thema angegebenen zeitlichen und örtlichen Abgrenzungen weit überschritten. Die altägyptischen Zeichnungen erscheinen in ungewohnter Form.

C. H. БЕНКЛИЕВ, Woronesh, S. 47–63

Кризис римской демократии 70–60 годов

[Die Krise der römischen Demokratie der Jahre 70–60 v. u. Z.]

Der Verfasser wendet sich gegen eine ungerechtfertigte und unwissenschaftliche „Modernisierung“ in der Darstellung des Geschichtsverlaufs. Gerade im Hinblick auf das zur Debatte stehende Jahrzehnt zeigt er, daß die Hauptgründe für die Krise der römischen Demokratie in Faktoren liegen, die in der bürgerlichen Geschichtsschreibung oft vernachlässigt wurden. Er stellt folgende Faktoren heraus:

1. Der zunehmende und sich verstärkende Kampf zwischen Sklaven und Sklavenhaltern.
2. Differenzen und Widersprüche zwischen der städtischen und ländlichen Demokratie.
3. Die Sprengung der politischen, an die Stadt- und Staatsordnung gebundenen Regierungsform beim Heranwachsen des römischen Imperiums.
4. Die Notwendigkeit, eine ungeheure Menge von Bürgern an der Administration des Imperiums zu beteiligen.
5. Die Aufstellung einer neuen Berufarmee und die dadurch entstandene Schwächung in der Wirksamkeit der römischen demokratischen Organe.

J. P. BRISSON, Paris, S. 64–75

Virgile et le rationalisme de Lucrèce dans le chant I des Géorgiques (43–203)

Das der *labor* gewidmete Gedicht verdankt dem Vorläufer LUCREZ eine der Leitideen. Die *labor* war allerdings für LUCREZ der Beweis, daß die Götter keineswegs die so unvollkommene Natur „zum Besten der Menschheit“ geschaffen haben. Dagegen hat VERGIL in den Kampf des Menschen mit der Natur einen Heroismus hineingelegt, der die Quelle des Fortschritts überhaupt bedeutet.

Sodann untersucht der Verfasser, warum VERGIL in *ecl. IV* (etwa im Jahre 40 a. C.) die Erwartung nahebevorstehender goldener Zeiten zum Ausdruck bringt, dagegen zwei oder drei Jahre später sich gar nicht mehr auf die religiöse Verheißung durch die „sibyllinischen Bücher“, sondern nur noch auf die Kraft des Menschen beruft. Der Verfasser interpretiert diese Erscheinung mit dem Eintritt VERGILS in den politischen Kreis des MAECENAS und OCTAVIAN, die dem Dichter begreiflich machten, daß er nicht in „Wolkenkuckucksheim“ bleiben dürfe. So prononzierte VERGIL im Gegensatz zu CATO die Arbeiten, die dem *colonus* (bei der Wiederbesiedlung des verwüsteten Italiens) zufallen, um ihm die Grundlage einer *freien und selbständigen Existenz* zu gewähren. [S. 74 Anm. 2 ist ein Verweis des Manuskripts stehengeblieben – p. 4 n. 13 muß heißen S. 67 Anm. 5]

J. BURIAN, Prag, S. 76–79

Zur Verwaltung der Provinzen in der Krisenzeit der römischen Republik

Während STEVENSON 1939 vor allem die Anfänge der römischen Provinzialverwaltung geschildert hatte, griff BURIAN das Problem auf, wie die Bedeutung der Provinzen ins Bewußtsein der Römer trat, als sich die spätrömische *civitas Romanorum* in das kaiserzeitliche *imperium Romanum* verwandelte.

Unter Berufung auf CICERO zeigt BURIAN das ausweglose Dilemma der dem staatlichen Zugriff entzogenen Provinzialverwaltung, die auf privatrechtlicher Grundlage durch das Unternehmerkonsortium der *publicani*, in deren Hand die Ausbeutung der Provinzialen lag, ausgeübt wurde. Die Verflechtung der stadtrömischen Finanzen mit denen der Provinzen wurde drastisch fühlbar, als Asien im mithridatischen Krieg seine Zahlungen und Lieferungen einstellte und damit in Rom eine unabwendbare Insolvenz und Kreditkrise eintrat.

Mit Recht hebt BURIAN hervor, daß das *Prinzip* der Provinzialverwaltung auf Beseitigung drängte, nicht nur die durch Charakterfehler der Pächter entstandenen Auswüchse.

H.-J. DIESNER, Halle, S. 80–87

Zu einigen Kernproblemen der älteren griechischen Tyrannis

DIESNER präzisiert seine Auffassung im wissenschaftlichen Disput mit OLIVA. Er verteidigte seine Auffassungen von der Erringung der „Macht durch List“, von der adligen Abkunft einer ganzen Reihe von Tyrannen und kritisierte die Darstellung von OLIVA, daß HERODOT „tyrannenfreundlich“ eingestellt gewesen sei. Da die Hauptdifferenz in der Bedeutung der Resonanz der Tyrannen bei den Volksmassen, mithin bei der Bewertung der sozialökonomischen Basis der Tyrannis überhaupt liegt, kommen DIESNER und OLIVA zu einer etwas abweichenden Bewertung der *Klassenkämpfe* in dem jeweils vermutbaren Ausmaß, die mit Erhebung und Sturz der Tyrannis in jeder einzelnen Stadt in der älteren wie in der jüngeren Epoche verbunden waren.

NB.: Hier vermißt man den Abdruck der Diskussionsbeiträge von ALTHEIM, TRENCSENY-WALDAPFEL, BORECKÝ, und anderen, zumal dieses Referat zweifellos eine besonders „brennende“ Frage angeschnitten hatte.

Sowohl vom Vortragenden wie vom Opponenten wie von den Disputanten ist hervorgehoben worden, daß der Kongreß als Forum zur Diskussion dieser wichtigen Fragen besonders günstig war. Natürlich kann auf einem halben Druckbogen nicht die Fülle der mit dem Aufkommen und dem Untergang der Tyrannis verbundenen Probleme erschöpft werden.

E. ENDESFELDER, Berlin, S. 88–93

Über die Arbeiter der thebanischen Nekropole im Neuen Reich

Die Verfasserin, die darauf verzichtete, nachträglich ihrem Referat einen wissenschaftlichen Apparat anzufügen, orientiert über die Lebensverhältnisse der Nekropolenarbeiter, um vor allem die Stellung dieser Leute in der Klassengesellschaft des Pharaonenreiches präzisieren zu können. Sie hebt richtig hervor, daß diese staatliche Arbeitsorganisation nicht mit Lohnarbeitern (natürlich nicht mit Sklaven oder Abhängigen) arbeitete. Sie bestimmt nun diese Kategorie näher als einen *erblichen Berufsstand*, der für seine Arbeit eine *Gruppenentlohnung* zur Bestreitung des Unterhalts bezog und der bei dem hieraus entstehenden ökonomischen Zwang kaum in der Lage war, einen „Berufswechsel“ seiner Angehörigen zuzulassen.

R. GÜNTHER, Leipzig, S. 94–105

Der Klassencharakter der sozialen Utopie in Rom
in den letzten zwei Jahrhunderten v. u. Z.

In diesem Ausschnitt aus einer größeren Untersuchung arbeitet der Verfasser die Ursachen für die Entstehung einer Utopie und für ihre Rezeption bei den Massen heraus. Dazu analysiert er die sozialen und gesellschaftlichen Strukturveränderungen im Gefolge der punischen Kriege, die zu einer weiträumigen Vernichtung der kleinbäuerlichen Betriebe durch den Großgrundbesitz führten. Der letztlich ohnmächtige Widerstand dieser entmachteten Gruppen von Kleinproduzenten (italisch-keltische Bauern und Gärtner) spiegelt sich in klassenkampfmäßigen Aufständen, aber ebenso in der Zuneigung zu allerlei Heilserwartungen. Mit ALTHEIM hebt er die im Jahre 213 manifest werdende „apokryphe Literatur“ hervor, die im Gegensatz zur offiziellen Religion allerlei „Heilspraktiken“ zur Abwehr der Kriegsnot enthalten haben mag. Sie war das geistige Eigentum von „Wanderpredigern“, die im Gewand der religiösen Verheißung auch den Umsturz oder mindestens den Wandel der sozialen Verhältnisse beschrieben, gewiß in eindrucksvollen Worten.

Der Verfasser zeigt, daß Rom keine eigene Sozialutopie entwickelte, sondern solche Heilserwartungen aus dem Osten übernahm. Deren Wirkung mußte sich

verstärken, als die Bürgerkriege zwischen SULLA und MARIUS die Nutznießer der Kämpfe des II. Jh. ruinierten und sie erneut zugunsten der Anhänger der Militärdiktatur expropriierten. Mit Recht führt er dann aus, daß AUGUSTUS sich diese naturgemäß reichlich unklaren Vorstellungen zunutze machte, indem er sich selbst als Erfüller dieser Hoffnungen ausgab.

G. HÄRTEL, Leipzig, S. 106–118

Sozialökonomische Verhältnisse im ptolemäischen Ägypten

Auf dreizehn Seiten präzisiert der Verfasser einige markante Erscheinungen, die er so geschickt auswählte, daß sich ein recht illustratives Bild ergibt. Nach einigen Belegen für die stets ungemein hohe Intensität der Warenproduktion in Ägypten folgt die Zustimmung zur Behauptung einer ausgedehnten Sklaverei auch in Ägypten (nach RANOWITSCH) unter Rücksicht auf gewisse Sonderformen und Zwischenstufen wie die *ὑεροδοουλεία*. Nach Heranziehung der Fakten über das Steuerwesen wird dann der „Lebensstandard“ der niederen Klassen umrissen, indem die Lebenshaltungskosten zum (mutmaßlichen) Familieneinkommen in Beziehung gesetzt werden, woraus sich ein erwartungsgemäß trübes Bild ergibt. Anschließend werden die Krisenerscheinungen im Ptolemäerreich mit dem Vordringen Roms in Beziehung gesetzt. Unter der Überschrift VI. *Schlußbestimmungen* wird die allgemeine Einschätzung des Entwicklungsablaufs (nach RANOWITSCH) gegeben.

Mit diesem Beitrag wird zugleich ein Auftakt für den folgenden gegeben, der die Betrachtung nicht eigentlich fortsetzt, sondern an einem einzigen Dokument gewissermaßen überprüft, welche Aussagen überhaupt statthaft sind.

J. HARMATTA, Budapest, S. 119–139

Zur Wirtschaftsgeschichte des frühptolemäischen Ägyptens

Mit gewohnter Meisterschaft wendet sich HARMATTA dem *pap. aram. Cowley 81* zu; da ihm dessen Datierung auf 312/310 gelingt, ergibt sich nun eine Fülle von höchst bemerkenswerten historischen Fakten und Bezügen. (Es ist recht schade, daß der Absicht einer erleichternden Umschrift der hebräischen Quadratbuchstaben recht unschöne Druckfehler entsprossen, so ist schon der Name אבארה entstellt, weil statt eines nicht sehr passenden griechischen β zur Umschrift für ב deutsches *sz/ß* gesetzt wurde.) H. interpretiert das in 12 Kolumnen und 14 Teile gegliederte Dokument als eine aus Geschäftspapieren stammende Gesamtübersicht über die Umsätze, Kreditgeschäfte und Warenvorräte eines Jahres. Er neigt zur Auffassung, daß es sich um eine offizielle Eingabe bei der Steuerbehörde handelt; die Bedenken gegen die *aramäische* Sprache weiß er zu zerstreuen. Aus der [zwei Prozentigen] Zolldeklaration Z. 115 (S. 124, irrig 112) von 146 Drachmen ließen sich 3650 Drachmen „Umsatz“ errechnen, die „Addition“ ergibt nur 1800

bis 2000 Drachmen. Weit wichtiger als diese Summe ist aber die Entdeckung, daß *Weizen* (und Öl) obenansteht: HARMATTA leitet daraus zwei bemerkenswerte Schlußfolgerungen für die gesamte *Agrargeschichte* ab. Seiner Umsicht entging auch das *Transportproblem* nicht, ebensowenig die *rechtsgeschichtliche* Interpretation von שטח und אפנה. Ein ebenso wichtiger wie ausgewogener und abgerundeter Beitrag!

W. HOFMANN, Leipzig, S. 140–147

Plautinische Sklaven

Der Verfasser hebt hervor, daß eine Spezialuntersuchung über die Bühnenwirksamkeit der plautinischen Sklaven fehlt, so oft auch sonst literarische Herkunftsprobleme gerade an den Sklavenrollen der plautinischen Komödie demonstriert worden sind. Sodann zeigt er an zwei Beispielen, welche Tendenzen durch das zündende Wort von der Bühne herab propagiert wurden: 1. Der Verfasser findet eine Übereinstimmung zwischen PLAUTUS und CATO in der Tendenz, die Sklaven zu Uneinigkeit, Streit, Neid und Übervorteilung untereinander anzustacheln. 2. Der Verfasser zeigt die weitere Tendenz, eine musterhafte und grenzenlos „sklavische“ Ergebenheit für den eigenen Herrn zu propagieren.

Daran zeigt der Verfasser, daß die Sklavendarstellung in der Komödie nicht so sehr Abbild des tatsächlichen Sklavenlebens ist, sondern auf die Zuhörer in bestimmtem Sinne einwirken wollte. Sie legalisierte die Sklaverei als solche und beseitigte die Reste humanitärer Skrupel, die ein Sklavenhalter etwa noch in sich trug.

Der Verfasser hat da sicher etwas Richtiges gesehen und – so gut die Beweisführung auf einem halben Bogen geschehen konnte – auch einigermaßen überzeugend seine Thesen vorgetragen. Dennoch möchte der Rezensent zu bedenken geben, daß die „Romanisierung“ der griechischen Typen nicht ganz so bruchlos vonstatten ging, wie es aus einigen Beispielen hervorzugehen scheint.

I. K. HORVÁTH, Budapest, S. 148–155

Catull und Horaz – Dichter ihrer Zeit

Der Verfasser schneidet ein schwieriges Problem an und versucht, mit ein paar Belegen die Animosität des HORAZ gegen CATULL verständlich zu machen. Die Aversion soll aus der Situation des wenig populären Dichters resultieren, der nicht allein die eigene Poesie gegen CATULL höher bewertet wissen will, sondern vor allem die Beliebtheit einer Populärpoesie „moderner“ Tönung überhaupt kritisiert. Wie die dichterische Übereinstimmung zeigt, kann die Divergenz nicht in prinzipiell gegenteiligen ästhetischen Auffassungen, sondern nur im Motivregister liegen. Darin war CATULL noch sehr viel freier als die Zeit der moralisierenden augusteischen „Staatsraison“, in deren Dienst sich HORAZ gestellt hatte. Psychologisch ist dieses Erfülltsein von einer dichterisch-politischen Mission ver-

ständig – und somit auch die nicht ganz neidlose Überheblichkeit des HORAZ, der – vergebens – gegen die „moderne“ Instrumentierung der leicht sangbaren Rhythmen des CATULL anging. Der Verfasser sieht wohl richtig, daß sich HORAZ weniger gegen CATULL als vielmehr gegen die „Schlagersänger“ wendete, die wie HERMOGENES und DEMETRIUS immer nur Texte des CATULL benutzten.

A. H. M. JONES, Cambridge, S. 156–167

Die Bekleidungsindustrie in der Zeit des Römischen Imperiums

Der Verfasser, der einige Ungeschicklichkeiten des Übersetzters zu rügen allen Grund hätte, hat zu seinem mit großem Beifall aufgenommenen Referat die zahllosen Quellenbelege hinzugesetzt, so daß die souveräne Beherrschung des Materials eindrucksvoll deutlich wird. Ohne auf die Ergologie und Technologie der Bekleidungsindustrie einzugehen, was man bedauern mag – wozu jedoch ein voluminöser Band mit reichem Abbildungsmaterial gehören würde –, hat er Inschriften, Papyri, literarische und juristische Quellen auf Aussagen untersucht, die sie über Berufe und Berufsorgane der Bekleidungsindustrie machen. Er überprüft die Funktionsaufgabe der Bekleidungsindustrie, den stark differenzierten Bedarf allenthalben zu decken. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, daß einerseits die ausgesprochene Luxusware ein stetiges Handelsobjekt gewesen ist, andererseits auch der militärische Massenbedarf an Qualitätsware und der großstädtische Massenbedarf an billiger Ware aus der ländlichen Produktion bestritten werden mußte. Aus dem von ihm festgestellten Fehlen von Manufakturzentren erklärt sich die umfangreiche administrative Arbeit der Heeresbeschaffungämter, die besonders deutlich wird. Die unrentable „Massensklaverei“ führte zu sehr kleinen Betriebs-einheiten (mehr oder weniger zum Familienbetrieb), die in der „Zunft“ (*collegium*) organisiert waren. Die Spezifizierung (S. 162) hätte viel Raum gekostet, so wurden in den Anmerkungen 6 bis 9 die bloßen Textstellen angegeben.

H. KALEX, Leipzig, S. 168–179

Über die Arbeitsbedingungen und den Gesundheitszustand der Arbeiter in der Antike

Die Studie zeigt, wie aussagekräftig die Resultate sind, die das im antiken Bereich entschieden vernachlässigte Forschungsgebiet der Sozialhygiene bei tieferem Eindringen zutage zu bringen vermag. Der Verfasser hat bei sorgfältiger Umschau in den Quellen sein Thema vielseitig beleuchtet, indem er die verschiedensten Gewerbe Revue passieren läßt und ihre spezifische gewerbehygienische Gefährdung erläutert. Der Nachweis dieser Vielzahl und Vielseitigkeit der antiken Einzelbeobachtungen ist sein Hauptanliegen gewesen, während das der eigentlich gewerbemedizinhistorischen Würdigung zurückstand. Sonst wäre der Verfasser wohl doch verpflichtet gewesen, die Feststellung der Ätiologie des hämatolytischen Icterus

bei den Bergleuten als eine der wesentlichsten diagnostischen Leistungen der antiken Gewerbemedizin gebührend herauszustellen. Diesen etwaigen Vorwurf hat aber der Verfasser von vornherein abgelenkt, indem er in seinem Thema die Sozialhygiene gar nicht okkupiert hat – um so verdienstlicher, daß er so tief in sie eindrang.

P. VON KLOCH-KORNITZ †, Berlin, S. 180–186

Das Bild des Tiberius bei Tacitus, Methode und Problematik

Das nahezu unveränderte Referat weckt die unmittelbare Erinnerung an den so früh Dahingegangenen. Sein „Essay“ war im besten Sinne des Wortes ein „Versuch“, sowohl das Bild des Kaisers TIBERIUS wie das des Historikers TACITUS zu konfrontieren, indem er nicht so sehr die einzelnen verzeichneten Linien ins Auge faßte, sondern auf die Zeichenmethode das Schwergewicht legte. Gewiß wäre von ihm ein interessantes Buch über TACITUS zu erwarten gewesen, auch wenn die Porträtierung des TIBERIUS noch nicht mit allen erforderlichen Farben begonnen worden ist.

J. KOLENDO, Warschau, S. 187–190

Pourquoi la moissonneuse antique était-elle utilisée seulement en Gaule?

Der Verfasser erfaßt in einer ausgezeichneten Konzentration das Problem, warum die Anwendung der Mähmaschine auf Gallien beschränkt blieb. Er stellt die beiden Angaben des PALLADIUS voran, daß ihr Gebrauch erstens eine schnellere Ernte und zweitens eine *Einsparung der Handarbeit* erlaubte. Dann macht er auf die Nachteile aufmerksam, die durch den erzwungenen Verzicht auf die Strohnutzung ebenso entstanden wie durch den hohen Ernteausschlag infolge der schlechten Erfassung der Kornähre. Obwohl dem Verfasser der Verzicht auf Abbildung auferlegt war, gelang ihm eine einigermaßen anschauliche Beschreibung des Geräts und seiner Arbeitsweise, so daß die beschriebenen Mängel verständlich werden. Er sucht nun den Gebrauch trotz dieser Unvollkommenheit aus klimatischen Rücksichten zu erklären, da andere Gründe schwerlich beigebracht werden können. Der Verfasser versteht die Mähmaschine als Hilfsmittel zur Herabsetzung der Arbeitsspitze auf Latifundien infolge des Mangels an Lohnarbeitern, der aus der Verstärkung Galliens verständlich wäre. Im Hinblick auf die Verwendung von Pflügen mit Vordergestell oder auf die Einführung von Eggen kommt er zu der Auffassung, daß im I. Jahrhundert unserer Zeitrechnung eine gewisse *Technisierung der Agrarwirtschaft* nahelag. Gegen sie entschied jedoch die Ökonomie, da die unvollkommenen Geräte zum Verzicht auf einen Teil der Ernte zwangen, der wirtschaftlich nicht tragbar war.

J. LABARBE, Liège, S. 191–207

La distribution de blé de 445/4 à Athènes et ses incidences démographiques

Der Verfasser geht von den Scholien zu ARISTOPHANES und den „Wespen“ aus, um zu der Getreideverteilung Stellung zu nehmen, die darin gestreift wird. Mit Recht prüft er die Fragmente aus PHILOCHOROS Wort um Wort, wobei er die bemerkenswerte Emendation *δοθῆραι* aus dem fehlerhaft überlieferten *δ' Ἀθηναῖοι* vorschlägt. Er widerlegt sodann die beiden Ziffern 4760 + 14240 „Mann“ als aussagefähige Kriterien zur demographischen Ermittlung, indem er die erste Zahl als rein spekulativ erweist; die zweite – eine nach seiner Auffassung glaubwürdige – Zahl nimmt er für die Anzahl der Unterstützungsempfänger aus der Stiftung des PSAMMETICH in Anspruch. Er widerlegt jedoch die Auffassung, daß sie die *Gesamtzahl der Bürger* zum Ausdruck bringt.

<i>Δ ΟΘΗΝΑΙ</i>	(<i>δοθῆραι</i>)
<i>Δ' ΑΘΗΝΑΙΟΙ</i>	(<i>δ' Ἀθηναῖοι</i>)

E. MARÓTI, Budapest, S. 208–216

Die Rolle der Seeräuber unter den Anhängern des Sextus Pompeius

Der Verfasser weiß eine sehr überzeugende These vorzutragen, die den Sturz des Sextus POMPEIUS zu erklären vermag. Bei der Analyse der Klassenlage im *imperium* zur Zeit der Seeräuberherrschaft kommt der Verfasser mit Recht auf die eigentümliche Dialektik, daß der letztlich unvollständige Sieg des Cn. POMPEIUS als Generaladmiral im Jahre 59 v. u. Z. und die damit verbundene Schonung der Piratenkapitäne dem Sohne nach sechzehn Jahren die Erneuerung der Seeräuberriege unter seiner Führung erlaubte. Das Kommando entglitt dem nicht untüchtigen Sextus POMPEIUS aber, da er mit den heterogenen Interessen seiner Anhängerschaft – geflüchtete Sklaven in großen Mengen, reaktivierte Piraten, republikanische Adlige, geächtete Grundbesitzer und Geschäftsleute – nicht fertigwerden konnte. Als er nun gar im Frieden von Puteoli die Interessen der Sklaven und Piraten nicht zu wahren vermochte und die der Republikaner geradezu aufgeben mußte, geriet er „mit den grundlegenden Interessen der Sklavenhalterordnung in Konflikt“. Das hat seinen zwangsläufigen raschen Untergang herbeigeführt.

P. OLIVA, Prag, S. 217–227

Einige Probleme der Markomannenkriege

Der Verfasser greift aus dem großen und schwierigen, in letzter Zeit viel diskutierten Komplex einige Fragen heraus, um seine allgemeine Hauptthese zu verteidigen, daß die Kriegsursachen nicht einseitig aus der „Krise“ im *imperium*

resultieren, sondern zugleich aus der Konsolidierung der germanischen Stämme zu erklären sind. Zu dem Zweck verfolgt er die Anzeichen für die Stoßkraft des ersten Ansturms, die er sehr hoch bewertet. Er analysiert das Nachschwingen der letzten Kämpfe in den Maßnahmen des COMMODUS gegen die *latrunculi*, die auch er mit den Jazygen identifiziert. Das widerspruchsvolle Material, das zur Bewertung der Vorgänge zur Verfügung steht, gewährt natürlich besonderen Reiz, gerade daran eine Interpretation zu versuchen. Ob man aber wirklich berechtigt ist, in jedem Grabtext *interfectus a latronibus* eine klassenkämpferische, antirömische Konspiration zu sehen, erscheint dem Rezensenten doch fraglich, womit nicht so sehr der Beitrag von OLIVA selbst behaftet ist als die darin ausgesprochene Zustimmung zu diesbezüglichen Auffassungen. Davon abgesehen, ist der Beitrag infolge seines guten Fundaments und seiner reichen Belege mit Gewinn zu studieren.

CH. PARAIN, Paris, S. 228–236

Le problème de la diffusion des progrès techniques
dans l'agriculture romaine

Der Verfasser geht von der Beobachtung aus, daß eine Reihe von Forschungen in Frankreich – mehr oder minder – unter dem Einfluß des Marxismus steht. Seit etwa zehn Jahren führt die französische Forschung methodisch wie publizistisch auf dem wichtigen Sektor, der zur Ermittlung der antiken Feld- und Flureinteilung die Flugzeugaufnahme benutzt, den Kataster-Inschriften nachgeht und schließlich die landwirtschaftlichen Geräte untersucht, wobei das Schwergewicht auf der Erforschung des Weinbaus liegt. Der Verfasser verweist auf den so ganz ungenügenden Artikel „*Dreschen*“ in der RE von 1905 und konstatiert, daß seit etwa 1932 durch DRACHMANN ein merklicher Wandel vollzogen wurde, der die *Ergologie des agrarischen Geräts* zum Ziel hatte (der Verfasser verzichtet merkwürdigerweise auf diesen Begriff, obgleich er in geradezu vorbildlicher Weise die ethnographische, anthropologische und volkskundliche Forschung heranzieht und reichlich zitiert). Der Verfasser legt dann den Finger auf eine böse Stelle, die dem Agrarhistoriker die gleichen Sorgen bereitet wie dem Montanhistoriker: Mitunter ist zwar antikes Arbeitsgerät in erheblicher und aussagefähiger Anzahl in Lokalmuseen (meist jedoch ohne exakte Fundortangabe) geborgen, jedoch sind so gut wie keine Angaben darüber veröffentlicht; es fehlen exakte Abbildungen, Maßangaben, Materialbestimmungen. Der Verfasser bespricht dann eine Reihe von Arbeiten, die dem Problem auf verschiedenem Wege nahezukommen suchten, und stellt dabei heraus, daß in technologischer Hinsicht das nordöstliche Frankreich einen Entwicklungsvorsprung erreichte, den es im Frühfeudalismus behaupten konnte.

M. RIEMSCHEIDER, Leipzig, S. 237–244

Wirtschaftsformen und Militärwesen in Urartu

Die Verfasserin hat mit Scharfblick erkannt, daß die bisherige Interpretation des Ausgrabungsberichts vom Karmir-Blur insofern fehlgriff, als ein Bazarviertel als Wohnkomplex deklariert wurde und man demzufolge eine Reihe von Abnor-

mitäten bemerken zu müssen meinte. Sie rekonstruiert daher ein neues Bild von dem Aufbau einer urartäischen Stadt. Sodann wird die Einwirkung der Deportation auf den Bevölkerungsgewinn analysiert, wozu die urartäischen wie die assyrischen Texte einige Aussagen machen. Es folgt die Aufzählung des Berichts über den Materialaufwand für das stehende urartäische Heer unter SARDUR. Es ist zweifellos ein Verdienst, diese Zusammenhänge einmal ins Auge zu fassen und die Struktur einer Fluchtburg nicht nach architektonisch-fortifikatorischen Gesichtspunkten, sondern nach den „Wirtschaftsformen“ zu untersuchen!

G. SCHROT, Leipzig, S. 245–263

Das Handwerk im frühen Rom

Der Verfasser erörtert seine Überzeugung, daß die geringen Resultate bei der bisherigen Forschung zur frühromischen Handwerksgeschichte auf die wissenschaftsfeindlichen Modernisierungen bürgerlicher Historiker zurückgehen. Er vertritt die Auffassung, daß BLÜMNER, LIEBENAN, WALTZING, KORNE MANN, GUMMERUS und andere ihre das Material weitgehend erschöpfenden Abrisse sozusagen unvollendet ließen, indem sie nicht zur richtungweisenden Erkenntnis historischer Zusammenhänge vorgedrungen sind; er geht nun an die gleiche Aufgabe ganz anders heran, indem er mit dem Rüstzeug der marxistischen Methode die literarische Überlieferung wie die archäologische Dokumentation auf versteckte, bisher nicht gewürdigte Zeugnisse prüft, weil die direkten fehlen. Dabei geht er auf drei Punkte näher ein, um die Vorarbeiten jener Historiker zum Abschluß zu führen. Zunächst erörtert er den Zusammenhang der gesetzmäßigen Erscheinung der „zweiten gesellschaftlichen Arbeitsteilung“ mit der Entwicklung des frühromischen Handwerks. Indem er sich diesen theoretischen Ausgangspunkt schafft, gewinnt er die Möglichkeit, die archäologisch-materiellen und die literarisch-geistigen Quellen auf ihren Aussagewert neu zu überprüfen. Die zweite Position betrifft das Problem der sozialen Struktur des Handwerkerstandes und die Entwicklung der Handwerker-Kollegien. Dazu benutzt er die Periodisierung wie sie im „Lehrbuch der Politischen Ökonomie“¹ formuliert worden ist. Im dritten Punkt greift er die innerhalb der römischen Republik entwickelte Ideologie der herrschenden Klassen auf, die sich mit der Arbeit und dem Arbeiter prinzipiell beschäftigt. Von diesen Teilfragen des Gesamtthemas aus kommt er zu Grundpositionen, aus denen die gesetzmäßige Entwicklung der sozialökonomischen Verhältnisse unter neuen Aspekten erklärt werden soll.

Die Notwendigkeit, einen weitgespannten Gedankenreichtum auf wenige Seiten zusammenzudrängen, hat zu großer Konzentration geführt; dadurch erfordert die Lektüre besondere Aufmerksamkeit.

¹ *Lehrbuch der politischen Ökonomie*, Berlin 1955.

E. M. ШТАЕРМАН, Leningrad, 264—284

Об изучении идеологии народных масс западной половины римской империи

[Über die Forschung auf dem Gebiet der Ideologie
der Volksmassen der westlichen Hälfte des Röm. Imperiums]

Der Verfasser geht von der These aus, daß sich die Ideologie der breiten Massen durch das fehlende individualistische Moment vor der anderer Gruppen auszeichnet. Wo aber Grabschriften der Sklaven, Freigelassenen und freien Armen auftreten, ist natürlich zu fragen, ob diese nicht schon zur Individualisierung neigen. Der Verfasser glaubt, dies verneinen zu können unter Hinweis auf die [bisweilen] deutliche Gruppenideologie, in der die Tugend der Kollegialität oder Freundschaft eine offensichtlich große Rolle spielte.

Der Verfasser betont gewiß mit Recht, daß die Ideologie unvereinheitlicht blieb, lokalen Bedingungen und natürlich auch dem historischen Wandel (vor allem in den Kultformen) unterworfen war.

Der Beitrag hat mit Energie ein außerordentlich wichtiges und zugleich ungemein differenziertes Problem angeschnitten.

J. SZILÁGYI, Budapest, S. 285—289

Zur Frage der durchschnittlichen Lebensdauer in der römischen Kaiserzeit

Der Verfasser hat die ungeheure Arbeit auf sich genommen, 42000 Altersangaben aus dem CIL zu sammeln, um zu einer demographischen Ermittlung der Lebensdauer vorzudringen. Sein Vorbericht verzichtet auf die Angabe der benutzten mathematischen Unterlagen, die in einem größeren Werk dargelegt werden sollen. Seiner Auffassung allerdings, mit der erreichten Ziffer bereits im Geltungsbereich des „Gesetzes der großen Zahlen“ zu sein, muß man leider schon jetzt entgegen-treten; sie ist ein fundamentaler Irrtum über die erforderlichen mathematischen Voraussetzungen. Natürlich kann im Bereich von Untersuchungen zu sozial-ökonomischen Verhältnissen im Alten Orient und im Altertum nicht erwartet werden, daß die modernste Formulierung des Gesetzes der großen Zahlen von TSCHEBYCHEFF, MARKOV, CHINTCHIN oder die des Schweizer W. SAXER (*die der Rezensent benutzt*) geläufig ist. Allein dann bleibt nur die Kollektivarbeit mit einem Mathematiker übrig, wenn zuverlässige Resultate erzielt werden sollen. Am deutlichsten wird das am Beispiel Rom mit 9979 Angaben — scheinbar eine „große“ Zahl. Setzen wir aber den daraus ermittelten Wert von 22,6 Lebens-jahren in die Berechnung der Gesamtzahl von 23000000 Sterbefällen in 400 Jahren ein (wenn die Bevölkerung von 1,5 Millionen um das Jahr 200 auf 0,8 Millionen Einwohner um 350 sank), dann ergibt sich ein Verhältnis von 0,000023 : 1, und das ist nicht mehr aussagefähig.

G. TIBILETTI, Pavia, S. 290–296

Marsyas, die Sklaven und die Marser

Der Verfasser geht von der Statue des Marsyas auf dem *forum Romanum* aus, die Anlaß oder wenigstens Anknüpfungspunkt einiger markanter Ideologien gewesen ist. Die Kopfbedeckung des phrygischen Flötenbläusers, der *pilleus*, wurde das bis zur französischen Revolution von 1789 bekannte und dann zu neuem Leben erweckte Abzeichen der Freiheit. Das Recht, diese Mütze tragen zu dürfen, war das Ziel der Sklaven, daher stellt der Verfasser die Frage zur Diskussion, ob in der Nähe der Statue die Sklavenfreilassung durch den *praetor* stattfand. Sodann macht er auf die Münzprägung des L. MARCUS CENSORINUS aufmerksam, der mit dem Münzbild der Marsyas-Statue vom Forum den politischen Erfolg der Italiker im Bundesgenossenkrieg (Marserkrieg) treffend umschrieb: Seither ist die Marsyas-Statue das Wahrzeichen der mit *ius Italicum* ausgestatteten Städte. Die Beweisführung hat den Vorzug, klar und einfach zu sein – dadurch erscheint sie schlüssig, so weit dies bei der Vielzahl der Unsicherheitskoeffizienten überhaupt möglich ist.

I. TRENCSENYI-WALDAPFEL, Budapest, S. 297–316

Allgemeine Fragen der Religionsgeschichte

Der Verfasser hebt hervor, „daß die Religionsgeschichte, deren eigene Aufgaben in der Klärung des gesunden Menschenverstandes und Förderung der echten Humanität bestehen, und die dazu auch ihre besondere Methode besitzt, auch als wertvolle Hilfsdisziplin der allgemeinen Geschichte zur Geltung kommt“. Nach der Ablehnung aller Definitionen der Religionsgeschichte seitens bürgerlicher Forscher und der Darlegung der wissenschaftlichen Definition durch ENGELS und MARX hebt der Verfasser die positiven Anfänge der Religionsgeschichte hervor mit dem außerordentlich einprägsamen Hinweis auf ERASMUS von Rotterdam, der als erster „Religionshistoriker“ im Marienkult Reste der Kulte für die Aphrodite Pelagia erkannte. Um die Erkenntnis der historischen Aussagen von Mythen, Religionsbräuchen (Volksbräuchen) geht es dem Verfasser, der daher auf die Feststellung von MARX und ENGELS verweist, daß die Religion unter historischem Aspekt sehr wohl positive und „fortschrittliche“ Seiten haben kann.

S. WINKLER, Leipzig, S. 317–328

Byzantinische Demen und Faktionen

Die Verfasserin liefert eine Vorstudie zur Geschichte der Volkserhebungen unter JUSTINIAN, indem sie die methodisch zweckmäßige Begriffsklärung vorwegnimmt. Das war um so nötiger, als in der Literatur die Einschätzung von *δημος* und *μέρος*

stark variierte. Die Verfasserin untersucht freilich nicht, ob die „Grünen“ zu Beginn der Kaiserzeit in Rom „Gesinnungsgenossen“ der gleichnamigen Partei im justinianischen Byzanz sein konnten. Sie beschränkt sich vielmehr auf die Analyse der gesellschaftlichen Situation in der Zeit des Nika-Aufstands. Unter dieser Einschränkung gelingt auch eine wichtige Klärung: Sie stellt heraus, daß die verschiedenen Sozialgruppen bestimmte Stadtviertel innehatten. Das Gefüge der Stadtviertel aber war wiederum schichtenmäßig gegliedert, so daß nahezu die gesamte Stufenleiter *arm/reich, hoch/niedrig* vertreten war. Führten in einem Stadtviertel die Handelsherren, hielt nachweislich der Stadtteil zur Partei (*μέρη*) der „Blauen“, führten die Grundbesitzer, so setzte sich der Einfluß der „Grünen“ durch. Dadurch kam in die „Zirkusfarben“ eine politische wie soziale Note. Insofern nun aber die Masse der Anhänger den gleichen Schichtaufbau hier wie dort aufwies, stehen Klassengegensätze *nicht zwischen* Blau und Grün, *sondern* sie entstehen *innerhalb* von Blau und Grün.

Die Verfasserin hat hervorgehoben, daß echte Klassenkämpfe wie der Nika-Aufstand vielmehr zu der Bildung einer Einheitsfaktion *grünblau* (*Πρασνοβέητοι*) geführt haben.

F. ZIMMERMANN, Rostock, S. 329–345

Chariton und die Geschichte

Der Verfasser, der sich jahrzehntelang mit CHARITON und dessen Roman beschäftigt hat, ist ihm bis in die feinsten Eigenarten des Stils nachgegangen. Dem Kongreß legte er einen Überblick über interessante Sachbezüge seines Autors vor, die vielleicht nicht gerade überaus reichhaltig, aber recht tiefgründig sind. Das bemerkenswerte Einfühlungsvermögen in eine dreihundert Jahre zurückliegende Zeit, das CHARITON so vielfältig bewies, befähigte ihn zu überraschend scharfen Charakterzeichnungen, die vor allem in der Konfrontierung der freien griechischen Frau mit dem sklavischen, persischen Eunuchen deutlich hervortritt. Viel Licht fällt auf die Tyche, die „erstaunlich handelt“, dagegen bleibt das eigentlich in der Überschrift angedeutete Thema etwas zurück: Gewiß erfahren wir einiges über das Quellenstudium des CHARITON, aber im ganzen können diese Ermittlungen ja nicht mehr als bloße Splitter erbringen.

G. ZINSERLING, Jena, S. 346

Republikanische Historienmalerei und Tagespolitik

Im letzten Beitrag des reichen Gewinn bringenden Bandes erhalten wir noch eine sehr nützliche Interpretation historischer Aspekte durch einen Archäologen. Der Verfasser führt die bekannte Aussagekraft des historischen Reliefs der Kaiserzeit auf politische Bedürfnisse der älteren republikanischen Epoche zurück. Die Unterrichtung des Fernstehenden über ein Ereignis und die Rolle des

Interessierten dabei begann im I. Punischen Krieg, als der Schauplatz sich von Rom entfernte und durch ein Schaubild gewissermaßen für die Daheimgebliebenen wiederholt werden mußte. Es liegt auf der Hand, daß diese „Bilder“ nicht nur Abbilder tatsächlicher Ereignisse, sondern auch Übertreibungen und Anmaßungen enthalten konnten. Sie wurden zu einem Mittel der Propaganda, das bei der *pompa triumphalis* und bei der *pompa funebris* zur Geltung kam. So unterstützte es die Familienpolitik der großen Familien im politischen Kampf recht wirksam. Als TITUS „Jerusalems Zerstörung“ zeigte, war das „Bild“ in eine ganze Serie von Szenen aufgelöst, die dreistöckig übereinander vorgeführt wurden. Als die bildhafte Darstellung nicht mehr genügte, kam das (bewegliche und mechanisierte) Stadtmodell auf. Das unkünstlerische Demonstrationbild konnte erst dann echte Kunstform werden, als es seine plakatartige Propagandafunktion aufgab – das ist erstmals in den historischen Reliefs an der *ara pacis* des AUGUSTUS geschehen, die nichtsdestoweniger ihre politische Tendenz und Wirksamkeit besaßen.

Autorenverzeichnis

- Berend, Iván T.*, Dr. der Geschichtswissenschaften, Professor an der Karl-Marx-Universität der Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte, Budapest.
- Berthold, Rudolf*, Dr. phil. habil., Dozent am Institut für Agrarökonomik der Humboldt-Universität zu Berlin.
- Bondi, Gerhard*, Dr. jur., habil. rer. oec., Professor mit Lehrstuhl am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Gaponenko, L. S.*, Prof. Dr., Stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau.
- Kubitschek, Helmut*, Dr. rer. oec., Dozent (m. d. W. b.) am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin.
- Müller, Hans-Heinrich*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent der Arbeitsstelle Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Poljakow, Ju. A.*, Dr. der Geschichtswissenschaften, Leiter der Abteilung Geschichte der Sowjetgesellschaft des Instituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau.
- Purš, Jaroslav*, Dr. phil., Leiter der Abteilung für Historische Geographie am Institut für Geschichte der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, Prag.
- Ránki, György*, Dr. der Geschichtswissenschaften, Stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichte an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest.
- Richter, Siegfried*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Schulze, Willi*, Staatlich geprüfter Archivar, Stadtarchiv Quedlinburg.
- Šošta, Jan*, Dr. rer. oec., Stellvertretender Direktor und Leiter des Arbeitsbereiches Geschichte am Institut für sorbische Volksforschung an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bautzen.
- Sonnemann, Rolf*, Dr. rer. oec., habil. Dozent (m. d. W. b.) am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Wagner, Hans*, Dr. rer. oec., Dozent am Institut für Politische Ökonomie der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.
- Wilsdorf, Helmut*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter am Institut für deutsche Volkskunde der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Forschungsstelle Dresden.

Teil III/1965 des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte enthält:

MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

S. I. TJULPANOW

Probleme des Neutralismus der jungen Nationalstaaten

M. N. MASCHKIN

Zur Geschichte der Kolonialziele des kaiserlichen Deutschlands im Jahre 1918

U. BENTZIEN

Landmaschinentechnik in Mecklenburg (1800 bis 1959)

H.-H. MÜLLER

Die Bodennutzungssysteme und die Separation in Brandenburg vor den Agrarreformen von 1807

W. BLEIBER

Fränkisch-karolingische Klöster als Grundherren in Friesland

GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE

Gorki und die Geschichte der Fabriken und Werke

FORSCHUNGSBERICHTE

J. PAZDUR

Die Hauptprobleme und die Organisation der Forschungen zur Geschichte der materiellen Kultur in Volkspolen

QUELLEN UND MATERIALIEN

Löhne und Preise in Deutschland, 1750 bis 1850 (Forts.)

W. SCHULZE

Löhne und Preise 1750 bis 1800 nach den Akten und Rechnungsbelegen des Stadtarchivs Quedlinburg

LITERATURKRITIK

J. KUCZYNSKI

Einige Überlegungen über die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Produktion bei der Lektüre von Robert E. Schofield, *The Lunar Society of Birmingham. A social history of provincial science and industry in eighteenth-century England*

D. KLEIN

Produktivkräfte und staatsmonopolistischer Kapitalismus. Bemerkungen zu Theodor Prager, *Wirtschaftswunder oder keines? Zur politischen Ökonomie Westeuropas*

BIBLIOGRAPHIE

J. HERRMANN

Frau und Gesellschaft. Bibliographie von Arbeiten der Jahre 1951 bis 1962 (Schluß)

Bericht über den Stand der

„GESCHICHTE DER LAGE DER ARBEITER“

Bisher sind erschienen:

BAND 1, 2 und 3, die eine Geschichte der deutschen Gesellschaft (Produktivkräfte, Basis, Überbau) in den Jahren 1789 bis 1900 geben, BAND 6, der die Geschichte des Faschismus analysiert, und BAND 7a und 7b, die Westdeutschland behandeln. Ferner sind als „Studien- und Dokumentenbände“ zu BAND 1 bis 6 erschienen die BÄNDE 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16 und 18. BAND 11, 12 und 15 enthalten eine Geschichte der Überproduktionskrisen in Deutschland von 1826 bis 1945, BAND 14 und 16 eine Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, BAND 18 gibt eine Geschichte der Lage der arbeitenden Frau. Ferner sind erschienen BAND 22 bis 28, die die Geschichte der Lage der Arbeiter in England und im englischen Kolonialreich behandeln.

Beim Verlag befinden sich als Manuskript:

BAND 4, der die Geschichte der deutschen Gesellschaft in den Jahren 1900 bis 1917/18 behandelt,

BAND 5, der die Jahre der Weimarer Republik darstellt,

BAND 17, der Studien und Dokumente zu Band 6 und 7 bringt,

BAND 29 und 30, die die Geschichte der Lage der Arbeiter in den USA behandeln,

BAND 32 und 33, die die Geschichte der Lage der Arbeiter in Frankreich behandeln,

BAND 37, der die Geschichte der Weltlage der Arbeiter zusammenfaßt.

In Bearbeitung befinden sich:

Die restlichen Bände.